Redebuch 2015



Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 - 2005 - 2006 - 2007 - 2008 - 2009 - 2010 - 2011 - 2012 - 2013 - 2014 - 2015 - 2016 - 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt Ich habe mich immer aus der Not gerettet Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo 2015

Grundsätze

Januar: 502. 503. 504. 505.

Februar: 506. 507. 508. 509.

März: 510. 511. 512. 513. 514.

April: 515. 516. 517.

Mai: 518. 519. 520.

Juni: 521. 522. 523. 524. 525.

Juli: 526. 527. 528. 529.

August: 530. 531. 532. 533. 534.

September: 535. 536. 537. 538.

Oktober: 539. 540. 541. 542.

November: 543. 544. 545. 546. 547.

Dezember: 548. 549. 550.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

- Die Montagsdemonstration ist eine überparteiliche Aktion der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
- Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das Offene Mikrofon zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
- 3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
- 4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine Koordinierungsgruppe gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
- 5. Die Koordinierungsgruppe f\u00f6rdert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterst\u00fctzt gemeinsame Aktivit\u00e4ten. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
- Die Koordinierungsgruppe organisiert Vorbereitungstreffen der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
- 7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern "neuer Politiker" entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: "Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!"

Auf der Montagsdemo gibt es ein "Offenes Mikrofon", an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom "Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau", seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

502. Bremer Montagsdemo am 05. 01. 2015

Hoffe sechs Monate auf Mindestlohn, bevor dich der nächste Erwerbslose ersetzt!



1. Laut einer aktuellen Studie der Bundesagentur für Arbeit waren im Juli 2014 rund 1,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren auf Hartz IV angewiesen oder lebten in einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft, was einem Anteil von 15,5 Prozent entspricht. Innerhalb eines Jahres sind 7.000 hinzugekommen. Im eigentlich reichen Deutschland ist somit jedes sechste Kind von Hartz IV abhängig. "Besonders zu Weihnachten spüren vie-

le Kinder, dass sie in ärmlichen Verhältnissen aufwachsen müssen", mahnt Arbeitsmarkt-Expertin Sabine Zimmermann ("Die Linke").

Sie rügt, dass es besonders für Hartz-IV-Beziehende ungleich schwerer sei, ihren Kindern ein schönes Weihnachtsfest zu bescheren. Während in Berlin jedes dritte Kind von Hartz IV betroffen ist, waren es in Bayern 7,2 Prozent. In den neuen Bundesländern sind 23,5 Prozent aller Kinder von der Hartz-IV-Armut betroffen, die gerne als "von Armut bedroht" verharmlost wird. Die Kinder sind mit ihren Eltern von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen!

2. Hurra, seit dem 1. Januar 2015 ist es endlich soweit: Wir haben einen Mindestlohn! In Paragraf 1 des im Sommer beschlossenen Mindestlohngesetzes steht, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts mindestens in Höhe des Mindestlohns durch den Arbeitgeber hat. Künftig muss jede Stunde Arbeit mit mindestens 8,50 Euro brutto entlohnt werden, was einem Bruttomonatsgehalt von 1.473 Euro entspricht. Das neue Gesetz soll sowohl für Vollzeitbeschäftigte als auch für Minijobber(innen) und Sai-

sonkräfte gelten, wovon laut Bundesarbeitsministerium 3,7 Millionen Menschen profitieren würden. Doch gilt das Gesetz wirklich für jede(n)?

Aber klar, da macht es nichts, dass sowohl Weihnachts- als auch Urlaubsgeld angerechnet werden, wenn sie anteilig mit dem monatlich fälligen Mindestlohn ausgezahlt werden! Es stört ja außer den Betroffenen selbst fast gar keinen, dass 18-Jährige ohne Berufsabschluss, Auszubildende oder Praktikanten, die nicht länger als drei Monate im Pflicht- oder freiwilligen Praktikum arbeiten, ebenfalls rausfallen. Wer beanstandet schon branchenspezifische Sonderregelungen, wonach Zeitungszusteller(innen) zunächst nur einen Anspruch auf 75 Prozent des Mindestlohns, also 6,38 Euro haben, der erst ab dem 1. Januar 2016 auf 7,23 Euro brutto und schließlich am 1. Januar 2017 auf 8,50 Euro brutto erhöht werden muss?

Auch die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau oder Friseurhandwerk werden noch etwas länger auf den Mindestlohn warten müssen. Wen kümmert es da schon, dass für Langzeitarbeitslose, die also mindestens ein Jahr lang erwerbslos waren, sechs Monate lang kein Mindestlohn gezahlt zu werden braucht? Nein, da wird beileibe nie nicht und niemals nicht ein Drehtüreffekt geschaffen, der Arbeitgebern die Möglichkeit gibt, alle sechs Monate einen neuen Langzeitarbeitslosen auf den noch immer mit unter 8,50 Euro brutto "dotierten" Platz zu setzen!

Man höre und staune: Auf diese erquickliche Weise erhalten Langzeiterwerbslose endlich die Chance, die einem Sechser im Lotto gleichkommen soll, dass sie mitnichten faul, unpünktlich, nicht belastbar und ohne Tagesstruktur seien, sondern zu guter Letzt beweisen dürfen, dass sie "trotz" ihrer Arbeitslosigkeit Menschen mit erworbenen Erwachsenen- und Berufsqualifikationen geblieben sind! Sollen wir uns jetzt bei der Gewerkschaft und den Sozialdemokraten, den Christdemokraten und den Grünen für diesen vor Ausnahmen nur so strotzenden Mindestlohn bedanken, der nicht armutsfest ist, von dem niemand auskömmlich leben kann, noch nicht mal für jene, die ihn ausgezahlt bekommen? Oder sollen wir ihn als Treppenwitz der SPD und Offenbarungseid der sozialdemokratischen Bundesarbeitsministerin bezeichnen und ihn angewidert von so viel emphatischer Schaumschlägerei in der nächstgelegenen Güllegrube entsorgen?

3. Zum Jahreswechsel wärmte der Chef der Arbeitagentur mal wieder das Märchen vom Fachkräftemangel auf. Obwohl es gar nicht genügend Arbeitsplätze für jüngere Menschen gibt, sprach sich Frank-Jürgen Weise für eine "freiwillige Rente mit 70" aus. Nun fordert Weise, "Anreize" zu schaffen, dass ältere Menschen bis zum 70. Lebensjahr arbeiten können sollen. Er hält "flexible Ausstiege aus dem Erwerbsleben in die Rente" grundsätzlich für ein gutes Modell. Wie diese "Anreize" aussehen könnten, ließ Weise weise offen.

Doch liegt es auf der Hand, dass in Richtung einer weiteren, auch ganz und gar *unfreiwilligen* Erhöhung des Renteneintrittsalters zu einer zusätzlichen Rentenkürzung hart "gearbeitet" wird. Schließlich reicht weder der neu eingeführte,

viel zu geringe Mindestlohn noch die Grundsicherung dazu aus, Armut zu verhindern, weder im Alter noch in den "besten Jahren". Der im Grundgesetz verankerte Sozialstaat soll offenbar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wie auch immer irgendwie abgebaut werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

"Schluss mit Fracking!" lautet das Motto der Spaliergäste bei der Mittagsprozession der Schaffer zur Mahlzeit in der oberen Rathaushalle am Freitag, dem 13. Februar 2015. Eine entsprechende Veranstaltung wird geplant von der Bürgerinitiative "Bremen gegen Erdgasfracking – frackfreies Bremen und Umland". Ein Vorbereitungstreffen findet am Freitag, dem 9. Januar 2015, um 19:30 Uhr im Restaurant "Gian Bastiano" am Ulrichsplatz statt.

Zehn Jahre Hartz-Gesetze und Sozialabbau – und weitere Pläne 2015



Vor zehn Jahren traten die Hartz-IV-Gesetze in Kraft. Dazu zieht die Bundesregierung eine positive Bilanz. Ihre Rechnung ist einfach: Die damalige Massenarbeitslosigkeit von über fünf Millionen wurde angeblich auf heute 2,7 Millionen Arbeitslose fast halbiert. Der "Stern" schreibt, Angela Merkel könne "Deutschland jetzt als mustergültig verkaufen und den Ruhm einstreichen, aus dem 'kranken Mann' ein Kraftpaket gemacht zu haben. So tourt sie durch Europa und empfiehlt, es den Deutschen

gleichzutun." Unsere Bilanz sieht anders aus: Den Beweis, dass neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, treten weder SPD/Grüne, die Hartz IV eingeführt haben, noch Angela Merkel an. Die vorhandene Arbeit wurde lediglich auf mehr Leute verteilt.

Das belegt die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Deutschland. Sie liegt mit gut 58 Milliarden Stunden noch unter dem Niveau von 1990 von knapp 60 Milliarden Stunden. Massenhaft Unterbeschäftigung mit Teilzeit- und Mini-Jobs war die Folge. Bereits Mitte 2012 ermittelte das Statistische Bundesamt eine Zahl von 7,4 Millionen Erwerbsfähigen, die entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt sind. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist manipuliert. So werden 2,4 Millionen Arbeitssuchende aus den Reihen der ALG-II-Bezieher aus unterschiedlichen Gründen nicht zur offiziellen Arbeitslosigkeit gezählt. Dazu zählen unter anderem arbeits-

lose Menschen über 58 Jahre, die in irgendeine "Maßnahme" oder "Transfergesellschaft" wie jetzt bei Opel in Bochum gesteckt werden.

Hartz IV war vor zehn Jahren auch nicht entwickelt worden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Von Anfang an ging es vor allem um den Zwang, jede Arbeit annehmen zu müssen, und die Lohnkosten zu senken. Das ist auch trefflich gelungen. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt, sondern Deutschland zum Niedriglohnland Nummer eins in Europa. Mit 24,3 Prozent Niedriglohnanteil liegt Deutschland weit über dem europäischen Durchschnitt von 17 Prozent. 1,3 Millionen Menschen können heute von ihrer Arbeit nicht leben und sind als sogenannte Aufstocker zusätzlich auf ALG II angewiesen. Das ist nichts anderes als ein staatlich finanzierter Lohnkostenzuschuss. Nur 60.000 dieser aufstockenden Beschäftigten werden nach Prognosen durch den neu eingeführten Mindestlohn aus ihrer Situation herauskommen. "Der Mindestlohn ist kaum mehr als ein soziales Trostpflaster und eine politische Mogelpackung", so der Politologe Christoph Butterwege.

Die deutsche Industrie ging zum Jahreswechsel noch einen Schritt weiter: Sie verlangte von der Bundesregierung das "Ende der Wohltaten". Welche Wohltaten? Was sie darunter versteht, kündigt jetzt Frank-Jürgen Weise, der Chef der Bundesagentur für Arbeit, schon mal an: Er will die "Rente mit 70" salonfähig machen. In den Ohren zehntausender älterer Arbeitsloser und derjenigen, die es aus gesundheitlichen Gründen nicht bis ins gesetzliche Renteneintrittsalter schaffen (von den 60- bis 65-Jährigen ist nur noch ein Drittel sozialversicherungspflichtig beschäftigt), muss es wie Hohn klingen, wenn wieder einmal über die "Freiheit des längeren Arbeitens" philosophiert wird. Sogar der neue thüringische Ministerpräsident der Linkspartei, Bodo Ramelow, signalisierte Unterstützung: "Ich sehe diesen Vorschlag nicht als Quatsch an". Auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Brigitte Pothmer, äußerte sich positiv zur "Rente mit 70".

Laut einer Umfrage von "Infratest Dimap" von Anfang 2014 wünschen sich mehr als die Hälfte der Beschäftigten einen früheren Rentenantritt. Das ist genau das Gegenteil dessen, was die Berliner Regierung systematisch vorantreibt. Beschlossen wurde bereits von der letzten Großen Koalition, das Renteneintrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre im Jahr 2029 anzuheben. Die mit der "Rente ab 67" verbundene Rentenkürzung wird damit zum Druckmittel, länger zu arbeiten, um der Altersarmut zu entgehen, frei nach dem Motto: Je mehr die Renten sinken, desto mehr Werktätige werden "freiwillig" länger arbeiten. Zehn Jahre Hartz-Gesetze sind aber auch zehn Jahre Widerstand. Bis heute gehört Hartz IV zu den verhasstesten Gesetzen in Deutschland. Deshalb hat die Montagsdemobewegung eine gute Zukunft: Wir machen weiter, bis die Hartz-Gesetze vom Tisch sind!

Harald Braun

Mein Wort zum Sonntag



Immer wieder werde ich von Personen angeschrieben und gefragt, warum ich als "Kommunist" für ein **Grundeinkommen** eintrete. Selbstverständlich trete ich dafür trotzdem weiterhin ein, auch ohne eine Bedingungslosigkeit zu fordern, die es hierfür nicht geben kann.

Ich habe mich zwischenzeitlich davon überzeugen lassen, dass die geforderte Bedingungslosigkeit eine Unmöglichkeit ist und eher Befürworter eines Grundeinkommen und dessen Gegner spaltet als zusammenführt. Nichts auf der Erde gibt es oh-

ne Bedingungen, und deshalb bestimmt auch kein Grundeinkommen.

Die erste Bedingung würde nämlich schon mal lauten: Es müsste jedem Menschen solidarisch in gleicher Höhe gezahlt werden, egal wie alt und welcher Herkunft, und zwar ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung und egal ob arm oder reich, und zwar in ausreichender Höhe, mindestens aber in Höhe der derzeit geltenden Pfändungsfreigrenzen.

Die zweite Bedingung wäre, dass alle Arbeit gleich besteuert werden müsste und das Grundeinkommen zumindest teilweise aus dem erwirtschafteten Mehrwert der Unternehmen finanziert wird, vielleicht aus einer zusätzlichen Arbeitsmarktabgabe in Höhe des jeweiligen gesetzlichen Mindestlohnes. So wären zum Beispiel auch Kleinstunternehmer finanziell abgesichert.

Das wäre in meinen Augen zumindest schon mal solidarisch und könnte die Menschen im Sozialbezug und in Arbeit zusammenbringen mit einer Forderung, für die es sich *solidarisch* zu kämpfen lohnt. Für ein schönes Leben für alle, lasst es uns anfassen! Auf Parteien sollten sich die Menschen hierzu wohl eher nicht verlassen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) – siehe auch "Scharf links"

"Mutwillig kleingerechnet": "Paritätischer Wohlfahrtsverband" fordert Regelsatz-Erhöhung auf 485 Euro ("Stern")

Institutionelle Diskriminierung: Mit Hartz IV hat sich in alle Lebensbereiche eine autoritäre Form des Kapitalismus hineingefressen ("Süddeutsche Zeitung")

"Wilde Streiks" im Bremer Mercedes-Werk: Unsolidarische Co-Manager von der IG Metall schlagen Sechs-Tage-Woche vor ("Tageszeitung")

Bei unserer Zeitungszustellerin führt der "Mindestlohn" zu weiterer Lohnkürzung



1. Es gab viele Jahresrückblicke. Am treffendsten fand ich den von Urban Priol – 90 kurze Minuten, die sich Iohnen: "Tschüssikowski 2014, Jahr der Weltmeister und der Kriegstreiber, der Steuerhinterzieher, Selfies und Streikwellen. Mautdebatten und Mauerfalljubiläum, Putin-Angst und Pegida-Wut. Eine Welt im Wahnsinn – und mittendrin eine Bundesregierung im Stillstand? Höchste Zeit für eine

Abrechnung, findet Kabarett-Anarcho Urban Priol. Mit gewohnt spitzer Zunge und scharfen Pointen holt er einmal mehr aus zum unterhaltsamen Rundumschlag. Weder Politik noch Gesellschaft werden verschont, wenn der ehemalige Anstaltsleiter des ZDF die Höhe- und Tiefpunkte des Jahres Revue passieren lässt."

Es gab auch einige Rückblicke auf Hartz IV, aber keinen Hinweis auf die Plünderung der Steuersäckel durch die Senkung der Körperschaftsteuer beziehungsweise die Steuerunterlassung bei der Zerschlagung der "Deutschland AG" (siehe 388. und insbesondere 452. Bremer Montagsdemonstration, Abschnitt 6) und andere "Begleiterscheinungen". Der DGB hat die Auswirkung beschrieben, seine Veröffentlichung trägt den Titel: "Zehn Jahre Hartz IV – ein Grund zum Feiern?" Eine treffende Analyse!

Seite 4 unten: "Eine nachhaltige Überwindung der Bedürftigkeit gelingt vielen nicht. Schnell wird dies den Betroffenen selbst zugeschrieben, während allzu gerne ausgeblendet wird, dass Niedriglohnbeschäftigung hierzulande schnell zur beruflichen Sackgasse werden kann und relativ hohe Mieten beziehungsweise unfreiwillige Teilzeitarbeit oder gesundheitliche Einschränkungen das Hartz-IV-Risiko deutlich steigen lassen."

Seite 5 oben: "Mehr als 15 Millionen Menschen haben zumindest zeitweilig mit Hartz IV Erfahrung machen müssen. Dies sind zweieinhalb Mal so viele Menschen wie monatlich unterstützt werden müssen. Je länger Menschen auf Hartz IV angewiesen sind, desto eher sinkt der Lebensstandard, zeigen sich gesundheitliche Probleme und drohen Qualifikationen entwertet zu werden. Die Gefahr einer sozialen und arbeitsmarktpolitischen Abwärtsspirale steigt. Doch politische Antworten auf den hohen Anteil dauerhaft Bedürftiger und der hohen Fluktuation am Rande des Hartz-IV-Bezugs gibt es bisher nicht." – Meine Anmerkung dazu: Aktuell sind etwas über 50 Prozent vier Jahre oder länger auf Hartz IV angewie-

sen. Das ist nachzulesen in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, siehe vorige Bremer Montagsdemonstration.

Seite 7: "Reformbedarf. Das Hartz-IV-System ist äußerst komplex und schnell überfordert, da immerhin fast zehn Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren auf existenzminimalem Niveau abgesichert und deren Integration gefördert werden soll und dies durch ein unübersichtliches Steuerungssystem noch erschwert wird." – Meine Anmerkung: Der DGB hat sich aus der Steuerung des SGB II ausbooten lassen beziehungsweise der DGB wurde nicht ins Boot gelassen. Der DGB hat Sitz und Stimme in der Bundesagentur für Arbeit, aber leider nicht in der "Abteilung SGB II".

Auf den folgenden Seiten stehen die Vorschläge des DGB zur Nachbesserung des Systems. Der "Spiegel" schrieb: "Zehn Jahre Hartz IV: Linke kritisiert 'Armut per Gesetz' mit der Forderung, Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen".

Der DGB hat sich schon im September 2013 zu den geplanten Änderungen im SGB II geäußert: "Mit scharfen Sanktionen setzen die Jobcenter derzeit die Mitwirkungspflichten von Hartz-IV-Empfänger(inne)n durch. Doch der enorme Druck, drakonische Zumutbarkeitsregeln und niedrige Regelsätze wirken sich auf alle Arbeitnehmer aus. Sie akzeptieren eher miese Arbeitsbedingungen, wenn bei Jobverlust Hartz IV droht. Der DGB fordert deshalb eine grundlegende Reform von Sanktionen, Zumutbarkeit und Regelsätzen." Es folgt eine gute Analyse der Missstände entlang den Reformvorschlägen. Die Fraktion "Die Linke" in Bremen hat eine Anfrage zu den Sanktionen der Jobcenter in Bremen gestellt; mit der Antwort des Senats kann es leider dauern.

Nun soll der Mindestlohn niedrige Löhne anheben. Dies klappt nicht bei allen Betroffenen. Elisabeth hat die Besonderheiten für die Zeitungszusteller benannt. Allein daraus wird sichtbar, wie erfolgreich die "Bearbeitung" der Abgeordneten des Deutschen Bundestags etwa durch die Zeitungsverleger war, siehe 481. Bremer Montagsdemonstration. Von unserer Zeitungszustellerin haben wir eine nette Abschiedsinformation erhalten: Um einer weiteren Lohnkürzung zu entgehen, will sie künftig länger schlafen. Sie trägt seit 20 Jahren die Zeitung hier aus und hat viele Lohnkürzungen hinnehmen müssen. Jetzt ist das Fass übergelaufen: Ausgerechnet der Mindestlohn führt zu weiterer Lohnkürzung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Es wird abgelenkt. "Rente mit 70"? Ich komme darauf zurück. Heute geht es mir um den Übergang vom Arbeitslosengeld II in die Rente mit ergänzender Grundsicherung. Das scheint auf dem ersten Blick sehr einfach zu sein: Statt des Jobcenters zahlt die Rentenversicherung, und das Sozialamt stockt eine bestehende Differenz auf. Leider ist es nicht so (siehe 477. Bremer Montagsdemonstration, Abschnitt 5), denn Rente wird rückwirkend gewährt, ALG II dagegen im Voraus gezahlt. Beim ALG II wird aber die am Monatsende eingehende Rente auf die Ansprüche am Monatsanfang angerechnet.

Bei der Grundsicherung wird dieser Renteneingang erst auf den Folgemonat angerechnet, und somit entsteht keine Lücke. Wer Rente beantragen will, kann sich vorher eine Rentenauskunft einholen. Dort stehen die wahrscheinliche Rentenhöhe und der früheste Rentenbeginn. Die Jobcenter verlangen die Rentenauskunft sehr frühzeitig. Diese Auskunft in Kopie dem Jobcenter geben. Parallel dazu prüfen und handeln, wenn der Rentenzahlbetrag niedriger ist als die Leistung des Jobcenters. Der Zahlbetrag der Rente ergibt sich durch die Minderung der voraussichtlichen Rente um die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung. Es sind die Arbeitnehmeranteile wie bei einem Arbeitsverhältnis.

Einfach formlos Grundsicherung im Alter (SGB XII) beim Amt für soziale Dienste beantragen: "Ich beantrage hiermit Grundsicherung im Alter als Ergänzung zu meiner Rente, siehe Anlage". Beifügen bitte die Rentenauskunft und den aktuellen ALG-II-Bescheid. Beantragen Sie die Grundsicherung für den ersten Monat als Rentner – den Monat des Anspruchs auf Rente –, auch wenn das Jobcenter für diesen Monat noch zahlt. Den Antrag nachweislich abgeben. Die Formulare können nachgereicht werden. So erreichen Sie, dass bereits im ersten Monat als Rentner ein Anspruch auf Grundsicherung besteht.

Das Jobcenter erteilt Ihnen einen befristeten Bescheid über das Ende des ALG-II-Anspruchs. Die Rentenversicherung teilt Ihnen mit, dass Ihre Rente als Einmalzahlung für bis zu drei Monate mit dem Jobcenter verrechnet wird und ab einem bestimmten Zeitpunkt monatlich an Sie ausgezahlt wird. Diesen Bescheid legen Sie dem Amt für Grundsicherung vor und beantragen die Zahlung der Grundsicherung und die Verrechnung mit dem Jobcenter für die Zeit davor.

Falls die Ämter keinen lückenlosen Zahlungsübergang schaffen und Sie mittellos sind, gehen Sie zur Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts (Ausweis und Leistungsbescheide sowie Anträge mitnehmen) und beantragen einstweiligen Rechtsschutz. Wichtig ist, dass Sie die Grundsicherung ab tatsächlichem Beginn des Rentenanspruchs stellen, den Bescheid des Amtes für Grundsicherung auch dahingehend überprüfen und eventuell reklamieren.

Sie werden merken, das Amt für Grundsicherung verlangt alles von Ihnen, obwohl die Grundsicherung genauso hoch wie das ALG II. Die Anweisung an die Verwaltungen über die Kosten der Unterkunft ist identisch, insofern darf es keine Abweisung in der Erstattung der Miete geben. Falls doch, einfach nachfassen. Wer eine Nebentätigkeit hat, verliert bei der Grundsicherung den Freibetrag für die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, kann aber Werbungskosten geltend machen. Auch Unterhalt, die eigene Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung und eventuelle weitere Renten werden ohne Freibetrag vom Leistungsanspruch abgezogen.

Den Freibetrag für Versicherungen von 30 Euro beim ALG II gibt es bei der Grundsicherung nicht. Bei der Grundsicherung werden aber die Beiträge zu einer bestehenden Haftpflichtversicherung sowie einer Hausratversicherung erstattet. Wer eine Versicherung neu abschließen will, sollte sich vorher vergewissern. Die Grundsicherung lässt Anträge für Reparaturen und Ersatzbeschaffungen zu – wie

im alten Sozialhilferecht –, falls Sie im Antrag nicht darauf verzichtet haben. Der Verzicht ist zwar jederzeit widerrufbar, aber nicht rückwirkend. Wenn Sie widerrufen, nachdem Ihre Waschmaschine defekt ist, so ist die Reparatur beziehungsweise Ersatzbeschaffung nicht erstattungsfähig.

Grundsicherungsleistungen sind von Ihren Angehörigen nur zu erstatten, wenn diese Menschen 100.000 Euro oder mehr pro Jahr verdienen. Eine Nachfrage des Amtes für Grundsicherung bei Ihren Angehörigen ist nur zulässig, wenn diese Einkommenshöhe vermutet werden kann, zum Beispiel wenn diese Arzt oder Rechtsanwalt von Beruf sind. Sie können bei dem Beruf Zusatzangaben machen. Die Grundsicherung gemäß SGB XII verlangt wie das ALG II gemäß SGB II vorrangig die Verwertung des Vermögens. Bei der Grundsicherung bleiben in der Regel nur 2.600 Euro anrechnungsfrei für eine(n) Über-60-Jährige(n).

Zum Vermögen gehört auch eine Sterbeversicherung, selbst wenn dieser Betrag für die eigene Beerdigung gedacht ist. Dabei gibt es Ausnahmen. Wer seine Beerdigung im Voraus bezahlt hat, lebt mit dem Insolvenzrisiko des Bestatters. Wer ein eigenes selbstgenutztes Haus oder eine solche Wohnung hat, bekommt die Grundsicherung ebenfalls. Für die selbstgenutzte Immobilie gelten höhere Freibeträge. Falls das selbstgenutzte Einfamilienhaus oder die Eigentumswohnung diese Grenzen überschreiten, wird der Erstattungsanspruch des Amtes für Grundsicherung als Hypothek eingetragen. Diese Hypothek kann beim Ableben beziehungsweise bei Aufgabe der Eigennutzung fällig gestellt werden. Diese Entscheidung ist normal mit Widerspruch und Klage anfechtbar.

Wenn Angehörige oder Erbberechtigte den Leistungsberechtigten im Haus oder in der Wohnung gepflegt haben, so können sie in dem Haus weiterhin wohnen bleiben, auch wenn der Leistungsberechtigte in ein Heim gezogen ist. Hierbei gelten viele Besonderheiten. Wer den laufenden Rentennachrichten entnehmen kann, dass er von der Rente allein nicht leben kann, sollte sich umfassend informieren. Mit Abstand lässt sich vieles beachten und regeln. Wie dies alles geht? Kommen Sie zur Bremer Montagsdemonstration! Wir gehen mit!

Wenn wir schon über Vermögen reden, so müssen ältere Erwerbslose mit Erreichen der Altersgrenze beim Schonvermögen einen Vermögensverzehr hinnehmen: "Ab Erreichen des genannten Alters oder Eintritts in den Ruhestand (Termin der Fälligkeit der Versicherungsleistung) ist der geschützte Vermögensbetrag bei Hartz-IV-Bezug monatlich um 1/180 zu kürzen. Die Zahl 180 resultiert aus der durchschnittlichen Lebenserwartung und entspricht 180 Monaten, also 15 Jahren." Wann und ob tatsächlich angerechnet werden kann, ist vorhersehbar. Ob dieses Geld vorher für Ausgaben benötigt wird, ist somit in Ruhe planbar.

3. Bremen ist bunt! Hier gibt es keine Veranstaltung der Nazis. Die Bremer Montagsdemonstration hat sich in ihren Anfängen erfolgreich gegen Nazis gewehrt – auch zwischendurch. Die Regeln unseres Offenen Mikrofons lassen keine Nazis und keinen Rassismus zu. Ich habe die Petition gegen "Pegida" unterzeichnet. Auch so kann klargestellt werden: Ich möchte die Vielfalt Bremens erhalten! Sehr

wirksam für ein buntes Köln war die Ausschaltung der Beleuchtung rund um den Dom.

Die Demos gegen "Pegida" werden zunehmen. Übrig bleiben für "Pegida" die Nazis. Alle anderen werden sich den Gegendemonstrationen anschließen und auch dort klarmachen, dass sie nicht zur Unterstützung der Regierungsgewalt auf der Straße sind! Warum wir jede Woche in Bremens "guter Stube" stehen? Wer bis hierher auch nur überflogen hat, bekommt eine Ahnung von der Vielfalt der wünschenswerten Änderungen für eine lebenswerte Zukunft! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Rassistische Brechmittelfolter: Vor zehn Jahren wurde Laye Condé in einem Bremer Polizeikeller getötet ("Tageszeitung")

"2015 verliere ich meine Zähne, 2022 mache ich Ramadan": Islamistischer Terror ist keine "Islamisierung" ("Focus")

Strategie der Spannung: Mancher Terroranschlag erweist sich im Nachhinein als Werk der Geheimdienste ("Wikipedia")

Mittelalterliche Gesetzgebung: Der Staat macht sich zum Unterstützer der Feinde des offenen Diskurses ("Spiegel-Online")

Mittelalterliche Unvernunft: Religion muss mit Kritik, Satire, Respektlosigkeit konfrontiert und bekämpft werden ("Spiegel-Online")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 12. Januar 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Thema ist diesmal unter dem Motto "Je suis Charlie" auch das Gedenken an die Opfer des faschistischen Terroranschlags auf die Pariser Satirezeitschrift "Charlie Hebdo"

Die AfD lädt ein zum Bundesparteitag am 31. Januar 2015 in der Messehalle an der Bremer Bürgerweide. Ein breites Bündnis wird in Hör- und Sichtweite mit einer vielfältigen Demonstration ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtspopulismus setzen: für eine solidarische und soziale Gesellschaft! Ein Vorbereitungstreffen findet am Samstag, dem 10. Januar 2015, um 15 Uhr im Gewerkschaftshaus am Bahnhofsplatz statt.

RAG riskiert ökologische Katastrophe: Geplante Bergwerksflutung wird eingelagertes verseuchtes Schweröl in die Flüsse spülen ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

503. Bremer Montagsdemo am 12. 01. 2015

Mein Wort zum Sonntag



Heute Morgen im Radio: Eine Jugendliche mit Realschulabschluss schrieb – und man muss sich das wohl mal auf der Zunge zergehen lassen – sechshundert Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz, ohne auch nur eine einzige Zusage erhalten.

"Hm, da muss man doch montags einfach mal Front gegen Ausländer und Islamisierung machen!" – Aber waren es eigentlich Arbeitgeber muslimischen Glaubens, die diesem jungen Mädchen keine Chance einräumen wollten? "Religion is the opium of the poor", schrieb Ernest Hemingway.

Die Deutschen scheinen immer noch gut genug dafür zu sein, sich die falschen Sündenböcke auszusuchen. Traurig, aber wohl wahr! "Montags auf die Straße" wäre ja in Ordnung, bloß sollte es um die Zukunft *aller* Menschen in diesem Land gehen. Dafür muss es sich doch zu kämpfen lohnen! Das Amen spare ich mir besser.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) – siehe auch "Scharf links"

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 19. Januar 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt.

Befreiungskämpfe und Arbeitskämpfe gelten als "Terrorismus"

1. Liebe Bremerinnen, liebe Bremer, liebe Montagsdemonstranten, herzlich willkommen zur 503. Montagsdemo! Besonders begrüßen möchte ich auch die Menschen, die heute gekommen sind, um ihrer Trauer, ihrer Betroffenheit und Wut über den feigen faschistischen Mordanschlag in Paris Ausdruck zu verleihen. Am Wochenende waren 1,5 Millionen Menschen in Paris auf der Straße, Millionen in ganz Frankreich und auch hierzulande ungezählte Menschen. Sie bekunden Trauer, Entsetzen und Solidarität.

Gleichzeitig gibt es Trittbrettfahrer wie "Pegida". Die Drahtzieher von "Pegida" sind Faschisten und Rassisten, von Anfang an – und jetzt gibt rufen sie zur Demo gegen die islamistischen Täter auf! Dabei sind sie genauso menschenverachtend: Sie versuchen von den Verantwortlichen für Armut und Hunger, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung abzulenken und Sündenböcke zu schaffen. Da kommt ihnen so ein mörderischer Anschlag gerade recht!

So auch heute hier in Bremen. Es macht mich schon stutzig, dass der Organisator der heutigen "Mahnwache 'Wir sind Charlie", Oliver Meier, ein Mitglied der "Bürger in Wut" ist – ein Haufen, der nicht weit weg von "Pegida" und AfD steht. Hier segelt einer unter falscher Flagge! Seine Kundgebung ist noch nicht mal angemeldet, aber der "Weser-Kurier" druckt die Ankündigung seiner "Mahnwache" ab, ohne den Veranstalter zu nennen. In den Medien wird versucht, "Pegida" großzureden. Jeder Termin wird sofort veröffentlicht. Ihre Teilnehmerzahlen sind extrem übertrieben, in Wirklichkeit sind die Antifaschisten viel stärker: Am Freitag gingen allein in Dresden 35.000 Menschen gegen "Pegida" auf der Straße.



Die Politiker vor allem von CDU und CSU versuchen, diese faschistische Plattform salonfähig zu machen: Man müsse den "Dialog" mit ihnen suchen, es seien schließlich "besorgte Bürger". "Pegida" kommt aber nicht von allein oder aus der "Mitte der Gesellschaft", genauso wenig wie der faschistische "Islamische Staat", der "Nationalsozialistische Untergrund" oder der staatliche Terror, sondern wird bewusst aufgebaut. Deswegen: Keine Toleranz ge-

genüber den Drahtziehern – aber auch nicht gegenüber deren Anhängern!

Man muss schon wissen, mit wem man sich einlässt, wenn man von einer "Überfremdung" und dem "Untergang des Abendlandes" durch "Islamisierung" faselt. Früher waren es die "Juden und Zigeuner", heute sind es die "Fremden", die Flüchtlinge und Muslime: Hauptsache, man hat einen Sündenbock! Besonders empörend ist es, wenn diese Bande versucht, an die Montagsdemonstration anzuknüpfen. Es ist kein Zufall, dass Oliver Meier von den BiW gerade für Montag um 17:30 Uhr zum Marktplatz lädt. Das ist genau die Zeit und der Ort, wo seit über zehn Jahren die Montagsdemonstration stattfindet, die alles andere als fremdenfeindlich, reaktionär oder faschistisch ist!

Die Regierenden treiben ein doppeltes Lügenspiel: Merkel marschiert in erster Reihe in Paris mit, gleichzeitig wird das Asylgesetz (mit Zustimmung Kretschmanns von den Grünen) verschärft und ständig gegen alle "Fremden" gehetzt. Es wird versucht, den faschistischen Anschlag in Paris zu nutzen, um neue "Antiterrorgesetze" beschließen zu können. Dabei geht es aber ausdrücklich nicht um den faschistischen Terror. Die Herrschaften verstehen unter "Terrororganisa-

tionen" etwas ganz anderes, nämlich sämtliche Befreiungsbewegungen, kurz: alles, was die unbegrenzte Herrschaft des internationalen Finanzkapitals in Frage stellt.

Im Windschatten der Anteilnahme und Betroffenheit über den faschistischen Anschlag in Paris soll die Vorratsdatenspeicherung doch noch eingeführt werden. Das Spenden für "Terrororganisationen" soll nun ein Straftatbestand werden. Befreiungsbewegungen wie die PKK und "Devrimci Sol" werden als "Terrororganisationen" geführt. Wer also in Zukunft Spenden für den Befreiungskampf in Rojava sammelt, soll gleich weggesperrt werden können.

2. Bei Daimler hat schändlicherweise der Betriebsrat eine neue Konzernbetriebsvereinbarung mit abgeschlossen, die sämtliche Kollegen unter Generalverdacht stellt: Alle drei Monate erfolgt nun ein Abgleich mit den Listen von "Verdächtigten" der deutschen und amerikanischen Geheimdienste – und das kurz nach dem großen NSA-Skandal! Gleichzeitig gibt es den reinsten Abmahnungsterror bei Daimler in Bremen: Die Kollegen hatten gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze durch Fremdvergabe gestreikt: Alle Arbeitsplätze für Kollegen, die nicht mehr hundertprozentig einsetzbar sind, sollen an Billiglohnfirmen vergeben werden.

Das bedeutet noch mehr Leiharbeit, schnellere Bandlaufzeiten, fast jeden Samstag Zwangssonderschicht. Wer sich dagegen wehrt, wird mit Vernichtung seiner Existenz bedroht, durch Kündigung und Schadenersatzforderung in Millionenhöhe. 80 Kollegen wurden noch in der Streiknacht verhört, doch der Versuch, sie zur Denunziation der "Rädelsführer" zu bringen, blieb erfolglos. 600 Kollegen bekamen eine Abmahnung, und das bei extrem wachsenden Profiten. Um 67 Prozent stieg letztes Jahr der Daimler-Gewinn, aber das reicht nicht: Nummer eins wollen sie sein in der Welt! Wer sich dagegen stellt, wird als "Terrorist" abgestempelt.

Verbot aller faschistischen Organisationen! Zerschlagung ihrer Organisationen! Hoch die internationale Solidarität! Proletarier aller Länder, vereinigt euch! 13.000 Menschen nahmen teil an der Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demonstration in Berlin, mindestens 50.000 besuchten die Gräber. Es ist die größte Demonstration für den Sozialismus, für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, in der die Einheit von Mensch und Natur wieder hergestellt werden kann!

Wolfgang Lange (MLPD)

Unwort "Lügenpresse": Die Manifestation von Paris wird die Möglichkeit zur Sozial- und Medienkritik um Jahre zurückwerfen ("Nachdenkseiten")

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Faschismus ist ein Krisenprodukt des Kapitalismus (Holdger Platta)

"Bürger in Wut" organisiert "Solidaritätsmahnwache" am Termin der Montagsdemonstration



Bei scheußlichem Nieselregenwetter fand die 503. Montagsdemonstration auf dem Bremer Marktplatz statt. Angekündigt war eine "angemeldete Solidaritätsmahnwache" einer "Gruppe Artikel 5 Grundgesetz Meinungsfreiheit", die sich an ein Mitglied der Bremer Montagsdemo gewendet hatte. Auf Nachfrage beim Stadtamt war von dieser "Solidaritätsmahnwache" nichts bekannt. Inzwischen war auch im Internet der Organisator dieser "Mahnwache", Oliver Meier, recherchiert. Das Ergebnis: Er gehöre zu der Gruppierung "Bürger in Wut" und habe auch Verbindungen zur AfD.

Die Montagsdemo war wie immer rechtzeitig auf dem Marktplatz mit Transparenten und Lautsprecheranlage aufgetreten. Um 17:30 Uhr waren in der Nahe der Treppe zur Bürgerschaft mehrere Personen, einer mit Gitarre, aufgezogen, die ausgeteilte Schilder "Je suis Charlie" hochhielten und Lieder, die auf der Rückseite aufgedruckt waren, sangen. In nicht bekannter Verbindung damit standen einige wenige jüngere Männer, die gleich mit Zwischenrufen unseren Moderator zu stören versuchten. Die Polizei, die sich zwischenzeitlich bei uns nach den Umständen dieses Tages erkundigt hatte, stellte sich dann zwischen die Zwischenrufer und die Montagsdemo.

Unser Moderator eröffnete die Montagsdemo und erklärte unsere Trauer über die feigen Morde und unsere Solidarität mit den Betroffenen der Anschläge in Paris und sprach aber gleich an, dass reaktionäre und faschistische Gruppierungen versuchten, die menschenverachtenden Morde mit ihren reaktionären Forderungen zu vereinnahmen und auf ihre Mühlen zu leiten, und dass wir das entschieden ablehnen und deshalb kein gemeinsames Gedenken veranstaltet würde. Die Redebeiträge der Montagsdemo unterstützten den Moderator und gingen auf die verschiedenen Aspekte und Argumente der politischen Hintergründe ein.

Uns ist klar, dass die Bildung des faschistischen IS und die finanzielle Unterstützung von den USA ausgegangen und mittlerweile das Geschäft der reaktionären Regime im Nahen Osten wie Saudi-Arabien oder Katar ist. Umso schlimmer ist, dass diese Regime auch noch mit deutschen Waffen ausgestattet werden, die schnell in die Hände des IS gelangen können und werden. Dazu gehört auch die völlig unzulässige Vermengung der Religion des Islam mit der faschis-

tischen Ideologie, wie sie reaktionäre Elemente "lehren" und der faschistische IS praktizieren. Wir kritisieren aber auch die Politik, dass sie die jungen Migranten in Deutschland und anderen Ländern in die Perspektivlosigkeit laufen lässt und damit die Voraussetzungen schafft für Aggressivität und Radikalisierung, weil sie keine Zukunft zu bieten hat.

Immer in Verbindung mit dem Auftreten von rechten und faschistischen Kräften wurde die Politik kritisiert, dass die Arbeit immer mehr verbilligt wird, damit die Gewinne in immer höhere Zonen steigen, wie bei Daimler mit 66 Prozent, und gleichzeitig immer hanebüchenere Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die immer mehr Menschen trotz Arbeit in die Armut treiben. "Pegida" und Faschisten bieten aber keine positive und solidarische Zukunft an, sondern wollen Flüchtlinge und Migranten rausschmeißen und auch in Deutschland wieder faschistische Verhältnisse schaffen. Dagegen wehrt sich an vielen Orten eine immer größer werdende Zahl von Menschen.

Es wurde auch von der Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demo in Berlin am Sonntag berichtet – wo Teilnehmer aus der ganzen Welt für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg und für den Sozialismus demonstriert hatten –, die Mut macht, eine andere Welt aufzubauen. Vor der Montagsdemo und auch beim Domläuten waren einzelne Teilnehmer von "Charlie" zu uns gekommen, um Aufklärung zu erfragen über diese "Mahnwache" und den Aufruf im "Weser-Kurier", der keinen Initiator, keine Organisation benannt und damit mal wieder zu Irritation bei den Menschen geführt hatte. Sie waren über unsere Klarstellungen sehr dankbar.

Nachdem die "Mahnwachen"-Leute in ein Lokal abgezogen waren und auch die Faschisten genug hatten, nichts erreicht zu haben, konnte auch die Montagsdemo schließen und zu einer Nachbesprechung gehen, um die weiteren Aufgaben zu besprechen. Die Nachbesprechung konnte feststellen, dass wir gut aufgetreten waren.

Jobst Roselius

Viele bekommen kurz vor dem Ruhestand nicht mal Sozialhilfe, sondern gehen gänzlich leer aus

1. "Charlie Hebdo" – Dieses Morden wird die Satire nicht verstummen lassen! " Charlie Hebdo" lebt! Die Zeichnungen sagen mehr als ein Roman. Sie sind treffender als viele Worte. Im "Weser-Kurier" waren die 72 Jungfrauen, die auf Märtyrer warten, abgebildet. Die Jungfrauen waren so dargestellt, dass mann ihnen nicht im Dunkeln begegnen möchte. Die Vertreter der Religionen haben klarge-

stellt, dass keine Religion einen Mord rechtfertigt. Die Muslime verurteilen diese Taten.

Die "Tageszeitung" schreibt: "Der Dachverband der Muslime in Frankreich sprach laut der Zeitung "Le Monde" von einem "barbarischen Akt" gegen die Demokratie. Der in Frankreich prominente Imam Hassen Chalghoumi erklärte: "Die Barbarei der Angreifer hat nichts mit dem Islam zu tun." Auf Hass könne man nicht mit Gegenhass antworten, sagte der aus Tunesien stammende Geistliche dem TV-Sender BFMTV. "Die Journalisten sind die Märtyrer der Freiheit", so Chalghoumi. Der Rektor der größten Pariser Moschee, Dalil Boubakeur, sagte, dies sei eine donnernde Kriegserklärung."

Nur die Politiker, die über eine weitere Einschränkung der Freiheiten nachdenken, verschaffen dadurch dem Terror einen Erfolg! Einen Erfolg in Deutschland? Zum Glück haben die Politiker noch Zeit zum Nachdenken. Die Vorratsdatenspeicherung jedenfalls hat Frankreich nicht geholfen.



2. Die Arbeitslosenzahlen, die Unwahrheit des Monats, wurden wieder veröffentlicht. Die Presse druckt es einfach nach. Es sind nicht die tatsächliche Arbeitslosen, nur die Arbeitslosen gemäß Statistik – siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Ein Mitstreiter hat uns "mit freundlichem Grinsen" auf den Beitrag von Volker Pispers "Bis neulich 2014 – Die Bananenrepublik" hingewiesen. Ein tref-

fender Beitrag, vom ZDF wie folgt angekündigt: "Er könnte der Kumpel von nebenan sein, doch wehe dem, der ihn unterschätzt. Volker Pispers ist ein Großmeister des politischen Kabaretts. Seit über drei Jahrzehnten hinterfragt er Politik und Mainstreamkultur, klärt auf und teilt aus, ohne zu belehren.

Anstatt alle paar Jahre ein neues Programm auf die Bühne zu bringen, erfindet er jeden Abend neu, mischt alte Texte mit neuen Erkenntnissen, beobachtet und analysiert, unterhält und regt auf. Sein ständig aktualisiertes Programm, Bis neulich' bildet unsere Welt ab, wie sie ist: die immer gleichen Absurditäten in immer neuem Gewand. Es geht um Turbokapitalismus und politischen Stillstand, um Kriegstreiber und Steuerflüchtlinge, um Rentenlügen, Medienmanipulation und versuchte Volksverdummung. Ein Abend mit schmerzhaften Einsichten bei hohem Unterhaltungswert. Volker Pispers ist ein gnadenloser Menschenfreund, bitterböse und grundsympathisch. Er beschreibt eine Welt, die manchmal so schlecht ist, dass man nur noch drüber lachen kann. Oder sie ändern." Es sind 60 Minuten, die wie im Flug vergehen. Zu den Arbeitslosenzahlen kommt er ab der 35. Minute. Köstlich!

3. Nun zur Miete, den Kosten der Unterkunft. Das Sozialgericht Mainz will's wissen. Sozialexperte Harald Thomé hat die Information herumgeschickt: "Das Sozi-

algericht Mainz hat mit Beschluss vom 12. Dezember 2014 (Aktenzeichen S3 AS 130/14) ein Verfahren ausgesetzt, das die Übernahme von Aufwendungen für die Unterkunft im Rahmen von Leistungen nach dem SGB II betrifft. Das Gericht hält § 22 Absatz 1 Satz 1 (2. Halbsatz) SGB II für verfassungswidrig und hat die Frage dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt (nach Artikel 100 Grundgesetz). Während eine Verfassungsbeschwerde auch durch einen Nichtannahmebeschluss zurückgewiesen werden kann, den das Bundesverfassungsgericht nicht begründen muss, wird es über den Vorlagebeschluss in der Sache und mit einer schriftlichen Begründung entscheiden.

Damit ist jetzt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgericht zu der Frage zu erwarten, ob die Regelung des § 22 Absatz 1 Satz 1 (2. Halbsatz) SGB II ("soweit diese angemessen sind") vor dem Hintergrund des Karlsruher Hartz-IV-Urteils vom 9. Februar 2010 noch als mit der Verfassung vereinbar gelten kann (vergleiche unsere Verfassungsbeschwerden vom 3. März 2014, anhängig unter 1 BvR 617/14, und vom 3. April 2014, anhängig unter 1 BvR 944/14). Wir dürfen gespannt sein."

Der erste Satz in § 22 SGB II lautet: "Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind." Auf dem Prüfstand steht also die Einschränkung im zweiten Halbsatz. In Bremen erhalten die Erwerbslosen monatlich rund 350.000 Euro Euro weniger, als sie tatsächlich für die Kosten der Unterkunft ausgeben. Die Statistik steht im Netz und wird fortgeschrieben. Die Anleitung zum Nachlesen steht auf der Seite zur 501. Bremer Montagsdemonstration.

Die Entscheidung über den Vorlagebeschluss wird leider auf sich warten lassen. Wer in Bremen als Erwerbsloser, Grundsicherungs- oder Sozialhilfeempfänger seine Miete nicht voll erstattet bekommt, kann dies ändern. Die Richtwerte für die Mietobergrenzen sind in Bremen nicht nach den Vorgaben des Bundessozialgerichts ermittelt worden. Es fehlt am schlüssigen Konzept. Wie dies alles geht? Nachlesen auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration oder einfach herkommen!

Es geht bereits mit der Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft los. Diese Anweisung gibt es in Kurz- und in Langform. Dort steht, wie die Verwaltung zu arbeiten hat. Die Verwaltungsanweisung ist nur eine Anweisung an die Verwaltung ohne Außenwirkung! Sie hat keine Gesetzeskraft! Die aktuelle Verwaltungsanweisung ab 1. Januar 2014 hat 87 Seiten Umfang, siehe Übersicht.

Oftmals höre ich, dies dauere doch viel zu lange. Nein, wer aktuell monatlich seine Miete nicht voll erstattet bekommt, kann beim Sozialgericht ein Eilverfahren beantragen. Eilverfahren sind neuerdings bereits ab zehn Euro möglich, wenn kein weiteres Einkommen oder Vermögen vorhanden ist. Es braucht in der Regel weniger als einen Monat zur Entscheidung. Je größer die Not, desto schneller die Entscheidung!

4. Das Jobcenter möchte auch 2015 alle Rentenansprüche ausnutzen. Jeder ältere Erwerbslose wird aufgefordert, von der Rentenversicherung den frühestmöglichen Rentenbeginn ermitteln zu lassen. Diese Aufforderung ist natürlich mit Sanktionsandrohungen versehen, weigern nützt nichts. Ob die Sanktionen vom Gericht akzeptiert werden, ist fraglich, weil das Jobcenter diese Auskunft ebenso gut selbst bei der Rentenversicherung beantragen kann und die Rentenauskunft auch erhält. Das Jobcenter kann sogar den Rentenantrag stellen, wenn der Erwerbslose sich weigert.

Es gibt Gerichtsentscheidungen, die diese **Zwangsverrentung** verhindern. Es kommt auf die persönlichen Fakten an. Wer nicht verrentet werden will, sollte dies lesen, sich beraten lassen und aktuelle Entscheidungen suchen. Der MDR hat Anfang 2014 darüber berichtet und die Folgen der Weigerung geschildert: Die Zahlung von ALG II wurde eingestellt, weil die Mitwirkung (der Rentenantrag) verweigert wurde. Wurde gerichtsfest eingestellt?

Die Fraktion "Die Linke" im Deutschen Bundestag hat zu dem Thema eine Anfrage gestellt. In der Auswertung steht auf Seite 6: "Die Ignoranz gegenüber den sozialen Verwerfungen durch die Zwangsverrentungen zeigt sich insbesondere daran, dass bei dem Verweis auf eine vorgezogene Altersrente 'die Höhe der zu erwartenden Altersrente' nicht geprüft wird und keine Rolle spielt (Frage 8). Selbst eine Zwangsverrentung, die durch die Abschläge dazu führt, dass dauerhafte Fürsorgebedürftigkeit im Alter entsteht, hält die Bundesregierung schlicht für 'zulässig'.

Diese Aussage der Bundesregierung erfolgt, obwohl erste Entscheidungen der Sozialgerichtsbarkeit zumindest in diesem Fall Zwangsverrentungen für unzulässig halten (vergleiche etwa Sozialgericht Duisburg, Aktenzeichen S5 AS 4787/12 ER; Manfred Hammel: "Zwangsverrentung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern auf Druck des Jobcenters", "Info Also" 4/2013). Diese Rechtsprechung ist der Bundesregierung aber schlicht "nicht bekannt" (Frage 10). Das sollte sich unbedingt ändern."

Im Beschluss des Sozialgerichts Duisburg wird auch die Unbilligkeitsverordnung genannt. Die Schärfe der Zwangsverrentung von gesunden, erwerbsfähigen Erwerbslosen mit 63 entsteht dadurch, dass vorzeitig in die Rente Gezwungene nur Anspruch auf Sozialleistungen haben. Der Anspruch auf Grundsicherung entsteht erst mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze beziehungsweise mit dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit. Wer weniger als drei Stunden arbeiten kann, ist erwerbsunfähig.

Zurück zur Anfrage der "Linken". Auf Seite 5/6 der Auswertung steht dazu: "Einen dramatischen Absturz erleiden diejenigen, deren Rentenanspruch nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Diese Personen fallen nicht nur aus dem SGB II heraus, sondern haben – weil sie das reguläre Rentenalter noch nicht erreicht haben – auch keinen Anspruch auf die Grundsicherung im Alter: Sie fallen in die traditionelle Sozialhilfe (vergleiche Frage 11). Dies bedeutet gegenüber Hartz IV und dem SGB II geringere Vermögensfreibeträge, geringere Einkommensfreigrenzen

und Rückgriff auf die Einkommen und Vermögen von Eltern (bei 63-Jährigen weniger relevant) und Kindern!

In der 'Ansparphase' sowohl bei Hartz IV als auch in der Sozialhilfe noch geschütztes Altersvermögen sei nun zu verbrauchen, 'es folgt die Phase des Kapitalverzehrs' (Frage 12). In der Kombination dieser erheblichen Hürden ist davon auszugehen, dass ältere Menschen kurz vor dem regulären Ruhestand nicht einmal Sozialhilfe bekommen, sondern gänzlich leer ausgehen. Der mit dem Hartz-IV-Bezug einhergehende soziale Abstieg wird durch vollständige Verarmung zu einem Abschluss gebracht."

Wer eine vorgezogene Altersrente erwartet, die unterhalb des Zahlbetrags bei ALG II liegt, sollte die Auswirkungen einer ergänzenden Sozialhilfe rechtzeitig überdenken. Nur wer die Regelaltersgrenze erreicht hat oder erwerbsunfähig ist, erhält Grundsicherung. Bei der Grundsicherung müssen die Angehörigen erst ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro Unterhalt erstatten, siehe 502. Bremer Montagsdemonstration. Die Abläufe zum lückenlosen Geldeingang sind genauso wie beim Übergang in die Grundsicherung.

Wer es nachlesen will: Grundsicherung steht im SGB XII Viertes Kapitel, Sozialhilfe im Dritten Kapitel. Die Aufwendungen für die Grundsicherung werden Bremen vom Bund zu 100 Prozent erstattet. Außerdem steht in den Eingangsbemerkungen der Verwaltungsanweisung zur Grundsicherung, dass eigentlich der Bund diese Rahmenbedingungen festlegen müsste.

Wie die Verwaltung in Bremen das 4. Kapitel des SGB II umsetzen soll, steht auf den Folgeseiten. Alles, was vom Gesetzestext abweicht, ist eine Anweisung an die Verwaltung *ohne* Außenwirkung. Es hat keine Gesetzeskraft! Wieder einmal wird klar: Der Arme ist der "Dumme". Es muss nicht sein. Gegenwehr ist möglich! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Sei es dir wert! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

"Wer meine Mutter beleidigt, erwartet einen Faustschlag": Der Papst sollte seinen Machismo besser im Griff haben ("Spiegel-Online")

Die Scharia gehört nicht zu Deutschland: Aufklärung und Meinungsfreiheit haben Vorrang vor dem mittelalterlichen Blasphemieverbot ("Die Welt")

Özdemir unter Kriminalkräuteranbauverdacht: Wie gut, dass die Polizei nichts Wichtigeres zu tun hat ("Die Welt")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

504. Bremer Montagsdemo am 19. 01. 2015

Mein Wort zum Sonntag



Wenn schon "Arbeit über alles", dann sollte der DGB auch von Lohnarbeit reden, also vom Verkaufen der Arbeitskraft der Arbeitnehmer an die Unternehmen, sprich: Arbeitgeber – und der DGB sollte die derzeitige Situation auf dem Lohnarbeitsmarkt ganz klar benennen.

Circa 20 Millionen Vollzeitbeschäftigten, die vier Fünftel der bezahlten Arbeitsstunden eines Jahres verrichten, stehen 34 Millionen weiterer Erwerbsfähiger gegenüber, die das letzte Fünftel der bezahlten Arbeit rechnerisch unter sich aufteilen müssen,

sprich: rund 25,25 Stunden im Monat je möglichem Erwerbsfähigen.

Hartz IV muss weg und durch ein besseres und sanktionsloses Instrument ersetzt werden, zum Beispiel durch ein Grundeinkommen mit der Neuverteilung aller Lohnarbeitsstunden auf jeden Menschen, der an dieser Form der Arbeit teilhaben möchte. Nur so kann man positive Veränderungen mit der wirksamen Bekämpfung der Verarmung von immer mehr Menschen in Deutschland erreichen.

Mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger und der Problemverlagerung auf die Stellvertreter-Politiker zumindest nicht – und mit einem vorgegaukelten unmöglichen Sozialaufbau innerhalb eines Systems, welches handelt, wie es handeln muss, auch nicht. Seine Aktivitäten für oder gegen "Pegida" einzusetzen, ist ein gutes Ablenkungsmanöver für dieses System. Es kann dann wohl weitermachen wie bisher!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Dresdner Montagsdemo verboten: Medien und Staatsapparat müssen als potenzielle Förderer von "Pegida" eingeschätzt werden ("Rote Fahne News")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 26. Januar 2015 als Teil einer Großdemonstration gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt, die von einem breiten Bündnis getragen wird und bereits um 17 Uhr auf dem Marktplatz beginnt. Unser Treffpunkt sind die Stufen vor der Bürgerschaft.

Fast jeder zehnte Leistungsberechtigte in Bremen wird sanktioniert



1. "Die Linke" in der Bremischen Bürgerschaft hat den Senat der Freien Hansestadt zu den Sanktionen befragt. Es ist eine Große Anfrage, somit wird die Antwort des Senats auch Thema für die Bürgerschaft. Die Einleitung: "Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger(innen), die von Sanktionen betroffen sind, ist sehr viel größer als durch die sogenannten "Sanktionsquoten" suggeriert wird. So wurden

laut jüngsten Statistiken in den zwölf Monaten Juli 2013 bis Juni 2014 im Land Bremen über 13.000 Sanktionen gegen mehr als 6.250 erwerbsfähige Leistungsberechtigte verhängt. Damit war fast jede(r) zehnte erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Gesamtzahl ca. 67.000) innerhalb eines Jahres von mindestens einer Sanktion betroffen (9,3 Prozent).

Die veröffentlichten "Sanktionsquoten" geben dagegen an, welcher Prozentsatz der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zu einem Stichtag gleichzeitig von Sanktionen betroffen ist und sind entsprechend niedriger. Sanktionen bedeuten, dass Menschen das offizielle Existenzminimum noch weiter gekürzt wird. Die Kürzung beträgt bundesdurchschnittlich pro Sanktion etwa 100 Euro monatlich, und zwar üblicherweise drei Monate lang. Eine Zahl von einer Million Sanktionen im Jahr bedeutet, dass Erwerbslosen bundesweit 300 Millionen Euro durch Sanktionen von der ohnehin nicht armutsfesten Hartz-IV-Leistung weggenommen wird. Nicht nur unter moralischen Gesichtspunkten, auch unter dem Aspekt der Armutsbekämpfung ist dies eine Summe, die unerträglich ist." Es folgen die 22 Fragen – einfach lesenswert! Auf die Antwort bin ich gespannt.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat schon einmal auf eine Sanktionsanfrage geantwortet, siehe 295. Bremer Montagsdemonstration: "Halten wir fest: Die fast gleichen Anfragen der Grünen-Fraktion an den Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Linksfraktion an die Bundesregierung ergeben bei gleicher Datenlage höchst abweichende Antworten! Die Antwort der Bundesregierung ist ausführlich, Fragen werden im Sinne des Fragenden auch erweitert beantwortet. Die Antwort des Senats ist nur punktgenau, und damit wird die gewünschte Auskunft nicht erteilt. Unverständlich bleibt, warum die vorliegenden Datensätze in Bremen nicht zielgerichtet entsprechend den Fragen ausgewertet werden."

In den geplanten "Rechtsvereinfachungen" zum SGB II wird auch eine Änderung der Sanktionen vorgeschlagen. Die Entscheidung steht an. Die ehemalige Jobcenter-Mitarbeiterin Inge Hannemann hat die Notwendigkeit, die Sank-

tionen abzuschaffen, dem Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag vorgetragen und nichts gehört. Im aktuellen Rundschreiben des Sozialexperten Harald Thomé steht: "Der 'Buschfunk' zum Rechtsvereinfachungsgesetz teilt mit: Es dauert noch. Die Grünen und 'Linken' haben eine Anhörung zu den Hartz-IV-Sanktionen beantragt. Der Termin wurde, noch ohne genaues Datum, auf Juni festgelegt. Die Bundesregierung könnte dazu den Referentenwurf des 9. SGB-II-Änderungsgesetzes vorlegen; bis Juni soll er vorliegen. Der Aktionstag am 16. April 2015 unter dem Motto 'Auf Recht bestehen – zehn Jahre Hartz IV sind genug!' kommt dazu prima gelegen."

2. Bremens Bürgermeister hat den Entwurf für den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt und erläutert. Der "Weser-Kurier" titelt: "Jeder vierte Bremer auf der Kippe" und "Viele Reiche im armen Bremen". "Die Linke" kommentiert: "Die vorgestellten Zahlen sind erschreckend, aber leider kaum überraschend. Seit dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht sind vier Prozent mehr Bremerinnen und Bremer armutsgefährdet, die Armutsgefährdungsquote steigt auf 23,1 Prozent. Gleichzeitig sind die Einkommen aus Vermögen von 2005 bis 2011 um 36,6 Prozent gestiegen, sodass Bremen auch auf der Reichtumsskala im Vergleich der Bundesländer vorne liegt. In Stadtteilen wie Horn-Lehe wird durchschnittlich über 100.000 Euro pro Jahr mehr verdient als etwa in Gröpelingen. Es bleibt dabei: Die soziale Spaltung ist das hierzulande vorherrschende Entwicklungsmuster."

Bremen hat seinen Spitzenplatz bei der Armut gefestigt und gleichzeitig einen sprunghaften Anstieg der Millionäre verkraftet. Fast 50 Prozent der Alleinerziehenden sind arm. Diesen Menschen will die Bundesregierung die Zulage für Alleinerziehende streichen, siehe 491. Bremer Montagsdemonstration. Die Auswirkungen der Sanktionen, aus der oben angeführten Anfrage erahnbar, finden sich nicht in diesem Bericht wieder. Die Sorgen der armen Menschen sind auch ohne Sanktionen gravierend! Von Hunger, einer zerbrochenen Brille, fehlenden Möbeln, fehlenden Hausrat, fehlender Kleidung steht nichts in diesem Bericht!

Haben Sie es erlebt? Ein Jugendlicher kommt nach Hause. "Deine Hose ist dreckig", stellt die Mutter fest. Die Hose muss gewaschen werden. Er wartet darauf, er will wieder los. Es dauert. Es ist nicht seine Lieblingshose, es ist seine einzige Hose. Er hat keine Alternative! Er wartet und ist nervös. Es ist ihm peinlich, dass wir – der Besuch – dies mitkriegen. Aber in der kleinen Wohnung ist das einfach unvermeidlich. Was sind die Sorgen der Reichen? Die Zinsen sind gesunken, die Immobilienpreise stark angestiegen, desgleichen die Selbstanzeigen wegen Steuerhinterziehung.

Die Zahlen in diesem Bericht stammen von 2012. Es steht somit nicht darin, wie "rücksichtsvoll", sprich: dramatisch Bremen die Zuschüsse an Selbsthilfeeinrichtungen zusammengestrichen hat. 2015 werden viele aufgeben – leider nicht, weil sie nicht mehr gebraucht würden! "Die Linke" hat eine Aktuelle Stunde in der Bremischen Bürgerschaft zum Reichtumsbericht beantragt. Die Sitzung ist für Donnerstag um 11 Uhr angesetzt. Wer vorher zeigen will, was er davon hält, kann dies bereits am Mittwoch, dem 21. Januar 2015, um 14:15 Uhr unter dem Motto "Armutsbremse statt Schuldenbremse!" auf dem Marktplatz vor der Bürgerschaft tun. "Die Linke" lädt zu dieser Aktion ein.

3. Zurück zur "großen Politik", zum geplanten Freihandelsabkommen: "Brüssel überdenkt Investorenschutz" stand am 14. Januar 2015 im "Weser-Kurier". Am Vortag wurde dieses Thema in den "Tagesthemen", unter der Überschrift "TTIP: EU-Kommission stellt Pläne für Investorenschutz vor" behandelt. In dem Beitrag wird die Klage von Vattenfall auf Schadenersatz vorgestellt. Das Klage vor einem Schiedsgericht wird erläutert und alles als ganz normal hingestellt. Zu Wort kommt der "Bundesverband der Deutschen Industrie", nicht aber die "Verbraucherzentrale". Kein Wort von den Protesten auch der US-Verbraucherschützer!

Vattenfall könnte auch vor einem Gericht in Deutschland klagen. Wir haben eine bewährte Gerichtsbarkeit, aber die Investorenschutzklausel ermöglicht Klagen auf Schadenersatz, die sonst nicht begründbar wären und auch keine Aussicht auf Erfolg hätten. Die Schiedsgerichte wurden vor Jahren "erfunden", um Investitionen in Staaten mit parteiischer Justiz zu schützen. Es geht mir heute nicht um die Nachteile des Investorenschutzes für die Verbraucher und den Mittelstand, sondern um diese zielgerichtete Berichterstattung in den "Tagesthemen": Ein ausgewogener Bericht sieht anders aus! Weiteres steht auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration.

Eine "Monitor"-Presseerklärung vom 15. Januar 2015 lautet "Die schwarzgelbe Bundesregierung hat der Atomindustrie offenbar zu Millionenklagen verholfen. Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Briefwechsel hervor, über den "Monitor" heute berichtet. Darin bittet der damalige RWE-Vorstandsvorsitzende Jürgen Großmann den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier ausdrücklich um ein Schreiben, das heute als wesentliche Grundlage für Schadensersatzklagen der Atomkonzerne dient. Vorausgegangen war offenbar eine Vereinbarung mit dem damaligen Kanzleramtsminister Ronald Pofalla." Herzlichen Glückwunsch an "Monitor" – und Hüte für die beteiligten Politiker!

4. Die Stadtbibliothek Bremen hat ihre "Literarische Woche" mit dem Thema Überwachung gestartet. In der ARD war die "Jagd auf Snowden" zu sehen. Die Reportage "erzählt die wahre Geschichte der Flucht Edward Snowdens. Es ist eine David-gegen-Goliath-Geschichte, an deren Ende sich Snowden ins Moskauer Exil rettet und die Supermacht USA blamiert ist. Die USA hatten ein Flugzeug illegal zur Landung gezwungen und alle diplomatischen Register gezogen. Das FBI war nicht davor zurückgeschreckt, Snowdens Vater für seine Zwecke einzuspannen." Beklemmend war die fehlende Unterstützung Deutschlands und der anderen europäischen Staaten für Edward Snowden! Ganz nebenbei erfahren wir von einem Geheimflugzeug der USA zur Personenverschleppung.

Beim nächsten Beitrag "Schlachtfeld Internet" wurde mir mau in der Magengegend: "Das Internet ist in bisher kaum bekanntem Ausmaß 'Aufmarschgebiet' für die digitalen Truppen der Kriege des 21. Jahrhunderts. In einem exklusiven Interview mit dem amerikanischen Sender WGBH, dem NDR und 'Servus TV' enthüllt Whistleblower Edward Snowden, wie die NSA und andere Nachrichtendienste das Netz zur Waffe machen." Ein Ziel ist es, jedes Handy als Wanze zu nutzen! Dies ist keine Zukunftsmusik: Mikrofone und Kameras im Handy oder Laptop wurden erfolgreich ohne Wissen der Besitzer eingeschaltet. Noch beklemmender ist die Einschleichung in die Steuerungselektronik großer Einrichtungen.

Der bisher geheime Haushalt der NSA zeigt die Ernsthaftigkeit der Bedrohung durch die USA. Die "Schläfer" können jederzeit aktiviert werden. Die Auswirkungen dieser Programmeingriffe sind unbegrenzt. Zu den Beiträgen ist ergänzend anzumerken, dass Tochterfirmen und Kooperationspartner auch in Bremen sicherheitsrelevante Programme erstellt haben. Auch über unsere neuen Personalpapiere braucht die NSA nicht zu grübeln: Die Entwicklung und Umsetzung wurden mitgestaltet. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Wiederstand gegen Denkmal für Bremer Folteropfer: Niemand darf unter polizeilicher Obhut ums Leben oder nachhaltig zu Schaden kommen ("Spiegel")

Bundesagentur späht Erwerbslose im Internet aus



1. Ein europaweit ausgeschriebener Auftrag der Arbeitsagentur lässt tief blicken: Die Bundesagentur für Arbeit will zukünftig die Aktivitäten von Erwerbslosen auf Social-Media-Plattformen wie "Facebook" verstärkt ausspionieren. Dabei wird offenbar ein Unternehmen gesucht, das der Bundesagentur – zunächst befristet – ein Programm zum Beobachten der Aktivitäten in sozialen Medien zur Verfügung stellt. Auch wenn eine solche

Ausschreibung der Behörde der Sprecherin der Bundesbeauftragten für Datenschutz nicht bekannt ist, soll die Bundesagentur bereits mehrfach versucht haben, Erwerbslose im Internet auszuspähen, wofür sie vom Vorgänger der Bundesbeauftragen für Datenschutz 2013 derart gerügt worden sei, dass diese Aktion letztlich gestoppt wurde.

Bei der Online-Spionage geht es nach Berichten der "Jungen Welt" um "automatisierte Identifikation und Analyse von Diskussionen und Kommentaren im deutschsprachigen Social Web". Damit könne alles, was Erwerbslose in sozialen Netzen an Kommentaren oder Fotos hinterlassen, ausgewertet und gegen sie verwendet werden. Dabei stünden offenbar insbesondere "aktuelle Diskussionsthemen mit Bezug auf die Bundesagentur" im Fokus – angeblich ohne dass dabei personenbezogenen Daten erhoben würden. Ja, die Erde ist eine Scheibe! Wer unerlaubterweise "auf blauen Dunst" munter ganz allgemein spioniert, dabei vermutlich nicht grundlos die Datenschutzbeauftragte einzuweihen "vergisst", kann der noch "guten Gewissens" über jeden Verdacht erhaben sein?

Wir wollen nicht vergessen, dass die Bundesagentur im November 2013 auf der Internetverkaufsplattform "Ebay" Erwerbslose ausspionieren wollte, um mögliche Einnahmen aufzudecken, die von den Betroffenen nicht angegeben wurden. Ebenso wenig soll der Vorstoß der Bundesagentur im Jahr 2009 unter den Teppich gekehrt werden, umfassende Überwachungen von Erwerbslosen bei Betrugsverdacht durchzusetzen, wobei auch munter Nachbarn und Verwandte über die Betroffenen ausgefragt werden sollten. "Klar" scheint nur zu sein, dass Erwerbslose grundsätzlich unter dem Generalverdacht stehen "müssen", irgendwie unerlaubt und in betrügerischer Absicht – am Amt vorbei – an mehr Geld gelangen zu wollen. Ach, wenn doch mal alle Großverdiener bei ihren Steuererklärungen ebenso akribisch überwacht, durchleuchtet, ja geradezu mikroskopiert würden! Das könnte sich dann richtig lohnen.

2. Entgegen der gängigen Meinung, in Deutschland müsse niemand hungern, schlagen Ernährungswissenschaftler Alarm und beklagen, dass in Deutschland viele Menschen unter verstecktem Hunger leiden. Es seien besonders Kinder betroffen, die von Hartz IV "leben" müssten, weil ihnen oft wichtige Nährstoffe fehlten. Die Regelleistungen reichten kaum aus, um sich vollwertig und ausreichend zu ernähren. Aus der Finanznot der Betroffenen und dem zunehmenden Industrialisierungsgrad von Nahrungsmitteln entstehe eine Mangelernährung.

Besonders für Kinder seien die Folgen fatal, weil aus einer Mangelernährung Wachstums- und Entwicklungsstörungen sowie zum Teil schwere Krankheiten entstehen können. Schließlich gehe es nicht nur darum, kurzfristig satt zu werden, sondern vor allem darum, gesund zu bleiben! Laut den Erkenntnissen der Welternährungsorganisation FAO führen Vitamin- und Mineralstoffmangel zu Wachstumsstörungen und Krankheiten, was auch volkswirtschaftlich schlecht sei, da die Betroffenen aufgrund ihrer schlechten Entwicklung im späteren Lebensalter wieder soziale Leistungen wie Hartz IV benötigen würden. Ein Ansatz, den Erwerbslosen- und Sozialverbände fordern, sei die sofortige Anhebung der Hartz-IV-Regelleistungen auf 500 Euro.

3. Die Hartz-Gesetze haben unser Land drastisch verändert: Für Millionen Betroffene ist keine Teilhabe am normalen Leben mehr möglich. Mareike Homberg war Mitarbeiterin in einem Umweltinstitut, bevor ihr mit Ende 40 von der nahe gelegenen Universität angeboten wurde, aufgrund ihrer Berufserfahrung auch ohne Abitur zu studieren. Natürlich war das späte Studium ein Risiko, doch hätte sie sich nie träumen lassen, dass sie nun, mit Ende 50, derart im Nichts ankommen könnte: Jetzt gibt ihr niemand einen Job, und auch wenn sie sich mehrfach engagiert, schlägt ihr nach zwei Jahrzehnten Berufserfahrung plus Studium nur noch die Verachtung entgegen, der hier jeder Hartz-IV-Bezieher ausgesetzt ist.

Seit sie von Hartz IV vegetieren muss, besteht ihr Alltag im Prinzip nur noch aus Behördengängen, im Supermarkt einkaufen, im Secondhand-Laden ein Schnäppchen ergattern. Abweichungen sind unbezahlbar, weil die staatliche Transferleistung nur zum bloßen Überleben reicht. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist unbezahlbar geworden. Als Freunde ihr zu Weihnachten Geld auf ihr Konto überweisen, wird es ihr nach dem Zuflussprinzip vom Staat weggenommen.

Als sie plant, sich selbständig zu machen, bei Kindern Lust auf Naturwissenschaften zu wecken, erhält sie wegen einer unsicheren Prognose keinerlei Starthilfe vom Jobcenter. Das hindert die Behörde jedoch nicht daran, ihr ein halbes Jahr monatlich nur 180 Euro zu überweisen, damit auf keinen Fall ein möglicher Gewinn auf ihrem Konto landen könne. Mit der Existenzangst im Nacken bleibt ihr nichts anderes übrig, als die Selbständigkeit aufzugeben.

Manchmal geht sie zur "Tafel". Sie findet gut, dass sie dort Lebensmittel bekommt, deren Haltbarkeit abgelaufen ist. Dennoch fühlt sie sich später zu Hause "wie der Inhalt der Tüte, nämlich gammelig". Mareike Homberg sagt, mit Hartz IV sehe sie die Welt nur noch von unten. Leben bedeute für sie Existenz sichern und Hartz IV kaschieren. Am schlimmsten sei für sie der totale Respektverlust, den das Almosen vom Staat mit sich bringe.

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer stellt fest, dass Arbeitslosigkeit die Alltagsstruktur, den Status und den Respekt der anderen zerstörte und damit das Selbstbewusstsein. Nach seiner Diagnose habe sich nach zehn Jahren Hartz IV in alle Lebensbereiche eine autoritäre Form des Kapitalismus gefressen, die selbst vor der Familie nicht haltmacht. Der Kapitalismus interessiere sich nicht für Integration, sondern für Konkurrenz, weswegen Menschen nach Effizienz und Nützlichkeit beurteilt werden, nicht aber in ihrer Gleichwertigkeit. Hartz IV signalisiert nun, dass hier jemand nicht mehr brauchbar, "überflüssig" geworden sei.

Heitmeyer spricht von einer "rohen Bürgerlichkeit", die durch selbst verunsicherte Bürger entstünde, die ihre privilegierten Positionen sichern wollten. Die große Verunsicherung entstünde durch die rapide Abwärtsspirale, in die auch Menschen aus vergleichsweise gut situierten Verhältnissen aus der Gesellschaft geschleudert werden können. Selbst gute Noten, eine Lehre als Bankkaufmann, ein schnelles Studium, eine Stelle als Führungskraft führen nicht mehr automatisch zum Erfolg, sondern manchmal auch in den Abgrund von Hartz IV, so wie

im Fall von Thomas Stochas, der sich mit den Geschäftspraktiken seines Unternehmens schwer tat und dem noch in der Probezeit gekündigt wurde.

Weil er mit Mitte 20 noch keine zwölf Monate in Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, landet er subito in Hartz IV. Beim Jobcenter muss er sich rechtfertigen, warum er seinen Arbeitsplatz verloren habe. Ihm wird angekündigt, dass die Behörde ihn ohne Rücksicht auf seine Qualifikation als "erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen" vermitteln würde, wenn er nicht selbst schnell etwas finde. "Leistungsberechtigter" klingt zwar niedlich-nett, doch im Jobcenter wird Stochas von Anfang an als Bittsteller schuldig gesprochen: Wer Geld vom Staat bekommt, soll sich schuldig fühlen. Auch die Bezeichnung "Kunde" ist mehr als irreführend.

Armutsforscher Christoph Butterwegge kritisiert, dass ein Kunde Geld mitbringe und bestimmen könne, was ihm der Verkäufer anbiete. Aber der Arbeitslose komme ja, weil er kein Geld habe. Butterwegge nennt den Kundenbegriff eine Verhöhnung, die an Zynismus kaum zu überbieten sei. Er verdecke, dass die Arbeitslosigkeit unter Hartz IV von einem Strukturproblem zu einem individuellen Problem umdefiniert worden sei. Auch verdecke er die Verlagerung der Schuldfrage, weil nun Erwerbslose selbst in einem Wettbewerb zueinander stünden, der auch noch die letzte Solidarität zerbrechen lasse.

In den Jobcentern konzentrieren die Mitarbeiter ihre Vermittlung eher auf die sogenannten "A-Kunden", die als schnell vermittelbar gälten. So fällt es leicht, die schwerer zu vermittelnden "B-" und "C-Kunden" der Faulheit zu bezichtigen. Auch wenn nur eine verschwindend geringe Anzahl an Erwerbslosen keiner Arbeit nachgehen will, werden nur zu gerne alle unter Generalverdacht gestellt. Es gibt aber auch Jobcenter-Mitarbeiter(innen) wie die vom Dienst suspendierte Inge Hannemann, die bestürzt darüber sind, welch tiefe Spuren Hartz IV bei den Betroffenen hinterlässt: Sie müssen sich oft wie entmündigt und völlig ausgeliefert fühlen. Natürlich steigt Wut hoch, wenn wegen nicht bearbeiteter Anträge kein Geld kommt oder wenn sinnlose Maßnahmen aufgezwungen werden.

Hannemann geißelt besonders die ständig drohenden Sanktionen in Form von Leistungskürzungen, sodass mit weniger als dem Existenzminimum auskommen muss, wer nur einen Termin versäumt hat. Hartz bedeute Überwachung und Gängelung bis tief in die privaten Lebensverhältnisse hinein. So spricht Armutsforscher Butterwegge von einem totalitären System, das die Betroffenen nicht mehr loslasse, ihren Alltag total beherrsche und sie zwinge, ihr gesamtes Verhalten danach auszurichten. Der Staat maße sich an, über die Lebensweise von Millionen Beziehern der "Grundsicherung" zu entscheiden, was einer institutionelle Diskriminierung gleichkomme.

Das Hartz-IV-System sei ein unglaublich rigides Armutsregime. Hartz IV bewirke eine Anspruchsreduktion, die mit einer Traumatisierung einhergehe. Die Menschen nähmen sich selbst zurück, würden gedemütigt und demoralisiert. Der Soziologe Dörre stellt fest, dass Hartz IV nicht nur bei den Betroffenen weitreichende Schäden hinterlasse, sondern bereits bei denen, die befürchten, auch ins

ALG II fallen zu können, und deswegen zu den garstigen Konditionen des Niedriglohnsektors bereit sind.

Wer länger im Hartz-IV-Bezug bleibt, müsse sich mit seiner Lage arrangieren, sich anpassen, um zu überleben. Je stärker die Betroffenen ihre Lebensplanung und ihren Lebensstil veränderten, desto stärker unterschieden sie sich vom Rest der Gesellschaft. Sie würden so zur Zielscheibe der anderen und zögen sich aus der Öffentlichkeit zurück, würden unsichtbar. Lässt sich ein Leben mit Hartz IV eigentlich noch Leben nennen, wenn die Teilhabe am normalen Leben für Millionen Betroffene fast unmöglich geworden ist?

Es ist schön, dass immer mehr kritische Artikel zu zehn Jahren Hartz IV in den Zeitungen stehen. Doch finde ich selbst die Kritiker merkwürdig zahm. Selten lese ich mal, dass diese Gesetze doch ausgebaut wurden, um einen Dumpinglohnsektor auszubauen, um den Sozialstaat abzubauen, um vom Welfare- zum Workfare-System zu gelangen, neoliberal gesagt: vom fürsorgenden zum "aktivierenden" Wohlfahrtsstaat. Obwohl die Profite der Konzerne seit Jahren ins Unermessliche steigen, die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, die Ungleichheit in der Welt immer schneller wächst, das reichste Prozent der Weltbevölkerung schon im kommenden Jahr mehr besitzen wird als die restlichen 99 Prozent, soll offenbar niemand mehr "umsonst" versorgt werden, ohne sich sein kärgliches Almosen zum Vegetieren selbst sauer verdienen zu müssen.

Um eine weitere Zunahme der Ungleichheit zu stoppen, fordert "Oxfam"-Verband von Hilfs- und Entwicklungsorganisationen von den Staaten mehrere Maßnahmen: dass sie Steuervermeidung und Steuerflucht bekämpfen, das Kapital anstelle von Arbeit besteuern, Mindestlöhne einführen und die öffentlichen Dienstleistungen verbessern. Wie lange dauert es denn noch, bis ein tatsächlich existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen für alle eingeführt wird?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

Zeitenwende

Es kommt einem vor wie eine neue Zeit, das mit dem Islam und den Islamisten. Was sind eigentlich Islamisten? Wenn man diese Frage mal in der Öffentlichkeit stellte, würde ich wetten, dass die meisten das Falsche antworten. Was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, wird noch Jahre und Jahrzehnte andauern, dieser Religionskonflikt. Tatsache ist, wie in der Ukraine, wo jetzt mit Panzern agiert werden soll: Je schneller eine Lösung gefunden wird, desto weniger Tod und Elend wird es geben. Hätte man im Donezk-Konflikt erst mal eine Sonderzone eingerichtet mit der Ankündigung "Wir müssen weiter dran arbeiten", dann hätte es die 1.000 vermeldeten Toten mit Flugzeugabsturz gar nicht gegeben, da bin ich mir ganz sicher.

Auch dieser schreckliche "Islamische Staat" ist schon früh entstanden, nämlich sofort nach dem amerikanischen Angriffs- und Besatzungskrieg unter George W. Bush. Das Elend dauert bis heute an, und keiner tut mal etwas Konkretes. Da gibt es einen einzelnen guten Publizisten, der so viel Wissen in seiner jahrelangen Arbeit im Nahen Osten angesammelt hat, dem könnte man glatt die große Politik zutrauen: Jürgen Todenhöfer. Der kennt sich aus und hat es tatsächlich geschafft, mal direkt in die IS-Hölle reinzuschauen, und mahnt – was jetzt nur richtig sein kann. Und der Angstschreck "Pegida"? Die meisten Teilnehmer seien Bürger, die Angst haben.

Diese Angst und Unerklärbarkeit ist nichts Abstraktes. Was man nicht einsehen, berühren, kontaktieren kann, macht Angst.Schon seit 40 Jahre bereitet Migration Schwierigkeiten. Nur guter Wille, Wohnung, Geld, Essen und Fernseher: Das sollte reichen, um Menschen zusammenzuführen. Jetzt haben wir das, was wir jeden Tag schon über all in den Medien sehen und hören. Die Gesamtursache kennen die Sozialwissenschaftler schon lange: Großgesellschaften werden gleich zu machen versucht. Das ist in den Geschichten der meisten Völker zu sehen. Deutschland und Europa haben schon politisch-gesetzliche Konstruktionen, Jetzt muss es eigentlich möglich sein, die verschiedenen Kulturen in puncto Öffnung kennen zu lernen, im Vertrauen, alle in diese Einheitlichkeit rein zu bekommen.

Günni, der Mann mit dem großen Hut

Vorauseilende Frömmelei: Aldi-Süd-Kalifat verhängt Fatwa gegen Hagia-Sophia-Museumsseife ("Spiegel-Online")

"Wir haben es satt!"



Fast 50.000 Menschen nahmen am letzten Samstag in Berlin an der 5. bundesweiten Demonstration "Wir haben es satt!" teil. Ein Bündnis von 100 Organisationen hatte dazu aufgerufen. Die Demonstration verband sich dieses Jahr besonders mit dem Protest gegen das geplante Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU. Georg Janßen von der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" eröffnete die Auftaktkundgebung mit einer klaren Abgrenzung gegen jede Form

von Rassismus und als "Umweltschützer" getarnte Neonazis. Der Redner der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Matthias Brümmer, klagte die Überausbeutung von Mensch und Tier besonders in der Fleischproduktion an. "In einem System, wo die Zerstörung der Natur Grundlage ist, möchte ich nicht leben", sag-

te Sybille Keitel von der Bürgerinitiative "Kontra Industrieschwein". Sie brachte damit eine wachsende Kapitalismuskritik in der Umweltbewegung zum Ausdruck.

Der Demonstrationszug wurde von 90 Treckern aus vielen Bundesländern angeführt. Sie waren geschmückt mit Forderungen wie "Bauernhöfe statt Agrarindustrie" und "Stoppt TTIP". Zentrale Forderungen waren das Verbot von Genmanipulation, Massentierhaltung und Monokulturen. Sie kritisierten die Politik der Bundesregierung und insbesondere den Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), der zum Beispiel Tierfabriken fördert. Einheit und Entschlossenheit, das Handelsabkommen TTIP zu Fall zu bringen, prägten die Demonstration. Die Demonstranten richteten vielfältige fortschrittliche Forderungen gegen die Politik der internationalen Agrarindustrie und für eine regionale umweltgerechte, nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und Landwirtschaft. Zugleich gibt es noch starke Illusionen, dass die traditionelle bäuerliche Klein- Landwirtschaft die Lösung für die Menschheit sei.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen internationale Gäste – unter anderem aus den USA – unter der Losung, über Ländergrenzen hinweg den gemeinsamen Kampf gegen die Handelsabkommen zu organisieren. Es war zu spüren, dass in der Umweltbewegung die Bereitschaft wächst, gemeinsam mit der Arbeiterbewegung und allen Unterdrückten gegen die Diktatur des internationalen Finanzkapitals zu kämpfen, um die Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden. Die nächste Gelegenheit dazu ist hier in Bremen das Treffen der neu gegründeten Umweltgewerkschaft am kommenden Samstag, dem 24. Januar 2015, um 15 Uhr im Raum von "Greenpeace" in der Pappelstraße 35. Dort werden die Bremer Delegierten vom Gründungskongress berichten, und wir werden beraten, wie es im Widerstand gegen Fracking weitergehen soll und welche Aktion wir zum Jahrestag der Fukushima-Katastrophe am 11. März 2011 machen wollen. Wir freuen uns über neue Mitstreiter(innen) für die Rettung unserer Mutter Erde!

Aufrufen möchte ich außerdem zur überregionalen Demonstration gegen "Pegida" und AfD unter dem Motto "Gemeinsam gegen Rechtspopulismus und Rassismus! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!" am 31. Januar 2015 um 13 Uhr am Brill. Im Aufruf heißt es: "Die AfD versucht wie die 'Pegida'-Bewegung, verfehlte Wohnungspolitik, Sozial- und Bildungsabbau, die Rente mit 67 und anderes für ihre Propaganda auszunutzen. Aber nicht Migrant(inn)en und Flüchtlinge sind schuld an Arbeitsplatzabbau, fehlendem sozialem Wohnungsbau, Bildungskürzungen, Hartz IV, Leiharbeit und Niedriglöhnen, Privatisierungen und einer unsozialen Politik. Egal, woher wir kommen – wir sind gemeinsam von den Auswirkungen dieser Politik betroffen! Wehren wir uns gemeinsam dagegen, statt uns spalten zu lassen!"

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

505. Bremer Montagsdemo am 26. 01. 2015

Von Deutschland muss Frieden ausgehen!

Das setzt voraus, dass in diesem Land eine sozialistische Revolution stattfindet und der neoliberale Rüstungs- und Bankenkapitalismus endgültig abgeschafft wird. Die "neue" Bundesrepublik muss dann eine auf Frieden, Ausgleich und Verständigung ausgerichtete Politik betreiben.

Vor allem an Polen – auf dessen Boden die SS ihr Vernichtungslager Auschwitz errichtet hatte und auch sonst ihr verbrecherisches Unwesen trieb – muss eine offizielle Entschuldigung erfolgen. Griechenland und Italien haben ebenfalls schwer unter den Faschisten gelitten.



Für all diese Länder wäre beruhigend zu wissen und von sehr großem Vorteil, wenn sie es in Zukunft nur noch mit einem sozialistischen, antimilitaristischen und mit defensiven Streitkräften ausgestatteten Deutschland zu tun haben würden.

Sie hätten es dann mit einem Deutschland mit einer demokratischen und sozialistischen Verfassung zu tun, das die Menschenrechte achtet und keine Angriffskriege um Rohstoffe mehr führt. Für Flüchtlinge wäre dieses Land ein Hort der Sicherheit und Geborgenheit.

Das würde bedeuten: Bundeswehr abschaffen! Bundesrepublik raus aus der Nato! Eigene Truppenaufstellung nur zur Selbstverteidigung! Nur von einem sozialistischen Deutschland kann wirklich Frieden ausgehen!

Wieland von Hodenberg ("Bremer Friedensforum")

Die Bremer Montagsdemo am 26. Januar 2015 findet als Teil einer Großdemonstration gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt, die von einem breiten Bündnis getragen wird und bereits um 17 Uhr auf dem Marktplatz beginnt. Wir treffen uns schon um 16:45 Uhr am Zeitungskiosk nahe der Ecke der Bürgerschaft.

Zur patriarchalischen Unterdrückung der Frau durch den Islam

Selbst unter den "Feministinnen" in der Spitze der Partei "Die Linke" geistert das Gespenst herum, das besagt, es habe etwas mit Emanzipation zu tun, wenn eine Frau ein Kopftuch trägt. Dabei wird völlig unter den Teppich gekehrt, dass zum Beispiel der reaktionäre saudische Staat für arme Familien Geld gibt, damit eine Tochter unter der Auflage studiert, ein Kopftuch zu tragen. Wenn sie dieser Auflage zuwider handelt, erhält ihre Familie kein Geld mehr für das Studium.



Vielen islamischen Frauen sind schon von klein auf patriarchalische Verhaltensnormen und Rollen-

bilder eingetrichtert worden, sodass sie diese verinnerlicht haben und in aller Öffentlichkeit erklären, dass sie das Kopftuch freiwillig trügen. In der Öffentlichkeit wird eine Hetzkampagne gegen den Islam losgetreten. Rechte Kräfte machen sich das zunutze, wie in der "Pegida"-Bewegung oder in faschistischen Kreisen aus der Mitte der Gesellschaft zu sehen ist. Das macht die Sache sehr gefährlich.

Im Koran wird nicht verlangt, dass eine Frau ein Kopftuch tragen muss. Ursprünglich trugen Frauen ein Kopftuch zur Verschleierung des Gesichts, um sich vor dem heißen Wüstensand zu schützen. Einige Imame legten den Islam patriarchalisch aus und erklärten, die Frau müsse im Namen des Islam ein Kopftuch tragen. Aus dem Buch von Ulrich Duchrow "Gieriges Geld – Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven" (Kösel-Verlag, München 2013) sei hier Folgendes zitiert:

"Nicht nur das Christentum und Judentum haben sich befreiungstheologisch entwickelt. Auch muslimische Theologen und Theologinnen arbeiten an einem 'progressiven Islam'. Dieser erklärt Gerechtigkeit sowohl im persönlichen Leben wie in Wirtschaft und Gesellschaft zum Herzstück der Theologie und nimmt sich der Herausforderung der ökologischen Zerstörung an."

"Mahmoud Mohamed Taha hatte im Sudan ein ähnliches Schicksal wie Shariati. Auch er vertrat einen befreienden Islam in Verbindung mit einem demokratischen Sozialismus und bezahlte das mit seinem Leben (1985). Im Oktober 2001 veröffentlichte eine Gruppe von muslimischen Theologen eine Erklärung zum "Progressiven Islam", die die Grundzüge einer muslimischen Befreiungstheologie benennt. Sie wurde unter Federführung von Farid Esack aus Südafrika erarbeitet."

"Die Menschheit hat – wie inadäquat auch immer – universale Menschenrechte in internationalen Instrumenten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ausgearbeitet. Aber in diesem Zusammenhang hat auch jeder und jede von uns die Verantwortung zu übernehmen. Diese schließt die Pflichten ein, die wir gegenüber den Individuen und Gemeinschaften haben, welche uns unterstützen, erhalten, und durch die wir Personen werden, aber auch die Pflichten gegenüber der Erde, die unsere einzige Wohnung ist, aber auch die aller anderen Kreaturen, die diese Wohnung mit uns teilen."

"Es gilt die Vision einer weltweiten und sozioökonomischen Gleichheit ohne Rassismus, Sexismus, Homophobie und alle anderen Formen sozioökonomischer Ungerechtigkeiten sowohl innerhalb wie außerhalb muslimischer Gesellschaften und Gemeinschaften durchzusetzen. Diese Ungerechtigkeiten verunglimpfen die Heiligkeit der Menschheit, die ihr verliehen wurde, als Allah den eigenen, göttlichen Geist in den ersten Menschen blies. Es gibt Intoleranz und faschistische Tendenzen, die versuchen, einen absoluten Mythos in religiösen und kulturellen Gemeinschaften durchzusetzen, auch im Islam. Zwar bevorzugen wir eine besondere Form des Islam, den wir 'progressiv' nennen, doch zugleich respektieren wir, dass andere ihr eigenes Verständnis der islamischen Traditionen haben mögen, das sich von unserem unterscheidet."

Es stellt sich die Frage, welche Traditionen, die sich auf den Islam berufen, zuzustimmen ist. Haben alle Traditionen des Islam darin ihre Wurzeln, oder sind
sie hineininterpretiert worden? Soll die Genitalverstümmelung im Namen des Islam zugelassen werden? Soll es zugelassen werden, dass Frauen Schleier tragen oder als minderwertig angesehen werden? Inwiefern sind im Islam patriarchalische Vorstellungen übernommen worden, um die Frauen zu unterdrücken?
Ist es mit dem Islam zu vereinbaren, dass Frauen unter Androhung von "Ehrenmord" zwangsverheiratet werden? Ist es richtig, im Namen des Islam homosexuelle Männer und lesbische Frauen mit Ermordung zu drohen?

Die Antwort kann nur lauten: Nein! Die offiziellen Vertreter des Islam haben erklärt, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Unser Grundgesetz hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann festgeschrieben. Für die Befreiung der Frau ist es wichtig, sich für einen demokratischen Sozialismus einzusetzen. Es reicht nicht, nur ökonomisch unabhängig vom Mann zu sein. Die Erklärung des "Progressiven Islam" ist dazu ein Anfang, der richtungweisend für die Zukunft sein kann. Er kann weiter ausgearbeitet werden im Sinne eines vorwärtsweisenden Entwicklungsprozesses. Wir alle sind aufgefordert, über die Botschaft der islamischen Befreiungstheologie nachzudenken, und uns mit dem Missbrauch des Islam auseinander zu setzen.

Bettina Fenzel ("Die Linke")

Erst zum Gebet, dann zur "Pegida": "Abendland-Patrioten" demonstrieren jetzt am Sonntagabend ("Spiegel-Online")

Ein breites Bündnis ruft auf zur überregionalen Demonstration gegen "Pegida" und AfD unter dem Motto "Gemeinsam gegen Rechtspopulismus und Rassismus! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!" am Samstag, dem 31. Januar 2015, um 13 Uhr am Brill. Im Aufruf heißt es: "Die AfD versucht wie die "Pegida"-Bewegung, verfehlte Wohnungspolitik, Sozial- und Bildungsabbau, die Rente mit 67 und anderes für ihre Propaganda auszunutzen. Aber nicht Migrant(inn)en und Flüchtlinge sind schuld an Arbeitsplatzabbau, fehlendem sozialem Wohnungsbau, Bildungskürzungen, Hartz IV, Leiharbeit und Niedriglöhnen, Privatisierungen und einer unsozialen Politik. Egal, woher wir kommen – wir sind gemeinsam von den Auswirkungen dieser Politik betroffen! Wehren wir uns gemeinsam dagegen, statt uns spalten zu lassen!"

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 2. Februar 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt.



Bremen bleibt Rot-Grün: Warum ruft der Bürgermeister zur Demonstration in der Dunkelheit? (Webcam Bankhaus Neelmeyer, 17:30 Uhr)



Für die 505. Bremer Montagsdemo (mit zwei Transparenten vor dem Roland) wird die bürgermeisterliche Drama-Illumination gegen 18:15 Uhr abgeschaltet.

Wir müssen beim Namen nennen, wer das "bunte und friedliche Zusammenleben" bedroht!



Heute sind Tausende Menschen hier auf dem Marktplatz. Sie sind dem Aufruf "Bremen ist bunt" gefolgt. Das ist gut so. Ich bin mir aber sicher, dass die meisten von euch hier auch ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen wollen, und gegen deren Vertreter in "Pegida", AfD und sonst wo. Kampf dem Faschismus! Bürgermeister Böhrnsen und Bürgerschaftspräsident Weber haben dagegen erklärt, dass sie ausdrücklich nicht gegen "Pegida"

und AfD hier demonstrieren wollen. Von der Bremer Montagsdemo nehmen wir auch heute an dieser Kundgebung teil. Weil wir aber nicht der Meinung sind, dass

es ausreicht, für "bunt" zu sein (ist braun auch bunt?), machen wir jetzt, wie immer montags um diese Zeit, hier ein Offenes Mikrofon. Jeder kann reden – außer Faschisten!

Zu meinen, es reiche schon aus, "bunt und vielfältig" zu sein, ist entweder voll-kommen naiv oder betreibt eine Täuschung. Wir müssen doch diejenigen beim Namen nennen, die hier die Weltoffenheit, das bunte und friedliche Zusammenleben bedrohen! Wer heute zur Kundgebung aufruft, aber ausdrücklich die Themen "Pegida" und AfD außen vor lässt, will sich nur ein Türchen offen halten, um vielleicht doch ein paar Stimmen vom rechten Rand zu gewinnen! Letzte Woche setzte sich Sigmar Gabriel mit "Pegida"-Vertretern zusammen aufs Diskussionspodium. Nach lautstarker Kritik daran behauptete er, dies sei "rein privat" gewesen. Hallo?

Wenn der SPD-Vorsitzende, Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine solche Aktion macht, dann ist das nicht privat, sondern immer hoch politisch. Gabriel trägt dazu bei, "Pegida" hoffähig zu machen. Er biedert sich geradezu an! Oder Sachsens Ministerpräsident Tillich mit seinem Satz: "Der Islam gehört nicht zu Sachsen". Auch damit will er sich bei der rassistischen AfD und "Pegida" mit ihren Anhängern einschleimen, statt sie zu bekämpfen! In der Führung der "Pegida" sind Faschisten, und in der AfD-Führung gibt es Köpfe, die mit diesem rassistisch-faschistischen Sammelbecken gern und eng zusammenarbeiten.

Die "Pegida" ist auch nicht "aus der Mitte der Bevölkerung" entstanden, wie es uns die Politiker von SPD und CDU weismachen wollen. Sie wurde und wird von den Herrschenden, von den Regierungsparteien und von einem großen Teil der Medien bewusst gepuscht. So werden zum Beispiel ihre Demoteilnehmerzahlen grenzenlos übertrieben. In Leipzig wurden letzte Woche zuerst 60.000 angekündigt, dann waren es laut Medien nur 20.000 – und heute wissen wir, dass es maximal 5.000 waren! Das beweisen unter anderem die Luftaufnahmen. Gleichzeitig werden aber antifaschistische Demos immer nach unten gerechnet oder ganz totgeschwiegen. Warum? Wozu brauchen die Herrschenden überhaupt Faschisten?

Es ist ja für sie durchaus zweischneidig und schadet dem Ruf im Ausland. Es schafft Probleme beim Export, aber es ist eine grundsätzliche Frage: Für die Situation, wenn sie ihre Herrschaft bedroht sehen, vertrauen sie nicht mehr nur auf die "normalen" Instrumente des Staatsapparats, sondern gebrauchen die faschistischen Banden, um notfalls mit brutalster Gewalt die Massen in Schach zu halten und alles Revolutionäre zu liquidieren. So war es im Hitlerfaschismus: Die deutschen Konzernbesitzer begannen mit der finanziellen und sonstigen Förderung der Nazis, als sie Angst bekamen, dass eine sozialistische Revolution ihre Herrschaft beendet. Und so war es in Ägypten: Kamelreiter wurden eingesetzt, die das Mubarak-Regime mit brutalstem Terror am Leben halten sollten.

Es ist auch kein Zufall, dass faschistische und rassistische Kräfte versuchen, an den guten Ruf der Montagsdemonstration anzuknüpfen, um mit ihrer braunen Hetze von den Verursachern der Armut abzulenken und Sündenböcke zu schaffen. Aber das wird ihnen nicht gelingen! Die Montagsdemonstration ist und bleibt antifaschistisch – gegen die Politik der Herrschenden. Die Mehrheit steht

links! Das haben auch die gestrigen Wahlen in Griechenland gezeigt. Herzlichen Glückwunsch an die Wahlsiegerin Syriza! Wehret den Anfängen! Nie wieder Faschismus! Hoch die Internationale Solidarität! Kommt zur Demonstration gegen Rassismus, gegen AfD und "Pegida", am Samstag, dem 31. Januar 2015, um 13 Uhr, Am Brill! Kommt zur Montagsdemo: Jeden Montag um 17:30 Uhr hier am Roland!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kindergarten-Rassismus: Weber ist's, wenn's einem links und rechts zu den Ohren reinkommt ("Radio Bremen")

Die allgemeine Finanznotlage der Betroffenen wird gewollt und bewusst zusätzlich enorm verschärft

Macht weiter so! Ich nehme als Hartz-IV-Betroffener und derzeitiger Minijobber in Abständen regelmäßig an der Bremer Montagsdemo auf dem Marktplatz teil und melde mich auch mal bei euch, gegebenenfalls mit einem neuen Beitrag. Die gestrige Anti-Pegida-Demo war mit der Teilnahme von sechs- bis siebentausend Besuchern ein voller Erfolg. Es wurde von der toleranten Bremer Mehrheit ein Zeichen für friedliches und buntes "Mult-Kulti" als Bereicherung gesetzt. Natürlich muss man weiterhin gegenüber aggressiven, radikalisierten, islamischen, fanatischen Hasspredigern sehr wachsam sein, die es als Minderheit leider auch in Bremen gibt. Aber zum Glück sind die meisten Mitbürger islamischen Glaubens friedliebend und wollen Integration und Anpassung im Gastland.

Ohne euren Dauer-Demo-Druck wäre Hartz IV noch schlimmer. Leider gibt es nur sehr langsam kleine Verbesserungen. So eine Großdemo wie zur unsäglichen "Pegida"-Bewegung müsste man doch mal auch gegen die bekannten Hartz-IV-Ungerechtigkeiten realisieren, aber die minderheitlich Hartz-IV-Betroffenen in Deutschland trauen sich einfach zu wenig. Da sind die Franzosen doch rebellischer. Ich bin gespannt, was die angeblichen heimlichen Beratungen der französischen Regierung durch den "Lustreisen"-VW-Personalchef, Peter Hartz, und die beabsichtigten Arbeitsmarktreformen im ökonomisch angeschlagenen Frankreich ergeben und wie die Franzosen gegebenenfalls "auf die Barrikaden" gehen!

Ob insbesondere Rot-Grün mal endlich begreift, warum sie so viele Wähler verlieren? Ich bin fest davon überzeugt, dass es für diese ungerechten, drangsalierenden Hartz-IV-Gesetze und für die Euro-Einführung damals keine demokratische Mehrheit gegeben hätte, wenn sie das Volk direkt-demokratisch wie

in der Schweiz gefragt hätten. Darum bin ich von unserer Parteien- und Lobby-Demokratie ziemlich enttäuscht. Fazit: Ohne Druck, Kontrolle, Regelungen und Transparenz läuft soziale Marktwirtschaft und Demokratie leider auch nicht. Dabei könnte eine gut gemachte soziale Marktwirtschaft sehr gerecht und schon nahe dem Sozialismus sein.

Ich glaube, die allgemeine Linkstendenz ist in Europa wohl nicht mehr aufzuhalten, wenn die groben Fehler und Ungerechtigkeiten der Regierenden nicht aufhören. Einige relevante Leute, Gewerkschaften, Parteileitungen, Medien, TV-Moderatoren, die Arbeitsministerin und viele andere kennen das verschleierte Unrecht wohl nicht richtig und wissen auch gar nicht um diese sehr ungerechten Details. Angeregt durch veröffentlichte Berichte über die reale Armut beziehungsweise Kinderarmut in unserem reichen Land, hier zwei Punkte, die mich als 60-jährigen arbeitssuchenden Ingenieur im ALG II an Hartz IV am meisten ärgern.

Erstens: Bekanntlich kommt man aus Hartz IV beiehungsweise Arbeitslosengeld II nur mit einem Job über einem Jahr Dauer wieder heraus. Bei kürzeren Projekteinsätzen oder Zeitjobs fällt man leider immer wieder ins undankbare ALG-II-Netz zurück, darum wohl auch "Hartz-IV-Falle" genannt. Dass man seinen selbst erarbeiteten letzten Lohn, zum Beispiel von einem zeitbegrenzten Projektjob, fast vollständig ans Jobcenter zurückzahlen muss, nur weil man diesen wegen der nachlaufenden Bearbeitungszeit der Lohnbuchhaltung nicht sofort am letzten Arbeitstag auf die Hand bekommt, sodass die Höhe des Projektlohns abhängig vom Auszahlzeitpunkt ist, empfinde ich als sehr ungerecht und dringend abgeschafft! Warum gönnt man den Zeitarbeitern nicht mal ihren selbst erarbeiteten letzten Lohn bei einem befristeten Job?

Ich musste so schon über 2.500 Euro zurückzahlen. Dadurch wird doch die allgemeine Finanznotlage der Betroffenen gewollt und bewusst zusätzlich enorm verschärft, da sie eh schon bei der knappen Kostenkalkulation gerade so über die Runden kommen und sozial ausgegrenzt und am totalen Limit leben müssen. Ich kenne viele, die gezwungen sind, einmal pro Woche zur "Tafel" zu gehen, was für unser reiches Land doch ein Skandal ist und als unwürdig empfunden wird. Mir blieb das bisher noch erspart. Da die ständige Finanznot oft die Inanspruchnahme von Dauer-Dispokredit zur Folge hat, profitieren die Banken bei dem realen Wucherzins von meist über zwölf Prozent (trotz sehr tiefem Leitzins von fast null) auf Kosten der Armen sehr.

Dass man während der ALG-II-Bezugszeit seinen erarbeiteten Minijoblohn je nach Höhe zu circa zwei Dritteln ans Jobcenter abführen muss (Lohnbehalt der 100-Euro-Pauschale plus 20 Prozent vom Rest-Nettolohn), weil die Allgemeinheit die Bedürftigen am Leben erhält, ist durchaus akzeptierbar, obwohl es natürlich auch schmerzt und die Überschreitung der Minijoblohnhöhe von 450 Euro bremst, was leider die Schwarzarbeit fördert.

Man sollte nicht vergessen, dass die meisten völlig unschuldig und unverdient ALG-II-bedürftig geworden sind und nur ins Hartz-IV-Netz gerutscht sind, weil sie trotz intensiver Bewerbungsbemühungen im jeweiligen Umkreis einfach

keine passende bezahlte Arbeit finden. Mein "Umkreis" liegt vorwiegend bei circa 200 Kilometern Entfernung vom Wohnort! Solange es auf eine Stelle leider meist circa 40 bis 80 Bewerber gibt, besteht insbesondere bei Älteren über circa 55 Jahren doch ein echter Arbeitsstellenmangel. Der sogenannte Fachkräftemangel trifft daher meist nur für jüngere Facharbeiter bis circa 45 Jahre in einigen Branchen zu und ist nicht verallgemeinerbar. Der Begriff wird daher oft falsch aufgefasst.

Zweitens: Weiterhin stört mich, dass beim ALG II alle, also jung und alt ohne Differenzierung, den gleichen ALG-II-Satz bekommen, auch wenn ein Älterer schon 35 bis 40 Arbeitsjahre hinter sich hat. Für Ältere sollte so etwas wie ALG-II-plus eingeführt werden, also eine Differenzierungsstufe mehr, um eine zu hohe Bürokratie beim ALG II zu vermeiden. Diese Missachtung der Lebensleistung hat laut kürzlich verbreiteter Pressemeldung SPD-Chef Sigmar Gabriel immerhin zwischenzeitlich schon selbstkritisch als Fehler erkannt. Angeblich wurde damals dem SPD-Kanzler Gerhard Schröder von Herrn Peter Hartz ein Sozialsatz von 512 Euro empfohlen, wobei wir heute bei 399 Euro liegen. Das soll das beste Sozialsystem sein, das Deutschland bisher hatte?

Angesichts dieser Ungerechtigkeiten, neben vielen bekannten anderen, braucht sich insbesondere Rot-Grün nicht über die Wahlergebnisse und keiner über die allgemein schlechte Wahlbeteiligung, die allgemeine Politikverdrossenheit und das Protestwahlverhalten zu wundern!

Eberhard R.

Bunt ist das neue Farbig: Ist die Hautfarbe relevant, wäre es besser, von Schwarz zu sprechen ("Spiegel-Online")





Hier noch die beiden Transparente der Bremer Montagsdemonstration, die von der "Qualitätspresse" nicht gezeigt werden (Fotos: Helmut Minkus)

"Die Kirche glaubt an Wissenschaft": Der Papst lässt das Fass der Meinungsfreiheit öffnen ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

506. Bremer Montagsdemo am 02. 02. 2015

Hartz-IV-Schikanen zerstören Arbeitsverhältnisse

1. Die **Demonstration** auf dem Bremer Marktplatz am 26. Januar 2015 war gut besucht. Die Lautsprecheranlage war zu schwach oder einfach gedrosselt. Bereits am Roland war nichts mehr zu verstehen. Die Musik kam bruchstückweise rüber. Wenn die Musiker ihre Instrumente absetzten, habe ich geklatscht. Die Reden blieben ungehört. Näheres steht auch unter der vorherigen Bremer Montagsdemonstration.



Warum wir überhaupt da waren? Es war eine Demo, auf der sich Nazis nicht wohl gefühlt haben. Wir haben unsere Transparente gezeigt und zum Ende der Veranstaltung auch per Mikrofon auf unsere Anliegen hingewiesen. Wir sind weiterhin jeden Montag in Bremens "guter Stube", mit Offenem Mikrofon für alle – außer Faschisten und Rassisten!

"Bremen tut was" – dieses Motto ist nicht neu. In Bremen tut sich schon immer was. Der Bürgermeister wolle dies intensivieren, hat er sagen lassen. Sind dies die ersten Taten? Die Abgeordneten in Bremen sollen neue Stühle im Plenarsaal erhalten. Die Bürgerschaftsverwaltung wolle einen entsprechenden Auftrag der Abgeordneten schnell umsetzen, hat der "Weser-Kurier" am 30. Januar 2015 berichtet, aber offen gelassen, wer die Idee hatte. Sogar ein Modell wurde bereits ausgeguckt, Kosten pro Stück: gut 2.000 Euro. 130 Stühle sollen es sein. Der Bezugsstoff in der vom Denkmalschutz vorgegebenen Farbe könnte die 260.000 Euro noch nach oben treiben.

Hat die Bürgerschaftsverwaltung bereits einen Stoffhersteller gesucht? Dieser Betrag ist unakzeptabel. Bürostühle, dreh- und kippbar und mit Rollen, sind bereits für 50 Euro zu haben. Diese Stückzahl von 130 Stühlen ist sicher auch ab Werk mit dem entsprechenden Bezugsstoff zu haben. Diese Bürostühle hätten fünf Beine. Der im "Weser-Kurier" abgebildete Wunsch-Stuhl hat vier Beine mit schlanken Füßen. Die jetzigen Stühle haben eine größere Auflagefläche. Auf die Verträglichkeit für den Teppichboden geht der Artikel nicht ein.

Ich meine, dass jeder Arbeitsplatz so ausgestattet sein soll, dass keine gesundheitliche Schädigung eintritt. Die Abgeordneten und die Mitarbeiter(innen) müssen zweieinhalb Sitzungstage pro Monat auf diesen Stühlen sitzen. Eine Streckung der Sitzungen auf fünf Arbeitstage würde das Sitzproblem wesentlich vermindern. Außerdem erinnert ein etwas mitgenommener Plenarsaal hervorragend an die Kassenlage der Freien Hansestadt Bremen.

Die Entscheidung über die Stühle sollte die Bürgerschaft nicht vor der Wahl treffen, die neuen Abgeordneten sollen dies entscheiden. Sie können ja bereits im Wahlkampf dazu Stellung nahmen: Stühle kaufen und dafür dieses oder jenes sein lassen beziehungsweise kürzen? Im "Weser-Kurier" stand vor einigen Tagen, dass die "Bremer Werkgemeinschaft" Ende Januar ihr Infotelefon "Plan P" für Menschen in psychischen Krisen, aber auch für Freunde, Angehörige, Arbeitgeber, Ärzte und Fachleute, einstellt.

Trotz Anstrengung war keine Finanzierungsmöglichkeit in Sicht. "Plan P" war als ein niedrigschwelliger Einstieg ins Hilfesystem konzipiert. Am Telefon erhielten die Anrufenden eine Mischung aus psychosozialer Beratung und einer passgenauen Auswahl von weiteren Angeboten. Insgesamt haben mehr als 400 Menschen Hilfe bei "Plan P" gesucht. Das Aus findet Projektleiterin Martha Söker bedauerlich: "Unser Beratungsangebot wird verschwinden, obwohl psychische Erkrankungen kontinuierlich zunehmen." Es fehlen laut "Weser-Kurier" 5.000 Euro!

Die GEW hat dem Senat ein Zeugnis ausgestellt, benotet wurden die Bildungsleistungen. Ein klares Ungenügend erhielt der Senat der Freien Hansestadt Bremen! Das ist somit eine Verschlechterung, denn das Zeugnis vom Januar 2014 hat nur eine Note für die Unterrichtsversorgung: ungenügend!

Die Universität Bremen will die Kürzungsentscheidung des Bremer Senats gezwungenermaßen akzeptieren. An der Uni gibt es keine überflüssigen Studiengänge. Jede Schließung hat auch Auswirkung auf das Berufsfeld. Im "Weser-Kurier" steht: "Die Studenten fordern Sie dazu auf, es so zu machen, wie der Rektor der Uni in Halle an der Saale. Der hat öffentlich erklärt, er wolle keine Sparbeschlüsse an seiner Hochschule fassen." Ich wünsche den Studenten viel Erfolg!

Der Senat der Freien Hansestadt steht vor der Frage: Kaufen oder Instandsetzen? Es gab verschiedene Beratungen und Lösungsvorschläge. Ein Argument der Bremer Straßenbahn AG war, dass die Reparaturwerkstadt nicht groß genug ist. Dies ist wohl vom Tisch, die eventuell notwendige Personalaufstockung nicht. Dass die Bremer Straßenbahn AG die einfachste Lösung möchte, liegt auf der Hand: Sie ist durch einen Verlustübernahmevertrag mit der Freien Hansestadt abgesichert.

Aus meiner Sicht sollte diese Entscheidung den neuen Parlamentariern überlassen werden. Der "Weser-Kurier" titelt dazu: "Weitere Schulden sind kein Tabu". Die Parlamentarier sollten weitere Unterlagen erhalten, geprüft und erläutert, zum Beispiel den Finanz- und Investitionsplan für die nächsten zehn Jahre, und nicht nur für die BVG, sondern für die Firmengruppe. 2. Auf der Veranstaltung "Reich wird immer reicher – unser Wirtschaftssystem verstärkt Ungleichheiten" im "Forum Kirche" hat Frau Prof. Dr. Mathilde Schrooten (Hochschule Bremen, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik) die Feststellungen und die Rahmenbedingungen erläutert. Die Veranstaltung wurde wie folgt angekündigt: "Thomas Piketty hat in seinem Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" analysiert, dass unser Wirtschaftssystem auf eine Umverteilung von unten nach oben setzt und damit die Ungleichheit fortwährend vergrößert. Gleichzeitig wird vielfach belegt, dass gerade in Deutschland Herkunft und Einkommensverhältnisse die Lebens- und Bildungsperspektiven von einzelnen Menschen stark beeinflussen. Jetzt geht es um die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis."

Die Schere zwischen Reich und Arm wird immer größer, und der Staat hat zu geringe Einnahmen. Der Staat kann seine Aufgaben nicht mehr finanzieren. Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates ist stetig gesunken. Die Privatisierungen haben dazu geführt. Es geht weiter so, trotz dieser Erkenntnisse, war die beklemmende Schlussfolgerung. Am Rande der Veranstaltung wurde auch über die Freihandelsabkommen gesprochen. Es fand sich kein Befürworter!

Es geht leider noch schneller auseinander. Der "Reichtums- und Armutsbericht" für Bremen hat dies nochmals verdeutlicht, siehe 504. Bremer Montagsdemonstration, und die Bürgerschaft hat die Schuldenbremse in die Bremer Verfassung geschrieben. Unfassbar! Die geringen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand in Verbindung mit der Schuldenbremse zwingen zur Privatisierung jeder Investition, die nicht aus Eigenmitteln finanziert werden kann, siehe 444. und 285. Bremer Montagsdemonstration.

Derweil wird die EU mit Geld überschwemmt! Die EZB wirft jeden Monat bis zu 60 Milliarden Euro auf den Markt, insgesamt etwa 1,2 Billionen Euro. EZB-Präsident Mario Draghi will die Inflation beflügeln, obwohl im Wesentlichen nur die Energiepreise die Teurungsrate drücken. EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker will ein Investitionsprogramm über 315 Milliarden Euro, um Investitionen anzukurbeln.

Den Euro hat es in den Keller gehauen, die Aktionskurse werden nochmals explodieren. Die Gelder der amerikanischen Notenbank haben bereits für einen Kurssprung von rund 60 Prozent gesorgt. Beide Programme treffen auf einen überversorgten Geldmarkt. Ein Analyst sagte dazu sinngemäß: "Früher wurde der Geldmarkt geflutet, um die Pferde zum Saufen zu animieren, aktuell stehen die Pferde bis zum Bauch im Geld. Auch wenn man die Flut bis zu den Schultern erhöht, werden die Pferde das Saufen nicht anfangen."

Von beiden Programmen, wie schon zuvor vom Euro-Rettungsprogramm, profitieren die Banken. Liegt es an der Vergangenheit der beiden Akteure? Sowohl Herr Juncker wie auch Herr Draghi waren bei Goldmann Sachs, der "Bank, die die Welt lenkt", siehe 438. Bremer Montagsdemonstration. Dass zu viel Geld in den falschen Taschen steckt, ist bei der 282. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen.

"Arm trotz Arbeit: In Deutschland können immer mehr Erwerbstätige kaum von ihrem Einkommen leben. Ende 2013 bezogen nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamts rund 3,1 Millionen Erwerbstätige ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Das waren 25 Prozent mehr als 2008, als diese Zahl noch bei rund 2,5 Millionen lag, wie die "Saarbrücker Zeitung" unter Berufung auf eine Sonderauswertung der Statistiker berichtete." Die Wirtschaft muss diesen Einkommensschwund verkraften. Das Marktforschungsinstitut GfK überdeckt diesen Schwund mit positiven Prognosen. In den Bilanzen insbesondere des Handels ist die Wirklichkeit nachlesbar. Aus dem Bericht ergibt sich auch: Bremen ist bei der Armut leider Spitzenreiter!

"Die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie zuvor": Klasse Meldungen! Bremen hat laut "Weser-Kurier" ebenfalls ein Steuerplus: "Im Vergleich zu 2013 hat sich das Aufkommen um 142 Millionen Euro auf 2.565 Milliarden Euro erhöht... Das sind 49 Millionen mehr, als wir im Haushalt veranschlagt haben... Der Fiskus profitierte von der guten Beschäftigungslage und mehr Privatkonsum. Aber auch höhere Unternehmensgewinne schlugen sich positiv nieder." In dieser Aufzählung der Gründe fehlt die Auswirkung der Selbstanzeigen der Steuerbetrüger. Die Zahl der Selbstanzeigen hat sich im ersten Halbjahr 2013 in Bremen mehr als verdreifacht. Dies hat "Radio Bremen" am 15. August 2014 gemeldet.

Auch bundesweit ist der Anstieg bereits im ersten Halbjahr gravierend. Die Selbstanzeigen haben außer der Nachzahlung auch die aktuelle Steuerehrlichkeit zur Folge und damit eine doppelte Wirkung. Bremen hat sich verpflichtet, alle Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung zu verwenden, trotz aller aktuellen Nöte und obwohl damit die Vorgaben zur Schuldenbremse übertroffen werden. Ist Bremen doch noch selbstbestimmt? War die Verpflichtung, alle Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung zu verwenden, nur ein "Schutzschild" gegen die notwendigen Mehrausgaben im Sozialen, zum Beispiel bei den Kosten der Unterkunft (siehe 500. Bremer Montagsdemonstration)?

Was wäre, wenn Jean-Claude Juncker alle Sondervereinbarungen zur Steuervermeidung stornieren müsste? Würde sich das Volumen des Bundeshaushalts "nur" verdoppeln? Auch in den anderen EU-Ländern wären die Einnahmen unerwartet hoch. Diese Steuervermeidungsvereinbarungen schädigen alle Bürger Europas! Wieso bleibt Juncker in diesem Amt? Wenn auch alle anderen Regierungen gezwungen werden, die Schlupflöcher zur Steuervermeidung zu schließen, wären die Demokratien gesichert. Die Nazis hätten europaweit keine Chance. Angeblich verstoßen diese Vergünstigungen für Konzerne nicht gegen geltendes Recht – gegen das Recht auf Gleichheit und Menschenwürde verstoßen sie allemal!

Das Finanzierungsmodell unter Einbeziehung privater Investoren verteuert jedes Projekt! Logisch, dass die Schuldenbremse in die Verfassungen gezwungen wurde. Warum haben die Politiker dies getan? "Die Linke" hat sich dagegen gestellt. Die Politiker wollten die Schulden bremsen, erreicht wird genau das Gegenteil! Die Schulden werden verdeckt steigen: Die öffentliche Hand bestellt,

der Investor baut, die öffentlich Hand mietet. Nur die Mietaufwendungen erscheinen im Haushalt. Die Verpflichtung über die gesamte Laufzeit der Anmietung wird nicht ausgewiesen.

Das ist eine Täuschung der Wähler. Firmen müssen inzwischen genau diese Verbindlichkeiten im Jahresabschluss ausweisen. Die Angabe der Belastung für die kommenden Jahre ist für Kreditgeber und Anleger interessant. Für das Haushaltsrecht ist diese Ergänzung überfällig! Karoline Linnert als Senatorin für Finanzen in Bremen konnte für den Klinikneubau noch selbst Kredit aufnehmen. Die Angebote der Investoren lagen bereits bei der Finanzierung über den tatsächlichen Kosten. Zusätzlich wollten alle privaten Interessenten eine Gewinngarantie der Freien Hansestadt, siehe 150., 186. und 282. Bremer Montagsdemonstration.

Zu meiner Aussage "Der Lissabonner Vertrag verpflichtet auch zum Verkauf der Häfen" habe ich viele Dementis gehört: "Das geht gar nicht, das machen wir auf keinen Fall!" In Griechenland standen die Häfen zum Verkauf durch die EU. Inzwischen wehrt sich die neue Regierung und erwartet mehr Entgegenkommen. Die EU hat bereits bei Spanien festgestellt, dass die Modellrechnung über die Auswirkung der Sparzwänge bereits vom Ansatz her falsch ist. Trotzdem wurden die Auflagen nicht abgemildert.

Auf der 490. Bremer Montagsdemonstration bin ich aus aktuellen Anlass auf die Zusammenarbeit mit Investoren eingegangen: "Die Abkürzung für die Beteiligung von Investoren heißt PPP. Der NDR hat über 'Public-private-Partnership' eine Dokumentation gesendet, 45 Minuten Staunen und Grausen: 'Der geplünderte Staat'." Die Sendung wird vom NDR wie folgt angekündigt: "Viele Bauvorhaben lässt der Staat von privaten Investoren finanzieren. Doch oft werden sie dadurch nicht günstiger, sondern kosten Steuermilliarden. Niemand kontrolliert solche Projekte."

Zum "Plusminus"-Beitrag "Die Schwarze Null mit Folgen" vom 14. Januar 2015 schreibt die ARD: "Keine neuen Schulden im Bundeshaushalt, keine Steuererhöhungen. Weil Geld fehlt, will Wirtschaftsminister Gabriel künftig öffentliche Aufgaben verstärkt privat finanzieren lassen. Was bedeutet das für die Bürger?"

3. Warum hat uns Edward Snowden die Augen geöffnet? Auf der 504. Bremer Montagsdemonstration habe ich die Reportagen über die "Jagd auf Snowden" und das "Schlachtfeld Internet" vorgestellt. Das ZDF hat über die ersten Kontakte der Quelle (Edward Snowden) und die ersten Reaktionen eine Dokumentation erstellt. Ich bin auf diesen Beitrag gestoßen, weil er als beste Dokumentation vorgeschlagen wurde. Bereits mit dem Titel "Verschwörung gegen die Freiheit" wird klar, dass wir und unsere Lebensumstände das Angriffsziel sind: "Die Dokumentation von Elmar Theveßen deckt das Ausmaß der Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten und den Branchenriesen der Telekommunikations- und Computerbranche auf."

Der Bericht wird eingeleitet durch Befragung und das Aufzeigen der heutigen Datensammlung über jeden Menschen. Danach wird über eine internationa-

le Konferenz in England berichtet. Ihr Ziel ist die Kontrolle der Menschheit. Aufgedeckt wird auch das Lügen von leitenden Mitarbeitern und Chefs der Konzerne und von der US-Regierung. Eines ist aufgrund der Nachfragen klar: Der Bericht trifft für die Gegenwart zu, die Datenströme wurden angezapft und zu 100 Prozent kopiert! Nach dieser Sachlage wird der erste Kontakt einer Quelle geschildert. Die Quelle warnt: "Wenn die USA dies merken, wird getötet!"

Es ist die Falschaussage des Chefs von Snowden zu hören. Er lügt, ohne rot zu werden. Viele Handlungen der Geheimdienste werden geschildert. Daten der Deutschen Telekom werden zur Drohnensteuerung genutzt. Das Volumen der weltweiten Daten ist für die Server der NSA kein Problem. "Facebook" ist ein Segen für die Geheimdienste. Die NSA will die Täter vor der Tat entdecken. "Täter" kann jeder, insbesondere jeder Unzufriedene sein! Die NSA schont nicht die eigenen Landsleute: Alles wird gespeichert und ausgewertet!

Der BND hat Unternehmen angeschrieben und die Daten von Mitarbeitern gefordert – ohne Verdacht, einfach so. Es wird aufgezeigt, wie lasch die richterliche Anordnung manchmal gehandhabt wird. Es wird bewiesen, dass US-Präsident Bush seine Wähler belogen hat. Gegner des Programms werden mit Drohungen erfolgreich mundtod gemacht.

Von dem, was Obama als Präsidentenkandidat versprach, hat er nichts gehalten! Obama hat die Überwachung durch die NSA noch ausgeweitet und verdichtet. Die Spezialfirma für Verschlüsselungen hat in den Schlüssel eine "Hintertür" eingearbeitet, auf Druck der NSA und später des BND für die Lieferungen an bestimmte Regierungen. Es wird aufgezeigt, wie BND und NSA zusammenarbeiten. Politiker waren zu keinem Gespräch bereit, etwa wie Minister Friedrich seine Meinung geändert hat. Das "No-Spy-Abkommen" ist gescheitert, es wurde fallen gelassen.

Die Manager der Telekom haben in diesem Beitrag nicht die Wirklichkeit erzählt: Alle Telefonanlagen in Deutschland, auch die der Telekom, haben einen "Hintereingang": Wer den Zugangsode kennt, kann alle Gespräche mithören, alle Telefone zur Raumüberwachung aktivieren. Diese Aktivitäten werden auch in der Zentrale nicht sichtbar. Die "Wirtschaftswoche" hat sich mit der Telekom beschäftigt und herausgefunden, dass die Telekom aktiv abgehört hat.

Die "Jagd auf Snowden" und "Schlachtfeld Internet" wurden von der ARD in der Reihe "Die Story im Ersten" dokumentiert, siehe 504. Bremer Montagsdemonstration. Auch die anderen Beiträge zu diesem Thema sind lesenswert. Die Verantwortlichen müssten vor Scham im Boden versinken! Weiteres zum Thema Überwachung ist auf unseren Seiten zu lesen.

4. Für die Leistungsberechtigen ist Hartz IV die Geißel des Alltags: Armut per Gesetz! Hartz IV als Einkommen, und das Leben schrumpft aktuell und ist früher zu Ende. Wenn Ärzte sich treffen, besteht auch bei ihnen Einigkeit darüber. Jeder hat eine für die Patienten schlimme Geschichte im Ohr. Anwälte halten sich mit ihrer Meinung zurück: Berichtet wird über den Einzelfall. Ein Anwalt macht da

eine Ausnahme und setzt sich schwerpunktmäßig für Behinderte ein, siehe 208. Bremer Montagsdemonstration: "Herr Kroll hat auch nach gewonnen Verfahren die Verantwortlichen scharf angegriffen. Dies wird ihm angekreidet. Er macht geltend, dass diese einzelnen Verfahren zwar gewonnen wurden, es aber insgesamt einen Handlungsstrang gibt, der nicht ausgehebelt wurde. Recht hat er!"

Dieser Handlungsstrang ist auch in den Jobcentern schmerzhaft spürbar. Leider fehlt bei den Sozialgerichten oftmals die Zeit, diese Zusammenhänge aufzuzeigen und abzustreifen. Die Jobcenter habe ein "Aktivierungsprogramm". Der "Kunde" wird verbal demontiert: "Warum sind Sie hier? Was haben Sie falsch gemacht? Solange ich Ihr Ansprechpartner bin, machen Sie was ich sage, sonst…" Hinzugefügt wird oftmals: "Ich bin jetzt Ihr Arbeitgeber!" Wenn der "Kunde" noch immer nicht spurt wird er grundlos angeschrien und "rund gemacht". Wenn dies noch nicht den erwarteten Gehorsam bringt, beginn der "Kleinkrieg" des Sachbearbeiters.

Anträge werden abgelehnt oder spät bearbeitet. Unterlagen kommen nicht an und werden mehrmals eingefordert. Immer neue Forderungen werden aufgestellt, stets mit Terminsetzung und Androhung von Leistungsentzug. Das Geld kommt nicht. Da ist komischerweise eine Sperre im Stammdatensatz: "Wird sofort erledigt!" Die Nachfrage allein hat einen Tag gekostet, die Sachbearbeitung hatte erst kurz vor Feierabend Zeit. Dem Fallmanager sind auch Nebenbeschäftigungen bekannt. Termine werden gern auch in die Arbeitszeit der Nebenbeschäftigung gelegt. Wenn eine Arbeit aufgenommen wurde, wird gern die Zahlung des ALG II eingestellt, obwohl noch kein Lohn geflossen ist.

Die Vorlage der Lohnabrechnung wird mit Terminierung und Strafandrohung eingefordert, auch wenn der Arbeitgeber noch keine Lohnabrechnung erstellt hat und selbst wenn im Arbeitsvertrag für die Lohnzahlung ein späterer Termin steht, zum Beispiel der 15. des Folgemonats. Was soll der Mensch machen? Er hat Arbeit und braucht seine Energie dafür. Er hat kein Geld. So werden Arbeitsverhältnisse zerstört!

Mit der willkürlich unregelmäßigen Geldzahlung wurde der Ziehvater von Kevin zermürbt. Gerade Drogenabhängige braucht eine feste Struktur. Dazu gehört auch der pünktliche Zahlungseingang. Auf der Akte stand "Den sind wir los!", nachzulesen im Untersuchungsbericht. Ein Fallmanager erhält das gleiche Lob für einen in Arbeit vermittelten Erwerbslosen wie für einen in die Verzweiflung oder Krankheit gejagten Erwerbslosen: Hauptsache raus aus der Statistik! Eine schlimme Aufzählung. Zum Glück gibt es auch vernünftige Sachbearbeiter, die gute Arbeit leisten, aus der Sicht der Erwerbslosen.

Wie gehe ich damit um? Einfach wegbleiben, die Termine nicht wahrnehmen? Nein! Das führt in eine Sackgasse: Innerhalb kürzester Zeit ist das Geld alle und der Leistungsanspruch zusammengestrichen! Also einfach hingehen und nach Möglichkeit jemanden mitnehmen. Die Begleitung darf nicht durch den Sachbearbeiter vom Gespräch ausgeschlossen werden und muss nichts von Hartz IV verstehen. Mit Begleitung kommen die "Aktivierungsausfälle" nicht vor, denn es

gibt einen Zeugen für das Gesagte. Die Gesprächsnotizen können nicht verfälscht oder dank der Begleitung richtiggestellt werden.

Einfach hingehen, aber nichts unterschreiben. Was zur Unterschrift vorgelegt wird, mitnehmen, lesen und mit einem Fachkundigen besprechen. Erst dann entscheiden, ob die Unterschritt geleistet oder verweigert wird. Das Schriftstück aber auch bei einer Unterschriftverweigerung zurückgeben, mit Vermerk "Unterschrift verweigert". Eingliederungsvereinbarungen braucht niemand zu unterschreiben, sie können als Verwaltungsakt erlassen werden. Dagegen ist Widerspruch möglich. Er hat allerdings keine aufschiebende Wirkung. Die aufschiebende Wirkung kann im Widerspruch beantragt werden.

Notfalls kann die Hilfe des Gerichts per Eilverfahren beantragt werden. Wer sich in der Eingliederungsvereinbarung nicht "wiederfindet", kann dies bei der Unterschriftverweigerung dazuschreiben. Es ist frustrierend, wenn gerade die vom Amt geförderte Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen wurde und per Eingliederungsvereinbarung gefordert wird, sich auf Lagerhilfstätigkeit zu bewerben. Diese Aufzählung ist unvollständig, weil der Erfindungsreichtum der Sachbearbeiter erheblich ist. Auf unseren Seiten steht Weiteres.

Wer mit Begleitung hingeht, dort nichts unterschreibt, sondern alles mitnimmt, vermeidet garantiert Ärger. Wer allein hingeht, nichts unterschreibt und alles mitnimmt, vermeidet etwa die Hälfte des Ärgers. Wichtig ist die richtige Einstellung: Beleidigen können mich nur meine Freunde. Der Mitarbeiter des Jobcenters ist nicht mein Freund. Er kann mich daher nicht beleidigen! Mit dieser Einstellung ist ein "Schreibtischrücken" im Jobcenter überflüssig. Ein Zurückschreien verschiebt nur die Verantwortlichkeiten.

Die Entscheidungen des Jobcenters sind angreifbar. Die Sachbearbeiter entscheiden nicht nach dem Gesetz. Die Entscheidungen werden oftmals durch verdeckte Vorgaben geregelt. Ein Fallmanager erhält sein Lob nicht für die richtige Bearbeitung, sondern für das Erreichen des vorgegebenen Ziels. Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein Offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Protest gegen den Bundeswehrempfang im Rathaus

Die Bundeswehr hatte am 28. Januar 2015 wie jedes Jahr eingeladen, und zahlreiche Gäste – hohe Militärs aller Waffengattungen sowie jede Menge Prominenz

aus Politik, Wirtschaft und Geistlichkeit beider Konfessionen – fanden sich zum Bundeswehrempfang im Bremer Rathaus ein. Es ist bereits lange Zeit Tradition, dass die deutschen Streitkräfte jedes Jahr das Rathaus okkupieren, um prominenten Zeitgenossen wie dem Bremer Landeskommandanten Oberst Körbi oder dem Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber ein Forum zu geben.



Etwa 250 hochrangige Gäste lauschten laut "Weser-Kurier" den Ansprachen. Auch der Bremer Innensenator Mäurer hatte gesprochen. Seine Anwesenheit unterstreicht die zunehmende und bedrohende Bedeutung der Bundeswehr im Innern. Da vollzieht sich eine wesentliche Militarisierung der Gesellschaft. Deswegen standen direkt am Eingang nicht zivile, sondern Militärpolizisten.

Bevor die Gäste allerdings das Rathaus betreten konnten, mussten sie an einer Mahnwache unter anderem des "Bremer Friedensforums" vorbei, das

ihnen Transparente mit den Aufschriften "Bundeswehr abschaffen", "Ja zum Frieden, nein zur Nato" und "Bundeswehr raus aus Afghanistan" entgegenhielt. Die Reaktionen in den Gesichtern und die Zurufe waren vielschichtig – sie reichten von halbherziger Zustimmung bis Ablehnung. Mehr war wohl kaum zu erwarten.

Wieland von Hodenberg ("Bremer Friedensforum")

Der Krieg beginnt hier

Hallo Leute, hallo Bremen! Ich habe mal wieder im "Verfassungsschutzbericht" Baden-Württemberg geschmökert, den ich immer in Berlin bestellt habe mit dem Hinweis, dass mich alle Publikationen über die Friedensbewegung interessieren. Irgendwann haben sie ihn mir nicht mehr geschickt – sie müssen wohl meinen Text gelesen haben. Jetzt ist er in unserer Provinzbücherei ausgelegt. Nun steht nicht nur die Friedensbewegung und das "Offene Treffen gegen Krieg und Militarisierung Karlsruhe" drin, mit denen wir mit einigen aus der Karlsruher Montagsdemo und dem "Friedensbündnis" vor der "Bewerbermesse" mit der Bundeswehr als "Arbeitgeber" am vergangenen Samstag die Aktion "Der Krieg beginnt hier" durchgezogen haben.

Dabei standen bis zu fünf Figuren der mutmaßlichen NSU-Unterstützertruppe "Staatsschutz Abteilung 4" lose herum. Die Polizei hat unsere Schablone einschließlich Sprühkreide geklaut und dann irgendwas von "Reinigungskosten" gelabert. Dass man Sprühkreide mit dem Text "Der Krieg beginnt hier" vor den zur Schau gestellten Panzern mit Wasser und Drahtbürste entfernen kann, darauf sind sie nicht gekommen, uns wollten sie daran sogar hindern. Anscheinend ha-

ben sie es auf "kriminelle Sachbeschädigung am Asphalt" durch die Friedensbewegung angelegt.

Auch die Montagsdemo ist erwähnt, allerdings ohne ihre Ziele zu nennen. Die Stümperarbeit des baden-württembergischen Verfassungsschutzes ist uns ja durch die NSU-Affäre bekannt. Deshalb ist meine Idee, die Pf... darauf hinzuweisen, dass sie üblicherweise die Ziele und Erfolge der von ihnen beobachteten – und in diesem Fall nicht von ihnen gesponserten Gruppierungen – mit in den Bericht schreiben sollten. Redaktionsschluss für 2014 ist der kommende März. Da sollten viele "Hinweise der Bevölkerung" eingegangen sein, denn abschreiben können sie anscheinend.

Also tun wir das! Nun eine eigentlich müßige Frage an Bremen: Kann ich eure Grundsätze dazu verwenden? Das ist das Beste, was ich auf die Schnelle kopieren konnte. Hier Kontaktadressen: *info(at)verfassungsschutz-bw.de* oder *info(at)lfvbw.bwl.de*. Das Innenministerium, die Grünen und die SPD in Baden-Württemberg kann ja jeder herausfinden. Mit freundlichem Grinsen!

Zuschrift von Michael Waldmann, Karlsbad

Wurzel allen Übels: Es lebte einst das Adelspack, vollgefressen, fett und satt (Dian the Saint)

Gegen Rechts werden "Bunt"-Parolen nicht ausreichen



Am letzten Montag fand hier auf dem Marktplatz die Kundgebung "Bremen ist bunt" statt,
die aber nicht den Wünschen vieler, die gekommen waren, entsprochen hat: eine viel zu
dürftige Lautsprecheranlage, keine vernünftige Moderation und keine Zielsetzung. Obwohl als Werbung für Bürgermeister Böhrnsen, SPD und Grüne gedacht, enttäuschte sie
die Menschen. Es zeigt, dass außer "alles ruhig halten" die großen bürgerlichen Parteien
nichts, aber auch gar nichts zu bieten haben.
Von der Montagsdemo haben wir am Ende
versucht, noch mit unserem Beitrag und der

Einladung zur Demonstration am 31. Januar ein anderes Zeichen zu setzen und die wirkliche Funktion von Pegida und AfD darzustellen: dass eben bis in die Staatsorgane hinein die reaktionären und faschistischen Element unterstützt und

gepuscht werden, weil das Finanzkapital sie zur Niederhaltung von Kämpfen der Arbeiter und Volksmassen braucht und in Reserve haben will. Das war richtig und hat auch bei den Zuhörern positive Resonanz gebracht.

Die große Demonstration am letzten Sonnabend mit fünf- bis zehntausend Teilnehmern war vom "Weser-Kurier", von Böhrnsen et cetera gleich in die linksradikale Ecke gestellt worden, mit der man sich nicht abgeben wolle. Die Demonstration, die in wirklicher großer Breite, die ganze Straße von der einen Seite bis zur anderen füllend, stattfand, war mit Musik und verschiedenen Redebeiträgen unterwegs eine kämpferische Aktion. Die Polizei, die außer mit ihren Bussen hinterher und ihrem Sperrriegel vor dem Kongresszentrum kaum weiter in Erscheinung trat, hatte den Verkehr sehr weiträumig umgeleitet, sodass uns die Straße gehörte. Der AfD-Parteitag ist nun vorbei – das Ergebnis kann jeder woanders nachlesen.

"Pegida" hat sich selbst entlarvt und macht Pause in Dresden und anderswo, aber Ruhe wird nicht einkehren. Gegen Rechts werden "Bunt"-Parolen nicht ausreichen. Da müssen wir zusammen noch mehr aufbauen – und auch den Sieg der Kurden in Kobanê darstellen. Der Syriza-Sieg in Griechenland bringt große Forderungen mit sich und hat breite Unterstützer. In Madrid haben Zehntausende gegen dieselbe Sparpolitik demonstriert wie in Griechenland. In Spanien sind im Herbst Wahlen, die neue Linkspartei Podemos liegt in Führung. Die Massen haben die Sparpolitik satt, die ständig ihr Leben ruiniert. Unterstützen wir die Kräfte, die mit der menschenverachtenden Sparpolitik Schluss machen wollen, auch bei uns!

Die Unternehmer jammern, dass sie keinen qualifizierten Nachwuchs fänden. Ja, und warum ist das so? Sie wollen nicht in die Jugend investieren! Die Ausbildungsplätze werden massiv abgebaut, und man hofft auf billige Arbeitszuwanderer aus Südosteuropa. Das wird nicht funktionieren. Die Jugend braucht Zukunft! Dazu muss man aber erst mal die Jugend gewinnen mit einer richtigen, an den Wünschen der Menschen orientierten Politik. Die Jugend und die Älteren wollen keine zerstörte Welt, die in der Barbarei endet, sondern eine lebenswerte Zukunft. Das kann ihnen das Finanzkapital aber mit seiner verbrecherischen Profitpolitik nicht bieten. Darum wird die Auseinandersetzung in den nächsten Jahren gehen. Wir müssen die Scharfmacher der Weltzerstörung überall angreifen. Es kann nicht angehen, dass ein Prozent der Weltbevölkerung 90 Prozent aller Werte besitzt und 99 Prozent nur um die zehn Prozent. Ehe das nicht geändert ist, wird es keinen Frieden auf der Welt geben!

Jobst Roselius

Zirkelschluss und Trickserei: Der Hartz-IV-Regelsatz ist um mindestens 45 Euro zu niedrig ("Frankfurter Allgemeine Zeitung")

Woher die heiligen Kriege kommen



In den letzten Wochen haben wir in allen Medien sehr viel gehört von Demonstrationen gegen IS-Terror und gegen Islamfeindlichkeit, von "Pegida" und Anti-"Pegida"; eine Staatsanwaltschaft prüft, gegen den Pastor der Bremer Martinikirche strafrechtliche Schritte wegen Volksverhetzung einzuleiten; ein neues Buch von Bruno Schirra ist erschienen: "Der globale Dschihad: Wie der 'Islamische Staat' den Terror nach Europa trägt". Überall gibt es viele weise Informationen und Erklärungsversuche. Es wird darüber diskutiert, ob der Islam "zu Deutschland ge-

hört" oder nicht, und es werden Fragen gestellt, ob wir "Angst haben müssen", wie "gefährlich" der Islam sei: "Dürfen" im Namen Gottes "Ungläubige" ermordet werden?

Das haben die Kreuzritter und die christlichen Religionen im Mittelalter auch schon getan, im Auftrag der heiligen Inquisition: Andersdenkende hingerichtet und Kriege gegen Andersgläubige geführt. Das ist nach meinen Beobachtungen noch lange nicht vorbei. Es ist nur in großen Teilen nicht mehr so offensichtlich. Ein kluger Leserbrief kennt eine mögliche Erklärung: Der Koran sei "voller Tötungsbefehle", wird gesagt und als ein Beispiel Sure 47 Vers 4 angeben. Sie findet sich im allwissenden Internet tatsächlich in der Übersetzung: "Und wenn ihr die Ungläubigen trefft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt; dann schnüret die Bande. Und dann entweder Gnade hernach oder Loskauf, bis der Krieg seine Lasten niedergelegt hat".

Damit soll scheinbar einfach bewiesen sein, dass sich die IS-Terroristen und die Pariser Mörder auf den Koran beziehen. Doch so einfach geht das nicht, denn es gibt noch andere Übersetzungen, wo es heißt: "Wenn ihr auf diejenigen, die ungläubig sind, im Kampf trefft, dann schlagt ihnen auf die Nacken. Wenn ihr sie schließlich schwer niedergeschlagen habt, dann legt ihnen die Fesseln an. Danach lasst sie als Wohltat frei oder gegen Lösegeld, bis der Krieg seine Lasten ablegt." Es gibt also wie auch bei der Bibel verschiedene Übersetzungen, die manchmal den gleichen Sinn ergeben, manchmal einen anderen. Warum ist das so?

Das hängt vom Übersetzer ab – doch weniger von seinen Sprachkenntnissen als vielmehr vom Zweck seiner Übersetzung beziehungsweise von den Absichten seines Auftraggebers: Will er damit Volksverhetzung anrichten und Kämpfer gewinnen, die sich für seine Geisteskrankheit, seine Macht oder Geldgier zu "Märtyrern" machen lassen, die sich Bomben umbinden und "im Namen Gottes" damit andere in den Tod und sich selbst ins "Paradies" jagen? So gehe ich da-

von aus, dass der ehrliche Islam-Gläubige eine "richtige", "menschenfreundliche Koranübersetzung hat.

Dann wird es wohl so sein, dass es auch eine "Terrorversion" vom Koran gibt, für die Killer des IS. Sie können sich dann tatsächlich auf ein in ihre Sprache übersetztes "Heiliges Buch" beziehen. Einen Boko-Haram-Koran, einen Al-Kaida-Koran, einen Al-Shaba-Koran und so weiter. Ein weiteres, sehr bekanntes Buch, noch nicht so alt wie Koran und Bibel, in deutscher Sprache, bei dem es also für seine Benutzer keine Übersetzungsprobleme gab, heißt "Mein Kampf" von einem Adolf Hitler. Das haben damals entweder zu wenige Leute gelesen oder nicht richtig verstanden oder nicht ernst genommen.

Was bedeutet das ganze vorher Gesagte? Ich folgere daraus: Im Prinzip ist es egal, was irgendwer schreibt und wer was liest. Das Wichtigste ist, wie wir es lesen und was wir selbst daraus machen. Das allein liegt in unserer eigenen Verantwortung. Nur der Mensch selbst schreibt dummes Zeug, nur er redet dummes Zeug. Nur der Mensch selbst produziert Hetze, Kriege und Hass. Nicht Religionen sind Ursache davon und auch nicht ein Prophet oder gar das "Wort Gottes", sondern nur der Mensch allein. Jeder Einzelne für sich selbst.

Helmut Minkus (parteilos)

Die Gewaltaufrufe stehen tatsächlich im Koran: Und sie werden von Islamisten wortwörtlich als zeitlos-global gültige Handlungsanweisung aufgefasst ("Focus")

Für 97,9 Prozent der Hartz-IV-Beziehenden gibt es *keine* Arbeit



1. Eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit bestätigt, was wir alle schon lange wissen: Auch im vergangenen Jahr änderte sich nichts an den superschlechten Jobaussichten von Hartz IV-Beziehern. Selbst für den klitzekleinen Kleckerhaufen von 2,1 Prozent, die von September 2013 bis September 2014 Arbeit fanden, bedeutete dies noch lange nicht automatisch das Ende der Hilfsbedürftigkeit vom Amt. Lediglich 94.000 von insgesamt 4,4

Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Beziehern fanden eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz oder machten sich selbständig. Nur 1,8 Prozent aller erwerbs-

fähigen Hartz IV-Bezieher konnten ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ergattern. Nur die Hälfte von ihnen war auch an den Stichtagen nach drei, sechs und zwölf Monaten noch beschäftigt.

Neben den vermutlich noch aufgehübschten Zahlen gibt die Statistik der Bundesagentur allerdings nicht her, ob das Arbeitsverhältnis während des gesamten Zeitraums bestand oder von Erwerbslosigkeit unterbrochen wurde. Nach diesen Zahlen gab es also für 97,9 Prozent oder 4,39 Millionen Erwerbslose *keine* Arbeit. Von den hoffentlich glücklichen "Besitzern" eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatzes konnte lediglich ein Drittel seine Hilfebedürftigkeit dauerhaft überwinden. Vergessen wir nicht, dass über die Hälfte der Menschen im Hartz-IV-Bezug per Definition nicht als erwerbslos gelten, weil sie zum Beispiel eine geringfügige Beschäftigung ausüben, aufstockend Hartz IV beziehen oder eine "Integrationsmaßnahme" absolvieren. Ein Schelm, wer "Böses" dabei denkt und etwa von Euphemismus zu sprechen anheben wollte!

2. In Deutschland "leben" mehr als drei Millionen Erwerbstätige unterhalb der Armutsschwelle, das heißt, dass sie trotz Arbeit kaum über die Runden kommen können. Ende 2013 bezogen rund 3,1 Millionen Erwerbstätige ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle, bereits ein Viertel mehr als 2008. Ich finde die Unterscheidung zwischen "nur armutsgefährdet" und "richtig arm" ausgesprochen überflüssig und beschönigend. Wer von Transferleistungen zu überleben versucht, ist wahrlich bitterarm und nicht bloß armutsgefährdet, weil es hinten und vorn gar nicht reichen kann und am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig ist!

In Zahlen ausgedrückt bedeutet Armutsgefährdung, mit 60 Prozent des mittleren Einkommens auskommen zu müssen. 2013 lag es in Deutschland bei 979 Euro netto im Monat. Die glatten Armutsschwellen bei 50 oder 60 Prozent erwecken auch den Anschein mathematischer Willkür, weil die relativen Maße keinen echten Hinweis darauf geben, ob die entsprechenden Geldbeträge für ein Konsumniveau ohne Not ausreichen und auf Höhe des verallgemeinerten Mindeststandards sind, der eine wirkliche Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.

Wenn 379.000 der armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Jahr 2013 ihre Miete nicht rechtzeitig bezahlen konnten, 417.000 auf angemessenes Heizen verzichteten, 538.000 beim Essen sparten, indem sie nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich nahmen, für rund jeden zweiten Betroffenen schon ein einwöchiger Urlaub im Jahr nicht bezahlbar war und fast 600.000 Betroffene sich kein eigenes Auto leisten können, dann kann doch mit gesundem Menschenverstand nur noch von Armut gesprochen werden und nicht "nur" von mathematisch konstruierter Gefährdung! Die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher, sagte, dass die Zahl der Erwerbstätigen, die mit ihrem Einkommen knapp unter oder geringfügig über den staatlichen Hartz- IV-Leistungen liegen, erschreckend hoch sei. Für viele dieser Haushalte sei offenkundig das Wohngeld unzu-

reichend, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Beschämend, in diesem eigentlich so reichen Land!

3. Die Frage, ob es sich von Hartz IV eigentlich leben lasse, wurde von einigen Medien schon öfters gestellt. Dann schickten sie einen Journalisten in "Armut auf Zeit" und glaubten so, einordnen zu können, was Armut wirklich bedeutete. Bisher las ich noch nirgendwo so einen die temporären Armutszeugnisse derart in Frage stellenden Artikel wie hier im "Neuen Deutschland": "Das Armutszeugnis mit dem Armutszeugnis". Nun war das "Handelsblatt" mit einem Selbstversuch in Hartz IV dran und kam zu der sagenhaften Erkenntnis, dass "niemand verhungern" müsse. Wenn sich ein Journalist temporär mal freiwillig über den kurzen Zeitraum von zwei Monaten – eben nur quasi, aber nicht "in echt" – in Selbstversuchen auf kärglichem Hartz-IV-Niveau sachverständig zu machen suchte, so sei dies nicht im Ansatz mit echter Armut, pardon: natürlich nur Armutsgefährdung, vergleichbar.

Hartz IV heiße viel mehr, als sich nicht gesund und lecker von frisch zubereiteten Gemüse vom Markt verköstigen zu können, echtes Vollkornbrot zu essen, nicht das mit Rübensirup oder Malz gefärbte, dass ein Kinobesuch, mal Freunde zu Hause mit Kaffee und Kuchen bewirten, neue Schuhe, Medikamente, wenn sie benötigt werden und vieles mehr einfach nicht drin sind, und zwar nicht bloß mal für zwei Monate nicht: "Leider muss man sagen, dass man Armut so nicht begreifen kann. Zeitlich begrenzte Mittelknappheit hat mit Armut ungefähr so viel zu tun wie die Einführung des Mindestlohns mit einem Lottogewinn. Armut ist ein langfristiges Phänomen, und es ist eines ohne Netz und doppelten Boden."

Im Gegensatz zu jedem Hartz-IV-Bezieher gebe es die Gewissheit, dass die Zeit des Darbens, des Ausgeschlossenseins mit Sicherheit in Kürze vorbei sei, und dass er glücklicherweise früher oder später wieder in das Leben zurückkehre, aus dem er gekommen sei. Hartz-IV-Bezieher hätten oft jede Hoffnung verloren, dass es irgendwann noch mal besser werden könnte. Genau an dieser Stelle beginne das schleichende Gift der Armut zu wirken, das sich halt nicht mal eben simulieren lässt. Den Fatalismus als ganz besondere Ebene der Armut lasse sich nicht wie ein Feldversuch inszenieren. Es betreffe eben nicht nur die materielle Seite, denn die Realität in Armut führe durch die miese Ernährung oft zu einem schlechten Gesundheitszustand, die Abschaffung des Autos zu einem Verlust der Mobilität.

Keine Mittel zu haben, wirke sich erst nach und nach aus. Diese Aspekte der Armut seien Prozesse, die niemand erlebnishungrig im scheinbaren Selbstversuch erleben könne, die sich aber automatisch einleiteten, wenn der Mangel ein Dauerzustand ohne Notausgang werde. Ich stimme diesem Artikel aus ganzer Seele zu, denn ich habe nicht vergessen, wie deprimierend und aussichtslos diese Hartz-IV-Armut sich oft anfühlte. Ich hatte das Glück, dass ich nie sanktioniert wurde. Der Autor beschreibt hier jedoch leider nicht, wie sich die Verfolgungsbetreuung, die oft abwertende Behandlung durch viele Fallmanager aus den Arbeit-

sagenturen und Jobcenter, auf die Psyche und die Gesundheit der Betroffenen auswirkt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Krankenkasse plündert P-Konto: Erwerbslosen kann sogar das Existenzminimum weggepfändet werden ("Junge Welt")

Prügel-Papst verharmlost Gewalt gegen Kinder: Will Franziskus nicht die rabiaten Erziehungsmethoden seiner Mutter infrage stellen? ("Süddeutsche")

Merkel steigt ins Auto: Welchen Informationswert hat die "Tagesschau"? ("Focus")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

507. Bremer Montagsdemo am 09. 02. 2015

Woher soll der "Anreiz zur Arbeitsaufnahme" kommen, wenn es für 97,9 Prozent keine gibt?



1. Das Urteil des bayerischen Landessozialgerichts vom 9. Januar 2015 (Aktenzeichen L7 AS 846/14 B ER) macht deutlich, dass Erwerbslose offenbar kein Grundrecht auf Existenzsicherung haben. Als der Kläger im Juli 2013 erstmals Hartz IV beantragen musste, befand das Jobcenter seine Wohnung mit 76 Quadratmetern Fläche und 650 Euro Miete für zu groß und zu teuer. In seiner bayrischen Heimatstadt werden Hartz-IV-

Betroffenen maximal 404 Euro inklusive Heizkosten für 50 Quadratmeter zugestanden, obwohl kleine billige Wohnungen dort äußerst knapp sind. Das schien das Amt nicht berücksichtigen zu wollen, sondern kürzte die Zahlungen ab März 2014 dennoch *stumpf* um fast 250 Euro.

Als sich der Kläger kurz danach weigerte, seine Arbeitsfähigkeit beim amtsärztlichen Dienst prüfen zu lassen, versagte ihm die Behörde ab September 2014 sämtliche Leistungen. Was blieb dem Kläger da anderes übrig, als vor das Sozialgericht Landshut zu ziehen und dort eine Verpflichtung des Jobcenters zur Zahlungswiederaufnahme und weiteren Gewährung der vollen Mietkosten zu beantragen? Als das Gericht jedoch eine Eilentscheidung ablehnte, legte der Mann bei der nächsthöheren Instanz dagegen Beschwerde ein, beugte sich dem existenziellen Druck und ließ sich nun doch medizinisch begutachten.

Doch als das Jobcenter im Dezember zwar die gekürzten Leistungen nachzahlte, hatte der Mann nichts davon, da nun die Krankenkasse das vom Amt an sie nicht überwiesene Geld eintrieb und es so zu einer Zwangsvollstreckung kam, die in der **Pfändung** der erstatteten 3.200 Euro mündete – wohlgemerkt von seinem P-Konto. Der inzwischen Mittellose wollte die Summe vom Amt noch einmal

gezahlt bekommen, weil er ja von irgendetwas leben müsse. Auch wenn das Landessozialgericht daran zweifelte, dass die Weigerung, sich ärztlich begutachten zu lassen, zur Leistungseinstellung führen darf, wies es die Beschwerde ab. Dies müsse die erste Instanz entscheiden.

Die örtlich festgelegte Mietobergrenze für Hartz-IV-Bezieher hält es für ausreichend hoch, gegen die Pfändung müsse der Kläger gesondert vorgehen. Außerdem habe das Jobcenter mit der Nachzahlung auch die Krankenkassenbeiträge begleichen müssen. Ganz toll, da wird in meinen Augen ein Kläger im laufenden Verfahren noch handlungsunfähiger gemacht, als er vorher schon war, und soll dann wohl als "nackter Mann" noch tief in seine Taschen greifen, dort etwas zu essen sowie ein Dach über dem Kopf herbeizaubern und sich nebenher gegen alle diese Widerwärtigkeiten und Ungerechtigkeiten, die sich gegen ihn verschworen haben, zur Wehr setzen!

2. Nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Regelsatz für mindestens 4,5 Millionen Hartz-IV-Empfänger und deren Kinder um bis zu 45 Euro zu niedrig berechnet. Weil unter anderem die verdeckte Armut nicht korrekt berechnet werde, stünden einem Leistungsbezieher statt aktuell 399 Euro eigentlich bis zu 444 Euro monatlich zu. Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des DGB, kommentierte die Ergebnisse der Untersuchung so, dass dies sofort geändert werden könne und müsse. Vom "Institut der deutschen Wirtschaft" wurde dagegen vor einer solchen Korrektur "gewarnt" und rumgeunkt, eine unmittelbare Anhebung um 45 Euro erhöhe schlagartig den Kreis der Anspruchsberechtigten und mindere den "Anreiz" zur Arbeitsaufnahme.

Die Berechnung des Regelsatzes ist politisch umstritten, weil zwar die Hartz-IV-Bezieher beim Verbrauch der unteren 15 Prozent der alleinstehenden Bevölkerung herausgerechnet werden, nicht aber die "verdeckt Armen", also Personen, die Hartz-IV-Leistungen aus Scham, Unwissenheit oder anderen Gründen gar nicht in Anspruch nähmen. Hartz-IV-Bezieher sollen sich nicht mit sich selber messen und tun es letztlich doch, besser: Es wird mit ihnen gemacht. Einmal ganz abgesehen von diesem niedlichen kleinen Zirkelschluss habe ich nicht vergessen, dass Peter Hartz bereits 2002, also vor Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze, eigentlich 511 Euro plus Kosten der Unterkunft als ALG II forderte. Leider wurde er nicht erhört!

Angesichts der explodierenden Lebenshaltungs- und Energiekosten können auch diese 511 Euro bis 2015 nur erheblich zu wenig geworden sein, müssten daher noch saftig erhöht werden! Daher klingt es in meinen Ohren wie ein trauriger, zynischer Scherz, der auch kein schlechter Witz, sondern wohl ernst gemeint ist, wenn der DGB allen Ernstes so eine herzallerliebste, geradezu niedliche Erhöhung des Regelsatzes um sagenhafte 45 Euro fordert. Ich möchte mal ins Bewusstsein zurückholen, dass lediglich schlappe 2,1 Prozent aller Erwerbslosen von September 2013 bis September 2014 eine Arbeit aufnehmen konnten. Wenn es also jetzt schon für 97,9 Prozent aller Hartz-IV-Beziehenden trotz der massiv

runter "gerechneten" Transferleistungen *keine* Arbeit gibt, wo sollte sich dann bitte bei einer Erhöhung der Bezüge noch ein "Anreiz" verringern können?

3. Während mal wieder über eine Kindergelderhöhung diskutiert wird, weist die "Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hamburg" darauf hin, dass Kindergeld bei Bezug von Hartz IV, Sozialhilfe oder Sozialgeld als Einkommen zählt, das auf die Regelleistung angerechnet wird, wodurch ausgerechnet Familien im Sozialleistungsbezug nicht von einer Kindergelderhöhung profitieren, obwohl diese es am nötigsten hätten. Die Ärmsten sollen also ausgeschlossen bleiben, wenn das Kindergeld weiter auf Sozialleistungen angerechnet wird, womit letztlich nur ein Nullsummenspiel herauskommen kann.

Solange diese sozialpolitische Fehlregelung nicht korrigiert sei, kann weder das Kindergeld noch seine Erhöhung als Wohltat für die Familien verkauft werden! Ich finde, dass es auch überhaupt nicht ausreichen kann, wenn der Kindergeldzuschlag ausgebaut wird, weil diesen ja auch nur jene Eltern ergattern können, die zwar von ihrer Hände Arbeit sich selbst, nicht aber ihre Kinder versorgen können, ohne in den Abgrund von Hartz IV zu stürzen. Erwerbslose Eltern gehen dabei komplett leer aus.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

"Schluss mit Fracking!" lautet das Motto der Spaliergäste bei der Mittagsprozession der Schaffer zur Mahlzeit in der oberen Rathaushalle am Freitag, dem 13. Februar 2015.

Das Grundeinkommen ist überfällig, weil die Unterbeschäftigung erheblich ansteigt

1. Der Mindestlohn ist nur dann ein solcher, wenn die tatsächliche Arbeitszeit nachgewiesen werden muss. Bei geringfügiger Beschäftigung waren vor April 2003 neben dem Arbeitsverdienst auch die geleisteten Arbeitsstunden ausschlaggebend: Wer 15 Stunden oder mehr wöchentlich gearbeitet hat, verlor den Status der Geringfügigkeit! Eine Ausnahme war die kurzfristige Beschäftigung, einmal



alle zwölf Monate und auch mit entsprechendem Arbeitsvertrag. Die Aufzeichnun-

gen der Arbeitgeber wurden damals von der Betriebsprüfung der Rentenversicherung überprüft. Wenn Arbeitsaufzeichnungen fehlten oder eine höhere Arbeitszeit auswiesen, waren Nachforderungen für die Sozialversicherung und eventuell Lohnsteuern fällig, zu zahlen vom Arbeitgeber.

"Das Recht der geringfügigen Beschäftigungen wurde mit Hartz II mit Wirkung zum 1. April 2003 erneut geändert. Die Geringfügigkeitsgrenze wurde auf 400 Euro angehoben, und die Begrenzung auf weniger als 15 Wochenstunden entfiel." Die Dokumentation der tatsächlichen Arbeitszeit ist also keine neue bürokratische Erfindung, sondern eine Notwendigkeit, um die Zahlung des Mindestlohns abzusichern. "Die Anstalt" hat es ganz nebenbei auf den Punkt gebracht, sinngemäß: "Wenn ich als Arbeitgeber immer 8,50 Euro zahlen muss, will ich wenigstens festlegen, wie lange du dafür arbeiten musst!" (Das Hauptthema war diesmal der Glauben, die Schuldzuweisung, die Gruppenhaftung.)

2. Das "Auslandsjournal" im ZDF hat am 4. Februar 2015 unter anderem über die Atommüllentsorgung in Frankreich berichtet: "Wie mit Geld die Infrastruktur aufgefrischt wurde". Der Widerstand gegen den Atommüll soll mit Geld erstickt werden. In dem Ort wurde ein Labor für die Prüfung der Atomlagerung eingerichtet – mit Besucherzentrum. Die Menschen wandern ab, die Verbliebenen sorgen sich. Das Endlager soll in 130 Meter Tiefe ausgebaut werden. 10.000 Kubikmeter Atommüll sollen dort gelagert werden. Weil die Bedingungen dort für den Atommüll sicher sind? Es ist der Ort mit dem geringsten Widerstand gegen das Endlager!

Der Beitrag zum Atommüll steht *nicht* in der Inhaltsbeschreibung des ZDF zu dieser Ausgabe des "Auslandsjournals". Erinnert hat mich dieser Beitrag an die Umstände, wie Schacht Konrad für den Atommüll auserkoren wurde, begleitet durch Wohltaten in die Infrastruktur der Gemeinden. Es wurde auch immer mehr Atommüll zur Endlagerung im Schacht Konrad "gefunden". Erinnert hat mich dieser Beitrag auch an den Spielfilm "Das gespaltene Dorf". Das gespaltene Dorf hat sich gewehrt und wurde verschont. Die tatsächlichen Pläne Frankreichs werden am Filmende genannt. Die Risiken der Gesteinsveränderung durch den Atommüll werden gut herausgearbeitet.

Die Sendung "Monitor" vom 5. April 2015 wurde wie folgt angekündigt: "Atomskandal – Wie die Politik den Atomkonzernen den Weg zu Millionenklagen geebnet hat. In seiner letzten Ausgabe hatte "Monitor" aufgedeckt, wie ein von RWE bestellter Brief des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier dazu beigetragen hat, dass die Atomkonzerne heute rund 900 Millionen Euro Schadenersatz von Bund und Ländern fordern – wegen der vorübergehenden Stilllegung der sieben ältesten Atomkraftwerke nach der Atomkatastrophe in Fukushima. Neue "Monitor"-Recherchen belegen nun, wie tief neben der hessischen Landesregierung auch die damalige Bundesregierung in den Skandal verstrickt ist: Kritische Stimmen aus den eigenen Fachabteilungen wurden kaltgestellt; Warnungen vor

den finanziellen Risiken ignoriert. Damit habe die Politik den Atomkonzernen den Weg zu millionenschweren Klagen erst ermöglicht, kritisiert die Opposition."

Der Beitrag ist sehr eindrucksvoll. Es geht nahe, wie diese Politiker agieren. Damit hat "Monitor" den Bericht über die Schadenersatzklagen der Atomindustrie fortgesetzt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Der Gefälligkeitsbrief ist zentrales Argument für die Schadenersatzklage. Die beteiligten Politiker weichen aus und sagen nichts. Es geht um 882 Millionen Euro Schadenersatz. "Monitor" hat festgestellt, dass die Bescheide inhaltlich nicht rechtsfest waren und dies von den hauseigenen Fachabteilungen der beteiligten Ministerien rechtzeitig moniert wurde. Die Meinungen der Abteilungen wurden ignoriert und ein vorher für die Interessen der Atomindustrie tätiger Mensch hat die nicht gerichtsfesten Bescheide durchgesetzt. Einfach ansehen, es lohnt sich!

3. "Monitor" kam direkt nach einem Gespräch mit Wolfgang Schäuble. So wurde manches vom deutschen Finanzminister Gesagte gerade gerückt und ergänzt. Dieser "Monitor"-Beitrag vom 5. Februar 2015 wurde wie folgt angekündigt: "Undankbare Faulenzer? Die Debatte über **Griechenland** und die Fakten. Nach der Wahl in Griechenland geht ein Raunen durch Europa: Weil die neue Regierung sich gegen einen Teil der Sparauflagen stemmen will, werden Premierminister Tsipras und seine Regierung als politische Geisterfahrer bezeichnet, die Griechen als undankbar, das Land als unreformierbar. Zu viele Beamte, der Arbeitsmarkt verkrustet, kein Reformwille – so die Vorhaltungen aus der EU und auch aus Deutschland. Aber stimmt das alles? "Monitor" macht den Faktencheck."

Dabei bleibt nicht viel von den Vorwürfen Schäubles übrig. Er hat nach dem Gespräch mit dem griechischen Finanzminister nicht gesagt, dass sein Haus die Griechen für die Fortschritte bei der Steuerverwaltung gelobt hat. Schäuble hat die "Troika" als in den Verträgen verankert geschildert. Sicher hat er die Institutionen gemeint. Die Griechen wollen ihre Steuereinnahmen erhöhen. Erstmals sollen auch die Reichen zahlen. Die Griechen haben sich dazu Zeit erbeten, ist doch klar.

Auch Deutschland würde es sehr gut bekommen, wenn alle Gewinne tatsächlich versteuert werden. "In Deutschland erwirtschaftet, in Deutschland versteuert", das ist ein Traum, der für Griechenland Wirklichkeit werden soll. Die EZB und die Ratingagenturen haben mit Nein geurteilt. Sie lehnen diese "Unverschämtheit" ab. Circa 90 Prozent der Rettungsgelder sind umgehend an Banken außerhalb Griechenlands geflossen. Die Bankenrettung wird im Film "Wer rettet wen" hinterfragt. Die EZB sollte sich diesen Film auch ansehen. Bitte auch meinen Beitrag zur 506. Bremer Montagsdemonstration lesen!

Eine Ergänzung von "Attac": Am Donnerstag, dem 19. Februar 2015, läuft um 20 Uhr im "Kino 46" der Film "Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell" von Leslie Franke und Herdolor Lorenz. Letzterer wird an diesem Abend anwesend sein und Fragen zum Film beantworten. Nach "Water makes Money" und "Bahn unter dem Hammer" werden auch in "Wer rettet wen?" Experten und Betrof-

fene gefragt. Bilder und Interviews aus Griechenland, Spanien, Irland, den USA, Deutschland und Island erhellen die Krisen, machen Ursachen und mögliche Alternativen deutlich. Weitere Vorführungen sind am 23., 24. und 25. Februar zur gleichen Zeit.

- 4. Der britische Geheimdienst wurde vom zuständigen Sondergericht in England erstmals verurteilt: Der GCHQ habe bis Dezember 2014 gegen die Artikel 8 und 10 der Europäischen Menschenrechtscharta verstoßen. Die Zusammenarbeit mit der NSA sei zu ändern und einzuschränken und die Auswertung aufzugeben. Grundlage für dieses Urteil waren die Dokumente von Edward Snowden. Geklagt hatten unter anderem "Amnesty International" und zwei britische Datenschutz-Organisationen. Glückwunsch! Die Unterlagen Snowdens hat der deutsche Bundesanwalt nicht als Beweis anerkannt, siehe 498. Bremer Montagsdemonstration: Es gebe keine Beweise, lautete seine Feststellung. Die Artikel 8 und 10 der Europäischen Menschenrechtscharta gelten auch in Deutschland, Herr Bundesanwalt!
- 5. In "ZDF Zoom" ging es am 4. Februar 2015 um den "Milliarden-Wahnsinn": "Wie Fördergelder verschwendet werden. Der Neubau eines Fünf-Sterne-Wellnesshotels in Warnemünde war richtig teuer: knapp 100 Millionen Euro. Fast die Hälfte davon waren aber öffentliche Fördergelder. Zu Unrecht, sagt die Staatsanwaltschaft. Der Bauherr wurde festgenommen.146 Euro zahlt jeder Bundesbürger jährlich in die Haushaltskassen der EU. Ein Großteil des Geldes fließt zurück: als Subventionen. Eine milliardenschwere Umverteilung. Aber nicht immer geht es dabei mit rechten Dingen zu. "ZDF Zoom' fragt: Wie sinnvoll ist die europäische Subventionspolitik tatsächlich?"

Auch in Bremen werden Hotels mit 40 Prozent der Investitionskosten gefördert. Diese Fördergelder der Freien Hansestadt sollten nur noch auf Darlehnsbasis gezahlt werden. Diese Umstellung lässt noch auf sich warten. Eine Überversorgung mit Hotelbetten wird dadurch vermieden, dass Hotels in Altersheime umgewandelt oder aktuell als Unterkünfte für Asylbewerber genutzt werden.

6. Volkswagen will die nächsten 10.000 frei werdenden Arbeitsplätze durch Blech ersetzen, Maschinen sollen die Arbeit übernehmen. Die Begleitmusik klingt wie üblich: Es werden schwere körperliche Arbeiten sein, es wird niemand entlassen. Aber die Arbeitsplätze sind weg, es gibt kein Nachrücken für die nächste Generation! Siemens baut den Konzern um: Weitere 7.800 Arbeitsplätze werden vernichtet, davon circa 3.300 in Deutschland. Es soll "sozialverträglich" geschehen.

Der Begriff "Industrie 4.0" bezeichnet die Vernetzung aller Beteiligten bis in die Fertigungsstufen hinein. "Industrie 4.0" läuft Probe im Hafen von Hamburg. Bisherige Erkenntnis: Personal kann abgebaut werden. Circa 40 Prozent der jetzigen Mitarbeiter sind überzählig. Die Meldung mit dem erschrocken schauenden Gewerkschafter habe ich im Netz nicht wiedergefunden. Die Aufzählung ist nicht

abschließend. Der **Personalabbau**, verbunden mit der Umstellung auf Technikeinsatz, geht beschleunigt weiter.

Daimler Bremen will weitere Produktionsanteile auslagern und weitere Aufgaben abqualifizieren, also die Bezahlung verringern. Daimler Bremen hat keinerlei wirtschaftliche Notwendigkeit für diese Sparbeschlüsse, aber es ist durchsetzbar und steigert die Dividende. Der angebliche Fachkräftemangel erstickt die Proteste. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Arbeit dominiert unser Leben. Nur Arbeit erlaubt die Verwirklichung von Träumen. Arbeit erlaubt den Leistungsnachweis, die Anerkennung.

Wir müssen dies ändern. Das Grundeinkommen ist überfällig, auch weil die Unterbeschäftigung erheblich ansteigt! Wobei das Grundeinkommen nicht einhergeht mit Arbeitsverweigerung. Es kann einfach etwas weniger Arbeit und mehr selbstbestimmte Tätigkeit sein. Verbunden mit massiver Arbeitverkürzung wird ein Schuh daraus! Nur dadurch ist Arbeit für jeden möglich! Wie schwer es ist, aus der Erwerbslosigkeit wieder in Arbeit zu kommen, hat Elisabeth auf der 506. Bremer Montagsdemonstration berichtet.

7. Sind Sanktionen bei einer so geringen Vermittlungsquote von 2,1 Prozent überhaupt zu rechtfertigen? Es gibt einfach nicht genügend bezahlte Arbeit! Letztlich hat auch die Umstellung aufs "Ehrenamt" zielsicher bezahlte Arbeit vernichtet und damit die öffentliche Hand entlastet, wenn auch nur vordergründig. Zu den Sanktionen als solchen und den vorherigen Antworten des Senats und der Bundesregierung siehe 506. Bremer Montagsdemonstration.

Aktuell liegt die Antwort des Senats vor (Drucksache 18/1727). Die Fragen der Fraktion "Die Linke" sind mit abgebildet. Ihre prompte Presseerklärung lautet: "In den zwölf Monaten von Juni 2013 bis Juli 2014 sind den Erwerbslosen im Land Bremen 2,3 Mio. Euro durch Sanktionen weggenommen worden", so Claudia Bernhard, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, zur Antwort des Senats auf die Große Anfrage "Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger(innen) im Land Bremen". "Jede(r) zehnte Arbeitslose im Land Bremen war in diesem Zeitraum von mindestens einer Sanktion betroffen."

Dieses Geld fehlt somit auch dem Einzelhandel im Bundesland Bremen. Hinzu kommen die Umsatzverluste durch die zu wenig erstatteten Mietkosten, monatlich weitere circa 350.000 Euro. Das "Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe" hat die Sanktionen etwas anders ausgewertet und die Steigerung betont. Die Zahlen zu den Sanktionen für 2012/2013 des BIAJ stehen für das Bundesgebiet, aber auch die Zahlen für Bremen sind ersichtlich.

Die leitenden Mitarbeiter der Jobcenter erhalten Prämien für die Zielerreichung: "Laut einer vertraulichen Anweisung des Bundesarbeitsministeriums (liegt der B.Z. vor) für das Jahr 2013 soll hierbei auch die Sanktionsquote berücksichtigt werden. Heißt: Je mehr Verstöße geahndet werden, desto geringer die Ausgaben für Hartz-IV-Empfänger – und damit gibt es statistisch weniger hilfebedürftige Menschen. Werden die Ziele zu mindestens 98 Prozent erreicht, bekommen

die Chefs der Jobcenter am Ende des Jahres 2088,38 Euro Prämie, sind es mehr als 100 Prozent, sogar bis zu 4.000 Euro. Insgesamt kamen so in Berlin von 2007 bis 2011 mehr als 100.000 Euro zusammen. 2012 wurden die Ziele verfehlt."

Siehe hierzu die 478. Bremer Montagsdemonstration. "Die Bundesregierung hat geantwortet: 'Von der Bundesagentur für Arbeit werden keine Zielvorgaben für eine sogenannte Sanktionsquote gemacht. Sanktionen ergeben sich allein aus den rechtlichen Vorgaben nach § 31 ff. des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), die von den Jobcentern und deren Mitarbeitern einzuhalten sind. 'Diese Antwort ist eine Lüge. In den Zielvereinbarungen wird festgelegt, wie viel Prozent der Leistungsansprüche nicht ausgezahlt werden.

Früher wurde die Quote von der Bundesagentur für Arbeit festgelegt. Aktuell geben die Jobcenter Angebote ab, die Minderauszahlungen der Grundsicherungsansprüche enthalten. Die Antwort der Bundesregierung bestätigt, dass die Jobcenter die Sollzahlen (tatsächliche Ansprüche der Leistungsberechtigten) ermitteln und den Istzahlen (erfolgte Zahlungen) gegenüber stellen. Die zu erreichende Differenz steht in der Zielvereinbarung des Jobcenters mit der Bundesagentur für Arbeit. Wieso kann überhaupt weniger als der Leistungsanspruch ausgezahlt werden? Durch die Sanktionen!"

Die Fraktion "Die Linke" im Deutschen Bundestag hat folgenden Antrag gestellt: "Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen". Sie hat außerdem beantragt: "Hartz IV in die Tonne", natürlich mit anderem Text: "Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV". Die Debatten um die Anfragen und Anträge der Fraktionen stehen noch aus. In Berlin ist ein Termin zur Jahresmitte angepeilt. In Bremen geht es schneller. Ich komme darauf zurück.

Der Senat sollte seine Antwort noch mal lesen und die Widersprüche ausräumen. Weshalb werden Erwerbslose überhaupt unter das Existenzminimum gedrückt? Untersuchungen des wissenschaftlichen Instituts der Bundesagentur für Arbeit (IAB) haben ergeben: Es geht *ohne* Sanktionierung! Der Geldentzug hat viele negative Folgen für die Betroffenen. Die Verschuldungsquote der Erwerbslosen spricht Bände! Bitte dazu auch meinen Beitrag zur 506. Bremer Montagsdemonstration lesen.

8. Die Stühle im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft (siehe Vorwoche) sollen nunmehr durch Dienstleister der Freien Hansestadt Bremen geprüft und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Der ins Auge gefasste teure Stuhl kann diesen Vergleich nicht gewinnen. Hoffentlich vergessen diese Fachleute nicht, die Auswirkungen auf den Fußbodenbelag zu berücksichtigen, und hoffentlich wird diese Entscheidung dem neuen Parlament übertragen.

Bremen hat sich erst jetzt entschieden, wie die Mittel aus dem BAföG-Topf für Bildung und Forschung aufzuteilen sind. "Bürgermeisterin Karoline Linnert freut sich: "Mit dem Geld sorgen wir unter anderem dafür, dass weniger Unterricht ausfällt, und verbessern die Bedingungen in den Inklusionsklassen. Senat und Bür-

gerschaft haben bereits bei den Haushaltsbeschlüssen einen Schwerpunkt bei der Bildung gesetzt. Mit der heutigen Entscheidung wird dieses Signal verstärkt: Bremen verbessert die Bildungschancen von Kindern und Studierenden!"

Doch weder die Kürzungen bei der Universität Bremen noch die Beseitigung des Unterrichtsausfalls oder die Stärkung der Inklusion sind damit überflüssig beziehungsweise erfolgreich beseitigt. Dies zeigt erneut, wie unterfinanziert auch die Bildung in Bremen ist. Richtige Abhilfe? Vernünftige Festigung der Zukunft durch Bildung? Fehlanzeige! Die GEW Bremen stellt dazu fest, "dass auch diese Mittel nur ein Bruchteil dessen sind, was für eine wirklich nachhaltige und qualitätssteigernde Bildung im Land Bremen nötig" ist. "Hierüber wird es in der Auseinandersetzung über die Haushaltsaufstellungen ab 2016 sicher streitbare Diskussionen geben", kündigt die GEW an.

Daimler Bremen hat in seinem Werk alle Produktionsschritte bebildert. Die Bilder sind ohne Text. Die Montagetätigkeit in dieser Mercedes- Fertigungsstrecke erfordert keinerlei Lese- oder Sprachkenntnisse mehr. Ist dies die Zukunft? – Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Griechische Frauen schwärmen für Yanis Varoufakis: Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist doch sexy ("Bild"-Zeitung)

Es muss nur ein Informant warnen: Und schon wird die Großveranstaltung abgesagt ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

508. Bremer Montagsdemo am 16. 02. 2015

Das Bremer Jobcenter hat die Zahl der Sanktionen verdoppelt

1. Nach Schätzungen des "Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" (DIW) verfügen die reichsten Deutschen über wesentlich mehr Besitz als bisher angenommen. Demnach hält das reichste Prozent der Bevölkerung rund ein Drittel des gesamten Privatvermögens. Das übertrifft die Berechnungen aus dem jährlich aktualisierten "Sozio-oekonomischen Panel", in dem mehrere Tausend Haushalte Angaben zur Art ihrer Einkünfte machen. Demnach sollen die Superreichen "nur" auf rund ein Fünftel des gesamten Privatvermögens in Deutschland gekommen sein. Wieso ist hier lediglich von Schätzungen die Rede, bei denen dann doch irgendwie herauskommt, dass das reichste Tausendstel der deutschen Haushalte rund dreimal so viel besitzt wie bisher vermutet?

Die DIW-Forscher räumen ein, dass die Datenlage "sehr schwierig" sei, denn anders als in Ländern, in denen eine Vermögenssteuer gezahlt werden muss, lässt sich das **Privatvermögen** der superreichen Deutschen aus offiziellen Daten nirgends ablesen. In Deutschland wird von offizieller Seite offenbar bereitwillig hingenommen, dass die Auskunftsbereitschaft mit der Höhe des Vermögens sinkt. Welche Verdienste haben die Superreichen eigentlich geleistet, dass ihnen nicht nur derartige Summen, sondern auch noch die Privilegien des Schweigens über ihr Vermögen und des Nichtleistens einer noch so kleinen Vermögenssteuer zugestanden wird? Ist die Geburt mit dem goldenen Löffel im Munde schon Eigenleistung genug? Wieso dürfen einige wenige so viel Vermögen anhäufen, obwohl um sie herum die Armut und die Not immens wachsen?

Vermutlich säuseln nicht wenige: "Eure Armut kotzt mich an!" Wie bigott ist es eigentlich, direkt neben den unermesslich Reichen die Ärmsten der Armen nach irgendeinem vermeintlich nicht angegebenen Cent zu durchleuchten, ja, zu mikroskopieren? ALG-II-Bezieher müssen ständig der Behörde Kopien ihrer Kontoauszüge vorlegen und sich wie unmündige Kinder behandeln lassen, die erstens nicht mit Geld umgehen könnten, sonst kämen sie mit dem Viel-zu-wenig schließlich gut über die Runden, und zweitens sowieso keine Gelegenheit ausließen, den Staat zu hintergehen. Wer lebt hier eigentlich dermaßen asozial wie die Made im Speck und bereichert sich auf Kosten der Allgemeinheit? Die Erwerbslosen sind es jedenfalls nicht!



2. Das Sozialgericht Mainz gab der Klage eines Mannes statt, der bei seinem Jobcenter bisher vergeblich einen Antrag auf Sonderleistung für die Fahrtkosten nach Frankfurt in Höhe von jeweils 9,35 Euro gestellt hatte. Der zum Zeitpunkt der Klageerhebung in der Nähe von Mainz lebende Kläger war in seinem Heimatland verfolgt und gefoltert worden und leidet seitdem an einer schweren Traumastörung. Deswegen befand er sich

in regelmäßiger fachärztlicher Behandlung in Frankfurt, wohin er mittels öffentlicher Verkehrsmittel gelangte.

Das beklagte Jobcenter lehnte die Finanzierung dieser Sonderleistung für die Fahrkosten mit der Begründung ab, die Voraussetzungen für die Gewährung eines sogenannten Mehrbedarfs lägen in diesem Fall nicht vor. Damit bewies das Jobcenter viel Empathie für die psychische Verfassung des Mannes und zeigte eine profunde Sachkenntnis über die realen Möglichkeiten, eine Traumatherapie machen zu können! Das Sozialgericht hingegen stellte klar, dass Fahrtkosten nach den Regelungen des SGB II zwar grundsätzlich in der Regelleistung als Bedarf enthalten sind, jedoch nur in durchschnittlicher Höhe.

Mittlerweile erkenne das Gesetz an, dass es außergewöhnliche Lebenssituationen gebe, in denen nicht nur einmalig, sondern laufend besondere Bedarfe entstünden, die durch ein Ansparen nicht mehr aufgefangen werden könnten. Dann müsse das Jobcenter die zusätzlichen Leistungen bezahlen. Das Gericht berücksichtigte auch, dass der Kläger aus medizinischen Gründen weiter regelmäßig seine Fachärzte in Frankfurt aufsuchen musste, da es ihm aufgrund seiner Krankheit sehr schwer falle, Vertrauen zu neuen Ärzten aufzubauen (Sozialgericht Mainz, Aktenzeichen S15 AS 1324/10).

3. Obwohl das wissenschaftliche Institut der Bundesagentur für Arbeit erst im letzten Jahr feststellte, dass sogenannte Ein-Euro-Jobs nicht zum Reintegrieren auf den ersten Arbeitsmarkt geeignet sind und sogar reguläre Jobs verdrängen, wollen die Jobcenter in Hannover nun noch mehr solcher Arbeitsgelegenheiten durchpressen und Betroffene ihrer Rechte berauben: Blieb es bisher sanktionsfrei, wenn der Träger beim Vorstellungsgespräch feststellte, dass der Bewerber nicht geeignet sei, wollen die Ämter nun auch das sanktionieren. Ab April 2015 sollen sogenannte Integrationsfachkräfte in den Jobcentern entscheiden, welche Ein-Euro-Jobs ALG-II-Leistungsberechtigte aufnehmen sollen. Diese Entscheidungen sollen verpflichtend sein. Die Träger und auch die Betroffenen können dann nicht mitentscheiden oder die Entscheidung ablehnen.

Wer zu solch einem Vorstellungsgespräch hingeht und dabei feststellt, dass diese Arbeitsgelegenheit nichts für ihn ist, würde mit Leistungskürzungen bestraft. Auch wenn ein Träger feststellt, dass der "Bewerber" ungeeignet ist, würde der Leistungsberechtigte mit Sanktionen belegt. Das ist absolut rechtswidrig! Das Jobcenter mag ja so viel wollen, wie es will, doch es muss sich immer noch an geltende Gesetze gegenüber Arbeitslosen halten. Die Jobcenter können sich nur dann anmaßen, derartig "vogelfrei" mit Erwerbslosen umzuspringen, wenn sich diese das bieten lassen. Hoffentlich setzen sich derart Behandelte, zu Unrecht Sanktionierte massenhaft mit den Mitteln des Rechtsstaates zur Wehr!

4. Beim Bremer Jobcenter werden die "Daumenschrauben" schmerzhaft angezogen. Auf eine Anfrage der Linkspartei gab der Senat bekannt, dass sich die Zahl der Sanktionen gegen erwerbsfähige Hartz-IV-Bezieher(innen) in den vergangenen Jahren annähernd verdoppelt hat. Kaum verändert habe sich hingegen die Zahl der Menschen, die Hartz IV beziehen, aus Sicht des Jobcenters jedoch vermittelbar seien. Claudia Bernhardt, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, kritisiert, dass allein zwischen Juli 2013 und Juni 2014 mehr als zwei Millionen Euro einbehalten wurden, was eine Menge Geld sei – zumal im vergangenen Jahr auch noch mindestens 4,5 Millionen Euro "Eingliederungshilfe" ungenutzt an den Bund zurück gezahlt werden mussten.

Der Senat wolle dem Jobcenter bei Sanktionen nicht reinreden. Wieso eigentlich nicht? Ich finde es ebenso wie Frau Bernhard ausgesprochen skandalös, wenn es dem Senat egal ist, dass Jugendliche "unter den Prügel des Erscheinens" gezwungen würden. Die meisten Sanktionen würden wegen sogenannter Meldeversäumnisse verhängt, was allerdings keine direkten Rückschlüsse auf das Verhalten der Leistungsbezieher(innen) zulasse, denn zurückmelden könne sich nur, wer überhaupt erst gefragt werde. Dieser Versuch mit der erhöhten Kontaktdichte scheint nur dem Zweck vermehrter Sanktionierungsmöglichkeiten, also finanziellen Einsparmöglichkeiten der Jobcenter zu dienen, da kaum zu erwarten ist, dass dadurch tatsächlich mehr Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden könnten.

Es scheint so zu sein, dass steigende Nachfrage an billigen Arbeitskräften den Druck auf die Arbeitsvermittlung erhöht. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass Erwerbslose während der ersten sechs Monate keinen Anspruch auf den ohnehin so kärglichen Mindestlohn von nur 8,50 Euro brutto haben! Die Linksfraktion erklärte, dass das Jobcenter diesen Stress auf die Leistungsbezieher(innen) abwälzt. Während immer mehr sanktioniert werde, sei das Amt seinerseits für die "Kundschaft" mit langen Wartezeiten auf Termine und ohne Möglichkeit, mit den Sachbearbeitern in Kontakt zu treten, schwer zu erreichen. Ich finde es ganz toll, dass die Linksfraktion beantragt hat, die Jobcenter dazu zu verpflichten, die direkten Durchwahlen herauszugeben!

Schließlich urteilte das Bundesverwaltungsgericht bereits 2007, dass Bedienstete einer Behörde keinen Anspruch hätten, "vom Publikumsverkehr und von

der Möglichkeit, postalisch oder elektronisch von außen mit ihnen Kontakt aufzunehmen, abgeschirmt zu werden"! Die Sprecherin des Jobcenters, Katrin Demedts, erklärte, es habe "praktische Gründe", die Durchwahlen zu verheimlichen, weil es die Beratungsgespräche störe, wenn ständig jemand anrufe. Ich finde die praktischen Gründe, dass Erwerbslose zwingend ihre Sachbearbeiter anrufen können müssen, bevor diese ihnen existenziell bedrohliche Sanktionen aufdrücken, aber viel wichtiger! Ob die Dame sich das wohl vorstellen kann beziehungsweise will?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Betonköpfe im Ukraine-Krieg

Wie oft ist schon berichtet worden über den Ukraine-Krieg, aber nichts Genaues, bis auf kurze Schnappschüsse von den Leidenden. Sie sind die ganz große Mehrheit, wo sich die wenigen einfach drüberstellen, die alles haben, den Profit und die Gewinngesetze. Die EU soll sozialer sein und Russland weniger Steuern abgeben, und jeder behauptet: Nur wir sind die Richtigen und Gerechten, bald wie in den großen Religionen mit ihrer Heuchelei! Tränen der Mehrheit werden dort vergossen, wo immer sie gelebt haben, und die Moral der Politik kommt wieder nicht. Die alte Nachkriegsverpflichtung beteuert: Nie wieder Krieg auf europäischem Boden! Das wird alles von den Predigern gebrochen: Gleichgültigkeit gegen die Mehrheit, die schon immer Frieden will.

Schaut man sich die Politiker bei den Verhandlungen an, kommt mir wieder die Einfachheit der Vergangenheit bei den pazifistischen Protesten der Sechziger- und Siebzigerjahre in den Sinn, die jetzt leider völlig fehlen. Diese Politiker-Gesichter von Putin, Merkel, Steinmeier und anderen zeigen ein Lachen und Grinsen, eine Freundlichkeit, aber im Hinterkopf ist nur das Mehrhaben. Mein Befund ist Schizophrenie. Die Natur ist es, sagen zu können mit dem Gefühl, was man denkt, und nicht gespalten mit Mimik und Gestik die Massen zu beruhigen, während dahinter die Lüge steht; denn wir sehen, dass wieder weitergeschossen wird und Blut und Tränen der Massen im ukrainischen Kriegsgebiet fließen. Zu Sowjetzeiten nannte man die Führung "Betonköpfe". Hier ist es nicht anders. Das wurde damals mit musikalischen Spott gekrönt: "Eiszeit, minus 90 Grad, das Telefon steht schon seit Jahren still".

Günni, der "Mann mit dem großen Hut"

"Wir diskutieren nur über Düngemittel aus eurer Asche": Deutschland pocht auf "Vertragseinhaltung", verweigert aber die Rückzahlung eines zwangsweise von Griechenland den Nazis gewährten Elf-Milliarden-Kredits ("Spiegel-Online")

Freie Meinung durch Satire



Es ist Karneval, meine Damen und Herren, da trauen sich viel mehr Menschen als sonst auf die Straße, um öffentlich herumzubrüllen, zum Beispiel "Helau!", "Alaaf!" und anderes krauses Zeug. Das kann nicht jede(r). Viele versuchen ihre Meinungen zu äußern, lustig, schmutzig, blöd, sinnlos oder satirisch. Das darf jeder "frei" entscheiden. Was ist Satire? Im Wörterbuch wird sie beschrieben als "Kunstgattung, die durch Übertreibung, Ironie und beißenden Spott an Personen oder Ereignissen Kritik übt".

Davon haben wir in der letzten Zeit in einem anderen Zusammenhang gehört. Was Satire sein und verursachen kann, haben wohl sehr viele Menschen in den vergangenen Wochen auf tragische Weise gelernt. Selbst die Kölner Karnevalisten nehmen das ernst und wollen ihren "Charlie-Hebdo"-Wagen nicht starten. Dafür werden sie ihrerseits mit einer Satire kritisiert: Auf einem Umzugswagen steht ein Narr, der sich vor Angst in die Hose macht. Darunter steht "Je suis Charlie". Im Text dazu wird "erklärt": "Die haben Angst", "der Terror hat gewonnen gegen die freie Meinung".

Das ist dummes Zeug und vordergründige Panikmache. Mir fällt jedoch auf, das zurzeit von allen Medien, auf jedes Thema oder jede Einzelperson eine solch krasse "Kunstgattung" angewendet wird, um vielen Leuten möglichst bequem etwas begreiflich zu machen. Wer setzt sich damit wirklich auseinander? Die meisten Menschen können das wohl als eine Form der freien Meinungsäußerung verstehen und sich kaputtlachen. Doch als am Sonntag in Braunschweig der Karnevalsumzug von der Polizei wegen einer akuten Terrorwarnung abgesagt wurde, ist nicht nur vielen Narren das Lachen vergangen.

Ich nehme nicht einmal pro Jahr an einem Karnevalsumzug teil, um meine Meinung zu sagen. Ich nutze die Freiheit sie jede Woche auf der Bremer Montagsdemonstration sagen zu dürfen. Doch würde ich nicht auf die Straße gehen und mir ein Schild umhängen mit der Aufschrift "Je suis Charlie", um mich mit den Machern eines Satiremagazins zu solidarisieren. Ich bin Helmut und versuche, selbst zu denken. Dabei leuchtet mir nicht ein, warum sich jemand in seiner Überzeugung um den Kampf für freie Meinungsäußerung freiwillig tödlicher Gefahr aussetzt.

Ich bin mir fast sicher: Einige Karikaturen weniger, und die Künstler könnten noch leben und eventuell eine andere Art von Aufklärungsarbeit leisten. Es ist traurig, zu sehen, wie sich einige Idealisten im Bemühen um etwas Aufklärung kaputt machen lassen, während andere Schmierblattverlage mit viel höheren Auflagen weiterhin sinnloses Zeug produzieren, das von interessierten Bürgern ge-

kauft und wahrscheinlich sogar gelesen wird. Einen solchen Verlag mit einer täglichen Auflage von circa zwei Millionen Exemplaren gibt es auch in Deutschland.

Er hat bisher noch keine Märtyrer, die sich für ihr modernes, legalisiertes Verdummungssystem geopfert haben, einer vermeintlichen totalen Pressefreiheit. Doch es hat gewirkt. Auflage und Gewinn sind zwar sprunghaft gestiegen, aber diese Opfer war es sicher nicht wert. Heiligt wirklich der Zweck jedes Mittel? Ist Satire tatsächlich ein Beweis der freien Meinungsäußerung oder gar ein Mittel gegen Hass und Wahnsinn? Darf Satire alles? Ich bezweifle, dass es bei jedem so ankommt wie beabsichtigt, ohne Nebenwirkungen.

Es wird kurz darüber gelacht, und alles ist vergessen. Das ertragen vielleicht Karnevalisten oder Politiker, die es gewohnt sind, veralbert zu werden; doch bleibt es nicht immer nur beim Veralbern, wie zum Beispiel die geschmacklose Schäuble-Satire eines griechischen Druckwerkes beweist. Eine andere Gruppe von Menschen lässt sich von Irrlehrern, Sympathisanten und Waffensponsoren so verhetzen, dass sie ernst nimmt, was in ihrem "Heiligen Buch" steht. Sie glauben wohl tatsächlich, andere Menschen umbringen zu dürfen, nur weil auch dort ein Schmierfink Unsinn hineingeschrieben hat.

Ich frage mich: Welche Interessen oder (Wirtschafts-)Mächte stecken heute wirklich hinter solchen Verblendungsaktionen durch falsche Religionsbücher und blöde Zeitungen? Und welchen Anteil haben wir daran? Beide Gruppen glauben, eine große Freiheit zu besitzen, in der sie leben und sich frei entfalten können. Die einen glauben, dies durch Mord und Totschlag zu erreichen, basierend auf einem einzigen "Gesetzbuch", das außerdem gefälscht wurde. Dazu Hassprediger, die Irrlehren im Sinne ihrer Sponsoren verbreiten.

Die "Freiheit" anderer Menschen ist geregelt durch so viele unverständliche Gesetzbücher, dass "moderne Schriftgelehrte" wie Juristen und Anwälte benötigt werden, den Inhalt zu erklären. Doch wer keinen Anwalt hat, den schützt auch seine Unwissenheit nicht vor Strafe. Ich finde beide Systeme unmenschlich. Im Hintergrund sitzen die Verursacher und werden immer reicher und skrupelloser.

Helmut Minkus (parteilos)

Der Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten

1. Ein Film "zum Anfassen" über die Finanzkrise: "Wer retten wen? Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker jonglieren mit immer neuen milliardenschweren Rettungsschirmen, während in Europa Menschen für Hungerlöhne arbeiten. Nie ging es um die Rettung der Griechen, nie um die der Spanier oder Portugiesen." Vorstellungen im "City 46", Birkenstraße 1, sind am Donnerstag,

dem 19. Februar 2015, um 20 Uhr (mit Regisseur Herdolor Lorenz als Gast, bereits ausverkauft) sowie am Montag, Dienstag und Mittwoch (23. bis 25. Februar) zur gleichen Zeit.

Griechenland will die Reichen besteuern und für Arme Überlebensmöglichkeiten einrichten. Dies ist ungewöhnlich. Es könnte Nachahmer finden. Was hilft?
Griechenland wird verspottet: "Die Steuerverwaltung in Griechenland ist nicht auf
der Höhe der Zeit!", "Griechen zahlen nur **Steuern**, wenn sie Lust haben". Das
Bundesamt für Finanzen hat Griechenland kürzlich für die Fortschritte in den Finanzämtern gelobt, und wir – also die deutschen Finanzämter und die zuständigen Politiker – haben auch einiges "verbockt".

Herr Flick hat sich selbst angezeigt und bezahlt, aber die Selbstanzeige wurde nicht bearbeitet und der gezahlte Betrag plus Zinsen an Flick zurückgezahlt. Die Grenzbeamten fanden am Grenzübergang zur Schweiz Kontoauszüge, die umfangreiche Transfers und Guthaben auswiesen. Das Bundesfinanzministerium hat angeordnet, dass diese Unterlagen nicht zur Steuererhebung herangezogen werden dürfen. Die Zöllner dürfen seither keine Kontoauszüge mehr beschlagnahmen und auch nicht einsehen. Herrn Zumwinkel wurde Steuerhinterziehung nachgewiesen, doch teilweise wurden die Vorwürfe als verjährt eingestuft.

Fahnder in Frankfurt sollten die Steuer-CD nicht weiter auswerten. Sie haben nicht gehört. Steuerfahnder waren sehr nah dran an Konten der CDU – mit Schwarzgeld? Sie wurden von ihren Aufgaben entbunden und per Gutachten als "dienstunfähig" eingestuft. Sie haben sich erfolgreich dagegen gewehrt. Die Steuer-CD haben sie aber nicht weiter auswerten können. Es hat auch kein anderer er-



ledigt. Es wurden keine weiteren Unregelmäßigkeiten festgestellt. Das "Umsatzsteuerkarussell", also der Steuerbetrug mit der Mehrwertsteuer, wurde nur möglich, weil Deutschlang in der EU eine Sonderregelung für die Mehrwertsteuer durchgesetzt hat.

Die Finanzämter haben die Politik über Jahre erfolglos um Änderung der Rechtsgrundlagen gebeten! Die Steuererhebung in Deutschland wird nicht mit den nötigen Mitteln durchgeführt, so die Meinung eines Mitglieds des Bundesrechnungshofs. Die Schlupflöcher in Luxemburg und die niedrigen Steuern in Holland sind ganz legal. Laut unserem Bundesfinanzminister ist es vollkommen in Ordnung, wenn Steuerpflichtige dies nutzen! Die Möglichkeiten und die Meinung des Verantwortlichen stehen rund um die Filmbeiträge zur Steuervermeidung und der Macht des Geldes. Die Plünderung des Staates zeigt es einfach anders. Dies alles steht auf unseren Seiten. Es ist aber nicht vollständig.

Steuerprüfer sind in Bremen noch immer Mangelware. Finanzsenatorin Karoline Linnert hat die Ausbildung zum Steuerprüfer wieder eingeführt. Vorgänger Hartmut Perschau hatte die Ausbildung zum Steuerprüfer eingestellt. Die gut be-

zahlten Planstellen wurden anderweitig besetzt. Nun sind in Bremen noch immer nur circa 50 Prozent der Planstellen für die Betriebsprüfung besetzt. Warum? Die Kosten für einen Betriebsprüfer müssen überwiegend von Bremen bezahlt werden, die Mehrerträge an Steuern gehen in den Länderfinanzausgleich.

"Stellen wir doch einen Steuerprüfer ein, oder bekommen die Kindergärtnerinnen Stühle für Erwachsene?" Diese Abwägung wird für Bremen immer zwingender, dank der Schuldenbremse! Die Fraktion "Die Linke" in der Bürgerschaft hat dazu eine Anfrage gestellt: "Was genau hat die Bürgerschaft mit der Aufnahme der "Schuldenbremse" in die Landesverfassung eigentlich beschlossen?" Lesenswert!

Folgender Einleitungstext ist schon älter: "Der Bundesfinanzhof trifft keine klare Entscheidung, was die Versteuerung des dubiosen Dividendenstrippings angeht, die Finanzverwaltung feiert einen Etappensieg." Über Jahre akzeptiert die Finanzverwaltung, dass für einmal gezahlte Steuern mehrmals Erstattungsanträge gestellt werden. Über Jahre haben die Finanzämter diesen Erstattungsanträge stattgegeben und ausgezahlt. Nunmehr müssen die Richter entscheiden. In den Finanzämtern hat der normale Menschenverstand gesiegt. Eigentlich logisch!

Nur die Geldjongleure wollen dies nicht akzeptieren. Zu einfach war der Goldesel zu melken. Mit Einschränkungen, die umgangen wurden, läuft dieser "legale Betrug" seit über zehn Jahren! "Der deutsche Fiskus erstattete in der Folge zahlreichen Investoren Kapitalertragsteuern in Milliardenhöhe, die vorher niemals gezahlt worden waren." Noch nie waren ins Deutschland die Selbstanzeigen von Steuerbetrügern so umfangreich und so ertragreich wie 2014. Komisch, warum wurde all dies von der Steuerprüfung nicht bemerkt? Siehe vor!

Es wurde auch auf die Erhebung von Steuern verzichtet. Bei der Zerschlagung der "Deutschland AG" wären die aufgedeckten stillen Reserven steuerpflichtig gewesen. Per Gesetz hat die damalige Regierung diese bei der Entflechtung entstehenden Gewinne steuerfrei gestellt. Die Banken haben die Sektkorken knallen lassen. Die Reduzierung der Körperschaftsteuer mit der Möglichkeit, die Steuerklärungen der letzten zehn Jahre anzupassen, hat die Kassen endgültig geleert.

Die Erstattungen der Körperschaftsteuern an die Unternehmen übertrafen die Erträge daraus. Die Körperschaftsteuer wurde vom Einnahmeposten zur Kostenbelastung. Die Haushaltskassen waren jetzt entsprechend leer, und Hartz IV konnte durchgesetzt werden. Nun eine Scherzfrage: Wie viel Einkommensteuer zahlt der Geschäftsführer eines Hedgefonds, der in Deutschland wohnt? Geschäftsführer von Geiern wurden in Deutschland von jedweder Einkommensteuer befreit.

2. Die Bremische Bürgerschaft wird über die Sanktionen debattieren, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration. Punkt 10 der Terminübersicht lautet: "Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger im Land Bremen, Große Anfrage der Fraktion "Die Linke" vom 18. November 2014, Drucksache 18/1634, dazu Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2015".

Warum werden Erwerbslose bestraft? Weil die Jobcenter mit der Bundesagentur für Arbeit eine entsprechende Zielvereinbarung abgeschlossen haben. Vereinbart wird unter anderem die Unterschreitung der gesetzlichen Regelleistung um beispielsweise sieben Prozent. Diese geringere Auszahlung ist nur durch Sanktionen und Leistungsverweigerung zu erfüllen. Die Fallmanager müssen jede Sanktion in Extra-Datensätzen erfassen. Somit ist jederzeit die Quote feststellbar und steuerbar. Die Vorgaben an die Mitarbeiter des Jobcenters können laufend angepasst werden.

Wie werden Erwerbslose bestraft? Der Mitarbeiter des Jobcenters stellt eine Abweichung oder Nichtbeachtung fest. Er befragt den Erwerbslosen, meist per Fragebogen, wertet diesen aus und verhängt eventuell eine Sanktion per Änderungsbescheid. Die Sanktion wird sofort fällig. Die nächste Zahlung ist entsprechend gekürzt. Ein Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Weshalb sind Jobcentermitarbeiter bereit, den Erwerbslosen das Existenzminimum zu kürzen? Jeder neue Mitarbeiter erhält nur einen befristeten Arbeitsvertrag, meist für sechs Monate. Wer nicht "mitspielt", muss wieder gehen. Die Mitarbeiter sind in Teams organisiert. Wer nicht "mitspielt", gefährdet die gemeinsame Zielerreichung. Entsprechend ist die Gruppendynamik. Die Zielerfüllung wird laufend fortgeschrieben und innerhalb der Behörde veröffentlicht.

Bevor ich einige Sanktionsgründe anführe, hier die Möglichkeit der Gegenwehr: Gegen jeden Bescheid kann Widerspruch erhoben werden. Auch die Eingliederungsvereinbarung ist per Widerspruch angreifbar. Die aufschiebende Wirkung kann im Widerspruch beantragt werden. Vorsorglich sollte mensch bereits mit dem Anhörungsbogen eine Beratungsstelle aufsuchen.

Falls das Jobcenter trotz Widerspruch auf den Vollzug der Sanktionen besteht und die Zahlung vermindert erfolgt, kann die Hilfe des Gerichts notwendig sein. Einfach mit den Unterlagen zur Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts Bremen gehen und die Aussetzung der Sanktionen beantragen. So, jetzt können Sie die nachfolgenden Ausführungen besser "verdauen"! Und noch eins: Es gibt auch Mitarbeiter(innen) im Jobcenter, die vernünftige Arbeit leisten, und einige Sozialgerichte haben die nachstehenden Praktiken bereits "kassiert".

Die meisten Fallstricke werden in den Eingliederungsvereinbarungen formuliert. Die "Vereinbarungen" sind oftmals sehr einseitig. Text und Inhalt nehmen selten auf die Wünsche der Erwerbslosen Rücksicht. Die Unterschrift ist freiwillig. Der Jobcentermitarbeiter kann jedoch die Eingliederungsvereinbarung als Verwaltungsakt erlassen. Dann ist sie verpflichtend. Ein Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Steht in der Eingliederungsvereinbarung: "Der Nachweis über die Bewerbungen ist am ersten Arbeitstag des Folgemonats an der Information im Jobcenter abzugeben", dann wurde die Abgabe am zweiten Arbeitstag bereits als Meldeversäumnis oder Verstoß gegen die Auflagen in der Eingliederungsvereinbarung gewertet. Der Fallmanager kann dies sofort rügen und per Fragebogen die Sanktion vorbereiten. Der Fallmanager kann aber auch abwarten, dem Erwerbslosen

erst nach drei Monaten Fragebögen schicken und somit drei Sanktionen (für jeden Monat eine) verhängen. Der Erwerbslose verliert dann aus heiterem Himmel seinen gesamten Regelleistungsanspruch.

Die Eingliederungsvereinbarung muss wortwörtlich genommen werden. Oftmals erfährt der Erwerbslose erst durch eine Sanktion, wie eng die Texte auszulegen sind. 99 Prozent aller Briefe vom Jobcenter enthalten auch eine Rechtsbelehrung, weil jeder Brief eine Anordnung enthält, die zu befolgen ist: "Sie haben
bis zum ... vorzulegen. Andernfalls kann Ihnen die Leistung wegen fehlender Mitwirkung entzogen werden." Gebraucht werden viele Unterlagen, bei jeder Mieterhöhung etwa der Fragebogen zur Wohnung. Immer die gleichen Fragen, immer
"auszufüllen vom Vermieter". Dass der Erwerbslose den Fragebogen auch allein
ausfüllen kann, ist nur kleingedruckt angegeben. Jeder Arbeitsvertrag ist vorzulegen. Warum reicht die Lohnabrechnung nicht? Weil das Jobcenter es so will.

Der Vermieter schickt eine Nebenkostenabrechnung. Sie beantragen die Erstattung. Das Jobcenter lehnt ab und setzt gleichzeitig eine sehr kurze Frist zum Ausgleich der Forderung des Vermieters durch Sie. Wie soll das gehen? Das Jobcenter kennt Ihre Mittelosigkeit. Es wird kein Darlehn angeboten. Sie können es einfordern, um die Wohnung zu behalten. Wichtig ist, dass Sie das Darlehn hilfsweise beantrage, damit Ihr eigentlicher Anspruch auf Kostenübernahme nicht untergeht.

Sie versuchen auf eigenen Füßen zu stehen. Sie haben eine Selbständigkeit begonnen, mit Unterstützung des Jobcenters. Sie erhalten unter Umständen Auflagen. Jede Betriebsausgabe über 50 Euro müssen Sie vorher begründet beantragen, und Sie dürfen das Geld erst nach der schriftlichen Genehmigung ausgeben. Bitte sacken lassen und im laufenden Geschäftsbetrieb vorstellen: Sie können etwas verkaufen oder leisten, müssen dafür aber einkaufen. Bis Sie die schriftliche Genehmigung haben, ist der Kunde abgesprungen. Falls Sie nicht abwarten, ist eine Sanktion fällig.

Zu Sanktionen stehen viele Gegebenheiten auf unseren Seiten. Zusammenfassend: Der Mitarbeiter des Jobcenters kann jede Nachfrage bei Ihnen mit Termin versehen. Jede noch so kleine Verspätung kann sanktioniert werden. Sie sind verpflichtet, jede Änderung umgehend dem Jobcenter mitzuteilen. Vergessen? Verspätet? Das ist eine Sanktionsmöglichkeit.

Das Jobcenter stellt bei einer Arbeitsaufnahme oftmals die Zahlung sofort ein. ALG II wird im Voraus bezahlt, Arbeitslohn im Nachhinein. Sie ahnen es? Der Mensch hat Arbeit, aber kein Geld. Das Scheitern ist vorprogrammiert. Da hilft nur die Hilfe des Gerichts. Früher konnte der Fallmanager eine Arbeitsaufnahme mit bis zu zwei Regelleistungen unterstützen. Er hat gefragt, ob Extra-Aufwendungen anfallen. Er hat die Arbeitskleidung et cetera übernommen. Heute ist dafür eine Bestätigung des Arbeitgebers notwendig. Dieser muss bestätigen, dass er dem Neuen keine Arbeitskleidung bezahlt, bei manchen Sachbearbeitern noch detailliert mit der Aufzählung der einzelnen Kleidungsstücke. Die Möglichkeit zur Kostenübernahme bei einer Arbeitsaufnahme gibt es, nur angeboten wird sie nicht.

Nun zur Arbeitsverweigerung. Die Vermittlung der Jobcenter erfolgt überwiegend an Leihfirmen. Deren Tarifverträge sehen für Neue einen geringeren Stundenlohn vor. In Bewerbungsgesprächen ist davon selten die Rede. In den Arbeitsverträgen wird oftmals eine Vollzeittätigkeit mit 30 Stunden pro Woche definiert. Beides zusammen führt zur weiteren Abhängigkeit vom Jobcenter. Oftmals ist auch die erste Lohnabrechnung ein Schock: 45 Stunden jede Woche gearbeitet und nur 30 Stunden je Woche bezahlt? Wie geht das? Im Vertrag ist die Gleitzeit "versteckt". Bezahlt wird die Regelarbeitszeit, die zusätzlich geleisteten Stunden kommen auf das Gleitzeitkonto. Zwei Faktoren, die, wenn sie nicht vorher erläutert werden, einen jungen Erwachsenen aus der Bahn werfen. Vom Jobcenter gibt es die Sanktion dazu.

Sie haben eine Teilzeittätigkeit und müssen aufstocken? Sie erhalten von Ihrem Ansprechpartner Einladungen zu Zeiten, an denen Sie arbeiten. Sie versuchen, dies zu ändern. Der Jobcentermitarbeiter verändert sein Verhalten nicht. Sie vergrellen Ihren Chef, oder Sie werden sanktioniert! Auch wegen dieser leicht zu ändernden Macke müssen Sie die Hilfe des Gerichts erbitten, um ihr zu entgehen.

Nicht nur Sie, sondern alle Angehörigen werden vom Jobcenter einbezogen. Zum Beispiel müssen Kinder ab 16 Jahren ihre Zeugnisse vorlegen. Jedes Mitglied der Bedarfsgemeinschaft, auch jedes Kind, muss im Jobcenter erscheinen, um Urlaub zu beantragen. All dies ist nur teilweise Gegenstand der Debatte. Ich habe so auch die Umgebung der Sanktionen beschrieben. Im Buch "Wir sind empört" hat Rechtsanwalt Fabian Rust die Tätigkeit des Jobcenters unter dem Titel "Wie man aus Tätern Opfer macht – Repressionsapparat Hartz IV" geschildert.

Wer meine Meinung lesen will, kann dies auch im vorstehenden Buch, darin meinen Beitrag "Die Angst vor dem Klappern des Briefkastens" oder hier die
Seiten der Bremer Montagsdemonstration lesen und das Video "Erfahrungen in
Bremen" anschauen. Selbst die Aufforderung, nach dem Tod des Ehemanns eine Vermögensaufstellung einzureichen, war terminiert und mit Rechtsbehelfsbelehrung versehen. Der Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach hat seine Vorträge
über Hartz IV so betitelt: "Ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm
Gemachten".

Es geht ohne Sanktionen. Das wurde versuchsweise und erfolgreich durchgeführt. Das IAB hat es dokumentiert. Die jetzige Behandlung schafft viele Aggressionen und bindet so Energie. Die Sanktionen wurden von Inge Hannemann bis vor den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags gebracht. Sie gehören abgeschafft. Kein anderes "Vergehen" in Deutschland wird dermaßen geahndet! Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Erfolg für "Die Linke", Debakel für die CDU: Aber nur noch jede(r) zweite Hamburger(in) geht zur Wahl ("Spiegel-Online")

Giannis? Gianis? Jannis? Yannis?: Die "Qualitätspresse" zeigt nicht einmal so viel Respekt vor dem griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis, dass sie seinen Namen richtig schreibt ("Die Welt")

Glückwunsch, befreites Kobane!

Schaffen wir zwei, drei, viele Rojavas! Kobanê ist frei! Es lebe Rojava! Kommt zur **Demonstration** am **Samstag**, dem **21. Februar 2015**, um **13 Uhr** am **Leibnizplatz!** Am 26. Januar 2015 wurden die Banden des "Islamischen Staates" aus der Stadt Kobanê in der nord-syrischen autonomen kurdischen Region Rojava vertrieben!

Seit September 2014 hatte der IS Kobanê angegriffen und für Wochen zu großen Teilen eingenommen. Die kurdischen Kampfeinheiten YPG und YPJ sowie PKK haben mit Unterstützung Kobanê vom IS-Terror befreit. Die kurdischen Kämpfer(innen) haben unseren größten Respekt. Als einzige stellen sie sich dem mörderischen IS entgegen, der alle abschlachtet, die sich ihm nicht unterwerfen. In Kobanê haben sie dem IS seine erste große Niederlage beigebracht.

Kobanê liegt in der Mitte der kurdischen Region Rojava in Nordsyrien an der Grenze zur Türkei. In Rojava hat die Bevölkerung 2011 ein selbstverwaltetes Gesellschaftsmodell auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung ins Leben gerufen. Basisdemokratische Strukturen und gewählte Räte bestimmen die Politik. Verschiedene Religionen, Ethnien und Minderheiten leben gleichberechtigt miteinander.

Im Zentrum von Rojava steht die basisdemokratische Selbstverwaltung, das heißt, die Menschen haben sich von unten organisiert. Jede Straße verfügt über eine eigene Versammlung, wo die Nachbarn zusammenkommen und darüber diskutieren, wie sie ihr Zusammenleben gestalten wollen. Aus jeder Versammlung gibt es eine verantwortliche Person, die die Entscheidungen in die Versammlungen der nächsthöheren Ebene trägt – im Stadtteil, in der Stadt und so weiter. So wurde innerhalb kurzer Zeit eine ganze Region politisiert. Die Menschen denken mit, treffen Entscheidungen und handeln sie solidarisch miteinander aus.

Besonders emanzipatorisch und fortschrittlich sind für uns die Frauenrechte und die Flüchtlingspolitik. Das Projekt Rojava ist eine große Hoffnung, nicht nur für die Menschen der Region, sondern für alle, die ein basisorientiertes Gesellschaftsmodell dem hiesigen "Normalzustand" mit Rassismus, Sexismus und kapitalistischer Verwertungslogik vorziehen. Wir wollen auch hier eine andere Politik, die sich nicht an der Marktlogik orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen!

Rojava braucht unsere Solidarität! Der Sieg von Kobanê ist ein Sieg der Menschlichkeit. Es ist ein Sieg aller Kräfte, die für eine gemeinsame und demokratische Zukunft in Rojava und im ganzen Nahen Osten eintreten. Doch der IS mordet weiter und bedroht auch Rojava in Syrien und das jesidische Sindschar im Irak. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht. Tausende Frauen und Mädchen sind noch immer versklavt. Der IS beansprucht mit seiner Ideologie ein Großkalifat, das die Gebiete der Staaten Syrien, Irak, Libanon und Israel umfassen soll.

Die Befreiung von Kobanê war nur die erste Etappe. Jetzt geht es darum, die ganze Region von den Banden des IS zu befreien. Kobanê ist zu einem großen Teil zerstört. Es braucht Hilfe für die Flüchtlinge und den Wiederaufbau der Stadt. Wir fordern mit den Menschen von Rojava: Die Anerkennung von Rojava als demokratisches Gesellschaftsmodell! Die Türkei muss die Unterstützung für den IS beenden! Die Errichtung eines Hilfskorridors für Rojava – für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau der Infrastruktur! Das PKK-Verbot in Deutschland muss aufgehoben werden! Kobanê ist befreit! Der IS ist besiegbar! DieSolidarität mit Rojava muss weitergehen!

"Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen"

Niemand sucht aus

Man sucht sich das Land Seiner Geburt nicht aus, Und liebt doch das Land, Wo man geboren wurde.

Man sucht sich die Zeit nicht aus, In der man die Welt betritt, aber muss Spuren in seiner Zeit hinterlassen.

Seiner Verantwortung
Kann sich niemand entziehen.
Niemand kann seine Augen
Verschließen, nicht seine Ohren,
Stumm werden und sich die
Hände abschneiden.

Es ist die Pflicht von allen Zu lieben, ein Leben zu leben, Ein Ziel zu erreichen. Wir suchen den Zeitpunkt nicht aus, Zu dem wir die Welt betreten, Aber gestalten können wir diese Welt, Worin das Samenkorn wächst, Das wir in uns tragen.

Gioconda Belli, Freiheitskämpferin aus Nicaragua

Wir trauern um unsere nach schwerer Krankheit verstorbenen Mitstreitenden **Rolf Gerdes** und **Ümit Feilke**. Beide Trauerfeiern finden um 12:30 Uhr in der Kapelle des Huckelrieder Friedhofs statt, für Rolf am Donnerstag, für Ümit am Freitag dieser Woche. Zum gemeinsamen Gang zur Trauerfeier treffen wir uns um 12 Uhr an der Haltestelle Huckelriede der Linien 4 und 26.

Den Friedhof an der Habenhauser Landstraße 70 erreicht ihr mit der Bahn Linie 4 (Arsten) bis Haltestelle Huckelriede; dort entweder zu Fuß (zehn Minuten) oder mit dem Bus Line 51 (Kattenturm), zum Beispiel Abfahrt Hauptbahnhof 11:48 Uhr, Ankunft Haltestelle Huckelrieder Friedhof 12:09 Uhr.

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

509. Bremer Montagsdemo am 23. 02. 2015

Wie wäre es mal mit fairem Gehalt für die gesuchten Altenpfleger?



1. Weil im ALG-II-Regelsatz für Wohnen, Energie und Strom utopische 33 Euro vorgesehen sind, obwohl allein letzterer im wirklichen Leben 43 Euro kostet, müssen alleinstehende Bezieher dieser Transferleistung durchschnittlich 116 Euro zusätzlich aus eigener Tasche aufbringen. Nach Berechnungen des "Paritätischen Wohlfahrtsverbandes" kann die Unterdeckung im Hartz-IV-Regelsatz bezüglich der **Stromkosten** je nach Haus-

haltsgröße sogar bis zu 300 Euro pro Jahr reichen. Fatalerweise haben Arbeitslose kaum Chancen, den teuren Grundtarif zu verlassen, da sie in den meisten Fällen nach der Bonitätsprüfung von den Anbietern abgelehnt würden. Der "Paritätische" wertet die neue Studie als weiteren skandalösen Beleg für eine verfehlte Grundsicherungspolitik.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Verbands, fordert eine sofortige und unbürokratische Lösung, weil es nicht angehen könne, dass Strom in Deutschland zum Luxusgut wird und einkommensschwache Haushalte im Dunkeln sitzen bleiben. Energie gehöre zum Existenzminimum wie das Dach über dem Kopf. Der "Paritätische Wohlfahrtsverband" spricht sich neben der Übernahme der Stromkosten in Hartz IV auch für eine Reform des Wohngeldes aus. Der Posten Strom ist lediglich einer von vielen und muss unbedingt erhöht werden. Ich bin für ein bedingungsloses Grundeinkommen, von dem es sich wirklich auskömmlich und ohne Restriktionen leben lässt!

2. Der kleinste Stadtstaat hat die höchste Armutsquote in Deutschland, und Bremen baut diese fragwürdige "Spitzenposition" weiter aus. Der "Paritätische Wohlfahrtsverband" zeigt auf, dass die Armutskurve in Bremen seit 2009 im bundesweiten Vergleich außerordentlich steil nach oben geht und die Armutsquote in

sehr kurzer Zeit im Jahr 2013 den Rekordwert von 24,6 Prozent erreichte. 2012 habe die Bremer Quote noch bei 23,1 und 2010 bei 21,1 Prozent gelegen. Bundesweit sei die Armut binnen eines Jahres von 15 auf 15,5 Prozent angestiegen, auf 12,5 Millionen arme Menschen im eigentlich reichen Deutschland.

Ulrich Schneider beklagt, die Kluft zwischen armen und reichen Ländern werde zusehends immer tiefer. Die Armut und die regionale Zerrissenheit seien noch nie so groß wie heute gewesen. Er hält eine deutliche Erhöhung der Regelsätze und einen massiven Ausbau öffentlicher Beschäftigung für nötig. Ich finde, dass Hartz IV endlich abgeschafft werden muss und der Niedriglohnsektor in Deutschland schon viel zu hoch ist!

Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland fordern Gewerkschaften und Experten zügige Schritte gegen prekäre Beschäftigung und dass fällige Steuern endlich auch tatsächlich effektiv eingetrieben werden. Während die Reichen "da oben" immer reicher würden, seien acht Prozent der Bevölkerung "da unten" völlig abgehängt: Zwischen 16 und 20 Prozent "lebten" unterhalb der Armutsgrenze. Oh ja, nie waren so viele Menschen in Arbeit wie heute, toll, und noch nie waren so viele von ihnen trotzdem so arm, weil sie nämlich vermehrt lausig entlohnte Jobs verrichten und dann auch noch mit ALG II aufstocken müssen, statt vernünftig bezahlte Arbeitsplätze innezuhaben!

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach postuliert, wer Armut bekämpfen wolle, müsse vor allem den Arbeitsmarkt "aufräumen". Sie verlangt, dass der gesetzliche Mindestlohn nicht mit dem Argument der Vermeidung von Bürokratie unterhöhlt werden darf und dass prekäre Tätigkeiten wie Leiharbeit und der Missbrauch von Werkverträgen zurückgedrängt werden müssten. Der Gießener Politikwissenschaftler und Armutsforscher Ernst-Ulrich Huster warnte vor den Folgen mangelnder Armutsbekämpfung.

Obwohl wir nicht zum Beispiel in der Sahelzone leben, bestehe das konkrete Risiko, dass auch in Deutschland immer mehr junge Menschen ohne Hoffnung nachwachsen. Viele würden gar keine geregelte Beschäftigung kennen, in Kriminalität abrutschen oder sich durch Sucht gefährden. Buntenbach forderte auch wegen gestiegener Mieten gezielte Sozialleistungen für armutsgefährdete Kinder. Wichtig sei zudem die anstehende Neufestsetzung von steuerlichen Kinderfreibeträgen und Kindergeld. Sie betonte, der Staat solle beachten, dass alle Kind gleich viel wert seien.

Es sei ungerecht, reichere Eltern durch Freibeträge überproportional besserzustellen, und in Zeiten knapper Kassen überdies erst recht nicht vertretbar. Ja, der Staat unterschreibt zwar Kinderrechte, nimmt dann aber die Kinder von Erwerbslosen praktisch davon aus: Sie können eben nicht wirklich teilhaben und fühlen sich dadurch vom Staat als nicht ebenbürtig gesehen. Wieso gibt es noch immer ein Ehegattensplitting und noch immer kein Familiensplitting, von dem auch Alleinerziehende mit ihren Kindern profitieren könnten? Es darf ja wohl nicht sein, dass Alleinerziehende mit ihren Kindern wie Alleinstehende besteuert werden,

während ein kinderloses Ehepaar in den Genuss enormer Steuervergünstigungen kommt!

3. Das Projekt "Pro Pflege", bei dem Langzeitarbeitslose einen Einblick in die Altenpflege gewinnen sollten, muss als gescheitert betrachtet werden, weil das Jobcenter keine acht Erwerbslosen zur Teilnahme bewegen konnte. Da es in Bremen jedoch 23.400 Hartz-IV-Bezieher gebe, hagelt es nun Kritik für die Arbeitsvermittler. Auch bei den Partnern der "Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel" stoße das Aus auf totales Unverständnis: Da waren bereits Flyer gedruckt, Räume angemietet, Dozenten verpflichtet, Altenpflegeschulen auf mögliche Neuzugänge vorbereitet, Praktika organisiert und die Finanzierung gesichert worden.

Immerhin wird aber wohl auch wahrgenommen, dass sich nicht jede(r) für die Ausbildung als Pflegekraft eignet. Die Sprecherin des Jobcenters, Katrin Demedts, versichert, das Jobcenter in Bremen habe den Bedarf für die Altenpflege seit Jahren im Blick und unternehme große Anstrengungen, Erwerbslose für diese Aufgabe zu begeistern. Allerdings seien die Anforderungen an die Bewerber (Schulabschluss, Deutschkenntnisse, Gesundheitszustand) und die Rahmenbedingungen von Berufen in der Pflege (Arbeitszeit, Einkommen, Fluktuation) hoch und lösten kein sehr großes Interesse aus.

Wäre ich nicht schon in Lohn und Brot, so hätte das Jobcenter auch mich nicht anwerben können. Grundsätzlich interessiere ich mich sehr für soziale Arbeit mit sehr jungen bis sehr reifen Menschen. Aber alles, was vom Jobcenter kommt, würde bei mir nur auf großes Misstrauen stoßen. Ich hätte dann befürchtet, dass ich für immer auf eine bestimmte Tätigkeit festgelegt werden soll, wenn ich einmal den kleinen Finger in diese Richtung ausstrecke. Dann vermute ich, dass ohnehin nur zur Altenpflege helferin ausgebildet wird, was bei fast gleicher Anforderung und Schichtdienst noch viel schlechter bezahlt würde als ohnehin schon.

Wie wäre es mal mit fairem Gehalt und zumindest ansatzweise annehmbaren Arbeitsbedingungen? Ich persönlich lernte das Jobcenter als eine Behörde kennen, die mich zum Beispiel daran hinderte, mein Studium zu beenden, ohne im Gegenzug eine Stelle für mich zu haben. Ich erlebe es bei Bekannten, dass alle ihre Bestrebungen und Anstrengungen, ihre Situation als ältere Langzeiterwerbslose durch Zusatzqualifikationen und Ausbildungen zu verbessern, regelmäßig abgebügelt werden. Stattdessen sollen sie sich in massenhaften sinnlosen Bewerbungen und ebensolchen Maßnahmen üben.

4. Ist es nicht wundervoll? Deutschlands "bestes Jobcenter" liegt in Neumünster und wird für sein "bundesweit überragendes Integrationsergebnis" ausgezeichnet. Seit 2005 sei die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften um 5,5 Prozent, die der so erfassten Menschen sogar um sechs Prozent gesunken. Das derart gehuldigte Jobcenter dürfe sich kurze Bearbeitungszeiten und die geringsten Widerspruchsquoten im Norden auf seine Fahnen schreiben. In Neumünster werde sich Zeit für gute Beratung genommen. Mit der Satzung für Obergrenzen bei den

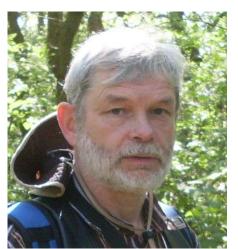
Kosten für Miete und Heizung sei Neumünster Vorreiter in Schleswig-Holstein gewesen. Die "Bildungskarte" habe die Stadt sogar bundesweit als "Pionier und Vorbild" bekannt gemacht.

Wahrlich toll! Sollte da etwa Selbstbeweihräucherndes durch das bestausgeklügelte Nichtmitzählen bestimmter Gruppen aus der so euphemisierten Arbeitslosenberechnung aufgelistet werden? Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Arbeitssuchenden für diese überaus löbliche Bewertung (natürlich nur tatsächlich anonym) für die Bewertung mit herangezogen worden sind. Kann es sich dann wirklich um eine repräsentative Bewertung handeln? Komisch, irgendwie fühle ich mich hier an die Propagandamaschinerie im "real existierenden Sozialismus" erinnert. Wann werden "Deutschlands beste Arbeitslose" ermittelt und gekürt?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Zusatzbeitrag wird von 0,9 auf 0,4 Prozent gesenkt: Aber nicht für ALG-II-Bezieher oder Menschen mit Behinderung (HKK-Rundschreiben)

Mein Opfer für die Meinungsfreiheit



Heute freue ich mich, wieder hier zu sein und mein Recht auf Redefreiheit nutzen zu dürfen. Das ist nicht überall auf der Welt so einfach möglich wie hier. Deshalb ist es sehr wichtig, dass es viele Mitbürger auch wahrnehmen, und so vorbeugen, dass es für immer möglich bleiben wird. Unter anderem will ich einen Beitrag leisten herauszufinden, wer hinter den Verbrechen in der Welt steht, und die Verursacher mit Namen nennen.

Ich möchte meine Meinung trotz Überwachung und möglicher Unterdrückung sagen und schreiben

dürfen, selbst auf die Gefahr hin, dass mich einige Leute vielleicht falsch verstehen. Das ist mein persönliches Risiko, und ich muss mich dazu selbst immer neu motivieren, alles so zu vermitteln, dass es keine Missverständnisse gibt. Doch es wird immer Menschen geben, die etwas nicht tolerieren, bewusst verdrehen oder falsch weitervermitteln.

Dagegen kann man sich auch durch Gesetze, Polizei oder Versicherungen nicht schützen, wie zum Beispiel die Morde in Paris zeigen. Dem französischen Schriftsteller Voltaire (1694–1778) wird häufig der Satz zugeschrieben: "Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst." Das ist für mich nicht akzeptabel. Deshalb kann ich mich

nicht mit Helden solidarisieren, die sich dafür opfern, dass ich meine Meinung frei äußern kann, in jeder beliebigen Form.

Das ist mir zu viel. Ich möchte nicht, dass sich jemand für mich und meine Redefreiheit in Gefahr begibt, sich sogar umbringen lässt. Das möchte ich schon selbst machen. Wenn jeder einzelne Mensch selbst seine Meinungsfreiheit wahrnimmt und sich selbst um seine Freiheit kümmert, brauchen wir keine Helden mehr, die sich für uns hinrichten lassen. Es ist für mich ein Widerspruch, größtmögliche Freiheit für alle zu fordern, und wenige beteiligen sich daran.

Jeder sollte selbst verantworten, was er für seine Freiheit opfern will. Doch ich habe Hilfe, auch wenn es momentan wenige Gleichgesinnte gibt, die zum Teil seit vielen Jahren Montag für Montag bei jedem Wetter hier dabei sind. Nur jeder für sich selbst kann sich daran beteiligen und seinen persönlichen Beitrag leisten. Gehen wir also weiterhin gemeinsam und zahlreich auf die Straßen und Plätze der Welt, um mitzuteilen, was wir wollen!

Helmut Minkus (parteilos)

Regierung bricht höchstes Richterrecht: "Nach den vom Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Urteil aufgestellten Maßstäben dürfte der erkennende Senat damit die Grenzen einer zulässigen verfassungskonformen Auslegung überschritten haben" (BMAS)

"Vielgewandter Mann": Den Deutschen dämmert langsam, wie wacker sich die griechische Linksregierung im Streit mit den Eurostaaten geschlagen hat ("Spiegel-Online")

"Rettet den Kapitalismus vor sich selbst": "Marxistischer Humanismus ist ein ständiger Kampf gegen das, was wir werden" (Yanis Varoufakis)

Mit Maschinenpistolen vor der Bürgerschaft: Polizei warnt vor gewaltbereiten Islamisten in Bremen ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

510. Bremer Montagsdemo am 02. 03. 2015

Da soll bloß niemand kommen und behaupten, der Kapitalismus mache uns depressiv!



1. Einer aktuellen Studie der University of Stirling zufolge ist der durch Arbeitslosigkeit verursachte psychische Schaden größer als bisher angenommen, weil nicht nur das persönliche Wohlbefinden unter der Arbeitslosigkeit leide, sondern sich auch der Persönlichkeitskern ungünstig verändere. Obwohl die Persönlichkeitsstruktur seit jeher als konstant betrachtet werde, fanden die Forscher nun heraus, dass sich bei Menschen, die Er-

fahrungen mit Arbeitslosigkeit machten, Pflichtbewusstsein, Verständnis gegenüber anderen und Offenheit stark reduzierten. Erwerbslose agierten weniger rücksichtsvoll und verständnisvoll, und zwar immer mehr und häufiger, je länger die Arbeitslosigkeit anhalte.

Die gestesteten Probanden mussten für die Erstellung der Studie zwei Persönlichkeitstests ausfüllen: einen, als noch alle in Beschäftigung waren, den zweiten vier Jahre später, als einige Teilnehmer noch immer in Lohn und Brot standen, doch andere inzwischen erwerbslos waren. Jene mit der längsten Zeit ohne Beschäftigung seien am stärksten von Persönlichkeitsveränderung betroffen gewesen. Daraus folgerten die Forscher, dass die Effekte von Arbeitslosigkeit nicht nur eine ökonomische Komponente haben, sondern Erwerbslose ungerechterweise für ihre Persönlichkeitsveränderungen stigmatisiert werden. Hier wird der Politik eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft eingeräumt, weil sie dafür Sorge tragen muss, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten und den Arbeitslosen große Unterstützung zukommen zu lassen.

"Bild" wurde demnach zu Unrecht beschuldigt, sogar an Hetze gegen Erwerbslose mitzuwirken! Was kann die Zeitung dafür, wenn sie nur Verhaltenswei-

sen beschreibt und nicht etwa stigmatisiert, weil die Arbeitslosen diese schließlich an den Tag legen, da sich ihre Persönlichkeit einfach durch die Erwerbslosigkeit verändert? Selbstverständlich darf auch den Mitarbeitern bei den Jobcentern keinerlei Vorwurf gemacht werden, dass sie ihre "Kunden" durch hohe Dichte bei den Vorladungen, nein: Einladungen demotivieren und sie zu oft in Kurse schicken, die sie nicht fördern. Nein, Jobcentermitarbeiter können sich unmöglich weniger rücksichtsvoll und verständnisvoll verhalten oder gar eine Verfolgungsbetreuung ausleben, da sie ja eine Arbeit haben!

Wir können davon ausgehen, dass "ora et labora" als leuchtend hehres Ziel für alle Menschen gelten muss, da wir nun gelernt haben, dass die Erwerbstätigkeit automatisch alle Menschen, die daran partizipieren dürfen, zu besseren, rücksichtsvolleren und verständnisvollen Menschen zu formen in der Lage ist. Ja, wir können uns wahrlich aus ganzem Herzen über jeden Erwerbstätigen freuen, der es schafft, sich diese lobenswerten Eigenschaften möglichst lange als Persönlichkeitsmerkmale zu erhalten! Wie gut, dass die Eliten aus Wirtschaft und Politik so ein gutes und herzallerliebst weiches soziales Herz haben, dass sie alles dran setzen, die Arbeit so arbeitnehmerfreundlich wie möglich zu gestalten, damit nicht etwa jemand auf die Idee kommen könne, sich als Beschäftigte gegenseitig zu belauern, gar gegeneinander zu agieren oder sich hinterlistig zu verhalten!

2. Da soll bloß niemand kommen und behaupten, der Kapitalismus mache uns depressiv! Wer so etwas behauptet, hat den Sinn dieser Studie einfach noch nicht richtig verstanden. Selbst wenn Ärzte heute häufiger psychische Störungen diagnostizieren, so hat sich lediglich die ärztliche Praxis verändert und nicht etwa die Gesundheit der Menschen. Allein die öffentliche Aufmerksamkeit für einzelne Krankheitsbilder könne ihr tatsächliches oder vermeintliches Auftreten beeinflussen, so wie bei der Modediagnose Burnout, die einige Jahre Schlagzeilen gemacht hat und nun ebenso wieder aus der Mode zu kommen scheint wie die dazugehörigen Krankschreibungen.

Wenn Befindlichkeitsstörungen in Krankheiten umetikettiert werden und es durch eine größere Versorgungsdichte zu einer ebensolchen Diagnosehäufigkeit kommt, kann kaum die Rede davon sein, dass die Menschen tatsächlich kränker geworden seien. Das Leben in den heutigen Gesellschaften scheint lediglich in mancher Hinsicht anstrengender geworden zu sein, wenn manche soziale "Stressoren" zunehmen. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, dass die individuellen Kompetenzen und sozialen Ressourcen für Stressbewältigung und Problemlösung ebenso zunehmen. Wir wollen doch wohl kaum bedauern, dass die moderne Arbeitswelt zunehmend komplex geworden ist und mehr Selbstverantwortung, Eigeninitiative, Teamfähigkeit und Kommunikationskompetenz verlangt!

3. Das Meinungsforschungsinstitut "Emnid" hat herausgefunden, dass mehr als zwei Drittel der Deutschen nicht daran glauben, ihre staatliche Rente werde im Alter zum Leben reichen. Unter den 30- bis 39-Jährigen seien es sogar 93 Pro-

zent. Das scheint offenbar keine Frage des Glaubens zu sein, sondern eine von nackten Zahlen. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte, es sei kein gottgegebenes Schicksal, wenn die Renten so in den Keller gingen und die Gefahr von Altersarmut steige, denn es gebe machbare Alternativen, um heute die Renten von morgen zu sichern. Dazu gehöre vor allem, dass das Rentenniveau nicht weiter so absinke, wie es die Politik beschlossen habe.

Es gebe schließlich noch gut gefüllte Rücklagen in der Rentenversicherung, die für die nötige Demografiereserve und für Leistungsverbesserungen genutzt werden müssten. Die Lawine der Altersarmut rollt: Es kommen nicht "bloß" Langzeiterwerbslose ins Rentenalter, auch das Rentenniveau soll bis 2030 auf 43 Prozent absinken. Der Geschäftsführer des "Paritätischen Sozialverbandes", Ulrich Schneider, warnt, Erzieherinnen oder Pflegekräfte hätten keine Chance hätten, 2020 eine Rente zu bekommen, die über der Grundsicherung liege. Er fordert eine Abkehr von der Politik der Beitragssatzstabilität hin zu einer Politik der Absicherung des Lebensstandards.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"



Bremer Demonstration am Frauentag 2012

Am 8. März gemeinsam auf die Straße!

Mit einer bunten **Demonstration** und Kundgebung wird die "Stadtfrauenkonferenz Bremen" am **Sonntag**, dem **8. März 2015**, ein Zeichen setzen. Der 104. Internationale **Frauentag** ist heute so aktuell wie eh und je: Frauen und Mädchen stehen auf der ganzen Welt in den ersten Reihen, um für ihre Rechte und eine bessere Gesellschaft zu kämpfen! Es gibt Lieder, Theater, Kurzreden, Tänze – jede(r) ist herzlich willkommen! Auftakt um **14 Uhr** auf dem **Ziegenmarkt**. Die Abschlusskundgebung findet ab **15 Uhr** auf dem **Domshof** statt.



Armut in Deutschland ist vor allem jung und weiblich. Der neue "Armutsbericht 2014" deckt auf, dass im viertreichsten Land der Welt die Massenarmut weiter zunimmt. Besonders betroffen sind Frauen: "Das höchste Armutsrisiko von allen Haushalten zeigen nach dieser Studie Alleinerziehende mit 43 Prozent", so Hartmut Kaczmarek, Pressesprecher des "Paritätischen Wohlfahrtsverbands in Thüringen".

Und 90 Prozent der armutsbedrohten Alleinerziehenden sind Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Männer und Frauen liegt immer noch bei 22 Prozent. Die sogenannte Gleichberechtigung steht auf dem Papier und hat nichts mit der Realität zu tun. So haben Frauen im Schnitt 59,6 Prozent weniger Rente als Männer. Minijobs werden vor allem von Frauen ausgeübt, obwohl der größere Teil gern eine Vollzeitstelle hätte.

Lohndumping, unzumutbarer Stress und eingeschränkte Rechte treffen Millionen berufstätiger Frauen. Gleichzeitig müssen sie auf ihren Schultern oft die Hauptverantwortung für Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege der Angehörigen tragen. Die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Masse der Frauen zu beseitigen und die Befreiung der Frau zu erkämpfen – das braucht auch die solidarische Mitwirkung der Männer! Deshalb lade ich euch heute zur Demonstration am Internationalen Frauentag ein und hoffe, ihr kommt zahlreich!

Bei der Abschlusskundgebung wird der "Frauenverband Courage" eine Aktion "Nein! Stopp Sexismus!" durchführen, um ein lautstarkes Zeichen gegen Sexismus zu setzen. Die iranischen Frauen wollen die aktuelle Unterdrückung der Frauen weltweit, im Nahen Osten und im Iran zeigen und ihre dazugehörigen Lösungen präsentieren. Die kurdischen Frauen in Rojava stehen an vorderster Front beim Sieg über die IS-Faschisten. Das ist eine große Hoffnung für alle Unterdrückten auf der Welt. Es ist ein bedeutender Schritt im Kampf für Geschlechter-

gerechtigkeit, Frauenförderung, Demokratie und Freiheit. Unsere Unterstützung und Solidarität ist gefordert!

Harald Braun

Für die Statistik zählt nur der kurzfristige Vermittlungserfolg

1. Die Deputation für Soziales tagt am Donnerstag, dem 5. März 2015, ab 14:30 Uhr in der Bremischen Bürgerschaft, Sitzungsraum II, Am Markt 20. Über die Punkte der Tagesordnungen für die Stadt und das Land ist ein Zugriff auf die Vorlagen möglich. Interessant sind die Abweichung zur Planung und der Stand der Joboffensive, der Produktkontrollring der Sozialleistungen und vieles mehr.



Im Tagesprotokoll der vorherigen Sitzung für die Stadt Bremen ist unter Punkt 6 nachzulesen, dass eine siebenköpfige Familie nur Unterstützung erhält, wenn sie sich selbst auf den Weg macht. Sind das Menschen, die sich beim SGB II und SGB XII genau auskennen? Das Sozialamt hat doch die Pflicht, bei Notlagen zu ermitteln und Unterstürzung anzubieten! Hat im Sozialamt niemand den "Weser-Kurier" gelesen? Hat die SWB diese Familie über die Möglichkeiten beraten? Wieso will die SWB ihre Forderung nur per Kontoauszug auflisten und vorher über 40 Euro plus Anerkenntniserklärung verlangen?

Jeder Kaufmann muss seine Forderung kostenlos spezifizieren. Die SWB hat für einen Kontoauszug diesen Betrag von über 40 Euro ertrotzt, nur ist er keine Begründung der verlangten Summe. Die SWB hat keine Ordnung in ihren Büchern: Erst einmal kassieren und danach plötzlich eine weitere Forderung stellen – und dies nicht nur einmal! Das Wasser blieb abgestellt, die SWB hat zum Runden Tisch eingeladen und wollte Lösungen erarbeiten, aus Erfahrung lernen. Wie kann unter solchen Vorsätzen so etwas passieren, oder gibt es keine guten Vorsätze bei der SWB? Für die SWB ist jede Versorgungsunterbrechung mit einer Ertragssteigerung verbunden!

Dass Bremen dem nicht entschlossen entgegentreten will, entnehme ich der Antwort der Senatorin für Soziales. Man kann auch helfen, ohne den Datenschutz zu verletzen! Ich hoffe, ich werte die Antwort falsch: Sicher hat die Sozialbehörde die SWB gebeten, der Familie die Hilfemöglichkeiten plus Ansprechpartner, eventuell sogar bei der Senatorin für Soziales mitzuteilen, persönlich und mit Erläuterung der Lösungen, denn so sieht der Senat die SWB in seiner Antwort auf die

Anfrage der Fraktion "Die Linke" zur Wassersperre, siehe 496. Bremer Montagsdemonstration.

2. Der "Paritätische Wohlfahrtsverband" hat den neuen Reichtumsatlas vorgestellt. Die Armut ist explodiert. "Bremen rutscht immer weiter ab", titelte selbst der "Weser-Kurier" am 20. Februar 2015: "Bremen bleibt mit jetzt noch größerem Abstand Schlusslicht. Hier stieg die Armut mehr als doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt, zuletzt auf 24,6 Prozent im Jahr 2013." Im Netz ist dieser Artikel verschwunden. Der "Paritätische" sieht die "zerklüftete Republik". Der Bremer Bürgermeister hat im Januar den "Armuts- und Reichtumsbericht" als Entwurf vorgestellt, nachzulesen bei der 504. Bremer Montagsdemonstration unter Punkt 2 meines Beitrags. Der Bürgermeister wird wohl noch einiges ergänzen und nachtragen müssen!

Der Senat der Freien Hansestadt hat am 20. Januar 2015 auf die Anfrage der Fraktion "Die Linke" zur Altersarmut in Bremen und Bremerhaven geantwortet. Insbesondere die Antwort auf Frage 11 hat es mir angetan. Der Senat hat die Nachteile einfach plattgemacht: Kein Buchstabe zu den Zwangsverrentungen durch das Jobcenter und die Probleme, wenn die Rente niedriger ist als der Leistungsbetrag gemäß SGB II. Wenn der Zwangsrentner dann auch noch gesund ist, muss er sich und die für ihn eventuell Unterhaltspflichtigen mit dem 3. Kapitel des SGB XII vertraut machen, siehe 503. Bremer Montagsdemonstration.

Der Senat antwortet auf Seite 15: "Der Senat sieht gegenwärtig keine Veranlassung, auf Bundesebene eine Änderung der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der vorgezogenen Altersrente mit Abschlägen für Bezieher(innen) von Leistungen nach SGB II zu erwirken. Ein erleichterter abschlagsfreier Zugang zur Erwerbsbehinderte wird derzeit ebenfalls nicht angestrebt." Ist damit wirklich die Frage 11d "Zwangsverrentung durch das Jobcenter" beantwortet? Hat der Senat die Frage gar nicht verstanden oder verstehen wollen?

Der "Paritätische" hat unter anderem auf Seite 1 unten festgestellt: "Bedrohlich zugenommen hat in den letzten Jahren die Altersarmut, insbesondere unter Rentnerinnen und Rentnern. Deren Armutsquote liegt mit 15,2 Prozent zwar noch unter dem Durchschnitt, ist jedoch seit 2006 überproportional, und zwar viermal so stark, gewachsen. Keine andere Bevölkerungsgruppe zeigt eine rasantere Armutsentwicklung."

Der Senat der Freien Hansestadt beschreibt den Niedergang der Rentenleistung treffend, aber unvollständig. Nicht nur bei der Bewilligung der Rente wurde die Lebensleistung kleingerechnet. Jede Rentenerhöhung fällt geringer aus, doch der Senat will nicht aktiv werden, um eine Änderung zu erreichen. Die rentenversicherungspflichtig Tätigen werden so um die Früchte ihrer Lebensleistung gebracht, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

3. Der "Bremen-Pass" wurde in der vorherigen Deputationssitzung vorgestellt, die Umtauschaktion läuft. Die Vorlage für den Senatsbeschluss besiegelt die Zusam-

menführung von "Blauer" und "Grüner Karte". Ein Ausbau der Vergünstigungen wird angestrebt. Hinsichtlich der Möglichkeiten gelten die bisherigen Rahmenbedingungen: Anspruchsberechtigt sind alle Sozialleistungsempfänger. Wie mit dem "Bremen-Pass" eine Theaterkarte zu ergattern ist, steht auf Seite 4. Umgetauscht beziehungsweise ausgestellt wird der "Bremen-Pass" von den Erbringern der Sozialleistungen.

Die "Blaue Karte" war der Berechtigungsnachweis gemäß dem Programm zur Bildung und **Teilhabe**. Die Zahl der ausgestellten "Blauen Karten" ist mit circa 2.500 wie befürchtet niedrig. Auf Seite 2 der Senatsvorlage steht: "Der Begünstigtenkreis des Kulturtickets ('Grüne Karte') wird durch den 'Bremen-Pass' um etwa 2.500 Anspruchsberechtigte erweitert, die bisher zusätzlich die 'Blaue Karte' erhalten können". Auf Seite 3: "Im laufenden Jahr 2014 wurden 68.000 'Blaue Karten' für die Ausgabe beim Jobcenter Bremen und den sechs Sozialzentren gedruckt". Damit ist das Vermutete klar: 68.000 "Blaue Karten" wurden gedruckt, aber nur 2.500 aktuell ausgestellt. An Berechtigten mangelt es nicht, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

4. Noch ein paar Bremer "Kleinigkeiten". Die erwogenen oder nur hergeschriebenen Straßenbahnen sind nunmehr doppelt so teuer und 35 cm breiter. Das soll nur für die Werkstatthallen ein Problem sein. Die Strecke nach Lilienthal ist aber sehr schmal. Im vorigen Abschnitt wurde sogar erwogen, die Strecke aus Platzgründen ohne Gegenverkehr zu betreiben. Sollen auch hier alle Probleme unter der Decke bleiben und erst hervorkommen, wenn die Fakten unumkehrbar sind?

Bei den jetzigen Bahnen ist bereits der Verschleiß zu kurzfristig eingetreten. Vorgeschlagen wurde im "Weser-Kurier" jetzt eine **Privatisierung** der Bremer Straßenbahn, nur hat keine Privatisierung jemals zu einem Vorteil für die Bürger und die Staatkasse geführt. Die Verträge sollen spätestens 2019 abgeschlossen werden. Was nicht im Artikel stand: Das ist das Jahr vor der totalen Schuldenbremse.

Bei den Stühlen für die Abgeordneten hat der "Weser-Kurier" verschiedene Modell vorgestellt und kommentiert. In dem Artikel fehlte wiederum der Bezug zum Teppichboden. Scheinbar wird dies insgesamt vernachlässig, obwohl jeder, der ein Büro neu einrichtet, die Wechselwirkung berücksichtigt. Interessant ist, dass mit vielen Buchstaben nur von den Wünschen der Abgeordneten geschrieben wird. Es fehlen die Namen!

Die Universität Bremen hat die Kürzungen akzeptiert. Es werden jetzt Entscheidungen getroffen, die ihr nachhaltig schaden. Dieser Zwang der Schuldenbremse wirkt wie die Sparprogramme in Griechenland: einfach verheerend!

5. Das Jobcenter sollte Interessenten für eine Information über die Ausbildung zum Altenpfleger finden, aber es ist nicht gelungen, acht Interessenten zu benennen. Die Schuldzuweisungen waren hanebüchen: Die Fallmanager wurden als unfähig, die Erwerbslosen als unwillig beschimpft. Die Aktion lief ein Jahr. Die

Fallmanager wurden geschult. Nun kommt der schlauer gewordene Fallmanager zurück an seinen Schreibtisch. Der erste Kunde könnte das. Die richtige Einstellung hat der Erwerbslose im Gespräch verdeutlicht.

Jetzt könnte der Fallmanager diesen Erwerbslosen für die Informationsveranstaltung zum Altenpfleger vormerken. Er tut es aber nicht, erzählt dem Erwerbslosen nichts von dieser Möglichkeit: Der soll sich kurzfristig und voller Schwung jetzt bewerben. Der Fallmanager hätte diesen Kunden sonst für zwölf Monate in seiner Statistik, als Zielgefährdung bei der Erreichung der Vorgaben. Diese Entscheidung hat jeder Fallmanager so gefällt. Erst kurz vor dem Start sieht es anders aus: Der Erwerbslose würde möglichst umgehend die Informationsveranstaltung beginnen und *jetzt* aus der Statistik des Fallmanagers verschwinden. Ein Vermittlungserfolg! Nur in diesem kurzen Zeitraum kann gezielt für diese Informationsveranstaltung eingeladen werden.

Womit soll der Fallmanager locken? Eine Informationsveranstaltung ohne Bezahlung, eine eventuelle Ausbildung, und noch immer auf die Leistungen des Jobcenters angewiesen sein? Aus dem Leistungsbezug herauszukommen, ist der Wunsch jedes Erwerbslosen. Außerdem erschlägt die Teilnahme an einer Maßnahme auch Förderansprüche. Weder die Erwerbslosen noch die Fallmanager haben versagt. Die Führung des Jobcenters hätte diese Aktion so nicht zulassen dürfen, denn der Ausgang war vorhersehbar für einen, der sich auskennt!

Wie der Arbeitsalltag und die Bezahlung aussehen, siehe Elisabeths Beitrag für die vorherige Bremer Montagsdemonstration. Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

"Keine konkrete Anschlagsgefahr": Aber die Polizei stiefelt schon mal durch den Gebetsraum ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

511. Bremer Montagsdemo am 09. 03. 2015

Jobwunder heißt es, wenn zu wenige Langzeitarbeitslose Jobs finden



1. Das Kindergeld, das im Moment monatlich 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 für das dritte und 215 Euro für jedes weitere Kind beträgt, soll in diesem Jahr um vier Euro aufgestockt werden und im nächsten um weitere zwei. Auch der Kinderfreibetrag soll erhöht werden. Dass sich der Gesetzgeber nicht zu blöd dabei vorkommt, den ungeheuer "üppigen" Zuschlag auch noch in mehreren Stufen durchführen zu wollen!

Weil die Bundesregierung unlängst in ihrem Bericht über das steuerfrei zu stellende Existenzmini-

mum festgestellt hat, dass die Anpassung verfassungsrechtlich zwingend geboten sei und sie nicht zu viel auf einmal, sprich: mehr als mindestens nötig bescheren will? Vom Freibetrag profitieren höher verdienende Eltern, und die müssen natürlich deutlich besser gestellt werden und bleiben. Deswegen wird der derzeitige jährliche Freibetrag zur Sicherung des Existenzminimums der Kinder von derzeit 4.368 Euro im Jahr erst auf 4.512 und dann 4.608 Euro steigen.

Hinzu kommt jeweils noch der Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung der Kinder von 2.640 Euro. Finanziell schlechter gestellten Eltern wird auch noch ihre soziale Kompetenz abgesprochen, indem sie im gleichen Atemzug zu "sozial Schwachen" degradiert werden. Selbst von dieser minimalen, den Namen kaum verdienenden "Erhöhung" bleiben paradoxerweise finanziell Schwächere, die Ärmsten der Armen, jene, die es eigentlich betrifft, also auch ALG-II-Beziehende, wie immer komplett ausgeschlossen.

2. Bundesagentur-Vorstandschef Frank-Jürgen Weise kritisiert, es gehöre zu den Schattenseiten des deutschen "Jobwunders", dass zu wenig Langzeitarbeitslose einen Job gefunden hätten. Er bemängelt, dass wir mehr als 200.000 Menschen hätten, die seit zehn Jahren in Hartz IV seien und nie gearbeitet hätten. Er sei der Auffassung, hier könne ein subventionierter **Arbeitsmarkt** Sinn ergeben, weil es

besser sei, diesen Menschen Arbeit zu geben, als sie auf Dauer in der Arbeitslosigkeit zu belassen. Dieses Vorhaben bezeichnet er als "sozialen Arbeitsmarkt".

Ich glaube, das deutsche "Jobwunder" kann eigentlich nur in dem Geheimnis bestehen, woher die ganzen Jobs gekommen sind, beziehungsweise wo sich diese bisher versteckt hielten. Nie waren so viele Menschen in "Arbeit"; schließlich wird alles als Job gezählt, was nur ein paar Stunden in der Woche ausmacht und wovon niemand leben kann. Ein subventionierter Arbeitsmarkt wird wie immer auf dem Rücken von in Dumpinglohn und Zeitarbeit genötigten Menschen ausgetragen werden und natürlich – was wohl sonst – dazu beitragen, dass noch mehr Menschen aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden. Darum und um nichts anderes geht es doch!

3. Immer mehr Frauen arbeiten immer weniger in Vollzeitjobs, die Zahl der vollzeitbeschäftigten zwischen 2001 und 2014 um knapp eine Million auf 7,5 Millionen zurück. Die immer öfter in Teilzeit arbeitenden Frauen waren dann auch noch oft im Niedriglohnsektor beschäftigt. 700.000 Frauen müssen ihr karges Einkommen mit Hartz IV aufstocken. Die Linkspartei warnt jetzt, dass diese Entwicklung Frauen trotz Job in die Armut treibt.

Obwohl die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 2001 um 1,7 Millionen anstieg und ihre Erwerbsquote von 63 auf 72,4 Prozent zunahm, fiel gleichzeitig die Vollzeitquote von 55 im Jahr 2001 auf 40 Prozent 2014 zurück. Nicht nur Linken-Fraktionsvize Sabine Zimmermann findet es nicht hinnehmbar, dass Frauen häufig in schlechter bezahlten Arbeitsverhältnissen landen: Sie sind eben nicht Arbeitnehmer zweiter Klasse!

Am Sonntag fand nun bei wunderschönem Frühlingssonnenschein der Internationale Frauentag statt. Wieso muss der eigentlich noch immer jedes Jahr dringend zur Erinnerung stattfinden, wenn doch schon 1949 ins Deutsche Grundgesetz geschrieben wurde, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien? Auch wenn in Deutschland Frauen Auto fahren dürfen, nicht genital verstümmelt werden und seit 1977 nicht mehr den Ehemann um Erlaubnis fragen müssen, ob sie erwerbstätig sein dürfen, hat sich die Gleichberechtigung noch lange nicht wirklich durchgesetzt. Leider sind (viele) Männer bis heute – auf dem Rücken der Frauen – "ein bisschen sehr viel gleicher" geblieben.

Junge Frauen denken ja oft, sie seien gleichberechtigt, weil sie in einer gleichberechtigten Beziehung leben – bis zu dem Zeitpunkt, wenn ein Babylein nicht nur das Leben der jungen Eltern versüßt, sondern notgedrungen auch meist die alte Rollenverteilung einführt. Wir Frauen verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Darüber könnten wir fast noch lachen, wenn ich daran denke, dass Frauen ganze 60 Prozent weniger Rente als Männer bekommen und eine weibliche Altersarmut damit vorprogrammiert ist! Es ist nicht so, dass Politiker das nicht wüssten. Also muss ich davon ausgehen, dass sie es billigend in kauf nehmen.

Wenn als Grund für dieses Ungleichgewicht oft Verzicht auf Vollerwerb zugunsten von Erziehung oder Pflege genannt wird, dann kann mit unserem Rentensystem etwas von Grund auf nicht stimmen. Arbeit ist Arbeit, egal ob sie an Familienmitgliedern geleistet wird oder als Erwerbsarbeit im sozialen Bereich! Grundsätzlich scheint soziale Arbeit immer schlechter bezahlt zu werden als zum Beispiel technische.

Gerade in den westlichen Teilen Deutschlands gab es erheblich schlechtere Möglichkeiten für Mütter zur Kinderbetreuung als im Osten. Unsere Gesellschaft würde ohne die unentgeltliche Arbeit von Frauen, Müttern, Töchtern, Ehefrauen, Schwiegertöchtern, Omas und Schwestern gar nicht funktionieren. Ist das, was "nichts kostet", auch nichts wert? Immer mehr begüterte Familien lassen sich eine Frau "aus dem Ostblock" kommen, die bei dem älteren Familienmitglied einzieht und es versorgt, wenn Familienangehörige selbst erwerbstätig sind. Wehe, wer sich das nicht leisten kann!

Nicht nur Pflege und Betreuung von Familienmitgliedern und die ungleich schlechtere Bezahlung von Frauen schmälert die Rente erheblich, sondern auch die von der Bundesregierung beschlossene Minderung der Rente auf 42 Prozent des Nettoeinkommens ab 2030. Das betrifft alle, aber es werden die Dumpinglöhner – also vor allem Frauen – sein, die dann von dem Nichts, was sie verdienten, nur noch 43 Prozent bekommen, auch wegen ihrer Ausfallzeiten für den unbezahlten Familiendienst.

Solange Frauen als Prostituierte wie Waren gekauft werden können, mit "Flatrate-Sex" besonders missbraucht, werden sie kaum die gleiche Wertschätzung wie Männer erfahren. Auch und gerade mit den neuen "Bordellgesetzen" scheint Deutschland das Bordell Europas zu bleiben. Dabei sind wir doch alle Menschen! Ich erwarte, dass wir alle als solche behandelt werden und uns behandeln, egal welches Geschlecht wir haben, und natürlich für unsere Erwerbsund Reproduktionsarbeit in der Familie ebenso bezahlt werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Fukushima mahnt uns: Sofort alle Atomkraftwerke weltweit stilllegen!

Erneut ist aus einem Leck in den AKW-Ruinen in Fukushima hochgradig strahlendes Wasser in den Pazifik gelangt. Der Austritt von radioaktiv belasteter Flüssigkeit in den Ozean oder in das Grundwasser findet ständig und unbemerkt statt. Die Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima werden inzwischen dank einer koordinierten Medienzensur gegenüber der Weltöffentlichkeit weitgehend totgeschwiegen. Das steht im Kontrast zur tatsächlichen Lage.

Die Atomkatastrophe von Fukushima ist alles andere als "im Griff". Zwar ist es inzwischen offenbar gelungen, mehr als 1.300 abgebrannte Brennstäbe aus einem Abklingbecken im Gebäude von Reaktorblock vier zu bergen. Das ändert aber nichts an den weitgehend unkontrollierten Kernschmelzen in den Reaktoren eins bis drei. Die Brennstäbe sind dort vermutlich zu Hunderten geschmolzen und haben sich mit dem Stahl und Beton der Reaktorschutzhülle zu einer hoch radioaktiven Masse verbunden.



Die Folge ist eine schleichende radioaktive Verseuchung von Mensch und Umwelt über Jahrhunderte hinweg. Selbst die internationale Atomenergie-Behörde IAEA rechnet mit Stilllegung und Rückbau der zerstörten Reaktoren erst in drei bis vier Jahrzehnten. Niemand weiß, wohin mit den strahlenden Atomruinen in Fukushima, wohin mit den Millionen Litern radioaktiv verstrahlten Wassers in den Auffangbehältern oder den Millionen Tonnen abgetragenen verseuchten Erdreichs und Laubs. Diese lagern in teils schon geschädigten Plastiksäcken immer noch auf Privat- und Gemeindegrundstücken.

Das Herunterspielen der tödlichen Gefahren der Atomkraft und ihrer Unbeherrschbarkeit hat System: Weder aus Macht- noch aus Profitgründen will das internationale Finanzkapital auf die Atomkraft verzichten. Die neue EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker hat die weitere Förderung der Atomenergie in ihr Programm geschrieben. Die Bundesregierung schreibt ihre Atomkooperation mit Brasilien ausdrücklich fort. China ist inzwischen Weltmarktführer beim Bau von Atomkraftwerken und investiert 345 Milliarden US-Dollar in rund 130 neue Anlagen bis 2040. Weltweit sind gegenwärtig 557 neue AKWs geplant!

Es ist Bestandteil des umweltpolitischen "Rollbacks" der Regierungen und Konzerne, die Atomkraft als "Zukunftstechnologie" anzupreisen, mit der auf den "Klimawandel" reagiert werden könne. Tatsächlich sind es die gleichen Konzerne, die hauptverantwortlich für den Anstieg des Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre sind, gleichzeitig die Umstellung auf erneuerbare Energien unterlaufen und dann noch die Atomkraft als "Alternative" verkaufen wollen. Lesenswert ist dazu auch das Kapitel "Die unverantwortliche Nutzung der Atomenergie" in dem Buch "Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?".

In den USA sind Experimente mit einem als "schmelzsicher" bezeichneten Reaktor geplant, der Schmelzsalz als Kühlmittel benutzt. Statt mit zweifelhaften und riskanten Methoden zu versuchen, die unbeherrschbare Energiegewinnung aus Atomkraft zu retten, gehört sie weltweit abgeschafft! Dazu muss der aktive Widerstand verstärkt und international koordiniert und als Teil des Kampfes gegen den beschleunigten Übergang in eine globale Umweltkatastrophe geführt werden.

Die Einheit von Mensch und Natur ist in akuter Gefahr. Retten wir gemeinsam die Erde vor dem Kollaps!

Dafür setzt sich auch die neugegründete Umweltgewerkschaft ein. Sie ist nicht einfach nur eine weitere Umweltorganisation, sondern wirklich etwas Neues: Sie bietet allen, die die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht länger hinnehmen wollen, die Chance, dies gemeinsam zu verhindern. Sie sucht die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und -initiativen und sieht sich nicht als Konkurrenz zu ihnen. Sie fördert den engen Schulterschluss von Arbeiter-, Frauen- und Umweltbewegung. Die Umweltgewerkschaft stellt sich am Freitag, 20. März 2015, um 18 Uhr im Bremer Überseemuseum vor. Es gibt einen Vortrag mit Diskussion, Kultur und ein kleines Buffet mit der Möglichkeit zum Kennenlernen, Austauschen und Mitgliedwerden.

Harald Braun



Erfolglose "Joboffensive" soll über 2015 hinaus beibehalten werden

1. Am Wochenende war der Weltfrauentag. Abgehakt? Nein! Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Lange her! Überholt? Nein! Der WDR hat zur Einstimmung auf diesen Tag den Film "Sternstunde ihres Lebens" wiederholt. Er wird wie folgt beschrieben:

"Bonn 1948. Die Abgeordnete und Juristin Elisabeth Selbert kämpft unermüdlich für die Aufnahme des Satzes 'Männer und Frauen sind gleichberechtigt' in das Grundgesetz der zukünftigen Bundesrepublik Deutschland. Trotz der vielen Widerstände, die sie während der Sitzungen im Parlamentarischen Rat immer wieder zu spüren bekommt, gibt sie nicht auf und hält hartnäckig an ihrem Vorhaben fest. Nicht nur ihre Kolleginnen aus dem Parlament, selbst ihre Sekretärin Irma steht Elisabeth Selbert zunächst skeptisch gegenüber; sie versteht nicht, wie wichtig die Ziele sind, die Elisabeth Selbert durchzusetzen versucht.

Erst eine gescheiterte Affäre mit einem Abgeordneten und die Schicksale anderer Frauen öffnen der jungen Sekretärin die Augen. Langsam nähern sich die ungleichen Frauen an. Als sie schließlich gemeinsam eine landesweite Kampagne für den Gleichberechtigungssatz erfolgreich realisieren, ziehen sie endlich an einem Strang und mit ihnen Tausende Frauen, die ihren erbitterten Kampf um Gleichberechtigung unterstützen. Frau Selbert erlebt einen grandiosen Triumph, als ihr Antrag im neuen Grundgesetz unter Artikel 3, Absatz 2 aufgenommen wird. Sie legt damit den Grundstein für eine nunmehr 65-jährige politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung zum Thema Gleichberechtigung."

Die erwähnten "Tausenden Frauen" haben zum Stift gegriffen und per Post mitgeteilt: Wir wollen die Gleichberechtigung von Mann und Frau! Erst diese Flut von Briefen und Karten hat die Intrigen gegen die Gleichstellung von Mann und Frau verstummen lassen. Der Film zeigt auch auf, wie und wo Frauen benachteiligt wurden. Sehenswert! Die Verlesung des Grundgesetzes erfolgte am 23. Mai 1949, doch leider wurde erst am 1. Juli 1958 ein Gesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau verabschiedet, und sogar erst ab 1977 konnten die Frauen in Deutschland Arbeitsverträge *ohne* allein abschließen. Davor benötigten sie die Unterschrift ihres Ehemannes, damit der Arbeitsvertrag wirksam wurde.

Erstmals müssen nun circa 100 Unternehmen Frauen in den Aufsichtsrat lassen. Die vorherige Selbstverpflichtung der Unternehmen hatte wenig bewegt. Diese nunmehr gesetzliche Regelung ist ein Anfang, aber nur ein Feigenblatt: Wer es verschmäht, wird nicht vom Gesetzgeber bestraft. Dieser Part bleibt den Verbrauchern. Die anderen Unternehmen sollen wieder einmal sich selbst Ziele setzen und diese sowie die Information über die Zielerreichung veröffentlichen. Falls nicht, wird es der Verbraucher richten.

Die gleiche Bezahlung von Mann und Frau soll als nächstes durchgesetzt werden, sagt die SPD. Nur die gleiche Bezahlung von Mann und Frau steht doch seit 1949 im Grundgesetz. Es kann doch so losgehen: Wenn eine Frau herausbekommt oder auch nur begründet vermutet, dass sie für diese Arbeit weniger erhält als ihr männlicher Kollege, kann sie die Differenz vor dem Arbeitsgericht einklagen. Dazu ist kein weiteres Gesetz nötig. Die Arbeitgeber müssen die Eingruppierungen dem Betriebsrat bereits heute mitteilen, leider aber nicht die tatsächlichen Löhne und Gehälter.

Es gibt viel zu tun, doch warten auf dieses Gesetz über die gleiche Bezahlung muss frau nicht! Unternehmen sind gut beraten, darüber nachzudenken. Es gibt viele Frauen, die sagen: "Wir brauchen keine Quote, wir sind gut!" Das stimmt sicherlich. Frauen können vieles besser! Aber gerade darum werden sie nicht in die Führungspositionen gelassen. Was nutzt es, gut zu sein, wenn die Arbeitsplätze

an Männer vergeben werden? Die meisten Führungspositionen werden mit "Vitamin B" besetzt.

In der Sauna schwitzen die Herren zusammen, und dabei wird der Kontakt eingesammelt, so hat es damals die finnische Regierung beschrieben. Sie drohte börsennotierten Unternehmen, die die Quote nicht erfüllen, mit der Zwangsauflösung. Der finnischen Regierung wurde geglaubt, die Wirtschaft verpflichtete sich und hielt diesen Kodex ein. Ein Gesetz war nicht mehr nötig. Trotzdem geht es auch in Finnland nicht ohne politischen Druck! Der "Tagesspiegel" titelt: "Finnische Frauen brauchen keine Quote".

Am Textende steht: "Auch in der Zukunft muss die Regierung ein starkes Interesse an Frauen in Spitzenpositionen zeigen, sodass der Kodex seinen Erfolg fortsetzt und auch in anderen Bereichen der Frauenanteil steigt." Für die Betriebsund Personalräte wurde die Frauenquote erfolgreich eingeführt. Nicht einmal hier ging es ohne gesetzliche Verpflichtung. Das lag aber nicht an den Frauen. Auf der Ebene der Betriebs- und Personalräte kann erfolgreich für die Besserstellung der Frauen im täglichen Geschehen agiert werden.

2. Den Alleinerziehungszuschlag erhalten Alleinerziehende zusätzlich zum ALG-II-Regelsatz. Ausgerechnet diese Zulage sollte im Zuge der sogenannten Rechtsvereinfachung im SGB II gestrichen werden. "Die Linke" hat dazu eine Anfrage gestellt und damit diese Plan ad absurdum geführt, siehe 491. Bremer Montagsdemonstration. Der Reichtums- und Armutsbericht zeigt inzwischen auf, dass über



50 Prozent der Alleinerziehenden in Armut leben, siehe Vorwoche. Das Kindergeld soll erhöht werden: in diesem Jahr um vier, nächstes Jahr um zwei Euro. Die Kinder der Erwerbslosen haben nichts von dieser Kindergelderhöhung: Das Kindergeld wird zu 100 Prozent angerechnet.

3. Griechenland will die Reichen zur Kasse bitten. Das ist ungewöhnlich in Europa. Die EU geht nach dem mit der vorherigen Regierung vereinbarten Terminplan vor. Eine Verschnaufpause, um die Steuern von den Reichen zu erheben? Die EU hat scheinbar kein Interesse. Es überwiegt die Macht des Kapitals, siehe 443. Bremer Montagsdemonstration. Das Magazin "Quer" vom "Bayerischen Rundfunk" hat die Auswirkungen der Sparvorgaben in Griechenland aufgedröselt. Die Sendung vom 5. März 2015 wird auch inhaltlich beschrieben. Der Beitrag über die Auswirkungen der Sparauflagen für Griechenland steht allerdings nicht in der Inhaltsbeschreibung. Im Video ist er ab Minute 31 zu sehen.

Die oft erwähnte nächste Zahlung wird die deutschen Banken erfreuen, weniger die Griechen. Dass die Vorgaben nicht den Grundsätzen der Volkswirtschaft entsprechen, hat die EU bereits in Spanien festgestellt. Reaktion? Nur vertu-

schen! Haben die Geldgeber keine vernünftige Lösung zugelassen? Dass über die Sparvorgaben letztlich die Wirtschaft die Vorherrschaft erlangt und der Staat handlungsunfähig wird, führt uns dieser Beitrag nochmals vor Augen und Ohren. Im Beitrag wird "Arte" als Quelle genannt.

Dort habe ich die Aufzählung der Faktoren nicht gefunden, dafür eine Rezension über Harald Schumanns Film über die Folgen der Sparzwänge. "Die Troika: Macht ohne Kontrolle – Augenöffner auf Arte". "Es geht auch keineswegs nur um die Rettung europäischer Banken, sondern es sind erhebliche private Bereicherungsinteressen im Spiel. Die Schiebereien im Zusammenhang mit Privatisierungen ehemaliger Staatsbetriebe erinnern fatal an ähnliche Phänomene bei der Abwicklung der ostdeutschen Unternehmen durch die Treuhand."

Kurz vor dem Griechenland-Beitrag von "Quer" erfahren wir nebenbei, dass es auch bei der Insolvenz darauf ankommt, wer der Zahlungsverpflichtete ist. Wenn die Bank Hypo Alpe Adria Insolvenz anmeldet, muss Kärnten ebenfalls Insolvenz anmelden. Die Bürger sind dann der Willkür der Geldgeber ausgeliefert, so wie jetzt die Griechen. Die Bank ist zahlungsunfähig, aber der Insolvenzantrag wird nicht gestellt. Insolvenzverschleppung durch das Unternehmen? Kein Interesse der Gläubiger? Beim Insolvenzantrag muss der Antragssteller die Verfahrenskosten vorstrecken.

4. Atomkraft? Nein, danke! In Fukushima wurden steigende Erkrankungen durch Krebs festgestellt, war im "Weser-Kurier" zu lesen. Nach den Erfahrungen von Tschernobyl ist dies erst der Anfang, sagen die "Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges": Die Auswirkungen insgesamt seien erst in zehn bis 20 Jahren absehbar. Trotzdem geht Japan weiterhin mit dem Gutachten der Uno unter dem Arm von der Beherrschbarkeit der Atomkraft aus: 100 Wissenschaftler waren früh vor Ort und haben Entwarnung gegeben. Lediglich am Schluss steht, dass naturgemäß die Schädigungen die Auswirkungen noch nicht festgestellt werden können. Dies muss später nachgeholt werden.

Inzwischen ist nachlesbar, dass Strahlenexperten weitergearbeitet haben: "Sechzig internationale Experten, die sich mit der Strahlenbelastung und ihren gesundheitlichen Folgen beschäftigen, treffen sich zu einer einwöchigen Konferenz in Wien. Dabei geht es auch um die Folgen der Nuklearkatastrophe in Japan im letzten März. "Wir bewerten die Strahlenbelastung der Bevölkerung und der Arbeiter sowie ihre Folgen für deren Gesundheit. So suchen wir nach fehlenden Puzzleteilen", sagte Wolfgang Weiss, Vorsitzender des "Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung" (Unscear). Ein vorläufiger Bericht wird bei der jährlichen Unscear-Konferenz zwischen dem 21. und 25. Mai vorgestellt werden. Die Experten werden bis 2013 an dem Gutachten arbeiten."

Japans Regierung lässt die Katastrophe durch den Betreiber abwickeln, der zu sparen versucht, wo es nur möglich ist. Die Tanks wurden zusammengesteckt, Verschraubungen waren teurer. Die Tanks sind undicht, das Wasser läuft in den Ozean. So wird Geld gespart und die Umwelt noch stärker geschädigt! Die Einsparung bleibt dem Betreiber erhalten. Für den Umweltschaden muss "nur" mit Gesundheit bezahlt werden! Japans Regierung spart zulasten der Weltbevölkerung, denn die Auswirkungen sind weltweit messbar. Wer nachlesen will, wie willfährig Nachrichten sind: einfach "Japan Krebsgefahr" in die Suchmaschine tippen. Die abwiegelnden Nachrichten von den Jahren 2013 und 2014 lauten: "Keine erhöhte Krebsgefahr". Hofberichterstattung hieß das früher. Jeder Verfasser dieser Fehlmeldungen hätte sich einfach nur die Erkrankungen durch Tschernobyl ins Gedächtnis rufen müssen.



5. Die Deputation für Soziales in Bremen hat getagt. Auf der Tagesordnung stand die "Joboffensive", in der Vorlage wurde die Auswertung 2013 bis 2014 festgehalten. Der gesamte Bericht liest sich wie "im Nebel mit Vollgas auf der Autobahn fahren". Dies steht im krassen Widerspruch zu den Zusagen der Bundesagentur für Arbeit vor der Vertragsunterzeichnung im Jahr 2012: "Wir haben Erfahrung, insbesondere in Berlin, gesammelt. Wir werden statistisch begleiten, zeitnah auswerten und berichten." Das hat bisher nicht geklappt und schon wieder nicht!

Die Wirklichkeit klingt so: "Der Finanzausschuss nahm die Vorlage im September 2014 zur Kenntnis und bat das Sozial- und das Arbeitsressort nach Beendigung der Joboffensive (Ende 2014) spätestens bis Sommer 2015 einen gemeinsamen Bericht über die quantitativen und fiskalischen Effekte der Joboffensive vorzulegen... Den oben genannten Berichtsbitten kommen die beiden Ressorts hiermit nach. Die wesentlichen Zielsetzungen und Merkmale der Joboffensive Bremen werden nachfolgend nochmals dargelegt."

Dies soll er sein, der genaue Bericht: "An diese zusätzlichen Integrationen war für die zweijährige Laufzeit der Joboffensive haushaltsmäßig die Erwartung geknüpft, dass weniger Ausgaben auf der Leistungsseite anfallen werden. Gemäß der damals zugrunde gelegten Modellrechnung sollten Ausgaben von bis zu 3,472 Millionen Euro für die kommunal finanzierten Kosten, insbesondere für Unterkunft und Heizung vermieden werden. Nach Abzug der zusätzlichen Kosten für

den erhöhten kommunalen Finanzierungsaufwand für die Personal- und Verwaltungskosten der Joboffensive in Höhe von 0,882 Millionen Euro hätten im Saldo kommunale Ausgaben in Höhe von bis zu 2,59 Millionen Euro vermieden werden können."

Finanziert wurde die Kostenbeteiligung der Freien Hansestadt durch den Einsatz von Haushaltsmitteln aus dem Haushaltstitel "Kosten der Unterkunft" gemäß SGB II. Bremen hat dieses Geld nicht eingespart. Die Hansestadt hat die Richtwerte für die Mietobergrenzen gemäß SGB II zu niedrig angesetzt und lässt jetzt Kostensenkungsaufforderungen schreiben. Die Erwerbslosen sollen in eine günstigere Wohnung umziehen oder einfach weniger essen!

Teilweise waren die Empfänger dieser Briefe schon bei der letzten Aktion der Jobcenter dabei, die aufgrund der Proteste und der haltlosen Mietobergrenzen abgebrochen wurde. Wer damals dabei war, hat aus meiner Sicht heute Bestandsschutz, wenn er darauf vertraut hat, dass Bremen schlauer geworden ist und er so wohnen bleiben kann. Wer einen solchen Brief erhalten hat, sollte eine Beratungsstelle aufsuchen. "Die Linke" hat eine Anfrage an den Senat gestellt. In der Antwort ist von 211 Briefen die Rede.

Auf den Fluren der Jobcenter ist anderes zu hören. Wer einen Eigenanteil zur Miete leistet, sollte dies ändern, auch wenn vor Genehmigung der Anmietung diese Eigenbeteiligung zugestanden wurde. Wenn es eine Notsituation war, ist diese Unterschrift hinfällig. Bremen hat bei den Mietobergrenzen getrickst. Überhaupt sind die Mietobergrenzen hinfällig, denn Bremen hat kein schlüssiges Konzept.

Nun zurück zur "Joboffensive": "Ein Erfolg der Joboffensive konnte sich nach dieser Definition rechnerisch erst einstellen, wenn vorher mindestens das Basisziel, also die Zahl der Basisintegrationen, erreicht worden war. Diese Zieldefinition hat den Vorteil, dass rechnerisch klar zwischen Basiszielerreichung (ohne zusätzliche Ressourcen der Joboffensive) und zusätzlicher Zielerreichung (mit zusätzlichen Ressourcen der Joboffensive) unterschieden werden kann. Der Nachteil dieser Zieldefinition ist, dass sie den Erfolg der Joboffensive erst abbildet, wenn die Basisintegrationen erreicht werden. Werden die Ziele beispielsweise in Folge externer Faktoren – wie zum Beispiel einer schlechteren als der prognostizierten Arbeitsmarktentwicklung – nicht erreicht, bleibt dies unberücksichtigt."

Dies entspricht keinesfalls den vorher angekündigten Auswertungen! Dabei sind alle Daten für eine genaue Auswertung vorhanden. Die Erwerbslosen haben eine Nummer, die in allen Datensätzen über sie enthalten ist. Auch die Teams sind nummeriert: Es ist klar, welche Teams zur "Joboffensive" gehören. Es ist nachvollziehbar, welche Teams welche Erwerbslosen bearbeitet haben. Insofern ist es bereits mit einem einfachen Listengenerator möglich, diese Werte zu erhalten. Auch die Kosten der Unterkunft sind aus diesen Datensätzen zu gewinnen, selbst wohin Erwerbslose vermittelt wurden.

Dies gilt für jeden vermittelten Erwerbslosen, ob er noch im Leistungsbezug ist oder nicht, auch für jedes Team. Wer will denn da nicht? Eine Entscheidung wurde bereits vor jeglicher Auswertung getroffen: Die "Joboffensive" läuft weiter!

Warum? Sie hat 2013 das Ziel um 73,3 Prozent unterschritten, 2014 um über 50 Prozent, schöngerechnet auf circa 37 Prozent, mit viel Hoffnung, denn die Zahlen sind noch nicht belastbar. In Köpfen waren es im Jahr 2013 ganze 312 Menschen, 2014 gesichert 487 und mit viel Hoffnung 736 Menschen. Die Auswertung für 2014 liefert einen weiteren Beleg für die Willkürlichkeit dieser Daten.

Besondere Erfolge hatte das Jobcenter bei Leistungsbeziehenden mit Erwerbseinkommen, sogenannten "Ergänzer(innen)", bisher kannte ich dafür den Begriff "Aufstocker(innen): "Hier zeigt sich, dass Ergänzer(innen) in den Joboffensive-Teams zwar unterdurchschnittlich vertreten sind, bei Zuordnung zur Joboffensive aber eine mehr als doppelt so hohe Integrationswahrscheinlichkeit wie im Durchschnitt besteht" (Seite 10). Die "Joboffensive" läuft 2015 mit 19 unbefristeten und zehn bis zum 31. Dezember befristeten neuen Stellen weiter (Seite 11); dazu kommen die 37 alten.

Nicht in dem Bericht stehen die Wechselwirkungen: Laut Fragestunde in der Bürgerschaft im Januar 2015 sind im Jobcenter aktuell 20,5 Vollzeitstellen unbesetzt. Auf Seite 12/13 steht die Begründung für die Fortführung der "Joboffensive". Zielvorgaben stehen dort nicht, Hingegen wechselt die Auswertung: "Mit Ende der Joboffensive geht das Controlling im Rahmen des Controllingausschusses und der Steuerungsgruppe in das regelmäßige Controlling für und durch die Trägerversammlung über." Mein Wunsch wäre ein genaues Controlling. Dies ist unter Nutzung der Datenverarbeitung eigentlich nur eine Frage des Wollens!

Dass der Deputation für Soziales ein Teil der Unterlagen vorenthalten wurde, geht aus der nachstehenden Fußnote 8 hervor. Diese Angaben mögen zwar dem Senat vorgelegen haben, sie haben aber nicht die Deputation für Soziales erreicht: "Für die dem Senat mit der Vorlage zur Joboffensive im Oktober 2012 vorgelegte Amortisationsrechnung wurde ein Betrag von 124 Euro zugrunde gelegt, der jedoch mittlerweile durch die Bundesagentur für Arbeit auf Basis aktuellerer Daten über die (ersparten) Kosten integrierter und weiterhin im Leistungsbezug befindlicher Bedarfsgemeinschaften überprüft und auf 113,39 Euro aktualisiert wurde."

Auf den folgenden Seiten wird die Zielverfehlung zum Erfolg schöngerechnet: "Je nach Modell liegen die rechnerischen Einsparungen für die Kommune zwischen 0,22 Millionen und 1,74 Millionen Euro." Es geht genauer, siehe vor!

6. In der Deputationssitzung für das Land Bremen wurde der Produktbereichscontrolling-Bericht 2014 für Soziales vorgelegt. Auf Seite 4 werden die Entwicklungen der Sozialleistungen beschrieben, "auch in den übrigen Leistungsbereichen/Produktgruppen wie der Eingliederungshilfe, Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II (im Wesentlichen die Kosten der Unterkunft) und SGB XII (Grundsicherung im Alter)... Den Ausgabensteigerungen bei Hilfeleistungen nach SGB II und SGB XII stehen jedoch aufgrund der Bundesbeteiligung Mehreinnahmen gegenüber (33,5 Prozent Bundesbeteiligung SGB II und 100-prozentige Kos-

tenübernahme bei der Grundsicherung im Alter". Die folgenden Zahlen sind verdichtet und lassen keine Einzelaussage zu.

Auf Seite 5 steht: "Der Verlustvortrag aus Vorjahren im Bereich der Sozialleistungen kann 2014 nicht reduziert werden. Für den Produktplan 41 wurde 2014 eine interne Haushaltssperre erlassen". Auf Seite 18 und 19 steht der Haushalt für SGB XII und SGB II. Auf Seite 20 stehen Anmerkungen zu den Abweichungen und somit auch zur Joboffensive: "Beide Werte liegen dennoch deutlich über den Planwerten 2014. Ursache kann sein, dass die erwartete Loslösung von Personen aus dem Leistungsbezug SGB II (untere anderem durch die Joboffensive) bislang nicht in dem Umfang eingetreten ist wie angenommen. Die wirtschaftlichen Randbedingungen werden ebenso wie das Vermittlungsgeschehen im Jobcenter fortlaufend beobachtet." Wie wenig tragfähig diese Beobachtung ist, steht im Bericht über die Joboffensive (siehe Abschnitt 5).

Auch der Senat hat Datendefizite: Der Monat September fehlt, der Dezember ebenfalls. Es wurde hochgerechnet. Nachstehend die Anmerkungen zu den Kosten der Unterkunft. Hier steht nichts von einer Veränderung durch die Joboffensive: "Die durchschnittlichen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung sind ebenfalls schwankend und liegen im Ist Januar bis September 2014 je Leistungsempfänger(in) beziehungsweise Bedarfsgemeinschaft über dem Planwert 2014. Für die Entwicklung der Kosten der Unterkunft gibt es verschiedene Gründe, vor allem sind weiterhin die Entwicklungen der Ausgaben bei den Einzelpositionen (Erhöhungen der Nettokaltmieten, Betriebskosten, Heizkosten) zu nennen. Fluktuation im Bestand der Leistungsempfänger(innen) wie auch Umzüge führen regelmäßig zu Ausgabensteigerungen, was insbesondere den höheren Mieten bei Neuverträgen geschuldet ist."

Auf Seite 61 stehen Zahlen und Anmerkungen zur Inanspruchnahme von Bildung und Teilhabe: "Per 31. Dezember 2014 erhielten in der Stadtgemeinde Bremen 17.118 Personen Leistungen für Bildung und Teilhabe, davon 14.514 Personen mit Anspruchsberechtigung nach dem SGB II, 1.998 Personen nach § 6b Bundeskindergeldgesetz, 137 Personen mit Leistungen nach dem SGB XII und 469 Personen mit Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres lag die Inanspruchnahme bei gesamt 15.737 Personen." Die Zahlen zeigen erneut, wie verpönt die "Blauen Karten" sind, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstration.

Es folgen Anmerkungen zum SGB XII und ab Seite 69 zum SGB II. Es wird unter anderem beschrieben, dass Aufstocker(innen) immer Leistungen zur KdU beziehen, weil erst mit den Bundesleistungen aufgerechnet wird: "Auch die Vermittlung in Arbeit führt nicht immer zur vollständigen Loslösung aus dem Bezug von SGB-II-Leistungen. Circa ein Drittel der erwerbsfähigen Bezieher(innen) hatte 2013 ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Da Einkommen zunächst auf die Bundesleistungen angerechnet wird und erst dann auf die kommunalen Leistungen, führt dieses vielfach dazu, dass die Leistungsempfänger(innen) die Kosten der Unterkunft und Heizung ganz oder anteilig vom kommunalen Träger erhal-

ten. Verringert sich infolge von Unterbrechungen oder niedrigerem Einkommensniveau (aus Erwerbstätigkeit, aber auch als Anspruch nach SGB III) das anzurechnende Einkommen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die zu gewährenden Kosten der Unterkunft im Zeitverlauf steigen."

In den Erläuterungen steht nichts zur "Joboffensive", auch nichts zur Auswirkung des Mindestlohns. Bremen geht somit wohl davon aus, dass der Mindestlohn nicht zur Verminderung der Kosten der Unterkunft reicht. Der nächste Absatz beschreibt wieder einen Datenmangel, insgesamt sehr aufschlussreich. Ab Seite 86 sind Maßnahmen und Verfahren zur Kostenbegrenzung und Kostensenkung beschrieben. Auf Seite 91 stehen Ausführungen zur Ausgliederung von Behinderten aus den Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt. Dies war auch Thema der letzten Deputationssitzung. Auf Seite 99 steht doch noch etwas zur "Joboffensive", dabei wird der dazu vorliegende Bericht nicht einbezogen. Er fehlt für den Verfasser. Die hier genannten Zahlen stimmen teilweise nicht mit dem Bericht über die "Joboffensive" bis 2014 überein. Die Methode "Joboffensive" soll auch über 2015 hinaus beibehalten werden.

7. Noch ein paar Bremer Kleinigkeiten. Die Bremer Straßenbahn AG sollte sich mit den Münchner Verkehrsbetrieben unterhalten. München soll seine Straßenbahnen überholt haben und weiterhin nutzen. Insgesamt fehlt mir in der Debatte über die Kosten der neuen Straßenbahnen die Veränderung der Leasingkosten für die jetzigen Exemplare. Die Stühle im Parlament sind noch die Erstausstattung. Die letzte Aufpolsterung hat 20 Jahre gehalten. Wieso jetzt diese Diskussion über eine Neuanschaffung? Die Besonderheit des Raumes bleibt am Besten mit den alten Stühlen, die neu auf gepolstert und bezogen werden, erhalten! – Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Prekäre Arbeit hat viele Gesichter, und sie kann jeden treffen. In der Fotoausstellung des "Fototeams Verdi Hessen" kommen Betroffene zu Wort: Geringqualifizierte und Hochqualifizierte, Junge und Alte, Frauen und Männer schildern ihren Lebens- und Arbeitsweg und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Ort: "Forum Kirche", Hollerallee 75, 9. bis 20. März 2015, montags bis donnerstags 9 bis 16 Uhr, sonntags 11 bis 15 Uhr. Vernissage ist am Montag, dem 9. März 2015, um 16 Uhr.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

512. Bremer Montagsdemo am 16. 03. 2015

Der soziale Rückzug folgt finanzieller gesellschaftlicher Ausgrenzung

1. Nun wurde von der "Bertelsmann"-Stiftung die zigste Studie über Kinderarmut in Auftrag gegeben und kommt zu dem brandneuen Ergebnis, dass arme – ups, nein: natürlich nur armuts*gefährdete* – Kinder deutlich hinter anderen zurückblieben. Die Kinder derer, die von Grundsicherung "leben", wiesen bei Schuleingangsuntersuchungen doppelt so viele Defizite auf wie Kinder aus gesicherten Einkommensverhältnissen. Ihr Deutsch sei schlecht, ihre Koordination mangelhaft, sie hätten Defizite in ihrer selektiven Wahrnehmung und seien auch noch häufiger adipös.



Den Forschern sei aufgefallen, dass Kinder aus armen Familien durchgängig weniger kulturelle oder soziale Angebote wahrnähmen. Die Probleme würden sich entschärfen, wenn mehr Kinder einen Kindergarten oder eine Kinderkrippe besuchten und dort in sozial gemischten Gruppen spielten. Weil die Armut durch Segregation innerhalb einer Stadt höchst unterschiedlich verteilt sei, könnten Kitas in sozialen Brennpunkten genau diese Heterogenität oftmals nicht gewährleisten.

Wenn ich lese, dass die betroffenen Kinder überdurchschnittlich häufig aus "bildungsfernen" Familien oder von Alleinerziehenden kämen, die sich oft aus dem sozialen Leben zurückzögen, dann packt mich die Wut! Hallo, dieser Rückzug kommt durch die *finanzielle* gesellschaftliche Ausgrenzung zustande! Manche Kommentare zeigen auch das schon erwartete "Hetzniveau" auf, wenn Leser "wissen", dass nicht jeder Hartz-IV-Bezieher arbeiten wolle und das Geld für Zigaretten (es handle sich fast durchgängig um Raucher), Alkohol und Multimedia-Geräte doch irgendwie reichen würde. Aber für Kartoffeln abkochen, Möhrchen reiben und ein Spiegelei braten sei das Geld zu knapp, und dann gebe es eben dickmachende Chips oder eine Fertig-Pizza.

Ja, da müsste der Staat mehr durchgreifen! Natürlich seien es die Eltern, die mit ihrer fehlenden Lebenstüchtigkeit ihre Kinder schädigen, und nicht etwa die staatlich gewollte Armut durch Einführung der Hartz-Gesetze und den aus-

ufernden Schröder'schen Dumpinglohnsektor ("Strategien der Ausgrenzung", Seite 86). Glücklicherweise gibt es auch viele kritische Leser, die sogar die Fortsetzung der "sozialen Apartheid" erwarten, weil diese nicht nur im Kindergarten stattfinde, sondern sich wie ein roter Faden durch alle Lebensbereiche ziehe.

Der Kommentator des "Weser-Kuriers", Jan Oppel, schreibt, dass sich vermögendere Eltern aus dem staatlichen Betreuungssystem verabschieden und ihre Kinder lieber in kostspielige Privat-Einrichtungen schicken, was sich arme Eltern eben nicht leisten können. Deshalb blieben ihre Kinder allzu oft unter sich, wodurch den ohnehin schon Benachteiligten der soziale Aufstieg zusätzlich erschwert werde. Er bemängelt, dass diese Erkenntnisse nicht neu seien, und fragt, wie viele solcher Studien denn noch erscheinen müssten, bis die Politik endlich handele!

Der "Paritätische Wohlfahrtsverband" reagiert mit scharfer Kritik an den Prioritäten der Bundesregierung und fordert den zügigen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, deutliche Verbesserungen des Kinderzuschlags und eine Reform des "Bildungs- und Teilhabepaketes". Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des "Paritätischen", bewertet Kinderarmut in Deutschland als ein echtes Massenphänomen. Er kritisiert den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, in dem der Begriff der Kinderarmut nicht einmal auftauche. Bisher ließen sich keine wirklichen Anstrengungen der Bundesregierung erkennen, Kinderarmut in Deutschland entschieden zu bekämpfen.

Mit jedem Jahr, das die Bundesregierung im Kampf gegen die Kinderarmut verstreichen lasse, raube sie den Kindern unwiederbringliche Chancen. Schneider schreibt endlich mal, dass Kinderarmut fast immer Familienarmut ist: Wer Kinder aus Hartz IV herausholen wolle, müsse ihren Eltern auskömmliche und längerfristige Arbeit verschaffen und, wo nötig, auch sozialarbeiterische Hilfen sicherstellen. Außerdem müsse der Kinderzuschlag für erwerbstätige einkommensschwache Familien verbessert werden, damit nicht immer mehr Familien trotz Erwerbstätigkeit mit Hartz IV aufstocken müssen.

Darüber hinaus sei die Reform des unzureichenden "Bildungs- und Teilhabepaketes" für Kinder im Hartz-IV-Bezug längst überfällig, weil die Wege zu bürokratisch und die Zehn-Euro-Gutscheine im Monat für den Sportverein oder die Musikschule geradezu beschämend niedrig seien. Schade, dass ich anstelle dieses sicherlich sehr gut gemeinten Stückwerks nirgends eine Forderung nach Abschaffung der unsäglichen Hartz-Gesetze und Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens lesen kann!

2. Am Dienstag dieser Woche verhandelt das Sozialgericht in Koblenz darüber, ob eine Leistungseinstellung wegen Nichtvorlage der Kontoauszüge rechtmäßig ist. Auch wenn das Bundessozialgericht entschieden hat, dass es zur Mitwirkungspflicht gehören kann, die Kontoauszüge der letzten drei Monate vorzulegen, lässt sich die vielerorts praktizierte Leistungseinstellung bei Nichtvorlage der Kontoauszüge weder durch die Rechtsprechung des BSG noch durch die Regelungen

der Sozialgesetzgebung begründen. Die betroffenen Jobcenter behaupten, eine **Bedürftigkeitsprüfung** ohne Vorlage der Kontoauszüge der letzten drei Monate vor Antragsstellung sei nicht möglich. Das ist völliger Blödsinn, da bestenfalls der aktuelle Kontostand festgestellt werden kann. Auch würde schon durch das falsche Ausfüllen des Antrages gegen die Mitwirkungspflicht verstoßen.

3. Ich bin entsetzt darüber, dass der Oberbürgermeister von Magdeburg, Lutz Trümper, innerhalb weniger Tage Morddrohungen mit eindeutigen Botschaften, Hakenkreuzen oder auch SS-Runen von Rechtsextremisten erhalten hat. Vor wenigen Tagen war der ehrenamtliche Ortsvorsteher des Ortes Tröglitz in Sachsen-Anhalt zurückgetreten, weil Neonazis vor seinem Haus gegen die geplante Unterbringung von Asylbewerbern protestieren wollten und Bürgermeister Markus Nierth sich durch die Versammlungsbehörde nicht ausreichend geschützt sah. Ich kann und will es nicht fassen, dass in Deutschland an manchen Orten die Faschisten meinen, ihr undemokratisches Tun mit Gewalt, Bedrohung und Angstmachen durchsetzen zu können!

Trümper forderte ein generelles Demonstrationsverbot vor den Wohnungen von Bürgermeistern und nennt das Rathaus als richtigen Ort, um gegen einen Bürgermeister zu protestieren. Trümper engagiert sich seit Jahren gegen Neonazi-Aufmärsche in seiner Stadt und will sich nicht einschüchtern lassen. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau erhielt ebenfalls wegen ihres Einsatzes für eine Flüchtlingsunterkunft in ihrem Berliner Wahlkreis über 40 Mord- und Gewaltdrohungen. Auch sie wird von Rechten bedroht. Gegen den braunen Mob müssen wir doch alle zusammenhalten!

4. Mit seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht endlich einen unhaltbaren Zustand beendet – um zugleich einen neuen zu erzeugen. Nun dürfen Lehrerinnen in der Schule so lange ein Kopftuch tragen, wie der Schulfrieden nicht konkret gestört wird. Damit sollte wohl ein Versuch gestartet werden, die Ungleichbehandlung von Kopftüchern und christlichen Symbolen zu beenden. Auch Nonnentrachten und Kreuze dürfe es nicht geben, wenn diese den Schulfrieden störten. Heide Oestreich von der "Tageszeitung" meint, dieses Gerichtsurteil habe auch die Schultüren für einen Kulturkampf geöffnet, denn wenn nun einige den Schulfrieden stören, indem sie Kopftuch tragende Lehrerinnen rassistisch anfeinden, müssten diese allen Ernstes als Konsequenz ihr Kopftuch ablegen, und "Pegida" würde jubeln.

Das Urteil werde einer multireligiösen Gesellschaft nicht gerecht. Ich persönlich finde es auch ganz schwer, eine klare Meinung dazu zu haben. Einerseits setze ich mich für Toleranz und Meinungsfreiheit ein, dass alle ihre **Religion** oder eben auch Nichtreligion leben dürfen, solange sie damit nicht die Rechte anderer beschneiden oder unterdrücken. Das schlösse das Recht für Musliminnen ein, als Lehrerin in der Schule ein Kopftuch zu tragen, so wie eine Nonne ihren Habit.

Andererseits sehe ich im Kopftuch das Symbol der Unterdrückung von Frauen im Islam und lehne es ab, dass es vielen Frauen und Mädchen aufgezwungen wird.

Grundsätzlich unterdrückt der Islam aber nicht automatisch Frauen. Die Unterdrückung von Frauen lässt sich auch in fundamentalistischen Auslegungen anderer Religionen finden, zum Beispiel im Christentum. Die katholische Kirche pflegt ein weitreichendes Berufsverbot für Frauen, das kaum mit dem Grundgesetz in Einklang zu stehen vermag. Auch im Judentum als drittem der patriarchalen Monotheismen versuchen die Orthodoxen, Frauen massiv einzuschränken. Tanzende und singende Frauen seien mit dem Keuschheitsgebot unvereinbar, die Geschlechtertrennung wird vorgeschrieben, in Bussen müssen weibliche Fahrgäste hinten Platz nehmen.

Die Burka und den Tschador empfinde ich persönlich als total frauenfeindlich und wünschte mir, Frauen und Mädchen davor bewahren zu können, diese schweren, verhüllenden und behindernden Stoffmassen tragen zu müssen. Doch kann ich mich an keine einzige Sure aus dem Koran erinnern, die diese Kleiderordnung vorschreiben würde! Wenn im Namen der Religionen Kriege geführt und Menschen unterdrückt werden, vor allem Frauen, geht es dabei doch vor allem immer nur um eines: Machtmissbrauch, um sich selbst Macht und Besitztümer aneignen zu können.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Für die Reduzierung von Schulden geht Europa über Leichen

Griechenland muss zurzeit viel Spott und Häme ertragen. Es stehen sich zwei Interessenvertreter gegenüber: Die einen sorgen sich um die Ärmsten in ihrem Land, die anderen um die Reichen. Um letztere war auch die Vorgängerregierung in Griechenland besorgt. Damit herrschte Übereinstimmung, auch über die Art der Zielerreichung. Nun ist eine neue Regierung angetreten, die Armen zu schonen. Den



"Institutionen" geht es um die Einhaltung von Verträgen. Die Vorgängerregierung hat sie unterschrieben und angeschoben – wissend, dass dies gravierende Armut und auch viele Tote in ihrem Land zur Folge haben würde. Falls etwas hakte, hat die "Troika" der griechischen Regierung Gesetze beziehungsweise deren Änderung aufgezwungen. Die Lösungsansätze der jetzigen Regierung sind den "In-

stitutionen" fremd. Sie haben nie verlangt, dass die reichsten Griechen Steuern zahlen müssen. Warum auch?

Der Ausverkauf des öffentlichen Tafelsilbers soll weitergehen, obwohl dies der Grundstein für die nächste Krise ist. Egal, was die Griechen vorschlagen, es wird nur gelästert. Die Kunden sollen Geschäfte melden, wenn sie keine Quittung für ihren Einkauf erhalten – wobei ich nicht weiß, was bei der Beschreibung der Umsetzung Dichtung ist. In Italien sind seit 1997 "alle Händler verpflichtet, immer einen maschinell erstellten Kassenbon auszustellen. Der Kunde hingegen muss auf diesen bestehen und in einem Umkreis von 100 Metern bei sich tragen. Wenn man in einer Bar einen Espresso getrunken oder sich in einem Laden eine Flasche Wasser gekauft hat, kann es passieren, dass man auf der Straße von Beamten der Guardia di Finanza, der italienischen Finanzpolizei, angesprochen wird. Diese führt regelmäßig Kontrollen durch. Kann man den Kassenbon in Italien vorweisen, ist alles in Ordnung. Erwischen sie jemanden ohne, werden Bußgelder wegen Steuerhinterziehung fällig."

Panzer, U-Boote und viele andere Waffen wurden an Griechenland verkauft und geschmiert: "Das griechische Militär kaufte für Milliarden modernstes Kriegsgerät und ließ sich mit Millionenbeträgen bestechen – auch von deutschen Firmen. Nun packen einige Beteiligte aus." Für die U-Boote wollte Griechenland einen Preisnachlass aushandeln. Frau Merkel hat Nein gesagt und auf Einhaltung der vereinbarten Zahlungstermine bestanden. Für die neuen "Leopard"- Panzer wurden die Schmiergeldzahlungen inzwischen aufgedeckt. Griechenland hat aber der Bundesregierung außerdem gebrauchte Exemplare abgenommen. Wurde dafür auch geschmiert? In München wurde die Bestechung für U-Boote aufgeklärt. 140 Millionen Euro Geldstrafe muss das Unternehmen zahlen. Das Geld landete im bayerischen Haushalt, wenn es dann gezahlt wurde: "Die soeben an eine Investorengruppe verkaufte Ferrostaal müsste nach dieser Absprache 140 Millionen Euro Geldbuße zahlen. Das Urteil wird für nächste Woche erwartet."

Die Schmiergeldaffäre um Waffenlieferungen an Griechenland ist auch in Bremen angekommen. "Der Rüstungskonzern Rheinmetall akzeptiert im Zusammenhang mit umstrittenen Griechenland-Geschäften ein von der Staatsanwaltschaft Bremen verhängtes Bußgeld in Höhe von mehr als 37 Millionen Euro. Der Konzern betonte in einer Mitteilung, damit ende das Unternehmensstrafverfahren gegen die Bremer Tochtergesellschaft Rheinmetall Defence Electronics." Über diesen unerwarteten Zahlungseingang hat sich der Bremer Haushalt gefreut. Über eine Entschädigung an Griechenland für überhöhten Preise war nichts zu lesen. Deutschland hat aktuelle Anfragen sowohl für die U-Boote wie auch für die Panzer vorliegen. Wurde die neue griechische Regierung von der Bundesregierung gefragt, ob Griechenland Waffen *verkaufen* will?

Griechenland leistet sich jetzt einen Antikorruptionsminister, die Vorgängerregierung hatte keinen. Auch die lange Liste der bekannten Steuersünder wurde von der Vorgängerregierung nicht abgearbeitet. Der neue Antikorruptionsminister hat bereits nach kurzer Amtszeit einen Erfolg vorzuweisen: Ex-Finanzminister Gikas Hardouvelis "brachte Hunderttausende Euro seines Privatvermögens bei einer Bank auf der Kanalinsel Jersey in Sicherheit. Wie die Athener Wochenzeitung "Real News" berichtet, ermittelt jetzt der neue Antikorruptionsminister Panagiotis Nikoloudis gegen Hardouvelis." Dessen Privatvermögen soll nicht seinen Steuererklärungen entsprechen.

Die Aktionen von Schäuble gegen die neue griechische Regierung sind unentschuldbar! Dass er gekränkt war, war ihm bereits nach dem ersten Gespräch anzusehen. Herr Schäuble agiert sehr unfair – nur interessensorientiert? Er hat in seiner langen politischen Laufbahn viel erreicht und auch viel abgeschüttelt. Die CDU-Spendenaffäre hat er wie sein Chef überstanden. Die Herkunft von Helmut Kohls Kofferinhalt wurde nie geklärt. Die Auswertung der "Steuer-CD" mit wahrscheinlichen Angaben über die Schwarzgeldkonten wurde verhindert. Zu den enttarnten Steuerbetrugsfällen, dem vielen Geld auf Auslandskonten, hat Finanzminister Schäuble gesagt: "Steuerhinterziehung, dass war wohl mehr etwas aus den Sechzigern".

Die aktuellen Fälle zeigen ein erschreckend anderes Bild. Herr Schäuble hätte den Steuerbetrügern mit seinem Steuerabkommen mit der Schweiz viel Geld erspart. Dieses Abkommen wurde vom Deutschen Bundestag nicht akzeptiert. Bereits damals verhängten die USA erste Strafen gegen Schweizer Banken wegen Beihilfe zum Steuerbetrug. Zu den Steuervermeidungsstrategien hat Finanzminister Schäuble gesagt, es sei in Ordnung, wenn ein Unternehmen Steuervorteile nutzt. Andere haben zu diesem Zeitpunkt bereits festgestellt. Es darf nicht alles gemacht werden, was nicht verboten ist. Diese Menschen haben die soziale Verantwortung im Blick. "Geld regiert die Welt" und andere Dokumentationen mahnen zur Eile! Die Politik hampelt mit scheinbaren Erfolgen am Knackpunkt vorbei.

Die mehrfache Rückerstattung von einmal gezahlten Steuern für Aktienverkäufe wurde bereits Ende 2002 aufgedeckt und erst im Frühjahr 2012 wirksam beendet. Davor wurden die Regierungen von Finanzamtsmitarbeitern gebeten, dies zu beenden: erst der Finanzminister Eichel, dann Steinbrück und dann Schäuble. Dies war mit unterschiedlichen Facetten Thema im "Stern" und in der "Süddeutschen Zeitung", die dazu am 28. Februar 2015 schrieb: "Der Schaden soll mehr als zehn Milliarden Euro betragen". Die Aufklärung werde durch Personalmangel behindert, "Flaschenhals" bei der Prüfung sei das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn.

Das Bundesfinanzministerium fühlt sich scheinbar keiner Schuld bewusst, man habe rechtzeitig gehandelt. Wenn die Finanzminister ein Gesetz per Verwaltungsanweisung ändern wollen: Ist das nur sehr dilettantisch oder vorsätzliche Beihilfe? Diese Frage stellt sich auch, wenn das Ziel nicht erreicht wurde, denn Gesetze lassen sich nur durch Gesetze ändern. Das Bundeszentralamt für Steuern in Bonn sucht aktuell keine Mitarbeiter(innen): "Derzeit liegen leider keine aktuellen Stellenangebote des Bundeszentralamtes für Steuern vor. Bitte be-

werben Sie sich ausschließlich auf ausgeschriebene Stellen. Von Initiativbewerbungen bitten wir abzusehen."

Der Personalmangel wird dazu führen, dass die mehrfach ausgezahlten Steuererstattungen nicht rechtzeitig zurückgefordert werden. Es droht Verjährung oder ist bereits eingetreten. Die Täterverfolgung wurde eingeleitet, auch sie leidet unter dem "Flaschenhals". Aus meiner Sicht sind die Schätzungen der "Süddeutschen" und auch des "Sterns" zu niedrig. Die Anfrage betreffend "Steuerausfälle durch ungerechtfertigte Erstattungen von Kapitalertragsteuer" wurde von der Bundesregierung bereits im Mai 2013 beantwortet. Auf Seite 12 steht, dass dieses Gericht die Mehrfacherstattungen für ungesetzlich hält. Die 20 Seiten sind anstrengend zu lesen, aber sehr informativ.

Warum dieser Finanzminister nicht schnellstens alles zur Geltendmachung der Rückforderungen getan hat und noch immer nicht tut? Siehe oben! Aus den vielen Berichten sind andere Summen zu entnehmen. Es können auch einige Milliarden mehr sein. Für Bremen sind diese Reaktionen besonders wichtig, weil über die "Schuldenbremse" der Sparkommissar die Bremer Regierung anweisen kann. Sobald der Haushalt unausgeglichen ist, hat er die Möglichkeit, dem Senat Handlungen vorzuschreiben. Dazu gehört auch die Absenkung der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes I und auch II, der Grundsicherung und so weiter. Der Sparkommissar kann Privatisierungen erzwingen und alles andere. Der Senat der Freien Hansestadt und die Bremische Bürgerschaft verlieren ihre Handlungsmöglichkeiten! Über all diese Punkte steht vieles bei den vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen.

Nun will die Bundesregierung den Kredit aus der Nazizeit nicht zurückzahlen. Es geht weiter mit den Ausflüchten und Täuschungen. Bei den "Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen waren die Griechen nicht zugelassen. Verträge zulasten Dritter sind aber auch vom Völkerrecht nicht gedeckt. "Die Linke" hat mit Beschluss des Parteivorstandes vom 5. und 6. Juli 2014 die Rückzahlung der Zwangsanleihe gefordert, und zwar als "Entschädigung für Nazi-Unrecht in Griechenland". Sie "fordert die Bundesregierung auf, Verhandlungen mit dem griechischen Staat über die Rückzahlung der Zwangsanleihe von 1942 unter Berücksichtigung der Zinsentwicklung und ihres heutigen Wertes zu führen".

Warum dies heute den Griechen so wichtig ist? Na klar, sie benötigen Geld! Es ist sowieso beschämend für Deutschland. Griechenland wird gerade von vielen verhöhnt. Dreh- und Angelpunkt ist das liebe Geld. Es schmerzt geradezu, wenn ein Radiomoderator den Schlingerkurs Griechenlands für nervig erklärt. Ein Moderator, der nicht sieht, dass hier unterschiedliche Interessen vertreten werden: Die einen sorgen sich um die Ärmsten in ihrem Land, die anderen um die Reichen. Wenn der neuen griechischen Regierung ein Vorwurf zu machen ist, dann dieser: Sie hat scheinbar nicht geglaubt, dass Europa für die Reduzierung von Schulden über Leichen geht.

Ich beschränke mich heute absichtlich auf Griechenland und Bremen und drücke den Griechen die Daumen, schon aus Eigeninteresse, denn auch für Bremen

ist es klar: Ohne Lösung für die Altschulden kann ein ausgeglichener Haushalt für nicht erstellt werden. Dabei vollzieht Bremen bereits seit Jahren schmerzhafte Ausgabenkürzungen. Diese Kürzungen bewirken bereits heute, dass die Lebensumstände in Bremen unterhalb des Bundesdurchschnitts sinken. 2019 wird über den Länderfinanzausgleich neu verhandelt. Aktuell befolgt Bremen bereits Anweisungen des Stabilitätsrats. Bremen spart sich kaputt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. – Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Dauerstrahlung

Eine von den "großen Sachen" ist jetzt wieder kurz sichtbar geworden, die Atomkatastrophe in Japan 2011, doch schnell ist das allgemeine Interesse und das der Medien daran auch schon wieder verschwunden. Was noch lange nicht verschwindet, sind die Spuren dieser Ereignisse. In Bayern ist es aufgefallen, wie viel Strahlung nach Tschernobyl ewig da bleibt. Nach Messungen an Wildschweinen wurde festgestellt, dass sich in ihrem Fleisch eine wahre Megastrahlung gesammelt hat. Es wird behauptet, bei Discounterware sei keine Überschreitung der Grenzwerte zu erkennen. Das ist wieder mal Ablenkung und Entschärfung, denn Wildfleisch wird hauptsächlich in Restaurants und Hotels "mit Niveau" angeboten, und da hat noch niemand gemessen.

Bald jährt sich wieder der Gedenktag von Tschernobyl, aber die Öffentlichkeit ist leider so entspannt, als wäre alle Strahlung und Gefahr längst verflogen.
Nichts da, alles ist genauso wie kurz nach dem GAU und sorgt weiter für Tod und
gesundheitlichen Schaden! Die Sache mit den Wildschweinen steht in der "NordWest-Zeitung". Ihr Bericht hat aufgezeigt, was sonst noch alles um die AKWs los
ist. Beim Röntgen schießt kurz eine kleine Strahlung durch den Körper, das mag
wohl angehen; aber wer das Wildschwein aus Bayern frisst, hat eine bis zu 150fache Dauerstrahlung im Leib. Wenn davon nichts kommt, kann mal wohl 'nen Besen fressen! Wer weiß, was da noch so alles giftig ist, die CSU bestimmt.

Günni, der "Mann mit dem großen Hut"

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

513. Bremer Montagsdemo am 23. 03. 2015

Wird die "Jugendberufsagentur" wie die "Joboffensive" als Sanktionsschleuder missbraucht?

1. Die aktuelle Regierung Griechenlands will die ärmsten Menschen schützen und die reichen Bürger stärker zur Kasse bitten. Bitte zum Verständnis auch meinen Beitrag zur vorherigen Bremer Montagsdemonstration lesen. Der Umgang mit der griechischen Regierung entspricht dem Umgang mit den Länderregierungen und den Bürgermeistern in Deutschland, sobald ein Haushalt nicht ausgeglichen ist. Die Schuldenbremse macht es möglich!



Dass Wolfgang Schäuble sehr gereizt auf die neuen Ansprechpartner reagiert hat, war in den Nachrichten zu beobachten. Sahra Wagenknecht hat zu Griechenland und den Umgang Deutschlands mit den anderen Staaten am 19. März 2015 im Deutschen Bundestag gesprochen. Ich kann diese Rede voll unterstützen, jede Facette! Das Dilemma der deutschen Politik wurde treffend dargestellt. Die Selbstmordrate in Griechenland ist aktuell zurückgegangen! "Schäuble belügt die Bevölkerung", lautet die Überschrift der ergänzenden Pressemitteilung.

"Nicht nur Schäubles Starrsinn wird langsam zu einem Problem. Der Finanzminister scheint taub und blind zu sein, wenn er behauptet, er wisse nicht, was die griechische Regierung eigentlich vorhabe. Die griechische Regierung will die Not der ärmsten Bevölkerungsschichten lindern, die Reichen stärker besteuern und die Korruption bekämpfen, statt wie bisher in korrupter Komplizenschaft mit den griechischen Oligarchen und der Troika die eigene Bevölkerung auszuplündern. Außerdem fordert die neue griechische Regierung ein Aufbau- und Investitionsprogramm, damit sich die griechische Wirtschaft erholen kann, da nur dann entsprechende Erlöse für den Schuldendienst erwirtschaftet werden können. Was ist daran eigentlich so schwer zu verstehen?"

Die Berichte über die Finanzen Griechenlands wurden von der Vorgängerregierung gefälscht. Die falschen Zahlen wurden der EU vorgelegt, die um die Entstehung dieser Zahlen wusste. Den Betrug vereinfacht dargestellt: Das Geld wurde von Goldmann Sachs nicht Kredit genannt, sondern auf der Habenseite ausgewiesen. Dieses nicht vorhandene Geld wurde so als vorhandenes Geld deklariert. Natürlich viel verwirrender, als Derivategeschäft dargestellt. Die EU hat geprüft und akzeptiert. Sachbearbeiter bei Goldmann Sachs war damals Mario Draghi. Goldmann Sachs soll dabei 1,2 Milliarden Euro verdient haben. In der Dokumentation "Goldmann Sachs – eine Bank lenkt die Welt" wird unter anderem dieser Sachverhalt geschildert, siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Das "Handelsblatt" hat 2010 darüber berichtet: "Die Affäre um die langjährige Verschleierung des griechischen Haushaltsdefizits bringt jetzt auch den italienischen Notenbankchef Mario Draghi in Erklärungsnot. Draghi war bei Goldman Sachs zuständig für die Geschäfte mit Staaten – und in seine Amtszeit fällt die mutmaßliche Beteiligung der Investmentbank an undurchsichtigen Finanztransaktionen". "Fehler zuzugeben fällt Goldman Sachs offenbar nicht leicht. Immerhin räumt der Finanzkonzern aber Versäumnisse bei den Derivategeschäften ein, die Griechenland den Weg zum Euro-Beitritt ebneten."

Nicht nur Griechenlands Bevölkerung leidet unter den **Sparvorgaben** der EU. Im "Weser-Kurier" wurde Kritik an der neuen griechischen Regierung mit der Feststellung verbunden: "In Brüssel weiß man, dass das bisherige Rezept sehr wohl funktioniert – das haben Irland, Portugal, Spanien und sogar Zypern bewiesen." Es hat tatsächlich überall geklappt, aber zu einem unakzeptablen Preis. Die Ärmsten haben besonders gelitten, das Leiden ist nur für die Toten vorbei. Am nächsten Tag heißt es in der gleichen Rubrik: "Lange wird der junge Wilde seine Revoluzzerspielchen nicht mehr treiben können."

Leider eine weitverbreitete Meinung, die besonders von der "Bild"-Zeitung und dem Bundesfinanzminister forciert wird. Der "junge Wilde" hat bereits jetzt vielen Landsleuten das Leben erhalten. Sie haben wieder eine Perspektive! Im Artikel "Von Fingern und Mächten" vom Freitag, dem 20. März 2015, stand: "Spätestens wenn Griechenland seine Krise als Euro-Mitglied meistert, ist der Nachweis erbracht, dass die Währungsgemeinschaft auf Dauer angelegt ist und funktioniert. Dann kann die europäische Einheit vertieft werden." Diese Meinung teile ich!

Empört und erschüttert bin ich deshalb von Arpad Bondys und Harald Schumanns Fernsehfilm aus der Reihe "Die Story im Ersten". Dieser Film wird wie folgt angekündigt: "Mit dem Regierungswechsel in Griechenland ist eine Institution in den Vordergrund gerückt, die in keinem EU-Vertrag jemals vorgesehen war: die Troika. Mehr als 500 Milliarden Euro haben die Eurostaaten und der Internationale Währungsfonds den Krisenländern Griechenland, Irland, Portugal und Zypern geliehen, um sie zahlungsfähig zu halten. Aber im Gegenzug übertrugen die Kreditgeber nicht gewählten Beamten aus den drei Institutionen IWF, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission – der Troika – eine enorme Macht. Ohne jede öffentliche Kontrolle zwangen die Beamten den Regierungen eine Politik auf, die das soziale Gefüge zerreißt und die Demokratie außer Kraft setzt.

Nach dem mit dem Deutschen Fernsehpreis ausgezeichneten Film 'Staatsgeheimnis Bankenrettung' fragt der Wirtschaftsjournalist und Bestsellerautor Harald Schumann nun: Was passiert mit Europa im Namen der Troika? Die Dokumentation von Arpad Bondy und Harald Schumann analysiert Versäumnisse und die bisherige Sparpolitik in Europa, die zu den heutige Ereignissen in Griechenland führten. In allen Krisenländern forcierte die Troika eine radikale Lohnsenkung, die das Gegenteil der erklärten Ziele erzeugt: Immer mehr Menschen verlieren ihre Arbeit. So treibt das Spardiktat auch in den 'Musterländern' Irland und Portugal so viele verzweifelte Menschen in die Emigration, dass andauernder wirtschaftlicher Niedergang droht.

Gleichzeitig können die Privilegierten sich weiterhin der Besteuerung entziehen und – veranlasst von der Troika – das verbliebene Staatseigentum zum Billigpreis erwerben. So vertieft die Krisenpolitik die Spaltung zwischen Arm und Reich dramatisch und verwandelt das europäische Projekt von einer Hoffnung in eine Bedrohung." Wer den Film gesehen hat, wird meine Empörung verstehen. Die regierungsamtlichen Informationen festigen die Vorurteile der Völker, Desinformationen werden so durch Tatsachen ersetzt! Nach meinem Gespür eilt es. Macht der EZB klar: Wenn Griechenland ausgetrickst wird, hat dies eine Langzeitwirkung!

2. Im "Weser-Kurier" wurde das Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft vorgestellt: "Die europäischen Volkswirtschaften dümpeln vor sich hin, etliche schrumpfen sogar: die spanische und die italienische seit 2010 um drei, die portugiesische um vier, die griechische gar um 22 Prozent. Das liegt an einer ausgeprägten Investitionsschwäche: Wo nicht investiert wird, schrumpft die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit steigt, das Land verarmt." Treffender können die Auswirkungen der Sparvorgaben der EU kaum zusammengefasst werden!

Die Lösung, weiteres Geld zur Ankurbelung der Wirtschaft anzubieten, ist umstritten: Damit die Staaten sich in dieses Programm einbringen und eventuell eine weitere Verschuldung vornehmen, will die EU alle Mitgliedstaaten, die dem Fonds Geld geben, bei der Kontrolle, ob die Obergrenzen des Pakts eingehalten werden, "wohlwollend" behandeln. Es geht um über 300 Milliarden Euro. Nicht eingegangen ist der Artikel auf die geplanten besonderen Sicherheiten für die Investoren.

Die bisherigen Projekte in Deutschland mit einer Finanzierung in "öffentlichprivater Partnerschaft" wurden für den Steuerzahler immer wesentlich teurer. Die Investoren haben sich meist eine Mindestgewinn-Zusage ertrotzt. Wo da noch die Notwendigkeit für eine bessere Absicherung besteht, erschließt sich für mich nicht. Die kommende Schuldenbremse in Deutschland schwächt die Verhandlungsbasis der öffentlichen Hand gegenüber den Kapitalgebern nochmals erheblich! Investitionen in die privaten Unternehmen scheitern augenblicklich oftmals an den vorhandenen Liquiditätsreserven der Unternehmen.

Diese Programm von Herrn Juncker steht im Wettbewerb zur Geldflut der Europäischen Zentralbank: Herr Draghi kauft jeden Monat für 60 Milliarden Euro An-

leihen und Schuldverschreibungen. Es geht um über eine Billion Euro. Die ersten Auswirkungen: Der Wechselkurs des Euros fällt, der Dax explodiert, die Kaufkraft des Inhalts der Lohntüte schrumpft. Alles wie geplant! Die Begründung des Programms war die Deflation; die Preissteigerungen waren Herrn Draghi nicht hoch genug. Die Ursache waren aber lediglich die sinkenden Energiepreise: Weil der Euro an Wert verliert, müssen wir entsprechend mehr für importierte Energie und alle anderen Importe bezahlen.

Die Überlappung beider Programme wird auch aus der Einschätzung von "N-TV" für die Ankäufe der EZB sichtbar: "Das frische Geld kommt im Idealfall über die Geschäftsbanken, denen die Zentralbank Anleihen abkaufen will, in Form von Krediten bei Unternehmen und Verbrauchern an. Das könnte Konsum und Investitionen anschieben." Der "Weser-Kurier" meldet: "Dax durchbricht die 12.000-Punkte-Marke, Experten warnen vor Spekulationsblasen" und verweist auf das Wechselrisiko: "Im vergangenen Jahr bekamen sie für einen Euro im Schnitt 1,33 Dollar, zuletzt waren es gerade noch 1,05 Dollar."

3. Die Freihandelsabkommen sind immer für eine negative Überraschung gut. In einem Entwurf soll stehen, dass dieser Vertragstext auch fünf Jahre nach dem Inkrafttreten nicht veröffentlicht werden darf. Bei der Maut soll eine Investorenschutzklausel mit Schiedsgericht vereinbart sein, zwischen dem deutschen Minister und deutschen Unternehmen. Der Vertragstext ist geheim, siehe 492. Bremer Montagsdemonstration. Wieso? Gehen Sie zu dem Abgeordneten Ihrer Wahl in die Sprechstunde, machen Sie ihm klar, was Sie von dieser Geheimhaltung halten und was Sie erwartet!

Zwar werden weitere Details der Freihandelsabkommen bekannt, aber noch immer wird getrickst und geschwiegen. Bei "Quer" vom 19. März 2015 wird der Bericht über TTIP wie folgt angekündigt: "Da gibt's erhebliche Risiken. Christoph Süß spricht mit Thilo Bode über das geplante Freihandelsabkommen mit den USA. Bode ist Volkswirt, arbeitete für 'Greenpeace' und gründete die Verbraucherschutzorganisation 'Foodwatch'."

Herr Bode stellt sein Buch vor. Bereits die erste Frage nach dem Gen- Anbau zeigt die Eingriffe von TTIP, insbesondere durch die Investorenschutzklausel. Bei TTIP ist die Geheimhaltung Programm! TTIP greift in alle Lebensbereiche ein. Wenn der Vertrag den Länderparlamenten vorgelegt wird, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Annehmen oder Ablehnen. Eine Änderung, eine Diskussion ist dann nicht mehr möglich! Ich bin für die Ablehnung, wenn nicht alles vorher offengelegt wurde und die vielen Negativklauseln beseitigt wurden. Die Industrie kann sich inzwischen weiterhin auf Standards verständigen. Zölle gibt es eh kaum noch.

Herr Bode war auch Gast bei "Titel, Thesen, Temperamente" am 22. März 2015. Der Inhalt: "Gerade stehen wir vor einer wegweisenden Entscheidung: Freihandelsabkommen wie TTIP sollen den Verkehr von Waren und Dienstleistungen vereinfachen. Die Verhandlungen zwischen Europa und den USA sind streng geheim. Die Verantwortlichen behaupten, von TTIP hänge unsere wirtschaftliche

Zukunft im Wettbewerb mit China ab. Aufgrund der massiven Proteste schwenkt die Bundesregierung gerade um und beschwichtigt, die Bürger hätten von TTIP nichts zu befürchten. "Wenn Sie sehen, wie stark China und Asien an Bevölkerungszahl und wirtschaftlichem Gewicht wachsen, dann merkt man, wie sehr Europa dabei gleichzeitig schrumpft", sagt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. "Europa braucht Partner, um in einem offenen Welthandel nicht überrollt zu werden."

Doch wollen wir das wirklich, dass sich unsere Wirtschaft an China orientiert? Dass die dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen zum Maßstab werden? Kluge Ökonomen sagen, dass sich der Wettbewerb zwischen Europa und Asien nicht am Abbau von Handelshemmnissen entscheiden wird, sondern an der Frage, wer die besten Produkte liefert. "Wie soll das denn aussehen?", fragt Thilo Bode von "Foodwatch". "Werden in zehn Jahren die Chinesen plötzlich bessere Standards haben für Lebensmittel für Babys? Das ist doch prima. Dann kaufen wir die." – "Schleich-Fernsehen" hatte am 19. März 2015 Peer Steinbrück zum Gespräch. Thema war sein neuer Arbeitgeber aus der Ukraine im zweiten Beitrag. Gut gemacht!

4. "Titel, Thesen, Temperamente" zeigte einen Beitrag über Freeports, "die steuerfreien Luxusoasen für die Kunstschätze von Superreichen": "In den Freeports lagern für ungefähr 4.000 Milliarden US-Dollar Kunstgegenstände", sagt Friedrich Schneider, Wirtschaftsprofessor an der Universität Linz. 'Davon sind 1500 Milliarden mit kriminellem Hintergrund behaftet, dass heißt sie sind hinterzogen oder gestohlen.' Besonders wichtig: die perfekte Lage neben dem Flughafen. Die Wertgegenstände werden direkt aus dem Flieger in einen der hundert Lagerräume umgeladen… Der neueste Freeport steht mitten in Europa, in Luxemburg… Dass Superreiche angelockt werden, dafür hatte Jean-Claude Juncker noch als Luxemburger Ministerpräsident persönlich gesorgt. Er brachte ein Gesetz auf den Weg, dass im Freeport Steuerfreiheit gewährt. Derselbe Mann, der als EU-Kommissionspräsident diese Woche einen Gesetzentwurf gegen Steuerdumping in Europa präsentieren ließ."

Eine Steigerung der Steuerbetrugsmöglichkeiten und der organisierten Kriminalität – und wieder Herr Juncker! Ohne die Sondervereinbarungen mit den großen und ertragreichen Konzernen in Luxemburg wäre das Steueraufkommen in Deutschland spürbar höher, auch in den anderen EU-Ländern, siehe Bremer Montagsdemonstrationen. Warum fordert Deutschland nicht die Aufhebung aller Verträge über steuerliche Vorteile von der Luxemburger Regierung? Ist auch hier die Untätigkeit eine Referenz an die Superreichen? Auch befristete Verträge können gekündigt werde. Wenn ein Steuerpflichtiger sich der Aufkündigung widersetzt – ab in die Medien! Den Rest erledigen die Verbraucher. Aber wie soll dies mit Herrn Schäuble gehen?

5. Sahra Wagenknecht hat am 15. März 2013 im Bundestag das Finanzgebaren der Banken angesprochen (Seite 12 des Sitzungsprotokolls): "Wo ist der Aufschrei der Bundesregierung angesichts des aktuellen Richtlinienentwurfs der EU-Kommission, nach dem eine Gläubigerhaftung bis 2018 ausgeschlossen werden soll? Und hören Sie doch auf, uns zu erzählen, diese elende Bankenretterei auf unser aller Kosten wäre im Interesse des Kleinsparers! Das ist nun wirklich eine der dümmsten Lügen." Die EU wollte die Straffreiheit für betrügerische Banken (Quelle: Roger Willemsen, "Das hohe Haus", Seite 151).

Die Rede von Frau Wagenknecht ist insgesamt lesenswert und trifft den Nerv! Über die Finanzgebaren der Banken ist einiges bei den vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen nachlesbar. Wie umfangreich getrickst und betrogen wurde, ergibt sich auch aus einem Bericht über die Bestrafung der Commerzbank durch die USA. Die Bank muss rund 1,5 Milliarden Euro zahlen. Im "Weser-Kurier" stand, dass die Commerzbank zur Verschleierung Kundendaten gelöscht hat. Es soll sich um rund 60.000 Transaktionen mit einem Volumen 253 Milliarden Dollar gehandelt haben.

6. Die weltweite Abschöpfung aller Informationen läuft mit Eigendynamik. Die NSA kann und will jedes Handy in eine Wanze verwandeln, auch jedes Telefon und jedes internetfähige Gerät. Samsung hat vor dem eigenen sprachgesteuerten Fernseher gewarnt. Alles ist möglich. Es wird noch ausgebaut. Die Gesichtserkennungssoftware ist auf der Zielgeraden. Dann lassen sich Gespräche, Daten, Gesichter und Personen zueinander bringen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Diese Bundesregierung sieht den Handlungsbedarf beim **Datenschutz** nicht, im Gegenteil: Mit ihrem Projekt "Industrie 4.0" werden auch geheimste Betriebsdaten ins Netz gehen. Alles ungeschützt, weil über den gesetzlich vorgeschriebenen "Hintereingang" jeder Telefonanlage in Deutschland das IT-Netz jederzeit zu knacken ist. Dieser Hintereingang ist dem Bundesnachrichtendienst bekannt – aber nicht dem Besitzer der Telefonanlage! Die Verschlüsselung von Mails findet der Bundesnachrichtendienst nicht schlimm: "Diesen Nutzern werden wir einen Trojaner auf dem Rechner platzieren. Dann lesen und hören wir weiterhin mit."

7. Atomtechnik ist unbeherrschbar. Strahlung tötet. Selten hört man dies in den Nachrichten. Zum Jahrestag der Katastrophe von Fukushima hat "3Sat" am 6. März 2015 eine Dokumentation gesendet. Die Ankündigung: "Fukushima und die Wahrheit hinter dem Super-GAU. "Wissen wir alles, was im März in den Reaktorblöcken 1 bis 4 des Atomkraftwerks in Fukushima passierte? Die Frage ist berechtigt, denn die Verantwortlichen in Japan haben nichts unversucht gelassen, um die Details und den Umfang der Katastrophe vor der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit zu verbergen."

Und in Deutschland? "Das Bundesamt für Strahlenschutz hat am Mittwoch die vom Atommüllager Asse im Kreis Wolfenbüttel ausgehenden Gefahren re-

lativiert", meldet der "Weser-Kurier". "Noch 2008 habe der damalige Bundesum-weltminister Sigmar Gabriel (SPD) die Asse als "problematischste kerntechnische Anlage, die wir in Europa finden' bezeichnet, sagte Peter Dickel vom "Asse-2-Koordinationskreis". Keiner kennt den tatsächlichen Inhalt des Lagers Asse. Ich erinnere mich noch an die Vorladung des Chefs von Siemens. Er lehnte ab: "Wir haben entsprechend den damaligen Bestimmungen angeliefert." Betrieben wurde das Atommülllager Asse nach dem Bergrecht, nicht nach atomrechtlichen Vorschriften, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

8. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen sieht die "Jugendberufsagentur auf gutem Weg: Start im Mai 2015. Jugendliche ohne Abschluss können ab dem kommenden Jahr die Unterstützung der Jugendberufsagentur Bremen-Bremerhaven in Anspruch nehmen. Als gemeinsame Einrichtung der drei Ressorts Bildung, Arbeit und Soziales, des Magistrats Bremerhaven sowie der Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven und der Jobcenter in Bremen und Bremerhaven richtet sich die Jugendberufsagentur an junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, die keinen Berufsabschluss haben. Die Jugendberufsagentur berät, begleitet und orientiert auf dem Weg zu einem Berufs- oder Studienabschluss.

Die Jugendberufsagentur kann voraussichtlich im Mai 2015 ihre Arbeit aufnehmen. Sie wird drei regionale Standorte haben und zunächst in Bremen-Mitte und Bremerhaven mit der Beratung der Jugendlichen beginnen. Der weitere Standort in Bremen-Nord wird im Laufe des Jahres 2015, spätestens zu Beginn 2016 eröffnet. Ziel der Jugendberufsagentur ist die direkte Vermittlung in betriebliche oder schulische Ausbildung oder ins Studium. Um dies zu erreichen, arbeitet sie eng und vertraglich gebunden mit den zuständigen Kammern und Unternehmensverbänden zusammen." Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wieso erst jetzt? Hört damit die Spaltung der Jugendlichen in "ausbildungsfähig" und "nicht ausbildungsfähig" auf? Für diese Frage von Jugendlichen fühlte sich Bürgermeister Böhrnsen nicht zuständig. Die Einteilung in "Kästen" erfolgt weiterhin.

Die "Jugendberufsagentur" gibt es auch in Hamburg: "Im September 2012 hat Hamburg als erstes Bundesland flächendeckend eine Jugendberufsagentur eingerichtet, um junge Menschen unter 25 in Ausbildung oder Beschäftigung zu vermitteln. Sie finden dort Beratung und Hilfe aus einer Hand. An den Vorbereitungen der Jugendberufsagentur war das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms "Perspektive Berufsabschluss" bis März 2012 geförderte Projekt "Kora" beteiligt. Das Konzept der Jugendberufsagentur wurde auf dem Bildungskongress des Deutschen Städtetages 2012 in München nun als "Best-practice"-Beispiel vorgestellt." Für Hamburg steht als Teilziel Folgendes: "Alle schulpflichtigen Jugendlichen werden so lange aktiv angesprochen, bis sie eine Ausbildung beziehungsweise Arbeit aufgenommen haben."

Dieses Teilziel macht mich nachdenklich, weil in der Vergangenheit junge Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollten, vom Sachbearbeiter des Jobcenters in ein normales Arbeitsverhältnis vermittelt wurden. Dies auch noch befristet. Ist es einfach so, dass die Jugendberufsagentur nur die Arbeit des Jobcenters und der Bundesagentur für Arbeit fortsetzt? Ich hoffe wirklich, mit mehr Möglichkeiten und Fingerspitzengefühl! Auf der Hamburger Website steht folgender Finanzierungshinweis: "Das Programm 'Perspektive Berufsabschluss' wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Europäischen Sozialfonds".

Bremen hat mit der Deputationsvorlage vom 6. Februar 2014 seine Ziele und den Weg für die Jugendberufsagentur aufgezeigt. Auf Seite 3 unten steht: "Rund 400 junge Menschen (6,8 Prozent der altersgleichen Bevölkerung) verlassen im Land Bremen jährlich das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluss... Im Jahr 2010 verfügten knapp 22 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 29 Jahren, die im Land Bremen einer Erwerbstätigkeit nachgingen, über keinen Berufsabschluss. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 wurden fast 4.600 arbeitsuchende Personen im Alter von 20 bis unter 30 Jahren als Ungelernte in den Statistiken des SGB II und III geführt, davon waren 2.000 Personen zwischen 20 und unter 25 Jahren alt."

Damit ist klar: Es besteht Handlungsbedarf. Beginnen soll alles noch vor der Wahl zur Bürgerschaft. Das "Bremer Bündnis soziale Arbeit" merkt an, es gehe hier eigentlich um Jugend-Jobcenter. Die "Jugendberufsagentur" darf keinesfalls wie die "Joboffensive", die Erwerbslose über 25 Jahre verwaltet, als "Sanktionsschleuder" missbraucht werden. Das Jobcenter wird aber scheinbar wie bei der "Joboffensive" dieses neue Konzept umsetzen. Ist es also nur alter Wein in neuem Schlauch? Die "Joboffensive" hat alle Ziele verfehlt, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Auf Seite 4 steht in der Deputationsvorlage: "Ein gewisser Anteil der Zielgruppe "verschwindet" zumindest zeitweise aus den Systemen, sodass der Verbleib bei keiner der unterstützenden Institution bekannt ist". Einige dieser "verschwundenen" Jugendlichen wurden per Sanktion auf die Straße gesetzt. Dies kann aber nur gelingen, weil die Jugendlichen sich nicht gewehrt haben. Weglaufen ist einfach... die schlechteste Lösung. – Noch Fragen? In Bremen gibt es ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Vorladen bis zur Unterschrift: Jobvermittler rekrutieren sich selbst ("Spiegel")

Erschöpft von Zehn-Stunden-Schichten: Emmely ist tot ("Neues Deutschland")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

514. Bremer Montagsdemo am 30. 03. 2015

Sinnlose Maßnahmen, eine Art vorsätzlicher Körperverletzung



1. Meine Freundin Lorena führt neuerdings regelmäßig Lamas aus. Nein, sie wohnt nicht in den südamerikanischen Anden und auch nicht in der Nähe eines norddeutschen Zoos. Obwohl sie sich privat keine Lamas hält, braucht sie keine Angst davor zu haben, von einem verärgerten Lama angespuckt oder getreten zu werden, denn Lorena kennt sich mit der Körpersprache von Lamas aus und weiß genau, dass es ihm gut geht, wenn die Ohren aufgerichtet sind und der Schwanz entspannt nach unten hängt.

Wenn hingegen die Ohren angelegt sind und der Schwanz hoch steht, fühlt sich das Lama äußerst unwohl, und es könnte dann tatsächlich mit hoch aufgerichteter Nase einen Warnschuss spucken. Nein, Lorenas Lama legt die Ohren nach hinten, den Schwanz nach unten und signalisiert so seine Unterordnung unter die ihn führende Menschenfrau. Nein, Lorenas Lama ist nicht mit einem geflügelten *Pferd* zu verwechseln, auch wenn dieses im Wappen des Templerordens als Zeichen der Armut abgebildet ist.

Doch seit in einer Folge der Reportagereihe "Team Wallraff" von RTL auf die desaströsen Zustände in deutschen Jobcentern aufmerksam gemacht wurde, ist der Ausdruck "Lamas ausführen" sozusagen zu einem geflügelten *Wort* für sinnlose **Maßnahmen** geworden. Günther Wallraff nahm selbst an einer Maßnahme des Jobcenters für Erwerbslose in Süddeutschland teil, bei der Lamas spazieren geführt werden mussten. Meine Freundin wird von der Behörde üblicherweise nur zur langzeitarbeitslosen Hilfsbedürftigen degradiert und muss als solche schon wieder ein Bewerbungstraining ertragen.

Verdammt noch mal, Lorena ist nicht nur eine gestandene Frau, eine liebenswerte, lebenskluge Mittfünfzigerin, die sowohl ein abgeschlossenes Studium als auch diverse zusätzliche Ausbildungen absolvierte! Nun muss sie 30 sinnlose Tage bei einem Maßnahmeträger absitzen, der an ihrer "Teilnahme" verdient, und wird dort bestimmt nichts Neues über Bewerbungen lernen, was sie nicht

schon aus dem Effeff könnte. Meine Freundin Lorena braucht kein erneutes Bewerbungstraining, kein Zeittotschlagen, kein Löcher-in-die-Luft-starren, sondern wünscht sich "einfach nur" eine anständige Arbeit, von der sie gut leben kann!

Stattdessen muss sie monatlich für das Jobcenter eine bestimmte Anzahl sinnloser Bewerbungen vorlegen, oft Initiativbewerbungen, weil sich aus dem Arbeitsmarkt nun einmal nicht genügend Stellenausschreibungen herauswringen lassen. Nicht bloß Wallraff hält Maßnahmen wie Bewerbungstrainings, Motivationscoachings und Lama-Wanderungen größtenteils für sinnlose Veranstaltungen. Für den Wirtschaftswissenschaftler Stefan Sell, der früher selbst ein Arbeitsamt leitete, stellen sie "eine Art vorsätzliche Körperverletzung, die man an den Leuten begeht", dar.

Solche absurden Maßnahmen ergeben für Erwerbslose keinen Sinn. Sie fühlen sich durch die Verfolgungsbetreuung nur genötigt, diesen Quatsch mitzumachen, weil sie andernfalls – ihre materielle Existenz extrem bedrohend – sanktioniert werden. Nur die Jobcenter stehen besser da, weil die Erwerbslosen auf diese Weise aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden und sie dementsprechend ganz herzallerliebst verniedlichen, schön "kleinrechnen". Ältere Hilfsbedürftige oder Krankgeschriebene werden ebenso aus der offiziellen Statistik "herausoperiert". Laut Wallraff tauchen zudem weitere 294.000 Personen ohne Job aus unbekannten Gründen nicht in der Statistik auf.

2. Bremens Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe legt die Fakten auf den Tisch und beklagt, dass nur zwei von drei erwerbsfähigen Frauen in Bremen einen bezahlten Arbeitsplatz haben. Sie bekämen im Schnitt ein Viertel weniger Geld für ihre Arbeit als Männer und, als ob das nicht schon genug wäre, eine im Alter um schier unglaubliche 60 Prozent niedrigere Rente. In den vergangenen vier Jahren seien in Bremen zwar verstärkt Frauen in Aufsichtsräte gewählt worden, doch rutsche die Stadt zugleich immer mehr in die Armut ab.

Hauffe fordert, dass der Kampf gegen Frauenarmut bei allen politischen Entscheidungen mitgedacht werden muss. Sie ist überzeugt davon, dass der Senat sehr konkret etwas tun kann, um Frauenarmut zu bekämpfen. Zum Beispiel könnte der Wirtschaftssenator nur noch Unternehmen fördern, die auf sozialversicherungspflichtige Stellen statt auf Minijobs setzen. Minijobber seien mehrheitlich Frauen. Bremen habe sich zu einer Hochburg der Minijobs entwickelt, weil dafür in der Vergangenheit Anreize geschaffen worden seien. Doch sei es nicht richtig, prekäre Jobs zu organisieren, weil sie die Armut verstärkten.

Weiterhin will die Frauenbeauftragte erstens die Finanzierung von Frauenhäusern sichern und verlangt, dass sich deren Arbeit nicht mehr über Pflegesätze finanziert, weil dies bedeutet, dass nur eine Frau, die geschlagen wird, dem Frauenhaus Geld einbringt. Es werde wieder ein fester Bremer Förderposten für Frauenhäuser gebraucht, wie es ihn früher gegeben habe. Zweitens müsse bei der "Jugendberufsagentur" die Geschlechterfrage ein zentrales Thema werden. Berufsberater sollten Mädchen nicht mehr so häufig Ausbildungen für die meist schlechter bezahlten sozialen Berufe nahelegen und sie in ihrem eigenen Wunsch danach bestärken, statt sie auf andere Ideen zu bringen. Drittens müsse Bremen mehr für Alleinerziehende tun. Außer in Berlin sei nirgends in Deutschland der Anteil von Alleinerziehenden so hoch wie in Bremen. Unternehmen müssten sich mehr auf Single-Mütter einstellen, die Stadt eine flexiblere Kinderbetreuung anbieten und mehr Ausbildungen, die sich auch in Teilzeit absolvieren ließen.

3. Laut "FAZ" bleibt die Arbeitslosigkeit zwar niedrig, doch hinterlasse der Mindestlohn tiefe Spuren: Würden umstrittene "Horrorprognosen" Realität, fielen Zehntausende Stellen weg. Neuerdings gehe die Zahl der Minijobs stark zurück, es gab bundesweit 255.000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse weniger als noch im Dezember. Die Gesamtzahl der Minijobs im gewerblichen Sektor sei um fast vier Prozent auf 6,6 Millionen zurückgegangen. Na, aber das ist doch mal eine großartige Nachricht! Der Mindestlohn wird also höchstens die prekären Jobs beseitigen, die überhaupt erst durch die vorherige Vernichtung der früheren Vollzeitstellen entstanden waren.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Festung Europa nicht durch Flüchtlingslager in Nordafrika ausbauen!



Seit Monaten jammern Bundesregierung und die "Bild"-Presse über "zu viele Flüchtlinge in Deutschland". Zwar nimmt die Bundesrepublik in Europa gegenwärtig zahlenmäßig die meisten Flüchtlinge auf, allerdings ist es auch das Land mit der größten Bevölkerungszahl der EU. Gemessen an der Einwohnerzahl folgt Deutschland 2013 (mit 1,6 Flüchtlingen pro 1.000 Einwohner) weit abgeschlagen hinter Schweden, Schweiz, Norwegen, Österreich und Belgien. Auch im internationalen Ver-

gleich müssen andere Länder wesentlich mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Während die Bundesregierung "großzügig" zugesagt hat, 20.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen, sind es im Libanon mit vier Millionen Einwohnern über 1,1 Millionen, also mehr als tausendmal so viele. Jetzt wärmt Innenminister Thomas de Maizière (CDU) eine alte Idee Otto Schilys aus dessen Zeit als Innenminister der Schröder/Fischer-Regierung wieder auf und schlägt vor, in Nordafrika sogenannte "Willkommenszentren" zu errichten. Dort, so seine Erklärung, könn-

ten Flüchtlinge ihren Asylantrag einreichen, und da werde entschieden, wer legal nach Europa kommen darf und wer in seine Heimat zurückkehren muss.

Die Menschenrechtsorganisation "Pro Asyl" rechnet mit gigantischen Zeltstädten mit Hunderttausenden Menschen und spricht von einer "apokalyptischen Vision". Sie kritisiert, außerhalb Europas gebe es keine rechtlichen Garantien für die Prüfung von Asylanträgen. Mit den "Willkommenszentren" werde vor allem das Ziel verfolgt, die Masse der Flüchtlinge zurückzutreiben und Fachkräfte zu suchen – das spart nach der zynischen Rechnung der Herrschenden Ausbildungskosten im eigenen Land. Aber wer soll diese gigantischen Lager bewachen? Wer soll von dort die Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückschicken? Was sollen dort abgewiesene Asylbewerber dann anders machen, als wieder die Hilfe von Schleusern übers Meer zu suchen?

Schon in den jetzigen Flüchtlingslagern in Europa, auch in der Bundesrepublik, leben die Menschen oft unter unwürdigsten Bedingungen. Letztes Jahr berichtete das UN-Flüchtlingswerk, dass es weltweit 50 Millionen Flüchtlinge gibt, so viel wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Ab 1. Januar 2000 sind laut "Le Monde diplomatique" 23.258 Flüchtlinge aus Nordafrika im Mittelmeer ertrunken, ungezählte Tausende starben an Hunger oder Durst, an Kälte oder Unterkühlung, erstickten in Lkws oder verdursteten beim Durchqueren der Sahara.

Mit den "Willkommenszentren" würde die Festung Europa, die sich jetzt schon mit paramilitärischen Verbänden der Grenzschutzagentur "Frontex" gegen "unerwünschte" Flüchtlinge abschirmt, um ein Festungsbollwerk "reicher". In einer aktuellen Erklärung von "Pro Asyl" heißt es dazu: "Der Evergreen 'Asylzentren irgendwo in Afrika" wird revitalisiert zu einer Zeit, in der Europa die Seenotrettung bewusst zurückgefahren hat und damit die Todesrate im Mittelmeer noch weiter steigen lässt. Über 400 Flüchtlinge sind bereits in den letzten Wochen auf dem Weg nach Europa gestorben, über 4.000 im letzten Jahr."

Gegen diese reaktionäre Politik und ihre Folgen richtet sich eine wachsende Solidaritätsbewegung mit Flüchtlingen. Immer mehr Menschen sagen: "Herzlich willkommen!", leisten uneigennützige Hilfe und kämpfen gegen Abschiebungen. Immer mehr rücken auch die Fluchtursachen – Krieg, Ausbeutung, Umweltzerstörung, Gewalt und Unterdrückung – ins Zentrum der Kritik und der Proteste. Wir brauchen eine Wende in der Flüchtlingspolitik: Für die Anerkennung der Rechte von Flüchtlingen in einer internationalen Konvention! Für ein Asylrecht für alle Unterdrückten auf antifaschistischer Grundlage!

Harald Braun

Dazu gehört Mut: Zu Wahlkampfzwecken die diskriminierte Minderheit der A.I.D.S.-Betroffenen weiter herabwürdigen (*Tierschutzpartei*)

Das "Bremer Friedensforum" ruft auf zum Ostermarsch am Samstag, dem 4. April 2015. Treffpunkt ist um 11 Uhr am Ziegenmarkt.

Um 12 Uhr findet eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt. – Wegen des Osterfestes findet die nächste Bremer Montagsdemo erst am 13. April 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt.

Sachbearbeitern, die Erwerbslosen die Zahlung sperren, passiert nichts

1. Ich drücke uns für Griechenland die Daumen! Das Land will eine fällige Zahlung nicht leisten, wenn die Troika das vereinbarte Darlehn sperrt. Dies wird Draghi und Schäuble freuen, hat der Finanzminister doch bereits vor längerer Zeit gesagt, sobald eine Rate nicht pünktlich eingeht, sind sie automatisch raus!



Eine Frau schrieb mir als Reaktion auf die Filmdokumentationen, auf die ich letzte

Woche hingewiesen hatte: "Ich habe das auch gesehen, und mir war das Ausmaß der Schweinereien nicht bekannt. Dass es dabei niemals um das Wohl der Menschen ging, war mir schon klar, aber dies übertrifft noch meine schlimmsten Befürchtungen – vor allem, wenn man sieht, dass Presse und ein Großteil der Menschen in unserem Lande mal wieder alles schlucken."

Spätestens durch diese Dokumentationen ist klar geworden, dass die Staaten die Bankschulden übernommen haben und dass die dadurch entstandenen Staatsschulden durch tiefe Einschnitte in den sozialen Bereich zurückgezahlt werden sollen, zulasten der Menschen. Gleichzeitig läuft in Luxemburg weiterhin die legale Reduzierung der Steuerschuld durch einen Vertrag mit Luxemburg, egal wo diese Gewinne erwirtschaftet wurden! Aus den Filmberichten ergibt sich auch, dass die Troika nichts veranlasst hat, was den Interessen der Reichen schaden könnte, im Gegenteil.

Der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel fordert für Griechenland "ein Programm gegen Armut, eine Reduzierung des Kapitaldienstes, den Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen und eine Politik der Bekämpfung von Korruption, Steuerhinterziehung und Kapitalflucht". Zur Troika sagt er: "Das waren ein paar arrogante Lümmel. Wenn ich Beamter gewesen wäre in Griechenland, ich hätte die rausgeschmissen. So autoritär und so brutal, wie die aufgetreten sind."

Es bleibt die Frage, über Griechenland hinaus: Sind diese Institutionen gut für die Völker Europas? Ist die Bundesregierung eigentlich bereit, Entscheidungen für die Not leidenden Menschen in Griechenland zu unterstützen? Sahra Wagenknecht meint: "Merkels Starrsinn kostet deutsche Steuerzahler Milliarden. Nur bei

einer radikalen Abkehr von der gescheiterten Bankenrettungs- und Kürzungspolitik wird Griechenland irgendwann wenigstens einen Teil seiner Schulden zurückzahlen können."

Welche Auswirkungen die Armut per Gesetz in Griechenland hat, geht auch aus Gregor Gysis Rede vor dem Deutschen Bundestag hervor. Die Zwischenrufe zeigen die Einstellungen der anderen. Festzustellen ist, dass die Hetze der Völker gegeneinander ad absurdum geführt wurde. Wer noch immer nicht überzeugt ist, komme einfach zum weiteren Austausch zur Bremer Montagsdemonstration, das nächste Mal in der Woche nach Ostern!

2. Um das Finanzgebaren ging es auch in dem Fernsehbeitrag "Geld regiert die Welt". Dort wurden die Finanzverflechtungen rund um den Globus geschildert, etwa die Macht von Black Rock durch Verwaltung eines Geldvermögens von über 4.000 Milliarden US-Dollar. Die Praxis der Geldverwalter akzeptiert keinen Spielraum für soziales Verhalten.

Am Umgang mit der WMF werden der Abbau der Arbeitsplätze, die Verlagerung ins Ausland und die Versteuerung im Steuerparadies aufgezeigt. Deutlich wird auch, was die Menschen dabei empfinden, warum sie innerlich längst gekündigt haben: Die Unternehmenskultur ist nicht mehr vorhanden. Offen geblieben ist, wann und wie die Regierungen auf diese Gefährdung unserer Werte reagieren wollen.

Im Film "Betongold – Wie die Finanzkrise in mein Wohnzimmer kam" wurden die Empfindungen von Mietern herausgearbeitet: Wie überstehe ich den Druck eines Immobilienverwerters? "Aus den Mietwohnungen sollen luxuriöse Eigentumswohnungen werden. Und leere Wohnungen verkaufen sich am besten. Mehr als zwei Jahre begleitete die Regisseurin den Umwandlungsprozess mit der Kamera aus der Perspektive der Hausbewohner. Sie alle wollten bleiben und sich gegen Luxussanierung und Verdopplung der Mieten wehren." Nebenbei zeigt dieser Film, dass auch die neue Mietpreisbremse gerade dieses Vorgehen nicht bremst!

3. Die "Jugendberufsagentur" soll Jugendlichen helfen. Ich hoffe, es geschieht mit viel Fingerspitzengefühl! Die Vorbereitung war speziell bremisch, obwohl Hamburg bereits seit September 2012 eine "Jugendberufsagentur" hat. Seit Jahren ist Bremen Spitzenreiter bei den Schulabbrechern und hat eine Mangelverwaltung für die Bildung. Bremen hat die Einstellung der Schulsoziallehrer hinausgezögert und sie frühzeitig gefeuert, siehe 172. und 429. Bremer Montagsdemonstration. Bremen hat, obwohl Träger der "Roten Laterne", die Erwachsenenschule zusammengestrichen.

Der damalige Bildungssenator Herr Lemke hat dies sinngemäß so kommentiert: Wer es im ersten Anlauf nicht schafft, hat Pech gehabt! In Bremen fehlen einfach Lehrer und auch Unterrichtsmaterial, seit Jahren! Die Aussicht auf Einsicht wird auch hier durch die Schuldenbremse beeinträchtigt. Das Tun scheitert am Haushalt, entsprechend den Vorgaben des Sparkommissars, siehe 445. Bremer

Montagsdemonstration. Obwohl Bremen ohne Unterstützung für die Altschuldentilgung keinesfalls einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen kann, wird am Notwendigsten gekürzt!

4. Günther Wallraff hat erkunden lassen und "unglaubliche Machenschaften in Jobcentern aufgedeckt" Die Bundesagentur für Arbeit war bereits vor der Sendung besorgt und erinnerte ihre Mitarbeiter daran, jeden Kontakt mit Journalisten zu melden. Anschließend schrieb sie: "Gestern Abend wurde die RTL-Sendung "Team Wallraff" zum Thema Jobcenter ausgestrahlt. Wir nehmen die dort geschilderten kritischen Sachverhalte sehr ernst. Wo systematisch Fehler und Mängel vorliegen, wollen wir gemeinsam mit Ihnen nach guten Lösungen suchen."

Die Antwort des Personalrats Hannover zeigt, dass der Vorstand die Angelegenheit *nicht* ernst nimmt: "Abgesehen davon erscheint ein Vorstand, der nicht weiß, was in dem von ihm zu verantwortenden Bereich vor sich geht, nicht gerade in einem guten Licht. Das wäre auch nicht besser, wenn man annehmen müsste, er wolle die Realität gar nicht zur Kenntnis nehmen." Was das "Team Wallraff" aufgedeckt hat, ist tiefgreifend, aber für uns nichts Neues. Es ist trotzdem sehr gut, dass der Sachverhalt auch von Nichtbetroffenen erneut bestätigt wird.

Die "Huffington Post" schreibt: "Einem RTL-Reporter gelang es als erstem TV-Journalisten, über einen längeren Zeitraum undercover in mehreren Jobcentern zu recherchieren. Er war als Praktikant getarnt. Sein Fazit: Die angestaute Wut und der Stress der Mitarbeiter seien riesig, der Wunsch nach Veränderungen groß. Dies würden drei Aussagen von Mitarbeitern belegen, die stellvertretend für viele stehen: "Da wird nur Arbeitslosigkeit verwaltet", "letztlich ist das Jobcenter eine Institution, die so viel mit sich selbst zu tun hat, dass wir gar keine Kunden brauchen", "aus meiner Sicht sind Jobcenter heute immer noch Geldverbrennungsmaschinen mit einer völlig desolaten Personalstruktur".

Auch Teamleiter Wallraff erlebte hautnah, wie Hartz-IV-Empfänger in völlig sinnlose Maßnahmen gesteckt werden. Als Tourist getarnt, führt er zusammen mit Langzeitarbeitslosen Lamas in Süddeutschland spazieren." Auf "Altona bloggt" steht unter "Verheizt und aufgeladen" die Schlussfolgerung: "Agiert werden muss auf beiden Seiten. Das System ist in meinen Augen nicht reformierbar, und Konsequenzen, auch personell, müssen folgen. Es gehört abgeschafft."

5. Sozialrechtler Harald Thomé mailt: "Das Bundessozialgericht urteilte mit Datum vom 23. Juli 2014 (Aktenzeichen B8 SO 14/13 R), dass für volljährige Menschen mit Behinderung im Elternhaus und in Wohngemeinschaften der 100-Prozent-Regelsatz zu zahlen ist. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat unter anderem mit Erlass vom 8. August 2014 und in späteren Schreiben die Nichtanwendung der Umsetzung der BSG-Rechtsprechung angeordnet. Durch den öffentlichen Druck konnte das BMAS zurückgedrängt werden. Zwei Jahre Rückwirkung ohne Extra- Überprüfungsantrag ist auch eine Hausnummer! Daher sollte öfters mal Druck ausgeübt werden." Also ran! Ohne Überprüfungsantrag den

100-Prozent-Regelsatz rückwirkend für zwei Jahre beantragen, und nicht auf die "lange Bank" schieben, denn das Ministerium erwägt eine erneute Ignoranz der Bundessozialgerichtsurteile!

Thomé schreibt weiter: "In Krefeld kam es zu einem Hausbesuch zur Ermittlung einer Einstehensgemeinschaft. Es wurden ein Fragebogen im Krefelder Selbstlaborat verwendet, Daten über einen angetroffenen Hund ermittelt und weitergegeben und vieles mehr. Den Kollegen der Krefelder Erwerbslosenberatung hat es gereicht, und sie haben den Vorgang zur Prüfung an den Bundesdatenschutzbeauftragten vorgelegt. Ich rate an, vergleichbare Vorkommnisse zur fachaufsichts- und datenschutzrechtlichen Prüfung vorzulegen." Auch diese Entgleisung des Jobcenters passt zu den Ermittlungen vom "Team Wallraff"!

6. Was passiert eigentlich mit Jobcentermitarbeitern, die Erwerbslosen die Zahlung sperren? Nichts. Wenn der Erwerbslose sich daraufhin nicht mehr meldet, wird die Akte geschlossen und ein "Vermittlungserfolg" verbucht. Wenn der Erwerbslose sich meldet, war es oftmals ein "unerklärlicher Programmfehler", und die Auszahlung erfolgt bei Hartnäckigen sofort, über den Kassenautomaten in bar. Angefallene Mahn- und Bankgebühren will das Amt nicht übernehmen. Es wird mündlich abgewimmelt. Das ist aber nur erfolgreich, wenn Sie nicht die Erstattung beantragen und bei einer Ablehnung notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen!

Das Jobcenter Grützburg ist wegen solcher **Zahlungsstreichungen** in die Schlagzeilen geraten. Die geschilderten Sachverhalte ergänzen sich bestens mit den Feststellungen vom "Team Wallraff"! In Bremen wurde einem Erwerbslosen, der dem Amt als Drogenabhängiger bekannt war, die Regelleistung nur tropfenweise und in unregelmäßigen Abständen ausgezahlt, obwohl unstrittig war, dass er ein Kleinkind zu versorgen hatte. Trotzdem wurden seine Vorsprachen nicht ernst genommen. Er wurde durch die Instanzen geschickt, statt dass die verschieden Ämter den Anspruch und die Verrechnung intern geklärt hätten. Wussten die Sachbearbeiter nicht, dass Drogenabhängige besonders auf einen geregelten Tagesablauf angewiesen sind?

Ein unregelmäßiger Geldeingang ist da bereits ein großes Problem. Die Bagis, Vorläuferin des Jobcenters, hat die Zahlungen absichtlich nicht ausgeführt und als Druckmittel gegen den Erwerbslosen eingesetzt. Wie das mit den Überweisungen et cetera in diesem Amt genau lief, ist im Untersuchungsbericht festgehalten und vom "Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe" treffend kommentiert. Für die Sachbearbeiter der Bagis blieb dieses Fehlverhalten folgenlos!

Donnerstag, der 16. April 2015 ist bundesweiter dezentraler Aktionstag im Rahmen der Kampagne "Auf Recht bestehen", die wir dieses Jahr fortsetzen und zu der wir gemeinsam mit anderen Erwerbslosen-Netzwerken aufrufen. Bitte macht mit und beteiligt euch! Besprochen wird dies auf der nächsten Bremer Montagsdemonstration am 13. April 2015. – Noch Fragen? In Bremen gibt es

ein gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr in Bremens "guter Stube". Wir haben ein offenes Mikrofon – für Lob und Tadel, nicht für Nazis und nicht für Rassisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Merkel-Merkantilismus: "Wachstum entsteht nur durch Wettbewerbsfähigkeit" – gegenüber dem Mars? ("Nachdenkseiten")

Druck aufs Flugpersonal: Hat sich ein depressiver Kopilot an seinem Arbeitgeber durch einen Massenmord gerächt? ("Rote Fahne News")

Kirchenstaat Deutschland: "Das Leben des Brian" darf zu Ostern nicht gezeigt werden ("Stern")

In Bremen gibt es keine "Rechten" mehr: Denn bei solchen Einordnungen erlässt der Amtsrichter einen Strafbefehl ("Tageszeitung")

Erst bei der Bildung sparen, dann den "Staats-Bürger" mit Deppendeutsch ansprechen?



Warum hat sich bei den Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft in den letzten 30 Jahren der Anteil der Nichtwähler verdoppelt? Der rot-grüne Senat weiß die Antwort und wird in diesem Jahr die Trendwende schaffen: 50.000 Euro hat er zusammengekratzt, um die landesweit versandten Wahlbenachrichtigungen in "leichte Sprache" zu "übersetzen". Mit diesem Geld hätten freilich auch 100 neue Computer für Bremer Schulen oder 5.000 Schülerduden für Hartz-IV-Kinder angeschafft werden können. Der Versuch, umständliches Amtsdeutsch zu vermeiden, wäre ja

noch zu loben, doch das Ergebnis ist eine Beleidigung für alle, die sich die Mühe gemacht haben, zur Schule zu gehen und lesen zu lernen.

Welcher Legastheniker surft zum Statistischen Landesamt, nur um sich durch die dortige kleine Bleiwüste in Deppendeutsch zu quälen? Warum werden ihm falsche Schreibungen wie "Staats-Bürger" gezeigt? Es müsste "Staat-Bürger" hei-

ßen, denn das Fugen-s soll ja den Bindestrich ersetzen, nicht ergänzen. Aprilscherzwürdig ist auch der Gedanke, das überflüssige Einfügen des Verhältniswortes "von" in die Wendung "Wahl "von' der Bürgerschaft" für eine Vereinfachung zu halten, weil das folgende Geschlechtswort "der" dann nicht mehr im "schwierigen" Wesfall, sondern im "einfachen" Wemfall steht.

Fast wünsche ich mir, die Wahlbeteiligung möge noch weiter absinken, um zu zeigen: Nein, es liegt nicht daran, dass wir zu doof wären, wenn wir die Sparpolitik von euch allen scheiße finden! Spart euch diese blöden Ersatzhandlungen, die als Grund fürs Nichtwählen einen "Analphabetismus der Unterschicht" behaupten, wo Ausgrenzung durch Verarmung vorliegt! Weitere 125.000 Euro kostet übrigens der Vierfarbdruck der Parteilogos in den Wahlunterlagen, damit sich der jeweils vertretene Neoliberalismus wenigstens in der Farbe unterscheidet.

"Alle klagen über die niedrige Wahlbeteiligung, aber wenn man daran etwas ändern will, muss man auch was tun", sagt SPD-Innensenator Ulrich Mäurer. Was tut sein Senat? Macht er sich bundesweit stark für bedarfsdeckende Regelsätze? Für ein Ende der amtlichen und medialen Demütigung und Entwürdigung der Erwerbslosen? Für eine Abschaffung der meist willkürlich verhängten existenzvernichtenden Sanktionen aus nichtigstem Anlass? Weist er das Bremer Jobcenter an, nicht ständig neue Bestrafungsrekorde zu feiern? Tritt er dafür ein, dass Hartz-IV-Eltern endlich ihr Kindergeld behalten dürfen? Nichts dergleichen!

Obwohl in Bremen deutlich erkennbar wird, dass die Wahlbeteiligung gerade in jenen Stadtteilen besonders niedrig ist, wo sehr viele Menschen mit Hartz IV auskommen müssen, weigert sich der Senat, im Nichtwählen ein politisches Signal zu sehen. Stattdessen singt er das Lied von der Bildungsferne, rührt die Hartz IV beziehenden Nichtwähler(innen) mit Demenzkranken und geistig Behinderten in einen Topf und gibt 175.000 Euro aus, um den Bürger(inne)n zu suggerieren: "Diese Leute können ja nicht mal den Wahlzettel lesen. Wie sollen sie dann einen Arbeitsplatz finden?"

Geblendet vom fünfstelligen Honorar für ihre dürftigen Infoblätter und berauscht von der eigenen Bedeutung, schwadroniert Elisabeth Otto vom "Büro für leichte Sprache" der "Lebenshilfe" von einem "wegweisenden Projekt", das "in die Annalen der Geschichte eingehen" werde. Auch sie muss wissen, dass die Eingliederung aller gesellschaftlich Ausgeschlossenen um Größenordnungen teurer sein wird und zunächst einmal ernsthaftes Nachdenken über Existenzsicherung und Steuergerechtigkeit erfordert. Der versuchte Nichtwählerfang mit Deppendeutsch ist weniger als eine Alibi-Maßnahme. Es ist ein kostspieliger Missbrauch des Inklusionsgedankens, um das Scheitern der deutschen Sozialpolitik in Bremen zu vertuschen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

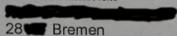
"Was beweist diese Apathie?": "Die Wähler fühlen instinktiv, dass die Entscheidung nicht mehr in den Händen des Parlaments liegt" (Karl Marx)

Die Wahlbereichsleiterin für den Wahlbereich Bremen

Die Wahlbereichsleiterin für den Wahlbereich Bremen An der Weide 14-16, 28195 Bremen

POSTWURFSPEZIAL

An den Haushalt





Sie möchten mehr Infos? Rufen Sie an: 361 89 288

Guten Tag. am 10. Mai 2015 ist die Wahl von der Bremischen Bürgerschaft. Und die Wahl vom Beirat. In diesem Brief sind zwei Hefte. Die Hefte sind Muster-Stimm-Zettel. Das weiße Heft ist für die Wahl von der Bürgerschaft. Das gelbe Heft ist für die Wahl von dem Beirat. Die Hefte sind zur Info. Sie können überlegen: · Welche Parteien Sie wählen wollen. Welche Politiker und Politikerinnen Sie wählen wollen. Die Wahl ist am 10. Mai 2015. Das ist ein Sonntag. 10. Mai 2015 Gehen Sie am 10. Mai zur Wahl. So können Sie mitbestimmen.

Bitte blättern Sie die Seite um.

| Für die Wahl gibt es Regeln: Sie dürfen die Hefte aus dem Brief nicht bei der Wahl benutzen. Die Hefte aus dem Brief sind zur Info. Die Hefte für die Wahl bekommen Sie am 10. Mai im Wahl-Lokal. Sie können Parteien wählen. Und Politiker und Politikerinnen. Sie haben 5 Stimmen. Das bedeutet: Sie können in jedes Heft 5 Kreuze machen. Wenn Sie mehr als 5 Kreuze machen. Wenn Sie mehr als 5 Kreuze machen. Zum Beispiel 3 Kreuze. Dann zählen nur die 3 Kreuze. Das bedeutet: Sie nutzen nicht alle Ihre Stimmen. |
|---|
| Diese Personen dürfen wählen: Staats-Bürger und Staats-Bürgerinnen von Deutschland. Staats-Bürger und Staats-Bürgerinnen von der Europäischen Union. Sie müssen 16 Jahre oder älter sein. Sie müssen seit 3 Monaten in Bremen wohnen. Oder länger. Mehr Infos über die Wahl gibt es im Internet. Auf der Seite: www.wahlen.bremen.de Mit freundlichen Grüßen Die Leiterin von dem Wahl-Bereich Bremen |

515. Bremer Montagsdemo am 13. 04. 2015

Für unsere Zukunft auf die Straße!



Die Jobcenter der Bundesagentur für Arbeit haben letztes Jahr eine halbe Milliarde Euro, die für die Förderung von Langzeitarbeitslosen vorgesehen war, zur Deckung ihrer Verwaltungskosten verwendet. Dies ging aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor. Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, ist weit davon entfernt, sich für die missbräuchliche Verwendung der Gelder zu entschuldigen. Stattdessen hat er neue Vor-

schläge, die Statistik zu schönen. So fordert er, den Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit zu bieten, mit zwei Stunden Tätigkeit am Tag "einzusteigen", oder ihnen zu "helfen", sich in Vereinen, Kirchengemeinden oder Wohltätigkeitsorganisationen zu engagieren. Dabei könnten sie Anerkennung erfahren und Selbstbewusstsein gewinnen.

Wenn man schon von vorneherein den Maßstab senkt, nur zwei Stunden pro Tag zu arbeiten, erhöht dies zwar die Erfolgsquote der Jobcenter, aber die Chance, wieder in einen regulären Job vermittelt zu werden, rückt in noch weitere Ferne. Die Idee, ehrenamtliche Tätigkeit als Wiedereingliederungsmaßnahme zu beschwören, ist alt, aber nur eine Neuauflage der unsäglichen Ein-Euro-Jobs. Dass es der Bundesagentur für Arbeit gar nicht daran gelegen ist, das Selbstbewusstsein der Langzeitarbeitslosen zu fördern, zeigte unter anderem die "Monitor"-Sendung "Wer sich engagiert, wird bestraft" vom 26. Februar 2015. Sie schilderte exemplarisch die Situation zweier Frauen, die sich – durchaus selbstbewusst – selber einen Ausbildungsplatz suchten, um aus der Langzeitarbeitslosenfalle zu entkommen. Da sie aber formal dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen, wurden ihnen vom Arbeitsamt sämtliche Bezüge gestrichen, und sie sind gezwungen, ihre Ausbildung abzubrechen.

Mehr als die Hälfte aller Hartz-IV-Betroffenen hat keinen Berufsabschluss, aber noch nicht mal ein Prozent kommt in den Genuss einer regulären Ausbildung. Angesichts der beschämenden Tatsache, dass Deutschland bei der Langzeitarbeitslosigkeit fast zehn Prozentpunkte über dem OECD-Schnitt liegt, bleibt Heinrich Alt nur, den Bankrott zu erklären: "Ich habe nicht die Illusion, wir könn-

ten eine Million Langzeitarbeitslose – zumal zu Mindestlohnbedingungen – erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren." Wir finden uns damit nicht ab, sondern kämpfen für unsere Interessen! Die Bundesdelegiertenkonferenz der Montagsdemonstrationen am 21. März 2015 in Kassel hat beschlossen, sich an der bundesweiten **Zukunftsdemonstration** am 23. Mai 2015 in Essen zu beteiligen. Die Koordinierungsgruppe hat den Aufruf unterzeichnet und ruft alle Montagsdemos in Deutschland zur Teilnahme auf.

Im Aufruf "Für unsere Zukunft auf die Straße" heißt es unter anderem: "Für eine Jugendkultur der Solidarität und des Zusammenhalts statt Spaltung, Mobbing und Sexismus! Für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze, Jugendzentren, Schwimmbäder, Sportplätze und Büchereien! Ein System, das der Jugend keine Zukunft bietet, hat selbst keine. Wir nehmen uns die Freiheit, über den Kapitalismus hinaus zu denken. Eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Kriege und Umweltzerstörung ist möglich – weltweit! Dafür und für weitere Zukunftsforderungen wollen wir am 23. Mai in Essen demonstrieren – überparteilich, antifaschistisch, selbstorganisiert und selbstfinanziert. Was sind eure Zukunftsforderungen? Werdet Unterstützer – per Mail an zukunftsdemo(at)gmx.de!" Und kommt im Anschluss zum 17. internationalen Pfingstjugendtreffen, dem Jugendfestival der internationalen Solidarität und Freundschaft, am 23. und 24. Mai 2015 auf der Trabrennbahn in Gelsenkirchen! Auch ab Bremen wird es eine günstige Mitfahrgelegenheit geben. Näheres bei der Montagsdemo.

Harald Braun

Warum sollten die Armen und Abgehängten das Hartz-IV-Allparteienmischmasch wählen?

1. Am 31. März 2015 strahlte die ARD das Politmagazin "Fakt" aus. In der Programmankündigung stand die berechtigte Frage "Hartz IV – Kinder als Leidtragende?" Ich war erstaunt über so eine kluge Frage im deutschen Fernsehen und erwartete fast schon ein bisschen naiv, dass Kinder deswegen als Leidtragende dargestellt würden, weil (nicht nur) der Regelsatz für sie natürlich viel zu gering ist und die "Berechnung" ganz herzallerliebst manipuliert wurde. Oh nein, weit gefehlt: Hier wurde nur wie üblich eine "Familie" vorgeführt, aus einem gesellschaftlichen Problem derart ein Individualschicksal gebastelt, dass sich mir von Anfang an die Frage stellte, ob es sich hier nicht um ein "reinrassiges" Fake handelt.



Eine von Hartz IV vegetieren müssende Familie mit zwei Kindern, natürlich jedes von einem anderen Mann, wie sie "schöner" nicht aus dem "Hetz-Katalog" hätte ausgeschnitten werden können. Leider musste ein Kind aus dem Kindergarten genommen werden, weil die Eltern die dafür nötige Gebühr von 25 Euro nicht aufbringen konnten. Schließlich musste das knappe Budget ja lieber – voll den gezüchteten Vorurteilen entsprechend – für Zigaretten, Ratenzahlungen und den Flachbildschirm ausgegeben werden. Resigniert zeigt die ewig Kaugummi in

die Kamera kauende Mutter auf die voll eingerichteten Kinderzimmer, die von den Kindern leider nicht bewohnt werden, da sie in Pflegefamilien lebten.

Vor Jahren, als die Mutter gerade Baby Louisa stillte, habe sie vom kleinen Sohn Max verlangt, er möge sich selbst etwas zu essen machen. Weil Max dies aber nicht befolgte, sei der Mama "die Hand ausgerutscht" und habe ihrem Sohn ein blaues Auge geschlagen. Daraufhin habe das Jugendamt erst Max und später auch Louisa aus der Familie genommen. Um auch kein Vorurteil auszulassen, sollen beide Eltern ein Alkoholproblem gehabt haben. Irgendwann sei es auch zu einer Zwangsräumung gekommen. In seiner neuen Umgebung wird Max als intelligenter, aber verhaltensauffälliger Junge beschrieben, der keinen Schulsport möge, nur Technik. Max wurde auch interviewt und die Fragen so gestellt, dass sich ein kleiner Junge öffentlich gegen seine Eltern gestellt haben soll.

2. In einer Zeit, in der Schlagzeilen wie "Arbeitslosigkeit sinkt auf Rekordtief", "So viele Erwerbstätige wie nie", "Ifo-Geschäftsklimaindex erneut gestiegen" auf den Titelseiten prangen, haben es Erwerbslose doppelt schwer. Die Armutsquote von Arbeitslosen in Deutschland ist die mit Abstand höchste in der ganzen EU, doch Arbeitslose sind nicht nur materiell ausgegrenzt, nein, sie werden auch noch vielfältig diskriminiert. Langzeitarbeitslose, die ALG II beziehen, sind davon am meisten betroffen. Wenn die häufigen Kampagnen der "Bild"-Zeitung suggerieren, die Arbeitslosenquote sei in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen, dann finden anscheinend alle, die arbeiten wollen, auch eine Arbeit.

Ergo wollen die allermeisten Arbeitslosen gar nicht arbeiten. Demnach scheinen die Sozialleistungen immer noch zu hoch zu sein! Dabei ist es eine durch absolut gar nichts bewiesene Behauptung, dass die meisten Arbeitslosen nicht arbeiten wollten. Wenn nach der letzten Monat veröffentlichten Arbeitslosenstatistik 542.000 offenen Stellen rund 2,9 Millionen offiziell Arbeitslose gegenüberstehen, beweist dies, dass es keinesfalls eine Frage des Willens und der eigenen Anstrengung ist, ob jemand aus der Arbeitslosigkeit heraus einen Job findet oder nicht. Nein, das Gegenteil ist der Fall: Tatsächlich hat nur ein Bruchteil der Erwerbslosen überhaupt die Chance, eine Stelle zu finden!

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass zu den rund 2,9 Millionen Arbeitslosen noch einmal rund 886.000 "Unterbeschäftigte" dazukommen, also beispielsweise Erwerbslose, die längere Zeit krank oder mindestens 58 Jahre alt sind und seit mindestens einem Jahr keinen sozialversicherungspflichtigen Job mehr angeboten bekamen, nicht zu vergessen alle diejenigen, die an einer "Schulung" teilnehmen (müssen – oft nur, damit die Trägergesellschaften daran verdienen und die Erwerbslosen aus der Statistik verschwinden). Auch an der Rentenpolitik lässt sich das kontinuierlich sinkende Ansehen ablesen, das Arbeitslosen in unserer Gesellschaft entgegen gebracht wird.

Für Langzeitarbeitslose, die noch in den Neunzigerjahren die damalige Arbeitslosenhilfe erhielten, wurden Beiträge auf der Basis von rund 80 Prozent des letzten Gehaltes in die Rentenversicherung einbezahlt, sodass sie im Rentenalter für diese Zeit eine annähernd gleichwertige Rente bekamen, als wenn sie weiter gearbeitet hätten. Seit dem Jahr 2000 wurden für sie nur noch Rentenbeiträge auf Basis der tatsächlich gezahlten Arbeitslosenhilfe bezahlt. Mit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze wurden die in die Rentenkasse bezahlten Beiträge für Langzeitarbeitslose erneut gesenkt, mit der Folge, dass ein heutiger Rentner, der 2005 und 2006 Hartz IV bezog, für diese beiden Jahre rund zehn Euro Rente pro Monat erhält. 2007 wurde der Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose in etwa halbiert und 2011 zur Krönung ganz abgeschafft.

Seitdem führt Langzeitarbeitslosigkeit auf direktem Wege in die Altersarmut. Arbeitslosigkeit wirkt sich jedoch auch gesundheitlich aus. Arbeitslose sind besonders häufig und besonders schwer krank. Der Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlichte 2010 eine Studie, wonach Arbeitslose doppelt so häufig an Krebs und viermal häufiger psychisch erkrankten wie Erwerbstätige. Die "soziale Hängematte" ist gar keine. In einer Studie des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer über Vorurteile und Diskriminierungen wurden im Zeitraum von 2002 bis 2011 vermehrte Abwertungen von als "nutzlos" und "ineffizient" deklarierten Gruppen festgestellt. Die Rede war also von Hartz-IV-Empfängern und Langzeitarbeitslosen.

Insbesondere bei Gutverdienerinnen und Gutverdienern habe die Verachtung von Randgruppen stark zugenommen. Heitmeyer spricht von einem "eisigen Jargon der Verachtung" und einer "rohen Bürgerlichkeit", die sich unter finanziell Bessergestellten etabliert hat. "In einem solchen gesellschaftlichen Klima ist es für arbeitslose Menschen verdammt schwer, menschenwürdig zu leben. Oder anders ausgedrückt: Wenn Arbeit tatsächlich unsere Religion ist, dann sind die Arbeitslosen die Exkommunizierten. Und so ist es dann höchste Zeit, diese Religion kritisch zu hinterfragen." Dabei haben unsere alten Religionen ebenso wie das Grundgesetz ganz andere Prinzipien, die den Menschen eine unveräußerliche Würde zusprechen und zwar ganz unabhängig davon, was er oder sie zu leisten imstande ist!

3. Seit den Achtzigerjahren gehen immer weniger Bremer zur Bürgerschaftswahl. Die Wahlbeteiligung sank von knapp achtzig Prozent im Jahr 1983 auf zuletzt nur

noch 55,5 Prozent im Jahr 2011. Obwohl Bremen das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre senkte und das Fünf-Stimmen-Wahlrecht einführte, konnten dadurch nicht mehr Wähler erreicht werden. Landeswahlleiter Jürgen Wayand befürchtet, dass das Parlament irgendwann seine Legitimation verliert, wenn sich die Hälfte aller Wahlberechtigten nicht mehr dafür interessiert. Autoren der "Bertelsmann-Stiftung" betonen, dass nur die wenigsten der 17 Millionen Nichtwähler in Deutschland "reflektierte Intellektuelle" seien, die aktiv und gezielt ihre Stimme nicht abgäben und dies auch gut begründen könnten.

Die Daten zeigten es zu deutlich: Je höher die Armut und Arbeitslosigkeit in einem Stadtteil, desto geringer sei auch die Wahlbeteiligung. Die Stadt spalte sich immer stärker in Gebiete der Wähler und Gebiete der Nichtwähler auf. In gutbürgerlichen Vierteln der Gebildeten und Wohlhabenderen gehen drei Viertel der Berechtigten zur Wahl, wohingegen in armen Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit nicht einmal jeder Zweite abstimmt. Die Autoren resümieren, dass sich die Nichtwähler-Hochburgen fast ausnahmslos in Stadtteilen befinden, die mit einer Fülle sozialer Probleme zu kämpfen haben, und leiten daraus ab, dass die Wahlbeteiligung um so geringer ausfalle, je höher die Arbeitslosigkeit, je niedriger die Bildung und je schlechter die Wohnungen seien.

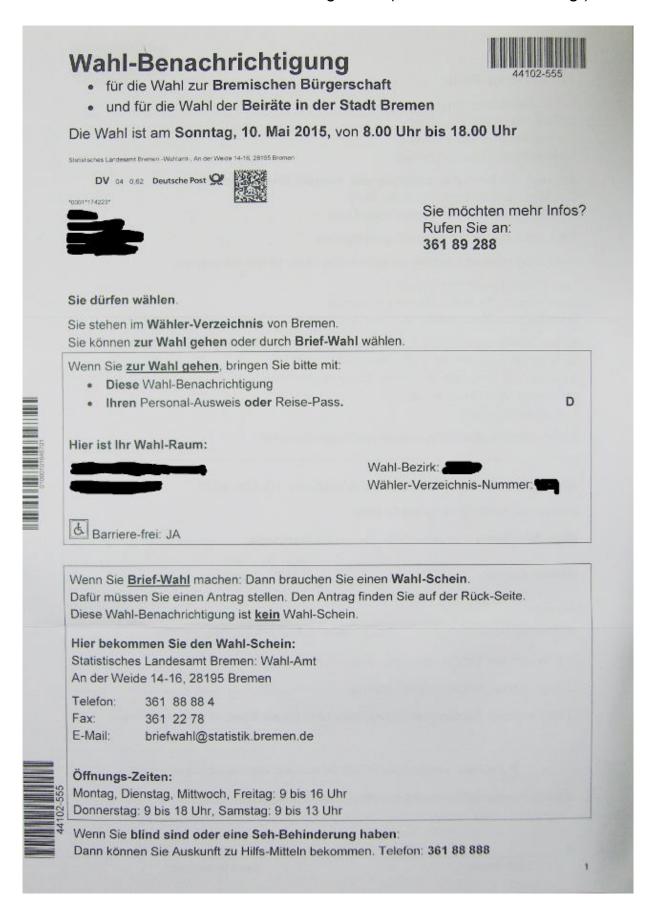
Sie folgerten, dass politische Beteiligung immer mehr zu einer "exklusiven Veranstaltung" werde. Zweifeln Bremens Politiker nun an der normalen Intelligenz der Nichtwähler, oder warum wurde ein paar Wochen vor der neuen Bürgerschaftswahl in jeden Haushalt ein Großumschlag verschickt, in dem das Wählen in "leichter Sprache" erklärt wurde? Es sei auch darüber diskutiert worden, Wahlurnen in Einkaufszentren aufzustellen. Sollten Nichtwähler damit überfordert sein, selbständig den Weg zu den für sie zuständigen Wahllokalen zu finden? Ich fürchte, hier wird etwas ganz Entscheidendes nicht verstanden oder will nicht verstanden werden!

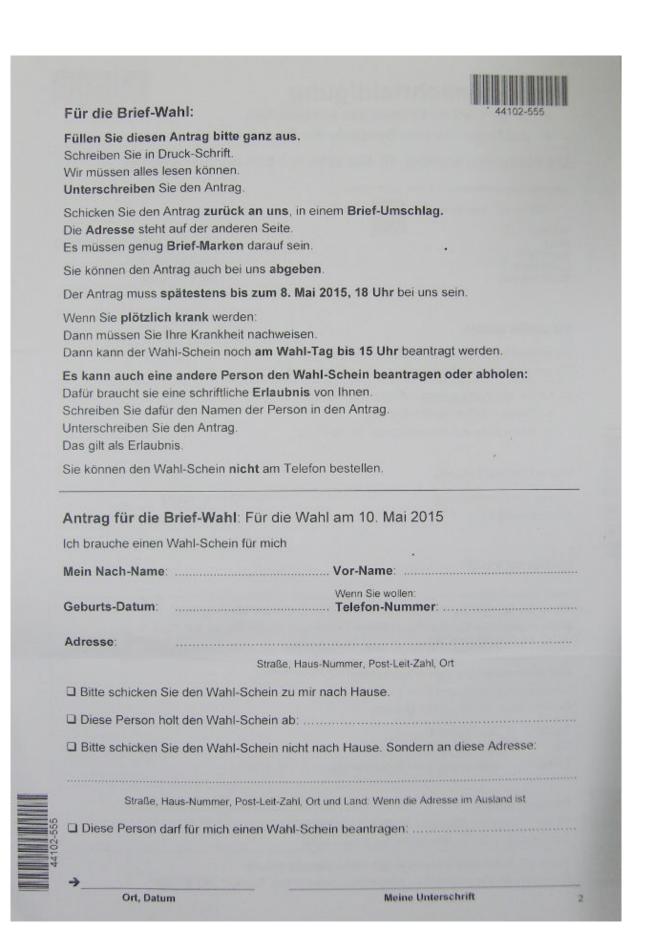
Warum in aller Welt sollten finanziell Arme und Abgehängte, gesellschaftlich Ausgeschlossene wohl auf die Idee kommen, ausgerechnet jene Politiker zu wählen, die sie abgehängt haben beziehungsweise weiter abhängen lassen und sich ganz bestimmt nicht für die Verbesserung ihrer Situation einsetzen? Die Hartz-Gesetze, die staatlich verarmen sollen, wurden von der CDU/CSU, der FDP, der SPD und den Grünen gemeinsam verabschiedet, welche sich damit für die Ausgeschlossenen und Abgehängten des Prekariates zu einem in wichtigen, für sie existenziellen Bedingungen kaum voneinander zu unterscheidenden Allparteienmischmasch gemacht haben. Das hat doch wohl kaum etwas mit mangelnder Bildung zu tun! "Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber", sagte Bertolt Brecht.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

"Schlimmer als Realsatire": Leichte Sprache ist bildungsfeindlich – und kaum jemand widerspricht dem Irrglauben, es müsse

die Sprache geändert werden, um benachteiligten Menschen Zugang zum öffentlichen Leben zu ermöglichen ("Neue Zürcher Zeitung")





"Unter-Gang von dem Abend-Land": Worin besteht die Legitimation der Bremer Recht-Schreib-Reform? ("Spiegel-Online")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 20. April 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt. Unter dem Motto "Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer! Fähren statt Frontex!" beginnt dort bereits um 17 Uhr eine Trauerkundgebung und Demonstration zum Senator des Inneren.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

516. Bremer Montagsdemo am 20. 04. 2015



516. Bremer Montagsdemonstration und Trauerkundgebung gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer (um 17:49 Uhr)

Demonstration gegen die Europa-Flüchtlingspolitik

Wie das Web-Cam-Bild zeigt, war der Marktplatz gut gefüllt, als die Mitstreiter der Montagsdemo um 17:30 Uhr kamen. Es hatte schon Vorschläge gegeben, uns dem Protest von circa 2.000 Teilnehmern, der durch die aktuellen Katastrophenberichte vom Mittelmeer aktuell verstärkt wurde, anzuschließen. Nach Beratung mit fast allen Teilnehmern haben wir uns beteiligt. Ein erster Schritt war das Ange-

bot, mit unserer Lautsprecheranlage die akustische Ausstrahlung zu verstärken, was gerne angenommen wurde.



Nach Redebeiträgen der Veranstalter von "No Lager" fand dann die Demonstration vom Marktplatz zum Sitz des Innensenators an der Contrescarpe statt. Dort gab es weitere Redebeiträge, die wir wieder mit unserer Lautsprecheranlage weiter verbreiteten. Verlesen wurde eine Stellungnahme des Innensenators Mäurer, in der er eine Veränderung der EU-Flüchtlingspolitik fordert. Die Mitstreiter für eine andere Flüchtlingspolitik in Europa und in Bremen werden diese Aussagen zum Maßstab nehmen in der weiteren Aktivität.

Eindrucksvoll und berührend war der Redebeitrag eines ehemaligen afrikanischen Flüchtlings, der diese ganze Dramatik, diese Angst und den Kampf um richtiges Verhalten unter den Flüchtlingen in den Booten, damit sie nicht kentern, so einfühlend darstellen konnte. Es waren auch kleine Kinder bei der Demonstration, deren natürliches Interesse und Verhalten deutlich machte, welche Kraft die Eltern und "Mitreisenden" brauchen, um solche Strapazen heil zu überstehen. Wir alle trauern mit den Überlebenden und den Familien in fernen Ländern um die nicht zu zählenden Toten. Lautstark und kämpferisch ging es dann noch durch das Viertel zum Ziegenmarkt.

Die Anlässe wie heute werden immer kurzfristiger und vielfältiger, wo sich Gegner der herrschenden Politik gemeinsam wehren und wehren werden, mal zu diesem, mal zu jenem Thema. Wir wollen die Mitstreiter, die nicht mitgegangen sind, weiter überzeugen, dass sie sich der Vielfalt der Angriffe und der Zusammenarbeit selber weiter stellen müssen, sonst bleiben sie hinter der aktuellen Politik zurück. Heute war kein Raum für andere Beiträge, die auch wichtig gewesen wären, wie der 5. Jahrestag der Explosion der "Deepwater Horizon" oder der Jahrestag von Tschernobyl. Das wird nächste Woche kommen.

Jobst Roselius – siehe auch "Rote Fahne News"

Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer!

Bei dieser Bremer Montagsdemonstration stand die Erschütterung, das Grauen vorn: Die unfassbare und leider doch absehbare Tragödie der Tötung mit Ansage! Am 19. April 2015 kam um 15:14 Uhr der Aufruf zur Trauerkundgebung von "No

Lager" und "Afrique-Europe-Interact" über den Verteiler. Der bremische Innensenator hat dann am 20. April nachmittags folgende Presseerklärung abgegeben:

"Innensenator Ulrich Mäurer hat sich nach dem jüngsten Unglück mit befürchteten rund 900 ertrunkenen Flüchtlingen vor der libyschen Küste für eine Wiederauflage einer gezielten Seenotrettungsaktion auf dem Mittelmeer ausgesprochen und fordert Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) dringend auf, seine bisherige Haltung zu ändern. Italien hatte nach mehreren Flüchtlingstragödien mit mehreren Hundert Toten im Oktober 2013 für ein Jahr die Marineoperation "Mare Nostrum" ins Leben gerufen und in diesem Zeitraum weit über 100.000 Menschen gerettet. Fehlende finanzielle Unterstützung seitens der EU für das monatlich circa neun Millionen Euro teure Programm hat Italien dazu bewogen, das Programm einzustellen. Die EU hat daraufhin lediglich ein von den Aufgaben nicht vergleichbares Programm "Frontex Plus" aufgelegt.

Kritiker wie Bundesinnenminister de Maizière lehnen eine Wiederauflage einer Marineoperation wie "Mare Nostrum" ab, da es einen weiteren Anreiz für Flüchtlinge biete, die gefahrvolle Fahrt übers Mittelmeer zu wagen und damit kriminellen Schleuserbanden in die Hände spiele. Mäurer hält dagegen: "Es ist die schiere Verzweiflung, die Menschen antreibt, alles hinter sich zu lassen und sich auf den gefahrvollen Weg nach Europa zu machen. Dieser Verzweiflung dürfen wir nicht Abschreckung entgegensetzen." Zu einer humanitären Flüchtlingspolitik gehörten die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern, eine maritime Rettungstruppe auf dem Mittelmeer sowie legale Möglichkeiten zur Einwanderung nach Europa, so Mäurer."

Er hat das Problem verstanden. Die Lösungsmöglichkeiten sind altbekannt. Diese Presseerklärung wurde von den Veranstaltern vor dem Dienstsitz vom Innensenator verlesen und gelobt, aber es wurden die entsprechenden Taten eingefordert. Ein "Reisebericht" über die Flucht per Schiff war ergreifend. Es wurden auch der Weg der Flüchtlinge nach der Landung per Schiff in der EU geschildert,



die Rahmenbedingungen für den Asylantrag angerissen und das System der Aufteilung der Flüchtlinge kritisiert. Die Menschen haben keine Wahl: Sie werden zugewiesen und müssen dort bleiben. Die Demonstration oder der Trauermarsch verlief friedlich. Die Polizei hielt sich im Hintergrund. Eine Presseerklärung hat sie nicht veröffentlicht. Die Veranstalter planen weitere Aktionen.

"Radio Bremen" hat über die Tragödie berichtet. In der Ankündigung für den Bericht steht: "Die italienische Marineoperation "Mare Nostrum" wurde von der Europäischen Union aus Geldmangel nicht weiter unterstützt und im Oktober 2014 eingestellt." Auf dem Trauerzug wurden die Aufwendungen für "Mare Nostrum"

und den nächsten G7-Gipfel ins Verhältnis gesetzt: Er kostet wesentlich mehr als ein Jahr "Mare Nostrum"! Bei einem Gespräch mit Rainer Kahrs von "Radio Bremen" im Bremer Theater hat Selmin Caliskan, Generalsekretärin von "Amnesty International", Taten gefordert, weil Worte nicht reichen, und an bisherige Vorschläge erinnert.

Die zuständigen Politiker benutzen "Frontex" zur Abschottung der EU-Außengrenzen, nachzulesen unter der 434., 444. und 471. Bremer Montagsdemonstration. Die Seeleute von "Frontex" haben die griechischen Grenzer angelernt, wie Schlauchboote zerstört, Proviant beschlagnahmt und die so Geschwächten zurück aufs Meer gejagt werden. Die Seeleute von "Frontex" mussten erst per Dienstanweisung zur Seenotrettung verpflichtet werden. Ob es geholfen hat? Wie so eine Flucht abläuft, wurde von "Phönix" in "Tod vor Lampedusa" geschildert, siehe 498. Bremer Montagsdemonstration. Die Menschen sind bereits auf dem Landweg lange unterwegs. Zum Teil vergehen mehrere Jahre, bis sie das Mittelmeer sehen. Der Bericht ist sehr detailliert und daher erschreckend. Die EU finanziert allen Nachbarstaaten die Abschottung der Außengrenzen zur EU. In Libyen sind die Reporter auf ein Gefängnis aufmerksam gemacht worden. Die Inhaftierten wollten nach Europa. Sie wurden erwischt und eingesperrt, zusätzlich schlecht versorgt und misshandelt. In Libyen herrscht halt Chaos!

In der Ukraine werden nicht nur Menschen, die in die EU wollen, inhaftiert. "Report Mainz" hat ermittelt: "Seit Jahren werden regelmäßig Flüchtlinge vom EU-Hoheitsgebiet – etwa aus Ungarn oder der Slowakei – ohne Chance auf ein Asylverfahren in die Ukraine zurückgeschoben. Das bestätigte ein Experte des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Interview mit dem ARD-Magazin "Report Mainz" und dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Demnach werden die zurückgeschobenen Flüchtlinge in der Ukraine dann bis zu einem Jahr lang inhaftiert – in speziellen Haftanstalten, die von der EU mitfinanziert werden. Zurzeit befinde sich eine weitere solche Haftanstalt für Migranten im ukrainischen Martiniwske kurz vor der Eröffnung."

Die Gefängnisse, das Personal und die Versorgung der Flüchtlinge werden von der EU bezahlt. Nach Ablauf der Verweildauer von circa einem Jahr in diesen Gefängnissen schiebt die Ukraine die Menschen ab. Wohin? Nicht in die EU! Solche Gefängnisse werden von "Frontex" für alle Nachbarstaaten der EU geplant. Die Staaten erhalten alle Ausgaben ersetzt und obendrauf noch zusätzliche Vergütungen, also eine Belohnung! "Frontex" ist eine Dienststelle der EU, das heißt der Haushalt von "Frontex" muss durch die EU-Gremien. Keiner hat es gemerkt? Das glaube ich nicht! Die Abschottung und die unterlassene Hilfe sind politisch gewollt, die erfindungsreiche Umsetzung durch "Frontex" ebenfalls.

Die Überwachung des Mittelmeers aus dem Weltraum erfolgt bereits seit Jahren und wird laufend verbessert. Es passieren auch Pannen. So fuhr ein "Frontex"-Schiff in unmittelbarer Nähe eines gekenterten Schiffs unbeirrt weiter. Die Begegnung wurde angezeigt. Die Prüfung ergab, der Vorfall könne nicht geklärt werden. Die Satellitenbilder seien nicht mehr vorhanden, auch nicht auf der Datensiche-

rung. Kommentar des Kommandanten: "Pannen passieren". Das Verhalten der "Frontex"-Matrosen blieb ohne Folgen für sie. Das Flugblatt der Veranstalter zitiert "Frontex"-Chef Gil Arias, der vor einigen Monaten unumwunden eingeräumt hat: "Wir sind keine Agentur, die sich mit der Lebensrettung auf hoher See befasst!"

In Deutschland sind manche Menschen etwas "reserviert" gegenüber Fremden. An Laternen, insbesondere in Bayern klebte die Forderung "Maut für Ausländer". Sie wird jetzt tatsächlich eingeführt. "Wer betrügt, der fliegt", lautete ein Wunsch der CSU. Die Wirklichkeit wird von der "Welt" hinterfragt und zeigt das Absurde, ganz ohne die Vorgänge rund um den Bayerischen Landtag. Die ARD hat ebenfalls nachgeschaut und aufgrund der gefundenen Fakten festgestellt: "Ausbeutung von Zuwanderern – wer betrügt, profitiert".

Nun eine Bitte zwischendurch: Sehen und hören Sie sich die verantwortlichen Politiker genau an! Was sagen sie heute? Was haben sie gestern gesagt? Was haben sie getan oder unterlassen? Wie es sich anfühlt, vor dem Krieg wegzulaufen, haben auch Deutsche auf ihrer Flucht vor der Roten Armee erfahren. Mir wurde auch erzählt, wie es ist, im Bunker zu sitzen und die Einschläge zu hören. Es war grauenhaft! Wollen wir wirklich diese Abschottung? Ich nicht! Sie geschieht nicht in meinem Namen! Politiker, seid ihr sicher, dass dies der Wille der Menschen in Europa ist? Die Wähler werden euch bei der nächsten Wahl wegkreuzen!

Doch wie fühlen sich die Flüchtlinge im Alltag in Deutschland? Sie langweilen sich. Wenn Kontrollen erfolgen, werden garantiert die Menschen mit Migrationshintergrund kontrolliert, egal ob der Fahrschein oder die Personalpapiere geprüft werden. Die Polizei bestreitet dies. Trotzdem ist es meine Erfahrung, auch das Vorurteil, dass schwarze Afrikaner mit Drogen handeln. Seit dem 2. Januar 2015 wurde nun die Residenzpflicht für Asylbewerber überwiegend aufgehoben. Die Polizeikontrollen nach Hautfarbe müssten sich dadurch erübrigen. Ohne Anlass darf die Polizei nur in Ausnahmefällen Kontrollen durchführen.

In Bremen hat dieses Vorurteil einem Menschen das Leben gekostet. Zu diesem Zeitpunkt war der Brechmitteleinsatz bereits strittig, später wurde er verboten. Der Brechmitteleinsatz sollte bereits im Vorfeld unterbleiben. Der damalige Innensenator wusste nach eigener Aussage nichts von dieser Richtlinie. Hat er damals bereits seine Weiterbildung zum Notar begonnen? In einem kurzen Video erklärt ein schwarzer Vater seinem Sohn: "Egal was ein Polizist von dir verlangt, tu es!" Deprimierend. In dem Video war auch ein schwarzer Mensch stilvoll mit Binder und Anzug zu sehen. Er stand in einer geschmackvoll eingerichteten Stube. Er ist Abteilungsleiter in einem deutschen Unternehmen und machte ein ernstes, sorgenvolles Gesicht. Asylbewerber(inne)n ist das Arbeiten erst nach drei Monaten erlaubt, und auch dann haben Deutsche Vorrechte.

Privates hat in den Aufnahmelagern keine Chance. Die Verweildauer ist einfach zu lang, die Lager sind überfüllt. Bremen will die Flüchtlinge vorzeitig mit Wohnungen versorgen. Die Menschen sind glücklich, hier bei uns zu sein, alles andere wird sich finden. Sie sind optimistisch für die Zukunft. Doch je länger und

eintöniger der Aufenthalt sich gestaltet, umso mehr kehrt die Verzweiflung zurück. Es folgen der Kampf um die Anerkennung der Ausbildung und Auseinandersetzungen mit dem Ausländeramt und vielen Vorschriften. Wir haben daher viele Menschen mit Diplom für einfachste Arbeiten. Was für eine Verschwendung von Möglichkeiten! Es ist eine weitere Diskriminierung dieser Menschen. Ich habe dieses Thema absichtlich breit angerissen, um aufzuzeigen: Es gibt viel zu tun! Mir fehlen die Worte. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Fähren statt Frontex!

Genug ist genug! Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer! – In der Nacht von Samstag auf Sonntag sind nach jüngsten Schätzungen über 750 Bootsflüchtlinge 73 Seemeilen nördlich der libyschen Küste auf dem Weg nach Italien ertrunken. Sie waren an Bord eines 30 Meter langen Kutters, der kenterte, als sich das Frachtschiff King Jacob näherte, um Hilfe zu leisten. Es gibt nur wenige Überlebende.

Es ist die größte Flüchtlings-Schiffskatastrophe in der neueren Geschichte des Mittelmeers, nachdem bereits vier Tage vorher etwa 400 Flüchtlinge ums Leben gekommen waren. Sämtliche dieser Toten wären vermeidbar gewesen, denn es war eine gezielte Entscheidung der Europäischen Union, Ende 2014 das italienische Seenotreuungsprogramm "Mare Nostrum" auslaufen zu lassen, obwohl "Mare Nostrum" seit Oktober 2013 über 150.000 Menschen aus Seenot gerettet hat.

Genau dies wurde jedoch von europäischen Innenpolitiker(inne)n massiv kritisiert – allen voran vom deutschen Innenminister Thomas de Maizière. Nach ihrer Lesart seien so zusätzliche Flüchtlinge angezogen worden – eine mehr als zynische Lesart, die die vollkommen verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge in Gänze ausblendet. Und doch: Ergebnis dieser innereuropäischen Auseinandersetzung war, dass "Mare Nostrum" durch die Operation "Triton" der europäischen Grenzschutzagentur "Frontex" ersetzt wurde, die sich nur noch auf die Überwachung einer 30-Kilometer-Zone vor der europäischen Küste beschränkt und somit Flüchtlinge bewusst ertrinken lässt, wie "Frontex"-Chef Gil Arias bereits vor einigen Monaten unumwunden eingeräumt hat: "Wir sind keine Agentur, die sich mit der Lebensrettung auf hoher See befasst".

Das Sterben auf dem Mittelmeer könnte bereits morgen Geschichte sein. Deshalb fordern wir die sofortige Einrichtung einer direkten Fährverbindung für Flüchtlinge aus Tripolis und anderen Orten Nordafrikas beziehungsweise der Türkei nach Europa, denn Flüchtlinge sind auf sichere und legale Wege angewiesen.

Außerdem könnte so den viel kritisierten Schlepperbanden direkt die Geschäftsgrundlage entzogen werden.

Flugblatt von "No Lager" und "Afrique-Europe-Interact"

Für Niedriglohn schuften, unsere Produkte ins Ausland verschenken?

1. Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck beklagt, dass unsere Arbeitsverhältnisse immer häufiger zu Arbeitsunfähigkeit führen. Die Zahl der Menschen mit Burn-out-Syndrom explodiere, Stress sei die "größte Gefahr des 21. Jahrhunderts". Das Arbeitsleben werde von einem generellen Kostensenkungswahn beherrscht. Alles dürfe nichts mehr kosten, weswegen Löhne gedrückt und gleichzeitig Arbeitszeiten ausgeweitet würden. Vor 15 Jahren habe immerhin noch die Regel gegolten, dass die Menschen für ihre Arbeit wenigstens vernünftig bezahlt werden müssten, doch inzwischen seien die unteren Einkommen völlig abgekoppelt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Das führe bei einem Teil der Bevölkerung wahrscheinlich zu Druck, Existenzangst und Armut.



Wenn alle Menschen wieder ein vernünftiges Einkommen bezögen, komme dies einem ersten Schritt zu einer normalen Gesellschaft gleich. Nicht nur bei den Löhnen, sondern auch durch ein gerechteres Steuersystem müsste es von staatlicher Seite eine Umverteilung geben. In den letzten zwanzig Jahren seien nur die die Reichen begünstigt worden und die Armen "hinten runtergefallen". Das müsse wieder umgedreht werden, weil eine Gesellschaft alle ihre Mitglieder mitnehmen müsse und nicht große

Teile außen vorlassen und zu Arbeitssklaven abstempeln dürfe.

Auf die Frage, ob sich höhere Löhne als "Burn-out-Therapie" eigneten, antwortete Flassbeck, wer einen höheren Stundenlohn bekomme, müsse nicht mehr drei oder vier Jobs annehmen oder zusätzlich am Wochenende arbeiten, um über die Runden zu kommen. Der gesetzliche Mindestlohn gehe zwar in die richtige Richtung, sei aber nicht hoch genug. Deutschland liege mit 8,50 Euro Stundenlohn im europäischen Vergleich am unteren Ende. Er fordert, dass die unteren Einkommen am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden. Durch die Hartz-Gesetze hätten sich die Gewerkschaften zu sehr in die Ecke drängen lassen.

Für den, der arbeitslos wird, sei Hartz IV praktisch der programmierte Abstieg in den unteren Einkommensbereich. Dies sei der Todesstoß für die Bereitschaft vieler Leute gewesen, sich noch kämpferisch und engagiert in einer Ge-

werkschaft einzubringen. Anfangs hätten die Gewerkschaften gegen die von Rot-Grün beschlossenen Arbeitsmarktreformen noch Widerstand geleistet, sich aber inzwischen offenbar mit den Verhältnissen arrangiert. Ich kann gut nachvollziehen, dass der Wirtschaftswissenschaftler es vollkommen lächerlich findet, wenn die Gewerkschaften über Tariferhöhungen von zwei Prozent jubeln können. Flassbeck prangert an, dass wir hier auf Kosten unserer Gesundheit wie die Verrückten arbeiten würden, durch die Niedriglöhne hierzulande überhaupt erst diesen Exportboom ermöglichen, um dann am Ende unsere Produkte im Ausland zu verschenken.

2. Seit letzter Woche ist es leider schon "in trockenen Tüchern", dass Bremen die neue "Jugendberufsagentur" im Mai an den Start gehen lässt, um Unterfünfundzwanzigjährigen in Ausbildung und Job zu helfen. Laut Sozialsenatorin Anja Stahmann müssten die Jugendlichen ermuntert werden, "auch wenn sie nicht sofort nach dem Verlassen der Schule eine Ausbildung anfangen können oder wollen – selbst dann, wenn sie von sich aus nicht auf die Idee kommen, sich Unterstützung im Hilfesystem zu besorgen". Weil dieses Ansinnen den Anschein von mindestens "sanftem Druck" mache und für Politiker(innen) der Linkspartei auch deswegen "Mist" sei, schütteten diese aus Protest einen ebensolchen Haufen vor dem Rathaus aus.

Landessprecherin Doris Achelwilm kritisierte, dass "Jugendberufsagenturen" von den Sanktionsmechanismen der Hartz-Gesetze nicht zu trennen seien und hier wie beim Jobcenter mit Druck gearbeitet werde. Sie habe auch datenschutzrechtliche Bedenken, weil Daten zwischen Schulen und den "Jugendberufsagenturen" ausgetauscht werden sollten. Ja, da kann einer wirklich angst und bange werden, wenn offenbar lückenlos so viele Jugendliche wie möglich bei der "Jugendberufsagentur" registriert werden sollen, um sie nach der Schulpflicht nicht aus den Augen zu verlieren!

Dass sie dafür das Einverständnis der Jugendlichen brauchen, ist ja wohl nur ein trauriger Witz und vermutlich ebenso freiwillig wie die "Angebote" und "Einladungen" an Langzeiterwerbslose, die bei Nichtannahme halt so ein ganz kleines bisschen sanktioniert werden. Erschreckend finde ich, dass die Senatorin für Bildung und Wissenschaft eine Ermächtigung anstrebt, Daten auch von ehemaligen Schülerinnen und Schülern bis zur Vollendung ihres 25. Lebensjahres zu Zwecken der Förderung der beruflichen Ausbildung zu verarbeiten.

Ich könnte mir gut vorstellen, dass die "Jugendberufsagentur" beratend tätig wird und besser als die Jugendlichen und ihre Familien weiß, wie und wo diese in Zukunft entweder eine Ausbildung in den Bereichen machen sollen, die von der Wirtschaft aktuell gefragt sind, oder gleich in sehr günstig entlohnte Jobs gesteckt werden! Natürlich soll die Vernetzung der Institutionen und Ressorts nur dafür sorgen, dass die Jugendlichen effektive Hilfe bekommen und das Übergangssystem als sinnlose Warteschleife abgebaut wird. Wenn diese "freiwilligen" schriftlichen und telefonischen Beratungsangebote von den jungen Männern und Frau-

en nicht entsprechend wahrgenommen werden, dann würden sie persönlich aufgesucht. Selbstredend sollen diese "Hausbesuche" so freiwillig und nur im Sinne der Delinquenten sein wie die gesamte Verfolgungsbetreuung sonst auch.

3. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1.001.103 Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher verhängt. Laut eines Berichts des Blattes mit den vier Großbuchstaben, der sich auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit beruft, seien meist Meldeversäumnisse Grund der Leistungskürzungen. Allein 747.793 Sanktionen, die etwa drei Viertel aller im vergangenen Jahr verhängten Strafen entsprechen, seien wegen versäumter Termine beim Jobcenter oder dem ärztlichen und psychologischen Dienst ausgesprochen worden.

118.614 Sanktionen seien gegen Leistungsbezieher verhängt worden, die sich weigerten, eine Arbeitsstelle beziehungsweise eine Aus- oder Fortbildung anzutreten oder diese wieder abbrachen. Bei Verstößen gegen die Eingliederungsvereinbarung wurden im vergangenen Jahr 103.967 Sanktionen verhängt. Während wenigstens die Linkspartei regelmäßig Kritik an der menschenunwürdigen Sanktionspraxis der Jobcenter übt, scheint der Wirtschaftsflügel der CDU nur wenig Verständnis für Menschen in finanziellen Notlagen aufzubringen und "warnt" vor einer Abmilderung der Strafen.

Die Sanktionen hätten im Schnitt 107 Euro monatlich betragen, bei den Unterfünfundzwanzigjährigen sogar 124 Euro. Ich empfinde es als Überheblichkeit und völlige Verkennung der Situation von Erwerbslosen, wenn ihnen vorgeworfen wird, sie hätten sich in ihrer Lebenslage mit den Sozialleistungen "eingerichtet". Mit nur 399 Euro zum "Leben" lässt sich keine Teilhabe an der Gesellschaft einrichten, kein Leben, kein Miteinander, noch nicht mal die Stromrechnung bezahlen. Wie christlich kann eine Partei sein, die verlangt, dass wegen fragwürdiger Ordnungswidrigkeiten das ohnehin viel zu knapp "bemessene" Existenzminimum unterschritten werden darf, ja angeblich sogar muss?!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

Die "Tages-Schau" ist zu schwer: Wann bekommen wir endlich in "leichter Sprache" erklärt, wie wunderbar unsere Kanzlerin für uns sorgt? ("Focus")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

517. Bremer Montagsdemo am 27. 04. 2015

"Menschen zweiter Klasse" wird permanent eine betrügerische Absicht unterstellt



1. Nach einer Studie der Berliner Humboldt-Universität mit dem Titel "Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems" werden allein in Berlin rund 10.000 Räumungsklagen pro Jahr erhoben, von denen jährlich etwa 5.000 bis 7.000 Räumungen anberaumt werden. Laut den Studienautoren tragen die Jobcenter die Hauptschuld der Zunahmen von Zwangsräumungen. Etwa 20 Prozent der Räumungen fänden statt, obwohl die Bewohner eine eigentlich kostengünstigere Wohnung der kommuna-

len Wohnungsbaugesellschaften bewohnen, die ja mehrheitlich preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen müssten.

Durch Überforderung, Gleichgültigkeit oder repressive Auslegung der Hartz-IV-Gesetzgebung in den Jobcentern liefen häufig Mietrückstände auf, weil Gelder zu spät oder auf falsche Konten gezahlt oder Bewilligungen verweigert werden. Da auch die sogenannten Bemessungsgrenzen der Kosten der Unterkunft mit den explodierenden Mieten in der Bundeshauptstadt nicht mehr mithalten können, müssen Betroffene die Differenz entweder aus eigener Tasche bezahlen oder dem Vermieter schuldig bleiben.

Deswegen sprechen die Studienautoren in ihrem Fazit auch von einem "Scheitern des Hilfesystems" in Berlin. Die Studie ermögliche Einblicke in das Elend der Zwangsräumungen und die Überforderung des sozialstaatlichen Hilfesystems für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Auch zeige das Geschäft mit der Obdachlosigkeit, dass ein grundsätzlicher Systemwechsel in der Wohnungs- und Sozialpolitik notwendig sei. Schließlich solle eine würdige Wohnung kein Privileg, sondern ein Recht für alle sein!

2. Niemand sollte eine sogenannte Eingliederungsvereinbarung unterschreiben, ohne diese zuvor einer genauen Prüfung unterzogen zu haben, da sie auch

vor Gericht bindend ist. Ein Hartz-IV-Bezieher aus Rheinland-Pfalz klagte vor dem Landessozialgericht Rheinland-Pfalz und verlor. Der 1956 geborene Erwerbslose hatte unterschrieben, dass er mindestens zwei Bewerbungen pro Woche schreiben und abschicken sollte, ohne vorher überprüft zu haben, wie die tatsächliche Situation auf dem Arbeitsmarkt aussieht. Weil er die Mindestanzahl dann jedoch nicht einhalten konnte, sanktionierte ihn das Jobcenter mit einer Regelsatzkürzung um satte 30 Prozent.

Als der Kläger verdeutlichte, dass es nicht genügend Stellenangebote gebe, er nach einer gewissen Zeit alle Firmen "abgegrast" habe und auch keine neuen Stellen ausgeschrieben würden, konnte er die Mindestanzahl nicht mehr aufbringen. Dass er darüber hinaus seine schwerkranke Mutter pflegen musste und auch selbst unter gesundheitlichen Einschränkungen litt, ließ das Gericht alles nicht gelten. Der Kläger habe nicht ausreichend beweisen können, dass es nicht genügend Stellenangebote gebe. Laut der behandelnden Ärzte habe sich auch die gesundheitliche Situation des Klägers verbessert, zudem nehme die Pflege der Mutter nicht derart viel Zeit ein, sodass hier keine Hinderungsgründe erkennbar seien.

Ich weiß ja nicht, ob der Kläger Ärzte hatte, die ihn gesundheitsfördernd unterstützten. Gleichzeitig frage ich mich, wie eine "Eingliederungsvereinbarung", die ohnehin nichts mit einer tatsächlichen Vereinbarung im herkömmlichen Sinne zu tun hat, unterschrieben werden kann, darf und muss, ohne dass zuvor ein Jurist oder ein Arbeitsmarktexperte darüber geschaut hat. Ich persönlich finde die Vorstellung unerträglich, wie einem Hartz-IV-Bezieher angelastet werden kann, dass er vor seinen Bewerbungen seine tatsächliche Arbeitsmarktsituation nicht wie in einer Kristallkugel vorausschauend zu überblicken vermochte.

3. Es scheint unmöglich, sollte eigentlich verboten sein, ist nun jedoch uneigentlich juristisch legitim: Hartz-IV-Bezieher haben – anders als Otto und Ottilie Normalverbraucher – kein Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Wie ist das zustande gekommen, obwohl doch das Bundesverfassungsgericht selber wollte, dass es allen Bundesbürgern eigenhändig obliegt, über die Preisgabe und Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zu bestimmen? Kommt dies nun wirklich allen Bürgern zugute?

Nein, denn wer von Transferleistungen vegetieren muss, weil er nicht das Glück hatte, einen der zu wenigen bezahlten Arbeitsplätze zu ergattern, oder durch Krankheit, Alter oder Pflege hilfsbedürftiger Familienmitglieder an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gehindert ist, scheint dieses Recht verwirkt zu haben und zum Bürger zweiter Klasse mutieren zu müssen! Wer Hartz IV beantragt, muss sich "nackig ausziehen", bekommt sozusagen das Fell der moralischen Integrität über die Ohren gezogen. Wer auf Arbeitslosengeld II angewiesen ist, hat gefälligst "einzuwilligen", alle seine Lebensbereiche durchleuchten zu lassen.

Einem "Menschen zweiter Klasse" wird offenbar permanent eine betrügerische Absicht unterstellt, wie "schwarz" zu arbeiten oder von heimlich vorhande-

nen Konten gut zu leben und genüsslich in der sozialen Hängematte zu schaukeln. Damit dieser dekadente Frevel für die grundsätzlich verdächtigen Bezieher von Hartz IV faktisch ausgeschlossen ist, müssen sie dem Jobcenter alle drei Monate und auch rückwirkend ihre Kontoauszüge vorlegen, das dann die Daten mit dem Bundeszentralamt für Steuern abgleicht.

Weil ein Hartz-IV-Bezieher aus Bochum hierin einen massiven Eingriff gegen das Recht auf **Datenschutz** sah, klagte er vor dem Bundessozialgericht in Köln dagegen, dass das Jobcenter jedes Vierteljahr seine Daten mit dem Bundeszentralamt für Steuern abgleicht. Obwohl das Bundessozialgericht dies ebenso sieht, hält es diesen Eingriff für verfassungskonform und gerechtfertigt (Aktenzeichen B4 AS 39/14 R). Hiermit wurde die Ungleichbehandlung gegenüber anderen Bürgern durch das Bundessozialgericht zementiert.

Der ständige Abgleich der Kontodaten soll natürlich "nur" dem Leistungsmissbrauch vorbeugen. Das wäre ja auch noch schöner, wenn Erwerbslose es sich auf Steuerkosten gutgehen lassen könnten! Nein, dies ist scheinbar nur den Unternehmern gestattet, die sich staatlich subventionieren lassen, indem sie nur derart miserable Hungerlöhne auszahlen, dass ihre Arbeitnehmer davon noch nicht einmal die Mieten und Lebenshaltungskosten für sich und ihre Familien auf niedrigstem Niveau bezahlen können und so gezwungen werden, als "Aufstocker" ergänzendes Arbeitslosengeld II zu beantragen und damit trotz (Vollzeit-) Arbeit gleich wieder unter der Knute der Verfolgungsbetreuung zu stehen und sich nach automatisch unterstelltem Leistungsmissbrauch durchleuchten zu lassen.

Wieso werden solche Dumpinglohn zahlenden Unternehmer nicht genau untersucht, um zu erfassen, wie viel Steuergeld für ihre Profitmaximierung auf Kosten der Steuerzahler überflüssigerweise verschleudert wird? Es fühlt sich so entwürdigend an, mit der ständigen Vorlage der persönlichen Kontoauszüge de facto aus der "Gesellschaft der Anständigen" ausgeschlossen zu sein, entmündigt wie ein Kind, das seine Hausaufgaben vorzeigen muss, weil es nicht selbst dazu in der Lage sein soll, diese "anständig" zu machen. Wir lernen: "Der jedem Hartz-IV-Bezieher unterstellte Sozialbetrug wiegt schwerer als das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Jobcenter dürfen sich eben auch über Grundrechte hinwegsetzen."

Dass Jobcenter so handeln, ist nicht neu, aber dass Gerichte so ein Handeln legitimieren, schon. Das gilt auch noch in anderen Lebensbereichen beziehungsweise wird so praktiziert, wenn Erwerbslose zu einer Arbeit gezwungen werden können, die sie aus den verschiedensten Gründen nicht aufnehmen wollen, und wenn sie der Residenzpflicht unterliegen, um bloß immer den scheinbar permanent in Massen vorhandenen Arbeitsplätzen sofort zur Verfügung stehen zu können. Dieser ganze demütigende Umgang mit den Transferleistungsbeziehern könnte durch ein bedingungsloses Grundeinkommen umgangen werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Die Zurichtungsmechanismen der "Jugendberufsagentur" gefährden selbständige Entscheidungen

1. Wenn 700 Menschen auf einem Schiffsdeck stehen, so ist dies auf Satellitenbildern zu sehen, egal wie groß das Schiff ist. In einem "Tatort" aus Bremen wurde Satellitenaufklärung zur Lösung des Verbrechens benutzt. So konnte am Bildschirm per Satellit geklärt werden, ob sich aktuell ein Mensch auf dem Boot befindet. Beeindruckend! Entwickelt wurde diese Technik in Bremen. Genutzt werden



sollten diese Bilder, um Hochwasserkatastrophen zu handhaben. Natürlich kann man mit diesen Bildern auch leichter den Kassierer oder Schlepper fassen. Die verantwortlichen Politiker machen einfach keinen guten Job! Menschenleben und Wohlergehen der Menschen gehen vor!

In Marokko wurden Menschen vom Zaun geschossen. Verwundete wurden in die Wüste gefahren und ihrem Schicksal überlassen. Schon 2005 wurde dies aufgedeckt, weil Touristen verwundete Menschen in der Wüste gefunden und ihre Rettung erwirkt haben, siehe 58. Bremer Montagsdemonstration. Inzwischen wurde der Zaun erhöht. Noch immer werden die Flüchtlinge mit allen Mitteln an dessen Überwindung gehindert. Die Maschinengewehre sind verschwunden, aber es gibt mehr Grenzer und Knüppel. Per Video ist belegt, dass ein Mensch genötigt wurde, Europa durch eine Tür im Zaun wieder zu verlassen.

Was ist die Reaktion der Verantwortlichen? Die "Heute-Show" war letzte Woche wieder treffend: Die Schleuser ausfindig zu machen, ist topaktuell, das braucht Zeit! Aber dann ist zu sehen, dass bereits Bundeskanzler Kohl die Schleuser suchen wollte. Bei den Problemen, die Afrika durch die EU beschert werden, sind die Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen, die hoffentlich vorher in der Tonne landen, noch gar nicht dabei.

2. Die "Jugendberufsagentur" wurde von Bremen per Vertrag gegründet. Zielsetzung, Risiken und Nebenwirkungen haben wir auf den vorherigen Montagsdemonstrationen thematisiert. Der Vertrag mit dem Titel "Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Rahmen einer "Jugendberufsagentur" in der Freien

Hansestadt Bremen" ist eine Vereinbarung für die Verwaltungen *ohne* Außenwirkung. Geregelt ist, wie die Verwaltungen zusammenwirken und wie mit den Jugendlichen umgegangen werden soll – alles mit großem Raster und vielen Zielen und leider den gleichen Fehlern wie bei der Einführung der Bagis, die jetzt Jobcenter heißt. Auch die Fehler der "Joboffensive" werden wiederholt.

In der Präambel steht unter anderem, es werde eine "sanktionsfreie soziale Eingliederung" angestrebt. Mir fehlt das Vertrauen. Ich glaube nicht an die Sanktionsfreiheit! Die "Joboffensive" hat zwar die Ziele teilweise um über 70 Prozent verfehlt, aber bei den Sanktionen in zwölf Monaten gut zwei Millionen Euro erwirtschaftet. Sanktionen werden dem Erwerbslosen sofort von der Leistung abgezogen. Diese zwei Millionen fehlen dem Einzelhandel in Bremen im Umsatz. Die Sanktionen waren offiziell nicht als Ziel definiert. Sanktionen für Jugendliche sind noch umfassender und einschneidender.

Die "Jugendberufsagentur" besitzt keine Rechtskraft (§ 3 Absatz 3). Die Mitarbeiter (innen) bleiben in den bisherigen Weisungsverhältnissen. Das Jobcenter hat die Personalvertretung nicht geregelt bekommen. Selbst eine Veruntreuung konnte nur beseitigt werden, weil der Mitarbeiter freiwillig ausgeschieden ist. In § 4.3 ist die Planung der Personalvertretung nachzulesen. Die Unterstellung, die dienstliche Weisungsbefugnis, entspricht dem Anfang der Bagis. Jede Behörde benutzt die eigene Datenverarbeitungsanlage (§ 6g (1)). Ich hoffe, die Programme verstehen sich. Die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter übernehmen die Steuerung der "Jugendberufsagentur" (§ 6g (2)).

Der Hausbesuch ist selbst im SGB II nur in äußersten Ausnahmefällen zulässig, es sei denn, der Erwerbslose ist einverstanden. Hier wird der Hausbesuch als "aufsuchende Beratung" umschrieben. Beraten geht auch in der Amtsstube: "§ 8b Aufsuchende Beratung. (1) Die aufsuchende Beratung wird nach Maßgabe des vom Lenkungsausschuss beschlossenen Konzepts organisiert. (2) Die Vertragspartner stellen gemäß ihrer jeweiligen Zuständigkeit Ressourcen für die aufsuchende Beratung bereit und beauftragen geeignete Dienstleister, um die nicht mehr schulpflichtigen jungen Menschen unter 25 Jahren aufzusuchen."

Aktuell sind viele Jugendliche unauffindbar. Teilweise sind sie obdachlos, teilweise bei den Großeltern oder anderswo untergeschlüpft. Es sind Jugendliche, die einfach vor der Behandlung im Jobcenter abgetaucht sind. Bisher wurde im Jobcenter die Akte für diese Jugendlichen geschlossen – als "erfolgreich vermittelt"? –, in jedem Fall *ohne* Konsequenzen für den Sachbearbeiter. Einfach mal den Vertrag zwischen den Behörden lesen! Es steht guter Wille darin, aber die Akteure sind in der Vergangenheit mehr als unliebsam aufgefallen. – In Hamburg gibt es bereits die "Jugendberufsagentur":

"Professorin Marion Panitzsch-Wiebe (Hochschule für Angewandte Wissenschaften) kritisiert anlässlich der Einführung der "Jugendberufsagenturen" in Hamburg 2012, dass diese nicht von der sogenannten Hartz-Gesetzgebung inklusive seiner Sanktionsmechanismen zu trennen seien. Auch die "Jugendberufsagenturen" stellten sich in den Dienst des in-

vestiven und aktivierenden Sozialstaates. In dieser neoliberalen Logik werde nur dort 'in junge Menschen investiert', wo es sich 'rentiere', und Aktivierung sei ein beschönigender Begriff für Disziplinierung und Leistungskürzung bei denjenigen, die sich den von 'den Märkten' gewünschten Zurichtungsmechanismen widersetzten.

Vor diesem Hintergrund kritisiert sie auch die Vorabeinteilung in Markt-, Beratungs- und Betreuungskunden. Diese Zielgruppendifferenzierung berge aus fachlicher Sicht die Gefahr von ungeprüften Vorurteilsmustern und diskriminierenden Zuschreibungsprozessen. Notwendige, selbständige Orientierungs- und Entscheidungsprozesse von Jugendlichen könnten damit beeinträchtigt werden. Niemand soll verloren gehen könne vor diesem Hintergrund auch als Drohung aufgefasst werden. In ihrem Dokument spricht sie deshalb auch von "Verfolgungsbetreuung"."

Der Bremer Vertrag zur "Jugendberufsagentur" sagt nichts darüber aus, wie ein Mensch die Betreuung ablehnen kann, wie er eine Zusage zur Datenweitergabe widerrufen kann. Die Vorstellungen der Bundesagentur für Arbeit zur "Jugendberufsagentur" stehen in der Broschüre "Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf". Die Jobcenter vermitteln augenblicklich Jugendliche in Ausbildungsverhältnisse. Darüber wird Buch geführt. Die Ergebnisse werden veröffentlicht – und angezweifelt, siehe 110. und 328. Bremer Montagsdemonstration: Die Zahl der tatsächlich in eine Berufsausbildung vermittelten Jugendlichen ist noch immer wesentlich geringer. Außerdem sagt das Jobcenter nichts zu den als "nicht ausbildungsfähig" abgestempelten Menschen. Fazit: Es ist vieles viel besser zu machen! Zwängt die Jugendlichen nicht ein! Achtet den Menschen! Achtet die Menschenwürde! Geht anders mit unserer Jugend um, behutsamer als mit den Überfünfundzwanzigjährigen!

Die Bundesagentur für Arbeit hatte mal ein Herz für junge Erwachsene: Innerhalb eines Monats musste dem Jugendlichen ein beruflicher Ausbildungsplatz vermittelt werden. Dies wurde geändert: Innerhalb eines Monats ist der Jugendliche zu "vermitteln". Aus dem Monat wurde ein halbes Jahr. Als "Vermittlung" wurde jetzt auch die Zuweisung auf einfache Weiterbildung und in Beschäftigungsmaßnahmen gewertet. Begleitend hat sich die Behandlung im Jobcenter verändert. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nochmals betonen: Es gibt auch gute Arbeitsvermittler in diesen Behörden. Wer als junger Mensch Fragen zu diesem Thema hat: Bremen hat eine gutes Netz von Beratungsstellen, und wir sind jeden Montag ab 17:30 Uhr am Roland.

Die Bundesregierung stellt 1,3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verbesserung der Ausbildung bereit. Hoffentlich beantragt Bremen seine bereitgestellten Gelder! Aktuell hat die Hansestadt Fördergelder nicht oder verspätet abgerufen. Die "Jugendberufsagentur" für Bremen wurde vereinbart, ohne dafür Haushaltsmittel bereitzustellen. Wird das Geld für die Ausbildung in die Finanzierung der Verwaltungskosten umgewidmet, so wie bei der "Joboffensive"?

3. Es gibt "immer weniger reguläre Jobs", titelte der "Weser-Kurier" am 22. April 2015. "Die 'Linken'-Arbeitsmarktexpertin Jutta Krellmann, die die Anfrage gestellt hatte, sagte: '20 Jahre Reformen am **Arbeitsmarkt** haben für mehr Beschäftigung gar nichts gebracht.' Es gebe heute genau so viel Arbeit wie 1994. 'Nur mehr Menschen teilen sich den gleichen Umfang, aber zu deutlich schlechteren Bedingungen." Die Anfrage der Fraktion "Die Linke" und die Antwort des Bundesarbeitsministeriums steht in der Drucksache 18/4676 des Deutschen Bundestags.

Frau Krellmann hat auf die Antwort mit einer Presseerklärung reagiert. Die Erfolgsmeldungen der Bundesregierung lauten: "Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit." Das wird gern und immer wieder gesagt. Die ganze Wahrheit ist jetzt mit Zahlen belegt: Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit, aber sie sind es nun zu deutlich schlechteren Bedingungen!

4. In Bremen fallen Unterrichtsstunden aus. Die Schulleiter dürfen nur Ausfallzeiten melden, wenn die Schüler nach Hause geschickt wurden. Wenn eine Beschäftigung organisiert wird, so ist dies kein **Unterrichtsausfall**, auch wenn weder der vorgesehene Unterrichtsstoff noch ein anderer Stoff des Lehrplans vermittelt wurde. Die Eltern sehen dies anders: Jede Stunde, in der nicht der vorgesehene Unterrichtsstoff oder ein anderer Stoff des Lehrplans vermittelt wurde, ist eine Ausfallstunde.

Nur weil die Kultusminister(innen) sich darauf geeinigt haben, die schwarze Mauer sei eine gelbe Mauer, so gilt dies nicht für die Betroffenen. Eltern und Schüler sehen den Unterrichtsausfall eben mit normalen Kriterien! Der Glücksfall, dass Lehrer, deren Schüler ein Betriebspraktikum machen, die Vertretung übernehmen konnten, ist zugleich ein Unglücksfall für die Schüler im Praktikum, denn eigentlich sollten ihre Lehrer das Praktikum in den Betrieben begleiten.

Die Schulen in Bremen bekommen nun Unterstützungsstunden. Mit diesem Lehrereinsatz wird Schülern geholfen, die ein Problem haben. Die Unterstützungsstunden richten sich nach Indikatoren. Diese wurden geändert. Zwei Schulleiter haben "aufgeschrien": Durch die Neuordnung haben sie fast 50 Prozent ihrer Unterstützungsstunden verloren, ohne Vorwarnung! Wie sollen sie künftig ihren Schülern bei einer akuten Lernschwäche helfen? Die Wertung und Zusammensetzung der Indikatoren steht in der Drucksache 18/684S der Bremischen Bürgerschaft.

5. Die Kreditzinsen der Vergangenheit waren zu hoch. Dies ist inzwischen unstrittig. Einige Banken – die größten – haben den Referenzzinssatz nach oben manipuliert. In einem Artikel des "Weser-Kuriers" sind weitere Sünden der Deutschen Bank aufgelistet: "Auch in den USA wären mit einer Einigung noch nicht alle Probleme vom Tisch. Immer neue Regeln für Auslandsbanken machen Deutschlands größtem Geldhaus in dem Land das Leben schwer. Hinzu kommen weitere juristische Auseinandersetzungen – die Vorwürfe reichen von dubiosen Hypothe-

kendeals bis hin zu **Steuerhinterziehung** und Ermittlungen wegen illegaler Geschäfte mit "Schurkenstaaten"."

Die Deutsche Bank hat inzwischen einen Vergleich akzeptiert und zahlt "freiwillig" 2,3 Milliarden Euro. Sie kündigt nur wenigen Mitarbeitern, die anderen bekommen eine Abmahnung. Wenn sich ein Mitarbeiter wehrt, gibt es weitere Einblicke, falls vor den Arbeitsgericht verhandelt wird. Wegen der Zinsmanipulation im Jahr 2013 hat die Deutsche Bank 725.000 Millionen Euro an die EU gezahlt, siehe 454. Bremer Montagsdemonstration. Seit 2010 – siehe 80. Bremer Montagsdemonstration – wird wegen des Umsatzsteuerkarussells gegen die Deutsche Bank ermittelt. Jetzt erst wurde eine erneute Durchsuchung vorgenommen.

Ermittelt wird das Verhalten der Unternehmensführung zu den Handlungen. "Geahnt, gewusst, geduldet oder angewiesen", ist scheinbar die Frage. Das "Handelsblatt" geht von einem Schaden von mindestens 800 Millionen Euro aus. Für den Bundesfinanzminister ist das eine Mahnung, nun endlich die wunschgemäßen Sonderregelungen für Deutschland aufzugeben und einfach mal zugeben: Da haben wir Mist gemacht!

Dieser Mist kostet uns jährliche geschätzte 100 Millionen Euro an Steuerausfall – plus Großbetrüger wie die Deutsche Bank? Das Institut will nun die Postbank wieder abstoßen. Die Investition hat nicht die erwarteten Erträge gebracht. Wurden dabei eventuell die großzügigen Prämien bei der Übernahme der Postbank nicht berücksichtigt, siehe 205. Bremer Montagsdemonstration?

6. "Die Story im Ersten: V-Mann-Land" zeigt die Schwachpunkte des "Verfassungsschutzes": Die Finanzierung der NPD, die Anwerbung eines Täters als V-Mann, die Tat ein Mordversuch an einem Menschen mit Migrationshintergrund. Es war eine Gruppentat: Die Anwerbung des Anführers erfolgte während des Prozesses. Der V-Mann-Führer dieses Straftäters ist inzwischen Leiter des "Verfassungsschutzes" in Sachsen. Der V-Mann ist gut versorgt im Zeugenschutzprogramm. Zusammenfassend ist festzustellen, dass wir ohne V-Männer weniger Gewalt hätten.

Der andere **Geheimdienst** will nichts gewusst haben: Der Bundesnachrichtendienst hört alles ab und sucht für die NSA nach 40.000 Begriffen. Er hat dies jahrelang gemacht und tut es noch immer, war aber nicht neugierig: Er will nicht gewusst haben, wonach er suchte! Das Bundeskanzleramt wollte davon auch nichts gewusst haben: Der Bundesnachrichtendienst habe einfach nicht informiert. Glaubwürdig war diese Darstellung nicht! Der "Stern" vermutet, dass das Kanzleramt bereits 2008 vom Bundesnachrichtendienst informiert wurde. Dies war sicherlich kein Satz so nebenbei. Damals hat der wissende Dienst genau geschildert, was die NSA mit seiner Hilfe erfahren will.

Und wie läuft es heute? Hat diese Bundesregierung überhaupt etwas gegen die Dauerüberwachung unternommen? Heute benötigt die NSA diese selektierten Informationen nicht mehr, sie kann die gesamte Datenmenge verarbeiten, oh-

ne Vorabauswahl. Als Edward Snowden die Papiere kopierte, hatte die NSA über 40 Prozent der Versorgungsunternehmen in Deutschland als "erfolgreich unterwandert", "mit Trojaner versehen" oder "Schläfer eingebaut" bezeichnet. Gab es Gegenwehr? Die Bundesregierung informiert nicht einmal über die für die Geheimdienste in jede Telefonanlage eingebaute Hintertür, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

7. Atomkraft? Nein, danke! Tschernobyl strahlt seit 29 Jahren. Die Ukraine braucht Geld für die neue Schutzhülle, den Sarkophag. Laut "Focus" findet die neue Geberkonferenz am 29. April 2015 statt. Eigentlich sollte vor dem Krieg alles geregelt sein. Im Artikel steht nichts darüber, ob mit dem Bau überhaupt begonnen wurde. In Deutschland hat sich auch nichts geändert: Kein Endlager, kein Zwischenlager. Ob Asse, Schacht Konrad oder Kernkraftwerke mit überzähligen Brennstäben: Getrickst wird noch immer um die "Gefährlichkeit". Japan vertuscht alle Gefahren, kann diese aber nicht neutralisieren. Allein das verstrahlte Wasser wird einfach nicht ernst genug genommen. Die USA vertuschen: War hier etwas? Sie haben ausgerechnet nach Afrika circa 50 Atomkraftwerke verkauft.

Sonnenkollektoren wären besser, sicherer, umweltschonender und billiger, doch am Kernkraftwerk können Verkäufer und Lieferant wesentlich mehr verdienen und schmieren! Die Afrikaner besinnen sich hoffentlich auf ihre Werte und bauen diese Atomanlagen nicht! Diesen Wunsch habe ich an alle Staaten der Welt. Wir können es vormachen. Leider bremst die Bundesregierung die alternativen Energien gerade aus. Wir könnten zeigen: Es geht *ohne* Atomkraft! Wir könnten es uns leisten, wir könnten uns den Kampf mit der Atomlobby leisten. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Der Flüchtlingsgipfel war nichts als heiße Luft!

Innerhalb kürzester Zeit sind hier am letzten Montag 2.000 Menschen zum Protest gegen die Schiffskatastrophen der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zusammengekommen. Mehr als 1.750 Menschen, die aus Elend, vor Umweltzerstörung und Kriegen aus Vorderasien und Afrika Richtung Europa geflüchtet waren, kamen dieses Jahr im Mittelmeer ums Leben gekommen. Die Empörung über unterlassene Hilfeleistung der Europäischen Union ist riesengroß. Sogar der UN-Hochkommissar für Menschenrechte hat die EU wegen ihrer Verantwortung für das Massengrab Mittelmeer ungewöhnlich scharf kritisiert: "Die Toten sind das Ergebnis des anhaltenden Politikversagens und eines monumentalen Mangels an

Mitgefühl", sagte Said Raad al-Hussein in Genf. Er forderte von der EU, endlich legale Fluchtwege einzurichten und mehr Rettungskapazitäten zur Verfügung zu stellen.

20 Mal so viele Menschen wie 2014 mussten erst sterben, damit die EU einen Sondergipfel einberufen hat. Doch dieser Sondergipfel war nichts als heiße Luft! Zuerst heuchelten die Staats- und Regierungschefs Mitgefühl, um dann zu erklären, dass sie keinerlei Verantwortung für die Katastrophen auf dem Mittelmeer trügen. Für sie sind allein die Schlepper schuld. Aber wer vernichtet die Existenz afrikanischer Bauern und Fischer durch Freihandelsabkommen, die der heimischen Wirtschaft



den Hals zuschnüren? Wer beutet Afrikas Rohstoffe aus? Wer liefert den Elektroschrott Europas auf riesige giftige Müllkippen in Afrika? Es ist die EU-Politik im Dienste des internationalen Finanzkapitals, die eine der Hauptursachen für die Flüchtlingsströme darstellt.

Der beschlossene Zehn-Punkte-Plan ändert an der reaktionären EU-Flüchtlingspolitik überhaupt nichts. Mit der Behauptung "Wir haben den Beitrag für die Seenotrettung verdreifacht" klopft Bundesinnenminister de Maizière den europäischen Regierungen auf die Schulter. Was er verschweigt, ist die Tatsache, dass die EU das Seenotrettungsprogramm "Mare Nostrum" 2014 eingestellt hat mit der Begründung: "Weniger Rettung heißt weniger Flüchtlinge." Sie war nicht bereit, die Summe von neun Millionen Euro im Monat für die Rettung auszugeben. Mit dem Geld, dass die EU nur für die Rettung der Hypo-Real-Estate-Bank ausgegeben hat, hätte "Mare Nostrum" 187 Jahre lang finanziert werden können. Die jetzt beschlossenen neun Millionen Euro pro Quartal sind gerade mal ein Drittel des früheren Seenotrettungsprogramms.

Ein echtes Umdenken ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Die Mauern an den Außengrenzen der EU sollen weiter hochgezogen werden. Die Grenzschutzagentur "Frontex" wird weiter aufgerüstet. Sie soll künftig sogar Schleuserboote zerstören können. Schnelle Abschiebung von "illegalen Einwanderern" und verschärfte Kontrollen gegenüber Flüchtlingen, zum Beispiel durch Abnahme der Fingerabdrücke, sind weitere reaktionäre Bestandteile des Zehn-Punkte-Plans. Auch ein Militäreinsatz in Libyen wird erwogen. Kriminalisierung und Militarisierung werden das Problem jedoch nicht lösen, denn die Ursachen der Flucht nehmen weiter zu. Angela Merkel kritisierte Italien und Griechenland wegen "ungenügender Registrierung von Asylsuchenden" und will eine andere Verteilung der Flüchtlingsströme in Europa durchsetzen: Deutschland soll demnach noch weniger aufnehmen.

Statt die Fluchtursachen zu bekämpfen und die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern so zu ändern, dass Fluchtgründe schrumpfen, bleiben die Flüchtlinge der eigentliche Feind, den man mit einer militarisierten Abschottungspolitik von Europa fernhalten will. Wer den Menschen wirklich helfen will, muss legale Wege öffnen und einen Fährverkehr von Afrika nach Europa einrichten. Die Flüchtlingsorganisation "Pro Asyl" spricht daher von einem "Gipfel der Schande", andere kritisieren, der Gipfel habe selbst die niedrigsten Erwartungen noch unterboten. Viele Menschen in Europa stehen für unmittelbare Hilfe, wie zum Beispiel auf den italienischen Mittelmeerinseln.

Entgegen den Versuchen von faschistoiden Gruppen wie "Pegida", nationalistische Spaltung zu verankern, ist die Mehrheit in Deutschland für eine menschlichere Asylpolitik. 50 Prozent meinen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, und 72 Prozent sprachen sich in einer "TNS/Emnid"-Umfrage dafür aus, dass Asylbewerber schon während ihres Verfahrens arbeiten dürfen. Der Kampf für ein fortschrittliches Asylrecht in Europa muss aber verbunden werden mit dem länderübergreifenden Kampf gegen die kapitalistische Ausplünderung von Mensch und Natur. Gerade in diesem Sinne ist es eine hervorragende Sache, dass die Menschen in Kobanê ihre vom faschistischen "Islamischen Staat" zerstörte Stadt wieder aufbauen und nicht fliehen. Dabei bekommen sie bald tatkräftige Unterstützung durch internationale Brigaden der ICOR, der "Internationalen Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen".

Harald Braun

Terrorwahn: Wie sollte ein Lastwagen voller Kriegswaffen ungefilmt in den überwachten Gebetsraum kommen? ("Tageszeitung")

Am Freitag, dem 1. Mai 2015, wird die Bremer Montagsdemo bei der großen Kundgebung des DGB auf dem Domshof ab 11 Uhr mit einem eigenen Infostand in der Nähe des Neptunbrunnens vertreten sein.

SPD macht Wahlwerbung in "leichter Sprache": Für die "Übersetzung" zuständig war dasselbe Büro der "Lebenshilfe", das auch den 50.000-Euro-Auftrag für die "Übersetzung" der offiziellen Unterlagen zur Bürgerschaftswahl erhalten hat (SPD Land Bremen)

"Die Linke" auch: Aber die organisierte Volksverblödung ins Rollen gebracht hat die CDU per Bürgerschaftsantrag in Deppendeutsch ("Die Linke")

Wer will da schon einen Shitstorm riskieren: Aber wenn Worte und Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten ("SVZ")

Ziemlich weit oben beim Stichwort Deppendeutsch: Dort listet die Suchmaschine das Statistische Landesamt Bremen ("Google")

Sinnliches



Als passionierter AuWaMi (Außerparlamentarischer Wahlkampfbeobachter in neutraler Mission) sind mir die Wahlplakate der sich anpreisenden Pöstchenkandidaten (autsch, Gender:) ...Innen, ..._innen, .../innen nicht entgangen. Jedes Mal, wenn ich an Kristina Vogt vorbeigehe, werde ich den Eindruck nicht los, dass sie selbst an ihrer Aussage zweifelt. So schaut sie jedenfalls drein.

Böhrnsen hingegen wirkt auf mich wie ein Gebrauchtwagenhändler, der den alten Lack der Klapperkiste Bremen auf Hochglanz poliert präsentiert, in der Hoffnung, dass der Käufer nicht merkt, dass

die Schrottkarre den TÜV nicht mehr übersteht. Aus den SPD-Plakaten geht jedenfalls deutlich hervor, was wir ja schon ahnten: Die bürgermeisterliche "Bremen-Bunt-Demo" Ende Januar war der Wahlkampfauftakt.

Ein Anti-Pegida-Wahlkampf! Dies suggeriert: Wer nicht für die SPD ist, der ist für Pegida, und der isst auch kleine Kinder mit Senf. Jedoch ist diese stammtischbewegte Rechtslastigkeit in Bremen weit und breit nicht in Sicht. Den meisten Sinn ergeben aber die Aussagen der Partei, die in ihrer Satire- die Sinnhaftigkeit des Kreuzchenmachens treffend sinnlich machen.

Letzten Endes ist die Frage eines Wahlausganges für die Bremische Bürgerschaft müßig. Hier ist alles SPD. Da erscheint die Prognose, dass Jens Böhrnsen der Bremer Bevölkerung (Gender umgangen!) als Ministerpräsident einer maroden, verfilzten und hinterwäldlerischen Stadtgemeinde auch die nächsten vier Jahre erhalten bleibt, keinesfalls gewagt. "Im Ernst?", fragt Piratenkapitän Robert Bauer. Im Ernst.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Niederlage für "Holocaust-Umdeuter": Ken Jebsen muss Anwaltskosten der "Antilopen-Gang" begleichen ("Wilhelmshavener Zeitung")

Am Samstag, dem 2. Mai 2015, wollen die "Bürger in Wut" um 20.30 Uhr eine Versammlung mit dem Namen "Wer antanzt, kann abtanzen" abhalten, um gegen die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an der Rekumer Straße zu hetzen. Das "Bündnis gegen Rassismus" ruft auf zur Gegenveranstaltung mit Musik und politischen Reden um 20:00 Uhr am Bahnhofsvorplatz unter dem Motto "Wutbürger wegtanzen".

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

518. Bremer Montagsdemo am 04. 05. 2015

Das Hartz-IV-Sonderrecht soll auf die Sozialhilfe übertragen werden



1. Die Bundesregierung soll hinter verschlossenen Türen mal wieder an einer umfassenden Hartz-IV-Reform basteln, wobei das Zweite Sozialgesetzbuch (SGB II) für die Verwaltung "vereinfacht" werden soll. Wir haben schon viele Reformpakete dieser Art kennen gelernt und wissen, dass der Begriff "Reform" heutzutage gern als Synonym für Verschlechterung und Verschärfung der Lebensbedingungen benutzt wird. So verwundert es auch nicht, dass nach außen gedrungene Dokumente belegen,

wie es sich für "erwerbsfähige" Transferleistungsbezieher teils drastisch verschärfen wird. Offenbar müssen Kranke, Behinderte und Rentner, die eine (angebliche) Grundsicherung nach dem SGB XII beziehen, mit ähnlichen Einschnitten rechnen.

Demnach sollen Behörden schneller Zahlungen einstellen oder kürzen können und "Vermögen" und Einkünfte strenger anrechnen. Die "Angemessenheit" für eine Unterkunft soll stärker reglementiert werden. Sozialrechtler Harald Thomé kritisiert, hier solle "das Hartz-IV-Sonderrecht auf das SGB XII übertragen werden", und ruft zum Protest dagegen auf. Wenn die Wohnung zu teuer ist, dann wird auch Grundsicherungsbeziehern auferlegt, innerhalb von sechs Monaten umzuziehen. Anderenfalls müssen sie die Kosten, die jene für "angemessenen" Wohnraum übersteigen, aus dem kargen Regelsatz dazuzahlen.

Nun will das Arbeitsministerium wie bei der Hartz-Reform die Vorgabe ausbauen, dass jeder Umzug von der Behörde explizit genehmigt werden muss. Weil das Amt die Genehmigung verweigern kann, müssen auf die angebliche Grundsicherung Angewiesenen wohl in Zukunft damit rechnen, in einer zwar billigen, aber leider mangelhaften Wohnung bleiben zu müssen. Mietkautionen sollen sie weiterhin nur auf Darlehensbasis bekommen und auch noch von dem Vielzuwenig in Raten abstottern.

Zudem sollen die Behörden berechtigt werden, schneller Leistungen einzustellen, wenn Betroffene beispielsweise innerhalb einer "angemessenen" Frist ver-

langte Unterlagen nicht vollständig eingereicht haben – und das Ganze ohne Bescheid. Außerdem sollen Widersprüche und Klagen gegen Verwaltungsakte, wie bei Hartz IV von Anfang an praktiziert, keine aufschiebende Wirkung entfalten. "Menschen zweiter Klasse" werden also weiterhin trotz unsicherer Rechtslage so lange sanktioniert, bis das Gericht entscheidet – was selbst bei Eilanträgen mehrere Monate dauern kann.

Einmalige Einkünfte wie Guthaben bei Gaslieferanten oder ein kostenfreies Mittagessen dürfen im Zuge des Zuflussprinzips als Sachleistungen im Folgemonat direkt abgezogen werden. Hartz-IV-Bezieher dürfen pro Lebensjahr "immerhin" 150 Euro als "Vermögen" besitzen und behalten, wenn sie das ALG II beantragen, was bei 45-jährigen Menschen 6.750 und bei 60-jährigen 9.000 Euro ausmacht. Wehe dem, der nicht mehr zu drei Stunden täglicher Arbeit in der Lage ist: Er muss vor dem Beantragen der sogenannten Grundsicherung jegliche Ansparbeträge über 1.600 Euro für den Lebensunterhalt ausgeben. Übersechzigjährigen werden 2.600 Euro gewährt.

Wenn sich erbarmungswürdig arme Rentner als Transferleistungsbezieher in dieser Notlage wiederfinden müssen und sich etwas zur kläglichen Rente dazu verdienen wollen, dann wird ihnen noch nicht einmal der Grundfreibetrag von 100 Euro wie bei Hartz IV gewährt. Klienten – um mich nicht zu der euphemisierenden Bezeichnung "Kunden" verleiten zu lassen –, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, können von der Behörde regelmäßig zur Überprüfung ihrer Arbeitsfähigkeit bei einem amtsärztlichen Dienst verpflichtet und möglicherweise erneut in sinnentleerte Maßnahmen oder "zumutbare" Arbeit gezwungen werden. Andernfalls droht die Knute, also die Kürzung der Bezüge. Bei wiederholten "Vergehen" dürfen selbst Behinderte durch summierte Sanktionen auf Null sanktioniert werden. Mit der zunehmenden Armut im eigentlich reichen Deutschland muss einer ja angst und bange vor der Zukunft werden!

2. Wenn ich von Grundsicherung schreibe, setze ich den Begriff gern in Anführungszeichen oder füge "sogenannte" dazu. Ja, ich kann mitreden, weil ich weiß, wie es sich anfühlt, wenn am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist, weil das Geld eben hinten und vorne nicht reicht, gar nicht reichen kann und durch die Transferleistungen ganz bestimmt kein Grundauskommen gesichert wird, nur das Überleben als Ausgeschlossene, schlecht Ernährte, medizinisch miserabel Versorgte, weil das Geld nun einmal nicht für Medikamente plus den Zuzahlungen zur Miete und fürs Essen reicht!

Weil der Regelsatz viel zu niedrig angesetzt ist, müssen immer mehr Erwerbslose bei den Jobcentern ein Darlehen für eine Waschmaschine, einen Kühlschrank, Kleidung oder andere wichtige Dinge beantragen. Aus einer Antwort der Bundesagentur für Arbeit auf eine Anfrage der "Linken"-Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann geht hervor, dass die Jobcenter pro Monat rund 18.700 Erwerbslosen einen Kredit zum Überleben geben, den diese dann mit monatlich

zehn Prozent von der Hartz-IV-Regelleistung mühsam wieder abstottern müssen. Seit 2010 ist die Zahl um 21 Prozent angestiegen.

Dabei pflegen Jobcenter erst dann überhaupt die Gewährung eines Darlehens einzuräumen, wenn es dafür einen besonderen, sogenannten unabweisbaren Bedarf zur Sicherung des Lebensunterhaltes gibt und Betroffene eine Notsituation nachweisen können. Sabine Zimmermann stellt fest, dass die Menschen auf Darlehen zurückgreifen müssen, weil es ihnen unmöglich ist, aus der monatlichen Hartz-IV-Regelleistung Rücklagen bilden zu können, um lebensnotwendige Anschaffungen für den Alltag zu leisten. Sie forderte, dass die Regelleistung unverzüglich angehoben und an die Realität angepasst wird. Sie konstatiert, durch die steigende Gewährung der Darlehen erbringe das Hartz-IV-System selbst den Beweis dafür, dass die Regelleistung prinzipiell viel zu niedrig angesetzt ist.

3. Ein in Duisburg von Hartz IV in eheähnlicher Gemeinschaft vegetierendes Paar erbte 8.000 Euro, wovon teilweise Schulden abbezahlt wurden. Nun urteilte das Bundessozialgericht in Kassel, dass das Jobcenter das volle Erbe als Einkommen anrechnen dürfe, denn zugeflossene Einnahmen seien unabhängig von bestehenden Schulden voll auf das Arbeitslosengeld II zu berücksichtigen (Aktenzeichen B14 AS 10/14 R).

Die Kläger meinten, die Behörde dürfe lediglich 5.000 Euro berücksichtigen, weil ihnen nur dieses Geld zur Verfügung stehe. Schließlich habe die Bank ohne ihr Zutun den Dispokredit automatisch ausgeglichen. Dennoch gab das Bundessozialgericht natürlich dem Jobcenter recht, da nur entscheidend sei, welche Einkünfte dem Paar zugeflossen sind und es sich nun mal um eine Gutschrift von 8.000 Euro gehandelt habe.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Aufforderung zum Schwarzfahren: Die journalistischen Hetzer gegen den Bahnstreik wissen nicht, dass Passagiere der "Holzklasse" zu Freiheitsstrafen verurteilt werden, wenn sie in ihrer Notlage weder Fahrschein noch Geldbuße zahlen können ("Die Welt")

Früher waren Reden von Gewerkschaftsvertretern viel kämpferischer

Etwa 4.000 Menschen waren auf der Bremer Maikundgebung. Bei mäßig-frischen Temperaturen um zehn Grad und bewölktem Himmel hörten sich Interessierte und Tourist(inn)en die Redebeiträge an. Vor allem waren viele Gewerkschaftsmitglieder dabei. Die Kundgebung stand unter dem Motto: "Die Arbeit der Zukunft

gestalten wir!" Die Hauptrede hielt die Bremer DGB-Kreisvorsitzende Annette Düring. Auch gewerkschaftlich organisierte Jugendvertreter(innen) kamen mit eigenen Beiträgen zu Wort.



Annette Düring kam gleich auf den gesetzlichen Mindestlohn zu sprechen. Dieser sei ein Erfolg für uns alle, den es zu verteidigen gelte, etwa gegen Forderungen, die Dokumentationspflicht zu ändern. Dies treffe ebenso gegen Missbrauch zu: Wir brauchten mehr Kontrolle, sagte sie, und darüber hinaus neue gesetzliche Regelungen für Leiharbeit und Werkverträge. Stammarbeitsplätze dürften nicht in "billige Fremdfirmen" ausgelagert werden. Allerdings kam von ihr kein einziges Wort zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Vieles kam leider tatsächlich nicht vor, was im Interesse der Arbeitnehmer(innen) unbedingt hätte gesagt werden müssen. Ein Stichwort ist Arbeitsverdichtung, denn es muss immer mehr Arbeit in immer kürzerer Zeit erledigt werden. Das ganze Elend der Hartz-Gesetze und das Gegeneinanderausspielen mit den abhängig Beschäftigten scheinen für sie nicht zu existieren. Überhaupt waren die Reden von Gewerkschaftsvertreter(innen) früher viel kämpferischer!

Mein Blick ging auch in die Runde: Es gab auf dem großen Versammlungsplatz zahlreiche Stände von Parteien, Einzelgewerkschaften und anderen Organisationen. Besonders erfreut war ich darüber, einige Leute von der Montagsdemo zu treffen. Das "Bremer Friedensforum" war mit einem Infotisch dabei. Auch für das leibliche Wohl war mit Kaffee- und Bierständen gesorgt. Es konnten Bratwürste, Pommes oder kleine Pizzen genossen werden. Verhungern oder verdursten musste auf dem Platz jedenfalls niemand!

Wieland von Hodenberg ("Bremer Friedensforum")

Eine Woche Streik: Die Regierung lässt bei der bundeseigenen Bahn einen lösbaren Tarifkonflikt eskalieren, um mittels Pressekampagne und Tarifeinheitsgesetz die kämpferische Lokomotivführergewerkschaft zu zerschlagen (GDL)

Liefern falsche Ergebnisse die gewünschten Argumente?

1. Eine Statistik soll verlässliche Grundlage für politische Entscheidungen sein. Statistiken, die diesem Anspruch nicht gerecht werden, sind eine Verschwendung von Steuergeld! Aktuell veröffentlicht und vom "Weser-Kurier" kommentiert

wurden die Aufklärungszahlen der Polizei in Bremen. Im Artikel "Vorwurf: Polizei schönt Aufklärungszahlen" heißt es: "Die Zahl der Einbrüche und Einbruchsversuche in Deutschland ist 2014 ein weiteres Mal gestiegen, auch in Bremen. Etwa 152.000 Fälle weist die Statistik aus, 3.057 davon für Bremen (2013: 2.577).

Die Aufklärungsquote dabei liegt deutschlandweit durchschnittlich bei 16 Prozent, in Bremen bei 6,9 Prozent... Die Bremer Polizei weist den Vorwurf, die Aufklärungsquote zu schönen, zurück. Man halte sich an die Richtlinien der Kriminalstatistik... Dass es auch anders geht, weiß die Polizei aus den Wintermonaten. Dann kümmern sich wegen der dunklen Jahreszeit Kriminal-, Schutz- und Einsatzpoli-



zei gemeinsam um Einbrüche. "Wenn wir das mit voller Manpower machen, sind wir auch sofort erfolgreich", sagt Kopelke. "Nur geht so was eben nicht dauerhaft."

Die Erklärungen zu der Statistik besagen: Wenn die Bremer Polizei entsprechend einsatzfähig wäre, wäre die Aufklärungsquote wesentlich höher! Die Folge wäre natürlich auch ein Rückgängig der Einbrüche und Einbruchsversuche, insbesondere weil der Anteil der Serientäter sehr hoch ist. Einsatzfähig ist weder das Polizeilabor noch der Außendienst. Dies ist der Justizbehörde bestens bekannt. Hat die Politik mit falschen Ergebnissen die gewünschten Argumente?

Die Bildungsbehörde wiederum erstellt eine Statistik über den Unterrichtsausfall. Warum diese Statistik falsche Werte liefert, ist auf der Seite zur vorherigen Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Diese Statistik soll "heile Welt" widerspiegeln. Der Unterrichtsausfall ist aber leider noch wesentlich höher, als letzte Woche von mir beschrieben. Die Ziele des Lehrplans werden in den Schulen teilweise überhaupt nicht in den Stundenplan eingearbeitet, weil die entsprechenden Lehrer fehlen.

Die Neuzugänge in den Schulklassen und auch die Inklusion spiegeln sich in den Planzahlen des Unterrichtsbedarfs nicht wider. Dies ist der Bildungsbehörde bestens bekannt! Die GEW stellt klar, dass auch mit weiteren 100 Lehrern die Bildungsziele nicht zu erreichen sind. Die Gewerkschaft vergleicht Bremen mit Hamburg und Berlin. Die Unterschiede sind erschreckend – für Eltern in Bremen! Hat die Politik mit falschen Ergebnissen die gewünschten Argumente?

Nun zur Bundesagentur für Arbeit. Sie hat die Zahlen für April 2015 veröffentlicht, wie immer mit falscher Beschreibung für die Zahlen. Etwa mittig in ihrer Presseerklärung vom 30. April 2015 steht: "Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Erwerbslosigkeit. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist von März auf April um 89.000 auf 2.843.000 gesunken." Diese Meldung ist falsch. Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist wesentlich höher. Dies ist der Bundesagentur für Arbeit bestens bekannt! In der Presseerklärung fehlt einfach der Hinweis, dass es sich um Werte gemäß den Rahmenbedingungen der Statistik handelt.

Wie wesentlich die Abweichungen sind, steht auf der Seite von Axel Troost: Tatsächlich sind über 3.6 Millionen Menschen erwerbslos und auch bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Hinzu kommen zum Beispiel "verloren gegangene" Jugendliche, nachzulesen bei den vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen zum Stichwort Jugendberufsagentur. Insgesamt ist festzustellen: Die genaue Zahl bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Erwerbslosen kennt auch Herr Weise nicht!

In der Presseerklärung der Bundesagentur für Arbeit steht auch: "Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind saisonbereinigt weiter gewachsen." Diese Wachstum ist Augenwischerei; nachzulesen bei der 517. Bremer Montagsdemonstration. Punkt 3 zeigt auf, dass die "Erfolge" durch immer weniger reguläre Vollzeittätigkeiten erzielt werden! Weiterhin lobt die Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit die "Arbeitskräftenachfrage": "Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern ist weiter aufwärtsgerichtet. Im April waren 552.000 Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet." Die "Arbeitskräftenachfrage" wird aus den verfügbaren Stellenangeboten generiert. Die Zahlen werden nicht berichtigt und so akzeptiert.

In der Erläuterung der Bundesagentur für Arbeit zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs steht zu den offenen Stellen auf Seite 11: "Zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen gibt es noch weitere Personen, die zum Teil sogar sofort eine Arbeitsstelle antreten können. Das sind zum Beispiel Personen, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben oder an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen. Darüber hinaus könnten auch Personen in der Stillen Reserve im engeren Sinne, die sich vom Arbeitsmarkt entmutigt zurückgezogen haben oder sich in Warteschleifen des Bildungs- und Ausbildungssystems befinden, bei veränderten Bedingungen kurzfristig verfügbar sein.

Addiert man wie in Abbildung 5 zu den Arbeitslosen die Teilnehmer an entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, kommt man zur Unterbeschäftigung in der Definition der Statistik der Bundesagentur; dazu kann man dann noch die Stille Reserve im engeren Sinne zählen, um so das maximal im Inland verfügbare Arbeitskräftepotenzial abzuschätzen. Entsprechend verändert sich das Knappheitsmaß deutlich: Kommen 2013 auf eine vakante Stelle 4,2 Arbeitslose, steigt diese Zahl auf 5,5 wenn man die Unterbeschäftigung heranzieht, und auf 6,1 wenn man noch die Stille Reserve im engeren Sinne berücksichtigt."

Nach dieser Erläuterung ist die tatsächliche Erwerbslosigkeit noch wesentlich größer als vorstehend geschätzt. Die Zahlen des "Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe" belaufen sich auf 4,897 Millionen Arbeitsuchende, darunter 2,843 Millionen registrierte Arbeitslose, und insgesamt 5,152 Millionen Arbeitslosengeldempfänger(innen). Diese Zahlen decken sich mit einer Hochrechnung der Bundesagentur zum Fachkräftebedarf.

Das "Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe" stellt fest: "Das Land Bremen ist im April 2015 das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote und das einzige Bundesland, in dem auch im April 2015 von

der Statistik der Bundesagentur für Arbeit mehr Arbeitslose registriert wurden als ein Jahr zuvor." Im April 2015 hatte Bremen demnach 37.872 Arbeitslose. Dies alles ist der Bundesagentur für Arbeit bestens bekannt! Auch die riesigen Löcher der Ausbildungsplatzgarantie (siehe Vorwoche). Hat die Politik mit falschen Ergebnissen die gewünschten Argumente?

2. Der Bundesnachrichtendienst beziehungsweise die politisch Verantwortlichen sind in Erklärungsnot: Haben sie gelogen, haben sie versagt? Die Bundeskanzlerin wird mindestens einem Minister ihr "vollstes Vertrauen" aussprechen – oder sich selbst. Die Liste mit den Suchbegriffen dürfte nur noch historischen Wert haben. Die NSA hat aufgerüstet: Sie kann jetzt sämtliche weltweit abgefangenen Gespräche und E-Mails verarbeiten und zeitnah auswerten, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Abgefangen wird einfach alles, ohne jedwede Auswahl. Die Leitungen sind weltweit angezapft.

Die Kopiergeschwindigkeit entspricht den Übertragungsraten. Die entsprechenden Speichermedien stehen bereit. Die Liste ist trotzdem hochinteressant, weil daraus die damaligen Schwerpunkte ersichtlich sind. Zur Verflechtung, auch der personellen Verflechtung von NSA und BND, siehe 480. Bremer Montagsdemonstration. Leider werden auch die Gründung der "Organisation Gehlen", der Vorgängerin des Bundesnachrichtendienstes, und die Übernahme von führenden Nazis in diese Organisation durch die Amerikaner und durch Adenauer noch heute eine Rolle spielen, siehe 439. und 444. Bremer Montagsdemonstration.

Auch diese Enthüllung haben wir Edward Snowden zu verdanken! Es wird Zeit, ihm in Deutschland Asyl zu bieten. Anschließend kann mit wirklicher Fachkompetenz diese unwahrscheinliche Hintergehung, dieser Vertrauensbruch der Beteiligten aufgeklärt werden! Die USA werden von der deutschen Bundeskanzlerin um Erlaubnis gefragt: "Darf ich die Liste veröffentlichen?" Kein Novum: Jeder deutsche Kanzler der Nachkriegszeit hat in den USA einen zusätzlichen Amtseid abgelegt. Wie verständlich ist dieses Duckmäusertum nunmehr?

3. Wenn ich ein Objekt für 1.000 Euro monatlich anmiete, muss ich diese monatliche Miete zahlen. Wenn ich dieses Objekt für 30 Jahre anmiete, muss ich somit 360.000 Euro zahlen. Wenn ich dieses Objekt kaufe und den Kaufpreis mit einem Kredit finanziere, komme ich meistens günstiger davon. Als Unternehmer muss ich die Miete für die Restlaufzeit des Vertrags in der Bilanz ausweisen. Die Bilanzierungsvorschrift wurde eingeführt, damit Geldgeber die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens besser einschätzen können. Nun verhindert die Schuldenbremse der öffentlichen Hand den Kauf des Objekts und die Finanzierung per Kredit. Die Schuldenbremse wird gepriesen, die Investoren werden angelockt – zum Absahnen.

Bremen hat den Krankenhausneubau für Finanzinvestoren ausgeschrieben. Die Angebote waren nicht verlockend. Bremen hat selbst die Kredite aufgenommen und Geld gespart, bei allem sonstigen Ärger, siehe 168. Bremer Mon-

tagsdemonstration. Die Kostenexplosion bei Investitionen in "öffentlich-privater Partnerschaft" ist durch viele Erfahrungen untermauert. Der NDR hat dies eine "Plünderung des Staates" genannt, siehe 490. Bremer Montagsdemonstration. Dass "öffentlich-private Partnerschaft" von einem Minister der Bundesregierung mit einer Investorenschutzklausel und der totalen Geheimhaltung akzeptiert wurde, ist einfach grausig, siehe 492. Bremer Montagsdemonstration!

Wie kommt nun der Bundeswirtschaftsminister zu einer so positiven Aussage über "öffentlich-private Partnerschaft"? Ganz einfach: Er hat Sachverständige bestellt. Die haben wunschgemäß geliefert, schließlich will auch die EU per "öffentlich-privater Partnerschaft" viel Geld loswerden, siehe 506. Bremer Montagsdemonstration. Um so brutal gegen die Interessen der Steuerzahler zu handeln, bedarf es eines breiten Kreuzes!

Der Minister missachtet dabei auch die amtlichen Prüfergebnisse: "Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, dass sich der Ausbau verzögert, wenn er als ÖPP-Projekt realisiert wird… Von den für die Instandhaltung vorgesehenen 60 Millionen Euro könnten 25 Millionen Euro gespart werden, wenn die Bauabschnitte nacheinander in konventioneller Weise ausgebaut würden."

Der "Spiegel" meldet: "ÖPP-Projekte in Deutschland: Privat gebaute Autobahnen sind teurer". Im Bericht wurden sechs Prüfungen des Bundesrechnungshofes mit circa 1.9 Milliarden Euro Mehrkosten durch "öffentlich-private Partnerschaft" berücksichtigt.

In Bremen wurde die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung vom amtierenden Senat durchgesetzt. "Die Linke" hat diesen Eintrag hinterfragt. Die Antwort des Senats bietet viel Lesestoff, doch die Vereinbarung ist wie zuvor beschrieben unsinnig. Die Schuldendenbremse und die damit erzwungenen ÖPP-Projekte werden zu einer weiter beschleunigten Vermögensumverteilung führen: Die Superreichen werden noch schneller noch reicher!

4. Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA werden durch die Erfindung eines "Handelsgerichtshofes" nicht annehmbarer: Der Klagegrund, die Klagemöglichkeit muss ebenfalls geändert werden, ebenso alle anderen Fallstricke. Es fehlt den Befürwortern an Ehrlichkeit! Ein Vertrag erfordert Vertrauen. Solange die Überwachungsaffäre weder beendet noch geklärt wurde, ist keine Vertrauensbildung möglich!

Ich glaube, dass diese Freihandelsverträge die Gesellschaften in Europa gravierend verändern werden: Die Demokratie geht den Bach runter, unsere Beziehungen zu anderen Ländern werden belastet. Diese Länder haben Nachteile durch die Freihandelsverträge. Dies geht den Befürwortern zu weit? Macht es ganz einfach: Den Vertragstext auf den Tisch! Die Klauseln werden von Verbraucherverbänden und der breiten Öffentlichkeit geprüft und diskutiert. Wenn die Verträge dies überstanden haben, müssen die Parlamente die Schlussworte sprechen – mit der Möglichkeit von Änderungen und nicht nur Ja oder Nein wie jetzt geplant.

Dies alles aber erst, wenn unsere Privatsphäre von jedweder Überwachung verschont bleibt und die bisherigen Ausspähungen aufgeklärt sind. Die gewonnenen Daten sind selbstverständlich zu löschen! Die EU schließt mit vielen Staaten Afrikas Freihandelsabkommen ab, leider mit nachteiligen Bedingungen für die Afrikaner. Teilweise sollen die Staaten durch finanziellen Druck zur Unterschrift genötigt worden sein. Ein Unding! Und wir wundern uns über die Flüchtlingszahlen?

5. Die augenblickliche Einhaltung der Vorgaben des Stabilitätsrates durch Bremen ist den niedrigen Zinssätzen zu verdanken. Trotzdem werden in der Hansestadt gravierende Einschnitte etwa in die Bildung oder das Gesundheitswesen vorgenommen. Die finanziellen Vorgaben werden so erfüllt, die sozialen Vorgaben ignoriert. Die sozialen Schulden sind immens gewachsen. Geld kann nachgezahlt werden, aber die fehlende Krankenschwester, die fehlende Lehrerin ist nicht nachträglich ersetzbar.

Bremen hat im großen Umfang Arbeitsplätze geschaffen, auch auf Kredit, und damals von allen in der Hansestadt tätigen Arbeitnehmern die Lohnsteuern erhalten. Dann kam die Neuverhandlung: Die Lohnsteuern sollten an die Wohnorte der Arbeitnehmer gehen. Bremen hat dadurch erkennbar einen Nachteil. Gerhard Schröders "Kanzlerbrief" soll angeblich einen Ausgleich für diesen Nachteil versprochen haben: "Die erhofften 500 Millionen Euro hatten die Politiker der Großen Koalition schon wie selbstverständlich in den Haushalt 2005 aufgenommen."

Dieser Bürgermeister hat später behauptet, er habe bereits damals gewusst, dass dieser Brief nichts wert ist. Komisch, damals wollte er klagen! Finanzsenatorin Linnert hat aktuell nochmals betont, dass der Kanzlerbrief nicht den damals behaupteten Inhalt hatte. Die Bürger der Freien Hansestadt wurden somit für dumm verkauft! Nun stehen die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Beiräten vor der Tür. Entsprechende Informationen wurden an jeden Haushalt verschickt, die Wahlbenachrichtigungen an jeden Wahlberechtigten. Sonntag geht's los!

Das Wahlrecht ist ein scharfes Schwert! Nichts wünschen sich viele Reiche sehnlicher als die Abschaffung des Wahlrechts für Arme. Letztens bezeichnete ein Mittelständler in einem Bericht des "Weser-Kuriers" die Neugestaltung der Erbschaftsteuer als "Neiddebatte". Dieses Wort hat mir schon lange gefehlt! Es war sofort in der Überschrift gelandet. Dabei wird der Mittelstand nicht von den Menschen mit wenig Geld geschädigt: Der Mittelstand muss sich gegen die Reichsten durchsetzen.

Die Konzentration entzieht dem Mittelstand die Daseinsberechtigung. Der Abstieg der Unternehmer in die Sozialsysteme ist leider kein Einzelfall. Bei der Erbschaftsteuer wurden Sonderregelungen für Unternehmen ausgenutzt. Die besonderen GmbHs konnten verboten werden, die Einlagen von nicht notwendigem Betriebsvermögen und damit die Erbschaftsteuerbefreiung für Gold und andere Vermögenswerte nicht. Daher erfolgt die sowieso überfällige Neuordnung.

Aber zurück zum Recht auf Stimmabgabe: Wer nicht wählt, verschafft den Nazis Vorteile. Wer wählt, kann seine Kandidat(inn)en wählen. In Bremen kann

die Aufstellung der Parteien und die Zuordnung von Listenplätzen ausgehebelt werden: Wenn die Kandidatin auf dem letzten Listenplatz genug Personenstimmen erhält, so ist sie gewählt! Leider fehlt diese Erklärung in den Musterwahlunterlagen. Warum? Auch Politiker sind Menschen, ihr Beifall ist die Stimme des Wählers. Jede(r) Politiker(in) hat besondere Anliegen. Einige haben bereits zeigen können, wie ernst sie es damit nehmen.

Die Politik läuft auch, wenn nur einer zur Wahl geht. Natürlich bedauern immer alle Politiker in den Medien die geringe Wahlbeteiligung. Dann geht's in den Alltag. Die eigene Klientel wird gepflegt, schließlich will der Abgeordnete wiedergewählt werden. Dem Nichtwähler wird zwischendurch gehuldigt. Er soll das Gefühl haben, dass er eine Glanztat vollbracht hat. Je mehr Nichtwähler, umso einfacher ist das eigene Geschäft für bestimmte Interessenvertreter aus bestimmten Wahlkreisen. Umso einfacher ist auch irgendwann die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts.

Die EU hat da bereits erste Schritte durchgeführt. In der Schattenregierungen der Metropolregion Oldenburg/Bremen sitzen Volksvertreter sowie ungewählte Vertreter des Kapitals. Diese Schattenregierung ist in Vereinsform gekleidet. So stellt sich die EU die Aufteilung Europas vor. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Die CDU ruft auf zum Bejubeln der Bundeskanzlerin am Donnerstag, dem 7. Mai 2015, um 16 Uhr auf dem Bremer Marktplatz. Der SPD-Zählkandidat für die nächste Bundestagswahl, Sigmar Gabriel, wagt sich am Freitag, dem 8. Mai 2015, um 19 Uhr dagegen nur ins Musical-Theater am Richtweg. Dort findet am Vortag zur gleichen Zeit auch AfD-Chef Bernd Lucke Zuflucht vor den Demonstranten. Gregor Gysi spricht am Freitag, dem 8. Mai 2015, um 19 Uhr auf dem Marktplatz in Osterholz, Ecke Sankt-Gotthard-Straße. Die Vorprogramme beginnen jeweils eine Stunde früher.

Wahldebakel für Rot-Grün: Nach der Ansprache in Deppendeutsch blieb die Bremer Bürgerschaft zu Hause ("Spiegel-Online")

22 Prozent: CDU mit Motschmann so stark wie Grüne mit Fukushima ("Bild"-Zeitung)

Fast schon unerwartet: So ging in Bremen die "Wahl von der Bürgerschaft" von der Bürgerschaft aus. ("Neues Deutschland")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

An die Regierungen in aller Welt

Ich bin kein Engel, Kein Superweib. Ich bin ein Menschlein Aus Seel und Leib. Ich bin kein Robot, Kein Superhirn.

Ich bin nur Mutter,
Die Bestes will,
Für meine Kinder,
Für dieses Land:
Hört auf zu streiten,
Benutzt Verstand!

Hört auf zu drücken Auf armes Volk, Zählt guten Willen, Nicht nur Erfolg, Hört auf mit Lügen Weltweit und hier!

Dient nicht dem Monster Aus Hass und Gier! Hört auf mit Strafen Auf ganzer Welt! Das ist ein Monster, Das einmal fällt!

Vorgetragen von einer Mitstreiterin der Bremer Montagsdemonstration

519. Bremer Montagsdemo am 11. 05. 2015

Die Betroffenen sind nicht "zu bildungsschwach", um ihre aussichtslose Situation zu erkennen



1. Nach der Ausbildungsgarantie sollten eigentlich alle jugendlichen Schulabgänger einen Ausbildungsplatz bekommen. Uneigentlich erfüllt sich dieses Versprechen aber eben keineswegs für alle. Bis zum Beginn des Ausbildungsjahres 2014 erfasste die Arbeitsagentur für Bremen und Bremerhaven 5.585 Bewerber, von denen der Großteil auch einen der 5.421 gemeldeten Ausbildungsplätze bekam. Wenn dann "lediglich" 265 Jugendliche als "unversorgte Bewerber" gelten, weil sie weder

einen Ausbildungsplatz bekommen noch eine sogenannte Weiterbildungsmaßnahme, dann hört sich das doch nach einer guten Quote an. Aber wie wir alle wissen, ist Papier geduldig, und wir können nur lesen, was draufsteht!

Mit anderen Worten: Es müssen auch alle Schüler als lehrstellensuchend in der Statistik der Bremer Arbeitsagentur auftauchen. Leider stellte sich nun heraus, dass die Zahl der Suchenden offenbar wesentlich höher ist, als die offizielle Statistik behauptet. Wie das sein kann? Wenn ein Jugendlicher Interesse an einer Ausbildung hat und sich an die Behörde wendet, liegt es im Ermessen des Sachbearbeiters, dessen Qualifikation und Eignung einzuschätzen. Der Sachbearbeiter kann den Jugendlichen für "ausbildungsreif" halten und ihm sowohl den Bewerberstatus als auch Ausbildungsangebote vermitteln. Er kann dem Jugendlichen diese Eigenschaften aber auch absprechen, weil er beispielsweise schlechte Noten hat oder schlecht Deutsch spricht.

Dann werden dem Jugendlichen lediglich entsprechende Maßnahmen vorschlagen, um seine Defizite aufzuholen, und von Ausbildungsplätzen ist gar nicht mehr die Rede. Ob der Sachbearbeiter auch selbst "beurteilungsreif" ist oder nach Sympathie oder Antipathie entscheidet, vermag ich nicht zu ermessen. Das Wichtigste überhaupt: In der Statistik taucht der "nicht ausbildungsreife Jugendliche" erst gar nicht auf, obwohl er sich nach wie vor auf der Suche nach einem Ausbil-

dungsplatz befindet. Praktischerweise sei es nicht bekannt, wie viele Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz durch das Raster der Arbeitsagentur fallen oder sich gleich ausschließlich selbständig auf die Suche begeben.

Nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung taucht das Problem mit der Statistik bundesweit auf, weil die Wirtschaft offenbar ein Interesse daran habe, die Zahl der "ausbildungsfähigen" Jugendlichen klein zu halten und somit den "politischen Druck" aus der Statistik zu nehmen. Angeblich um zu verhindern, dass viele Jugendliche ihr Vertrauen in Institutionen wie die Agentur für Arbeit verlieren, habe die "Jugendberufsagentur" in Bremen letzte Woche ihre Arbeit aufgenommen. Mir fällt mal wieder auf, dass das Euphemisieren von Statistiken ihrer "Klienten" zur besonderen Stärke einer Arbeitsagentur zu gehören scheint.

Auf dass das Versprechen der Ausbildungsgarantie, herzallerliebst aufgehübscht in quietsch-rosaroten Zahlen, frühlingshaft erblühen möge! Da mag das offizielle Ziel der Jugendarbeitsagenturen, dass mehr junge Menschen schneller eine Ausbildung und einen Berufsabschluss bekommen mögen, noch so positiv erschallen – die gesamte Herangehensweise wirkt mehr als unerfreulich. "Ausbildungserfolge" werden kaum mit ordnungspolitischer Lenkung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt erreicht, sondern eher, wenn mehr Betriebe in die Pflicht genommen würden, die Stellen für eine Ausbildungsgarantie zur Verfügung zu stellen. Zugegeben, es könnte leichter sein, den Schulabgängern einen Stempel über ihren "individuellen Mangel" aufzudrücken, eben selbst nicht ausbildungsfähig zu sein.

Weil im derzeitigen Umgang mit unterfünfundzwanzigjährigen Hartz-IV-Beziehern bereits noch schneller und "hochprozentiger" sanktioniert wird als ohnehin schon, erscheint es mehr als fraglich, dass diese Sonderbehandlung von behördlicher Seite aus aufgegeben werden könnte, selbst wenn – wie vom Senat nachträglich angekündigt – Sanktionsfreiheit angestrebt werde. Woanders ist wieder im uns bestens vertrauten Ton nachzulesen, "dass eine höhere Zahl von "Kontakten" seitens des Jobcenters zu mehr "Meldeversäumnissen" und damit auch zu mehr Sanktionen führe". Auch das Bestreben der "Jugendarbeitsagenturen", alle Schulabgänger(innen) zwischen 15 und 25 zu erfassen, wird datenrechtlich sehr kritisch gesehen, zumal das Schul- beziehungsweise Schuldatengesetz offenbar dafür geändert werden müsste.

Bisher scheint leider nur "Die Linke" nach dem Motto "Alles wird immer neoliberaler – Jugend-Jobcenter sind keine Lösung!" das Ausmaß dieser JugendArbeitsagentur zu hinterfragen. Psychologin Britta Littke-Skiera kritisiert treffend,
dass echte Beratung nur dann auf Augenhöhe stattfinden könne, wenn Jugendlichen die Möglichkeit gegeben würde, alle Faktoren gegeneinander abzuwägen
und sich frei zu entscheiden. Bei der "Beratung" der Jobcenter und Arbeitsagenturen sieht sie hingegen ein System, das durch Ausübung von Zwang und Druck
unter Androhung von Sanktionen funktionierte. Gerade junge Menschen müssten
bereits aufgrund eines sehr geringen "Fehlverhaltens" Sanktionen fürchten, wäh-

rend sie zu fast jeder Tätigkeit oder Maßnahme gezwungen werden könnten, unter deren Folgen möglicherweise die ganze Familie leiden müsste, die mit "in Sippenhaft" genommen würde.

Wie sollten sich Jugendliche wohl unter solchem oft existentiellen Druck, ihren Neigungen und Begabungen entsprechend, für eine Berufsausbildung entscheiden können? Da ist doch eher zu befürchten, dass sie sich aus Angst sehr schnell den Vorschlägen des zuständigen Sachbearbeiters beugen, zumal diese ohnehin nicht abgelehnt werden dürfen. Weiterhin lässt sich argwöhnen, dass diese "Jugendjobcenter" hauptsächlich dazu dienen sollen, junge Menschen in perspektivlose Niedriglohnjobs zu vermitteln und Sanktionen rigide gegen sie durchzusetzen, damit sie frühzeitig begreifen, "wo der Hammer hängt". Für Littke-Skiera wären hier eine echte Beratung auf Augenhöhe, die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung einer armutsverhindernden, existenzsichernden, sanktionsfreien Grundsicherung hilfreich.

2 Bis Sonntag dachte ich noch, in Bremen stehe bereits vor dem Ende der Bürgerschaftswahl so gut wie fest, wie sie ausgeht. Ebenso war ziemlich von Anfang an mit einer hohen Zahl von Nichtwählern zu rechnen. Das kleinste Bundesland weist die größte soziale, wohl eher *finanzielle* Spaltung auf, weil hier die meisten Millionäre in ihren Villen residieren und die meisten Armen von Hartz IV vegetieren. Die Reichen gehen wählen, die Armen oft nicht mehr: Diesen Trend bestimmte der Kölner Soziologe Armin Schäfer treffend als "Verlust politischer Gleichheit".

Ich glaube nicht, dass die Zahl der ungültigen Stimmen in den armen Ortsteilen etwas mit einer "intellektuellen Überforderung der Ungültigwähler" durch das neue Wahlrecht zu tun hat, sondern mit einer Protesthaltung. Der "Anfang vom Ende der Demokratie" ist meiner Meinung nach nicht den Nichtwählern oder den Ungültigwählern geschuldet, sondern hat etwas mit der neoliberalen Haltung etlicher Politiker gegenüber den "Überflüssigen", den "Abgehängten", den in unserer Gesellschaft "nicht mehr Verwertbaren" zu tun. Ich fürchte, hier wird etwas ganz Entscheidendes nicht verstanden oder will nicht verstanden werden!

Warum in aller Welt sollten finanziell Arme und Abgehängte, gesellschaftlich Ausgeschlossene bitte schön auf die Idee kommen, ausgerechnet jene Politiker zu wählen, die sie abgehängt haben beziehungsweise weiter abhängen lassen und sich ganz bestimmt nicht für die Verbesserung ihrer Situation einsetzen? Soll hier die von Armut betroffene Bevölkerung für blöd verkauft werden? Ausgerechnet der sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder setzte bewusst alles an den Aufbau eines gigantischen Dumpinglohnsektors und verabschiedete zusammen mit den Grünen und natürlich der CDU/CSU und der FDP die menschenverachtenden Hartz-Gesetze.

Ich weiß gar nicht, ob ich lachen oder weinen soll, wenn sich dann in aller Bigotterie darüber gewundert und beklagt wird, dass Kinder aus einkommensschwachen Verhältnissen stark benachteiligt sind. Mehr als die Hälfte hat nicht genug Geld, um einmal im Monat ins Kino, Theater oder Konzert zu gehen. Natürlich

reicht die staatliche Unterstützung für arme Familien hinten und vorne nicht aus. Sie orientiert sich zu wenig am Bedarf der Kinder. Schön, dass diese Erkenntnis nach über zehn Jahren nun auch angekommen ist! Danke, dass hier niemand weiter mit "sozial schwach" abwertet, sondern von den tatsächlich vorhandenen "einkommensschwachen Familien" gegenüber jenen "in gesicherten finanziellen Verhältnissen" schreibt. Nein, die Betroffenen sind nicht "zu bildungsschwach", um ihre aussichtslose Situation zu erkennen!

Bertolt Brecht formulierte treffend: "Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber". Zur "Einleitung" der Abschaffung der Demokratie gehört es in meinen Augen vielmehr, den gesellschaftlich ausgegrenzten Armen grundgesetzlich garantierte Rechte zu verwehren. Daher freue ich mich, dass "Die Linke" solch einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat, da sie die einzige im Bremer Senat vertretene Partei ist, die sich für Hartz-IV-Bezieher einsetzt. In Berlin würde ich "Die Linke" dagegen nicht wählen. Vor der Wahl rechnete wohl niemand damit, dass Bürgermeister Jens Böhrnsen als Konsequenz für den Stimmenverlust sein Amt niederlegen würde. Wenn sich jetzt eine Große Koalition herauskristallisieren sollte, wird wohl noch weniger mit einer effektiven Bekämpfung der staatlich initiierten Armut zu rechnen sein. Verdammter Mist, dass FDP und auch noch AfD es geschafft haben, in die Bremische Bürgerschaft zu kommen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Mein Wort zum Vatertag



Immer mehr dieser parlamentarischen politischen "Volksvertreter(innen)" schlagen in ihrer Stellvertreterpolitik vor, die Menschen sollten mehr *mitbestimmen* dürfen. Hiermit wird in meinen Augen bereits der nächste Betrug an der Mehrheit der Menschen eingeläutet, mit dem man wohl ausschließlich Stimmen der Wählerinnen und Wähler gewinnen will. Wieso eigentlich mehr *Mitbestimmung*?

Die Menschen müssen in ihrer Mehrheit selbst bestimmen dürfen, wie, wann, von wem und ob überhaupt etwas gemacht wird. 50 Prozent der Bürge-

rinnen und Bürger der Hansestadt Bremen sind den letzten parlamentarischen Wahlen ferngeblieben, weil sie ihre Interessen durch die gewählten Stellvertreter nicht mehr vertreten sehen. Nun müssen – nach richtigen Schlussfolgerungen – nur noch die richtigen Forderungen gestellt werden.

Bestimmt sollten sich diese 50 Prozent in einer Alternative für ein gemeinsames Handeln zum Wohle der Mehrheit zusammenfinden. Anscheinend könn-

ten sie hiermit selbst jede Wahl in Bremen mit absoluter Mehrheit gewinnen und notwendige gesellschaftliche Veränderungen einläuten. Ich wünsche mindestens diesen 50 Prozent einen schönen Feiertag! Sie haben bereits fast alles richtig gemacht mit dem Fernbleiben von diesen Wahlen. Freundliche Grüße!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Solidarität mit der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GDL, wir erklären uns uneingeschränkt solidarisch mit eurem Streik für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und gegen eine weitere Beschneidung des Streikrechts in Deutschland! Nach zehn Monaten Verhandlung und sieben Warnstreiks hat sich der Vorstand der Deutschen Bahn keinen Millimeter bewegt. Er trägt die volle Verantwortung für die Verschärfung des Streiks und seine Auswirkungen auf Millionen Bahnkunden.

Wir weisen entschieden die Hetze der Regierung, des Bahnvorstandes, von "Bild" und anderen Medien gegen die GDL zurück. Besonders empörend sind die persönlichen Attacken gegen euren Vorsitzenden Claus Weselsky! Vor lauter Stimmungsmache erfahren die Bürger kaum noch, wofür ihr eintretet: Die GDL fordert fünf Prozent mehr Lohn, Abbau und Begrenzung der vielen Überstunden und Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden. Damit könnten zahlreiche neue Arbeitsplätze für arbeitslose Menschen geschaffen werden.

Der Bahnvorstand weigert sich auch, alle GDL-Mitglieder des Zugpersonals in den bereits bestehenden Flächentarifvertrag einzubinden. Diese Forderung ist mehr als berechtigt! Der Bahnvorstand verschleppt die Verhandlungen ganz bewusst, bis das sogenannte Tarifeinheitsgesetz im Sommer in Kraft tritt. Mit diesem Gesetz will die Regierung das jetzt schon stark eingeschränkte Streikrecht in Deutschland weiter beschneiden und kämpferische Gewerkschaften handlungsunfähig machen. In eurem Streik geht es also um mehr als nur Tarifforderungen: Es geht um unser aller Rechte!

Wir haben heute Abend die 519. Montagsdemo in Bremen durchgeführt. Seit 2004 kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze und den gesamten Sozialabbau. Es hat sich längst bestätigt, dass sie die Massenarmut und den Druck auf die Beschäftigten massiv beschleunigt haben. Deshalb müssen die Hartz-Gesetze weg! An unserem Offenen Mikrofon haben wir über euren Streik und den Streik der Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas informiert und große Sympathien erfahren.

Ihr seid mit eurer konsequenten und kämpferischen Haltung ein Vorbild für uns und andere Protestbewegungen! Wir werden in der Öffentlichkeit weiter für

die volle Berechtigung eures Streiks einstehen. Wir wünschen euch viel Kraft, Zuversicht und Rückgrat für die weiteren harten Auseinandersetzungen! Der Bahnvorstand und die Bundesregierung dürfen mit ihren Angriffen nicht durchkommen! Mit vielen solidarischen Grüßen.

Initiative Bremer Montagsdemo – siehe auch GDL

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

520. Bremer Montagsdemo am 18. 05. 2015

Der Regierung sind Geheimdienstinteressen der USA wichtiger als der Schutz unserer Grundrechte

1. Bremen hat gewählt. Die Wahl der Bürgerschaft ist gültig. Die Hälfte der Wähler und Wählerinnen hat jedoch nicht gewählt – leider, denn das allgemeine Wahlrecht wurde von unseren Vorfahren erkämpft! Wie groß die Begehrlichkeiten sind, das allgemeine Wahlrecht einzuschränken, ist auf den vorherigen Seiten der Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Wenn wir an die Einführung des allge-



meinen Wahlrechts und die damalige Stellung der "Masse" denken, sollte nicht vergessen werden, wie sehr sich die Politiker gesträubt haben, das Wahlrecht für Frauen im Gesetz zu verankern. Die Umsetzung hat nochmals gedauert, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Herzlichen Glückwunsch an "Die Linke"! Herr Böhrnsen hat sich entschieden, nicht wieder zu kandidieren. Die SPD ist jetzt auf "Spurensuche". Sie sucht nach dem geeigneten Nachfolger. Erst danach geht es in die Verhandlungen. Es dauert. Am Ende einer Legislaturperiode müssen bisher nicht bearbeite Anfragen und Themen nicht mehr behandelt werden. Bremen hat viel davon, insbesondere an Parlamentsthemen. Das Parlament hat keine längeren Sitzungszeiten beschlossen, weil eine größere Fraktion dies blockiert hat.

Ich wünsche der SPD Mut zu einem tatsächlichen Neuanfang. Das Angebot der CDU weckt bei mir Erinnerungen: Die CDU stellte schon einmal den Senator für Kultur. Dieser hat es verstanden, durch Nutzung von Besonderheiten neue Mitarbeiter in die Behörde zu holen. Er wurde gefragt: "Wann waren Sie zuletzt im Theater, Herr Senator K.?" Seine Antwort war kurz im Radio zu hören und liegt nun im "Giftschrank" von "Radio Bremen". Nachzulesen auf den Seiten der Bremer Montagsdemo!

Die CDU stellte auch einen Senator, der auf verschieden Gebieten für Bremen tätig war. Er hat die Ausbildung zum Steuerprüfer eingestellt. Er hat führend die vielen GmbHs für Aufgaben der Freien Hansestadt gegründet – ausgegliedert aus den entsprechenden Behörden. Es wurden leider zu viele GmbHs. Eine gute Bezahlung und gute Arbeitsverträge sind lobenswert, aber die Gesellschafts- und Geschäftsführerverträge dieser GmbHs sind leider für Bremen oftmals ungünstig. Die Erhöhung der Geschäftsführerbezüge können teilweise nicht von der Freien Hansestadt beeinflusst werden.

Eines haben diese GmbHs gemeinsam: Die Geschäftsführer erhalten mehr Geld als vorher. Die Offenlegung der Geschäftsführergehälter klappt nicht vollständig. Die GmbHs werden aufgelöst, und schon steht der Geschäftsführer wieder – aber mit neuen Bezügen – auf der Gehaltsliste der Freien Hansestadt. Das Rückkehrrecht wirkt! Diese Aufzählung ist unvollständig. Wirkungsspuren werden nur teilweise öffentlich und setzen sich fort. Es wäre auch besser zu gestalten gewesen. Auch die Änderung der Steuerverteilung und der Reinfall mit dem "Kanzlerbrief" wurden von SPD und CDU verzapft, nachzulesen bei der Bremer Montagsdemonstration!

2. Bremer Schüler sind Verlierer in allen vergleichenden Statistiken. Bremen hat die meisten Schüler, die den Abschluss nicht schaffen. Bremen hat eine "Uni plus": die private Jacobs-Universität. Bremen hat die staatliche Hochschule erneut in ein Finanzkorsett gepresst: Sie muss sparen – wie, bleibt ihr überlassen. Es geht in allen Ansätzen um die Einstellung von Studiengängen oder Qualitätsverschlechterung auf breiter Basis. Beides tut nicht nur der Uni weh! Der Hohn, die Mittelkürzung nennt sich diesmal "Wissenschaftsplan 2020", siehe auch Bremer Montagsdemonstration. Bremen hat viele Schulden und spart sich kaputt. Gespart wird aber nicht am Beton, nicht an den Gehältern der Senatoren.

Tariferhöhungen sind selbstverständlich, sonst fehlt die Wertschätzung, so ähnlich war die Begründung dafür. Beamte werden anders behandelt: Bei ihnen wird es versucht und auf Druck nachbezahlt, siehe auch Bremer Montagsdemonstration. Bremen hat die Auflagen des Stabilitätsrates bisher nur erfüllt, weil die Kreditzinsen so günstig sind. Die Freie Hansestadt kann die akzeptierten Bedingungen der **Schuldenbremse** nur mithilfe der anderen Bundesländer erfüllen. Wenn diese Hilfe nicht umfassend ist oder auch nur die Kreditzinsen steigen, wird Bremen durch den Stabilitätsrat angehalten, den Haushalt auszugleichen. Aufgrund der Gesetzesänderung kann Bremen die Sozialleistungen oder auch die Einkommen seiner Mitarbeiter(innen) senken, siehe auch Bremer Montagsdemonstration.

Falls die Hansestadt dies nicht umsetzt, kann der Stabilitätsrat durch regieren. Der Senat muss weisungsgebunden handeln. Unter diesen Rahmenbedingungen sind die Kürzungen insgesamt zu sehen. Es gibt keine Erfolgsgarantie. Die Verhandlungen laufen. Die Bundeskanzlerin hat uns die Entwicklung Bayerns vom Nehmerland zum Geberland als Beispiel empfohlen. Bayern hatte einen Ministerpräsidenten, der steuerrechtliche Vorteile und Betriebsprüfungsverzicht für neue Investoren vereinbart haben soll. Die Auswirkungen? Siehe vor! Diese Zu-

sagen sind insbesondere durch die Klage eines Investors in den Gerichtssaal und damit an die Öffentlichkeit gekommen.

Wieso ist Geld mehr wert als die Zukunft unserer Jugend? Wieso stellen wir nicht die Lehrer ein, die nötig sind, um die Jugend gut und umfassend zu bilden? Wieso fehlen die entsprechenden Unterrichtsmaterialien? Mit welcher Berechtigung verweigern wir den jungen Menschen den optimalen Weg in die Zukunft? Dieser Frage habe ich nichts mehr hinzuzufügen, obwohl die Liste weiterer Einschnitte zulasten der Menschen in Gegenwart und Zukunft lang wäre. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf eure Meinung und Erfahrung!

3. Die Bundeskanzlerin hat lügen lassen: Ihr Kanzleramtsminister hat am 12. August 2013 gesagt, dass die Amerikaner Deutschland ein "No-Spy-Abkommen" angeboten haben. Der Kanzleramtsminister hat einen sehr schnellen Abgang nach diesen Worten hingelegt! Der Regierungssprecher hat es am 13. August 2013 gesagt. Der "Süddeutschen Zeitung", dem NDR und dem WDR liegen Mails vor, die eine solche Meldung als klar erfunden entlarven, dazu "Extra 3" vom 13. und die "Heute-Show" vom 15. Mai 2015.

Warum hat der Kanzleramtsminister damals gelogen, so kurz vor der Bundestagswahl? Der Bundeskanzlerin wird es geholfen haben. Sie sagte am 11. September 2013 und laufend danach, die USA seien zu Verhandlungen über ein "No-Spy-Abkommen" bereit. Es war einfach gelogen! Bundestagswahl wurde am 22. September 2013 gewonnen. Vielleicht hat Merkel sich an die Plakate im Osten kurz vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erinnert, mit Darstellung der Verdienstmöglichkeiten im goldenen Westen: einfach gelogen! Der CDU hat es damals das Bundeskanzleramt gerettet.

Hat der Kanzleramtsminister einen lukrativen Sessel vor Augen gehabt? Der staatseigene Bahnkonzern will für den Ex-Kanzleramtsminister einen neuen Vorstandsposten schaffen, nur öffentlicher Protest hat dies bisher verhindert. Ich glaube nicht, dass der Ex-Kanzleramtsminister nun in einen Einkommensloch sitzt. Die Bundeskanzlerin hat nicht gesagt: "Mein Kanzleramtsminister hat nicht gelogen", sie hat nicht gesagt: "Ich habe nicht gelogen", sondern: "Die Öffentlichkeit wurde nach bestem Wissen und Gewissen informiert". Eine Notlüge in dieser Situation und bei diesem Thema ist unverzeihlich. Bitte für den nächsten Wahltermin vormerken!

Die NSA kann lückenlos dokumentieren, wie viele Nutzer in Deutschland Eintragungen in ihren elektronischen Kalender vorgenommen haben. Der Bundesnachrichtendienst arbeitet nur noch eingeschränkt mit der NSA zusammen? Wer das glaubt, wird selig! Die NSA braucht die Unterstützung des BND nicht mehr. Der Zugriff auf die Datenströme wurde vollständig automatisiert. Eine Selektion nicht mehr nötig, weil die NSA alles speichert und alles automatisiert auswertet,

siehe 518. und 513. Bremer Montagsdemonstration. Die Stellungnahmen sind einfach löchrig!

Solange per Gesetz der Bundesrepublik Deutschland alle Verbindungen über den Frankfurter Knoten als Auslandsgespräche gelten, ist sowieso alles gelogen! Hierzu und zu weiteren Veränderungen von Fakten per Gesetz siehe 477. Bremer Montagsdemonstration. Die USA wollen mit uns kein "No-Spy-Abkommen" abschließen. Sie sind nicht bereit, auf Daten zu verzichten. Dies bedeutet, der Regierung sind die Geheimdienstinteressen insbesondere der USA wichtiger als der Schutz unserer Grundrechte!

4. Die Deutsche Bank hat noch mehr Dreck am Stecken: Der Betrug mit der Umsatzsteuer soll intern bereits 2009 Thema gewesen sein. Den öffentlich gewordenen Unterlagen zufolge wurde dies von Mitgliedern des jetzigen Vorstandes gewusst und gewollt. Ihnen droht nunmehr eine Freiheitsstrafe – und der Deutschen Bank nicht nur die Führungslosigkeit, sondern weitere erhebliche finanzielle Belastung! Es geht sicher nicht so glimpflich wie auf der 517. Bremer Montagsdemonstration geschildert über die Bühne. Nebenbei muss sich der Bundesfinanzminister fragen lassen, warum er weiterhin an diesen deutschen Besonderheiten bei der Umsatzsteuer festhält. Die Milliarden wären im Haushalt besser aufgehoben! Jahr für Jahr wird so betrogen, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Das Bundeszentralamt für Steuern sucht noch immer keine Mitarbeiter, obwohl den Bundesfinanzminister auch die mehrfache Rückerstattung von einmal gezahlten Steuern für Aktienverkäufe in Milliardenhöhe beschäftigt, siehe 512. Bremer Montagsdemonstration. Dort stehen noch weitere Gründe für Steuerausfälle. Einiges wäre einfach abzustellen, wenn der Wille da ist! Der deutsche Bundesfinanzminister nimmt es hin, dass die sachgerechte Erhebung der Steuern in Deutschland nicht erfolgt. Es gibt immer mehr und immer längere "Grüne Wochen" in den Finanzämtern, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen – nicht unbemerkt vom Bundesrechnungshof, wie der "Stern" bereits 2009 berichtete.

5. Menschen sterben, weil Europa weiterhin die Lebensbedingungen etwa in Afrika zerstört. Gleichzeitig verfeinert Europa seine Grenzsicherung, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen. Augenblicklich werden viele Flüchtlinge von den Booten gerettet. Ein Bericht bei "T-Online" nennt auch die Probleme nach der Rettung aus Seenot. Das Mandat dieser Kriegsschiffe ist bald um, wenn die 30 Tage nicht verlängert werden.

Diese Kurzfristigkeit war sicher auch dem schnellen Eingreifen geschuldet. Als staatenlos geltende Menschen treiben im Meer, weil Politiker dies so wollen! Der UN-Flüchtlingskommissar verhandelt und bittet. Die Redaktion der "Deutschen Welle" empfiehlt: "Die Rettung von Bootsflüchtlingen ist völkerrechtliche

Pflicht". Aus meiner Sicht ist diese Forderung bereits über das Asylrecht geltendes Recht. Es fehlt jedoch am Willen zur Durchsetzung.

6. Zurück in die Freie Hansestadt Bremen. Die Stadt mit den meisten "Leistungsberechtigen in den sozialen Sicherungssystemen" pro 1.000 Einwohnern. Die Stadt mit den meisten auf Sozialleistungen angewiesenen Kindern: bundesweit unter 19, in Bremen über 30, in einzelnen Stadtteilen sogar über 50 Prozent! Der IAB-Bericht "Lebensumstände von Kindern in der Grundsicherung" ist auch auf die Kinder in den anderen sozialen Grundsicherungssystemen übertragbar. Der Bericht wurde diesmal von Bertelsmann vorgestellt. 2011 hatte das IAB unter dem Titel "Grundsicherung und Einkommensarmut. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände" dieses Thema schon einmal aufgegriffen, siehe 342. Bremer Montagsdemonstration.

Wer will, kann beides vergleichen. Für die Betroffenen ist es Lebenswirklichkeit! Die Bundesregierung hat trotzdem bei der **Regelsatzermittlung** für Kinder gelogen und getrickst. Diese Kinder werden bereits in der Jugend um ihre Zukunft betrogen! Es gibt sehr viele Analysen über die Auswirkung von Mangelernährung, der Lebensunsicherheit, der mangelnden Möglichkeiten insgesamt. Die Reaktion der verantwortlichen Politiker in Bremen ist stark verbesserungswürdig!

7. Das Thema "Kosten der Unterkunft", auf gut Deutsch "Miete und Nebenkosten", wird jetzt wieder vom Verein "so:leb – Sozialer Lebensbund" aufgegriffen, der künftig auf der Bremer Montagsdemo zu erreichen ist. Die Mietobergrenzen, jetzt Mietrichtwerte genannt, sind in Bremen so niedrig, dass wohl bald jede(r) Zweite einen Eigenanteil trägt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf eure Meinung und Erfahrung!

Eine "Sozialwohnung" klingt gut und ist auch gut, aber für ALG-II-Beziehende nur mit Ausnahmegenehmigung zu ergattern. Schon mal gesehen? Wer einen Eigenanteil von seiner Miete zahlt, einfach vorbeikommen! Uns interessiert jede Einzelfallentscheidung. Wir erläutern, wie Gegenwehr möglich ist! Es ist ganz einfach. Die Entscheidungen des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen bewilligen zehn Prozent Sicherungszuschlag auf die Werte gemäß § 12 des Wohngeldgesetzes. Die Entscheidungen stehen in der Rubrik Urteile mit Kurzkommentar auf der Homepage der Bremer Montagsdemonstration.

Beim Beschluss des Landessozialgerichtes Niedersachsen-Bremen vom 24. September 2012 stehen auch die sich daraus ergebenden Mietobergrenzen oder -richtwerte für Bremen. Auf der Homepage der Bremer Montagsdemonstration stehen die Möglichkeiten und Schritte der Gegenwehr. Die Gegenwehr beginnt mit der Kenntnis der Grundlagen. Dies werden wir unter unserer neuen Rubrik Urteile aufarbeiten und zusammenfassen. Bis Montag – immer wieder montags!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Warum ist das Bestreben so mächtig, ausgerechnet kleine Gewerkschaft zu entmachten?



1. Die Gewerkschaft Verdi wirft der Deutschen Post vor, Angestellte einzuschüchtern, um sie von der Teilnahme an Streiks abzuhalten, und stützt sich dabei auf Anrufe, Gedächtnisprotokolle und Vermerke von Betroffenen. Dabei soll gerade jenen mit dem Verlust ihrer Arbeitsstelle gedroht worden sein, die nur einen befristeten Vertrag haben. Eine Betriebsrätin berichtete, dass einige Angestellte derart eingeschüchtert seien, dass sie an keinem **Streik** mehr teilnehmen wollten. Deshalb habe Verdi sich in ei-

nem vierseitigen Brief an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gewandt, der diese Vorwürfe für glaubhaft halte.

Ich weiß nicht genau, wie ich mir vorstellen soll, dass die Post diese Vorwürfe auf Nachfrage der "Süddeutschen Zeitung" nicht ausdrücklich bestritten habe: Gibt sie es nun zu oder nicht? In meinen Ohren klingt eine Antwort wie es sei "jedoch selbstverständlich, dass unsere Führungskräfte unseren Beschäftigten die Auffassung des Unternehmens zur Notwendigkeit der Schaffung wettbewerbsfähiger Löhne intensiv erläutern und mit ihnen diskutieren" nur wie ausweichendes Rumeiern.

Wirtschaftsminister Gabriel forderte nun in einem Brief an Post-Chef Appel, allen Arbeitgebern, gerade bei großen Unternehmen mit Bundesbeteiligung, die unbedingte Achtung sowohl persönlicher wie kollektiver Arbeitnehmerrechte abzuverlangen. Und konkret, Herr Gabriel? Verdi wirft dem Konzern außerdem vor, dass sie den Streikenden im April zu viel Lohn abgezogen hätten, ein Dreiundzwanzigstel ihres Lohnes pro Streiktag, obwohl nur ein Dreißigstel angemessen gewesen wäre. Die Post erklärte, dass sie mit der Lohnzahlung im Juni die April-Auszahlung "korrigieren" und die Differenz erstatten werde.

Jetzt wurden von der Deutschen Post womöglich Beamte als Streikbrecher eingesetzt. Dabei verfügte das Bundesverfassungsgericht laut "Süddeutscher Zeitung" im Jahr 1993, dass die damalige Bundespost "nicht den Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen anordnen" dürfe, "solange dafür keine gesetzliche Regelung vorhanden ist" (Aktenzeichen 1 BvR 1213/85). Klar wiegelt die Post ab und behauptet, die Beamten seien bei den Warnstreiks "freiwillig versetzt" worden. Die stellvertretende Verdi-Chefin Andrea Kocsis sagte dagegen, der Einsatz von Beamten als Streikbrecher sei "weder 'unfreiwillig' noch 'freiwillig' zu-

lässig – er ist schlicht verboten". Die Post müsse "diese rechtswidrige Praxis sofort unterbinden".

Ich wundere mich über gar nichts mehr. Die Sprecherin der Grünen- Bundestagsfraktion für Arbeitnehmerrechte, Beate Müller-Gemmeke, forderte die Bundesregierung dazu auf, "endlich ihren Einfluss im Aufsichtsrat zu nutzen, damit die Post zu einem fairen Umgang zurückfindet". Daran kann ich ihr unumwunden zustimmen, aber hat die Dame möglicherweise vergessen, dass es gerade ihre Fraktion war, die ausgerechnet gemeinsam mit der SPD und natürlich auch mit der CDU/CSU und der FDP die menschenverachtenden, unsozialen Hartz-Gesetze verabschiedet hat, die uns diese Zustände erst bescheren konnten?

Wenn Streikenden nach nur einem einzigen Jahr Arbeitslosigkeit die totale Verunmöglichung ihres bisherigen normalen Lebens auf durchschnittlichem Niveau und der Absturz durch Hartz IV als ausgegrenztem, verachtetem, rechtlosem und nahezu perspektivlosem Menschen zweiter Klasse droht, dann sind Einschüchterungsmöglichkeiten, die den Arbeitsverlust bedeuten können, natürlich ungemein erfolgversprechend! Es war zudem die mieseste, aber wirkungsvollste Art, die Gewerkschaften nahezu zu entmachten. Umso mehr freut es mich, wenn nun endlich mal wieder gestreikt wird und dass es so eine kleine fabelhafte Gewerkschaft wie die GDL gibt, von der sich die Großen gerne mal eine Scheibe abschneiden können! Warum sonst ist das Bestreben so mächtig geworden, ausgerechnet diese kleine Gewerkschaft zu entmachten?

2. Mit 5,2 Prozent hat die Stadt Bremen die zweithöchste Leiharbeitsquote aller deutschen Großstädte. Hier ist der Anteil der Zeitarbeit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt mit 2,7 Prozent. So bleibt gerade für viele junge Leute eine feste Arbeitsstelle mit Perspektive und einem Einkommen, von dem es sich gut leben lässt, nur eine Illusion. Seit 2007 stieg die Zahl der Leiharbeitsjobs im kleinsten Bundesland um 28 Prozent an. Zuletzt fielen 41 Prozent aller offenen Stellen in den Bereich Leiharbeit. Während die Wirtschaft im Lande Bremen dümpelt, wächst diese Branche ungebrochen und stieg von 260 Verleihbetrieben im Jahr 2007 auf fast 350 heute. Leiharbeit ist im Wirtschaftsleben Bremens mittlerweile eine feste Größe.

Vor allem in der Logistik und in der Fertigung werden Zeitarbeiter eingesetzt. Die meisten Leiharbeiter arbeiten unterhalb ihrer Qualifikation. Obwohl weit mehr als die Hälfte einen Berufsabschluss haben, werden Betroffene meist als "Helfer" eingesetzt, was sich selbstredend im Lohngefälle widerspiegelt, denn Leiharbeit ist in der Regel prekär. Laut Koalitionsvertrag soll der Zeitraum, in dem eine Firma einen Leiharbeiter einsetzen darf, künftig auf 18 Monate eingegrenzt werden. Außerdem will die Bundesregierung die Firmen verpflichten, ihren Leiharbeitern schon nach neun Monaten Einsatz im selben Betrieb den gleichen Lohn zu zahlen wie Festangestellten.

Nach einer Studie des "Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" werden jedoch nur die wenigsten Leiharbeiter von den geplanten Neuregelungen pro-

fitieren. Im Land Bremen endete jedes zweite Leiharbeitsverhältnis schon nach weniger als einem Monat, teilweise sogar nach wenigen Tagen. Nur die wenigsten Zeitarbeiter können darauf hoffen, vom ausleihenden Betrieb übernommen zu werden. Vermutlich werden sie in der Statistik der Jobcenter als "erfolgreich in Arbeit vermittelt" geführt. Klar, dass mit der der prekären Beschäftigungssituation eine Altersarmut vorprogrammiert wird!

3. Seit die Arbeitsministerin neue Programme für Langzeitarbeitslose auflegt, muss an anderer Stelle gekürzt werden. Junge Arbeitslose sollen leer ausgehen. Im November 2014 wollte Frau Nahles in die Offensive gegen Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland gehen und 43.000 schwer vermittelbaren Erwerbslosen ohne Berufsabschluss mit Lohnkostenzuschüssen wieder zu einem regulären Job verhelfen. Eine Milliarde Euro sollte dafür ausgegeben werden. Doch Mitte März 2015 wurden die Jobcenter darüber informiert, dass sie in den nächsten Jahren weit weniger Fördermittel abrufen können als bislang zugesagt: Rund 750 Millionen Euro weniger sollen es allein in den nächsten drei Jahren sein. Die grüne Arbeitsmarktpolitikerin Brigitte Pothmer klagt daher, Nahles habe die Jobcenter in ein regelrechtes "Förderchaos" gestürzt.

So hätten beabsichtigte Maßnahmen von heute auf morgen infrage gestellt und zum Teil bereits veröffentlichte Ausschreibungen zurückgezogen werden müssen. Pothmer spricht von "kommunikativem Dilettantismus", weil die Reduzierung der sogenannten Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt ohne Vorankündigung oder Absprache vorgenommen worden sei. Es klingt in der Tat merkwürdig, dass von den Bundesprogrammen gerade einmal 40.000 Menschen profitieren können, während für rund 4,4 Millionen erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger weniger Geld zur Verfügung steht. Davon seien vor allem langfristige und mehrjährige Maßnahmen betroffen, etwa für Ausbildung und berufliche Fort- und Weiterbildung.

Ich persönlich fände es nur erfreulich, wenn sinnlose Maßnahmen wie das zigste Bewerbungstraining – mit denen Langzeiterwerbslose gerne mal drangsaliert werden und die wohl nur den Zweck haben, die Arbeitslosenstatistik wieder ein bisschen rosiger erscheinen zu lassen – nicht mehr bezahlt werden können. Aber es sollten nicht Alte gegen Junge ausgespielt, sondern Fördermittel ausnahmsweise einmal so ausgegeben werden, dass sie die Arbeitslosen wirklich selbst fördern und nicht nur die Geldbeutel der für die Förderung zuständigen Trägergesellschaften oder die der Unternehmer, die einen Erwerbslosen immer nur genau so lange einstellen, wie sie für ihn Lohnzuschüsse bekommen, und sich dann schon auf den nächsten arbeitslosen Neuankömmling freuen!

4. Im September werden die ersten Absolvent(inn)en eines vierjährigen dualen Studiums der Alten-, Kinder- und Krankenpflege die Hochschule Osnabrück verlassen und möchten gern als Gesundheits- und Krankenpfleger(innen) mit Bachelor-Titel in Krankenhäusern arbeiten. Leider scheint es für sie keine geeigneten Stellen zu geben, weil sie für den Arbeitsmarkt überqualifiziert seien und die Arbeitgeber ihr akademisches Wissen gern zum Nulltarif nutzen möchten. Natürlich wird dies von den zukünftigen Bachelors abgelehnt. Während ihres Studiums lernten sie abwechselnd in Blöcken an der Hochschule, in einer Pflegeschule und in Krankenhäusern, immer mit dem Ziel vor Augen, "in der Praxis die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse individuell umzusetzen".

Sie könnten in den Bereichen Wundmanagement, Inkontinenz und Stürze helfen, die Patienten besser zu versorgen. Sie könnten die Pflege transparenter gestalten, das Personal schulen und die Pflege für Demenzkranke so organisieren, dass Erkrankte zu ihrer Stabilisierung durchgehend von einer Person betreut werden, um damit die Qualität der Pflege langfristig zu sichern. Nun fehlen Arbeitsstellen, auf denen sie ihr Wissen einbringen können. Viele Arbeitgeber versuchten auch, die künftigen Absolventen mit Hinhaltetaktiken und unter Druck zu bewegen, Verträge als Pflegefachkräfte zu unterschreiben und sich unter Wert bezahlen zu lassen. Unter diesen Umständen büßen die Bachelors nach eigenen Angaben monatlich bis zu 600 Euro brutto ein.

Die Studenten fragen sich zu Recht, warum sie ausgebildet werden, wenn es keine adäquaten Stellen für sie gibt. Martina Kleine-Bornhorst vom Vorstand des "Caritas-Verbandes" gibt zu, dass Stellen für Bachelors bisher nicht vorgesehen seien. Doch um die Professionalisierung der Pflege voranzubringen, werden Leute gebraucht, die abstrakter denken und wissenschaftliche Erkenntnisse einbringen. In der Praxis sei dafür kein Geld da. Nur das Klinikum Bremen-Mitte geht mit gutem Vorbild voran: Hier arbeiten fünf Bachelors im Qualitätsmanagement und in der Qualitätssicherung. Diese Arbeitsstellen wurden von der Geschäftsleitung extra geschaffen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Solidarität mit dem Streik der Erzieherinnen und Erzieher

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Münchner Montagsdemo gegen die Hartz-Gesetze mit ihrem Motto "Montag ist Widerstandstag!" beglückwünscht euch zu eurem Streik. Ihr habt unsere volle Solidarität. Mit überwältigender Mehrheit habt ihr euch entschlossen, mit eurer Gewerkschaft Verdi für eine Aufwertung der verantwortungsvollen Arbeit und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Ihr macht eine Arbeit, die für die Gesellschaft unverzichtbar ist. Der Streik ist deshalb auch im Interesse der Kinder und Eltern – er steht im Zeichen der Verantwortung für die Zukunft! Und er steht in einer Reihe mit anderen gewerkschaftli-

chen Kämpfen: den Streiks der GDL, der Postbediensteten, der Kolleginnen und Kollegen von Giesecke & Devrient um ihre Arbeitsplätze.

Der Streik richtet sich nicht nur gegen den Verband der Kommunen, der keine annehmbaren Angebote macht. Er richtet sich gegen eine Politik, die die Anforderungen an euch ständig erhöht, den Kommunen aber keine entsprechenden Mittel zur Verfügung stellt. Stattdessen wird den Eltern jetzt mit Erhöhung der Gebühren gedroht – die steigen aber schon seit Jahren. Angesichts der zig Milliarden, die den Banken in den Rachen geworfen wurden, oder den Steuersenkungen für Konzerne ist es ein schlechter Witz, dass für die Betreuung und Erziehung der Kinder kein Geld da sein soll.

Seit über zehn Jahren protestiert die Montagsaktion regelmäßig als Teil einer bundesweiten Bewegung gegen Kürzungen im Sozialbereich und die Umverteilungspolitik von unten nach oben, für den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und eine Zukunft für die Jugend. Wir sind sozusagen das "soziale Gewissen". Wir unterstützen euren Streik und seine Ziele aus ganzem Herzen. Wir werden ihn auf unseren Kundgebungen bekannt machen und die Solidarität verbreitern.

Wir laden euch herzlich ein, die Montagsaktion auch selbst zu nutzen, um eure Situation, euren Streik und eure Ziele vorzustellen und gemeinsam mit uns für eine bessere Zukunft zu streiten. Zurzeit treffen wir uns alle zwei Wochen um 18 Uhr am Marienplatz, das nächste Mal am 1. Juni. Wir wünschen euch viel Erfolg! Herzliche und solidarische Grüße.

Münchner Montagsdemo gegen Hartz IV

Deutsches "Beschäftigungswunder": Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer lag im Jahr 2014 mit 23,468 Millionen um 18,1 Prozent unter dem Niveau von 1991 mit 28,911 Millionen; die Zahl der teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer explodierte dagegen im gleichen Zeitraum um 139 Prozent von 6,316 auf 14,779 Millionen ("Querschüsse")

Sozialgericht Gotha hält Hartz-IV-Sanktionen für verfassungswidrig: Der Staat muss ein menschenwürdiges Existenzminimum jederzeit garantieren ("Neues Deutschland")

Das falsche Lied: Mit der von ihr besungenen Sparpolitik hat Angela Merkel die Sympathien für Deutschland in Europa auf Null gebracht ("Spiegel-Online")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet wegen des Pfingstfestes erst am 1. Juni 2015 wieder ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

521. Bremer Montagsdemo am 01. 06. 2015

Solange die Arbeitgeber ihren schönen Worten keine Taten folgen lassen, müssen wir weiterstreiken!



1. Die Bedingungen, unter dem vermaledeiten Hartz IV vegetieren zu müssen, verderben bereits den Kleinsten die Kindheit. Meiner eigenen Erfahrung nach gehen Ausgrenzung und Armut aber viel weiter, als "nur" für Kino- und Theaterbesuche kein Geld und weniger Freunde zu haben, die zum Essen bleiben könnten. Es ist nicht nur der Verzicht auf normale Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sondern die Kinder bekommen auch die ewige finanzielle Unsicherheit ihrer Eltern mit, deren

Existenz- und Zukunftsangst, die Furcht vor Vorladungen zum Jobcenter, davor, in einer sinnlosen Maßnahme geparkt zu werden, dass die Heizung oft ausbleiben muss und nur sehr kurz geduscht werden kann. Ja, Hartz IV geht bereits Kindern an die Substanz!

Schuleingangsuntersuchungen diagnostizieren bei Kindern, deren Eltern mit der viel zu knappen staatlichen Leistung auskommen müssen, mehr als doppelt so häufig Defizite in der Entwicklung wie bei Kindern, die in gesicherten Einkommensverhältnissen aufwachsen dürfen. Natürlich gehen gesundheitliche und körperliche Beeinträchtigungen mit einer geringeren Teilhabe der armen Kinder an sozialen und kulturellen Angeboten einher. Aber wovon sollten die Eltern auch Musikunterricht, einen Sportverein oder Ähnliches finanzieren können? Mit dem "Bildungsgutschein" von Frau von der Leyen sicher nicht!

Wenn dann immer wieder behauptet wird, dass Menschen, die mit Hartz IV auskommen können müssen, lediglich "armutsgefährdet" seien, wird schlicht an der Wirklichkeit vorbeigeguckt, weil nach dem nicht an den Bedürfnissen der Kinder orientierten Zahlensalat eben nicht sein kann, was nicht sein darf. Kinderarmut wirkt sehr früh sehr nachhaltig, und zwar negativ. Aber was haben Schröder und Konsorten erwartet, als sie Hartz IV einführten, einen gigantischen Dumping-

lohnsektor aufbauten und damit einer stetig wachsenden Ungleichheit Tür und Tor weit öffneten?

2. Eine aktuelle OECD-Studie zeigt, dass ausgerechnet in Deutschland die Kluft zwischen Arm und Reich am stärksten wächst. Die Reichen in Deutschland werden immer wohlhabender: 60 bis 70 Prozent des Gesamtvermögens sind mittlerweile in den Händen der reichsten zehn Prozent. Die allerreichsten 0,1 Prozent besitzen sogar allein rund 15 Prozent, die ärmsten 60 Prozent hingegen nur noch schlappe sechs Prozent des gesamten Vermögens. Obwohl unsere Wirtschaft doch gen Himmel wächst, schmilzt die Mittelschicht und immer mehr Kinder und Ältere verarmen.

Diese extreme Ungleichheit stellt eben nicht den Gegenstand einer Neiddebatte dar, sondern spaltet die Gesellschaft und lässt die **Armut** beängstigend sprießen und gedeihen, was die Demokratie aushöhlt. Es ist wirklich nicht nachzuvollziehen, dass sich darüber nur so wenige Menschen aufregen und dass es keine Massendemos gibt! 2013 erreichte die Armutsquote in Deutschland, einer der wichtigsten Industrienationen der Welt, ein Rekordniveau von rund 15,5 Prozent der Bevölkerung. Wie immer trifft die galoppierende Armut in unserem Land Alleinerziehende, Frauen, Erwerbslose und Ältere am allerhärtesten.

Die Mittelschicht schrumpft derweil scheinbar unbemerkt, aber schockierend beständig und muss im Verhältnis zu ihrem Einkommen die meisten Sozialabgaben schultern, während Reiche durch Steuerentlastungen auch noch zusätzlich begünstigt werden. Da eine Durchlässigkeit von unten in die Mittelschicht und von dort nach oben kaum noch möglich ist, bleiben die wenigen Vermögenden hübsch unter sich. Sie sichern sich zumeist durch Kapital- und Aktienbesitz und natürlich Erbschaften ihren behaglichen Wohlstand. Wir kommen kaum umhin, daraus zu lernen, dass sich Leistung offenbar immer weniger lohnt, wenn Einkommen durch Arbeit gegenüber Vermögenswerten immer mehr an Boden verlieren und "atypische" Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland mittlerweile 40 Prozent der Beschäftigung ausmachen.

Darin sieht die OECD den hauptverantwortlichen Faktor für die Lohnkluft, die zwischen oben und unten auch immer größer wird. Der Begriff "Armut" muss endlich in seiner Komplexität erfasst werden, denn in unserem Land bedeutet "Arm sein" nicht nur einen Mangel an finanziellen Mitteln, sondern auch Armut an Chancen, guter Gesundheitsvorsorge, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie Kommunikation. Kein Wunder, dass sich inmitten solcher Armut das Gefühl von "sozialem Ausschluss" entwickelt und fast keine finanziell Armen mehr wählen gehen, wenn sie doch beständig die Erfahrung machen, dass sich kaum jemand aus der Politik für soziale Gerechtigkeit interessiert – von Lippenbekenntnissen einmal abgesehen. Es wird Zeit, dass die Politiker ihre Hausaufgaben erledigen und wirklich Verantwortung für alle Bürger übernehmen, damit die Bundesrepublik zu einem Land der Chancengleichheit wird!

3. Weil fast die Hälfte aller Hartz-IV-Bezieher, die einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, nach einem halben Jahr erneut arbeitslos ist, will die Bundesregierung sie noch länger "betreuen" als ohnehin schon. Bis zu 300.000 bereits vermittelte Erwerbslose sollen davon "profitieren" können. Bisher gibt es eine solche "Nachbetreuung" nur für sogenannte Aufstocker, die aufgrund ihres niedrigen Arbeitseinkommens zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind, sowie für Beschäftigte, die vom Jobcenter gefördert werden. Ich kenne nur ehemalige Erwerbslose, die unendlich froh darüber sind, den Klauen der Jobcenter durch Arbeit entflohen zu sein.

In welchem Tenor die Zwangsbeglückung durch eine Verlängerung der Verfolgungsbetreuung zu stehen scheint, macht mir die Formulierung des gleichen Sachverhaltes in der "Welt" deutlich: "Viele Arbeitslose, die eine Stelle antreten, fliegen nach kurzer Zeit wieder raus. Ministerin Nahles will gegensteuern. Bis zu 300.000 Ex-Hartz-IV-Bezieher sollen im neuen Job 'nachbetreut' werden." Schon von Weitem riecht es förmlich nach der Unterstellung, dass die ehemaligen Langzeitarbeitslosen selbstredend allein dafür verantwortlich zu sein haben, wenn sie sich bereits nach Ablauf von sechs Monaten wieder als "Kunden" des Jobcenters wiederfinden.

Ob wohl unterstellt wird, dass sie durch Unpünktlichkeit, ewiges Kranksein oder Arbeit im Schneckentempo aufgefallen sind? Sollten die Damen und Herren Politiker ihre eigenen kruden Gesetze "vergessen" haben, die doch genau zu solch einem Drehtüreffekt führen, wenn Unternehmen in den ersten sechs Monaten mit einer monetären Unterstützung vonseiten des Arbeitsamtes rechnen können? Oder denken wir daran, dass Langzeiterwerbslose im Zuge der Einführung eines unsäglich zu niedrigen Mindestlohnes in den ersten sechs Monaten ihrer "Einstellung" eben dieser für sie gar nicht erst bezahlt werden muss? Welcher Unternehmer würde denn von sich aus auf diese Bereicherung verzichten und dann nicht sofort den nächsten Langzeiterwerbslosen anfordern? Billiger geht's nimmer!

Bin ich froh, dass damals niemand auf die Idee kommen konnte, mich "nachzubetreuen", als ich wieder auf dem Arbeitsmarkt landete und mir selbst mit über 50 Jahren eine unbefristete Vollzeitstelle suchen konnte! Ich bin entsetzt, dass die stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, ins gleiche Horn zu blasen scheint und eine "Nachbetreuung" für Langzeiterwerbslose haben möchte! Solch eine Behandlung empfinde ich als diskriminierend und entmündigend. Wahrscheinlich ist bei einer Verweigerung der "Zusammenarbeit" auch mit Sanktionen zu rechnen. Ich dachte, "Die Linke" setzt sich für Erwerbslose so wie in Bremen ein, aber das scheint nicht flächendeckend der Fall zu sein!

Warum werden nicht die Subventionen für Unternehmer abgeschafft, die Erwerbslose nur zum Schein begünstigen? Mal sehen, wie viele dann überhaupt noch für sechs Monate eingestellt werden! Offenbar will niemand wahrhaben, dass nicht für alle eine bezahlte Arbeit vorhanden ist. Nach dieser Logik muss

aus einem gesellschaftlichen Problem ein individuelles gebastelt werden. Außerdem wird immer noch beständig das Märchen vom Facharbeitermangel dahergeschwurbelt. Viele Unternehmen übernehmen ihre jungen Mitarbeiter nach erfolgreicher Ausbildung nicht und hoffen wahrscheinlich auf gut ausgebildete Billigkräfte aus dem Ausland.

4. Diesen Montag, drei Wochen nach Beginn des Streiks der Erzieherinnen und Sozialpädagogen, setzt sich in Berlin die "Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber" mit der Gewerkschaft Verdi zu Gesprächen an einen Tisch. Ich kann mir kein Ende des Streiks vorstellen, weil die Arbeitgeber die Gewerkschaftsforderung nach einer besseren Eingruppierung – und damit verbunden eine pauschale Gehaltserhöhung für alle – kategorisch ablehnen. Ich kann durchaus verstehen, wie schwierig es für die Eltern ist und immer mehr wird, ihre Kinder ersatzweise gut unterzubringen, je länger der Streik dauert, und das tut mir auch leid. Aber solange die Arbeitgeber ihren schönen Worten keine Taten folgen lassen, müssen wir weitermachen, sonst würden wir uns zur unglaubwürdigen Manövriermasse verschaukeln lassen!

Wir vermissen unsere Arbeit und die Kinder auch, doch wollen wir uns kein schlechtes Gewissen einreden lassen, wenn wir uns für uns einsetzen. Wer außer uns selbst sollte das tun können? Dabei gehen wir den Kindern mit gutem Beispiel voran und zeigen, dass es möglich ist, sich für eigene Ziele einzusetzen und Selbstwirksamkeit zu leben. Seit der Zeit, als wir noch mit weißen Schürzen als Kindergärtnerinnen arbeiteten, haben sich die Anforderungen an uns gewaltig verändert. Inzwischen hat sich unsere Ausbildung um Jahre verlängert. Wir haben einen Bildungsauftrag, geben Sprachförderung, müssen unsere Arbeit mit den Kindern in verschiedenen Lernentwicklungsdokumentationen festhalten, aber nichts davon schlägt sich in unserem Gehalt nieder!

Vor hundert Jahren verrichteten die Frauen das "soziale Gedöns" noch umsonst. Deswegen werden die sogenannten weiblichen Berufe noch immer so grottenschlecht bezahlt! Darum finden auch nur wenige Männer den Weg in unseren Beruf, obwohl ihre Arbeit mit den Kindern so wichtig ist. Leider trifft der **Streik** der Erzieherinnen und Erzieher die Arbeitgeber selbst nicht ökonomisch. Diese können im Zweifel sogar weiter Gebühren für eine Leistung kassieren, die sie nicht mehr anbieten können. Der Arbeitskampf geht leider voll auf Kosten der Eltern und Kinder. Die öffentlichen Arbeitgeber können sich zurücklehnen und zuschauen, wie die wachsende Wut und Verzweiflung sich gegen die Erzieher und ihre Gewerkschaft richtet.

Es ist gut, dass Eltern in einigen Städten dieses Spiel nicht mitmachen und in die Rathäuser gezogen sind, um die politisch Verantwortlichen mit ihrer Lage zu konfrontieren. Das ist die richtige Adresse, denn es ist eine politische Entscheidung, ob all den Bekenntnissen zur "Bildungsrepublik" Taten folgen. Wir lesen in der Mainstream-Presse, Kitastreiks seien unnötig, wir Erzieherinnen würden "auf hohem Niveau" schimpfen. Es ist aber eine politische Entscheidung, wie viel Geld

aus den Steuereinnahmen den Kommunen zu Verfügung steht, um die grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge zu finanzieren. Geld ist genug da, es muss nur endlich neu und anders verteilt werden! "Nichts auf der Welt ist so kraftvoll wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist", sagte Viktor Hugo.

So erlebte ich letzte Woche die Demo in Hamburg, als wir mit 15.000 Menschen demonstrierten und es in Frankfurt mindestens ebenso viele waren. Es ist an der Zeit, dass die sozialen Berufe endlich aufgewertet werden, und nicht einzusehen, dass produzierende Arbeiten besser bezahlt werden als reproduzierende, ohne die eine Gesellschaft gar nicht funktionieren kann. Ich will mich auch gar nicht mit Feuerwehrleuten messen, weil auch die zu wenig Lohn bekommen! Hoffentlich stecken wir die Alten- und Krankenpfleger(innen) mit an, sich für sich einzusetzen! Auf den Streik und auf ein Verhandlungsergebnis bezogen, sage ich: Am Ende ist alles gut, und wenn es nicht gut ist, dann ist es noch nicht zu Ende!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Für einen humanitären Korridor nach Kobanê und Rojava: Die Bundesregierung schweigt zu den Völkerrechtsverstößen der Türkei ("Rote Fahne News")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

522. Bremer Montagsdemo am 08. 06. 2015

Bremen braucht eine soziale und fortschrittliche Politik



Einen sinnvollen Maßnahmenkatalog, der wirklich den Menschen dient, konnte bisher kein Bürgermeister verwirklichen. Der Nachfolger von Jens Böhrnsen, der SPD-"Parteilinke" Carsten Sieling, könnte das ändern. Bis dato hat jeder der Amtsinhaber in erster Linie die Interessen der Unternehmen – vor allem der Handelskammer, der Banken und der Rüstungsindustrie – im Blick gehabt.

Viele arbeitende Menschen gerieten im Extremfall ins Abseits durch Verschieben in Leiharbeitsfirmen und prekäre Arbeitsverhältnisse. Dies betrifft

vor allem allein erziehende Frauen. Die Folge: Die Reichen wurden immer reicher, während die Armut, vor allem jene vieler Kinder, zunahm und sich verfestigte. Die Agenda 2010 und Hartz IV spielen hier eine gesellschaftlich verheerende Rolle, weil durch das Gegeneinanderausspielen der Betroffenengruppen das allgemeine Lohnniveau zur Freude der Arbeitgeber(innen) immer weiter nach unten gedrückt wird.

Was bislang nur zögerlich angegangen wurde – nämlich der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der Beratungsangebote, das Untersagen von Drangsalierung der Betroffenen von Hartz IV durch Angestellte beziehungsweise Beamt(inn)e(n) der (No-)Job-Center und die Schaffung einer für alle bezahlbaren volksnahen Kultur – muss endlich in Angriff genommen werden. Bei der Infrastruktur sieht Sieling offenbar Reformbedarf, denn er sagte dem "Weser-Kurier" vom 20. Mai 2015, der öffentliche Dienst müsse "modernisiert" werden, was auch immer darunter zu verstehen ist. Sehr wichtig auch: Es sollten mehr Umweltzonen zur Verbesserung der Luftqualität durch bezahlbare und weniger umweltschädigende Autos geschaffen werden!

Carsten Sieling ließ sich nicht zur Bundeswehr einberufen, sondern leistete stattdessen von 1988 bis 1989 Zivildienst. Friedensaktivist(inn)en ist er aus dieser Zeit gut bekannt. Sieling studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen und an der University of Maryland. Die Bremer Hochschulen ga-

ben sich eine Zivilklausel, welche Rüstungsforschung unterbinden soll. Dennoch hat es Forschung für Rüstungsbetriebe wie die Firma OHB AG gegeben, und die Bundeswehr hat immer davon profitiert. Seit 1991 ist Sieling Referent für regionale Wirtschaftspolitik bei der "Arbeitnehmerkammer Bremen". Er könnte die Hansestadt im beschriebenen Sinne völlig umkrempeln und zu einer sozialen Stadt für die Menschen machen.

Voraussetzung ist allerdings, dass er dafür sorgt, dass die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge endlich rückgängig gemacht wird. Dazu gehört in erster Linie die Rekommunalisierung der Müllabfuhr, der Stadtwerke und der Krankenhäuser. Mieten müssen für alle bezahlbar sein. Es wäre ausreichend sozialer Wohnraum zu schaffen, der den Ermessensspielräumen der Jobcenter entspricht. Die Mieten der Gewoba und anderer Wohnungsbaugesellschaften müssen für Mieterinnen und Mieter transparent und mitbestimmbar sein, denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

Bremen braucht mehr Stellen für Erzieher(innen), Lehrer(innen) und Schulsozialpädagog(inn)en. Die Bildungseinrichtungen benötigen eine durchgehende Sprachförderung. Vor allem die Förderung von sozial benachteiligten Menschen mit Lese- und Rechtschreibdefiziten ist äußerst wichtig. Bremen müsste mehr Ganztagsschulen und Oberschulen einrichten.

Für den Stadtstaat Bremen wäre einen Schuldenschnitt sinnvoll, wie er auch für Griechenland gefordert wird, denn sonst wachsen die Schulden ins Unermessliche. Die "Schuldenbremse" wirkt verheerend und kann eine in diesem Sinne fortschrittliche Politik schon im Ansatz ersticken. Verwirklicht gehört ein vernünftiger und vor allem gerechter Finanzausgleich. Es muss zwingend eine "Reichenbremse" her, damit die Millionäre nicht so einfach ihre dicken Barvermögen zum Beispiel in Liechtenstein verbunkern können!

Wieland von Hodenberg ("Bremer Friedensforum") – siehe auch "Die Linke"

Mit Hartz IV vom Flaschensammler zum Ladendieb

1. Dass eine Gleitsichtbrille unmöglich aus dem Hartz-IV-Regelsatz bezahlt werden kann, weiß jeder, der davon vegetieren muss. Schön und gut zu wissen, dass das Sozialgericht Mainz in seinem Urteil vom 16. Dezember 2014 (Aktenzeichen S16 SO 8/14) diese Ansicht nun auch teilt. Im verhandelten Fall beantragte der Kläger unter Vorlage eines augenärztlichen Attests eine Erhöhung seines Regelsatzes, um die Kosten für eine Gleitsichtbrille zu decken, die alle vier Jahre fällig ist. Außerdem beantragte er die Gewährung einer Beihilfe gemäß § 34 SGB

XII für die Erstanschaffung der Gleitsichtbrille. Das Sozialamt lehnte sowohl diese Anträge als auch seine darauffolgenden Widersprüche ab.

Der Kläger legte in dem Gerichtsverfahren dar, dass es sich bei der Gleitsichtbrille um erhöhte und atypische Aufwendungen für die Gesunderhaltung handele, die gesondert vom Leistungsträger zu übernehmen seien. In diesem Zusammenhang verwies er unter anderem auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Aktenzeichen BverfG E15, 175-260) und einen anderen Beschluss, nach dem eine Unterdeckung bei der Anschaffung kostspieliger langlebiger Güter zu vermeiden sei. Laut § 31 Ab-



satz 1 Nummer 3 SGB XII hat der Gesetzgeber darüber hinaus eine gesetzliche Grundlage für die Kostenübernahme von orthopädischen Schuhen geschaffen, was mit der Notwendigkeit einer Sehhilfe vergleichbar ist.

Schließlich folgte das Sozialgericht der Argumentation des Klägers und urteile, dass der Kläger gegen den Beklagten einen Anspruch auf Versorgung mit der begehrten Gleitsichtbrille habe. Mit anderen Worten wurde das Sozialamt vom Sozialgericht Mainz zur Kostenübernahme verdonnert. Dieses Urteil war überfällig! In meinen Augen entspricht ein über sieben Jahre dauernder Kampf um die Kostenübernahme für eine Gleitsichtbrille nicht dem Anspruch auf Menschenwürde in diesem eigentlich so reichen Land, nach dem finanziell armen, kranken, eben ökonomisch nicht mehr verwertbaren Menschen ebenso begegnet werden muss wie allen anderen Menschen auch. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist absolut überfällig!

2. Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz entschied letzte Woche in einem Beschluss, (Aktenzeichen L3 AS 99/15 B ER), dass Hartz-IV-Bezieher vom Jobcenter nicht dazu verpflichtet werden dürfen, eine Arbeitsgelegenheit zur selbständigen Kinder- und Seniorenbetreuung aufzunehmen, sofern sie keine entsprechende berufliche Vorbildung oder ausreichende Erfahrung für diese Tätigkeiten haben. Mit dieser Art der Arbeitsgelegenheit wird ein Ein-Euro-Job umschrieben. Im vorliegenden Fall war ein Mann bis Ende 2004 als Bankkaufmann tätig, arbeitete anschließend selbständig als Versicherungsmakler und erhielt Sozialleistungen. Dann ordnete das Jobcenter im Kreis Mayen-Koblenz jedoch die Aufnahme eines Ein-Euro-Jobs an, der weder mit der einen noch der anderen ausgeübten Tätigkeit in Zusammenhang stand.

Der Mann sollte bei einer Firma arbeiten, die unter anderem mit der Betreuung von Senioren, Kindern, Jugendlichen und Behinderten betraut ist. Dem Mann blieb gar nichts anderes übrig, als gegen diese Anordnung des Jobcenters Widerspruch einzulegen, der jedoch von der Behörde abgewiesen wurde. Mit einer Klage vor dem Sozialgericht Koblenz kam er seinem Ziel auch nicht näher. Einzig das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz stimmte der Sichtweise des Mannes zu und ordnete die aufschiebende Wirkung seiner Beschwerde an. Ja, die Richter erhoben sogar beträchtliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes, weil der Mann nicht die mindeste Erfahrung und entsprechende Vorkenntnisse mitbrachte, die für die Betreuung von Behinderten, Senioren und Kindern unbedingt erforderlich sind.

Wenn das Jobcenter diese Anordnung nicht zurücknehmen sollte, steht es dem Mann offen, eine Klage einzureichen. Nach diesem Beschluss wäre auch die Verhängung einer Sanktion gegen den Hartz-IV-Bezieher rechtswidrig. Ungelernte Kräfte gegen ihren Willen für die Altenhilfe zu verpflichten, für die Arbeit an und mit Menschen überhaupt, ist das genaue Gegenteil einer "Win-win-Situation". Zu betreuende Menschen haben ein Recht auf fachkompetente Hilfe, die ihnen mit Empathie gegeben wird. Ebenso sollten sich auch von Hartz IV vegetieren müssende Menschen immer aussuchen dürfen, in welchem Bereich sie arbeiten möchten. Eigentlich wird die Berufswahl im Grundgesetz garantiert, doch uneigentlich werden Hartz-IV-Beziehern immer mehr Grundrechte abgesprochen, und kein Aufschrei geht durchs Land.

Abgesehen davon wundere ich mich ohnehin darüber, wieso überhaupt die Arbeit mit Senioren durch Ein-Euro-Jobber verrichtet werden darf. Natürlich ist diese Arbeit gemeinnützig, aber meiner Meinung nach alles andere als zusätzlich. Es werden dann ehemalige Langzeiterwerbslose als Ein-Euro-Jobber ausgebeutet, die dadurch ganz nebenbei und unfreiwillig reguläre Arbeitsplätze vernichten. Ich verstehe gut, warum Erwerbslose sich dieser Lohnsklaverei durch Ein- Euro-Jobs unterwerfen wollen, auch wenn sie dieses Instrument eigentlich ablehnen. Doch ist der sogenannte Regelsatz, die Pseudo-Grundsicherung eben dermaßen viel zu niedrig, dass Betroffene händeringend nach fast jedem Strohhalm greifen, um das "leer stehende" Portemonnaie wieder ein bisschen auffüllen, das Notwendigste zu essen kaufen und Medikamente bezahlen zu können.

3. Bei der Murnauer Polizei werden zunehmend Senioren aktenkundig, die aus Hunger zu Ladendieben werden und Essen stehlen. Murnaus Polizeichef fiel die Entwicklung auf, dass bei insgesamt 30 Ladendiebstählen zehn Menschen über 60 Jahren die Taten begangen hatten, "so viele wie noch nie". Während ältere Täter bei diesem Delikt früher eher eine große Ausnahme darstellten, gehört inzwischen jeder dritte Beschuldigte dieser Gruppe an. Natürlich stehlen Menschen eher dann Lebensmittel, wenn sie in Not sind, geradezu darben. Früher gab es den Mundraubparagrafen, der aus mir unverständlichen Gründen abgeschafft wurde. Ja, in der Region gibt es auch eine "Tafel", wo sich Bedürftige immer montags von 13 bis 14 Uhr gegen einen Nachweis für einen Euro pro "Einkauf" mit "Lebensmitteln" versorgen können.

Von den 65 bis 68 Menschen, die pro Woche die "Tafel" aufsuchen, sind drei Viertel Senioren. Doch wagen sich viele aus Scham, gesehen und dann stigmatisiert zu werden, nicht zur Ausgabestelle der "Tafel", die dazu auch noch sehr abgelegen sei. So ist leider von einer "hohen Dunkelziffer" an bedürftigen Senioren

auszugehen, die von Toastbrot und Billigwurst leben, weil sie sich eine gesunde, vollwertige Ernährung nicht mehr leisten können. Leider gibt es immer mehr ältere Menschen mit wenig Geld, und die zunehmende **Altersarmut** ist vor allem weiblich! Die derzeitige Politik sorgt dafür, dass sich die Armut im Alter weiter ausbreitet. Viele wissen nicht oder verdrängen es, dass ab dem Jahr 2030 nur noch 43 Prozent des Nettogehaltes als Rente herhalten sollen.

4. Unter der Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Lutz Hausstein wurde mittels einer empirischen Analyse zur Höhe einer sozialen Mindestsicherung in Deutschland ermittelt, dass das absolute Minimum, um menschenwürdig leben zu können, bei 730 Euro im Monat für einen Erwachsenen liege. Dazu kämen noch die regional unterschiedlichen Wohnkosten. Der derzeitige Regelsatz von 399 Euro für einen alleinstehenden Langzeitarbeitslosen im Hartz-IV-Bezug reiche so eben ganz knapp dafür aus, "die grundlegenden, physischen Lebensbedürfnisse abzudecken". Eine soziokulturelle Teilhabe am gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Leben müsse entweder unter Verzicht auf Lebensmittel schmerzhaft angespart werden oder sei schlichtweg nicht möglich.

Zu dieser Teilhabe gehöre es, auch mal ins Kino oder Theater gehen zu können, Geburtstage auszurichten oder regelmäßige Hobbys zu pflegen. Die aktuellen Hartz-IV-Regelleistungen seien Armutssätze und reichten nicht dazu aus, ein Leben in Würde zu garantieren. Nach Hausstein und für jeden Betroffenen täglich hautnah erlebbar, werde entgegen dem Lamentieren in den Boulevardmedien oder an den Stammtischen über "angebliches Hängematten-Dasein oder eine spätrömische Dekadenz der Betroffenen" das notwendige Existenzminimum derzeit drastisch unterschritten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Die NSA hat Deutschland zur Abhörzentrale gemacht

1. Frau Merkel hat lügen lassen und selbst gelogen, rund um das "No-Spy"-Thema. Sie hat es bestritten: Nach bestem Wissen und Gewissen sei informiert worden, siehe 520. Bremer Montagsdemonstration. "Frau Merkel hat erstmals persönlich Vorwürfe zurückgewiesen", so der "Weser-Kurier". "Es gab Gespräche, die es möglich erschienen ließen, ein solches Abkommen zu vereinbaren." Eine neue Lüge – der Mailverkehr liegt doch inzwischen bei der "Süddeutschen"!

Der Kanzleramtsminister hat vor laufender Kamera gesagt ("Tagesthemen" vom 8. Mai 2015, bei Minute 12:47 auf dem Videoclip): "Die US-Seite hat uns den Abschluss eines "No-Spy"-Abkommens angeboten." Der Kanzleramtsminister war

nach der Lüge weg wie eine Rakete! Die Wahrheit sieht anders aus. Im Artikel des "Weser-Kuriers" steht außerdem, dass laut Frau Merkel konkrete Einzelheiten nur in den zuständigen parlamentarischen Gremien erörtert werden könnten. Selbst diese Ausrede hilft nicht. Diese Lüge ist für alle offensichtlich, da hilft keine Vertuschung!

Die Einhaltung deutscher Gesetze durch die NSA ist absolut gewährleistet, denn die NSA kann aufgrund der bestehenden deutschen Gesetze und Verwaltungsvereinbarungen in Deutschland alles machen, was sie möchte. Der Bundesnachrichtendienst muss der NSA dabei helfen! Ein Schutz der Privatsphäre der Menschen in Deutschland findet nicht statt, ebenso wenig ein Schutz der Un-



ternehmen und Behörden. Dank Herrn Snowden ist es tröpfchenweise ans Licht gekommen. "Die Anstalt" hat es am 26. Mai 2015 klargestellt.

Der Bruch der Verfassung Deutschlands, die uneingeschränkte und willkürliche Überwachung, ist in dem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut, dem Alliierten Vorbehaltsrecht, der Geheimen Verwaltungsvereinbarung und dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses festgeschrieben.

Der Artikel 10 Grundgesetz schützt das Briefgeheimnis nur vordergründig: "(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. (2) Beschränkungen dürfen nur aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, dass sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und dass an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt." Die NSA soll 100 Millionen Briefe mitgelesen haben. Die Öffnung der Briefe für die NSA soll durch Beamte der Deutschen Post erfolgt sein.

"Die Anstalt" hat diese Quellen um einen Briefumschlag gebündelt und kommentiert. Einfach sehenswert! Es gibt leider noch weitere Gesetze und Verträge, in denen Deutschland seine Bürger entrechtet. "Die Anstalt" hat auch die Unverträglichkeit der Geheimdienste mit der Demokratie herausgearbeitet. In dem Beitrag wünscht sich "Frau Merkel" vom Agenten 08/15 des BND ein Ereignis, dass der BND verhindert. Das "Celler Loch" lässt grüßen, siehe 153. Bremer Montagsdemonstration! Die Überwachungspraxis der NSA kannten die Mitglieder der deutschen Regierung bereits vor den Veröffentlichungen Snowdens. Die Grundlagen für diese zügellose Entrechtung hat bereits Konrad Adenauer gelegt. Bei der Wiedervereinigung wurden die Rechte der NSA ungekürzt bekräftigt.

Die Entwicklung der technischen Möglichkeiten hat dazu geführt, dass die NSA inzwischen in Deutschland ihr Ziel fast flächendeckend erreicht hat. Sie kopiert jeglichen elektronischen Datenaustausch. Die NSA kann jedes Handy

als Wanze aktivieren, auch jedes andere elektronische Gerät, das übers Internet zu erreichen ist. Außerdem hat die NSA immer noch das Recht, die Post in Deutschland zu öffnen und natürlich zu lesen, sprich: zu kopieren. Die Auswertung dieser unglaublichen Datenmenge erfolgt automatisch, siehe 439. Bremer Montagsdemonstration. Die Bundesregierung kann es ändern! Sie kann die zugrunde liegenden Gesetze aufheben und die Vereinbarungen aufkündigen. Falls dies nicht umgehend begonnen wird, kann der Wähler die Bundesregierung abwählen!

Die Bundesregierung muss den Betrieben und Behörden endlich mitteilen, dass aufgrund der Gesetzeslage in Deutschland in jede Telefonanlage mit Nebenstellen ein geheimer Hintereingang installiert wurde, siehe 79. und 183. Bremer Montagsdemonstration. Diese Hintertüren kennen die Betreiber der Anlagen nicht, wohl aber die Kripo und der BND und damit auch die NSA. Deutschland ist aber auch Dreh- und Angelpunkt der Tötung per Drohne: Ohne die Mitwirkung Deutschlands könnten diese Morde der USA per Drohne nicht ausgeführt werden, siehe 477. Bremer Montagsdemonstration.

Die NSA hat Deutschland zur Abhörzentrale gemacht; inzwischen verlangen einige Nachbarländer ebenfalls Erklärungen von der Bundesregierung. Nach alledem holt Herr Gabriel für die SPD die Vorratsdatenspeicherung wieder aus dem Keller – geändert, aber unakzeptabel! Herr Gabriel fühlt sich durch einen SPD-Beschluss aus dem Jahr 2011 verpflichtet. Inzwischen ist viel bekannt geworden! Die SPD-Basis protestiert gegen diese Vorratsdatenspeicherung. Es wird ein lebendiger Parteitag der SPD!

- 2. Russland hat die Berichterstattung jedweder Art über den Tod von Soldaten verboten: "Nach Berichten über den Tod von russischen Soldaten im ukrainischen Konfliktgebiet Dombass hat Kremlchef Wladimir Putin Verluste in den Streitkräften zum Staatsgeheimnis erklärt". Die Soldatenmütter haben sich damals nicht abschrecken lassen! In Bremen haben sie den "Georg-Elser-Preis" verliehen bekommen. Die "Georg-Elster-Initiative Bremen" hat die Preisverleihung ersonnen und durchgeführt; ich war damals noch nicht Mitglied. Sie beklagen auch heute den Verlust ihrer Söhne und Ehemänner und werden dafür ins Gefängnis gesperrt als "ausländische Agentinnen"!
- 3. Die USA haben etwas Gutes begonnen, nämlich gegen den Weltfußballverband Fifa Verfahren eingeleitet und Funktionäre verhaften lassen. Die Schweiz ermittelt ebenfalls gegen die Fifa, eine Sportorganisation, die nach jedem Großereignis "verbrannte Erde" hinterlässt. So wurden in Brasilien Gelder zur Gesundheitsvorsorge der Armen für den Bau von Stadien umgeleitet. Die Fifa hat sich wie immer weder an den Baukosten beteiligt noch Steuern in Brasilien gezahlt!

Herr Schäuble ist hoffnungsfroh. Er will die Steuerflucht einschränken und die Schlupflöcher der Steuervermeidung schließen. Dem Bundesfinanzminister schweben Jahreszahlen wie 2021 und ähnlich vor. Herr Schäuble, so geht das

nicht: Unsere Kinder brauchen die Lehrer jetzt! Die "Schwarze Null" ist nur deshalb eine solche, weil notwendige Ausgaben nicht getätigt werden. Sie verhindert die Zukunft Deutschlands! Warum die Steuerehrlichkeit so dringend ist, siehe vorherige Bremer Montagsdemonstrationen.

Die Schuldenbremse verbietet demnächst eine Neuverschuldung. Dadurch begünstigt sie Projekte in "öffentlich-privater Partnerschaft", siehe 506. Bremer Montagsdemonstration mit dem Beitrag des NDR über diese Art der Staatsplünderung. Natürlich ist der Bauauftrag für eine Schule über ein Projekt mit privatem Investor dennoch eine Neuverschuldung, denn die Gemeinde geht ein langfristiges Mietverhältnis mit entsprechender Verpflichtung ein. Ein Unternehmen müsste die Verpflichtung aus diesem Mietvertrag in der Bilanz ausweisen, damit diese Schuld bei der Prüfung der Kreditwürdigkeit berücksichtigt werden kann!

Die Projekte mit privatem Investor werden von der EU besonders gefördert und die Investoren nochmals abgesichert. Was Bremen den Investoren garantieren sollte, steht auf den Seiten zur 259. und 518. Bremer Montagsdemonstration. Wenn PPP teurer ist und dadurch die Verschuldung steigt, warum wird dann diese Superverschuldung favorisiert? Die öffentliche Hand ist durch die Schuldenbremse gebunden, die Investoren verdienen klotzig! Die öffentlichen Haushalte weisen diese Schulden nicht aus. Eine weitere sehr teure Variante vom Tricksen und Vertuschen! Damit wird die Umverteilung nach oben nochmals beschleunigt. Der Ausverkauf des "Tafelsilbers" ist so durch die Investoren erzwingbar. Der Wähler könnte die Parteien zu einer Änderung bewegen. Einfach schon mal nachfragen und für die Wahl notieren!

Nun ist der G7-Gipfel auf Schloss Elmau in allen Medien zu finden. Er kostet über 300 Millionen Euro plus X. Jeder Fachmann hat die Kostenexplosion vorhergesehen, doch der Wunsch von Frau Merkel steht über jedweder Vernunft! Werden gleiche Verfassungsverstöße wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm vermieden? Nein, scheinbar sind Verfassungsverstöße durch die Sicherheitsorgane fest eingeplant, siehe "Die Story im Ersten" am 1. Juni 2015.

4. Über das Freihandelsabkommen TTIP ist viel auf den Seiten der Bremer Montagsdemo nachzulesen, aber wenig Gutes. "Die Story im Ersten" hat sich mehrfach mit TTIP beschäftigt. Ich beziehe mich auf den Beitrag "Wohlstand für Alle – Was bringen Freihandelsabkommen?" Das Abkommen der USA mit Mexiko und Kanada macht klar: Die heutigen Versprechungen werden sich nicht erfüllen. Ab Minute 7:53 sagt die Verbraucherschützerin, dass ihre Wünsche für TTIP leider nicht erfüllen werden.

Auch die Versprechungen für das Abkommen Nafta (ab Minute 9) haben sich nicht erfüllt: Die Arbeitsplätze sind aus den USA nach Mexiko gewandert, doch die Löhne in Mexiko haben sich nicht erhöht. Die Beschreibung ist ausführlich und treffend. Die Landwirtschaft Mexikos (ab Minute 30) kann nicht mithalten. Gegen den Schutzzoll des Landes für die Zuckerproduktion wurde von US-Konzernen geklagt und Mexiko von einem Schiedsgericht zu Strafzahlungen verurteilt. Die

Rechte der Investoren aus der Investorenschutzklausel sind umfassender als unser bisheriges Recht.

Zwischen den USA und Kanada gibt es eine überlastete Brücke (ab Minute 33), gebaut und betrieben von einem Investor. Er erzielt hohe Einnahmen durch die Maut. Kanada plant, eine weitere Brücke zu bauen. Der Investor sieht seine Einnahmen gefährdet. Er klagt vor einem Schiedsgericht und fordert 3,5 Milliarden Dollar Schadenersatz. Ein Reicher (ab Minute 34) sieht die Schere zwischen Arm und Reich und fürchtet die Folgen. TTIP wird diese Tendenz verstärken: Er selbst und die anderen Reichen werden noch reicher. Die US-Verbraucherschützerin stellt fest (ab Minute 42): Dieses Abkommen ist schlechter als *kein* Abkommen. Selbst die Auswirkungen auf den Rest der Welt sind negativ! Wer noch nicht gegen TTIP unterschrieben hat, kann dies bei "Attac" nachholen.

5. Die Bundesagentur für Arbeit möchte die "Betreuung" der Erwerbslosen über die Arbeitsaufnahme hinaus fortsetzen. Grausig! Wie ungeschickt und störend Nachfragen der Jobcenter beim potenziellen Arbeitgeber sind, haben sie schon mit den Worten "Hat sich Herr X bei Ihnen beworben?" unter Beweis gestellt. Jeder Erwerbslose ist froh, wenn er diesem "Diktatureinfluss" entronnen ist! Elisabeth hat vergangene Woche schon einiges dazu gesagt. Dieser Grund fehlt in ihrer Aufzählung für die Beerdigungsgründe: Der Geldmangel! Nachzulesen unter "Hein hat Arbeit, und das Jobcenter schmeißt mit Knüppeln". Es fehlt auch der genervte Chef oder nur die genervte Personalabteilung.

Das Jobcenter will möglichst kurzfristig die Verdienstabrechnung von Hein haben (nicht nur sehen). Mancher Betrieb ist aber nicht so schnell. Die vom Jobcenter angefachte kurzfristige Nachfrage, eventuell auch direkt beim neuen Arbeitgeber, hat schon manches Arbeitsverhältnis zerstört. Es gibt in der Tat viele Hilfsmöglichkeiten für den frisch "aktivierten" Arbeitnehmer: Am besten die miesen Tricks abstellen und die Mitarbeiter des Jobcenters bestrafen! Das SGB II ändern und jedwede Zahlungseinstellung "auf Verdacht" oder "vorsorglich" streichen! Dem Erwerbslosen seine Selbstbestimmung lassen und ihn als ebenso glaubwürdig wie einen Steuerpflichtigen ansehen!

6. In Bremen lähmt das Wahlergebnis noch immer die parlamentarische Arbeit. Die erhaltenen Stimmen dominieren, die Nichtwähler sind nur Schatten. Carsten Sieling soll es richten. Zusätzliche Lehrer soll es tatsächlich geben. Über die anderen Unterfinanzierungen bei Polizei, Krankenhäusern und Kitas, bei Ermittlung und Handhabung der Mietrichtwerte sowie über die anderen Defizite im Bildungsbereich und die vielen anderen Probleme wurde noch nichts gesagt. Bremen soll sich innerhalb der Vorgaben der Schuldenbremse bewegen. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen frage ich: Warum?

Bremen hat ein starkes Bruttosozialprodukt. Auch der Vergleich der Wirtschaftskraft hat dies aufgezeigt, im "Weser-Report" vom 27. Mai 2015: Bremen steht auf Platz 12 der Top 20. Professor "Hickel meint, wenn sich der Länderfi-

nanzausgleich an der Wirtschaftskraft orientieren würde, könne Bremen ganz anders dastehen als bisher. Denn die Hansestadt habe einen sehr hohen Anteil von Einpendlern aus dem Umland – um die 120.000 Menschen jeden Tag. Und das Finanzsystem trage dem nicht Rechnung", siehe auch vorherige Bremer Montagsdemonstrationen, Stichwort Bildung, Kinderarmut oder Schulabschluss. Die Dinge eilen! Das Leben geht voran. Die Not ist gegenwärtig!

7. Der Erzieher(innen)-Streik erhält durch die starre Haltung der Arbeitgeber ein Geschmäckle: Die Eltern leiden, die öffentliche Hand spart. Nun wird geschlichtet, es streiken die Postler. Verdi hat die Forderung nach einer Lohnerhöhung dem Arbeitgeber bekannt gemacht. Die Post hat "Ableger" gegründet. Dort erhalten die Mitarbeiter(innen) circa 20 Prozent weniger Lohn. Verdi und die Mitarbeiter(innen) wollen dies nicht akzeptieren. Auch dies ist eine Streikforderung. Die Streikenden haben meine volle Unterstützung! Das Streikrecht muss ausgeweitet werden auf den Generalstreik. Damit wären auch die aktuellen Vorteile der öffentlichen Hand zu negieren!

Wie sehr die Arbeitnehmer zurückstecken mussten und wie die ohnehin geringen Lohnerhöhungen durch Lohnkürzungen sowie eine negative Vertragsgestaltung ausgehebelt wurden, ist nachzulesen, die Mär von der Beschäftigungszunahme ebenfalls. Das Arbeitszeitvolumen hat sich nicht erhöht, es wird nur auf mehr Köpfe verteilt. Das normale Vollzeitarbeitsverhältnis wird zum Museumsstück, nachzulesen in einer Antwort der Bundesregierung, siehe 517. Bremer Montagsdemonstration. Die Auswirkungen sind auch im OECD-Sozialbericht thematisiert, wie von Elisabeth vorgetragen.

8. Wer eine neue Wohnung braucht und auf Sozialleistungen angewiesen ist, stößt schnell an die nicht ausreichenden Mietrichtwerte. Wie damit umgehen? Wir kommen darauf zurück! Vieles ist nachzulesen auf unserer Homepage. Gefragt werden können die Leute von "so:leb" auf dem Marktplatz bei der Bremer Montagsdemonstration. Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon! Wir sind gespannt auf Ihre, eure Meinung und Erfahrung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Wir sind nicht "Pedida" oder ähnliches. Wir leben unsere Grundsätze! Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

"Wie kann das sein": 21.000 junge Menschen in Deutschland leben auf der Straße – und die "Qualitätspresse" erwähnt nicht einmal die Stichworte Hartz IV und Sanktion ("Spiegel-Online")

Mein Wort zum Bielefelder Parteitagsbeschluss der "Linken"



"Des Weiteren wurde ein gemeinsam erarbeiteter Antrag der BAG Grundeinkommen und der Parteiströmung Sozialistische Linke mit großer Mehrheit auf dem Parteitag angenommen. Dieser untermauert den Stellenwert der Debatte über ein BGE in der Partei und besagt auch, dass eine Entscheidung über das BGE in Form eines Mitgliederentscheides stattfinden soll. "Das hatte ich als Nochmitglied der Partei "Die Linke" schon vor vielen Jahren immer wieder vorgeschlagen: den notwendigen Mitgliederentscheid hierzu.

Heute bin ich allerdings der Meinung, dass man sich vom falschen Begriff bedingungslos verabschieden sollte, da es nichts ohne Bedingungen auf diesem Erdball gibt. Man muss es dafür als solidarisches Grundeinkommen ausweisen, zahlbar an alle Menschen ohne vorherige Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang, bezahlt aus der Lohnarbeit und den Profiten der Unternehmen. Letztlich muss es das Ziel bleiben, die ausbeuterische Lohnarbeit zu überwinden.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

523. Bremer Montagsdemo am 15. 06. 2015

Die Bevorzugung von zehn Prozent der Bevölkerung als Privatpatienten gehört abgeschafft



1. Wer in unserem Lande das Wort "Reform" aus Politikermunde vernimmt, der bekommt schon mal prophylaktisch Magengrummeln, weil ihm die Bauchschmerzen gewiss sein werden. So verhält es sich auch mit dem neuen **Gesundheitsgesetz**, mit dem unter anderem die Versorgung mit Ärzten auf dem Lande und die Terminvergabe bei Fachärzten für Kassenpatienten "verbessert" werden soll. Jene, die von einer "Überversorgung mit Fachärzten" in Großstädt(ch)en wie Bremen sprechen, sind entweder

nicht ernsthaft krank oder genießen den Luxusstatus von Privatpatienten, die bei Terminen immer bevorzugt behandelt werden.

Sonst hätten sie auch schon des Öfteren mit den anderen 90 Prozent Kassenpatienten etliche Stunden in einem vollkommen überfüllten Wartezimmer gesessen, sich von bisher fremden Bakterienkulturen oder Virenstämmen kontaminieren lassen, nachdem sie wochenlang – zum Beispiel mit Schmerztabletten zugedröhnt – auf eben diesen einen kostbaren, aber selten zu ergatternden Termin hatten warten müssen. Oh nein, das sind beileibe keine Einzelfälle, sondern ist inzwischen nahezu die Regel, die eben so gar nicht auf eine Überversorgung von Ärzten schließen lässt!

Da wurde nach einem Jahr wahrlich mal wieder erneut die eine "tolle" Idee aus dem Ärmel geschüttelt, dass in Zukunft sogenannte Servicestellen die Terminvergabe "erleichtern" sollen und die Patienten binnen vier Wochen Fachärzten zuweisen müssen. Bei einem solchen Murks kann eigentlich nur eine große Unzufriedenheit der Patienten herauskommen, wenn sie eben nicht zu dem Arzt kommen, den sie sich gewünscht haben und zu dem sie Vertrauen aufbauen können. Schließlich handelt es sich bei Patienten noch immer um Menschen, deren individuelle "Chemie" eben nicht zu jedem Mediziner passt, und nicht um ein Fahrrad, bei dem in einer x-beliebigen Werkstatt das Licht repariert werden soll!

Mindestens auf dem Papier haben wir noch immer die freie Arztwahl und leben auch nicht in Dänemark, wo meines Wissens den Patienten je nach Wohnort ein Arzt zugewiesen wird. Wie muss mit Zahlen jongliert werden, um solche Fantasieergebnisse zu erzielen? Wurde hier bei der Praxis der Arbeitsämter abgeguckt, einfach bestimmte Gruppen nicht mitzuzählen? Den Patienten kann dadurch geholfen werden, wenn endlich die Bevorzugung von zehn Prozent der Bevölkerung als Privatpatienten abgeschafft wird und alle in das Krankenkassensystem einzahlen müssen. Ebenso abenteuerlich ist die Krankenhausstrukturreform von Gesundheitsminister Hermann Gröhe, die das Kabinett jetzt auf den parlamentarischen Weg bringt und die angeblich "Qualität" bringen soll.

Nicht nur die Presse schaut skeptisch, ob sich damit Probleme lösen lassen. Während "schlechte" Krankenhäuser mit Abschlägen rechnen müssen, sollen sich "gute" Kliniken über Zuschüsse freuen dürfen. Die Regierung gibt zwar zu, dass es bei der Qualität der stationären Behandlung hapert, doch soll dieser Missstand nicht allein den Ärzten, Klinikbetreibern und deren zu knapp bemessenem Pflegepersonal in die Schuhe geschoben werden: "Mehr Geld" sei auch keine Lösung. Patienten werden wohl kaum von abgehobenen Überschriften wie "Abbau überflüssiger Betten, Belohnung für qualitativ gute Arbeit, weniger unnötige Operationen" profitieren können, wenn Kliniken geschlossen werden und den Kranken immer weitere Wege zugemutet werden sollen.

Völlig realitätsfremd erscheint mir auch die Annahme, dass Patienten bereitwillig weitere Wege in Anspruch nähmen, wenn das Krankenhaus ihrer Wahl besonders spezialisiert ist, sie aber weder die Fahrt bezahlen können, noch Freunde in der Nähe haben, die sie besuchen, ihre Wäsche waschen sowie kleinere Dienste für sie übernehmen, und wenn sie sich mit der medizinischen Infrastruktur einer fremden Stadt überhaupt nicht auskennen. Für die steigende Anzahl an finanziell Armen, Alten und Alleinstehenden, aber auch für Alleinerziehende würde dies eine katastrophale Verschlechterung der medizinischen Versorgung bedeuten.

Wer die Qualität in den Krankenhäusern wirklich verbessern will, kommt gar nicht darum herum, die personelle Ausstattung in den Kliniken so zu verbessern und zu verändern, dass nicht mehr eine Pflegekraft für zehn Patienten auf der Station zuständig ist und Ärzten 36-Stunden-Schichten zugemutet werden! Es muss einfach auch mehr Geld in Krankenhäuser gesteckt werden, um damit gute Hygiene-Standards wie in Holland einzuführen, damit nicht mehr so viele Menschen an lebensgefährlichen Keimen sterben, die sie sich erst im Krankenhaus geholt haben. "Menschliche Wärme heilt allemal so wirkungsvoll wie moderne Apparate. Vielleicht sogar ein wenig besser", schreibt die "Frankenpost" aus Hof.

2. Knapp die Hälfte der Hartz-IV-Bezieher ist, so sehr sich auch bemühen, bereits seit mindestens vier Jahren auf diese staatliche Leistung angewiesen. Obwohl viele eine Ausbildung haben oder Qualifikationen besitzen, klappt es trotzdem nicht, einen Arbeitsplatz zu finden. Vor allem in den östlichen Bundesländern

sei die Lage besorgniserregend, weil mit Ausnahme von Thüringen die Quote hier sogar bei über fünfzig Prozent liege. In westdeutschen Städten mit hoher Arbeitslosenquote, etwa im Ruhrgebiet, sieht die Situation ähnlich dramatisch wie in den ostdeutschen Bundesländern aus.

Entgegen dem angeblichen Trend, dass die Erwerbslosenzahlen sänken, zeichnet sich immer mehr ab, dass ein Großteil keine Arbeit finden kann, weil nun einmal nicht Arbeitsplätze für alle vorhanden sind. Allein schon wegen der Verdammnis, komplett auf diese meist nur demütigend gewährte Transferleistung angewiesen zu sein, müsste sie mindestens ohne **Sanktionen** ausgezahlt werden, bis es endlich ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle gibt! Sanktionen wirken zu hundert Prozent wie Folter, wenn das ohnehin viel zu knapp bemessene Existenzminimum auch noch unterschritten wird und Hunger, Energieabstellen sowie Obdachlosigkeit drohen.

Das Sozialgericht Gotha erklärte nun die Praxis, dass es Grundsicherung heute nur gegen Wohlverhalten gibt und ansonsten sanktioniert wird, sodass mit Hartz IV das Recht auf ein "menschenwürdiges Existenzminimum" abgeschafft wurde, für verfassungswidrig. Keine Frage, dass dies bei Teilen der Wirtschaft auf Unmut stößt und die abgedroschene Forderung erschallt, Sanktionen seien erforderlich, damit der Anreiz erhalten bleibe, eine Arbeit aufzunehmen. Selbst wenn diese gar nicht existiert? Wie das Strafsystem funktioniert, zeigt der Fall des Klägers, der ein Arbeitsangebot des Jobcenters Erfurt abgelehnte, das ihm daraufhin die Leistungen von Juli bis September 2014 um dreißig Prozent auf 275,70 Euro kürzte.

Als er sich im September nicht per Vermittlungsgutschein auf ein Praktikum bewarb, verpasste ihm das Amt eine zweite Sanktion und reduzierte die Zahlung um sechzig Prozent. Das bisherige Gesetz erlaubte, dass ihm von Oktober bis Dezember nur noch 156,40 Euro blieben, wobei es augenscheinlich um nackte Zahlen ohne das Gerüst der Bedingungen und Beweggründe ging. Rund eine Million solcher Strafen verhängen Jobcenter jährlich: Durchschnittlich sind 10.000 Menschen auf Null sanktioniert. Die Bundesregierung meint, der Staat müsse das Minimum nicht bedingungslos zahlen, obwohl es ein unverfügbares und unantastbares Grundrecht jedes Mittellosen sei, dass die eigene physische Existenz und ein Mindestmaß an Teilhabe gesichert werden. Außerdem ist ein Bedürftiger durch vermeintliches Fehlverhalten nicht weniger bedürftig!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Wenn die Not am größten ist: Gibt es in der Hansestadt bald keine Kriminalkräuter mehr? ("Radio Bremen")

Bremen fordert wieder zur Kostensenkung auf, als gäbe es ausreichend Wohnungen

1. Ein US-Gericht hat der NSA die Abhörmöglichkeiten gegen Amerikaner beschnitten. Der Senat will dies jetzt umsetzen. Klasse! Anlass sind die Enthüllungen von Edward Snowden. Der britische Geheimdienst darf eigentlich keine Landsleute abhören oder überwachen. Die Unterlagen Snowdens haben jedoch die Nichteinhaltung belegt. Die Einhaltung wird von Bürgern jetzt massiv eingefor-



dert. Das Parlament hat Unterstützung zugesagt. Nachzulesen ist die Behauptung, die von Edward Snowden gestohlenen Geheimdienstdokumente könnten in falsche Hände geraten sein, und Agenten würden in Sicherheit gebracht – alles ohne Quellenangaben.

In unseren Nachrichten wurde sofort gegen die Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes Position bezogen. Edward Snowden hat die Vorwürfe zurückgewiesen. Das "Celler Loch" lässt grüßen, Frau Merkel hat gelogen und lügen lassen, siehe 520. Bremer Montagsdemonstration. Das ZDF hat trefflich unter der Überschrift "Merkels Märchenstunde" darüber berichtet, auch in den "Heute"-Nachrichten. Die Einschätzung von "Frontal 21" ist lesenswert: Die neue Vorratsdatenspeicherung hat einen Untermieter!

"Frontal 21" hat das Gesetz aufgedröselt: Es geht nicht nur um Vorratsdatenspeicherung. Enthalten ist auch die Bestrafung von Whistleblowern und denen, die die Informationen verbreiten. Geheimnisverrat in jeder Form soll demnach strafbar werden. "Frontal 21" schreibt dazu: "Zudem stellt das neue Vorratsdatengesetz in einem Punkt sogar eine Verschlechterung gegenüber der alten Regelung dar: Künftig soll 'Datenhehlerei' mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Betroffen sind davon Whistleblower und ihre Helfer, die unbefugt Daten stehlen und verbreiten. Edward Snowden und seine Freunde wären in Deutschland künftig Kriminelle."

Nach diesem Gesetz könnten ein Snowden und alle Journalisten, die seine Informationen verbreiten, als Geheimnisverräter bestraft werden. "Frau Merkel hat gelogen": Solche Überschriften sind dann nicht mehr möglich. Bereits die Weitergabe der Mails und Notizen aus dem Kanzleramt wäre Geheimnisverrat. Die Verbreitung der Aussage "Frau Merkel hat gelogen!", gestützt auf die Infos aus dem Kanzleramt, würde den Staatsanwalt zum Eingreifen zwingen. Daher ist das gesamte Gesetz abzulehnen!

Das Sturmgewehr G36 ist nur eingeschränkt verwendungsfähig. Gewusst haben will dies der ehemalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière nicht. Im Juni 2013, noch zu seiner Amtszeit, hat "Frontal 21" darüber berichtet. Das Freihandelsabkommen mit den USA fällt bei den Mitbürgern durch: In den USA hat Präsident Obama nicht die gewünschten Vollmachten erhalten. Wie kann Deutschland ein Freihandelsabkommen schlecht finden, als Exportweltmeister? Wieso sind Schiedsgerichte kein Problem? Deutschland hat die Schiedsgerichte erfunden! Die Zahlen sind plötzlich Nebensache, nachdem sie als einfach gegriffen entlarvt waren. Das geplante Freihandelsabkommen hat den Schwerpunkt nicht einmal im Handel.

2. Europa muss umdenken! **Griechenland** braucht Unterstützung. Da waren die Forderungen nach Reformen, nach weiteren Einschnitten für die Bürger nicht hilfreich. Nun beschweren sich die EU-Politiker über das Verhalten der Verhandlungsdelegation aus Griechenland. Zu Recht – aber das Verhalten der Troika in Griechenland wird dadurch nicht getoppt. Gab es Kritik an diesem Verhalten der EU Verhandlungsermächtigen? Bei "Jauch" wurde der Kontrast sichtbar: Gut abgesicherte Gesprächspartner streiten um die Zukunft Griechenlands, um die Auswirkung der Lösungen. Beklemmend!

Die neue Regierung ist erst einige Monate im Amt. Die Misere hat sie geerbt. Ihr Fehler: Keine weiteren Einschnitte für die ärmsten Bürger, aus mit der Vorfahrt der Bankenrettung, hin zu einem vernünftigen Miteinander. Das braucht Zeit. Herr Schäuble hat verkündet, die EU werde die Besonderheiten für Lizenz- und Patentgebühren beseitigen – in einigen Jahren. Seine Begründung: Die Unternehmen müssen sich darauf einstellen. Griechenland muss und will die Reichen besteuern. Freiwillig wollen insbesondere die Reeder nicht zahlen. Sie wollen auswandern, wenn die Regierung den Versuch macht.

Hat schon irgendein Land gesagt: "Aber nicht zu uns!"? Klar ist, Griechenland braucht mehr Zeit. Die EU sollte dies gewähren. Die EU sollte die Zinsbelastungen für Griechenland auf den Zinssatz für die Bankenfinanzierung senken. Banken zahlen 0,05 Prozent bei der Europäischen Zentralbank. Die EU müsste eigentlich ein schlechtes Gewissen haben: Die Trickserei der damaligen Regierung Griechenlands wurde durchschaut und geduldet. Die Bank Goldmann Sachs hat dies durchgezogen, siehe 513. Bremer Montagsdemonstration. Es war Geld zu verdienen. Es herrschte Klarheit darüber, dass die Bürger die Zeche zahlen werden. Nun ist den Geldgebern die neue griechische Regierung dazwischengekommen.

Die Politiker können sich von den Lobbyisten der Finanzwelt lösen und eine vernünftige Lösung durchführen. Im Augenblick soll jedes Ungemach durch die Griechen verursacht worden sein. Niedrige Zinsen? Dabei wirft die EZB monatlich 60 Milliarden Euro auf den Markt. Die Griechen lassen ihre Renten vom deutschen Steuerzahler bezahlen? Die Bankenrettung haben die Steuerzahler der EU bezahlt, nur etwa ein Zehntel wurde für anderes verwendet. Auch in anderen Ländern werden die Sparbeschlüsse nicht mehr akzeptiert. Bereits Kleinigkeiten

bringen das Fass zum Überlaufen. Sehenswert ist "Wer rettet wen? Die Krise als Geschäftsmodell".

3. Bremen ringt noch immer um eine neue Regierung. Das Haushaltskorsett wird sichtbar. Selbst der Plan, 200 Lehrer einzustellen, steht inzwischen unter Finanzierungsvorbehalt, trotz der vielen Menschen ohne Schulabschluss! Es wurde oft versprochen, viel getrickst und nichts verbessert. Über die Lösung der anderen Problemfelder wurde noch nichts bekannt. Bremen kennt seit vielen Monaten die unhaltbaren Zustände in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Habenhausen. Sie ist inzwischen umgezogen, doch das Gebäude in Habenhausen wird weiter belegt, überwiegend mit unbegleiteten Minderjährigen. Ihnen wurde nur teilweise ein Schulbesuch ermöglicht. Genauer als "Radio Bremen" und mit Bildern unterlegt schildert es die Linksfraktion – einfach unglaublich!

Jetzt wird das Gebäude in Habenhausen geräumt; die Bettwanzen haben sich zu stark vermehrt. Die Unterbringung in Zelten soll nur vorübergehend erfolgen. Diese Unterversorgung, dieses Hängenlassen der Kinder und Jugendlichen ist auch der Haushaltslage geschuldet. Ist dies wirklich richtig und nötig? Worin besteht die Vorsorge für die Kommenden? In Italien warten allein 70.000 Überlebende auf die Möglichkeit einer Weiterreise. Die EU muss dies ermöglichen. In Italien wird es ohne Lösung zu Unruhen kommen. Italien braucht dieses Ventil!

Die Zuständigkeit für Kitas sollen vom Ressort Soziales zu Bildung verschoben werden. Diese Neuordnung ist aber noch umstritten. Die Verwaltung der Kitas hat durch die ungültigen Beitragstabellen für die Zuzahlung der Eltern zu den Kindergartengebühren viel zusätzliche Arbeit. Ende Mai ist die Senatorin noch von der Erstattung zum Ende des Kindergartenjahres ausgegangen. Im "Weser-Kurier" kommen auch die Träger zu Wort. Sie sehen dies teilweise sehr kritisch. Warum werden nicht die fertigen Bescheide erlassen und die Rückzahlungen entsprechend vorgenommen? Warum sollen die 20.000 Bescheide plus x gesammelt rausgehen?

4. Die Menschen brauchen Wohnungen. In Bremen gibt es keine Wohnungen, die mit den geltenden Mietrichtwerten zu erreichen sind. Zum Anmieten müssen diese schließlich auch tatsächlich zu erreichen sein. Bremen versendet wieder Kostensenkungsaufforderungen und tut so, als ob entsprechende Wohnungen ausreichend zur Verfügung ständen. Wer einen solchen Brief erhält, sollte diesen nicht einfach zur Seite legen. Das Jobcenter vergisst ihn nicht. Wer einen solchen Brief bereits vor langer Zeit erhalten hat, wird festgestellt haben, dass die Kostensenkungs- und Umzugsaufforderungen einfach nicht weiter verfolgt wurden. Die Aktion war nicht gerichtsfest.

Wer bereits damals "dabei" war und sich sicher wähnte, sollte gegen die erneute Kostensenkung Widerspruch einlegen und diese abgebrochene Aktion anführen. Gleichzeitig sollten aber auch die anderen Gründe für denn Verbleib in

der jetzigen Wohnung geltend gemacht und sicherheitshalber die aufschiebende Wirkung für diesen Widerspruch beantragt werden.

Die zur Einkommensteuerbefreiung akzeptierten Gründe und der Handlungsrahmen stehen in der Anweisung für die Verwaltung ab Seite 26. Diese Verwaltungsanweisung hat keine Rechtskraft: Sie ist nur eine Anweisung an die Verwaltung, kein Richter ist daran gebunden! Inzwischen ist viel Wasser die Weser runtergeflossen, aber Bremen hat die Mietrichtwerte oder -obergrenzen noch immer nicht gerichtsfest ermittelt. Wie dies alles geht? Einfach herkommen – der Verein "so:leb" ist auf der Bremer Montagsdemo zu erreichen – oder zu einer der Beratungsstellen gehen!

5. Wer Angehörige in häuslicher Umgebung pflegt, kann dies bei der Rente geltend machen. Die Rahmenbedingungen erfordern einen Pflegeaufwand von mindestens 14 Stunden pro Woche. Die Broschüre "Rente für Pflegepersonen: Ihr Einsatz lohnt sich" enthält die Details. "Kinder haften für ihre Eltern", titelt der "Weser Kurier" diesen Montag. Im Text steht die Entwarnung: Es gibt Freibeträge.

Regress des Sozialamtes ist nur möglich, wenn der hilfsbedürftige Mensch keinen Anspruch auf Grundsicherung hat. In diesem Artikel wird nicht darauf eingegangen. Bei der Grundsicherung sind Regressansprüche gegen die Kinder oder andere **Unterhaltspflichtige** nur zulässig, wenn dieser unterhaltspflichtige Mensch 100.000 Euro oder mehr pro Jahr verdient. Für den Regressanspruch hat Bremen eine Verwaltungsanweisung erstellt, siehe 370. Bremer Montagsdemonstration. Eltern, die selbst keinen Unterhalt für ihre unmündigen Kinder gezahlt haben, haben ihren Anspruch auf Unterhalt gegenüber diesem Kind verwirkt. So gibt es im Unterhaltsrecht noch viele Besonderheiten.

Aktuell hat sich der Selbstbehalt der unterhaltspflichtigen Väter erhöht. Eigentlich müsste das Sozialamt berichtigte Bescheide erlassen. Unterhaltspflichtige Väter, die keinen neuen Bescheid mit einem ab 1. Januar 2015 verminderten Zahlbetrag erhalten haben, sollten nachfragen, sich mit der Mutter und dem Amt in Verbindung setzen. Beratung und Unterstützung gibt es beim "Verband allein erziehender Mütter und Väter".

Dies sind viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon! Wir sind gespannt auf Ihre und eure Meinung und Erfahrung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

524. Bremer Montagsdemo am 22. 06. 2015

Jede fünfte Selbsttötung erfolgt wegen Arbeitslosigkeit – Jobcenter sanktionieren weiter



1. Eine ehemalige Jobcenter-Mitarbeiterin berichtet in einer Dokumentation des "Teams Wallraff" über die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten von Hartz-IV-Anträgen. Anhand der vorliegenden internen Akten zeigt sich mehr als deutlich, dass die Bearbeitungszeit vom Ort der Antragstellung und von erstellten Widersprüchen abhängig ist. Laut der ehemaligen Jobcenter-Sachbearbeiterin müssen Leistungsberechtigte in Rosenheim, Weimar und Mainz durchschnittlich etwa vier Wochen auf die Bearbei-

tung warten, im Landkreis Fürth fünf Wochen. In Duisburg, Halle und Stendal sollen es schon sechs Wochen, in Augsburg sogar zwei komplette Monate sein. Aus dieser Feststellung lässt sich wohl nur das Resümee ziehen, dass Hartz-IV-Bezieher dafür bestraft werden, wenn sie Fehler entdecken und deshalb logischerweise einen Widerspruch dagegen einlegen.

In Rosenheim, Sigmaringen und Erfurt müssen Betroffene, sich zur Wehr Setzende dann noch drei Monate warten, bis der Antrag erneut erstellt wurde. In Wunstorf waren es sogar vier Monate. Den absoluten Spitzenrekord belegte Sangerhausen mit schier unglaublichen sechs Monaten. "Vergessen" die Sachbearbeiter etwa, dass sie hier kein Brettspiel mit Holzfiguren vor sich auf dem Schreibtisch haben, sondern Menschen aus Fleisch und Blut? Warum sonst scheint es ihnen so dermaßen "egal" zu sein, dass die Antragsteller in "große Not geraten, weil sie nicht wissen, wie sie sich ernähren oder kleiden können" und ihre Miete bezahlen sollen? Darüber hinaus müssten sich die Betroffenen oft Unterstützung durch einen Anwalt holen, weil es sonst sehr schwer sei, die Behörde zum Einlenken zu bewegen.

Für mich liegt es auf der Hand, dass Hartz-IV-Bezieher daraus gefälligst lernen sollen, sich bloß nicht zu wehren, sondern hübsch brav die Schnauze zu halten und sich ganz unterwürfig allem zu fügen, was da auch immer vom Amt beschieden werde. Dazu möchte ich selbstverständlich auf keinen Fall aufrufen, sondern im Gegenteil dazu, sich eben nicht selbst aufzugeben, sich das zustehende Recht einzufordern, sich dafür Unterstützung, Rat zu holen, sich immer schriftlich zu wehren und eine Beschwerde, eine Untätigkeitsklage, einen Überprüfungsantrag einzureichen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass dies Mut und Nerven kostet, aber auch, dass es sich zumeist lohnt!

2. Michaele Sojka ("Die Linke"), Kreischefin des Altenburger Landes in Thüringen, forderte das Jobcenter auf, die Sanktionspraxis gegenüber Hartz-IV-Beziehern sofort zu beenden, weil durch die Leistungskürzungen viele Betroffene "nur depressiver und kränker" würden. Sojka beruft sich auf ein aktuelles Urteil des Gothaer Sozialgerichts, in dem die Sanktionen im Sozialrecht für verfassungswidrig erklärt und die Frage an das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe überwiesen wurde. Wir können es uns gut vorstellen, dass die Landrätin für ihren Vorstoß viel Kritik erntete und in einem Brief vom Personalrat des Jobcenters an sie lesen musste, dass sie nicht nur die Arbeit der Jobcenter-Mitarbeiter diskreditiere, sondern ihre Ausführungen "offenbar von wenig Kenntnis der Praxis im Jobcenter" zeugten. Außerdem blende sie Gesetze aus.

In meinen Augen rücken sich die Jobcenter-Mitarbeiter durch ihr eigenes Verhalten selbst in ein "schlechtes Licht" und sollten dieses nicht auf ihre Kritikerin projizieren, die offenkundig mit klarem Verstand spricht und über ein gut funktionierendes Gewissen und Empathie verfügt. Die Kommunalpolitikerin grenzte sich von den "kollegialen" Vorwürfen ab und wies darauf hin, dass sie sich natürlich an Gesetze halten müsse, es im Rahmen der Gesetzeslage aber zumindest möglich sei, die Kosten der Unterkunft und Heizung nicht länger durch Sanktionen zu kürzen. Die Landrätin glaube zwar selbst nicht, dass sie mit ihrem Vorhaben erfolgreich sein wird, doch sei es ihr wichtig, die politische Debatte darüber anzustoßen, "ob es sinnvoll ist, Menschen die Grundsicherung zu versagen".

Ich finde diese menschenverachtende Praxis, ein ohnehin völlig unzureichendes Existenzminimum für Ordnungswidrigkeiten zu kürzen, worunter in "Sippenhaft" auch noch der Rest der Familie mitleiden muss, grundgesetzwidrig. Wir dürfen nicht vergessen, dass in der Region eine offizielle Arbeitslosigkeit von mindestens zehn Prozent herrscht, in der ein Drittel in Familien aufwachse, die von Hartz IV vegetieren müssen. Auch würden vor allem Unterfünfundzwanzigjährige hart bestraft, da man ihnen bereits beim ersten "Regelverstoß" die "Grundsicherung" für drei Monate streiche, wodurch sich viele als Obdachlose auf der Straße wiederfinden müssten.

3. Bisher wurde in Deutschland der Zusammenhang zwischen Suiziden, Erwerbslosigkeit und Hartz IV kaum erforscht. Doch nun untersuchten Forscher der Universität Zürich die Situation in 63 Ländern. Jährlich nehmen sich rund 45.000 Menschen das Leben, weil sie keine Arbeit haben oder jemand in ihrem Umfeld von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Die Zahl aller Selbsttötungen, die in der Finanzkrise im Jahr 2008 direkt oder indirekt mit der Arbeitslosenrate im Zusammenhang standen, ist neunmal so hoch wie bislang angenommen. Dass Arbeitslosigkeit Menschen in den Suizid treiben kann, ist erschreckend und gleichzeitig nicht wirklich verwunderlich, da doch die existenzielle Bedeutung von Arbeitslosigkeit für die Gesundheit groß ist und der drohende oder erfolgte Verlust einer Arbeitsstelle sowie lange Arbeitslosigkeit eine ernste Situation für die Betroffenen und deren Angehörige darstellt.

Von den fast einer Million Menschen, die weltweit pro Jahr Suizid begehen, stirbt jeder fünfte in Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit! Die Forscher ziehen daraus den Schluss, dass auch in Ländern mit hoher Arbeitslosenquote unbedingt Investitionen in Programme erforderlich seien, die Personen in den Arbeitsmarkt integrieren und ein gesundes Arbeitsklima fördern. Gibt es so etwas tatsächlich? Ich kenne solche Forderungen immer nur als Euphemismen für den Zwang, sich in den Dumpinglohnsektor "integrieren" zu lassen, der ja für sein "gesundes" Arbeitsklima überall bekannt sind.

Außerdem zeigte die Studie, dass der Anstieg der Suizidrate jenem der Arbeitslosenrate um etwa sechs Monate vorausging. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde von den Erwerbslosen offensichtlich erkannt, noch bevor sie eingetreten war, sodass bereits die Verunsicherung über die Entwicklung der ökonomischen Situation negative Konsequenzen zu haben scheint. Wenn ich lese, es bedürfe einer Schulung von Fachpersonal, damit dieses "erhöhte Suizidrisiken" bei betroffenen erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Personen besser erkenne und beim Umgang mit der Problematik helfen könne, dann denke ich, dass das Personal in den Jobcentern ganz anders geschult wurde, um zum Beispiel mit falschen Bescheiden Geld einzusparen, und dass die Verträge von freundlich zugewandten Mitarbeitern nicht verlängert werden, weil sie "zu viel" Geld ausgeben.

Ich stellte mir schon häufiger die Frage, wie viele Depressionen, Angstzustände, Bluthochdruckfälle, Panikattacken und Magengeschwüre wohl durch die so oft unwürdige Behandlung in den Jobcentern selbst verursacht werden. Ich persönlich kenne nur Erwerbslose, die auch und gerade ohne Repressalien gern endlich wieder arbeiten möchten, aber natürlich nicht "für 'n Appel und 'n Ei". Schließlich bekommen andere, die arbeiten, ja auch ein Gehalt! Liebe Forscher, sowohl Erwerbslose als auch Überfünfundsechzigjährige müssen hoffnungsvoll in eine, ihre eigene, positive Zukunft blicken können, sich wertgeschätzt fühlen, einen angstfreien Sinn in ihrem Dasein sehen, um gern weiterleben zu wollen. Dafür bedürfte es allerdings einer menschenfreundlichen, gerechten Politik, von der sich im momentanen kalten, neoliberalen Raubtierkapitalismus immer weiter entfernt wird!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Scharf links"

Zschäpe "an Aussage gehindert": Warum bestellt der Staat Pflichtverteidiger, die zum Schweigen raten? ("Stern")

Bremen opfert die Jugend für Ziele, die die Hansestadt sowieso nicht aus eigener Kraft erreichen kann

1. Die Vorratsdatenspeicherung hat einen Untermieter: Falls dieses Gesetz in Kraft tritt sind wir alle "gläserne Menschen". Das tägliche Leben ist dann aufgrund dieser Daten nachvollziehbar und das zukünftige vorhersehbar. Daten, die nur unter gewissen Voraussetzungen genutzt werden, gibt es nicht! Bei der Durchforstung der Daten des Verfassungsschutzes wurde fast die Hälfte gelöscht, weil



sie illegal waren: Sie hätten nicht gespeichert werden dürfen. Zum Teil war die Herkunft unklar. Berichte lesen sich insgesamt wie eine Bankrotterklärung, obwohl eigentlich gar nichts hätte schief gehen dürfen.

Aktuell kann nicht einmal der deutsche Bundestag feststellen, welche Daten erbeutet und welche eventuell verändert wurden. Die Ursache soll unbekannt sein. Die Mails der Abgeordneten Merkel werden jedoch nicht mehr geöffnet. Bereits im Dezember letzten Jahres soll es eine Störung im Informationstechnik-System gegeben haben. Die "Frankfurter Allgemeine" titelte: "Merkel-Vertraute soll Trojaner ins Kanzleramt geschleppt haben".

Ich habe einiges durch kritische Magazine erfahren. Immer wieder heißt es: "Nach den uns vorliegenden Unterlagen wurde der Sachverhalt falsch dargestellt". Falls von der Vorratsdatenspeicherung auch nur der "Untermieter" in Kraft tritt, ist damit Schluss: "Im Windschatten der Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung soll das Strafrecht verschärft werden. Mit einem neuen § 202d StGB soll "Datenhehlerei" bestraft werden. Eine Strafbarkeit soll dann ausgeschlossen sein, wenn das Sichverschaffen nicht zugänglicher Daten "ausschließlich der Erfüllung rechtmäßiger dienstlicher oder beruflicher Pflichten" dient. Damit sollen Journalisten straffrei sein, durch den explizit beruflichen Bezug sind jedoch Whistleblower und investigative Freizeit-Blogger gefährdet. Es handelt sich damit um ein "Anti-Whistleblower-Gesetz"

An die Straffreiheit der Journalisten glaube ich nicht! Selbst wenn Journalisten straffrei bleiben, ist es eine enorme Belastung. Nachhaltig bleibt mir die "Spiegel"-Affäre im Gedächtnis. Gedeckt werden sollen die Lügen und Verschleierungen der verantwortlichen Politiker. Davon wurde aktuell viel bekannt, etwa die Märchenstunde von Frau Merkel, NSU, NSA oder TIPP. Widerstand ist notwendig und möglich!

Frau Merkel drückt sich davor, die USA in die Schranken zu weisen. Die Bespitzelung aller Bundesbürger ist für die Kanzlerin scheinbar Nebensache. Selbst die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in ihren Rechten beschnitten. "Spiegel-Online" titelt: "NSA-Untersuchungsausschuss: Bund will Beauftragten zur Einsicht in Spähliste einsetzen". Inzwischen wurde bekannt, die USA wollen dies nicht: Es wird als Geheimnisverrat angesehen. Dass die Bundesregierung in den USA angefragt hat, war ein weiterer Beweis der Unterwürdigkeit.

2. Griechenland soll immer noch Kürzungen zulasten der Rentner vornehmen: Das dortige Rentensystem sei zu teuer, hat die EU festgestellt. Die Renten sind aber nur ein Teil der sozialen Absicherung. Ein Arbeitsloser erhält nur ein Jahr lang Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder eine andere Unterstützungen gibt es nicht. Aufgrund des Zusammenhalts der Familien lebt nicht nur der Rentenempfänger von einer Rente! Dies muss bei einer weiteren Rentenkürzung abgefedert werden. Insgesamt muss die soziale Absicherung gegenüber unserer konkurrenzlos günstig sein. Hat die EU dies gar nicht bemerkt? Michael Schlecht, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion "Die Linke", hat es gut aufgedröselt.

Wer die vielen Gerüchte und Vorurteile ausräumen will, findet "Fragen und Antworten zur aktuellen Lage in Griechenland" aus der Sicht der Partei "Die Linke". Das Land hat nun ein für die EU akzeptables "Reformprogramm" vorgelegt. Ich bin gespannt. Die Politik und die Institutionen müssen aufhören, beim Sparen Kürzungen durchzusetzen. Ein Haushalt lässt sich auch durch Einnahmen ausgleichen. Die Politiker müssen zeigen, wo sie stehen!

Auch in Bremen schauen SPD und Grüne in eine nicht gefüllte Kasse, auch hier wirkt sich die Sonderbehandlung von reichen Steuerpflichtigen aus. Luxemburg muss diese Sonderbedingungen aufkündigen! Bei der Regierungsbildung in Bremen gehen aktuell die 200 zusätzlichen Lehrer "baden". Sie sollen sich bereits überwiegend in der Behörde befinden und haben bisher andere Aufgaben. Feuerwehr und Polizei müssen wohl auf noch größere Missstände warten. Der Schwung der "Neuen" soll bereits verpufft sein. Ich kann es nicht akzeptieren: Bremen opfert die Jugend für Ziele, die die Hansestadt sowieso nicht aus eigener Kraft erreichen kann. Bremens Bürger haben bereits jetzt nicht die gleichen Lebensbedingungen wie in den anderen Bundesländern!

3. Wohnen ist in Bremen ein großes Problem. Die niedrigen Mietrichtwerte sparen der Haushaltskasse der Freien Hansestadt Geld. Belastet werden die Bürger(innen) mit schmalem Geldbeutel. Gegenwehr ist möglich, weil die Mietrichtwerte nicht gerichtsfest ermittelt wurden! Wie dies geht? Wir gehen mit! "Wohnen wird für Annington-Mieter teurer", titelte der "Weser Kurier", in der Printausgabe mit dem Zusatz: "Immobilienkonzern erhöht systematisch die Mieten der Bremer Wohnungen".

Gegenwehr? Wenn Bremen einen qualifizierten Mietspiegel hätte, wäre alles einfacher zu klären. Der "Mietpreisbremse" in Bremen fehlt noch die ortsüb-

liche Vergleichsmiete. Der Immobiliengruppe Annington fallen Mietpreisänderungen deshalb leicht: Eine Vergleichswohnung ist überhaupt kein Problem. Aus dem Artikel des "Weser-Kuriers" gehen nur wenige Details hervor. Die größte Mieterhöhung soll 200 Euro betragen, die geringste 25. Gemeint sind scheinbar Modernisierungserhöhungen. Annington hat circa acht Prozent der Mieten an die ortsüblichen Vergleichsmieten angepasst.

Nähere Angaben wurden nicht gemacht. Damit steht jeder Mieter vor der Frage: Ist die Mieterhöhung angemessen? Es gibt in Bremen den "Mieterbund" und "Mieter helfen Mietern", allerdings ist die Mitgliedschaft Voraussetzung für eine Auskunft. Die "Arbeitnehmerkammer" bietet eine Mieterberatung für Bremer(innen) mit geringerem Einkommen.

Der Senat hat vor Kurzem die neue "Mietpreisbremse" gelobt, aber bisher nicht zu Ende gebracht. "Die vergessene Siedlung", titelte der "Weser-Kurier" am 18. Juni 2015. Es geht um "Schlichtwohnungen" in Hemelingen. Die Mieter fühlen sich wohl, sie haben eine gute Nachbarschaft aufgebaut. 1926 wurde die Siedlung gebaut. Die Wohnungen wurden von der "Bremischen" als sogenannte Notwohnungen der Polizei angeboten. Die "Bremische" wurde von Annigton übernommen, die Bewohner wurden über geplante Änderungen informiert. Detailinformationen erhalten sie jedoch nicht. Für die Siedlung am Sacksdamm soll eine Abbruchanzeige beim Ortsamt vorliegen.

Wer Sozialleistungen bezieht und trotzdem einen Eigenanteil an seiner Miete tragen muss, kann sich davon befreien. Oft hat das Amt vor einer Genehmigung des Mietvertrages verlangt, dass ein Teil der Miete durch den Leistungsbezieher selbst zu tragen ist. Auch wer eine solche Verpflichtungserklärung unterschrieben hat, kann sich davon befreien! Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Dies waren nun viele Informationen. Weitere Details sind unter Nutzung der Suchmaschine auf unserer Seite zu lesen: viele Informationen über Entscheidungen, Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Frage: "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre und eure Meinung und Erfahrung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Solidarität mit dem Streik der Post-Beschäftigten

Wir stehen an eurer Seite! Liebe Kolleginnen und Kollegen bei der Post, ihr seid ein wichtiger Teil der gewerkschaftlichen Streiks, die sich gegenwärtig in Deutschland beleben. Viele sind nicht mehr bereit, wegen angeblicher Sachzwänge zu verzichten und eine weitere Abwärtsspirale hinzunehmen. Euer unbefristeter Streik geht jetzt in die dritte Woche. Bisher hat sich der Vorstand der Deutschen Post keinen Millimeter bewegt. Eure Forderungen haben unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Ihr wollt erreichen, dass die Auslagerungen beendet und zurückgenommen werden. In den für Paketzusteller gegründeten 49 Regionalgesellschaften sollen die Mitarbeiter nur noch befristet angestellt und nach dem niedrigeren Tarif der Speditions- und Logistikbranche bezahlt werden. Die Betroffenen bekommen 36 Prozent weniger Lohn, kein Weihnachtsgeld mehr und erst recht keine Beschäftigungsgarantie. Berechtigt ist auch die Kritik an Versuchen, durch Werkverträge und Leiharbeit das Streikrecht zu unterlaufen.

Ihr kämpft für die Verkürzung der Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich. Damit können zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen, und die gesundheitliche Belastung durch die wachsende Arbeitshetze wird abgebaut. Euer Streik konnte bisher nicht gebrochen werden, weder durch massive Einschüchterungsversuche noch durch Streikbrecher, die der Post-Vorstand aus Polen oder durch Beamte eingesetzt hat.

Wir haben heute Abend die 524. Montagsdemo in Bremen durchgeführt. Seit 2004 kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze und den gesamten Sozialabbau. Es hat sich längst bestätigt, dass sie die Massenarmut und den Druck auf die Beschäftigten massiv beschleunigt haben. Deshalb müssen die Hartz-Gesetze weg!

An unserem Offenen Mikrofon haben wir über euren Streik und den der Beschäftigten der Erziehungs- und Sozialdienste informiert und große Sympathien erfahren. Ihr seid mit eurer konsequenten und kämpferischen Haltung ein Vorbild für uns und andere Protestbewegungen. Wir werden in der Öffentlichkeit weiter für die Unterstützung eures Streiks einstehen und wünschen euch viel Kraft und Durchhaltevermögen. Mit vielen solidarischen Grüßen!

Solidaritätserklärung der Initiative Bremer Montagsdemo (auf dem Marktplatz einstimmig verabschiedet)

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

525. Bremer Montagsdemo am 29. 06. 2015

Wenn die Armen nicht für Schulden der Reichen zahlen, heißt das "ganz anderes Wirtschaftssystem"

Griechenland will in der EU bleiben, den Euro behalten und lässt am Sonntag wahrscheinlich abstimmen. Veröffentlicht wird der letzte ultimative Einigungsvorschlag für Griechenland. Die Griechen sollen darüber abstimmen, ob sie diese Belastungen nun akzeptieren wollen oder nicht. Es gibt viele Informationen über den Verhandlungsreigen mit beziehungsweise über Griechenland. Die "Süddeutsche Zei-



tung" hat am Donnerstag, dem 25. Juni 2015, über die Verhandlung berichtet – mit der Schlagzeile "Forderungen, die Athen niemals erfüllen kann".

Kurz vor Sitzungsbeginn haben die Kreditgeber neue Forderungen erhoben, von denen sie wussten, dass diese für die griechische Regierung untragbar sind. Es wurde klar: Die Gläubiger wollen nicht auf die Sparvorschläge der Griechen eingehen; der neueste war vom Montag, dem 22. Juni. Laut "Süddeutscher Zeitung" sind "selbst die kleinen Annäherungen wieder gestrichen".

Am Sonntag hatte die ARD-Sendung mit Günther Jauch dieses Thema. Die Debatte war energiegeladen und voller suggestiver Unterstellungen. Nach circa vier Minuten wird die Verhandlung geschildert, und Klaus Regling, geschäftsführender Direktor der "Euro-Rettungsschirme" ESF und EFSF, bestreitet die Vorlage neuer Forderungen durch die Gläubiger.

Deren Forderungen hatte die "Süddeutsche" zu diesem Zeitpunkt bereits veröffentlicht. Die Schilderung Reglings ist daher unerklärlich oder nicht glaubwürdig. Fragwürdig ist somit auch seine Schilderung über die Beweglichkeit der Gläubiger. Anja Kohl hat Herrn Regling geglaubt und folglich Griechenland für die Kurzfristigkeit stark kritisiert. Wolfgang Schäuble soll als einziger Finanzminister den Vorschlag Griechenlands von Montag, dem 22. Juni 2015, insgesamt abgelehnt haben.

Angesprochen wurde auch die Besteuerung griechischer Schiffseigner. Das Steuerprivileg der Reeder steht in der Verfassung des Landes. Änderungen sind mit einer Frist von acht Jahren möglich. Schiffseigner zahlen nur ein Dreißigstel der normalerweise fälligen Einkommenssteuer. Deutschland soll diese Steuervorteile für Schiffseigner inzwischen in das deutsche Steuerrecht übernommen haben.

Die "Lagarde-Liste" mit den Guthaben in der Schweiz unter Nennung der Kontoinhaber wurde nicht abgearbeitet. Die neue Regierung ist dabei, aber es dauert. Die Schweizer Regierung hat eine fünfzehnprozentige Pauschalsteuer angeboten. Griechenland hat abgelehnt, denn dies wäre eine Belohnung der Steuerhinterzieher. Regling schilderte, dass Griechenland erhebliche Zugeständnisse bei der Tilgung und Verzinsung gemacht wurden. Der Zinssatz beträgt aktuell ein Prozent plus ein Prozent vom erwirtschafteten Bruttosozialprodukt. Die EZB fordert zurzeit aber nur 0,05 Prozent Zinsen für Kredite.

Bei der Aufzählung der Kürzungen hat Syriza-Ökonom Paraskevopoulos auch auf die bereits laufenden Rentenkürzungen in Deutschland (siehe 498. Bremer Montagsdemonstration) hingewiesen. Nachdenklich macht die Fassungslosigkeit Edmund Stoibers: Diesmal sollen die Armen nicht für die Schulden der Reichen zahlen! Das als "ganz anderes Wirtschaftssystem" zu bezeichnen, ist stark. Regling hat die Bezeichnung gleich übernommen und die Griechen gewarnt, diesen Weg fortzusetzen. Frau Kohl stellte Stoiber die Frage: "Geht es wirklich weiter so?" Wie sehr leiden die anderen Völker unter den Kürzungen und Reformen, wie sehr haben die Griechen bereits gelitten!

Der "Weser-Kurier" sieht "Premier Tsipras in der Sackgasse". Dieser Artikel geht scheinbar von den vielen Schilderungen der Verhandlungen aus. Der Bericht der "Süddeutsche Zeitung" vom letzten Mittwoch und die abweichende Schilderung in der Sendung von Günther Jauch zeigen diese Verhandlungsrunden in einem ganz anderem Licht: Der Abbruch wurde klar und vorsätzlich durch die Gläubiger herbeigeführt. Das Referendum ist kein geplanter "Schachzug der Griechen", sondern einfach Notwehr. Wieso die Vorschläge Griechenlands "die Grundprinzipien, auf die die Gemeinschaftswährung beruht, verraten" sollen, ist nicht nachlesbar. Diesmal sollen die Armen nicht für die Schulden der Reichen zahlen! Ich glaube, daran sollten wir uns künftig halten.

"Monitor" hat Frau Merkel und die Herren Gabriel, Schäuble und Juncker unterdessen beschuldigt, die griechische Regierung absichtlich auszugrenzen, um sie so schnell wie möglich loszuwerden. Die von Juncker veröffentlichte Verhandlungsgrundlage stimmt außerdem nicht mit der von der "Süddeutschen Zeitung" veröffentlichten Unterlage überein: Bei Herrn Juncker fehlt einiges!

Die Liste der Lügner ist aber noch länger: Sie ist um Herrn Regling, den geschäftsführenden Direktor der "Euro-Rettungsschirme" ESF und EFSF, zu ergänzen. Erneut wird diese Regierung der beständigen Lüge überführt! Unterstützt wird sie dabei durch die anderen Funktionsträger im EU-Auftrag. Einfach unhaltbar! Deshalb ruft "Blockupy Bremen" auf zur **Demonstration** am **Freitag**, dem 3.

Juli 2015, um 16 Uhr ab Ziegenmarkt unter dem Motto: "Nein! Oxi! No! zur Kürzungspolitik – Ja zur Demokratie!"

Weitere Details sind unter Nutzung der Suchmaschine auf unserer Seite zu lesen. Zu finden sind viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre und Eure Meinung und Erfahrung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Brüssel macht Politik gegen das Volk: Über 60 Prozent der Griechen stimmen gegen den europäischen Sparkurs ("Neues Deutschland")

"Kein Minister mehr": Yanis Varoufakis wird uns fehlen ("Spiegel-Online")

420 Stunden Streik: Das geplante "Tarifeinheitsgesetz" wird bis 2020 nicht auf die Bahn angewendet ("Rote Fahne News")

"Stuttgart-21"-Gegner stellen Anzeige wegen Untreue: Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn hat das Bauvorhaben aus politischen Motiven fortgeführt ("Spiegel-Online")

Lucke abserviert: AfD steuert in den rechten Abgrund ("Frankfurter Rundschau")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

526. Bremer Montagsdemo am 06. 07. 2015

Gewerkschaftsbund befürwortet Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher

1. Am Sonntag war das Referendum in Griechenland. Es wurde abgestimmt, ob die Kürzungsvorschläge der EU angenommen werden können oder ob sie unakzeptabel sind. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ergebnis! Weder Europa noch der Euro standen zur Disposition. Dies haben viele deutsche Politiker und Bürokraten anders vermittelt: Sie sagten, ein Nein im Referendum sei ein "Nein zur EU"



und auch ein "Nein zum Euro". Gleichzeitig unterstellten sie der griechischen Regierung entsprechende Pläne. Außerdem hält sich die Unterstellung, die Griechen hätten den Verhandlungstisch grundlos verlassen, bei "weitreichendem Entgegenkommen" und "flexiblen Lösungsvorschlägen" der EU, siehe 525. Bremer Montagsdemonstration.

Angela Merkel und Sigmar Gabriel haben den Verhandlungsvorschlag beschrieben. Günther Jauch hat einige Aussagen davon mit dem Vorschlag verglichen, und die Aussagen der Bundesregierung stimmten nicht mit dem Verhandlungsangebot überein. Eine weitere Bestätigung von Lug und Trug! Auf dem zweiten Programm lief das Thema Griechenland bei Maybrit Illner. Eingeladen war auch Katja Kipping. Sie hat vieles gerade gerückt. Im Lauf der Diskussion wurde die Überlegung erwähnt, den IWF auszuzahlen und allein durch die EU eine Lösung zu finden. Diese Überlegung gab es nach Aussage des Direktors des "Euro-Rettungsschirms" EFSF bei Herrn Jauch am 28. Juni 2015 überhaupt nicht.

Lug und Trug auf höchster Ebene – da macht der "Weser-Kurier" mit der Überschrift "Ein Absturz innerhalb von nur sechs Monaten" mit. Einzig die Forderung zu einer stärkeren Besteuerung der Reichen ist zu unterstreichen. Allerdings hat die EU etwas dagegen. Griechenland wollte alle Gewinne über 500.000 Euro mit einer höheren Steuer belegen. Die EU hat es verboten, gemäß Frau Kipping in der Sendung Illners. Der Vorschlag, Bankguthaben von Griechen über 200.000 Euro einzufrieren und die Besteuerung zu prüfen, wurde ebenfalls von der EU ab-

gelehnt. Ansonsten ist innerhalb von sechs Monaten keine höhere Besteuerung für die Superreichen durchzusetzen.

Zum Vorwurf, die "Lagarde-Liste" griechischer Steuerflüchtlinge werde nicht ausgewertet: Das erfordert erheblichen Ermittlungsaufwand. Auch dieser Kritikpunkt muss an die vorherigen griechischen Regierungen weitergereicht werden, denn in Griechenland wurde von den Vorgängerregierungen die Zahl der Steuerfahnder auf die Hälfte reduziert. Der Zeitung "Die Zeit" ist dies sicher bekannt. Trotzdem macht sie der heutigen Regierung den Vorwurf: "Eine Liste mit mutmaßlichen Steuerhinterziehern könnte Griechenlands Staatsschulden verringern, doch die Syriza-Regierung kommt mit der Fahndung nicht voran".

Die "Lagarde-Liste" sind Unterlagen über griechische Kunden der Schweizer HSBC-Bank. Deren Mitarbeiter Hervé Falciani hat umfangreiche Konten- und Transferdaten mitgehen lassen. In einer ARD-Dokumentation wird auch die Reaktion der einzelnen Staaten Europas im Umgang mit diesen Daten geschildert. Davor lag die Nichtreaktion von Frankreich. Dies hat Falciani gestört: Er wollte die Strafverfolgung der Übeltäter. Mit den Medien hat er dies erreicht. Frankreich hat selbst gehandelt und die Informationen an die anderen Länder der EU weitergegeben.

Falciani wurde in Frankreich und später in Spanien vor Gericht gestellt. Sein Argument der Notwehr, um Schaden von der Demokratie abzuwenden, überzeugte die Richter: Er wurde freigesprochen. Spanien hat die härtesten Gesetze gegen Steuerbetrug: Täter müssen dort das Doppelte der hinterzogenen Steuer bezahlen und können zu Gefängnisstrafen verurteilt werden. Nun waren sehr prominente spanische Steuerbetrüger dabei. Was ist passiert? Spanien hat eine Frist gesetzt, die Steuer konnte nachentrichtet werde. Es wurde kein Strafverfahren eröffnet und kein Zuschlag, keine Strafzahlung erhoben.

Auch Deutsche standen in den Unterlagen. Wolfgang Schäuble hat daraufhin mit der Schweiz eine Pauschalbesteuerung für Steuerbetrüger ausgehandelt. Dieser Vertrag wurde im Deutschen Bundesrat gekippt. Schäuble kannte die Unterlagen der HSBC-Bank. Sie ist nur eine der Schweizer Banken mit dem Geschäftsmodell "Geld verstecken". Schäuble konnte somit das Volumen erahnen, die Zahlen der Schweizer waren eventuell etwas zu niedrig. Die Steuerbetrüger wären anonym geblieben! Uli Hoeneß wurde durch diese Unterlagen die Rückkehr in die Ehrlichkeit ermöglicht. Die Schweiz wollte jetzt ein solches Pauschalabkommen mit der aktuellen griechischen Regierung abschließen: 15 Prozent nachversteuern, und alles bleibt im Dunkel! Die griechische Regierung hat abgelehnt, denn dies wäre eine Belohnung für den Steuerbetrug.

Griechenland soll seine Häfen und möglichst viele Staatsbetriebe verkaufen. Die EU-Beamten haben verhandelt wie die Treuhandanstalt. Griechenland hat ein Veto eingelegt und Verhandlungen über bessere Konditionen gefordert. Dieses Vetorecht soll den Griechen genommen werden. Wie war es noch mal mit der Treuhand? Die staatseigenen Betriebe gingen weg wie Ramschware, so eine ARD-Dokumentation: "Im Frühsommer 1990 wurde die Treuhandanstalt gegrün-

det, um die "volkseigenen" Betriebe der DDR zu privatisieren. In den folgenden vier Jahren werden rund 4.000 dieser Betriebe geschlossen, etwa zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze gehen verloren. Die Treuhandanstalt macht bis zu ihrer Schließung Ende 1994 Schulden in Höhe von insgesamt 256 Milliarden Mark – umgerechnet rund 150 Millionen Mark jeden Tag. Zudem lässt sich die Treuhand um viele Milliarden Mark betrügen. Dieser Skandal wurde nie vollständig aufgeklärt. Die meisten Täter gingen straffrei aus dem Prozess oder wurden nicht einmal angeklagt."

Griechenland hat es verdient, dass sein Weg nicht nur akzeptiert, sondern auch unterstützt wird. Griechenland will keine weiteren Kürzungen und Einschnitte zulasten der Armen. Griechenland will die Reichen stärker besteuern. Daher wird der Ausgleich des Haushalts noch etwas dauern. Es wird auch dauern, bis die vorherige Wirtschaftsleistung wieder erreicht ist. Diese Regierung muss als erstes die Fehlentscheidungen der "Institutionen" wieder zurückdrehen: Ein Drittel aller Krankenhäuser wurde geschlossen, viele Menschen haben keine Krankenversicherung mehr. Stattfinden muss eine Änderung *mit* den Menschen – "Reform" kann ich nicht mehr hören!

2. Gehen wir mal in die Fantasie. Können Sie sich vorstellen, Sie sind aus Syrien nach Deutschland geflohen und heil angekommen, jedenfalls körperlich unversehrt? Können Sie sich vorstellen, wie Sie sich freuen und gleichzeitig sehnen – nach ihren Liebsten? Deutschland bietet Ihnen an: Wir lassen auch Ihre Frau, Ihre Kinder einreisen. Können Sie sich vorstellen, wie Sie sich freuen?

Vorher ist ein Visum der Deutschen Botschaft in Ankara oder Beirut zu beantragen. Persönliches Erscheinen ist notwendig. Eine vorherige Terminvereinbarung per Internet ist notwendig. Die Terminvergabe ist kostenlos. Die Vorfreude steigt. Sie gehen an den PC. Tage-, nächtelang versuchen Sie, einen Termin zu bekommen. Es sind nur Termine ab 2016 zu vereinbaren. Können Sie sich diese Gefühlslage vorstellen? In Syrien wird täglich gestorben!

Landsleute erzählen Ihnen von Möglichkeiten, verbunden mit Barem: Sie können einen Termin kaufen, kurzfristig. Sie leihen sich Geld, überall. Müssen Ihre Lieben dieses Geld erhalten? Sie müssen auch beim Anwalt in Deutschland bezahlen. Ihr schaut so fragend: Was hat der sich bloß ausgedacht? Leider nichts! Es ist Tatsache, aufgedeckt von "Monitor". Es ist nicht neu, aber jetzt amtlich.

Das Auswärtige Amt wird ermitteln, wer die Hand aufgehalten hat. Das reicht aber nicht! Das Auswärtige Amt schreibt nichts von Anstrengungen und Maßnahmen, um dem Andrang gerecht zu werden. Diese Ausgrenzung, diese Rechtsverweigerung muss beendet werden! Wann, Herr Außenminister, wird dies abgestellt?

3. Andrea Nahles hatte vor, die Hartz-IV-Sanktionen abzuschaffen. Im Bundestag gab es eine Anhörung. Sozialrechtsexperte Harald Thomé hat Informationen zum Sachverhalt verschickt. Er schreibt: "Am 29. Juni gab es im Ausschuss für Arbeit

und Soziales eine öffentliche Anhörung zu den SGB-II-Sanktionen. Dort sprachen sich die Obrigkeitsvertreter für die Beibehaltung von Sanktionsmöglichkeiten im SGB II aus. Vertreter aus dem Bereich der Wirtschaft nannten das System der Sanktionen ausgewogen. Auch Landkreis- und Städtetag sprachen sich, ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, gegen eine generelle Abschaffung oder ein Moratorium der Sanktionen aus. Klare Ablehnung kam von der Fraktionen "Die Linke" und "Bündnis 90/Die Grünen", aber auch von der "Diakonie Deutschland" sowie der "Nationalen Armutskonferenz"."

Zur Möglichkeit der Gegenwehr gibt Thomé noch einmal den Hinweis, unter Bezugnahme auf den Gothaer Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht sollten alle Sanktionsbetroffenen gegen kommende Sanktionen Widerspruch und bis Januar 2014 Betroffene Überprüfungsantrag einlegen, falls das Verfassungsgericht feststellen sollte, dass Sanktionen teilweise rechtswidrig waren.

4. Harald Thomé schreibt weiter, das Sozialgericht Bayreuth habe "einen neuen Strang" in der Debatte um die Kosten der Unterkunft eröffnet: Es sehe die KdU-Richtlinie, basierend auf einem sogenannten schlüssigem Konzept der Firma "Analyse & Konzepte" vom Jobcenter Fichtelgebirge als unwirksam an, da Unterkunftskosten-Richtlinien eine Verwaltungsvorschrift mit unmittelbarer Außenwirkung darstellten, die gegenüber Dritten ordnungsgemäß bekanntzugeben sei. Das Sozialgericht Bayreuth beziehe sich auf ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom November 2004 zur Pauschalierung im Bundessozialhilfegesetz und leite daraus ab, dass wegen fehlender förmlicher Bekanntgabe die Verwaltungsvorschrift mit Außenwirkung unwirksam sei.

"Die Argumentation im Urteil ist inhaltlich und systematisch richtig. Es ist daher zu empfehlen, diese Debatte aufzugreifen und zu vertiefen und mit Musterwidersprüchen und Überprüfungsanträgen KdU-Reduktionen dahingehend anzugreifen und es zu gerichtlichen Überprüfungen kommen zu lassen, da außerhalb der KdU-Satzungen in fast keiner Kommune eine Bekanntmachung in entsprechender Form erfolgte." In Bremen steht die Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft unter "Soziales Bremen" im Netz, allerdings fehlen die laufenden Änderungen der Verwaltungsanweisung. Auch entspricht diese Art der Veröffentlichung nicht einer förmlichen Bekanntmachung.

Der Umgang mit den Kosten der Unterkunft wird immer angreifbarer. In Bremen gibt es dazu noch einige Besonderheiten. Die Ermittlung der Mietobergrenzen ab 1. Januar 2014 ist wahrscheinlich nicht gerichtsfest. Weitere Details sind unter Nutzung der Suchmaschine auf unserer Seite zu lesen, auch zur Miete beziehungsweise den Kosten der Unterkunft. Wer einen Eigenanteil zur Miete zahlt: Einfach vorbeikommen!

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender! Wir arbeiten daran. Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel

Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre und eure Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Wachstum nur bei Schulden und Arbeitslosigkeit: Mit jedem Euro, den der Staat spart, verliert er 1,50 Euro an Wirtschaftsleistung ("Tagesspiegel")

Bsirske muss weg: Wem nützt ein Gewerkschaftsführer, der immer auf der Zielgeraden umkippt? ("Labournet")

"Nicht hinzunehmende Beliebigkeit": Bremer Polizei wollte "auf Zuruf" gerichtliche Beschlüsse erwirken ("Spiegel-Online")

Neues Europa

Griechenland ist leider in den Medien zum Thema Nummer eins geworden, obwohl es so viele Krisenherde rund um Europa gibt, zum Beispiel Syrien. Aber Griechenland könnte zum Schlüssel für eine bessere Welt werden, denn was dort ausgefochten wurde, könnte überall kommen, wenn diese Linke kein Stück nachgibt und ihre Forderungen an andere weitergibt, an Italien, Spanien oder den ganzen südeuropäischen Raum, wo sich die negativen Ergebnisse der neoliberalen "Globalisierung" wie hohe Arbeitslosigkeit, Abschaffung der Sozialsysteme und vieles mehr für ein Verbleiben der Ungleichheit festgeschrieben haben.

Die Ursache von allem kommt von weither, wo alles billig zu zocken ist und Ausbeutung zum Wirtschaftsfaktor gehört, wie in China, Bangladesch oder Pakistan. Dort liegt der Schlüssel für das tolle deutsche Wirtschaftswachstum, wo Frauen als Näherinnen 16 Stunden an sieben Tagen in der Woche unter Lebensgefahr arbeiten müssen. Wie ihr wisst, sind vor Kurzem 1.000 Frauen von einem einstürzenden morschen Fabrikgebäude erschlagen worden! Diese Gewinnsysteme schädigen Menschen mit ihren Kulturen weltweit, und das hat Deutschland fett gemacht.

In Griechenland tickte die Volksseele schon immer anders. Ich bin selbst da gewesen: Die Menschen sind beharrlicher, denken länger nach und lassen sich nicht so schnell irgendwo einführen. Ihre Mentalität ist ganz anders als der deutsche Disziplin-Pragmatismus mit seiner Zahlen-Gründlichkeit. Das passt nie zusammen. Und nun die Ohnmacht, dass nichts zusammengeht, im Gegensatz zur ost- westdeutschen Zusammenführung! Mit Geldbergen soll es schon gehen, immer mehr und mehr, egal wohin. Das tat die EU ohne Seele, das konnte nur Schmerzen verursachen. Viel Geld "an die Griechen" bringt es nicht, sondern ih-

re Langsamkeit gilt es zu verstehen. Immer mal klein anfangen, hätte es damals heißen müssen.

Dass anderswo auch niemand nachdenkt! Irgendwelche Leute müssen das ganze Geld ja noch haben. Diese 325 Milliarden liegen nun bei anderen Banken, in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Das Geld haben die großen Beamten und Unternehmer. Das Geld ist in irgendetwas umgesetzt worden und macht Gewinne für die Oberschichten, nicht mehr für die Volksmasse. Arbeiter, Bauern und Rentner gingen leer aus! Eine Task Force müsste gemeinsam eingesetzt werden, um das Geld zu enteignen und dem Volk wieder zuzuführen, von den "toten" Beamten.

Sie sind ein Teil dieser falschen Geldverteilung, als wären "die in Brüssel" nur dumm und hätten nie etwas davon gehört. Wir haben nicht gehört, dass dieser noch relativ kleine Teil der Unterschlagung zurückgeführt wurde. Aber was es dort in Fragen der Ständeordnung gibt, gilt auch hier: Nach der sogenannten Wende wurden im öffentlichen Dienst eine Million Arbeitsplätze abgebaut, aber die Beamten mit den dreifachen Pensionen sind nahezu geblieben, von 1,9 Millionen im Jahr 1991 auf heute fast 1,8 Millionen. Das war also ein völlig einseitiger Abbau von Arbeitern und Angestellten. In Deutschland herrscht in den Behörden Großprotz mit dem weltweit unwürdigsten Wirtschaftswachstum. Es gibt noch viel zu tun!

Günni, der "Mann mit dem großen Hut"

"Er hielt das für einen Scherz": Dr. "Seltsam" Schäuble schlägt US-Finanzminister die Aufnahme Griechenlands in die Dollarzone vor ("Finanzen")

Politik des Ressentiments: Freiheit ist für "Sigsag" Gabriel, dessen SPD stets ihre eigene Unterwerfung organisiert, schwer zu ertragen ("Tageszeitung")

Luckianer planen "NS-2015-Partei": Kann man so blind sein für politische Symbolik? ("Die Welt")

Das wird man doch noch sagen dürfen: "Deutschland, du mieses Stück Scheiße!" ("Neues Deutschland")

Schäuble muss weg: Wie lange noch soll Europa die Hasstiraden eines gemütskranken alten Mannes ertragen? ("Spiegel-Online")

"Tsipras wird zurücktreten": Euro-Kapitalisten-Gruppe stellt unannehmbare Forderungen und stürzt Griechenland ins Chaos ("Bild"-Zeitung)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

527. Bremer Montagsdemo am 13. 07. 2015

Beim Kita-Streik wurde eine riesengroße Chance vertan



1. In einer Stellungnahme zum Armuts- und Reichtumsbericht des Bremer Senats macht der "Arbeitskreis berufliche Perspektiven für Frauen" darauf aufmerksam, dass es eigentlich logisch sein müsste, wenn mit Arbeitslosigkeit das höchste Risiko für Armutsgefährdung einherginge. Uneigentlich ist dies aber leider nicht immer korrekt und schon dreimal nicht in Bremen, weil hier zwar die Arbeitslosenquote von Frauen seit Jahren sinke, obwohl gleichzeitig die Quote ihrer Armutsgefährdung ste-

tig in die Höhe gehe. Da Bremen einen relativ ausgedehnten Dienstleistungssektor habe, in dem vorwiegend Frauen tätig seien, sowie einen breit vertretenen Industrie-, Produktions- und Fertigungsbereich werde die Tendenz "arm trotz Arbeit" verstärkt.

Im verarbeitenden Gewerbe seien 18 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Angestellten weiblich, im Dienstleistungsbereich sogar 52 Prozent. Die unterschiedliche Bezahlung in den Berufsfeldern wirke sich auf die "Gender Pay Gap" – die geschlechtsspezifische Lohnlücke – aus, die in Bremen 25 Prozent betrage. Der "Arbeitskreis" verweist darauf, dass somit fast jede vierte Bremerin ein hohes Armutsrisiko trägt! Fast 20 Prozent der bremischen Frauen seien auf finanzielle Unterstützung vom Jobcenter angewiesen, obwohl mehr als die Hälfte von ihnen berufstätig sei. Weil zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten in den Betrieben im Land Bremen sind Frauen seien, zeige sich die Problematik der Armutsgefährdung von Frauen verstärkt in Bezug auf Ein-Eltern-Familien, Frauen mit Migrationshintergrund und in der Altersvorsorge.

Da die Hälfte aller Ein-Personen-Haushalte als armutsgefährdet gelten, 93 Prozent der arbeitslos gemeldeten Alleinerziehenden Frauen seien, von denen wiederum zwei Drittel keine abgeschlossene Berufsausbildung besäßen, weniger als die Hälfte der Frauen mit Migrationshintergrund erwerbstätig seien und Frauen im Bundesdurchschnitt 60 Prozent weniger Rente als Männer erhielten, sei der "Arbeitskreis berufliche Perspektiven für Frauen" ganz entschieden gegen Mi-

nijobs, die nicht der eigenen Qualifizierung entsprächen und so gut wie nichts für die Rentenversicherung täten. Der "Arbeitskreis" hält hingegen vor allem eine trägerunabhängige Beratung, die nicht betriebswirtschaftlich argumentiere, sondern sich an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der individuellen Person orientiere, für wichtig.

Der "Arbeitskreis" wolle Frauen in Arbeit bringen, aber in existenzsichernde. Ich würde mir wünschen, dass mit "existenzsichernder Arbeit" nicht nur gemeint ist, so gerade eben über dem viel zu niedrigen ALG-II-Satz zu liegen, sondern dass wirklich auskömmlich verdient wird und nicht das Von-der-Hand-in-den-Mund-Leben so gerade eben geschafft wird, sondern auch mal ein Urlaub mit der Familie drin ist. Eigentlich möchte ich nicht mehr nur davon träumen, dass endlich alle Menschen – losgelöst von ihrer Erwerbstätigkeit – menschenwürdig leben können, ohne Existenzangst haben zu müssen, ohne gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden und Sanktionen ausgeliefert zu sein!

2. Wenn es endlich Sommer wird, die Außentemperaturen nach oben klettern, die Sonne vom strahlend blauen Himmel brennt, an dem sich kaum ein Wölkchen zeigt, dann steigt fast automatisch der Appetit auf ein erfrischendes Eis. Wer möchte da nicht zumindest seinen Kindern diese Freude machen? Aber halt, Achtung, Hartz-IV-Bezieher aufgepasst: Drei Kugeln Eis aus der Eisdiele sind teurer als der Hartz-IV-Tagessatz für Essen und Trinken für kleine Kinder! Denn der Tagessatz für Kinder unter sechs Jahren, die das Pech haben, von Hartz IV vegetieren zu müssen, liegt gerade mal so eben bei 2,79 Euro. Werner Schulz von der "Landesarbeitsgemeinschaft Hessen Hartz IV muss weg" nennt dies "Armut per Gesetz" und gibt zu bedenken, wer sich bei warmen Temperaturen mal ein leckeres Eis gönne, möge bitte daran denken, dass Kinder, die vom Hartz-IV-Satz "leben", entweder den ganzen Tag hungern müssten, um ein Eis zu essen, oder, wie es leider oft ist, darauf verzichten.

Nun gibt es natürlich die Möglichkeit, dass finanziell arme Eltern für ihre Kinder Obstsaft oder Fruchtjoghurt in dafür gedachte Plastikgefäße mit Deckel und Stiel in der Mitte füllen und diese dann in eine kleines Halterung ins Gefrierfach des Kühlschrankes stellen, aber das ist eben nicht dasselbe wie sich zusammen mit anderen Kindern in der Eisdiele ein Eis zu kaufen. Solche gesellschaftliche Ausgrenzung müssen die Kinder von Hartz IV beziehenden Eltern leider nicht nur aushalten, wenn es auch ihnen mal nach einem Eis gelüstet, sondern eigentlich reicht das Geld nie, weil es viel zu knapp gewürfelt, äh: "bemessen" wurde. Darum werden die Regelleistungen von vielen Experten ja auch als ungenügend und verfassungswidrig eingestuft, weil sie eben die tatsächlichen Bedarfe nicht beachten.

3. Leider ist es geradezu an der Tagesordnung, dass Hartz-IV- Bezieher in Jobs vermittelt werden, für die sie sich selbst nicht befähigt fühlen. Wenn sich jedoch jemand weigern sollte, eine ihm zugewiesene Arbeitsstelle zu übernehmen, wird

er oder sie zumeist mit empfindlichen **Sanktionen** belegt. Doch nun machte das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz Schluss mit dieser Praxis, und die Richter machten deutlich, wer Hartz IV beziehe, müsse deswegen keineswegs *jede* zugewiesene Arbeit annehmen (Aktenzeichen L3 AS 99/15 B ER). Im vorliegenden Fall klagte ein seit einigen Jahren Hartz IV beziehender ausgebildeter Bankkaufmann, weil seine Sachbearbeiterin von ihm verlangte, als Kinder- und Seniorenbetreuer zu arbeiten.

Der Kläger lehnte die Annahme dieser Stelle ab, weil er sich zu solchen Tätigkeiten nicht hingezogen fühlte. Es folgte, was üblicherweise kommt: eine von der Behörde erteilte Sanktion. Nach erfolglosem Widerspruch klagte der Bankkaufmann vor dem Sozialgericht Koblenz, wo er zunächst unterlag. Doch nun bekam der Erwerbslose vom Landessozialgericht Recht, weil es für die Betreuung von Kindern, älteren Menschen oder Behinderten einer fachlichen Eignung bedürfe. Da der Kläger ohne eine entsprechende Ausbildung oder zumindest einigen Vorkenntnissen der Stellenzuweisung nicht Folge leisten könne, sei die Sanktion somit rechtswidrig.

Einmal ganz davon abgesehen, dass eine sogenannte Grundsicherung kaum durch Sanktionen gekürzt werden darf, kann es ja wohl nicht sein, dass ausgerechnet bei der Arbeit mit sehr jungen und sehr alten Menschen Fachfremde gegen ihren Willen und dann auch noch gegen ihre Befähigung dazu eingesetzt werden! Hier wird auch wieder mal die Missachtung und Minderbewertung von "sozialem Gedöns", also wieder einmal "weiblicher Berufe" deutlich, die genau deswegen noch immer so schlecht bezahlt werden.

4. Kristina Läsker schreibt am 7. Juli 2015in ihrem Kommentar im "Weser-Kurier" über das Ende des Poststreiks. Post und Verdi hätten sich auf einen Tarifvertrag geeinigt und diesen als guten Kompromiss bezeichnet. Sie resümiert, der Arbeitskampf habe viele Verlierer hinterlassen und zeige in aller Härte, wie begrenzt die Mitsprache von Gewerkschaften bei der Strategie von Unternehmen sei. Die Gewerkschaft habe vollmundig zum ersten Arbeitskampf seit 20 Jahren aufgerufen und sich auf das Ziel versteift, die Post solle die neu errichteten Regionalgesellschaften abschaffen und die niedrigeren Löhne der Paketzusteller auf Haustarif anheben. Damit sei Verdi krachend gescheitert.

Das Ergebnis sei dann auch entsprechend bescheiden: Die Billigfirmen dürften weiter ausgebaut werden, die Paketzusteller in der Post bekämen weiter "hohe" Löhne. Verdi habe "unrealistische Erwartungen" geweckt. Ich fühle mich fatal an den Kita-Streik erinnert, der ja angeblich noch nicht zu Ende ist. Wir, die Basis von Verdi, haben zwar offen gegen das äußerst bescheidene Schlichtungsergebnis protestiert, doch wird auch eine noch bevorstehende Mitgliederbefragung bis zum 13. August kaum mehr etwas daran ändern können, dass der Streik im Erziehungs- und Sozialdienst trotz der Wut über die Unnachgiebigkeit der kommunalen Arbeitgeber beendet ist, weil die Gewerkschaftsspitze um Frank Bsirske

es so wollte und die Streikdelegiertenkonferenz den Schlichterspruch längst hätte abnicken sollen.

Nun sind wir als Basis zwar unserer Führung nicht gefolgt, doch bin ich mir persönlich ziemlich sicher, dass es keinen weiteren Streik geben wird. Eine riesengroße Chance wurde vertan, und die Verdi-Leitung wird schon dafür sorgen, dass das mehr als nur armselige Schlichtungsergebnis angenommen werden muss, das uns einen fünfjährigen Knebelvertrag bringt, trotz lächerlicher Prozente mehr, die noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleichen. Schließlich muss bei einer Urabstimmung lediglich eine Minderheit von lachhaften 25 Prozent zustimmen, damit dieses meiner Meinung nach undemokratische Minderheitenergebnis rechtskräftig wird.

Übrig bleibt für mich die Frage, was das ganze Spektakel, der unnötige Aufruhr um die vergebliche Forderung nach der mehr als berechtigten Aufwertung durch höhere Eingruppierung, eigentlich sollte. Ich vermute, dass Verdi mehr Mitglieder gewinnen wollte, was ihnen ja auch gelungen ist: Durch den Kita-Streik sind etwa 25.000 Menschen in die Gewerkschaft eingetreten. Nun denke ich, dass immer mehr begreifen werden, was hier gelaufen ist und noch läuft – und dass sie die Konsequenz daraus ziehen, 18 Monate nach dem letzten Streiktag auch wieder auszutreten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Griechen sollen noch weniger zum Leben haben

Griechenland soll noch stärkere Reformen durchführen – auf Deutsch: Griechen sollen noch weniger zum Leben haben. Ich hoffe trotzdem auf eine tragfähige Einigung mit Griechenland. Wer Zweifel an der notwendigen Einigung hat, sollte die Friedhöfe Europas besuchen, die Grabfelder der Soldaten. Dies hat sinngemäß Günter Verheugen gesagt.

offizielle Darstellung von der Wirklichkeit abweicht.



Am Sonntag behandelte in der Sendung "Titel, Thesen, Temperamente" der erste Beitrag die Rolle Deutschlands in der EU. Davor lief der "Weltspiegel", dort wurden aktuelle Auswirkungen der Reformen geschildert. Im Beitrag danach ging es um die Reformen in Spanien: Wie weit die

Joachim Gauck war zu hören: "Die anderen haben es doch auch gemacht und geschafft. Es ist doch nicht unmöglich." Wer dies nachvollziehen möchte: Es ist

nachzulesen mithilfe unserer Suchmaschine. Der Preis, den Griechenland zahlt, ist hoch. "Die Story im Ersten" zeigt aktuell in der Folge "Ferien im Pleitestaat" Menschen im Alltag: "Die entscheidenden Tage in Griechenland. Der Staat ist pleite, die Verhandlungen sind festgefahren. Die Menschen kämpfen ums Überleben und um ihre Zukunft."

Die "Süddeutsche Zeitung" hat unter dem Titel "Griechischer Infarkt" drastische Schicksale aufgezeigt: Die Auswirkungen der Kürzungen im Gesundheitswesen. Der Mann, der mit aktuellen Herzproblemen per Rettungswagen in die Klinik eingeliefert wird, hat keine Krankenversicherung. Weil er die Krankenhausrechnung und den Rettungseinsatz nicht zahlen kann, muss er ins Gefängnis – prompt und trotz der akuten gesundheitlichen Probleme.

Frauen, die im Krankenhaus entbunden haben, erhalten ihr Baby erst, wenn die Rechnung bezahlt wurde. Einfach lesen, es ist unvorstellbar! Eigentlich geht es so nicht weiter. Wenn für Griechenland eine Lösung durchgesetzt wurde, muss die Lösung für die Menschen folgen. Die Menschen im Baltikum können sich davon überzeugen, dass Griechen teilweise nur noch überleben. Die Rentenkürzungen in Griechenland betrugen bisher mehr als 30 Prozent.

Wolfgang Schäuble hätte schon längst von der Teilnehmerliste verschwinden müssen. Er hat scheinbar eine tiefe Verbitterung und wird versuchen, jede vernünftige Lösung mit Griechenland zu torpedieren. Auch Fakten werden dafür zurechtgebogen. Seine Präsenz in den Gesprächen zeigt die Führungsschwäche Angela Merkels. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Recht des Stärkeren: Bundesregierung macht an einem einzigen Wochenende siebzig Jahre Nachkriegsdiplomatie zunichte ("Spiegel-Online")

Neun von zehn Euro gingen an die Banken: Nur ein Bruchteil der öffentlichen Kredite an Griechenland kam Staatshaushalt zugute ("Neues Deutschland")

Zu spät ins Krankenhaus: Philipp Mißfelder braucht kein Hüftgelenk mehr ("Spiegel-Online")

Musterprozess gegen Benachteiligung von arbeitslosen Menschen

Liebe Freunde und Mitstreiter(innen), am Freitag, dem 31. Juli 2015, findet um 11:30 Uhr vor dem Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen mein Prozess

gegen die **Rentenversicherung** statt (Am Wall 198, Saal 4 im Erdgeschoss). Wie in der ersten Instanz würde ich mich wieder über zahlreiche Unterstützung freuen! Ich klage gegen die Rentenversicherung, die meine Rente für die Zeit meiner Arbeitslosigkeit zurückfordert.

Es geht um 4.169,65 Euro für die Zeit vom 1. März 2011 bis zum 31. Mai 2012. Sie verlangt die Rente zurück, obwohl ich deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze lag. Dem liegt eine ungerechte, arbeitslose Menschen benachteiligende Auslegung des § 96a SGB VI zugrunde. Darin wird nicht der reale Betrag des Arbeitslosengeldes (in meinem Fall 740 Euro) zur Bemessungsgrundlage genommen, sondern das Bruttogehalt drei Jahre zuvor.

Der Prozess hat dadurch einen grundlegenden Charakter für zahlreiche Arbeitslose. In meiner Klageschrift vom 29. November 2012 begründe ich dies ausführlich. Ich habe in der Zeit vom 17. Dezember 2010 bis zum 15. Juni 2012 Arbeitslosengeld in Höhe von 740,10 Euro monatlich von der Agentur für Arbeit bezogen. Dieser Betrag liegt deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze von 1.357,26 Euro. Die dabei gewählte Bemessungsgrundlage meines Bruttogehalts von 1.800 Euro ist



fiktiv und hat mit dem realen Arbeitslosengeld von 740,10 Euro nicht das Geringste zu tun.

Dieses Bruttogehalt liegt drei Jahre zurück. Es konnte erzielt werden, als ich noch voll erwerbsfähig war und meinen Beruf als Drucker ausüben konnte. Das hat sich seit dem Bandscheibenvorfall im Juli 2009 geändert. Diese starke gesundheitliche Einschränkung hat zu einer Berufsunfähigkeit geführt, die auch damit verbunden ist, dass ich das damalige Lohnniveau nicht mehr erreichen kann. Die Gewährung von Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung ab dem 1. Dezember 2009 entspricht dieser gesundheitlichen und beruflichen Einschränkung.

Wenn ich in diesem Zeitraum in einem Beschäftigungsverhältnis 740,10 Euro verdient hätte, wäre mir die Teilerwerbsrente nicht verweigert worden, denn mit circa 1.100 Euro brutto hätte ich weit unter der Hinzuverdienstgrenze gelegen. Somit liegt hier eindeutig eine Benachteiligung von arbeitslosen Menschen vor. Aus diesem Grund ist die Zugrundelegung des Bemessungsentgelts nach § 96a SGB VI verfassungswidrig. Sie widerspricht der Gleichbehandlung, die in Artikel 3 des Grundgesetzes und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verlangt wird.

Die bisherige Rechtssprechung geht davon aus, dass eine "Überversorgung" vermieden werden soll, die auftreten kann, wenn mit Erwerbsminderungsrente und Arbeitslosengeld höheres Einkommen erzielt wird als durch tatsächliche Beschäftigung. Das trifft aber nur in Einzelfällen zu, wenn eine hohe Rente erreicht wird. Diesen Einzelfällen steht eine wachsende Zahl relativ armer Rentner(innen) entgegen. Das wird auch mit den Zahlen der "Arbeitnehmerkammer Bremen" nachgewiesen.

Sie stellt in ihrer Studie vom 18. August 2011 fest, dass sich die Erwerbsminderungsrenten "im Sinkflug" befinden. Im Land Bremen lagen die neu bewilligten Erwerbsminderungsrenten 2010 durchschnittlich bei 556 Euro monatlich und somit fast 20 Prozent niedriger als im Jahr 2000. In meinem Fall wurden 276,88 Euro bewilligt und bezahlt. Von einer "Überversorgung" kann keine Rede sein – weder bei mir noch in vielen anderen Fällen! Die Auslegung des § 96a SGB VI ist durch die wachsende Altersarmut nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer Erweiterung.

Harald Braun

"Ihr könnt jetzt nicht gehen": Vielleicht hätte Tsipras doch nicht zum Spardiktat bei Tusk erscheinen sollen? *("Focus")*

Katastrophenstimmung in Athen: Beweist das Brüsseler Spardiktat die Unmöglichkeit sozialer Reformpolitik im Kapitalismus? ("Die Welt")

Am Mittwoch, dem 15. Juli 2015, findet ab 18 Uhr auf dem Bremer Marktplatz eine Protestversammlung gegen den Finanzterrorismus der EU statt, denn: Genug ist Genug! OXI heißt OXI! OXI zu Austerität! OXI zur Diktatur der Banken und Konzerne! OXI zu Deutschlands Herrschaftspolitik in Europa! Solidarität mit der Bewegung gegen Kürzungen in Griechenland!

Bitter rächt sich die Illusion



1. Am Sonntag ging in Brüssel ein 17-Stunden-Gipfel zu Griechenland zu Ende, bei dem sich Merkel und Schäuble als widerwärtige Erpresser betätigt haben. Ihr Ziel ist die Demütigung der Griechen und eine Abstrafung für das Nein zu den Sparauflagen beim Referendum. Die anderen Länder und Völker sollen gewarnt werden: Wenn ihr nicht tut, was wir wollen, geht es euch schlecht! Aber nicht nur das: Sie wollen die **Ausplünderung** des griechischen

Volkes durch internationale Konzerne.

Ein "Treuhandfonds" wird gebildet, wo das griechische Staatseigentum hineinfließt: Flughäfen, Häfen, Eisenbahnen. Darüber beschließt nicht mehr die griechische Regierung, sondern unmittelbar die "Troika". Das Staatvermögen wird also gepfändet, um weiter Profite aus Griechenland zu ziehen. Das einzige, was Tsipras abwenden konnte: Der Treuhandfonds wird nicht jener sein, der letztes Jahr bereits vorsorglich gegründet wurde, und dessen Vorsitzender, man mag es nicht glauben, Wolfgang Schäuble ist – mit Sigmar Gabriel als Stellvertreter, wie von Merkel und Konsorten gefordert.

Viel besser macht es das nicht. Wir wissen, was aus dem Treuhandvermögen der Ex-DDR wurde: Die Betriebe wurden abgewickelt, zerschlagen, verhökert. In Griechenland kommen dazu eine extreme Ausplünderung, ein Wegfall der Ladenschlusszeiten, Steuererhöhungen, ein Ende des Tarifsystems, Rentensenkungen, Elend und Hunger. Die EU-Krise wird dadurch nicht gelöst, sondern vertieft. Sind Frankreich, Italien und Spanien die nächsten Opfer dieser "Sparpolitik"? Demokratie ist Fehlanzeige: eine frei gewählte Regierung wird erpresst!

Es rächt sich nun bitter die Illusion, man könne aus einem Land allein heraus, nur mit einer "linken" Regierung, die Herrschaft des internationalen Finanzkapitals brechen. Dazu braucht es den internationalen Kampf gegen den Kapitalismus! Jetzt müssen das griechische Volk und wir alle die richtigen Lehren ziehen, dann ist der "Sieg" von Merkel, Gabriel und Schäuble ein Pyrrhussieg, der ihnen noch leid tun wird. Bereits am Dienstag und Mittwoch dieser Woche kommt es in Griechenland zu großen Streiks. Der letzte Zug in diesem Spiel ist noch nicht getan!

2. In der letzten Woche hat der Parteitag der ultrarechten AfD stattgefunden. Offensichtlich nimmt sie eine Entwicklung zur offen faschistischen Partei. Wir haben die AfD schon bisher bekämpft – jetzt müssen wir sie noch mehr angreifen! Eine Förderung des Faschismus wie in den 1920er und 1930er Jahren gibt es immer dann, wenn das Kapital seine Herrschaft bedroht sieht und Revolutionierung droht. Das müssen wir sehr ernst nehmen! Das Gute: Überall, wo Faschisten auftauchen, sind mindestens doppelt so viele Antifaschisten. Der Antifaschismus ist sehr ausgeprägt in der Bevölkerung.

Deswegen wird mit immer ausgefeilteren Methoden versucht, die Massen zu gewinnen, wie "Pegida" gezeigt hat. Der antifaschistische Kampf wird weltweit immer wichtiger. Die größte faschistische Bedrohung überhaupt ist der "Islamische Staat". Er hält bis zu 75.000 eigene und 25.000 internationale Söldner unter Waffen, massiv unterstützt von der türkischen Regierung! Das ist die brutalste, menschenverachtendste, frauenfeindlichste, undemokratischste Herrschaftsform.

Deswegen ist die Hilfe beim Wiederaufbau von Kobanê so wichtig. Die Stadt liegt in der Region Rojava im kurdischen Teil Syriens, wo der gegenwärtig fortgeschrittenste Kampf für Freiheit und Demokratie weltweit stattfindet, um gleiche Rechte für Frauen, Religionsfreiheit, unmittelbare Demokratie, um gleiche Rechte für alle Menschen egal welcher Nationalität. Das ist genau deshalb den Herrschenden in der Türkei und den arabischen Staaten, aber auch in Europa und Amerika ein Dorn im Auge: ein Beispiel, das keineswegs Schule machen darf!

Daher wird auch in Deutschland und Spanien gegen Menschen vorgegangen, die gegen den "Islamischen Staat" kämpfen oder sich auch nur an Hilfe beim Wiederaufbau von Kobanê beteiligen wollen. In Spanien kamen zwei junge Kommunisten gleich als "Terroristen" ins Gefängnis, in Deutschland wurde gegen die

Familie der im Kampf gegen den "Islamischen Staat gefallenen Ivana Hoffmann ermittelt. Einer anderen jungen Deutschen wurde die Ausreise verweigert, weil sie die internationalen Brigaden unterstützen wollte. Öffnet die Grenzen für einen humanitären Korridor! Kobanê muss leben!

3. Die Agentur für Arbeit macht dieses Jahr 1,9 Milliarden Euro Überschuss. Das ist den Arbeitslosen und allen Beitragszahlern gestohlenes Geld, das nicht für Weiterbildung eingesetzt wird! Beim Poststreik gab es laut Medien "nur Verlierer". Das stimmt so aber nicht. Dem dürfen wir nicht auf den Leim gehen! Es wurde abgewendet, dass weiter ausgegliedert wird, und es gibt einen Bestandsschutz bis 2019. Natürlich hätte der Streik aber konsequent weitergeführt werden sollen.

Die Medien wollen im Auftrag des Kapitals vermitteln: Streiken bringt nichts. Der GDL-Streik hat jedoch das Gegenteil gezeigt: Hier wurde konsequent und erfolgreich gestreikt, trotz permanenter Anfeindungen in den Medien und sogar persönlicher Angriffe. "Bild" veröffentliche zum Beispiel ein Foto von Wesselskys Wohnhaus. Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft, hat schon verloren! Jetzt aus Frustration aus der **Gewerkschaft** auszutreten? Da freuen sich nur die Unternehmer!

Ohne Gewerkschaften hätten wir keine Tarifverträge, und es gäbe nur prekäre Beschäftigung. Da wollen sie uns gern haben! Kritik an der Gewerkschaftsführung, zum Beispiel jener von IG Metall und Verdi zur "Schlichtung" im Kita-Streik ist berechtigt und notwendig. Helft mit, die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zu machen! Unterstützt die Petition "Aufstand des gewerkschaftlichen Gewissens"!

Am Frankfurter Flughafen wurde einem Kollegen fristlos gekündigt: Er habe ein Flugblatt verteilt, worin "Ausbeutung und Unterdrückung durch Konzerne" verurteilt werden. Da frage ich mich: Fliegt der Papst jetzt auch raus aus der Kirche? Hat er bei seiner Südamerika-Reise doch gefordert, und zwar völlig zu Recht: Ausbeutung und Unterdrückung müssen aufhören auf der Welt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Neoliberalismus ist eine Religion: Merkels Heiliges Europäisches Reich Deutscher Nation empfängt Sakralisierung durch Vernunftkult ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

528. Bremer Montagsdemo am 20. 07. 2015

Wird die Unterstützung der Eltern für von Jugendlichen selbst gewählten Lebensweg eingeschränkt?



1. Wer sich wehrt, kann verlieren, aber wer sich gar nicht wehrt, hat schon verloren: Sobald Bezieher von ALG II sich für ihr Recht einsetzen, geht es zumeist um ein existenzielles Problem. Wenn das Jobcenter mal wieder falsche Berechnungen verschickte, ungerechtfertigte Sanktionen aussprach oder einem Widerspruch nicht stattgab, bleibt nur die Klage vor dem Sozialgericht. Das Arbeitslosengeld II soll ja einer Grundsicherung entsprechen, obwohl es so unglaublich niedrig gehalten wird. Wenn aber die oh-

nehin nicht zur Sicherung des Lebensunterhaltes ausreichende Transferleistung auch noch um dreißig oder gar sechzig Prozent gekürzt wird, dann können sich die Betroffenen wahrscheinlich nur noch "entscheiden", ob sie "lieber" die Miete oder den Lebensunterhalt von dem verbleibenden Rest bezahlen sollen.

Eine existenzielle Bedrohung dürfte ihnen gewiss sein, weil sie Gefahr laufen, entweder ihre Wohnung zu verlieren oder sich über Wochen einer "Hungerdiät" zu verschreiben. Dabei geht es hier immerhin um Sozialleistungen, die einem nach dem Grundgesetz zustehen. Wenn sich zur drohenden Obdachlosigkeit oder körperlichen Schwächung auch noch eine überlange Verfahrensdauer dazu gesellt, dann reicht es nicht, die Hände verzweifelt über dem Kopf zusammenzuschlagen. In vielen Fällen können Betroffene jedoch Entschädigungen für überlange Verfahren verlangen.

Das Bundessozialgericht Kassel entschied nun, dass es immer eine Einzelfallentscheidung sei, wann ein Betroffener bei zu langer Dauer des Sozialgerichtsverfahrens eine Entschädigung verlangen könne. Was unter einer "unangemessenen Verfahrensdauer" genau zu verstehen sei, könne nicht nach "Schema F" entschieden werden. Es müsse immer konkret geprüft werden, welche Gründe zu der langen Laufzeit der Klage geführt hätten. Ausschlaggebend sei dafür nicht

die absolute Verfahrensdauer, sondern die Zeit, in der die Streitsache "ohne Aktivität des Richters" ruhe.

Gegebenenfalls könne ein Entschädigungsanspruch für Betroffene in Höhe von 1.200 Euro pro Jahr bestehen. Schön, wenn dies dabei herauskommen kann und nicht wegen des Zuflussprinzips gleich wieder vom Jobcenter abgezogen wird! Gänzlich unbeantwortet finde ich aber die überlebenstechnische Frage, wo und wovon die Betroffenen in den ganzen Jahren bis zum Fällen eines Urteils leben können sollen. Nicht jeder kann sich von Freunden Geld leihen oder bei Familienmitgliedern Unterschlupf finden.

2. Rechtsanwalt Kay Füßlein macht darauf aufmerksam, dass Jobcenter Mahnungen mit Gebühren versendeten, obwohl ein Widerspruchverfahren oder eine Klage vor dem Sozialgericht lief. Meistens beginne ein Brief mit: "Sehr geehrte/r Frau/Herr, die fällige Forderung des Jobcenters ist bisher nicht vollständig eingegangen". Dann werde dem Empfänger mit Vollstreckung und zwangsweisem Einzug gedroht und eine Mahngebühr festgesetzt. Dadurch würden die Empfänger derart verunsichert, dass sie zahlten, obwohl die "fällige Forderung" des Jobcenters immer noch streitig sei. Widerspruch und Klage seien schließlich eingereicht worden. Dabei sei die Festsetzung einer Mahngebühr rechtswidrig, da nur fällige und rechtskräftige Forderungen gezahlt werden müssten und deswegen nicht fällig wären, solange ein Rechtsmittel anhängig sei. Insofern könne gegen die Festsetzung der Mahngebühr Widerspruch eingelegt werden.

Rechtsanwalt Dr. Preiß-Jankowski aus Bremen wies darauf hin: "Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt und dadurch dem Vermögen des Genötigten oder eines anderen Nachteil zufügt, um sich oder einen Dritten zu Unrecht zu bereichern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." Bei der Drohung mit einer rechtswidrigen Vollstreckung dürfte es sich um eine Drohung mit einem empfindlichen Übel im Sinne des § 253 Absatz 1 StGB zu Erpressung handeln. Daher erstattete er in mehreren Fällen bei der Staatsanwaltschaft Bremen gegen Unbekannt Strafanzeige wegen der Mahnungen der Bundesagentur.

3. Ab 1. Januar 2016 soll es einen sogenannten versicherungsrechtlichen Statuswechsel für Hartz-IV-Bezieher geben, wobei die Vorrangigkeit der Familienversicherung für Menschen im ALG-II-Bezug entfallen soll. Jugendliche müssen sich ab 2016 über das Jobcenter selbst krankenversichern. Für Überfünfzehnjährige bedeutet das, dass sie vom Jobcenter versichert werden müssen und nicht mehr in der Familienversicherung bleiben dürfen. Werner Schulz von der Landesarbeitsgemeinschaft "Hartz IV muss weg" in Hessen sieht darin einen großen Nachteil für die Jugendlichen, weil der Versicherungsschutz wegfalle, wenn die jungen Menschen von der Behörde sanktioniert würden. Sicherlich nicht nur er hält diese Gesetzesänderung ist eine weitere Verschärfung für Hilfesuchende.

Schon jetzt werden junge Erwachsene unter 25 Jahren drakonischer bestraft, und dies scheint ein weiteres Hilfsmittel dafür zu sein. Ihnen droht bereits beim ersten Pflichtverstoß eine vollständige Leistungskürzung, lediglich die Miete wird noch an den Vermieter überwiesen. Bei einer weiteren Sanktion wird auch diese gestrichen. Diese Ungleichbehandlung im Vergleich zu älteren Hartz-IV-Beziehern ist bestimmt ebenso verfassungswidrig wie überhaupt die Kürzung eines Existenzminimums! Wie soll denn ein "Anreiz zur Jobsuche" geschaffen werden, wenn es neben den nicht vorhandenen Arbeitsplätzen für alle auch kein Zuhause mehr gibt, von dem aus die Bewerbungen geschrieben werden könnten?

In meinen Augen sollen hier die Kinder von Hartz-IV-Beziehern frühzeitig daran gewöhnt werden, dass ihnen nicht die gleichen Rechte gewährt werden wie anderen Jugendlichen in Deutschland. Für mich sieht es so aus, als sollten der Einfluss der Eltern, ihre emotionale Unterstützung und ihre Beratung für einen von den Jugendlichen selbst gewählten Lebensweg wozu eben auch Ausbildung, Arbeit und damit die Wahl der Krankenkasse gehören immer weiter eingeschränkt werden. Oft lese ich, dass die Jobcenter 15-jährigen Schülern eine als Einladung getarnte Vorladung schicken, in der sie Einsicht in die Schulzeugnisse begehren, die ihnen gar nicht zusteht.

Die Hartz-IV-Behörde greift wohl mit spitzen Fingern nach mehr Macht und Einfluss über die Jugendlichen, wie sie es mit den bescheidenen Jugendarbeitsagenturen auch schon versucht. Natürlich wollen wir nicht, dass Jugend-Jobcenter die Daten über einzelne Jugendliche zwischen Schule und Jobcenter austauschen, denn sie schaffen keinen neuen Stellen und erhöhen nur den Druck auf Jugendliche, unbeliebte Ausbildungs- und schlechtbezahlte Arbeitsplätze anzunehmen. Was wir brauchen, ist ein Recht auf Ausbildung und eine Umlage für Betriebe, die nicht ausbilden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

"Herdprämie" und Ausländermaut gescheitert: Bleibt von der Stammtischpolitik der CSU nur noch die "Prügelstrafe" für Hartz-IV-Bezieher? ("Spiegel-Online")

Warum Arbeitslosigkeit in Bremen nichts mit "Soziales" zu tun hat

1. Die Griechen wurden von den Verhandlungsführern "um die Fichte geführt": zeitaufwendig, zielstrebig und medienwirksam ausgebremst. In einem sehr informativen Interview mit Yanis Varoufakis im "Neuen Deutschland" ist dies nachzulesen und nachempfindenden "Aber sie sagten: "Nein, es muss eine vollständige Überprüfung der Maßnahmen geben. Nichts wird umgesetzt, sollten Sie es wa-

gen, irgendwelche Gesetze einzubringen. Dies wird als einseitiges Handeln verstanden, das den Einigungsprozess behindert.' Und dann, ein paar Monate später, steckten sie natürlich zu den Medien durch, dass wir das Land nicht reformiert und Zeit vergeudet hätten! So wurden wir auf gewisse Weise in die Falle gelockt." Ein Detail der Unredlichkeit.

Der Vorwurf "Warum besteuert ihr die Reeder nicht?" wurde auch noch nach dem Scheitern der Gespräche erhoben. Zu diesem Zeitpunkt war in vielen Medien bereits nachzulesen, dass die Besteuerung der Reeder im Grundgesetz Griechenlands verankert ist und eine **Steueränderung** erst nach acht Jahren in Kraft tritt. Dies hat Deutschland nicht davon abgehalten, für Reeder die gleichen Steuervorteile einzuführen, siehe 525. Bremer Montagsdemonstration. Wie sehr die EU die Reeder von lästigen Steuern und Sozialabgaben sowie Besetzungsvorschriften befreien möchte, war am 12. Juli 2015 im "Weser-Report" auf Seite 5 nachzulesen.

Der Geschäftsführer des "Bremer Reedervereins" hat Deutschland aufgefordert, die EU Richtlinie umzusetzen und die Reeder von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen zu befreien. Die Reeder würden erheblich sparen und die Matrosen verarmen! Hinzu kommt die Unfallgefährdung auch für andere durch die Aufweichung der Besetzungsvorschriften. Natürlich sind dies nicht die Gründe für die Änderungswunsche der Reeder: Der Wettbewerb zwingt sie sonst wieder einmal zum Ausflaggen! Etwas ausführlicher steht es im "Weser-Kurier".

Deutsche Reeder wurden bereits mit Ausnahmen belohnt und angelockt, und zwar mit den "Richtlinien zur Senkung der Lohnnebenkosten in der deutschen Seeschifffahrt" von 2012. Deutlicher kann nicht offenbart werden, dass Europa von den Griechen gefordert hat, was es selbst nicht leistet. Wann kündigen die Staaten in Europa die besonderen Steuervereinbarungen für Reiche und Konzerne, insbesondere für die Reeder?

2. Bei der Mietpreisbremse in Bremen hapert es mit der Bestimmung der ortsüblichen Vergleichsmiete, siehe 524. Bremer Montagsdemonstration. Erst im Oktober will der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die ortsübliche Vergleichsmiete veröffentlichen. Für die Mieter von Annington ist dies zu spät! Zwischenzeitlich wird auf Immobilienportale im Netz verwiesen. Allerdings sind diese Zahlen nicht ge-



richtsfest und können das **Mieterhöhungsverlangen** der Vermieter nicht entkräften. Die Mietpreisbremse ist schon lange im Gespräch und wurde am 27. April 2015 bundesgesetzlich verkündet.

Wieso wird in Bremen erst ab Oktober 2015 die ortsübliche Vergleichsmiete bekanntgegeben? Wie wird sie ermittelt und fortgeschrieben? Können sich die Menschen auf diesen Wert verlassen? Was ist, wen sich ein Mieter gegen das

Mieterhöhungsverlangen wehrt und vom Gericht erfährt, dass die ortsübliche Vergleichsmiete falsch ermittelt wurde? Ist damit der Prozess verloren, muss der Kläger die Gerichts- und Anwaltskosten tragen? Erwägt Bremen eine Absicherung der entsprechenden Klageverfahren zur Abwehr von überzogenen Mieterhöhungsverlangen, orientiert an der ortsüblichen Vergleichsmiete?

In Berlin hat das Amtsgericht die mit dem qualifizierten Mietspiegel ermittelte Vergleichsmiete nicht akzeptiert: "Aufgrund der festgestellten fehlerhaften Extremwertbereinigung könne der Mietspiegel auch nicht als sogenannter einfacher Mietspiegel im Sinne von § 558 c Absatz 1 BGB zur Ermittlung der Vergleichsmiete herangezogen werden. Vielmehr habe dies durch Einholung eines (weiteren) Sachverständigengutachtens zu erfolgen. Nach dem Gutachten sei davon auszugehen, dass die ortsübliche Vergleichsmiete 7,23 EUR pro Quadratmieter betrage und daher das Mieterhöhungsverlangen der klagenden Vermieterin begründet sei." Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Apropos Verkehrsressort. Es passiert einfach: Obwohl in Bremen per Koalitionsvertrag kein autofreier Sonntag mehr durchgeführt werden soll, wurde bereits der Auftrag für diese Veranstaltung erteilt. Die eingeplanten 100.000 Euro wurden gestrichen. "Das Problem: Bereits zwei Monate vor der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hatte das Verkehrsressort des Senats eine Veranstaltungsagentur beauftragt, den "Autofreien Stadtraum" auszurichten. Die Firma "Sternkultur" hat auch bereits vorgearbeitet, der grobe Rahmen für das Fest auf dem Heerstraßenzug zwischen Burgdamm und Burg steht inzwischen. Die Hausjuristen des Verkehrsressorts gehen nach Angaben von Behördensprecher Jens Tittmann davon aus, dass eine Absage Entschädigungszahlungen von mindestens 50.000 Euro nach sich ziehen würde." Da geht mal etwas schnell, und es ist verkehrt. Einfach den Senator zahlen lassen, falls der Haushaltstitel nicht freigegeben war!

3. Für den Bereich Soziales hat Bremen zwei oberste Bundesbehörden. Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist mit Referat 21 – "Angelegenheiten des Arbeitsförderungsrechts (SGB III) und der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktanalyse und -berichterstattung, Vertretung des Referatsleiters" – zuständig für die "Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), Sozialgesetzbuch Teil 2, Aufsicht als oberste Landesbehörde, Kooperationsausschuss Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Land Bremen, Fragen des aktiven und passiven Leistungsrechts, Datenentwicklung und -analyse, Benchmarking, Federführung der kommunalen Trägerschaft des Jobcenters Bremen". Diese Aufgabenbeschreibung steht bei zwei Mitarbeiter(inne)n.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ist für die Abteilung Soziales zuständig. Diese "bildet gleichzeitig die Oberste Landessozialbehörde des Landes Bremen. Sie wirkt gemeinsam mit den anderen Bundesländern an der Gesetzgebung mit und arbeitet mit ihnen in der Konferenz der Obersten Landssozialbehörden zusammen." Die Senatorin ist außerdem für "Abteilungsleiter und Leiter der Obersten Landessozialbehörde" zuständig. Etwas

verwirrend, diese amtliche Bestätigung dafür, dass die Grundsicherung für Arbeitssuchende, das ALG II gemäß dem SGB II, nichts mit "Soziales" zu tun hat!

Sozialrechtler Harald Thomé hat eine Information zum ALG II für Selbständige verschickt. Diese Arbeitsanweisung an die Mitarbeiter(innen) der Jobcenter ist sehr detailliert. Vieles ist zu beachten. Die Beispiele bringen Sicherheit, auch für jene Sachbearbeiter, für die Buchführung einer näheren Erklärung bedarf. Und du, und ihr? Einfach herkommen, das Mitreden ergibt sich von allein! Wir haben ein Offenes Mikrofon – allerdings nicht für Nazis und nicht für Rassisten! – und sind auf eure Meinung und Erfahrungen gespannt. Platz genug haben wir auch auf der Montagsdemo! Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Unbedingt Chef sein: Lucke gründet Partei für "Alfa-Menschen" ("Spiegel")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

529. Bremer Montagsdemo am 27. 07. 2015

SPD ist, wenn die Arbeitsministerin die Analysen des Arbeitgeberpräsidenten teilt

1. Die Arbeitgeberverbände scheinen sich momentan sehr stark zu fühlen: Sie stellen das Arbeitszeitgesetz infrage und sprechen sich für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit aus. Die deutsche Wirtschaft schreckt auch nicht davor zurück, den Acht-Stunden-Tag kippen zu wollen, um damit in die Arbeitssteinzeit zurückzukehren! In der Forderung an die Bundesregierung heißt es unverblümt: "Um mehr Spielräume zu schaffen und betriebliche Notwendigkeiten abzubilden, sollte das Arbeitszeitgesetz von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umgestellt werden".

Angesichts von Digitalisierung und der Notwendigkeit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewinne es immer mehr an Bedeutung, flexible Arbeitszeiten zu gewinnen, die durch unsere starren Regelungen gemindert würden. Daher sei es wichtig, die Gesetze an die aktuelle Entwicklung anzupassen. Das Arbeitszeitgesetz von 1994 begrenzt die zulässige werktägliche Arbeitszeit auf acht Stunden, lässt aber die Ausdehnung auf zehn Stunden zu, wenn der Acht-Stunden-Tag langfristig eingehal-



ten wird. Die IG Metall weist den Arbeitgeber-Vorstoß zurück. Der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann erklärt, das Arbeitszeitgesetz habe überall, wo Regelungen zum mobilen Arbeiten vereinbart wurden, nicht im Wege gestanden. Andrea Nahles wolle die gesetzliche Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden aber nicht abschaffen.

2. Die Rolle rückwärts auf dem Arbeitsmarkt, der *Backlash*, geht munter weiter, wenn Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles den Arbeitgebern jetzt bei der Regulierung von **Leiharbeit** und Werkverträgen entgegenkommen will. Statt Leiharbeit endlich wieder zu verbieten, soll sie über die bisherigen 18 Monate hinaus verlängert werden dürfen, sofern die Unternehmen tarifgebunden seien. Bis-

her sprach Nahles sich für eine maximale "Ausleihe" von 18 Monaten aus. Ihren Plänen zufolge sollen die Leiharbeiter "bereits" nach neun Monaten den gleichen Lohn wie Angehörige der Stammbelegschaft bekommen. Ich brauche wahrscheinlich kaum zu erwähnen, dass dies den Arbeitgebern gar nicht passt. Sie verweisen darauf, dass sich Zeitarbeit gerade wegen ihrer Flexibilität als "Beschäftigungsmotor" erwiesen habe.

Anders als von den Gewerkschaften gefordert, wolle Nahles bei Werkverträgen die Arbeitgeber lediglich verpflichten, den Betriebsrat zu informieren. Die Gewerkschaften verlangen hingegen klare Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter und befürchten, dass vorübergehend Beschäftigte sonst zu Mitarbeitern zweiter Klasse degradiert würden. Wir sollten nicht vergessen, dass Zeitarbeiter nach einer internen Analyse des "Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" für die Bundesagentur für Arbeit überproportional häufiger arbeitslos werden als andere Beschäftigte. Obwohl der Anteil aller Leiharbeitnehmer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich drei Prozent beträgt, kommen demnach etwa zehn Prozent aller Zugänge in die Arbeitslosigkeit aus der Zeitarbeitsbranche. Da die Gehälter dort niedriger sind, liegt auch das Arbeitslosengeld bei ehemaligen Zeitarbeitnehmern "deutlich unter der Höhe des Arbeitslosengelds von Personen, die aus anderen Branchen in den Leistungsbezug wechseln".

Allerdings soll die Zeitarbeit angeblich "das größte Sprungbrett aus der Arbeitslosigkeit" sein, weil fast 20 Prozent aller Menschen, die nach einem Jobverlust wieder eine Beschäftigung aufnähmen, bei einer Zeitarbeitsfirma landeten. Für wie lange und zu welchem Gehalt, habe ich leider nirgends lesen können. Andrea Nahles sagt, dass der Mindestlohn "wirken" würde – wobei das beinah revolutionär klingen muss, angesichts der Unkenrufe aus der Unternehmerecke. Aber Frau Nahles behauptet ja auch, dass die *Spezialdemokraten* Wort halten würden und darüber hinaus verlässlich seien. Frau Nahles eiert in meinen Augen um die Quadratur des Kreises herum: Sie will für vieles offen sein, ohne bei aller Flexibilität den Acht-Stunden-Tag abschaffen zu wollen. Interessant, bloß wofür eigentlich? Eben, Frau Nahles soll ja für vieles offen sein. Dazu fällt mir nur der Aphorismus ein: Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein!

Die Arbeitsministerin formuliert undefinierbar, dass die Befristung "atmen" könne, wenn sich auf feste Vereinbarungen in Form von Tarifverträgen eingelassen würde. Wie jetzt, geht es bei dieser Problematik eher um eine Technik gegen Atembeschwerden als um eine rückwärts gerichtete Arbeitsmarktpolitik? An Werkverträgen scheint Frau Nahles nur noch zu stören, dass die Betriebsräte nicht wüssten, wer in ihrem Betrieb arbeitet. Sie möchte klarer abgrenzen, was ein echter Werkvertrag ist und wo damit nur Lohndumping verschleiert wird. Wüsste ich nicht, wer Frau Nahles ist, könnte ich es kaum fassen, dass eine SPD-Arbeitsministerin die Analyse des Arbeitgeberpräsidenten Ingo Kramer teilt, dass wir Werkverträge bräuchten!

3. Jobcenter sind immer wieder für unliebsame Überraschungen gut. Das Amt in Friedrichshain-Kreuzberg kam nun auf die Idee, der Anwältin für Sozialrecht Aglaja Nollmann das Honorar für ihre Arbeit für einen Erwerbslosen nicht auszahlen zu wollen. Die Hartz-IV-Behörde war der Ansicht, ihr Mandant habe zu viel Geld ausgezahlt bekommen, und verlangte es zurück. Obwohl die Anwältin Widerspruch einlegte und recht bekam, sah sie von ihrem Honorar keinen Cent. Sie berichtete, dass ihr die 800 Euro, die ihr das Jobcenter hätte erstatten sollen, mit den Schulden ihres Mandanten verrechnet worden seien.

Das Jobcenter verfährt "zweigleisig", indem es ihr dieses Honorar zwar anerkennt, jedoch im gleichen Atemzug wieder verweigert. Leider ist diese unrühmliche Handhabung kein Einzelfall, auch andere Sozialrechtsanwälte mussten schon ähnliche Erfahrungen machen. Dies sei kein Zufall, schreibt Antje Lang-Lendorff von der "Tageszeitung". In einem Praxishandbuch der Bundesagentur für Arbeit werde extra darauf hingewiesen, dass nicht der Anwalt, sondern der arbeitslose Kläger Anspruch auf Kostenerstattung habe. Vor jeder Auszahlung zu erstattender Kosten sei zu prüfen, ob gegen den Kostengläubiger Forderungen seitens des Jobcenters bestehen, die aufgerechnet werden können.

Mit anderen Worten: "Wenn Arbeitslose dem Jobcenter Geld schulden, ist es gewünscht, dass das Anwaltshonorar mit diesen Schulden verrechnet wird. Die Anwälte gehen dann leer aus." Offenbar wird hier mal wieder das Gesetz für die Verteidigung von Arbeitslosen so "umgewandelt", dass es für sie schwierig werden soll, einen Anwalt zu finden. Schließlich wollen und müssen Anwälte auch für ihre Arbeit bezahlt werden. Es riecht danach, dass Arbeitslose sich nicht mehr ihr Recht holen können sollen. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, nur Erwerbslose immer wieder ein bisschen ungleicher!

4. Der Präsident des Arbeitgeberverbands "Gesamtmetall", Rainer Dulger, meint es ganz besonders gut mit uns Müttern: Er fordert völlig selbstlos den Ausbau von 24-Stunden-Kitas zur Entlastung arbeitender Mütter. Dulger verlangt, der Staat müsse die ganztägige Kinderbetreuung viel stärker ausbauen, und beklagte gleichzeitig "eine völlig verkrampfte Haltung im Umgang mit Müttern" in Deutschland. Er kritisierte, Frauen würden als "Rabenmütter" beschimpft, wenn sie ihr Kind lange betreuen ließen.

Dulger möchte, dass Müttern gesagt wird, es sei völlig okay, ihr Kind auch mal für 24 Stunden in einer Kita abzugeben. Es scheint mir so, als verwechsle Herr Dulger hier die pädagogische Beziehungsarbeit in der Kita mit einer Art Abstellplatz, mit einem "Hotel" für Kinder, damit sich ihre Eltern, völlig unbehindert von ihrer Elternschaft, arbeitsmäßig absolut uneingeschränkt den ökonomischen Bedürfnissen der Wirtschaft unterwerfen, äh: anpassen können. Aber Kinder sind keine Autos und Kitas keine Parkhäuser!

Der dänische Familientherapeut Jesper Juul spricht im Interview über die Nachteile des Krippenausbaus und die Trennungsängste von Kleinkindern. Einen Krippenplatz für jedes Kind hält er nicht für wünschenswert. Er warnt vor Zwangs-

betreuung und fragt, wem unsere Kinder eigentlich "gehören". Juul stört sich nicht am Ausbau von Kinderkrippen an sich, sondern an dem politischen Ziel dahinter: Dass die Europäische Union und andere politische Organisationen so viele Kinder wie möglich in Tageseinrichtungen unterbringen wollen, ist für ihn eine Zwangsmaßnahme, die mit demokratischen Gepflogenheiten nichts zu tun habe. Ihn erinnere das sehr an die Zeit der frühen Industrialisierung, als die Fabrikbesitzer von einer direkten Verknüpfung von Mensch und Maschine geträumt haben und Kinder zu Investitionsobjekten wurden.

Seiner Meinung nach geschehen der Ausbau der Krippen und auch die Forderung nach flächendeckenden Ganztagsschulen, weil dahinter ökonomische Interessen stünden. Für Juul sollen Krippen und Kitas Eltern die Möglichkeit geben zu arbeiten, während diese Einrichtungen gleichzeitig unsere Kinder in einer bestimmten Art und Weise formten, sie anpassten und auf die Zukunft vorbereiteten. Er findet die Behauptung falsch, dass alles zum Wohle der Kinder geschehe. In Skandinavien habe man mit einem Krippenausbau in kurzer Zeit schlechte Erfahrungen gemacht, weil der Fokus auf Quantität und nicht auf Qualität gelegen hätte. Es sei nicht genügend qualifiziertes Personal gefunden worden, und die Einrichtungen hätten Kompromisse eingehen müssen, die den Kindern schadeten.

Von den 3.600 Kindern, die Forscher in Dänemark in verschiedenen Krippen, Kindergärten und bei Tagesmüttern befragten, hätten 24 Prozent der Jungen und zehn Prozent der Mädchen geäußert, dass es ihnen nicht gut gehe. Die Kinder fühlten sich nicht wohl, weil die Qualität der Beziehungen zum Personal nicht gestimmt habe. Außerdem hätten Wissenschaftler festgestellt, dass 22 Prozent der Einjährigen in Dänemark unter großen Trennungsängsten litten. Trennungsangst sei bei manchen Kindern kein neurotisches Phänomen, sondern eine ernst zu nehmende Tatsache, vor der Eltern und Erzieher Respekt haben sollten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Privatisierung soll 50 Milliarden bringen: Aber die Heuschrecken wollen das angelaufene griechische Tafelsilber geschenkt bekommen ("Spiegel-Online")

Herzrasen und Stuhlklabaster: Politprominenz kollabiert bei Zinseintreiber-Oper "Tristan und Isolde" ("Spiegel-Online")

Da betreibt jemand eine Homepage: Und das Jobcenter Meißen unterstellt nicht angegebene Einkünfte ("Telepolis")

Bei Sanktionen: Antrag auf Richtervorlage stellen ("Wir sind Boes")

Die türkische Regierung verschärft den Krieg gegen die Kurden und die eigene Bevölkerung! Aus diesem Grunde wollen Menschen dieser Stadt, Freunde und Unterstützer der Kurden und des kurdischen Befreiungskampfes in ganz Deutschland am Montag, dem 3. August 2015, zu Demonstrationen aufrufen. In Bremen soll diese Solidaritätsdemonstration um 17 Uhr auf dem Ziegenmarkt beginnen und über den Hauptbahnhof zum Marktplatz führen. Dort ist eine Abschlusskundgebung für 18 Uhr geplant. Die Bremer Montagsdemo wird sich an dieser Veranstaltung mit ihren Transparenten beteiligen und sie unterstützen.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

530. Bremer Montagsdemo am 03. 08. 2015

Hartz IV ist auch Mangelernährung per Gesetz



1. Inzwischen schlagen auch Mediziner Alarm, weil in unserem reichen Deutschland Millionen von Erwachsenen und Kindern unter "verstecktem Hunger" leiden müssen. Wer davon betroffen ist, spürt schon lange am eigenen Leibe, dass die Hartz-IV-Leistungen bei Weitem nicht dafür genügen, um sich aus ernährungswissenschaftlicher Sicht vollwertig und ausreichend zu ernähren. Gerade für Kinder sind die Folgen dafür fatal, weil aus der Mangelernährung Wachstums- und Entwicklungsstörungen

sowie zum Teil schwere Krankheiten entstehen können.

Die gängige Meinung vieler selbsternannter Experten und Politiker lautet nur allzu gerne, dass in Deutschland niemand Hunger leiden müsse. Der Ernährungswissenschaftler Konrad Biesalski von der Universität Hohenheim mahnt hingegen, dass es nicht nur darum gehe, satt zu werden, sondern vor allem darum, ohne Nährstoffmangel gesund zu bleiben. Der Wissenschaftler bemängelt, dass viele Betroffene zu billigen Fertiglebensmitteln greifen müssten, wodurch aus Finanznot und wegen des zunehmenden Industrialisierungsgrades von Nahrungsmitteln eine Mangelernährung hervorgerufen werde.

In seinen Ausführungen verwies der Experte auf eingehende Studien der Welternährungsorganisation FAO, laut deren Erkenntnissen Vitamin- und Mineralstoffmangel Wachstumsstörungen und Krankheiten begünstigen. Abgesehen davon, dass betroffene Menschen unter diesen Mangelzuständen leiden würden, richtet Konrad Biesalski seinen Blick auch darauf, dass dieser Umstand volkswirtschaftlich schlecht sei, wenn die Betroffenen aufgrund der schlechten Entwicklung im späteren Lebensalter wieder soziale Leistungen wie Hartz IV benötigen.

Meiner Meinung nach liegt bei der heute vorherrschenden neoliberalen Politik der Fokus fast ausschließlich beim Thema Geld, und so wird hier doch ein Ansatzpunkt dargeboten, der nicht so schnell von der Hand zu weisen sein könnte. Weil die Regelsätze insgesamt viel zu niedrig bemessen sind, bezahlen die Betroffenen erst mal unumgängliche, nicht kürzbare Fixkosten wie Miete, Strom,

Heizung, Monatskarte und Medikamente plus Zuzahlungen. Da die "Berechnungen" für diese Posten utopisch zu niedrig sind, werden sie aus dem Geld fürs Essen "aufgerundet". Oder wer kennt in der Realität eine Stadt, in der Transferleistungsbezieher eine Monatskarte für 25,14 Euro kaufen können, mit 33 Euro für Strom auskommen oder sich nur mit 1,52 Euro der Bildung verschreiben? Das Gleiche gilt, wenn ein Fahrrad repariert oder ein neues Paar Schuhe angeschafft werden muss.

Dann ist am Ende des Geldes oft noch ganz viel Monat übrig, und die Kinder bekommen zum Beispiel tagelang Weißmehl-Spaghetti mit Ketchup als Hauptspeise, Zuckerbrot oder Marmeladenbrot zum Frühstück, und eine Tüte Chips muss als Abendbrot herhalten. Mit einem Tagessatz für Essen und Trinken von insgesamt 2,79 Euro für Kinder unter sechs Jahren, von dem drei Mahlzeiten zubereitet werden sollen, ist nun auch kein Staat zu machen. Mitunter *kotzen* mich dann Buchtitel oder Sendungen an, wo der Regelsatz als "ausreichend" propagiert und gern so getan wird, als müssten die Eltern nur mal ihre Alkohol- und Nikotinsucht bekämpfen, einen Kochkurs besuchen, dazulernen, wie mit Geld zu haushalten sei, und schon ginge allen das Wirtschaften mit dem Regelsatz ganz leicht von der Hand, und dieser würde natürlich prima ausreichen.

2. In der Solinger Arbeitsagentur soll es ein ungewöhnliches Projekt mit dem Namen "50 plus läuft" zu bestaunen geben. Dazu treffe sich der Arbeitsvermittler Christian Bifolchi, der im "Team 50 plus" tätig ist, mit "seinen" Arbeitslosen, die beschönigend auch gerne "Kunden" genannt werden, einmal die Woche zum Walken und Joggen. Er verfolge damit die drei Ziele Gesundheit durch Ausdauertraining, positive Sport- und Gruppenerfahrung ohne Druck sowie den eigenen Körper und die eigene Leistungsfähigkeit besser einschätzen lernen. Ob der Arbeitsvermittler davon ausgeht, dass bisher niemand der Teilnehmer in seinen über fünf Lebensjahrzehnten an seine Grenzen gestoßen ist?

Niemand werde zurückbleiben, es solle allen besser ergehen, sodass sie gemeinsam das Ziel erreichen könnten. Das "50-plus-Team" in Solingen biete Arbeitsuchenden über 50 Jahren individuelle Unterstützung, Beratung und Vermittlung neuer Perspektiven in der Arbeitswelt. Der selbstgewählte Auftrag solle vermitteln, dass die individuelle Betreuung und Beratung nicht mit den beruflichen Aspekten aufhöre, sich dabei auf die tatsächlichen Bedürfnisse konzentriere und persönliche Erfahrung und Lebenssituation berücksichtigt würden. Das Angebot beinhalte berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten wie Schulungen, Coachings und Trainings sowie Workshops zu Themen wie **Gesundheitsvorsorge** und -erhaltung, Ernährung und Sport.

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten solchen Gefallen am Training gefunden, dass sie inzwischen drei Mal in der Woche liefen. Wir "lernen": Arbeitslosigkeit ist ein individuelles Problem, nicht etwa ein gesellschaftliches – und durch das wöchentliche Joggen mit dem Fallmanager werden ganz bestimmt Arbeitsplätze für Überfünfzigjährige geschaffen. Ob dabei dann stationsweise die

Zeitarbeitsfirmen abgelaufen werden? Trägt der Arbeitsvermittler unfall- und versicherungstechnisch auch die Kosten, wenn etwas passiert? Oder ist hier "50 plus" gleichbedeutend mit "50 Stuss"?

3. Heute war die Montagsdemo etwas anders als sonst – bis gar nicht. Da ich es nicht um 17 Uhr zum Ziegenmarkt schaffte, fuhr ich um 17:30 Uhr zum Bahnhof, über den die **Solidaritätsdemonstration** gehen sollte. Es war heiß, aber von der Demo keine Spur. So ging ich zum Markt, wo ich auf Marcus mit seinem "Hartz-IV-Schilderwald" und auf Valentina stieß. Ein Polizist erkundigte sich, ob von uns noch mehr erwartet würden. Ich bejahte und sagte, dass die Übrigen jedoch bei der anderen Demonstration mitlaufen.

Wo denn Herr Roselius sei? "Der läuft auch mit." Da war der Polizist beruhigt. Er hatte nur wissen wollen, ob wir wüssten, dass noch eine andere Demonstration im Anmarsch sei und wir uns irgendwie einigen könnten. Ich kam mit Valentina ins Gespräch, die mir ein Gedicht mit ihren Gedanken nach dem Fernsehen mitgab. Erst um 19:15 Uhr kam eine laute, bunte Schar mit Polizeibegleitung zum Markt. Da sie nur auf Kurdisch sprachen, zog ich es vor zu gehen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Wir sind alle Opfer

Opfer, Opfer überall.
Sind wir Opfer in dem All?
Sitzen auf dem Pulverfass?
Wir sind Opfer von dem Hass!

Und ich rufe zur Vernunft
Jeden Menschen, jede Zunft,
Jede Gruppe, jeden Klan:
Macht doch zu des Hasses Hahn!
Denk doch jeder etwas nach:
Was uns bringt des Hasses Macht?
Wir sind Menschen, können sprechen,
Können Macht des Hasses brechen!

Und ihr, Deutsche, denkt doch nach,
Was die Kriege euch gebracht:
Nur die Opfer, nur das Leid.
Bringt ihr wieder es so weit,
Um die Fremden zu verfolgen

Und beachtet nicht die Folgen, Stellt die Menschen unter Druck? Liebe bringt das nicht zurück!

Waffen werden hier verkauft.
Ganz egal auch, wer sie braucht:
Diese Waffen töten Leben!
Lasst die Opfer uns vergeben,
Damit nicht der Hass erwacht:
Kriege werden so gemacht.
Jeder Mensch, steh auf wie Eins,
Sag dem Hass dein Oxi: Nein!

Valentina Schneider

Stoppt den Krieg in Kurdistan!



In Bremen fand heute eine sehr kämpferische und lautstarke Demonstration statt unter dem Motto: Stoppt den Krieg in Kurdistan! Nach Schätzungen waren es fast 1.000 Menschen, darunter junge Mütter mit ihren kleinen Kindern, aber auch ältere Menschen. Bestimmt war die Demonstration von sehr aktiven jungen kurdischen Frauen, die die Teilnehmer immer wieder zu Sprechparolen aufriefen. Es waren auch Jesiden dabei, die die Einheit der Menschen in den bedrohten und befreiten Gebieten unterstrichen. Immer wieder wurde die Streichung der PKK aus der sogenannten Ter-

rorliste der Imperialisten gefordert, weil eben YPG und YPJ und PKK die entschiedensten Kämpfer und Unterstützer für die Freiheit der Menschen in Rojava, Kobanê und Shengal gewesen sind und sein werden.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, die Bundeswehr aus der Türkei zurückzuziehen und Druck auf die türkische Regierung auszuüben, den Friedensprozess in Kurdistan ernsthaft wieder aufzunehmen und die verlogene Politik mit dem "Islamischen Staat" zu beenden. Die Demonstration ging über zwei Stunden durch die ganze innere Stadt zum Marktplatz. Die Bremer Montagsdemo hatte sich zu einem großen Teil angeschlossen und verzichtete auf ihre eigene Kundgebung. Aufgrund der Länge der Demonstration war es nicht mehr möglich, einen eigenen Redebeitrag zu halten. Hier der dafür vorgesehen Text:

Liebe Menschen hier auf dem Marktplatz, liebe kurdische und türkische Freunde, im Namen von Mitstreitern möchte ich euch herzliche und solidarische Grüße der Bremer Montagsdemonstration übermitteln. Auch wir sagen Nein zum Krieg und Ja zum Frieden! Rojava und Kobanê sollen leben! Die Bremer Montagsdemo setzt sich wie in vielen anderen Städten Deutschlands für Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt ein. Seit elf Jahren kämpft die Montagsdemobewegung für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland und auf der ganzen Welt. Wir kritisieren und bekämpfen die Hartz-Gesetze der deutschen Regierung, die Armut und Perspektivlosigkeit über die Menschen gebracht haben und besonders die Jugend betreffen.

Die am Maximalprofit orientierte kapitalistische Wirtschaftsweise zerstört immer tiefer und immer mehr die Einheit von Mensch und Natur und treibt mit kriegerischen Aktionen die Welt und den Wunsch nach einer lebenswerten Zukunft in die Zerstörung. Wir unterstützen euren Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes aus ganzem Herzen! Man muss den imperialistischen Kriegskurs der türkischen Regierung anprangern und die abwartende Haltung der USA und der deutschen Regierung kritisieren. Sie alle haben nur ein Ziel, die Orientierung des kurdischen Befreiungskampfes, der viel Unterstützung unter der fortschrittlichen Weltbevölkerung gewinnt, niederzuhalten und zu behindern. Aber dieses Rojava und Kobanê werden sie aus unseren Herzen und Köpfen nicht mehr heraustreiben!

Die Montagsdemo wird festhalten an ihrem Kampf am Montag, dem Widerstandstag, immer um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz, und die Atompolitik wie in Fukushima oder die Unterstützung der Forderungen aller Flüchtlinge nach menschenwürdigen Lebensverhältnissen und den Kampf gegen Krieg, Zerstörung und Unterdrückung weiterführen. Ich möchte noch die Petition "Kobanê muss leben!" ansprechen, für die einige Unterschriften sammeln werden. Das ist wichtig, um den Willen der Menschen zum Ausdruck zu bringen. Wir sind offen für weitere Zusammenarbeit und wünschen uns allen Erfolg in unserem Kampf! Hoch die Internationale Solidarität!

Jobst Roselius

Meistens ohne Demokratie

Immer wieder und mehr ist zu sehen, dass der Nationalismus Völker und Kulturen auseinandertreibt, so an der Türkei. Erdogan, dieser Lobby-, Profit- und Oligarchenpräsident mit antiquierter Religion im Sinn, hat das Land in kürzester Zeit auseinandergerissen und ignoriert, dass ein Bürgerkrieg bevorstehen kann. Das ist kein Einzelfall, das gibt es tatsächlich in ganz vielen Staaten. Wie mit der schon befriedeten PKK gleich wieder Terror entstehen kann, ist durch die Politik dieses

Despoten schnell zu sehen. Was ist mit Deutschland in diesem Fall? Nur ärgerlich, dass es da nicht mehr so viel zu verdienen gibt! Das ist auch schon alles von Herrn Gabriel.

Es fehlt an Protest im Namen der Wahrheit. Schon seit langer Zeit werden dort Volksgruppen wie die Kurden unterdrückt. Es wäre doch so einfach gewesen: Der amerikanische Präsident hätte sofort "auf den Tisch hauen" können, und diesen Erdogan hätten sie kalt stellen können. Bekommt er keinen Schutz mehr, wäre die Opposition mit den Kurden gestärkt worden. Aber es ging den USA wie damals in der Kubakrise um die Militärbasen, die sie da schon lange nicht mehr bauen, denn der "Islamische Staat" wird bereits von anderen Stellen attackiert.

Wenn die Regierung den Humanismus predigt, sollte sie mal die Krisenherde erwähnen und Maßnahmen einleiten, aber das tut sie nicht, weil sie sich mit ihren Konzernen weiter dort bereichen will. Darin liegt die eigentliche Katastrophe für das Elend in den Nahoststaaten: Alles ohne Einfluss verkaufen, bis der Ungleichheitsterror auch hier ankommt! Jedenfalls müssen die Flüchtlinge schon mal deswegen kommen.

Günni, der "Mann mit dem großen Hut"

Wann wird in Deutschland die Steuerprüfung nicht mehr durch politische Interessen behindert?

1. "Monitor" vom 23. Juli 2015 ist voll auf unserer Linie. Die EU will sich mit den Despoten und Diktatoren Afrikas verbünden. Das Ziel, die Zahl der Flüchtlinge zu vermindern, soll mit Hilfe derer erreicht werden, die Grund und Ursache der Flucht sind. Mithilfe der EU wird die Grenze befestigt und undurchlässig ausgebaut. Die EU berät, die EU zahlt, und keiner kommt mehr raus – das freut doch jeden Dik-



tator! Zusätzlich wird gemeinsam nach Fluchthelfern gesucht. Ein weiteres Fest für jeden Diktator! "Monitor" hat die entsprechenden Unterlagen. Die Palette der Einzelmaßnahmen ist noch viel größer. Weitere Ungeheuerlichkeiten gehen aus der Pressemitteilung und dem Bericht in der "Tagesschau" hervor, der die treffende Überschrift "Kampf gegen Fluchtursachen – notfalls gemeinsam mit Diktaturen" trägt. Die EU hat für diese Pläne die volle Rückendeckung der Bundesregierung. Pfui Teufel!

"Monitor" hat auch die Doppelzüngigkeit der deutschen Politiker bei den Auflagen für Griechenland aufgezeigt. Griechenland soll Agrardiesel besteuern – Deutschland hat darauf verzichtet, denn "ein Bauernhof, der Gewinne macht, ist besser als einer, der es nicht mehr schafft." Griechenland soll und hat die Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen erhöht – Deutschland hat sie gesenkt. Jetzt werden Hotelübernachtungen in Griechenland höher besteuert als bei uns. In dem sehenswerten Beitrag sind die Argumente gut gegenübergestellt, auch die Stammtischparolen der Politiker werden offenbar.

"Monitor" hat außerdem über die "Zwangsprivatisierung" in Griechenland berichtet. Die Flughäfen auf den "Urlaubsinseln" sollen verkauft werden. Diese 14 Flughäfen haben zweistellige Zuwachsraten und sind sehr ertragreich. Die übrigen circa 30 defizitären Flughäfen sollen im Staatsbesitz bleiben. Der Bürgermeister von Korfu hat es auf den Punkt gebracht: "Wenn man sich der Mittel beraubt, Wohlstand und Profit in diesem Land zu schaffen, um die **Schulden** zurückzubezahlen, um wirtschaftlich voranzukommen, wie können wir so was dann machen?"

Der griechische Infrastrukturminister: "Das passt eher zu einer Kolonie als zu einem EU-Mitgliedsland." Professor Rudolf Hickel, Universität Bremen: "Profite, die Griechenlands Kassen künftig fehlen. Und der Milliardenerlös aus der Privatisierung? Auch davon wird das Land sich nichts kaufen können. Dafür hat vor allem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesorgt. Denn mit den Privatisierungserlösen soll Griechenland erst mal seine Schulden begleichen. Aus Sicht der Opposition in Deutschland ein ziemlich mieser Deal." Eingefädelt wurde er von der griechischen Vorgängerregierung, natürlich auf Druck der EU. Die Pressemitteilung der neuen griechischen Regierung zeigt das Unverständnis.

Dazwischen hat "Monitor" über die Sicht von ausländischen Medien auf uns berichtet. Wir kommen dabei nicht gut weg! Wen wundert es? Nur sollte die Bundesregierung nicht vergessen: Wir leben vom Export! Wir können uns so ein Gehabe, so eine Übervorteilung gar nicht leisten! Aus meiner Sicht darf Wolfgang Schäuble nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen. Er hat eine sichtbare Verbitterung. Die Griechen kleinzumachen, ist scheinbar sein dringlichstes Anliegen.

Deutschland ist der Zuchtmeister Europas. Hartz IV hat in Deutschland die Löhne nachhaltig gesenkt, und die Talfahrt ist noch nicht zu Ende. Trotz der gesunkenen Lohnstückkosten greifen die deutschen Unternehmen auf noch billigere Arbeitnehmer zurück. Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und Werkverträge drehen die Spirale noch weiter nach unten. Diese niedrigen Lohnkosten führen zu den Exportüberschüssen und bewirken die Abhängigkeit der anderen Euroländer. Die Gefahren für Frankreich sind unter der 450. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Ulrike Herrmann, Wirtschaftkorrespondentin der "Tageszeitung", hat in Bremen einen Vortrag darüber gehalten.

Aktuell reicht es den Bauern in Frankreich. Der "Spiegel" berichtet: "Die Bauern blockierten mit ihren Traktoren am Sonntagabend ab 22 Uhr sechs Straßen,

um gegen 'die Verzerrung des Wettbewerbs' zugunsten der deutschen Bauern zu protestieren." Deutschland kann in den nunmehr angelaufenen Verhandlungen über das neue Hilfspaket für Griechenland eventuell wieder etwas Boden gewinnen – oder ganz "absaufen".

Herr Schäuble sollte mal darüber nachdenken: "Die immensen Exportüberschüsse haben die Staatskasse nicht gefüllt". Warum eigentlich nicht? Wo sind die Schlupflöcher? Welchen Umfang haben die Steuerreduzierungsverträge à la Luxemburg (497. Bremer Montagsdemo)? Herr Schäuble, wann werden in Deutschland die Steuerprüfer und Steuerfahnder ausreichend vorhanden sein und nicht durch politische Interessen behindert?

Die unzureichenden Steuerprüfungen der Betriebe waren schon Thema in der "Tagesschau" vom 26. Juli 1996, und noch immer ist es Deutschland nicht möglich, die Steuererhebung umfassend umzusetzen, im Gegenteil: Selbst die normale Sachbearbeitung leidet unter Personalmangel. Die "Grüne Woche" in den Finanzämtern kommt inzwischen jedes Jahr wieder: Einfach keine Steuererklärung prüfen, bis der Berg abgebaut wurde. So eine "Grüne Woche" kann viele Tage haben! Die Schlamperei bei der Steuererhebung gefährdet inzwischen unsere Demokratie.

2. Über Herrn Gabriel und das Freihandelsabkommen berichtet "Monitor" im Beitrag "Geheime Schiedsgerichte – Schein und Sein des Sigmar Gabriel". Der SPD-Vorsitzende fährt einen Zickzackkurs: Erst war er voll gegen die Schiedsgerichte, dann hat er ihnen einen neuen Rahmen gegeben und insgesamt den Parteiauftrag "Weg mit dieser Klausel" nicht vertreten, denn in Brüssel wird unter Gabriels Anweisung nicht für die Streichung dieser Klausel verhandelt.

"Hinter verschlossenen Türen in Brüssel verhalten sich die Mitarbeiter aus Gabriels Wirtschaftsministerium allerdings ganz anders. Die geheimen Sitzungsprotokolle, die "Monitor" vorliegen, zeigen: Frankreich zum Beispiel versuchte offensiv, die Schiedsgerichte zu verhindern. Gabriels Wirtschaftsministerium blieb dagegen in Deckung." Und: "Als einige EU-Staaten fordern, zumindest die Dokumente über die Schiedsgerichte offen zu legen, sperrt sich Deutschland vehement."

Der "Weser-Kurier" titelt: "USA verwehren Bundestagsabgeordneten weiter Einblick in TTIP-Verhandlungen". Demnach sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestags nicht befugt, Einblick in die TIPP-Verhandlungen zu nehmen. Die amerikanische Botschaft in Berlin hat ein Lesezimmer eingerichtet und inzwischen 139 deutschen Regierungsangestellten die Einsicht genehmigt. Lesezimmer gibt es auch bei der EU – natürlich nur für ausgesuchte Parlamentarier, nicht für alle.

In Berlin gibt es sie jedoch für keinen einzigen Parlamentarier: Es sollen Regierungsmitarbeiter zum Lesen vorbeikommen. Sie dürfen keine Kopien anfertigen, keine Fotos machen und keine Notizen machen. Und dies unter der Überschrift: "Wir sind demokratische Staaten. Alle Macht geht vom Volke aus." Sehr blamabel! Hoffentlich wird dies auch den letzten Befürworter zum Gegner werden lassen. Der Vertrag und die anderen sind schon aufgrund dieses Versteckspiels untragbar. Zu fordern ist: Abbrechen und konkret über die tatsächlichen Differenzen neu und öffentlich verhandeln! Dazu gehören auch die Verbraucherzentralen an den Verhandlungstisch.

In Berlin wird am 10. Oktober 2015 ab 12 Uhr am Hauptbahnhof gegen die Freihandelsabkommen demonstriert: "Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und Ceta in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln."

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender! Wir arbeiten daran. Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre und eure Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Gemeinsam gegen TTIP und Hartz IV demonstrieren?

Liebe Montagsdemonstrant(inn)en, wir wenden uns in einer dringenden Angelegenheit an alle Montagsdemos. Es geht um den Termin der diesjährigen Herbstdemonstration, die bisher für den 3. Oktober 2015 geplant ist. Es gibt von den Montagsdemos Esslingen, Gelsenkirchen und Reutlingen Anträge an die Koordinierungsgruppe, die Herbstdemo als Teil der – eine Woche später in Berlin stattfindenden – bundesweiten Großdemo durchzuführen, um die Kräfte im Kampf gegen TTIP/Ceta und den Abbau sozialer, ökologischer und politischer Rechte zu bündeln. Zwei bundesweite Demos in Berlin hintereinander schaffen die meisten Montagsdemonstranten nicht.

Anliegen der Demo am 10. Oktober 2015, zu der unter anderem Umweltorganisationen, Bauernverbände, der "Paritätische Wohlfahrtsverband" und der
DGB aufrufen, wie Verbot von Fracking und Protest gegen die Freihandelskommen TTIP und Ceta, sind auch wichtige Anliegen der bundesweiten Montagsdemo als Tag des Widerstands. Aus vielen Orten fahren Busse und Sonderzüge. Wir können uns als Montagsdemobewegung weiter bekanntmachen, mit Tausenden Gewerkschaftsmitgliedern verbinden und den Kampf gegen die HartzGesetze breit zum Thema machen , verbunden mit der Forderung, dass die DGBGewerkschaften die Montagsdemos unterstützen.

Vorgeschlagen ist, dort einen gemeinsamen kämpferischen, unübersehbaren Block und, wenn möglich, eine gemeinsame Auftaktkundgebung der Montagsdemos zu machen. Wir hätten es natürlich auch begrüßt, wenn die Initiatoren der Demo auf die bundesweite Montagsdemo zugegangen wären. Wichtige Gegenargumente sind, dass der Termin schon länger beschlossen ist, viele Montagsdemos schon Busse gebucht haben und der Flyer zur Herbstdemo geraden erschienen ist, aber auch dass das besondere Profil unserer Herbstdemos auf der Demo am 10. Oktober 2015 nur eingeschränkt verwirklicht werden kann, die bundesweite Montagsdemo untergehen könnte.

Die Koordinierungsgruppe hat über die Anträge beraten, ist sich über eine Empfehlung an die Montagsdemos in der kurzen Zeit aber nicht einig geworden. Es muss aber eine zügige Entscheidung getroffen werden. Wir sind der Meinung, dass die Koordinierungsgruppe ohnehin darüber nicht alleine entscheiden kann, weil der Termin der Herbstdemo auf der Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen wurde und sich deshalb möglichst viele Montagsdemos dazu äußern sollen. Bitte diskutiert und stimmt das auf den Montagsdemos am 10. August 2015 ab. Die Koordinierungsgruppe ist sich einig, dass gegebenenfalls entstehende Mehrkosten gemeinsam von der bundesweiten Montagsdemo getragen werden.

Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo

Jobst Roselius: Auch auf meine Anfrage hin an die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo haben wir diese Antwort erhalten. Ich persönlich bin für eine gemeinsame Demo am 10. Oktober. Aber nun seid ihr gefragt. Bitte teilt über den Verteiler initiative(at)bremer-montagsdemo.de mit, ob ihr auch für das gemeinsame Auftreten am 10. Oktober in Berlin seid. Ich schlage vor, zum einen die Antworten über den Verteiler zu zählen und außerdem am Montag auf dem Marktplatz darüber abzustimmen. Das Gesamtergebnis würde ich dann sofort an die bundesweite Koordinierungsgruppe übermitteln. Überlegt und entscheidet!

Harald Braun: Ich bin sehr für die Zusammenlegung der beiden Demos. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Umweltzerstörung und TTIP, und wir sollten unsere Kräfte bündeln.

Michael Waldmann, Karlsbad: Zum 3. Oktober 2015 werde ich nicht nach Berlin fahren, zum 10. schon eher. Ich überlege zwar noch, ob ich sieben Stunden Fahrt meinen Bandscheiben zumute. Auf der anderen Seite böte die Fahrt die Möglichkeit, den neoliberalen Zusammenhang zwischen Hartz IV und TTIP, Ceta und Konsorten darzustellen in Gruppen, die das noch nicht sehen, wie "Naturfreunde" oder "Umweltinstitut München".

Gerolf D. Brettschneider: Die Herbstdemos hatten bisher immer vierstellige Teilnehmerzahlen. Da müsste es doch tatsächlich möglich sein, einen "unübersehbaren kämpferischen Block" zu bilden und eben nicht "unterzugehen". Es
ist gut, durch eine gemeinsame Demonstration wieder einen Zusammenschluss
mit anderen Bewegungen herzustellen und das Eingefahrene auch mal durch et-

was Neues zu unterbrechen. Zumindest in der medialen Wahrnehmung sind die letzten Herbstdemos komplett "untergegangen". In der Hinsicht gibt es also nichts zu verlieren. Ich finde es nach dem "Friedensmahnwachen"- und "Pegida"-Spuk – genau wie schon zur "Bremen-ist-bunt"-Demo im Januar – auch richtig, die Montagsdemo sichtbar "im linken Milieu" zu verorten.

Hans-Dieter Wege: Meiner Meinung nach hat die Demonstration am 10. Oktober 2015 mit den Anliegen der Hartz-IV-Empfänger und mit dem Kampf gegen die asozialen Hartz-Gesetze leider überhaupt nichts zu tun. Mit Sicherheit wird dort kein Redner der Montagsdemobewegung zum Thema Hartz IV einen Redebeitrag halten dürfen. Ich wäre daher dagegen, die eigene Demo abzusagen und dann auch noch eine andere Demo teilweise mitzufinanzieren. Niemals vergessen: 2004, drei Tage nach der Großdemo in Berlin gegen Hartz IV, verabschiedete sich der DGB von den Demos und Kundgebungen gegen diese asoziale Gesetzgebung. Wieso sollte man Organisationen unterstützen, die danach immer die Teilnahme an den Demos der Montagsdemobewegung verweigerten? Das muss mir erst einmal jemand vernünftig erklären! In meinen Augen ist daher eine Teilnahme das falsche Verständnis von Solidarität.

Gerolf: Die großen Parteien, Organisationen und Verbände unterstützen nur jene, die kontrollierbar bleiben, also ihre taktischen Rückzüge mitmachen. Das tut die Montagsdemobewegung nicht, deshalb braucht sie jetzt nicht über den altbekannten Mangel an Solidarität zu murren. Sie kann am 10. Oktober die Beachtung politisch interessierter Menschen gewinnen und öffentlich zeigen, dass sie linke, nicht etwa rechte politische Forderungen vertritt. Vorkämpfer(innen) für eine Sache erhalten aber erst mal nur wenig Beifall und Solidarität. Was das Finanzielle betrifft, ist es günstig, wenn die großen Organisationen die Busse organisieren. Wenn sie nur als Block bei zentralen Demonstrationen statt als eigene Veranstaltung auftritt, kann es sich die Montagsdemobewegung vielleicht auch leisten, öfter als bloß einmal jährlich mit ihren Transparenten und Lautsprechern aufzumarschieren, wenn bundesweit dazu aufgerufen wird.

Frank Kleinschmidt: Im Jahre 2004 wusste ich noch nicht mal, wie politisches Kalkül und Taktierungsintrigen buchstabiert werden. Da gab es erst Schockierung, später Enttäuschungsmomente. Darüber sollte man irgendwann einmal hinweg sein und bedenken, dass Gewerkschaften sich aus Mitgliedern zusammensetzen: Menschen, mit denen man reden kann. Letztendlich können (einige) Montagsdemonstrant(inn)en nicht daran gehindert werden, sich eine Tour zur Demo zu organisieren und dort mit "Weg-mit-Hartz-IV"-Schildern aufzutreten. Schließlich geht es ja auch um die Sache selbst. TTIP ist eine Bedrohung, gegen die es Flagge zu zeigen gilt, und könnte sich als gemeinsame Schnittstelle erweisen.

Hans-Dieter: Bestimmt sollten dann aber die Mitstreiter(innen) der Montagsdemos auch wirklich einheitlich auftreten, vorschlagsweise alle mit einem gleichen "Sandwich" und der richtigen und wichtigsten Forderung: "Weg mit Hartz IV! Nieder mit der Lohnarbeit! Her mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln!" Das würde mit Sicherheit sehr gut ankommen, vor allem bei den Organisie-

renden, der Presse und bestimmt auch bei der Regierung. Aber schafft das die Montagsdemobewegung?

Gerolf: Die "Rote Fahne" hat in ihren Berichten von den Herbstdemos immer die "bunte Vielfalt" der teilnehmenden Montagsdemonstrationen aus den verschiedenen Städten betont. Sie stand für eine erfreuliche Unabhängigkeit von der MLPD. Nun ist jedoch Vereinheitlichung gefordert, um in einer größeren Demo als Block aufzufallen. Die Koordinierungsgruppe sollte in den nächsten Wochen Vorschläge für Rufparolen, Transparente und Forderungen sammeln, auswählen und bundesweit zur Abstimmung stellen. Ein anderer Ansatz zur Vereinheitlichung wäre es, die abgedeckte Themenpalette strikt auf das Soziale zu beschränken, um das Selbstverständnis der Montagsdemobewegung als "soziales Gewissen" zu betonen, jedoch die konkrete Auswahl an Rufparolen, Transparenten und Forderungen so wie bisher den Gruppen aus den einzelnen Städten vorzubehalten, damit Vielfalt und Buntheit nicht verloren gehen. Die Vervollkommnung der Themenpalette bleibt dann den übrigen an der Großdemo teilnehmenden Kräften überlassen.

E-Mail-Diskussion

Unkontrollierbar kämpferisch: Verdi-Basis lehnt Schlichterspruch ab und droht mit weiteren Kita-Streiks ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

531. Bremer Montagsdemo am 10. 08. 2015

TTIP ist ein Angriff auf Bevölkerung und Natur auf der ganzen Welt



Das zwischen der US-Regierung und der EU geheim verhandelte "Freihandelsabkommen" TTIP ist ein Angriff auf Mensch und Natur. Es dient einzig und allein dem internationalen Finanzkapital, das seine Macht und seine Maximalprofite massiv ausbauen will. Fast alle gesellschaftlichen Bereiche werden davon betroffen sein: Umweltschutzstandards, Lebensmittelbestimmungen, Gesundheitswesen, Energiegesetze, Arbeitsschutzrechte. Die an dem Abkommen beteiligten Länder sollen sich

bis auf die kommunale Ebene den Vorgaben des Vertrags unterwerfen, bei Strafe hoher Regressforderungen oder Handelssanktionen.

In einem Aufruf von "Campact" heißt es unter anderem: "Aus den Verhandlungsrichtlinien der EU-Vertreter wissen wir, was uns erwartet: Wenn Konzerne ihre Profite durch Gesetze geschmälert sehen, sollen sie von den Steuerzahler(innen) künftig Schadensersatz verlangen dürfen. Darüber entscheiden dann geheim tagende Schiedsgerichte ohne die Möglichkeit einer Berufung. Das Abkommen soll US-Konzernen erlauben, Gen-Food, mit Hormonen behandeltes Fleisch und gechlorte Hühner in Europa zu vertreiben, ohne Kennzeichnung. Der Vertrag soll das Geschäft mit der umweltschädlichen Erdgasförderung mittels Fracking anheizen. Das Abkommen würde eine beispiellose Welle von Privatisierungen lostreten. Mit dem Abkommen soll das gescheiterte Acta-Abkommen durch die Hintertür eingeführt werden: mit beispielloser Gängelung von Internetnutzern und Aushöhlung des Datenschutzes."

Auch die öffentliche Daseinsvorsorge ist durch TTIP zusätzlich bedroht: Die EU-Kommission könnte in Zukunft die Privatisierung der Bildung, der Kultur, der Gesundheit und der sozialen Dienstleistungen beschließen. Das hätte gravierende Auswirkungen mit Qualitätseinbußen, Preissteigerungen und eine weitere Verarmung der Bevölkerung. Wird TTIP Wirklichkeit, können Konzerne zum Beispiel Tarifverträge zum Handelshemmnis erklären und per Schiedsericht für unwirksam erklären. Uns droht eine neue Stufe des Abbaus sozialer Errungenschaften!

Fälle wie im Jahr 2000 in Mexiko wären dann weltweit völlig legitim. Dort hatte die Gemeinde Gudalcázar einer Sondermülldeponie des US-Konzerns Metalclad die Betriebsgenehmigung verweigert. Es hatte sich breiter Protest der Anwohner entwickelt, die wegen des vergifteten Trinkwassers gegen die Deponie klagten, mit Erfolg: Die mexikanische Regierung unterstützte die Gemeinde und erklärte die Region zum Naturschutzgebiet. Daraufhin klagte Metalclad. Das "ICSID-Tribunal" – ein Sondergericht, wie es mit TTIP geplant ist – verurteilte damals Mexiko wegen "indirekter Enteignung" zu einer Entschädigung von 15,6 Millionen US-Dollar!

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS im Auftrag des "Spiegel" befürworten nur 18 Prozent der Befragten TTIP. Weltweit entwickelt sich breiter Widerstand gegen ein Handelsabkommen, das für Konzerne und Banken die Ausbeutung von Mensch und Natur in noch stärkerem Maße möglich macht. Deshalb ist es nur konsequent und richtig, dass wir uns als bundesweite Montagsdemobewegung in die Demonstration gegen TTIP am 10. Oktober 2015 in Berlin einreihen, dabei besonders die sozialen Interessen einbringen und für eine lebenswerte Zukunft gemeinsam auf die Straße gehen. Die Bewegung gegen TTIP braucht uns als soziales Gewissen seit 2004, und wir brauchen Verbündete gegen die Armutsgesetze. Deshalb bin ich für die Zusammenlegung beider Demos am 10. Oktober in Berlin!

Harald Braun

Als kämpferischer Block einheitlich mit Transparenten und Forderungen auftreten!

Liebe Koordinierungsgruppe, nach Erhalt eurer Mail in der letzten Woche haben wir diese in unserem internen Verteiler diskutiert und heute auch noch mal auf der Montagsdemo selbst. Es gab Bedenken, dass unsere Interessen am 10. Oktober 2015 nicht so zur Sprache kommen könnten. Wir haben jedoch der Zusammenlegung beider Demonstration auf diesen Termin bei zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit zugestimmt. Fahrtmäßige Vorbereitungen hatten wir bisher noch nicht getroffen.

Wir möchten anregen, dass sich die teilnehmenden Montagsdemonstrationen als kämpferischer Block zusammenfinden und auch einheitlich mit Transparenten und Forderungen auftreten. Vielleicht ist es möglich, sich vor Beginn der Hauptdemo an einem geeigneten Platz zu treffen und dort eine Auftaktkundgebung abzuhalten. Gebt uns bald Nachricht über eure Entscheidung und wie die Absprachen mit den Trägern der Demo am 10. Oktober von den Orten her unterstützt werden können. Mit herzlichen Grüßen.

Initiative Bremer Montagsdemo

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hat entschieden, ihre diesjährige Herbstdemonstration, die ursprünglich für den 3. Oktober geplant war, als Teil der bundesweiten Großdemonstration "Stopp TTIP/Ceta!" am 10. Oktober 2015 in Berlin durchzuführen. Wir wollen die Kräfte im Kampf gegen TTIP/Ceta und den Abbau sozialer, ökologischer und politischer Rechte bündeln. Die Montagsdemos aus ganz Deutschland werden dazu einen gemeinsamen kämpferischen Block auf der Großdemonstration durchführen, der die Vielfalt der Anliegen der Montagsdemobewegung als "Tag des Widerstands" zum Ausdruck bringt. Natürlich werden wir unsere Offenen Mikrofone und unsere schönen Transparente mitbringen.

Die Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemo tritt zur weiteren Vorbereitung an die Veranstalter der "Stopp-TTIP/Ceta!"-Demo heran, prüft die Möglichkeit einer gemeinsamen Auftaktkundgebung und wird in den nächsten Tagen weitere Informationen veröffentlichen. Die Busse der Montagsdemos sollen bei der Mitfahrbörse veröffentlicht werden. Hier gibt es für kleinere Montagsdemos auch Informationen, wer aus ihrer Stadt oder Region Busse oder Züge organisiert, mit denen man gegebenenfalls mitfahren kann. Vorschläge zur Mobilisierung zur Demo und zum gemeinsamen Auftreten der Montagsdemos bitte an: bundesweite_montagsdemo(at)gmx.de.

Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo

Weg Hartz IV: Es sichert schlecht des Menschen Existenzrecht! ("Junge Welt")

Weg Hartz IV und Sparregime: Nieder mit dem Lohnsystem! ("Hartz-Kommission")

Hartz IV ist eine Schande für Deutschland

Der Erfinder der Hartz-Gesetze, Peter Hartz, war selbst unzufrieden mit ihrer Umsetzung und meinte: "Nicht überall, wo Hartz draufsteht, ist auch Hartz drin." In dem 2007 erschienenen Buch "Macht und Ohnmacht" stellte er zudem fest: "Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft

werden." Nach meiner Meinung ist es ein heuchlerisches System, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.

Es ist noch nicht so lange her, da kam im Fernsehen ein Bericht über Hartz IV, in dem gesagt wurde, es sei doch gut, dass wir Menschen helfen, die sich selbst nicht helfen können. Schon das ist eine Beleidigung für Hartz-IV-Empfänger! Viele von ihnen sind keine Menschen, die sich nicht helfen können. Wir werden in diese Ecke getrieben: Uns wird verweigert, eigene Wünsche, eigene Ziele zu haben.

In den Jobcentern arbeiten oft Menschen als Berater, auch Fallmanager genannt, die keine Ahnung von Psychologie und den verschiedenen Bereichen des Lebens haben. Manchmal hatte ich ein Eindruck, dass diese Mitarbeiter der Jobcenter nicht einmal wissen, dass es in Deutschland ein Grundgesetz gibt, das in Artikel 1, Absatz 1 mit den Worten beginnt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Diese Berater entscheiden oft über Menschen, die viel mehr gelernt und größere Erfahrungen im Leben haben als sie selbst. Sie haben fast unbegrenzte Macht über die Arbeitslosen. Sie entscheiden, wer wofür geeignet ist, welche Kurse für den Arbeitslosen sinnvoll sind. Sie entscheiden über Sanktionen für einen bestimmten Menschen, über Ortswechsel, Urlaub und Geld. Sie wollen Einsicht in Bankkonten. Um es kurz zu sagen: Sie haben das Leben der Arbeitslosen in ihrer Hand.

Diese Berater entscheiden oft willkürlich. Sie kosten den Staat viel Geld, und um selbst ihren Job nicht zu verlieren, sind sie doch nicht interessiert daran, dass alle Arbeitslosen Arbeit finden. Diese Berater haben eine Aufgabe vom Staat: das Geld einzusparen, das für den Erhalt der Jobcenter ausgegeben wird. Um Macht und Einschüchterung auf Menschen zu auszuüben, ist in diesen zehn Jahren ein riesiger Apparat entstanden, der die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Es ist aber eine Institution, die vom Bund regiert wird, der laut Grundgesetz die Menschenwürde zu achten und zu schützen verpflichtet ist! Das sind für mich nicht nur Worte. Ich war selbst Opfer dieses unmenschlichen Systems. Ich habe vieles gesehen, wollte es aber nicht wahrnehmen, nahm vieles persönlich, und das hat mich fast krank gemacht. Aber wie ich sehe, lese und höre, sind viele Arbeitslose in der gleichen Lage, und zwar bundesweit, was bedeutet, dass es nicht an mir liegt und auch nicht an einigen Beratern, sondern am System.

Obwohl ich nicht einmal etwas verbrochen habe, bekam ich immer wieder Briefe mit Drohungen, mit Fehlern und manchmal mit offenen Lügen. Solche Briefe bekommen alle Arbeitslosen. Die Leistungen werden falsch berechnet. Die Menschen werden falsch beraten, die Wahrheit wird ihnen nicht gesagt. Die Berater tragen in den Computer über uns selbst ein, was sie möchten, aber nicht immer der Wahrheit entspricht. So werden Menschen abgestempelt und in eine Ecke geschoben, aus der rauszukommen fast unmöglich ist.

Am Anfang meiner Langzeitarbeitslosigkeit habe ich nach Kursen gefragt, die mich in meinen Beruf bringen könnten. Ich hatte einen Arbeitgeber gefunden, der unterschrieb, dass er mich einstellt, wenn ich einen Kurs dazu mache, und wollte auch ein Drittel der Kosten selbst übernehmen. Aber mir wurde vom Jobcenter gesagt: "Warum Sie, warum nicht Deutsche?" Aber ich bin auch eine Deutsche und war auch damals deutsche Staatsangehörige!

Wenn dieser Berater schon so eingestellt war, dass "Nichtdeutsche" kein Recht haben auf einen Job in Deutschland, habe ich nach diesem Vorfall keine Arbeit gefunden, obwohl ich mich sehr bemüht habe. Ich bekam diese Kurse nicht, aber viele andere. Ich wurde immer wieder zu verschiedenen Maßnahmen geschickt, die mir Arbeit bringen sollten, aber schon am Anfang dieser Maßnahmen war klar, dass sie mir nichts bringen, obwohl ich immer fleißig war und die Prüfungen bei Umschulungen stets gut bestanden habe.

Auf diesen Kursen habe ich oft dieselben Menschen gesehen. Anscheinend haben diese Kurse ihnen auch nicht geholfen, Arbeit zu finden. Aber Geld wurde ausgegeben! Man fragt sich: Warum so viel Geld für Maßnahmen, die nichts bringen? Die Antwort liegt auf der Hand: Es ist "für die Statistik". Wenn man in einer Umschulung oder Maßnahme ist, zählt man für die Statistik nicht als arbeitslos, aber wir bleiben unter Beobachtung unserer Berater, bleiben abhängig vom Jobcenter.

Jetzt gibt es hier beim Jobcenter ganz lange Schlangen vor dem Schalter, wo die Menschen manchmal nur Papiere abgeben und den Eingangsstempel bekommen wollen, weil sie wissen, dass Briefe manchmal "auf dem Postweg" verloren gehen und die Menschen wegen "fehlender Mitwirkung" bestraft werden.

Mir wird oft gesagt, dass die Mitarbeiter zu viel Arbeit haben, aber die falsche Beratungen, die Fehler in Abrechnungen und Briefen bringen doch noch mehr Arbeit mit sich. Menschen versuchen, sich gegen falsche Entscheidungen zu wehren und schreiben Widersprüche. Das bedeutet, dass die Mitarbeiter sich selbst viel unnötige Arbeit bereiten. Ich glaube nicht, dass sie freiwillig angebliche Fehler machen; das gilt auch für die die Sanktionen der Jobcenter. Die Gerichte werden überflutet mit Klagen von Arbeitslosen, und oft bekommen die Arbeitslosen Recht.

Hartz IV, das ist Einschüchterung, Entwürdigung, Verletzung der Menschenrechte der machtlosesten armen schwachen Menschen – und es wird noch gesagt, ihnen werde geholfen. Helfen Sie Ihnen bitte mit Arbeitsplätzen, mit Umschulungskursen in Berufen, die Menschen selbst erlernen möchten, nicht mit Sklavenarbeit in Leihfirmen und Kursen, die nichts bringen! Stärken Sie das Selbstbewusstsein von Arbeitslosen, dann finden sie besser selbst Arbeit und können sich besser durchsetzen, statt Arbeitslose zu erniedrigen und ihrem Selbstwertgefühl noch weiter zu schaden!

Ich habe viel gelernt, darum konnte ich mir selbst helfen, aber viele Arbeitslose können nicht jeden Bescheid selbst prüfen, wollen keinen Streit und können nicht auf ihren Rechten bestehen. So werden sie belogen und betrogen. Die Menschen werden absichtlich verletzt, psychisch krank gemacht. Viele landen auf der Straße, werden obdachlos.

Wenn gesagt wird, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt, möchte ich gern wissen, wie viele Menschen wirklich einen Arbeitsplatz gefunden haben, und wie viele nur auf dem Papier nicht mehr arbeitslos sind. Wie viele sind als krank und damit nicht erwerbsfähig eingestuft, wie viele haben das Rentenalter erreicht und bekommen jetzt ein Altersgeld, das zum Leben nicht reicht und sind damit weiter von dem Staat abhängig?

Warum gibt es so viel Ungerechtes in einer Organisation, die vom Bund geführt wird? Das bedeutet, es ist die Politik der jetzigen Bundesregierung. Die Menschen werden eingeschüchtert, diszipliniert, zu Robotern gemacht, die nur Befehlen folgen, aber über die Politik im Land nicht nachdenken. Hartz IV soll auch eine Abschreckung für Arbeitende sein: Sie sollen Angst haben, ohne Arbeit zu bleiben. Dann können sie von den Arbeitgebern wie gewünscht ausgepresst werden.

Es wird versucht zu erreichen, dass die Menschen ohne Widerstand und Widerspruch arbeiten. Hartz IV und die Tätigkeit der Jobcenter sind in der jetzigen Form eine Schande für Deutschland. Wir wissen aus der Geschichte: Wenn die Regierungen mit den Problemen im Land nicht mehr zurechtkommen, greifen sie zu offen diktatorischen Formen, um sich auf diese Weise zu stabilisieren. Diese Gefahr ist jetzt in Deutschland real.

Valentina Schneider

Angela Merkel adé: Es muss erst eine neue Generation heranwachsen, um eine falsche Politik zu beenden ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

532. Bremer Montagsdemo am 17. 08. 2015

Brauchen wir ein Freihandelsabkommen für krebserregende Pflanzenschutzmittel?

1. In der Zeitung "Test" steht, der Unkrautvertilger Glyphosat sei in der Muttermilch gefunden worden. Die Nationale Stillkommission rate trotzdem, weiter zu stillen: Die Gehalte seien gesundheitlich unkritisch. Die Grünen haben die Untersuchung beauftragt. Es gab 16 Proben, und in jeder Probe wurde die Chemikalie gefunden. Der Wert liege weit unterhalb der Grenzwerte in Deutschland. Außerdem sei die Untersuchung nicht richtig erfolgt.



Das Wort Grenzwert erinnert mich an Tschernobyl: Der Salat durfte erst nicht verkauft werden. Am nächsten Tag durfte der unveränderte Salat verkauft werden: Die Grenzwerte wurden angehoben. Die Gesundheit trat hinter wirtschaftlichen Interessen zurück. Auf "Arte" war die Dokumentation "Tote Tiere, kranke Menschen" zu sehen. Auch von der ARD wurde das Thema aufgegriffen: Tiere mit Missbildungen, Tiere mit Todesursache Vergiftung, kranke Landwirte. Dies bei uns, mitten in Europa!

Das Futtermittel kommt aus Argentinien. Die Journalisten fliegen hin. Die Landschaft ist gezeichnet durch absterbende Bäume. Die Dörfer liegen teilweise mitten in den Soja-Flächen. Beim Spritzen sind auch die Menschen betroffen. Berichtet wird von Schülern, die sich übergeben mussten. Die Polizei versuchte erfolglos, das Flugzeug zu stoppen. Die Menschen sind beeinträchtigt. Die Zahl der Totgeburten ist gestiegen. Die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen und die Krebsrate sind höher als normal. Ärzte der Universität sind sich einig: Die Spritzung der Sojapflanzen ist die Ursache. Veröffentlicht wird ihre Studie nicht. Alle anderen halten sich zurück: Zu stark ist die Wirtschaftskraft des Saat- und Giftlieferanten.

Schon bei der 34. Bremer Montagsdemo ist nachzulesen: "Grüne Gentechnik nützt wenigen multinationalen Konzernen". Das war 2005 aktuell und ist es leider

noch immer! Bei der 381. Bremer Montagsdemo steht: "Täuschungen und Lügen mit Genfraß". Das war 2012. Die Lügen sollten das Giftproblem vertuschen! Inzwischen sind die Umweltschäden nicht mehr zu leugnen. Die Schädigung von Pflanzen und Tieren ist unstrittig. Nur der Mensch soll in jeder Phase seines Lebens gegen dieses Gift immun sein? Nein, das ist doch ziemlich zweifelhaft. Ein umfassender Bericht der WHO-Krebsforschungsagentur IARC hat Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend bei Menschen" eingestuft".

Das Bundesamt für Risikobewertung muss die Genehmigung für die Verwendung von Glyphosat zum Jahresende prüfen. Über dieses Institut wurde berichtet, dass einige der Entscheider einer Nebentätigkeit nachgehen, zum Teil bei Bayer Leverkusen. "Fakt" hat darüber berichtet. Diese Behörde ist für die Genehmigung in ganz Europa zuständig. Das Verhalten dieser weisungsgebundenen Behörde ist zumindest merkwürdig! Die Genehmigung ist milliardenschwer. Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen sollen den Absatz von "Gen-Soja" und damit des Giftes Glyphosat in der gesamten EU ermöglichen. Das ist ein riesiger Druck auf die weisungsgebundenen Beamten!

Trotzdem ist auch beim leisesten Zweifel zugunsten von Mensch und Natur zu entscheiden. In den USA wurden bereits Felder aufgegeben, weil das Unkraut resistent gegen Glyphosat geworden ist. Der Ackerfuchsschwanz wird bis zu zwei Meter hoch, nachzulesen auf der 481. Bremer Montagsdemo. Dort stehen auch weitere Argumente gegen das Freihandelsabkommen. Haltet dagegen! Beteiligt euch an der Aktion des Umweltinstituts und zeigt Kopf bei der Demonstration gegen TTIP und Hartz IV am 10. Oktober 2015 in Berlin!

2. Das US-Telefonunternehmen AT&T soll mit der NSA umfassend zusammengearbeitet und Leitungen bereitgestellt haben. Mit diesen Verbindungen kann das UN-Hauptquartier in der NSA-üblichen Art und Weise zu 100 Prozent ausspioniert werden. Eine "bereitwillige Zusammenarbeit" soll es sein. Milliarden von Daten aus dem Netz für die NSA! Bereits 2013 geriet die NSA in Verdacht, das UN-Hauptquartier abzuhören. Damals wie heute liefern Dokumente von Edward Snowden den Beweis.

"Die Zeit" berichtet: "Die Offenlegung der Selektorenliste vor dem NSA-Untersuchungssausschuss sei nie untersagt worden". Reaktion der Bundesregierung? Keine! Für mich ist klar. Wir wurden wieder einmal von der Bundesregierung belogen! Die Opposition ist daher entrüstet, denn auf dieser Selektorenliste stehen garantiert auch deutsche Wirtschaftsunternehmen! Wann und wie reagiert Herr Gabriel? Er hat von Frau Merkel Konsequenzen gefordert, wenn deutsche Unternehmen Ziel von **Spionage** waren. Bereits am 17. Mai 2015 berichtete "Focus": "SPD-Chef Gabriel fordert Rückgrat von Kanzlerin Merkel". Und heute?

Bei diesem Thema fällt mir der "Untermieter" in Sachen Vorratsdatenspeicherung wieder ein. "Frontal 21" hat über den aktuellen Entwurf berichtet, er stelle "sogar eine Verschlechterung gegenüber der alten Regelung dar: Künftig soll "Datenhehlerei" mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Betroffen sind da-

von Whistleblower und ihre Helfer, die unbefugt Daten stehlen und verbreiten. Edward Snowden und seine Freunde wären in Deutschland künftig Kriminelle."

Die Veröffentlichung von Papieren "nur für den Dienstgebrauch" sollte Landesverrat sein. Dies wurde von allen Medien beleuchtet. Über die Beweggründe von Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen wurde gerätselt. Nach meiner Meinung, sollen die Medien durch dieses Vorgehen abgeschreckt und von jedweder Veröffentlichung solcher Unterlagen oder Sachverhalte abgehalten werden. Hat Herr Maaßen einen Verdacht? Fehlen ihm Papiere? Hat er unberechtigt Zugriff auf geheime Datenbanken? Ich hoffe, dass sich die Medien nicht abschrecken lassen!

"Monitor" meint zum Thema "Landesverrat: Minister ahnungslos?", der Skandal sei noch lange nicht erledigt, jedenfalls nicht, "solange sich zwei Minister in die Büsche schlagen, die dafür die politische Verantwortung tragen." "Monitor" wird nachfragen! Die Entlassung von Generalbundesanwalt Range durch Justizminister Maas offenbart dessen Weisungsbefugnis. Warum erteilte der Minister keine Weisungen zur Ermittlung in der NSA-Spionage-Affäre und in Sachen NSU? Warum war bei jedem Mord ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Tatortnähe? Diese Ignoranz der Bundesanwaltschaft steht uns nicht gut zu Gesicht!

Tatsächlich entsprechen alle Aktivitäten der NSA in Deutschland den hiesigen gesetzlichen Regelungen. Wann wird die Bundesregierung den Mut haben, dies zuzugeben? Wenn wird ein Regierungsmitarbeiter den Mut haben, dies zu belegen, und einen unerschrockenes Medium finden? Einige "Kunstgriffe" der Regierung wurden inzwischen nachgewiesen.

Am bekanntesten ist das "Celler Loch", von deutschen Beamten gesprengt und der RAF angedichtet. Briefe wurden von deutschen Zoll, den früheren Besatzungsmächten und auch der Bundeswehr geöffnet und gelesen. Alle Briefe im innerdeutschen Verkehr wurden dazu per Gesetz als "Pakete" definiert. Diese waren Zollgut und durften vom Zoll geöffnet werden. Die Bundeswehr hat die gelesenen Briefe vernichtet!

In Frankfurt gibt es einen "Datenknoten": Gebündelt laufen hierüber die meisten Datenverbindungen aller Art. Der BND darf keine Daten von deutschen Staatsbürgern ausspionieren, er kopiert aber alle Datentransfers am Frankfurter Knoten. Dafür wurden alle Datenverbindungen über den Frankfurter Knoten zu Verbindungen von Ausländern erklärt. In Deutschland, per Gesetz!

Das Fernmelde- und Postgeheimnis ist ein hohes Gut der Demokratie. Gegenüber den USA wurde dieser Schutz komplett aufgehoben. Die "Anstalt" hat dies aufgedröselt: "Die NSA hat Deutschland zur Abhörzentrale gemacht" (491. Bremer Montagsdemo). Spionage der NSA wird vom BND unterstützt und durch deutsche Gesetze gedeckt. Nicht nur gegen deutsche Bürger, Behörden und Unternehmen, sondern gegen alles, europaweit, wie die NSA es möchte!

Alle Bundeskanzler der Nachkriegszeit und die aktuelle Bundeskanzlerin haben zu Beginn ihrer Amtszeit in den USA einen verpflichtenden Eid geleistet. Be-

reits dadurch wurde der Amtseid in Deutschland gebrochen, schon allein durch die Heimlichkeit!

3. Die OECD hat Deutschland wegen unzureichender **Steuerprüfung** gerügt. Sonderprüfungsabteilungen für Millionäre und Milliardäre, im Jahr 2009 von der OECD gefordert, wurden in Deutschland nicht installiert – in Griechenland schon. Die Zahl der Millionäre ist hierzulande um vier, die der Milliardäre um sieben Prozent gestiegen. Der Kommentar im "Weser-Kurier" dazu lautet: "Traurige Erkenntnis".

Ergänzend ist anzumerken, dass die "Grünen Wochen" auch für die Steuerklärungen der Superreichen Anwendung finden. Die werden dann einfach so durchgewinkt, wenn sie in der "Grünen Woche" zielgenau eingereicht werden. Die guten Verbindungen gewährleisten dies meistens!

Griechenland soll und wird seine Reeder nun höher besteuern. "Hamburg will Reedern helfen", titelt der "Weser-Kurier": Die Reeder sollen die Lohnsteuer vollständig behalten können. Wie glaubwürdig sind da die Auflagen für Griechenland?

Griechenland ist wesentlich an der "Schwarzen Null" des Bundeshaushalts beteiligt. Neue Berechnungen des "Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle" zeigen: Deutschland hat finanziell stark von der Griechenlandkrise profitiert. Deutschland hat seit 2010 bis heute circa 100 Milliarden Euro an Zinsaufwand eingespart. Griechenland zahlt vier Prozent Zinsen beim IWF. Die Geldgeber können die Kredite mit 0,05 Prozent finanzieren.

Der bremische Haushalt wäre ohne diese Zinssenkungen nicht ausgeglichen. Die Freie Hansestadt hätte die Vorgaben des Stabilitätsrates nicht erfüllt. Der Bremer Rechnungshof schreibt dazu: "Die im Vergleich zwischen Haushaltsaufstellung und Haushaltsvollzug geringere Überschreitung ist nicht in erster Linie auf Sparanstrengungen zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf das niedrige Zinsniveau und auf Steuermehreinnahmen" (425. Bremer Montagsdemo).

4. "Monitor" hat am 13. August 2015 darüber berichtet, dass der Discounter Lidl mit Entwicklungshilfekrediten einer Weltbanktochter seine Expansion im Osten finanziert. Die Kreditvergabe erfolgte im Jahr 2011. Bedingung war, die Anzahl lokaler Zulieferer zu erhöhen und neue Vertriebswege für regionale Lebensmittelproduzenten zu eröffnen. Lidl hat sich nicht an diese Auflagen gehalten, im Gegenteil. Der örtliche Bauernmarkt ist zusammengebrochen. Folgen für Lidl? In dem Bericht gab es nur eine Korrektur des Kreditbegriffs von der Vertreterin Deutschlands in der Weltbanktochter, aber keine Schelte oder Überprüfung für Lidl!

Gerhard Schröder hat als Bundeskanzler vor 15 Jahren auf Wunsch der Arbeitgeber die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags im Einzelhandel aufgehoben (Minute 4:39 im "Monitor"-Video). Seitdem fallen dort die Löhne. Einher geht dies mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die auf circa 30

Prozent geschätzt wird. Rewe hebelt die Haustarifbindung durch einen Verkauf an die Marktleiter aus. "Monitor" zeigt die Details des Lohnverfalls und der Ursache.

5. Die Europäische Union hat weitgehende Gesetzeskompetenzen. Auf EU-Ebene sollte die Macht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eingeschränkt werden. Vier Gesellschaften teilen sich im Wesentlichen den Markt. Der Verband schickte eine Interessenvertreterin als Mitarbeiterin an den entsprechenden Schreibtisch. Als diese Arbeit getan war, waren die Ankündigungen Makulatur. Die Mitarbeiterin wurde unter falschem Etikett platziert. Sie hat gut für ihren Arbeitgeber gearbeitet.

Die Umstände wird "Monitor" sicher durch Nachhaken aufhellen! Erst einmal können die Wirtschaftprüfungsriesen weiterhin beraten und prüfen. Anzumerken ist, dass die Wirtschaftsprüfer für ihr Testat eine Versicherung abschließen. Wer die Versicherungssummen in den Testaten vergleicht und ins Verhältnis zum Bilanzwert setzt, kann die Risikoabschlüsse erahnen! Die Steuerprüfer der Finanzämter stehen weiterhin vor dem testierten Geflecht von Unternehmungen.

6. Die Unabhängige Patientenberatung hat gut gearbeitet. Zu gut? Sie sollte den Patienten unabhängig zur Seite stehen. Die Krankenkassen mussten per Gesetz Geld bereitstellen, hatten aber keine Einflussmöglichkeit. Bei der Neuregelung beauftragen die Krankenkassen ein gewinnorientiertes Unternehmen, mit dem sie bereits aus ihrer Sicht gute Erfahrungen gemacht hatten: "Ein Geschäft, das Sanvartis seit vielen Jahren betreibt – und dies ist das Pikante an dem Vorhaben. Denn der Dienstleister im Gesundheitswesen betreibt bereits Callcenter für Krankenkassen, arbeitet für Medizinproduktehersteller und Pharmafirmen." Der "Paritätische Wohlfahrtsverband" teilt diese Bedenken.

Die **Pflegeversicherung** soll künftig auch Demenzerkrankungen wie körperliche Schwächen akzeptieren. Die Neuordnung von vier Pflegestufen auf fünf Pflegepunkte wird zum Anlass genommen, vieles zu ändern. In einem Bericht der "Tagesschau" wird noch von drei Pflegestufen ausgegangen, die Pflegestufe 0 wurde aber zwischenzeitlich eingeführt.

Ulrich Schneider vom "Paritätischen" sieht aktuell eine Schlechterstellung bei Neubewilligungen und eine stärkere Weichenstellung für die Pflege zu Haus. Der Verband hat bereits im Mai die geplante Schlechterstellung für *neu* Pflegebedürftige in der Pflegeversicherung kritisiert. Im Entwurf wird versprochen, es erfolge keine Schlechterstellung der *jetzt* Pflegebedürftigen!

7. "Staat muss die Haftung neu regeln" überschreibt der "Weser-Kurier" vom 12. August 2015 ein Interview mit DIW-Expertin Claudia Kemfort. Die Haftungsfrage für den Rückbau der **Atommeiler** ist nachbesserungsbedürftig. Allein die Befristung auf fünf Jahre dürfte seit Jahren als Feigenblatt gelten, denn solch ein Rückbau dauert länger als ein Jahrzehnt. Hinzu kommt die Endlagerung! Bereits im Jahr 2014 hat "Monitor" die Haftungsfrage aufgeworfen. Die Bundesregierung hat abgewiegelt.

Die Aufspaltung der Konzerne ist durch den Gewinnabführungsvertrag kein Problem. Vattenvall hat ihn kurz danach gekündigt. Die Bundesregierung hat scheinbar noch immer nicht nachgebessert. Wie weit die Eigenschätzungen der Betreiber und der Bundesregierung von der Wirklichkeit entfernt sind, zeigt auch ein Beitrag von "Greenpeace".

8. Ihr wollt wissen, wie sich Erwerbslose fühlen, wie es ihnen ergeht? "Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen", heißt mein Beitrag zur 285. Bremer Montagsdemo. Heute empfehle ich den Beitrag von Valentina: "Hartz IV ist eine Schande für Deutschland" von letzter Woche.

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender! Wir arbeiten daran. Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon, wir sind gespannt auf eure Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Tsipras tritt zurück: Welche Lehren ziehen Europas Linke aus der Erpressung der Syriza-Regierung? ("Junge Welt")

Der Staat übernimmt den Lohn, die Firma winkt und dankt



1. Wenn sich trotz des viel beschworenen und hochgelobten Aufschwungs die Langzeitarbeitslosigkeit unverschämterweise noch immer nicht von ihrem Sockel erhebt, dann muss ein erneuter Anlauf her, um Betroffenen eine neue Chance zukommen zu lassen: Hurra, nun soll ein taufrischer Anfang starten! Satte 800.000 Euro stehen dem Jobcenter Weiden zur Verfügung, um innovative Arbeitgeber zu finden, die es mit den 2.000 bisher eingliederungsresistenten Langzeitarbeitslosen aufnehmen.

Das soll zu ihrem Schaden nicht sein, denn es wird damit gelockt, diese Arbeitsplätze zum Beispiel mit bis zu 75-prozentigem Lohnkostenzuschuss, Übernahme von Pendelkosten, Kosten eines Führerscheins oder Pkw-Zuschuss für

Maßnahmeteilnehmer und arbeitsplatzbezogenen beruflichen Qualifikationen zu fördern.

Das vielversprechende Konzept beruht auf drei Säulen: gezielte Betriebsakquise, Intensivcoaching nach Beschäftigungsaufnahme sowie finanzieller Minderleistungsausgleich für den Arbeitgeber. Es ist ja sozusagen vorprogrammiert, dass arbeitsentwöhnte, bisher ungeförderte Erwerbslose nicht profitmaximierend arbeiten können. Die Arbeitsnovizen machen sich Notizen, werden von Sozialpädagogen an die Hand genommen und überall gepflegt und gehegt, wo dies erforderlich ist. Den Förderbestimmungen ist zu entnehmen, dass dies der Arbeitsplatz oder auch ihre Wohnung sein kann. Kein Ort mehr, nirgendwo, wo sich nicht ein Coach dicht an die Fersen der Maßnahmeträger heften könnte!

Dabei zählt "Soziale Aktivierung, Verhaltenstraining, Krisenintervention oder Hilfen bei Behördengängen" ebenso zum Inhalt des Trainings wie dass den Langzeitarbeitslosen beim "Aufbau von Tagesstrukturen" über einen längeren Zeitraum geholfen wird. Die Sorge um die erhaltenswürdige Arbeitskraft bezieht auch das unmittelbare Umfeld mit ein. So sollen sogenannte Schlüsselpersonen der Bedarfsgemeinschaft (altmodisch: Familie) vom klugen Coach erfahren, was zur Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses erforderlich sei.

Langzeitarbeitslose sollen von Fortuna geküsst und endlich in die geheimnisumwobene Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel eingeweiht und das Buch mit den sieben Siegeln geöffnet werden, wie mit Geld umgegangen oder eingekauft werden kann. Auch beim persönlichen Erscheinungsbild soll das geschulte Auge des Trainers mit überbordender Güte, mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wenn die Langzeitarbeitslosen auf Helferstellen im Metall-, Lager- und Versandbereich losgelassen werden, müssen sie eben vorher zu arbeitsmarktkonformen Verhalten in die Lage gebracht worden sein.

In einer Art Initiationsritus versucht der Coach, dem Langzeiterwerbslosen in bisher unberührten Dimensionen durch nigelnagelneue Türen und Tore die Welt der erfüllenden und beglückenden Arbeitswelt zu offenbaren. Die Langzeiterwerbslosen, die in den Genuss der Beschäftigung im Förderprojekt kommen, sollen in zwei Gruppen eingeteilt werden: Langzeitarbeitslose mit mindestens zweijähriger ununterbrochener Arbeitslosigkeit und sogenannte "Intensivfälle" mit mindestens fünfjähriger Dauer der Arbeitslosigkeit. Dabei sollen die Betreffenden mindestens 35 Jahre alt sein – da von nun an das Verfallsdatum überschritten wird – und über keinen oder keinen verwertbaren Berufsabschluss verfügen.

Das wäre ja noch schöner, wenn die Jobcenter Berufsabschlüsse anerkennen würden, weil dadurch die "Bildungsferne" gerne in zu weite Ferne rückte, um eben dort hilfreich unter die Arme greifen zu können! Nein, niemand soll den Jobcentern nachsagen können, dass ihre Arbeitstrainer die Maßnahmeteilnehmer nicht optimal und ressourcenauffüllend betüdeln, äh: ihnen überall folgen, sie herzallerliebst umsorgen würden. Das wäre doch gelacht, wenn sich hier nicht freudestrahlende Chefs in spe fänden, die sich von diesen stabilisierten Arbeitnehmern ihre Arbeiten ausführen lassen wollten, fast ohne diese vergüten zu müssen. Denn

der Staat übernimmt den Lohn, die Firma winkt und dankt, die Arbeitslosenstatistik erschlankt. Niemals, nie und nimmer nicht ist dies gar alter Wein, dazu vergoren, bäh, igitt, in neuen Schläuchen!

2. Gebetsmühlenartig wird alle paar Monate wiederholt, wie die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter und ungerechter auseinandergeht. Nun verglichen Wissenschaftler des "Max- Planck-Instituts" die Lebenserwartung von Reichen und Armen in Deutschland miteinander und fanden – wenig überraschend – dabei heraus, dass arme Menschen deutlich früher sterben. Menschen, die mit der angeblich die Existenz sichernden Transferleistung von Hartz IV vegetieren, leben rund fünf Jahre weniger. Im Jahr 2008 konnten 65-jährige Männer mit einer hohen Rente oder Altersbezügen durchschnittlich noch 20 Jahre leben, solche mit einer geringen Rente oder gar einer Pseudo-Grundsicherung hatten leider nur noch 15 Jahre Lebenszeit auf diesem Erdball vor sich.

Mitte der 90er Jahre lebte ein "wohlsituierter" reicher Rentner im Westteil Deutschlands etwa drei Jahre länger als ein Mann mit deutlich geringerer Rente. In Ostdeutschland lag der Unterschied bei etwa dreieinhalb Jahren. Bereits 2008 betrug der Lebenserwartungsunterschied im Westen schon 4,8 Jahre, im Osten 5,6 Jahre. Die Forscher gaben als Gründe dafür unter anderem die Punkte Ernährung und medizinische Versorgung an, weil das Essen bei reicheren Menschen meist gesünder und die Diagnostik oft gründlicher sei. Das sozialverträgliche frühere Ableben kann wohl kaum Zufall sein!

3. Die Krankenkassen wollen die Patientenberatung einer profitorientierten Firma übertragen und ernten bundesweit Kritik dafür. In Bremen gibt es die unabhängige Patientenberatung, deren Autonomie nun bedroht ist, schon seit 1998, anderswo seit 2006. Bisher gehörte die eigenständige Bremer Beratungsstelle nicht zur Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD). Diese soll nun von der profitorientierten Firma Sanvartis übernommen werden, die nicht nur Callcenter für Krankenkassen betreibt, sondern auch für Pharmafirmen und Medizinproduktehersteller arbeitet. Dies ist eine Entscheidung des Spitzenverbandes der Krankenkassen, der das bezahlen muss.

Während die UPD von den Verbraucherzentralen und dem Sozialverband VDK getragen wurde, soll die Bremer Beratungsstelle ab dem kommenden Jahr ebenfalls in diesem Netzwerk integriert werden. Die Ärztekammer schimpft, dass die UPD nicht zu einem "krankenkassennahen Callcenter verkommen" dürfe. Auch bei der Bremer Patientenberatung will niemand zu Sanvartis gehen, weil dies eine unabhängige Beratung konterkarieren würde. Ich stelle mir vor, dass es den Patienten künftig ebenso mies ergehen soll wie den Erwerbslosen, die gegen einen Bescheid des Jobcenters Widerspruch einlegen, der von der selbstredend völlig objektiv entscheidenden Widerspruchsstelle des Jobcenters höchstselbst meistens natürlich abgeschmettert wird, sodass Betroffene sich auf einen oft mehrere

Jahre dauernden Gang vors Gericht einlassen müssen, um doch noch ihr Recht zu bekommen.

Die Krankenkassen könnten so viel Geld sparen, falls die Patienten bis zu einer gerichtlichen Entscheidung schon verstoben wären, weil ihnen beispielsweise nicht genehmigte, weil "zu teure" Medikamente posthum ja kaum noch verabreicht werden können. Auch wenn hinter der Bremer Beratungsstelle andere gesellschaftliche Kräfte stehen als hinter der bundesweiten UPD, wird sie doch vom Gesundheitsressort, dem Magistrat Bremerhaven, der Ärzte- sowie der Psychotherapeutenkammer, der Bremer Krankenhausgesellschaft und eben den örtlichen Krankenkassen getragen.

Doch weil der Spitzenverband der Letzteren die unabhängige Patientenberatung finanzieren muss, möchte er wohl gar zu gern den bisherigen Trägern den Auftrag entziehen. Der Würfel ist noch nicht gefallen: Verbraucherzentralen und VDK legten gegen die Entscheidung Widerspruch ein. Etwa 4.000 Personen würden bisher mit bis zu 6.000 Gesprächen im Jahr beraten. Eine Ärztin, eine Juristin, eine Sozialpädagogin und eine Krankenschwester teilen sich auf knapp zwei Stellen die Beratung und begleiten dabei auch längere Behandlungsprozesse. Es ist in der Tat unvorstellbar, dass ein Callcenter dazu in der Lage sein könnte.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

533. Bremer Montagsdemo am 24. 08. 2015

Im TV genügt ein Anruf, um ein Vorstellungsgespräch zu bekommen



1. Am 18. August 2015 strahlte die ARD das Magazin "Fakt" aus. Der Beitrag "Zehn Jahre Hartz IV – Der erfahrene Arbeitsvermittler" löste mehr als nur Unmut in mir aus. Es sollen drei Tage in einem Vermittlungsseminar für Langzeiterwerbslose in Meißen gedreht worden sein. Kursleiter Lars Naundorf befragt einen jungen Mann, ob er irgendwo nach Stellen geguckt oder Absagen bekommen habe. Der junge Mann, der Robert Grille genannt wird, verneint. Auf die Frage, wie lange sein letztes

Arbeitsverhältnis her sei, antwortet er lakonisch, dass dies "lange" her sei. Nein, er habe weder einen Lebenslauf noch andere Unterlagen mit. Er verkreuzt die Arme vor der Brust und grinst. Eine Sprecherin sagt, Robert Grille sei auch im weiteren Gesprächsverlauf wortkarg geblieben.

Den Zuschauern wird mitgeteilt, dass die 16 Teilnehmer "resigniert" sind. Während Lars Naundorf als "Profi für verzwickte Situationen" versuche, das Eis zu brechen, stoße er auf Gegenwehr. Für solche Kurse werde er bundesweit von den Jobcentern engagiert. Der "Profi" fragt, wer "uns" – die Teilnehmer – "dazu" – also arbeitslos – gemacht, wer oder was über Jahre dazu geführt habe, dass "wir" wieder "so klein" seien. Dazu zeigt er mit den Fingern, wie klein. Schnitt: In der Pause unterhalten sich zwei Teilnehmer darüber, dass hier "immer dasselbe" zu hören ist, was aber nichts bringt. Eine freundliche Stimme belehrt die Zuschauer, der Kurs sei doch sehr konkret, das Thema laute nun: "Wie ich einen direkten Kontakt zum Arbeitgeber bekomme".

Ein Lichtblick auch, als Cosima Geißler bei einem Arbeitgeber anruft und die Chancen so gut sind, dass die umtriebige Teilnehmerin kurze Zeit später einen Arbeitsvertrag unterschreiben wird. Schnitt: Die Kommentatorin erzählt, dass sich die Reihen am Nachmittag schon erheblich gelichtet haben, nur noch zehn Personen seien da. Weil insgesamt 32 Hartz-IV-Empfänger eingeladen wurden, sei die Zahl derer, die gar nicht erst gekommen sind, erschreckend. Schnitt: Am zweiten Tag gibt es wieder eine gute Nachricht. Ronny Kaufmann habe sich nach dem

ersten Tag ein Vorstellungsgespräch "organisiert" und soll nun sogar schon zur Probe arbeiten. Lars Naundorf resümiert, es sei am Ende ein einziger Anruf und auch "ganz einfach" gewesen, "mal den Mut zu nehmen, zum Telefon zu greifen".

Die Sprecherin teilt mit, der "notorische Nachzügler" sei eingetrudelt. Dies wird vom Kursleiter damit kommentiert, dass die Winterzeit im März beendet worden ist. Die Stimmung habe sich wieder verschlechtert: Unterlagen seien nicht wie verlangt mitgebracht worden, Robert Grille konnte sich an frühere Bewerbungen nicht erinnern. Lars Naundorf platzt der Kragen, weil Robert Grille von den zwölf Bewerbungen innerhalb eines Jahres nicht eine einfalle. Er fragt nach der Ernsthaftigkeit: Was sei das für eine Wertschätzung des Arbeitgebers?

Schnitt: Wir lernen in der Pause Cathleen Jura kennen, die früher einmal Köchin gelernt hat und es nun als alleinerziehende Mutter einer schwerbehinderten Tochter nicht leicht hat, eine Stelle zu finden. Lars Naundorf will, dass sie "offensiver" auftritt, weil sie seit zehn Jahren arbeitslos sei. So hilft er nach und verschafft Cathleen Jura ein Vorstellungsgespräch, wofür sie sich bedankt. Schnitt: Am letzten Tag ist alles ganz anders. Der Kursleiter bittet zu intensiven Gesprächen mit maximal zwei Teilnehmern. Sandra Brand äußert, dass sie ein bisschen Durchfall hat. Ihr sei schlecht, sie fühle sich nicht gut, sei aber trotzdem gekommen. Nun wolle sie jedoch wieder nach Hause, ins Bett.

Also fragt Lars Naundorf einem jungen Mann, was er dazu sagen würde, wenn er einen Job für ihn habe. Der Teilnehmer fragt nur, wo. Als der Kursleiter Meißen sagt, findet er das schlecht, er möchte eigentlich nach Köln. Schnitt: Cathleen Jura kommt vom Vorstellungsgespräch und hat eine Probearbeit ergattert. Lars Naundorf fragt, wie sich das "anfühlt". Sie antwortet, dass sie begeistert war, es sei "Wahnsinn". Die Sprecherin kommentiert, dass dies nun wirklich Wahnsinn sei, das Ende von zehn Jahren Arbeitslosigkeit für Cathleen Jura.

Schnitt: "Zurück zu Robert Grille, dem Mann, der weiterhin demonstrative Lustlosigkeit ausstrahlt." Lars Naundorf fragt den jungen Mann, wann er zuletzt auf der Jobbörsenseite der Arbeitsagentur gewesen sei. Als Robert Grille schweigt und grinst, fragt ihn der Kursleiter, ob er lieber wieder loswolle, und wird auch hierfür zur Antwort angegrinst. Der Kursleiter sagt, dass er ihn nicht quälen, aber auch von ihm nicht gequält werden wolle. Im Moment sei es aber "gequält". Robert Grille verschränkt die Arme hinter dem Kopf und kratzt sich. Lars Naundorf sagt, Robert Grille wolle sich die Stellen noch nicht mal ansehen, gucke nur nach unten und grinse in sich hinein. Er wolle es gerne beenden, müsse sich noch vorbereiten.

Die Kommentatorin fasst zusammen, dass derartiger "Unwillen" auch für Lars Naundorf nicht alltäglich sei. Dies könne Konsequenzen haben, denn der Kursleiter wolle dem Jobcenter mitteilen, wie Robert Grille sich verhalten habe. Robert Grille habe ihm klar gesagt, er möchte nicht, dass er anruft, sondern ihm die Gelegenheit für ein Vorstellungsgespräch schafft. Schnitt: die nüchterne Bilanz der drei Tage. Das Negative: Von 32 Teilnehmern kamen nur 16, am letzten Tag fehlten vier Arbeitslose unentschuldigt. Die Erfolge: Drei Teilnehmer seien raus aus

Hartz IV und hätten wieder Arbeit. Cathleen Jura arbeite zur Probe und habe nach vielen Jahren wieder eine "echte Chance". Vier weitere Teilnehmer seien bei Vorstellungsgesprächen gelandet.

Ich habe mir die Mühe gemacht, das Gesagte des Beitrages mitzuschreiben, und nutze meine Unterlagen dazu, dies in eben dieser Form der gehörten Sprache zu beschreiben. Was hörten wir? Von den "eingeladenen" Erwerbslosen kam nur die Hälfte. In der Realität müssen Erwerbslose, die in solch eine Maßnahme gesteckt werden, aber nicht erscheinen, mit heftigen Sanktionen ihrer kargen Bezüge rechnen. Arbeit zu bekommen, wird per se wie ein Sechser im Lotto gehandhabt, völlig unabhängig von der Höhe des Gehaltes. Es wird vorausgesetzt und so propagiert, als ob das Gehalt für die Betroffenen selbst und sogar noch für den Unterhalt einer Familie ausreichend sei. Dabei muss sich doch das Ergebnis des von Gerhard Schröder eingeführten Dumpinglohnsektors langsam herumgesprochen haben.

Um Erwerbslose zu diskriminieren und zu diffamieren, sind der Fantasie des Neoliberalismus keine Grenzen gesetzt. Die Hetzer bedienen sich eines ganz besonders fiesen Charakters. Aber können sie einem Fernsehteam so vorgeführt werden? Der erwerbslose Robert Grille wird wie die Kunstfigur des "arbeitsunwilligen" Arno Dübel dargestellt, der für das Klischee des faulen Arbeitslosen herhalten muss und dafür wahrscheinlich bezahlt wurde. Welcher Erwerbslose ließe sich freiwillig dabei filmen, wie er praktisch alles verweigert, nichts Gefordertes bringt? Jeder weiß doch, dass er bei solchem Verhalten mit heftigen Sanktionen zu rechnen hätte, die die eigene Existenz stark gefährden!

Niemand, der etwas amtlich Gefordertes wirklich nicht erfüllen kann, begäbe sich grinsend in eine derart überheblich erscheinende, abwehrende Haltung. Wer tatsächlich so wie Robert Grille alles abwehren wollte, würde sich dessen kaum im Fernsehen rühmen wollen, sondern lieber dafür sorgen, dass die Nachbarn das vermeintliche Fehlverhalten nicht sehen können. Überhaupt haben wir ja so einen tollen Arbeitsmarkt, dass schon ein Anruf genügt, um an ein Vorstellungsgespräch zu kommen – sei es durch den tollen Supermann-Kursleiter oder wenn die Kursteilnehmer nur mal den Hintern hochkriegen, sich gegen ihre eigene Resignation zur Wehr setzen und sich lediglich ganz einfach den Mut für einen Anruf aus dem Telefonbuch pflücken!

Mit diesem Beitrag werden in meine Augen Millionen von Erwerbslosen verhöhnt, beleidigt und entmündigt. "Normale" Zuschauer, also solche mit Arbeit, Rente oder ererbtem Geld, werden *verarscht* und belogen über das "Feindbild Arbeitslose". Unabhängig davon, dass ich persönlich die Darstellung des Kurses für ein Fake halte, zeigte sich doch mal wieder ganz wunderbar, dass Arbeitssuchende wie kleine Schulkinder behandelt werden.

2. Um zu erkennen, dass Jobcenter oft eher schaden als helfen, ist die Lektüre eines Interviews mit dem Sozialpädagogen Dirk Kratz in der "Zeit" vom 24. Februar 2014 interessant. Er beschreibt, wie Erwerbslosen automatisch Defizite un-

terstellt werden, die angeblich durch Qualifizierungsmaßnahmen behebbar seien. Doch in Wirklichkeit würden sie bloß verstärkt, weil die Vermittlung nicht funktioniere. Dadurch entfernten sich die Erwerbslosen nur noch weiter vom Arbeitsmarkt. Ihre Berufserfahrung veralte, ihr Selbstbewusstsein leide, und sie fänden noch schwerer einen Job. Erwachsenen mit eigener Lebens- und Berufserfahrung werde ihre komplette Berufsbiografie vom Amt entwertet.

Statt die Erfahrung als Basis zu nutzen, aus der sich etwas Neues entwickeln könnte, wird sie nur noch als Defizit betrachtet, das es zu beheben gälte. Kratz untersuchte, welche Hilfen für Langzeiterwerbslose sinnvoll sind, um wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Er analysierte die aktuelle Vermittlungspraxis in den Arbeitsagenturen und Jobcentern und erkannte, dass das übliche Vorgehen bei der Arbeitsvermittlung weit von dem abweicht, was Erwerbslose benötigen. "So wie die Hilfe derzeit angelegt ist, richten die Jobcenter großen Schaden an. Sie machen mehr kaputt, als dass sie helfen. Das ist ein ganz zentrales Ergebnis meiner Arbeit", berichtete Kratz.

Jobcenter und Arbeitsagenturen gingen grundsätzlich davon aus, dass ein Mangel an bestimmten Fähigkeiten Ursache der Erwerbslosigkeit ist. Deshalb würden Betroffene in häufig unpassende Maßnahmen gesteckt. Kratz berichtet in diesem Zusammenhang von Rechtschreibkursen und Ähnlichem, bei denen entsprechende Defizite von vornherein unterstellt werden. Leider las ich aber auch in der Beschreibung seiner Doktorarbeit nirgends, dass es einfach zu wenig bezahlte Arbeitsstellen gibt, wodurch schon klar sein muss, dass das unterstellte persönliche Problem bei der Arbeitsfindung eigentlich ein gesellschaftliches ist, das aber immer den Millionen Betroffenen einzeln, personifiziert anzuhängen versucht wird.

Kratz sagt: "Wenn die Arbeitslosen trotz aller Qualifikationsmaßnahmen keine neue Stelle finden – was oft der Fall ist –, reagiert das Amt mit immer neuen Defizit-Diagnosen. Irgendwann schreibt man den Arbeitslosen nicht nur fachliche Defizite zu, sondern auch psychologische oder medizinische Probleme. Da kommen sie nur schwer wieder raus." Mehr Mitspracherechte für Arbeitslose wären wichtig, "statt dass über ihren Kopf hinweg entschieden wird, was mit ihnen geschieht, so wie bisher".

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

Der Unterstützerkreis "Öffnet die Grenzen – Kobanê muss leben!" möchte ein Solidaritätsfest für den kurdischen Freiheitskampf auf die Beine stellen. Die Einnahmen und Spenden dieses Festes sollen für den Wiederaufbau in Kobanê eingesetzt werden. Als Termin wird Samstag, der 19. September 2015, vorgeschlagen. Ein Vorbereitungstreffen findet am Mittwoch, dem 26. August, um 17 Uhr beim Verein "Birati" in der Friedrich-Ebert-Straße 20 statt.

Dieses Mal erschallt zum Antikriegstag am 1. September 2015 auf dem Marktplatz ab 17 Uhr ein unheimlich düsteres Trommeln. Auf diese Weise will das "Bremer Friedensforum" mit Schautafeln verschiedener Größe und Pappschildern, die "Steckbriefe" enthalten, sowie mit kurzen Redebeiträgen auf die todbringenden Bremer Rüstungsbetriebe aufmerksam machen. Die "Steckbriefe" enthalten Kurzangaben über Gründung, Betätigung, Mitarbeiter(innen)zahl und Umsätze der jeweiligen Firma.

Jeden Tag brennt ein Flüchtlingsheim: Aber die Polizei jagt linke Demonstranten und verhaftet Pressefotografen ("Spiegel-Online")

Der Osten ist rechts: Wo nur ein Sechstel der Bevölkerung lebt, geschieht die Hälfte aller rassistischen Gewalttaten ("Frankfurter Rundschau")

Die Tragödie ist nicht das Werk von Schleppern: Für das Sterben verantwortlich ist eine Politik, die den Menschen jeden legalen Fluchtweg aus der Kriegshölle versperrt hat ("Der Standard")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

534. Bremer Montagsdemo am 31. 08. 2015

Eine Welle der Solidarität mit den Flüchtlingen

Die Ströme Tausender Flüchtlinge quer durch Europa brechen nicht ab. Die kriminellen Methoden von Schlepperbanden fordern immer neue Opfer: 71 Flüchtlinge sind bei Wien im Laderaum eines Kühl-Lkw erstickt, etwa 50 unter Deck erstickte Menschen wurden auf einem mit 400 Flüchtlingen besetzten Schiff vor der libyschen Küste entdeckt. Dass ihre Verzweiflung trotzdem immer mehr Menschen in die Flucht treibt, trifft in breiten Teilen der Bevölkerung Europas auf eine Welle der Solidarität.



Das fängt schon in Griechenland, Italien oder Spanien an, wo viele Flüchtlinge nur deshalb überleben, weil die oft selbst von Armut betroffene einheimische Bevölkerung ihnen aufopferungsvoll hilft. Auf der griechischen Insel Kos, wo besonders viele Flüchtende von der Türkei kommend landen, versorgen Hoteliers in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen wie "Solidarität Kos" diese täglich mit Essen.

Auch in Deutschland bieten überall Menschen Flüchtlingen ihre Hilfe an – sei es bei ihrer Betreuung, beim Erlernen der deutschen Sprache oder bei der Vermittlung von Wohnungen. In Bremen herrscht vielerorts eine ausgesprochene Willkommenskultur: Am letzten Samstag organisierten 30 Personen in Pusdorf eine Willkommensparty für Flüchtlinge unterschiedlicher Herkunft, in der Neustadt findet am 5. September 2015 von 15 bis 19 Uhr ein Sommerfest in der Sankt-Pauli-Gemeinde statt (Große Krankenstraße 11).

Diese breite internationale Flüchtlingshilfe ist eine neue Erscheinung. In den Medien wird dagegen häufig nur über ultrarechte oder rassistische Stimmen berichtet, als ob die Mehrheit der Menschen den faschistischen Angriffen stillschweigend oder auch lautstark zustimme. Das verzerrt völlig das Gesamtbild. Tatsächlich gibt es eine Polarisierung in der Flüchtlingsfrage. Die Hauptseite ist dabei aber die breite und wachsende Solidarität mit den Geflüchteten.

Seit sich Til Schweiger öffentlich für Flüchtlinge engagiert, wird er in den "sozialen" Medien mit Hasstiraden überzogen. Nun hat der prominente deutsche Schauspieler und Regisseur eine Stiftung gegründet, die sich für Schutzsuchende und Asylbewerber einsetzen will, vor allem für traumatisierte Kinder. Er kritisiert die Scharfmacher von der CSU und fordert ein härteres Durchgreifen der Polizei: "Wo Ausländerfeindlichkeit direkt in Aktion tritt, muss der Staat eben zwei Hundertschaften Polizei hinschicken."

Die Heuchelei und Halbherzigkeit der Bundesregierung zeigt sich nicht nur in Heidenau, wo unter den Augen der Polizei der faschistische Terror gegen Flüchtlinge wüten konnte. Von Bundeskanzlerin Merkel war nach dem Straßenterror der Neofaschisten in Heidenau zunächst gar nichts zu hören. Erst als die Empörung in Deutschland immer größer wurde, sah sie sich am Rande ihres Treffens mit dem französischen Präsidenten Hollande zu einer halbherzigen Verurteilung genötigt. Diesen Montag hat sie mahnend ihre Stimme erhoben. Wir fragen uns aber: Warum werden die faschistischen Organisationen und ihre Propaganda nicht schon längst verboten, wie es auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und des Grundgesetzes sofort möglich wäre?

Die Regierung unterscheidet zwischen politischen und "wirtschaftlichen" Flüchtlingen. Diese Spaltung lehnen wir ab: Niemand flüchtet leichtfertig aus seiner Heimat und riskiert dabei sein Leben! Die große Armut und Not in vielen Ländern Afrikas und Osteuropas ist die Folge einer Zerstörung der dortigen Landwirtschaft durch das internationale Finanzkapital. Auch die Ausdehnung sogenannter sicherer Herkunftsländer durch die EU ist gegen Flüchtlinge gerichtet, denn damit wird das individuelle Recht auf Asyl außer Kraft gesetzt.

So können zum Beispiel politisch verfolgte Flüchtlinge aus Osteuropa gar kein Asyl mehr beantragen und sofort abgeschoben werden. Zur Solidarität mit den Flüchtlingen gehören für uns Hilfe und Schutz vor staatlicher Willkür und faschistischen Angriffen, gemeinsamer Kampf mit ihnen für soziale und politische Rechte hier in Deutschland und die Unterstützung des Kampfs für Freiheit, Demokratie und eine lebenswerte Zukunft in ihren Heimatländern!

Harald Braun

Prompt werden Flüchtlinge und Kita-Beschäftigte gegeneinander ausgespielt

1. Zumindest auf dem Papier gilt seit einigen Wochen in vier Bundesländern die sogenannte Mietpreisbremse. Leider scheinen Verstöße dagegen an der Tagesordnung zu sein, und so zeigen sich die Mietervereine in Berlin und Hamburg enttäuscht. Der Hamburger Mieterverein vermutet sogar hinter jeder zweiten Wohnungsanzeige eine Missachtung der "Mietpreisbremse".



Offensichtlich wirkt das neue Gesetz nicht so, wie es sollte, wenn so häufig der Verdacht geweckt wird, die Vermieter hielten sich nicht an die Begrenzung. Obwohl Silke Gottschalk, Geschäftsführerin des "Deutschen Mieterbunds" in Nordrhein-Westfalen, sich in Hinblick auf eine Wirkung der "Mietpreisbremse" zuversichtlich zeigt, befürchtet sie jedoch, dass viele Mieter von ihrem Auskunftsanspruch gegenüber dem Vermieter keinen Gebrauch machen und sich einschüchtern lassen.

Seit die Länder für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt eine Preisbremse verhängen können, dürfen die Mieten in neuen Verträgen nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Nur Neubauten und umfassend modernisierte Wohnungen sind davon ausgenommen. Der Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, kritisiert als größtes Problem die Überprüfung der zulässigen Miete, weil die Mieter selbst kontrollieren müssen, ob sie zu viel zahlen, um ein überhöhtes Verlangen dann zu rügen.

Niemand wolle das Verhältnis mit dem Vermieter aufs Spiel setzen und dann womöglich nicht Recht bekommen. Erst wenn Vermieter verpflichtet würden, dem Mieter vor Vertragsabschluss Informationen über die ortsübliche Vergleichsmiete, Modernisierungen und zuvor verlangte Mieten vorzulegen, könne die "Mietpreisbremse" wirksam werden. Kein Wunder, dass die Preise kaum sinken. Dagegen sei der Bundesverband von "Haus & Grund" bereits auf der Suche nach einem Musterfall, um die "Mietpreisbremse" juristisch überprüfen zu lassen.

2. Seit dem 1. Juni 2015 gilt nun endlich das Bestellerprinzip, wonach einen Makler bezahlen muss, wer diesen bestellt hat. Jeder, der sich bisher darüber ärgerte, als Mieter die unglaublich hohe Courtage für die vom Vermieter bestellten Tätigkeiten der Makler bezahlen zu müssen, kann sich bestimmt vorstellen, dass manche Makler mit diversen Tricks das Bestellerprinzip zu umgehen versuchen, um die Kosten dennoch auf die Mieter abzuwälzen. Ich persönlich habe noch nie verstanden, wie der Aufwand für eine Annonce und ein paar Wohnungsbesichtigungen eine "Provision" von zwei bis drei Monatsmieten rechtfertigen könnte.

Offenbar wird von Wohnungssuchenden etwa verlangt, rückwirkend einen "Suchauftrag" zu unterschreiben, oder eine "Vertragsausfertigungsgebühr" von mehreren Hundert Euro gefordert. Ganz schön dreist! Im Radio hörte ich vor ein paar Tagen einen Beitrag, wonach ein Mieter zum Schein auf die illegalen Forderungen eingehen könne, um die Wohnung zu bekommen und sich hinterher das Geld auf dem Rechtsweg wieder zurückzuholen.

3. Bei der Flüchtlingsdebatte in Deutschland werden nun weitere Register nach altem Muster gezogen und neue Fronten aufgemacht. Man höre und staune: Wegen der steigenden Ausgaben für Asylbewerber geben sich die Kommunen kompromisslos und behaupten, für höhere Gehälter von Kita-Beschäftigten sei kein Geld mehr da. Der Hauptgeschäftsführer des "Deutschen Städte- und Gemeindebunds", Gerd Landsberg, kündigte an, den Gewerkschaften "schon wegen der großen Flüchtlingsbelastung keine Zugeständnisse" zu machen und auch erneute Streiks nicht aufzufangen, was die Eltern finanziell voll treffen würde.

Landsberg schämt sich nicht dafür, an die Gewerkschaften zu appellieren, einen Zusammenhang zwischen der angespannten Finanzlage der Kommunen, unter anderem durch die hohen Kosten für die Flüchtlinge, und "unrealistischen Gehaltsforderungen der Kita-Beschäftigten" zu erkennen und einzulenken. Ach ja, "wegen der Flüchtlinge" können wir jetzt keine angemessene Entlohnung und Eingruppierung bekommen!

Genauso liegt es "an den Flüchtlingen", dass der soziale Wohnungsbau schon seit Jahren brachliegt. Diese menschenverachtende neoliberale Politik setzt sich lieber für die gefüllten Portemonnaies der Wohlhabenden ein und versucht, die finanziell Schwächeren aufzuspalten und gegeneinander auszuspielen. Wie lange soll es eigentlich noch dauern, bis endlich der entscheidende Zusammenhang zwischen den bei uns Zuflucht und Hilfe suchenden Flüchtlingen und den deutschen Waffenexporten gesehen wird?

4. Eigentlich soll es ja so laufen, dass lange genug in die Sozialversicherung eingezahlt haben muss, wer Arbeitslosengeld bekommen will. Doch viele Beschäftigte schaffen das wegen prekärer Arbeitsverhältnisse nicht und stürzen gleich auf Hartz-IV-Niveau ab. Nach einer Auswertung des DGB sind mehr als ein Fünftel der Beschäftigten, die im ersten Halbjahr 2015 ihren Arbeitsplatz verloren haben, gleich zu Beginn ihrer Arbeitslosigkeit auf Hartz-IV-Zuwendungen angewiesen. Demnach erhielten viele Betroffene entweder gar kein Arbeitslosengeld oder nur derartig niedrige Leistungen, dass sie ergänzend Hartz IV beantragen mussten.

In einem Papier des Leiters der DGB-Fachabteilung Arbeitsmarktpolitik, Wilhelm Adamy, heißt es, der Weg vom Beschäftigten zum Hartz-IV-Bezieher könne sehr kurz sein, denn das soziale Auffangnetz der Arbeitslosenversicherung habe große Sicherungslücken. Viele der Betroffenen haben zwar gearbeitet und ein ganzes Jahr lang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt, konnten dies aber nicht innerhalb der letzten zwei Jahre, der sogenannten gesetzlichen Rahmenfrist, schaffen, weil sie befristet oder unregelmäßig beschäftigt gewesen seien.

Vor allem Leiharbeiter sowie kurzfristig und prekär Beschäftigte kommen laut Adamy oft gar nicht in den Schutz der Arbeitslosenversicherung. Tja, wer vom Jobcenter in Dumpinglohnjobs gezwungen wird und dann von einem mickrigen Lohn popelige 60 Prozent ALG I bekommt, kann damit wohl nicht auskommen!

Mit Inkrafttreten von Hartz IV im Jahre 2005 sollte das Sozialsystem vom Kopf auf die Füße gestellt werden, aber tatsächlich hat man es am Hals aufgehängt.

"Es wurden gesetzliche Regelungen geschaffen, die für die Betroffenen existenzbedrohend sind, gesetzliche Regelungen, die nichts anderes als Erpressungsszenarien sind, um lohnabhängig Beschäftigte in niedrige Löhne und Gehälter zu pressen. Das Ziel ist also nicht primär, Betroffene zu schikanieren, sondern Löhne zu drücken und bei Arbeitern und Angestellten die Angst zu erzeugen, ebenfalls in Hartz IV zu fallen und diese Schikanen selber erleiden zu müssen. Jobcenter sind also Garanten für Niedriglöhne und Betroffene von Hartz IV nur die Kulisse, mit der man zeigen kann, wie es jemandem ergeht, der sich gegen niedrige Löhne und befristete Beschäftigung wehrt. Damit hat die damalige rot-grüne Regierung unter Schröder und Fischer ein Angstsystem geschaffen, das es so in Deutschland noch nicht gegeben hat", kommentiert das Fachportal "Gegen Hartz".

Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen ließen sich solche Szenarien verhindern, wenn es vernünftig, im Sinne der Menschen, eingeführt würde. "Der Kopf ist rund, damit das Denken seine Richtung ändern kann", sagte der französische Schriftsteller, Maler und Grafiker Francis Picabia (1879 bis 1953).

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"



Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September 2015

Flüchtlinge werden instrumentalisiert: Wünscht sich die herrschende Klasse ein größeres Reserveheer an Jobsklaven, ist das der Politik Befehl ("Junge Welt")

Sie trinken gar keinen Alkohol: CSU-Herrmann warnt vor Flüchtlingsandrang beim Oktoberfest ("Oberbayerisches Volksblatt")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

535. Bremer Montagsdemo am 07. 09. 2015

Alle Neubürger sind mir willkommen!

1. Die meisten fliehen vor dem Krieg. Einige fliehen vor wirtschaftlicher Not, Perspektivlosigkeit oder einer korrupten Regierung. Deutschland verkauft die meisten "Kleinwaffen". Europa zwingt afrikanische Länder durch ungünstige Freihandelsabkommen in die Knie! Die Fische vor den Küsten Afrikas werden von schwimmenden Fischfabriken eingesammelt. Die traditionellen Fischer können mit dem Rest



nicht mehr ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Altkleider aus Europa erschlagen in Afrika die Textilindustrie, Schlachtabfälle von Hähnchen die Agrarwirtschaft. Landraub und Monokulturen zwingen die Bauern in die Knie. Das ist alles bekannt.

"Wir müssen den Menschen so helfen, dass sie gar nicht erst zu uns kommen" – ein Versprechen? Nach den Plänen der EU soll den Machthabern der Regionen geholfen werden. Wie? Die Grenzbefestigungen werden undurchlässig, und Auffanglager werden errichtet. Alles mit EU Fördermitteln, alles ohne positive Impulse für die **Flüchtlinge**, teilweise mit Vertragspartnern, denen mensch möglichst nicht die Hand gibt! Wie wenig die EU-Milliarden den Menschen helfen, ist auch auf unseren Seiten nachzulesen.

Im MDR wurden am Samstag "Goldene Hennen" verliehen. Eine Preisträgerin, Juliana Gombe, war aus Afrika eingewandert, eine sehr überzeugende Persönlichkeit. Sie kennt Flucht und Asyl aus eigener Erfahrung. Die Flucht hat Jahre gebraucht. Anschließend war Frau Gombe sechs Jahre in der Asyl-Unterkunft. Sie hat sich selbst Deutsch beigebracht, weil sie keinen Anspruch auf einen Deutschkurs hat. Sie hat es sehr gut gemeistert. Für mich eine Mahnung! Der Sprachkurs wird noch immer verweigert. Zur Wertschätzung der Ankömmlinge gehört der Sprachkurs – sofort!

In Schweden erhalten alle Asylsuchenden einen Förderplan. Der Sprachkurs beginnt sofort. Insgesamt sind zwei Jahre mit acht Stunden Unterricht pro Werktag eingeplant, angeleitet und auch überprüft durch das Arbeitsamt. Es sind auf den Menschen abgestimmte Pläne: Das Fachwissen wird besonders gefördert,

die Möglichkeiten des Arbeitsmarktes werden berücksichtigt. Davon sind wir weit entfernt. Vor der Förderung von Fachwissen steht in Deutschland die Anerkenntnisprüfung. Es wurde sehr wenig Fachwissen anerkannt, und somit putzen viele Lehrer(innen) Klos statt zu unterrichten!

2. In Deutschland erhalten auch Erwerbslose keine fachspezifische Förderung. Die Kurse werden zentral eingekauft. Bei den meisten ALG-II-Betroffenen wird die Ausbildung als veraltet eingestuft und nicht mehr berücksichtigt. Selbst akademische Titel verschwinden so aus den Unterlagen des Jobcenters. Die Jobcenter sind für die Erwerbslosen nicht förderlich: Sie versuchen ihr Selbstwertgefühl zu brechen und ignorieren die Eigeninitiativen. Ausnahmen sind möglich; natürlich kann das Jobcenter auch Existenzen aufbauen.

Der Umgang der Jobcenter mit den Erwerbslosen war auch Gegenstand einer Untersuchung aus dem Jahr 2012 für die Doktorarbeit des Sozialpädagogen Dirk Kratz. Die Schlussfolgerungen hat Elisabeth auf der 532. Bremer Montagsdemonstration thematisiert. 2014 hat "Die Zeit" unter der Überschrift "Jobcenter richten großen Schaden an" den Verfasser interviewt.

Das Blatt schreibt: "Dirk Kratz hat untersucht, was Langzeitarbeitslosen wirklich hilft. Er sagt: Die Betreuung läuft grundlegend falsch. Arbeitslose werden behandelt wie kleine Schulkinder." Mit einer solchen Beschäftigungsmühle, pardon: Arbeitsverwaltung für Erwerbslose ist kein "Fachkräftemangel" zu beseitigen. Natürlich gibt es auch Mitarbeiter(innen) der Jobcenter, die gegen den Strom schwimmen, zum Beispiel Inge Hannemann in Hamburg – nur bleiben sie nicht lange.

3. Der Kosovo soll jetzt als "sicheres Herkunftsland" gelten. Vor dieser Entscheidung hat "Monitor" aus dem Land berichtet: "Kosovo-Flüchtlinge – Deutschlands Versagen auf dem Balkan". "Monitor" hat eine Familie aufgesucht, die freiwillig in den Kosovo zurückgegangen ist. Dort lebt sie nun. Die in Deutschland versprochene Unterstützung vor Ort war erbärmlich. Das Programm für Rückkehrer in den Kosovo ist für 290 Menschen im Jahr 2015 ausgelegt. Zurückgekehrt sind allein im ersten Halbjahr über 1.500 Personen. Im Kosovo wollte die EU ein funktionierendes Staatswesen installieren und die Korruption beseitigen. Die EU ist gescheitert: Die Korruption hat zugenommen. Die Menschen müssen es aushalten!

Ein weiterer Beitrag dieser Sendung heißt "Macht die Grenzen auf! – Europas Versagen in der Flüchtlingspolitik": "Manche Polizisten scheinen längst weiter als die Politik. O-Ton Polizeifunk: "Neue Mitbürger warten da auf Abholung in der Kälte und zittern." "Neue Mitbürger" statt "illegal Eingereiste": Willkommen in Deutschland!"

Ein dritter Beitrag trägt den Titel "Chancen der Zuwanderung – Wie Deutschland von Flüchtlingen profitiert": "Professor Christoph Butterwegge, Politikwissenschaftler, Universität zu Köln: "Kaum ein Bildungssystem auf der Welt ist so selektiv wie das deutsche. Migranten und Kinder mit Migrationshintergrund werden

kaum gefördert, ja zum Teil sogar durch die Institution Schule diskriminiert. Wenn sich daran nichts ändert und wenn wir nicht viel Geld in die Hand nehmen, um das zu ändern, vergibt die Gesellschaft eine riesige Chance." Die Beiträge halten, was die Überschriften versprechen!

"Niedersachsen schrumpft bis 2030 weniger stark als befürchtet", titelte der "Weser-Kurier" am 8. Juli 2015: "Bis 2030 soll Niedersachsen demnach um 140.000 auf 7,64 Millionen Einwohner schrumpfen. Frühere Prognosen gingen von einem Rückgang der Bevölkerung auf unter 7,4 Millionen Einwohner aus. Bei den aktuellen Berechnungen ist berücksichtigt, dass Deutschland insgesamt von einer verstärkten Zuwanderung profitiert, wie sie zuvor noch nicht absehbar war."

Damit wäre die Mär "Das Schiff ist voll" widerlegt! "Extra 3" bringt es anders auf den Punkt: "Stellen Sie sich vor, es sind 100 Menschen in einer Kneipe. Nun geht die Tür auf, und eine Person kommt hinzu. Jetzt ist die Kneipe total überfüllt!" Nebenbei wird Niedersachsen jünger: Die Altersstruktur verschiebt sich.

4. Die Deutsche Bank macht mal was anderes: Sie zeigt Kunden an. Die Deutsche Bank hat das Bankhaus Salomon Oppenheim übernommen und einige vermögende Kunden angezeigt. Oppenheim hat mehrere Milliarden Euro steuervermeidend eingesammelt.

"Plusminus" beschäftigte sich am 2. September 2015 ebenfalls mit der Deutschen Bank und ihrem möglichen Abstieg. In der Auflistung der Skandale fehlen die noch nicht abgeschlossenen Ermittlungen wegen Umsatzsteuerbetrug und Hilfe beim **Steuerbetrug**. Der frühere Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann hat die Latte für Unternehmensgewinne hochgelegt: Er war der "Mister 25 Prozent Eigenkapitalrendite", mit allen negativen Folgewirkungen für die langfristige Unternehmenssicherung.

Am gleichen Tag war auf "3Sat" der Film "Die Steuerluxe" zu sehen, vom NDR übernommen. Die Beschreibung: "Während viele europäische Länder ihre Haushaltslöcher kaum stopfen können, sparen Unternehmen in Luxemburg mit ganz legalen Tricks Milliarden. Beweise liefert ein streng geheimer Datensatz. Schimmel, bröckelnder Putz, kaputte Fenster: Die Moabiter Grundschule ist vollkommen marode. Das Geld für Reparaturen fehlt, dem Staat fehlen die Einnahmen. Umso empörender sind die Tricks, mit denen viele Unternehmen Milliarden von Steuern sparen."

Herr Juncker, die dort anzusehenden Tatsachen sind umwerfend: Die Töchter helfen bei der Steuervermeidung, auf Deutsch: beim Betrug an der Allgemeinheit! Meine Meinung: eine weitere Großbaustelle für die Politik. Wenn die ganzen Steuerbetrüger gefasst und alle Steuern gemäß Gesetz erhoben werden, ist eine Schuldenbremse überflüssig. Noch ein Betrug an der Allgemeinheit, eventuell anders als bisher geglaubt, zeichnet sich ab in Wolfgang Schäubles Andeutung, dass Helmut Kohl während seiner Kanzlerschaft keine Spender aufgesucht haben muss: Seine Millionen könnten auch Reste der Schwarzkonten der CDU sein.

Eine weitere Überschrift zu Steuervermeidung und Steuerbetrug lautet "Millionen-Bußgeld für Panama-Geschäfte": "Die hamburgisch-schleswig-holsteinische Nordbank (HSH) soll mehr als 22 Millionen Euro Bußgeld zahlen, weil sie Kunden bei der Steuerhinterziehung geholfen hat. Darauf hat sich die Bank mit der Staatsanwaltschaft Köln geeinigt." Laut "Weser-Kurier" sind nur rund drei Millionen Euro als Strafzahlung des Bußgeldes zu betrachten, der Rest ist die Abschöpfung unrechtmäßiger Gewinne aus den illegalen Geschäften. Die Kunden der HSH Nordbank werden Besuch von der Steuerfahndung erhalten.

Gegen weitere Landesbanken und Geldinstitute wird noch ermittelt. Die Hypo-Vereinsbank hat sich auf fast 20 Millionen Euro Zahlung an den Fiskus verständigt. Das "Handelsblatt" erwähnt eine Rückzahlung der HVB zusammen mit einem Partner von über 200 Millionen Euro an den Fiskus für die "Cum-Ex-Geschäfte".

5. Die "Arbeitnehmerkammer Bremen" hat eine neue Studie erstellt: "Jeden Tag pendeln rund 128.000 Menschen zum Arbeiten ins Land Bremen. Das heißt, auf vier von zehn Arbeitsplätzen sitzen inzwischen Nicht-Bremer (42 Prozent). 'Die zunehmende Abwanderung ins Umland bedeutet, dass Bremen und Bremerhaven ein erheblicher Anteil der Steuern entgehen, die im Land erwirtschaftet werden', kommentiert Ingo Schierenbeck, Hauptgeschäftsführer der 'Arbeitnehmerkammer Bremen', die Ergebnisse: Seit 1970 gilt bei der Einkommensteuer das Wohnortprinzip."

Die "Arbeitnehmerkammer" sieht erheblichen Handlungsbedarf, um die Abwanderung überflüssig zu machen. Vor 1970 wurden die Lohn- und Einkommensteuern am Arbeitsort gezahlt, danach am Wohnort. Bremen hat durch diese Änderung die finanzielle Bewegungsfreiheit eingebüßt. Der versprochene Ausgleich durch den "Kanzlerbrief" hat sich als Täuschung erwiesen. Nun spart Bremen so vor sich hin. Ein Beispiel: "Plusminus" hat am 2. September 2015 die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr hinterfragt und Risiken festgestellt.

Bremen hat per "Weser-Kurier" geantwortet: "Braucht die Feuerwehr zu lange?" Die Hansestadt verteidigt die längeren Anfahrzeiten, aber der Personalschlüssel soll erfüllt werden: "Wie berichtet, wird die Berufsfeuerwehr nun personell verstärkt – von jetzt etwa 530 Beschäftigte auf künftig 600. Das sei ein erster Schritt, sagt Personalratschef Bauer: "Das reicht aber nicht." Denn Bremen unterschreite das Schutzziel der AGBF ja auch personell. Acht statt zehn Feuerwehrleute im ersten Zugriff, das bedeute, dass in den ersten fünf Minuten zwei Einsatzkräfte fehlten, um die Kollegen abzusichern." Anmerkung: Die Feuerwehrleute Bremens dürfen oder müssen *ohne* persönliche Absicherung per Leine ans und ins Feuer.

6. Das Bundessozialgericht hat die **Zwangsverrentung** von Erwerbslosen mit 63 Jahren gebilligt (Aktenzeichen B14 AS 1/15 R). Das schriftliche Urteil liegt noch nicht vor. In der Pressemitteilung wird vorab die Entscheidung begründet:

"Seine rentenrechtliche Situation stellt sich wie folgt dar: Mit Vollendung seines 63. Lebensjahres kann der Kläger eine vorzeitige Altersrente in Anspruch nehmen, die nach der gesetzlichen Regelung für jeden Kalendermonat einer vorzeitigen Inanspruchnahme um 0,3 Prozent zu kürzen ist. Erst zum 1. August 2015 erfüllt er die Voraussetzungen für den Bezug einer abschlagsfreien Regelaltersrente. Diese beträgt nach einer Auskunft des Rentenversicherungsträgers vom 31. Mai 2011 monatlich 924,66 Euro. Die vorzeitige Altersrente ist trotz der Abschläge erheblich höher als der Arbeitslosengeld-II-Bedarf des Klägers, weshalb er durch deren Bezug nicht hilfebedürftig im Sinne des SGB XII würde."

Eine Gegenwehr liefern rechtzeitige weitere Argumente. Der letzte Satz in der Pressemitteilung ist scheinbar die Anknüpfung an andere Urteile zu diesem Thema, die eine Zwangsverrentung mit 63 abgelehnt haben, weil die verminderte Rente nicht den ALG-II-Anspruch absichert und somit Hilfebedürftigkeit im Sinne des SGB XII entstehen würde. Die andere Begründung "nicht mehr vermittelbar" wird vom Jobcenter schon durch die Einstellung jeglicher Vermittlungsbemühungen untermauert. Förderung für den möglichen Arbeitgeber ist so nicht mehr gerechtfertigt!

Die Gesamtproblematik der Zwangsverrentung hat die Bundesregierung in einer Antwort an die Fraktion "Die Linke" zusammengetragen. Deren Meinung ergibt sich aus den Fragen. Wer in dieser Zwangslage ist, sollte möglichst bald vorbeikommen: Wir gehen mit, Gegenwehr ist möglich!

7. "Dienstbereit" lautet der unaufgeregte Titel einer Dokumentation auf "Arte". Es geht um "Nazis und Faschisten im Auftrag der CIA": "Sie waren Verbrecher, manche von ihnen sogar Folterer und Massenmörder: Hochrangige Nationalsozialisten und überzeugte Faschisten waren seit 1945 angeblich europaweit auf der Flucht vor der Justiz der Alliierten. Doch den Siegern ging es weniger um Moral und Gerechtigkeit. Im Kalten Krieg zwischen Ost und West war der Kommunismus für den Westen der Feind und machte die alten Nationalsozialisten zu willkommenen Mitkämpfern.

Die CIA rekrutierte zahlreiche ehemalige Nazigrößen und italienische Faschisten als Agenten für ihre weltweiten Operationen gegen den Kommunismus. Sie organisierten Folter, Todesschwadronen und Geheimdienste in den proamerikanischen Militärdiktaturen Südamerikas. Sie waren beteiligt an Putschversuchen in Italien, und sie etablierten Machtstrukturen in Europa. Das offiziell verschwundene Gold des Dritten Reiches finanzierte einen Teil dieser Arbeit. Wie weit reichte die Zusammenarbeit der CIA mit den Henkern der Nazis?

Der Dokumentarfilm rekonstruiert eine bisher unbekannte Dimension des Bündnisses zwischen Nazis und der CIA im Kalten Krieg. Anhand jüngst freigegebener Akten skizziert er zum ersten Mal ein perfides, weltumspannendes Netzwerk, das weit in die Machtstruktur der Bundesrepublik reicht. In 'Dienstbereit – Nazis und Faschisten im Auftrag der CIA' schreiben Experten die offizielle Geschichtsschreibung des Kalten Krieges um. Es kommen hochrangige Vertre-

ter aus Politik, Presse und der Wissenschaft zu Wort – ebenso wie Stefano Delle Chiaie, ein italienischer Faschist, der heute seine Mittäterschaft bei geheimen CIA-Operationen zugibt. Er berichtet aus dem Inneren der unheilvollen Verbrüderung zwischen Verbrechern und Demokratien."

Diese Textbeschreibung lässt die Dimensionen nur erahnen. Es geht gleich los. Der höchste Polizist Dickopf war zugleich Agent der Amerikaner. Willy Brandt wurde so umfassend ausspioniert. Die Amerikaner haben gern Spezialisten der Nazis genommen: Sie waren einfach erpressbar. Inzwischen übernehmen die automatischen Schaltungen in *alle* Übertragungswege die Informationsgewinnung für die USA. War auch Hans Filbinger Informant? Die Amerikaner haben mit ihren Spezialkräften das Gold der Reichsbank gesucht, gefunden und verschwinden lassen (Minute 15:00): Die Goldbarren wurden einfach als Raubgold der Nazis deklariert und abtransportiert.

Massenmörder wurden mit Massenmorden in Süd- und Mittelamerika beauftragt, von den Amerikanern aktiv versteckt und beschützt. Ob dies bei der Verhandlung gegen den Schlächter Klaus Barbie in Frankreich Thema war? In Chile folterten weiterhin Nazis Menschen und testeten Gifte. Die unterirdischen Labore sind gut versteckt. Die US-Geheimdienste haben Drogenbosse geschützt und "gemolken": Sie konnten durch diese Drogengelder unabhängig vom amerikanischen Haushalt agieren, all dies mit tätiger Unterstützung der USA! Wusste Henry Kissinger dies alles?

Der Film geht nicht auf die Organisation Gehlen ein: Nazi-Spezialisten, von den Amerikaner gut zu gebrauchen. Heute versagt der Dienst, sobald es um Rechte und Nazis geht. Hierzu bitte die Suchmaschine der Bremer Montagsdemonstration nutzen.

In dem sehenswerten Melodram "Liebe deinen Feind" wird eine Gerichtsverhandlung vor einem Militärgericht in englischer Obhut gezeigt Die Hilflosigkeit der Angeklagten der deutschen Wehrmacht und das Agieren von Gericht und Anklagevertreter sind sehr lehrreich. Der Marinerichter als Vertreter der Anklage entspricht einer damals lebenden Person mit politischer Kariere im Nachkriegsdeutschland. Ob er gut und richtig dargestellt wurde? Die Person wurde im Film "Dienstbereit" erwähnt. Gut, dass diese Zeit vorbei ist!

Nun wurden Unterlagen über Franz Josef Strauß gefunden: "Neu entdeckte Akten des vormaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und des Bundesnachrichtendienstes enthalten bislang unbekannte Hinweise auf eine mögliche nachrichtendienstliche Verbindung von Strauß zu den USA. Zur Überprüfung dieser Hinweise auf eine Spionagetätigkeit stellt Enrico Brissa die von ihm entdeckten wichtigsten Dokumente vor und unterzieht sie einer historisch-kritischen Überprüfung." Wir sind gespannt.

8. Wenn das Freihandelsabkommen mit den USA so wie bisher durchgesickert in Kraft wäre, dann wäre die nachstehend beschriebene Rechtsverschärfung noch immer ein Gesetz zum Schutz der Gesundheit, aber ein teures Gesetz: Ausländi-

sche Tabakkonzerne könnten Schadenersatz von Deutschland fordern. Die Klageschrift dieser Konzerne ist geheim, die Verhandlung vor einem Schiedsgericht ist geheim, das Urteil und seine Begründung sind geheim. Rechtsmittel gegen das Urteil sind nicht möglich, bezahlt wird mit Steuergeld.

Nicht ein Richter wäre an dieser Prozedur beteiligt; Rechtsanwälte "geben" den Richter. Nun aber zur Rechtsänderung: Deutschland will die gesamte Werbung für Tabak verbieten. Dazu gehört auch die kostenlose Abgabe von Probepäckchen. Für E-Zigaretten soll es ebenfalls Einschränkungen geben. Die Interessenvertreter versuchen dies zu verhindern, denn es gehe um ein "Werbeverbot für ein legales Produkt".

In der "Tagesschau" wurde dieser Gesetzentwurf begründet: "Ernährungsminister Christian Schmidt will Werbung für Tabakprodukte in Deutschland komplett verbieten. Zahlreiche wissenschaftliche Studien belegen, dass eine allgegenwärtige Werbung in der Öffentlichkeit den Einstieg in das Rauchen aktiv fördert". Kein weiteres Freihandelsabkommen darf verabschiedet werden! Damit es so bleibt, wie es ist, treffen wir uns am 10. Oktober 2015 zur Großdemonstration gegen TTIP/Ceta in Berlin!

Ein Freihandelsabkommen mit den USA würde den Handel mit anderen Nationen einschränken. Was wäre die Reaktion Chinas und der Länder Afrikas, die Stellung der einzelnen Wirtschaftszweige? Klar ist nur, dass die Größten und die Reichsten am meisten Profit davon haben werden. Die "Diakonie" und "Brot für die Welt" stellen fest: "TTIP gefährdet Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung". Das Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko zeigt Wirkung: Die Vorhersagen sind alle nicht eingetreten. Die Amerikaner haben viele Arbeitsplätze an Mexiko verloren, aber die Mexikaner erzielen keine auskömmlichen Einkommen mehr durch ihre Arbeit.

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen und Weichenstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre und eure Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Warum linke Parteien scheitern: Der Kardinalfehler ist die Akzeptanz einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin ("Spiegel-Online")

Und bis 200 zählen kann sie auch nicht: Bildungssenatorin Bogedan offenbart Schwächen bei Zeichensetzung und Beugung von Hauptwörtern ("Bild")

Reisebericht über Weißrussland

Der "Frauenverband Courage" und die "Umweltgewerkschaft" laden für Freitag, den 11. September 2015, ab 18 Uhr im Gemeindezentrum Zion, Kornstraße 31, zum Reisebericht über Weißrussland ein. Der Eintritt ist frei, es wird um Spenden gebeten.

Ich habe die Reise vom 21. bis zum 31. Mai 2015 zusammen mit einem Arbeitskollegen angetreten. Er selbst war schon elf, dieses Jahr im Herbst zwölf Mal in Belarus. Über eine Ferienaktion mit Kindern aus der Tschernobyl-Region wuchs seine Liebe zu Land und Leuten. Er ermöglichte mir eine Rundreise durchs ganze Land. Überall wurden wir familiär empfangen und lernten das "innere Gesicht" von Belarus kennen.

Nicht vergessen werde ich die schöne Natur und ihre Bedrohung durch Atomkraft und Waldvernichtung, die würdevollen Frauen und die Lasten auf ihren Schultern, den Überlebenskampf des Volkes und die Beschneidung ihrer Rechte, die friedliebenden Menschen und ihre Sorgen angesichts des Ukraine-Konflikts – und erst recht nicht ihre Hoffnung für eine bessere Zukunft für die Jugend. Es war eine unvergessliche Reise!

Leyla Cimen

Solidarität mit Rojava und Sengal

Am Samstag, dem 12. September 2015, werden in mehreren deutschen Städten Menschen aus Solidarität mit Rojava und Sengal auf die Straße gehen. In Bremen veranstalten wir ab 12 Uhr auf dem Marktplatz eine Kundgebung mit Livemusik, Theater, Ausstellung und Redebeiträgen.

Im Sommer 2014 eröffnete der sogenannte Islamische Staat Großangriffe gegen die kurdischen Gebiete. Hierbei wurden insbesondere die unbeschreiblichen Massaker an der jesidisch- kurdischen Bevölkerung im Sengalgebirge (Nordirak) und die massiven Angriffe auf den Kanton Kobanê (Rojava, Nordsyrien) von der internationalen Öffentlichkeit wahrgenommen.

Der Verteidigungskampf, den die Bevölkerung mitsamt den Frauen- und Volksverteidigungskräften gegen den IS führt, ist zugleich ein Kampf für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte und für eine Zukunft im gleichberechtigten Miteinander. Die weitgehende Befreiung des Kantons Kobanê steht beispielhaft für diesen erfolgreichen Widerstand der fortschrittlichen kurdischen Kräfte.

Die demokratischen Errungenschaften, die sich unter anderem in der Selbstorganisierung der Bevölkerung zeigen, werden kontinuierlich weiter angegriffen. Wasser-, Strom- und medizinische Grundversorgung sowie Lebensmittel und weitere Infrastruktur sind kaum noch vorhanden.

Noch immer gibt es in Kobanê Minen und Sprengfallen des IS. Mit Massakern und Selbstmordanschlägen versucht der IS mit Unterstützung der türkischen Regierung weiterhin den fortschrittlichen Prozess in der Region zu zerstören. Erdogans AKP-Regierung hat dem kurdischen Volk nun auch in der Türkei den Krieg erklärt: Kurdische Dörfer werden bombardiert, Menschen erschossen und Tausende linke Aktivist(inn)en verhaftet.

Das Embargo der reaktionären kurdischen Autonomieregierung im Nordirak und der türkischen AKP-Regierung verhindert die Lieferung von Hilfsgütern und blockiert somit die internationale Solidarität, ebenso die Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung in der Bundesrepublik und EU durch das Verbot der PKK. All diese Maßnahmen sind Angriffe auf die Menschenrechte.

Um den Aufbau von Kobanê und Rojava zu ermöglichen sowie eine sichere Rückkehr aller Geflüchteten zu gewährleisten, muss ein humanitärer Hilfskorridor eingerichtet und die türkisch-syrische Grenze geöffnet werden. Selbst ein Jahr nach dem Beginn des größten Angriffs auf Kobanê durch den "Islamischen Staat" gibt es immer noch keine offizielle Möglichkeit, Hilfsgüter in die betroffenen Gebiete zu bringen. Dieser Zustand ist untragbar und muss sich unbedingt ändern!

Die Forderung nach einem humanitären Hilfskorridor darf niemals heißen, dass die Türkei Truppen nach Rojava schickt. Eine türkische Nato-Pufferzone sowie eine Besatzung der Autonomiegebiete in Rojava und Sengal sind entschieden zurückzuweisen. Hilfskorridor einrichten! Embargo beenden! PKK-Verbot aufheben! Hände weg von Kurdistan! – Wir unterstützen die antifaschistischen Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Hamburg am gleichen Tag.

"Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen"

Solidarität mit dem Wiederaufbau von Kobanê

Die bundesweite Koordinierungsgruppe schlägt den **Montagsdemos** vor, die Kundgebungen und Demonstrationen am **14. September 2015** zu nutzen, um an den brutalen Angriff der faschistischen IS-Truppen auf die kurdische Stadt **Kobanê** zu erinnern, der vor einem Jahr am 15. September 2014 begann.

Wir feiern an diesem Tag auch, dass nach 134 Tagen des heldenhaften Widerstands der Bevölkerung der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten Ende Januar 2015 die Stadt befreit werden konnte und jetzt auch mit Unterstützung von internationalen Solidaritätsbrigaden wieder aufgebaut wird. Damit wurde bewiesen: Der "Islamische Staat" ist besiegbar!

Der Tod des kleinen Aylan Kurdi aus Kobanê, dessen Familie verzweifelt flüchtete und dessen Leiche an die türkische Küste gespült wurde, ist eine einzige Anklage gegen die Flüchtlingspolitik der Herrschenden und ein mahnendes Signal, dass der Kampf gegen den IS verstärkt werden muss!

Noch immer gibt es keinen "humanitären Korridor" nach Kobanê und Rojava. Dagegen protestieren wir entschieden! Die aus der Stadt Geflüchteten und Menschen, die beim Wiederaufbau helfen wollen, kommen nur unter schwersten Bedingungen in die Stadt.

Machen wir den 14. September 2015 zu einem Tag der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und des Widerstands gegen den IS und alle, die ihn unterstützen beziehungsweise den Kampf gegen ihn behindern! Hoch die internationale Solidarität!

Hans Nowak (Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo)

Gut. Aber was tun die Montagsdemobewegung und ihre Koordinierungsgruppe dafür, um bei der **Großdemonstration** am **10. Oktober 2015** in **Berlin** als Block wahrgenommen zu werden? Wie soll man ihn erkennen – an den "vielfältigen, schönen Transparenten"? Von **TTIP/Ceta** spricht derzeit kaum noch jemand, aber die gütige Frau Merkel wird sicherlich alles tun, damit die Flüchtlinge schnell und unbürokratisch mit ausreichend Chlorhühnchen versorgt werden.

Derweil zerfasert die Montagsdemobewegung thematisch immer weiter und vergibt mit dem Berliner Demotermin eine Gelegenheit zur Vereinheitlichung. Mein Vorschlag lautet, auf die sozialen Aspekte rund um die Existenzsicherung zu fokussieren: Auf dem deutschen Wohnungs- und Arbeitsmarkt treffen sich Flüchtlinge und Hartz-IV-Beziehende schnell als Konkurrenten.

Weg Hartz IV: Es sichert schlecht Des Menschen Existenzrecht! Weg Hartz IV und Sparregime: Nieder mit dem Lohnsystem!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

"In Deutschland gibt es Jobs im Überfluss", behauptet der "Focus". Das mag sogar sein, doch allein davon leben kann nur eine Minderheit! Wer meinen nachfolgenden Absatz anzweifelt, kann sich gern bei der deutschen Arbeitsministerin Andrea Nahles erkundigen. Die freut sich bestimmt über jede Zuschrift zu diesem Thema!

Heute müssen sich nach den Vollzeitbeschäftigten weitere 34 Millionen mögliche Erwerbsfähige mit dem letzten Fünftel der bezahlten Arbeit eines Jahres zufriedengeben. Das wären für jeden durchschnittlich 25,25 Stunden im Monat. Wie hoch müsste für diesen Personenkreis der Mindestlohn sein, damit sie ohne

weitere staatliche Hilfen mit diesem allein ihre Lebenshaltungskosten begleichen könnten?

"Weg mit der Lohnarbeit!" wird wohl nicht die Botschaft der Montagsdemobewegung in Deutschland – und wohl auch nicht die Forderung der Arbeitnehmer(innen) nach Eigentum an den Produktionsmitteln. Dann kann es auch kaum etwas bringen, zur Demo nach Berlin mitzufahren. Es sei denn, man steht auf einer Jammerparade!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

"Schwarze Null" hat Priorität: Künftig wird der Sozialabbau mit den Mehrausgaben für Flüchtlinge begründet ("Nachdenkseiten")

Handwerker sind zu teuer: Oberhausener Langzeitarbeitslose sollen zwei Jahre lang Flüchtlingen beim Umzug helfen ("Radio Oberhausen")

200 Prozent Sanktion wegen Widerspenstigkeit: Muss Ralph Boes erst umkippen, ehe wieder öffentlich über Hartz IV gesprochen wird? ("Freitag")

Dreizehn Mal ist illegal: Landesarbeitsgericht Frankfurt verbietet Streik der Lufthansa-Piloten gegen Ausflaggung ("Junge Welt")

Bundesverfassungsgericht stoppt "Tag der Patrioten": "Der Staat darf nicht dulden, dass friedliche" (Neonazi-)"Demonstrationen durch gewalttätige" (linke) "Gegendemonstrationen verhindert werden" ("Spiegel-Online")

Unsicherer Zufluchtsort: Am 11. September erschlägt ein Baukran 107 Mekka-Pilger in der neuen Massen-Moschee ("Bild")

"Organtransplantation": Herz der Labour Party schlägt wieder links ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

536. Bremer Montagsdemo am 14. 09. 2015

Braucht man einen Aktionsplan, damit es beim Arbeitsamt Arbeit gibt?



1. Der "Deutsche Gewerkschaftsbund" und die "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" wollen sich in einer gemeinsamen Initiative gegen Kinderarmut einsetzen. Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA, und Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, stellten den Aktionsplan "Zukunft für Kinder – Perspektiven für Eltern in SGB II" Anfang September in Berlin vor. Hierbei soll ein besonderes Augenmerk auf jene Familien gelegt werden, die schon länger auf Hartz-IV-

Leistungen angewiesen sind und in denen kein Elternteil erwerbstätig ist.

Wenn qualifizierte Fallmanager gemeinsam mit den Hilfesuchenden eine individuelle Eingliederungsstrategie entwickeln, soll die Teilnahme daran freiwillig
sein. Erst wenn es nach einem Jahr nicht geglückt sein sollte, zumindest ein Elternteil in den Arbeitsmarkt zu integrieren, schlagen BDA und DGB eine zeitlich
befristete, öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
vor. Annelie Buntenbach sagte, wer die Verhärtung von Armut bekämpfen wolle, müsse möglichst früh bei den Kindern ansetzen, weil Armutsperioden in der
Kindheit schnell zu lebenslanger Benachteiligung in finanzieller und beruflicher
Hinsicht, aber auch bei den Bildungschancen und der gesellschaftlichen Teilhabe
führten.

Kein Kind solle in einer Familie aufwachsen, in der kein Elternteil arbeitet oder einer anderen tagesstrukturierenden Tätigkeit nachgehe, zum Beispiel der Teilnahme an einer Fördermaßnahme. Nach Peter Clever solle sich der "Hartz-IV-Bezug nicht über Generationen vererben" dürfen. Prima, wenn immerhin schon mal erkannt wurde, dass Kinderarmut automatisch etwas damit zu tun hat, dass die betroffenen Kinder stets finanziell arme Eltern haben! Das war aber eigentlich seit ewigen Zeiten klar: Eltern sind arm, weil sie arbeitslos oder krank sind beziehungsweise im von SPD-Altkanzler Schröder brutal und schamlos ausgeweiteten Dumpinglohnsektor arbeiten müssen.

Mich würde interessieren, wo denn die – natürlich völlig freiwillig – von qualifizierten Fallmanagern des Jobcenters in Arbeit gesteckten Eltern arbeiten sollen. Entgegen der Regierungspropaganda mit ihren Lobeshymnen stehen keinesfalls viele unbesetzte Arbeitsplätze im Angebot. Gegen Kinderarmut soll es helfen, wenn wenigstens ein Elternteil in einer Familie, die schon länger vom ALG II vegetieren muss, in Arbeit gebracht wird. Das sollte *per se* Aufgabe von Arbeitsämtern sein und nicht eines gesonderten Projektes bedürfen, so wie beim Bäcker Brot gekauft oder beim Friseur das Haar geschnitten werden kann, ohne dass dafür ein geförderter Aktionsplan gebraucht würde!

Wenn es denn genügend Arbeit für alle gäbe, nicht bloß Jobs für ein paar Stunden in der Woche, dann würde es niemand wagen, ein Elternteil nach einem Jahr nicht in einem nicht vorhandenen Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren, sondern mit einer großen Portion kosmetischen Aktionismus in eine zeitlich befristete, öffentlich geförderte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu stopfen. Davon profitiert letztlich wieder nur die Arbeitslosenindustrie. Natürlich können Armutsperioden in der Kindheit in vielerlei Hinsicht zu lebenslanger Benachteiligung führen. Aber wie soll sich das ändern, wenn Eltern "freiwillig" in schlecht bezahlte, öffentlich geförderte Beschäftigung, also in Scheinarbeit gesteckt werden?

Weil Arbeit ja als solche schon glücklich machen muss? Sollen die Kinder frühzeitig lernen, wie erstrebenswert und Mut machend es zu sein hat, wenn immerhin ein Elternteil sogar mit einer Vollzeitstelle seinen Lebensunterhalt für die Familie nicht verdienen kann und auf ergänzendes ALG II angewiesen ist? Sollen sich die Kinder auch später gern in niedrige Löhne und Gehälter pressen lassen, um bloß nicht ganz in Hartz IV abzustürzen und wenigstens noch ein paar Cent mehr zu haben – Hauptsache, keine Verfolgungsbetreuung?

Wer Kinderarmut abschaffen will, muss anständige Löhne, die weit über dem sogenannten Mindestlohn liegen, oder endlich ein bedingungsloses Grundeinkommen schaffen! Hinter der Annahme, dass Erwerbslose keinen Tagesrhythmus hätten und diesen Zustand womöglich auf ihre Kinder und Kindeskinder "vererbten", steht wieder nur das hetzerische Bild vom den ganzen Tag Bier trinkenden, sich auf dem Sofa vor dem Flachbildfernseher lümmelnden Arbeitslosen, der auf Kosten der Steuerzahler irgendwie die Zeit "totschlägt".

2. Die Stadt Oberhausen kündigt an, dass Langzeitarbeitslose Flüchtlingen beim Umzug aus den Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen helfen sollen. Es müssten Möbel transportiert, aber auch Arbeiten wie Streichen und Tapezieren erledigt werden. Dafür extra Handwerker zu beauftragen, sei der Stadt zu teuer. Die "Arbeiterwohlfahrt" will sozialversicherungspflichtige Helferjobs schaffen, die zunächst für ein Jahr bewilligt werden, deren Laufzeit aber schon für zwei Jahre geplant ist. Das Projekt wird also mal wieder keine echte Arbeit darstellen.

Welchen Namen soll denn diese Maßnahme beziehungsweise dieser sozialversicherungspflichtige Job im Dumpinglohnbereich bekommen? Als Ein-EuroJob ist er sicher nicht zulässig, weil nicht "zusätzlich", wenn er normalen Handwerkern ihren Job wegnimmt. Auch Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) will Langzeitarbeitslose als Flüchtlingshelfer einsetzen. Gegenüber dem Rundfunk erklärte sie letzte Woche, der Bund solle die Programme für öffentlich geförderte Beschäftigung massiv ausweiten.

Sie sagte, es sei für die gesellschaftliche Akzeptanz nicht gut, wenn der Eindruck entstünde, dass viel für Flüchtlinge, aber wenig für jene getan werde, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer hätten. Es müsse im Einzelfall geprüft werden, wer für die Betreuung qualifiziert sei und infrage käme. Selbstredend wurde dieser Vorschlag von der Arbeitsagentur des Bundeslandes begrüßt. Agentur-Sprecher Werner Marquis fantasierte von der Möglichkeit, Menschen wieder zu Jobs zu verhelfen.

3. Der "Weser-Kurier" schreibt, dass durch "Tausende neue Flüchtlinge, Studenten, Rentner, Alleinerziehende auf dem engen Bremer Wohnungsmarkt" die Konkurrenz wachse. Ist es Zufall, Nachlässigkeit oder Absicht, dass die Erwerbslosen in dieser Aufzählung gar nicht berücksichtigt werden? "Wohnen darf kein Luxus werden"? Das aber wird es gerade, weil der Senat seit Jahrzehnten dieser Entwicklung nahezu tatenlos zusieht oder nur viel zu wenige neue Sozialwohnungen schafft. Gegensteuert wird mit einer aberwitzig zu geringen Sozialwohnungsquote, die kaum mehr als das Zischen eines Tropfens auf dem heißen Stein bedeutet.

Schon vor der Flüchtlingswelle reichte der Wohnungsmarkt hinten und vorne nicht aus. Fast alle günstigen Wohnungen sind längst vermietet. Wohin sollen die armen Vertriebenen ziehen, wenn der Winter vor dem Zelt steht, in dem sie ja kaum bleiben können? Während die Bauwirtschaft einer vervierfachten Quote kritisch gegenübersteht, weil sie wohl nicht genügend Profit abwirft, werden die Menschen in den Zelten frieren und die Erwerbslosen, Rentner, Studenten, die im Herbst neu nach Bremen kommen, sich um die wenigen Wohnungen "prügeln" müssen – hoffentlich nur sinnbildlich, aber das ist schon schlimm genug!

Den Flüchtlingen wird die "Schuld" für den knappen sozialen Wohnraum angelastet werden, obwohl er schon lange vorher bestanden hat und jetzt natürlich eskalieren muss. Ich befürchte, dass die bestehende Situation eher zu einer Spaltung der zunehmend mehr armen Menschen in diesem eigentlich reichen Deutschland führt als zu einer Solidarisierung untereinander. Vermutlich ist das auch genau so gewollt, weil von nun an der fortschreitende Sozialabbau ganz leicht mit dem Flüchtlingsstrom "begründet" werden kann.

4. In Deutschland nehmen sich immer mehr Menschen über 60 Jahren das Leben. Depressionen sollen zu der hohen Selbstmordrate führen. Von den 100.000 Menschen, die versuchen, sich selbst zu töten, sterben etwa 10.000. Nach Angaben der "Deutschen Stiftung Patientenschutz" steigt die Selbsttötungsrate bei den Übersechzigjährigen weiter besorgniserregend an. Unter den jährlich 10.000 Menschen, die sich das Leben nehmen, gehörten 45 Prozent dieser Altersgruppe

an, obwohl sie nur 27 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmache. Das sind mehr Tote im Jahr als durch Verkehrsunfälle, Mord, Totschlag, illegale Drogen und Aids zusammen. Die Betroffenen litten häufig an Depressionen, die oft nicht erkannt und somit nicht therapiert werden.

Dass in Pflegeheimen sogar die Hälfte der Bewohner depressive Symptome habe und jeder Fünfte unter schwerer Depression leide, wundert mich nicht bei diesen Lebensbedingungen. Ich glaube, da bedarf es weniger der Einrichtung eines erneuten Aktionsprogramms "Suizidprophylaxe 60 plus", das auch den Aufbau mobiler psychotherapeutischer und neurologischer Teams vorsieht, als vielmehr für ein lebenswertes Dasein zu sorgen, wo nicht im dokumentierten Minutentakt überlastete Pfleger(innen) hastig Dienstleistungen an den alten Menschen vollziehen, sondern eine menschliche Betreuung möglich ist, die statt der Stoppuhr Mitgefühl und Zeit zum Zuhören übrig hat.

Die Altersarmut wird noch explodieren, wenn ab 2030 nur noch 43 Prozent eines oft mickrigen Nettogehaltes als "Rente" bezahlt werden. Sobald auch noch die Pseudo-Grundsicherung den verarmten Senioren das Leben schwer macht, wird die Suizidrate sicherlich weiter ansteigen. Ich hoffe aber, dass vorher noch ganz viele Menschen mit mir zusammen über solche Null-Zukunft wütend werden, dass wir uns zusammentun und uns wehren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Sozialgericht Dresden hält Sanktionen für rechtswidrig: Existenzminimum darf nicht entzogen werden, wenn jemand Jobcenterauflagen bricht ("Junge Welt")

Die Riester-Rente ist vergeudetes Steuergeld

1. Die gesetzliche Rente ist unschlagbar, das hat die "Arbeitnehmerkammer Bremen" festgestellt: "Für seine Berechnungen ist Ingo Schäfer einen neuen Weg gegangen. Während bisher vor allem analysiert wurde, wie teuer die private Altersvorsorge ist und wie viel Rendite sie abwirft, oder dass zu wenige Menschen für das Alter vorsorgen, fragt sich der Experte: Funktioniert das Drei-Säulen-



Modell denn überhaupt im idealtypischen Fall? Der idealtypische Fall ist eine Person, die immer durchschnittlich verdient, nie arbeitslos wird und auf allen Vorsorgewegen spart – also gesetzlich, privat und betrieblich, so Schäfer. Von dieser

Voraussetzung geht auch die Bundesregierung seit den frühen 2000er Jahren bei ihren Modellrechnungen zum sogenannten "Gesamtversorgungsniveau in der Alterssicherung" aus."

Die Einzelheiten: "Drei-Säulen-Modell in der Kritik. Eine angemessene Wohnung, gelegentlich mal Essen gehen oder auch die eigenen Kinder unterstützen – wer lange gearbeitet hat, möchte sein Leben im Alter sorgenfrei genießen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass das mit der Einführung des Drei-Säulen-Modells (gesetzliche, private und betriebliche Rente) möglich ist. 'Doch das Drei-Säulen-Modell in der Altersvorsorge erfüllt diese geweckten Erwartungen nicht', sagt Ingo Schierenbeck, Hauptgeschäftsführer der 'Arbeitnehmerkammer Bremen'. 'Auch wer heute über alle drei Wege spart, wird nicht an das einstige Leistungsniveau der gesetzlichen Rente herankommen."

Die Vorzüge der Deutschen Rentenversicherung sind bereits in der Pressemitteilung stimmig benannt und stehen in der Studie ausführlicher. Auf dem Deckblatt heißt es: "Die Illusion von der Lebensstandardsicherung". Dazu Seite 4: "Die Bundesregierung verharmlost allerdings die tatsächlichen Wirkungen der Reformmaßnahmen, da sie relevante Aspekte in den Berechnungen außer acht lässt." Auch wer alle drei Säulen nutzt, kann nicht die Leistungen der Rentenversicherung vor der Reform absichern: "Denn trotz vermutlich höherer Gesamtbeiträge ist es unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich, eine dem Leistungsniveau vor den Reformen gleichwertige Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung und Tod zu gewähren."

Auf Seite 8 stehen die Subventionen für die privaten Versicherungsbeträge und die Schwierigkeiten, diese Beträge festzustellen. Für die Riester-Rente sind es circa 3,5 Milliarden Euro an Zulagen, für die Gehaltsumwandlung als Betriebsrente circa drei Milliarden an Beitrags- und 1,5 Milliarden Euro an Steuerausfall, insgesamt also acht Milliarden, die in der gesetzlichen Rentenversicherung besser aufgehoben wären. Auf Seite 9 steht, wegen der Mängel des Drei-Säulen-Modells sei es ratsam, den eingeschlagenen Reformpfad wieder zu verlassen und die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, um sozialen Abstieg der Versicherten zu vermeiden.

Die Studie hat noch die detaillierte Demontage der Berechnungen der Bundesregierung und Unverständnis über ihr Verhalten zu bieten, wie bereits vorstehend beschrieben. Auf Seite 33 stehen weitere Unterschiede der privaten und gesetzlichen Absicherung. Die Aushöhlung der gesetzlichen Rentenversicherung ist der falsche Weg, denn trotz höherer Gesamtbelastung der Versicherten überwiegen die Risiken und Nebenwirkungen bei der Neugestaltung. Ein Schlusswort, das meine volle Zustimmung findet!

Der Autor hat auch eine Studie über die Auswirkung der Mütterrente erstellt. Die Wechselwirkungen wurden einzigartig herausgearbeitet und gut beschrieben. Die auf Seite 8 der Studie genannten Vorarbeiten von Herrn Dr. Steffen aus dem Jahr 2014 sind im Internet nachlesbar. Die "Arbeitnehmerkammer" stellt dort auch die anderen Sozialversicherungsträger ins Rampenlicht.

2. Die Fraktion "Die Linke" titelt "Riester für Reiche – Rentenkürzungen für alle anderen" und schreibt: "Vor allem Beschäftigte mit einem Nettojahresgehalt von 60.000 Euro profitieren von der Riester-Rente. Aber am schlimmsten ist vor allem, dass SPD, Union und Grüne mit Riester rechtfertigen, dass sie seit dem Jahr 2000 die Rentenerhöhungen von der Lohnentwicklung abgekoppelt haben. Seit 2002 blieben die Renten im Osten um 5,7 und im Westen sogar um 8,4 Prozentpunkte hinter den Löhnen zurück! Aber die Mieten und die Lebenshaltungskosten stiegen und steigen immer weiter. Der Wert der Rente aber sinkt! Schuld daran ist vor allem ein Kürzungsfaktor in der Rentenanpassungsformel. Und der heißt: Riesterfaktor!

Man müsse ja wegen der demographischen Entwicklung privat vorsorgen, war das Argument. Unglaublich, aber wahr: Mit Steuergeldern werden nicht nur vor allem Reiche beim Riestern gefördert, nein, es werden auch noch die gesetzlichen Renten, auf die vor allem Geringverdienende, chronisch Kranke und Menschen mit brüchigen Erwerbsbiographien angewiesen sind, gekürzt. Das ist eine völlig falsche Politik. Die neue Studie des DIW belegt es ein weiteres Mal: Trotz Zulagen und steuerlicher Förderung kann aus den Niedriglohnbeiträgen mit Riester keine Leistung erwirtschaftet werden, die das bis 2030 drastisch sinkende Rentenniveau auch nur annähernd ausgleichen könnte.

Wer aber als Gutverdienender oder Gutverdienende die eigenen Riesterbeiträge steuerlich geltend machen kann und die Zulage kassiert, hat wesentlich mehr in der Tasche als jene mit durchschnittlichen oder niedrigen Einkommen. Diese sind aber wegen der Absenkung des Rentenniveaus besonders von Altersarmut bedroht. Das ist sozial ungerecht! Und es zeigt wieder einmal: Riester sollte freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung überführt, die Kürzungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel gestrichen werden, und insbesondere muss das Rentenniveau wieder auf lebensstandardsichernde 53 Prozent angehoben werden – das wäre der richtige Weg."

Die Riester-Rente ist vergeudetes Steuergeld, so lautete die Schlussfolgerung der Fraktion "Die Linke" aus der Antwort der Bundesregierung. In der Antwort sind auch die Fragen abgedruckt. Weitere Tücken der Riester-Verträge sind so nachzulesen.

Im Lissabonner EU-Vertrag hat sich die Bundesregierung verpflichtet, unsere sozialen Sicherungssysteme auf ein Minimum abzuschmelzen und damit private Versicherungen zu fördern. Warum ist die Riester-Rente ein solcher Verkaufsschlager? Auf Weisung der Bundesregierung muss die "Verbraucherzentrale" die Riester-Rente anbieten und vorteilhaft darstellen. Auch die gesetzlichen Rentenversicherungsträger sind verpflichtet, für die Riester-Verträge zu werben, obwohl sie die Negativfaktoren kennen. Die Versicherten hören überall die Notwendigkeit der Vorsorge. Gibt es denn solidere Fürsprecher als Verbraucherzentrale und Rentenversicherung? Die privaten Versicherungen erhalten so Neukunden.

Weder "Verbraucherzentralen" noch Rentenversicherungsträger dürfen Riester-Verträge vermitteln. Diese Werbung für die privaten Versicherungen ist kos-

tenlos. Die Versicherten der Deutschen Rentenversicherungsträger beziehungsweise die Steuerzahler decken diesen Aufwand. Gewonnen haben nur die Versicherungskonzerne. Walter Riester hat für eine Gewinnschwemme der Konzerne gesorgt. "Plusminus" hat über die Rentenkürzungen berichtet, das Drei-Säulen-Modell und Ingo Schäfer. Gemäß dem Beitrag hat Herr Riester damals satt gelogen!

Die Altersarmut ist bereits da, siehe 510. Bremer Montagsdemonstration. Immer mehr Menschen können von ihrer Rente nicht leben. Viele scheuen den Gang zum Sozialamt. Um diese Scheu zu überwinden, wurde die Sozialhilfe in "Grundsicherung im Alter" geändert. Die vorgesehenen Grundsicherungsämter sind aber leider oftmals im Sozialamt eingegliedert. Grundsicherungsleistungen müssen von den Kindern nicht zurückgezahlt werden, wenn diese jeweils weniger als 100.000 Euro pro Jahr verdienen.

3. Am letzten Montag war die Welt noch in Ordnung: Die Neubürger strahlten, siehe 535. Bremer Montagsdemonstration. Endlich mal positive Nachrichten aus und über Deutschland, weltweit! Zu den geschlossenen Grenzen heißt es jetzt: "Wir müssen wissen, wer einreist". Ein Münchner Polizist wurde gefragt, wie er die Personenkontrolle durchführt. Seine Antwort: "Ich schreibe auf, was der Mensch mir sagt. Ich muss es glauben. Eine Überprüfung ist nicht möglich." Nun ist die Grenze geschlossen. Eine Überprüfung der Angaben des Menschen ist weiterhin nicht möglich. Was hat sich geändert? Die Neubürger sind total verunsichert. Die Einreise wird erschwert und teilweise bereits an der Ungarischen Außengrenze unmöglich gemacht.

Die Asylsuchenden haben laut Minister Friedrich kein Wahlrecht für ihren künftigen Aufenthaltsort. Das hat er nicht näher ausgeführt. Wie steht es um die Familienzusammenführung? In Ungarn wurden Familien vor laufender Kamera auseinandergerissen. Kein Wahlrecht? Asylsuchende werden in das Land des Erstkontakts zurückgeschickt: Das geht nicht, gerichtlich wurde dies bereits als unverhältnismäßig untersagt. Asylsuchende werden in Bürgerkriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge "sortiert": Das geht nicht, auch die "sicheren Länder" sind nicht für alle Menschen aus diesen Ländern sicher, zum Beispiel nicht für Sinti und Roma. Wer bietet ihnen in den Herkunftsländern Sicherheit?

Asylantragssteller haben erst nach der Anerkennung auf Asyl einen Anspruch auf einen Deutschkurs. Die Menschen sind so viele Monate in Deutschland und können nicht am normalen Leben teilnehmen. Ohne Sprache ist vieles unmöglich. Wir sollten daraus lernen und den Deutschkurs sofort beginnen! Wie war das noch mal mit der Familienzusammenführung? Die Ehefrau sollte im Herkunftsland Deutsch lernen, erst nach bestandener Deutschprüfung durfte sie einreisen: Diese Regelung wurde schnell von einem Gericht gekippt. Räumen wir das Recht auf Familienzusammenführung ein! Wir sollten es so ändern, dass die Menschen es auch umgehend umsetzen können. Die Deutsche Botschaft hat in die-

sem Jahr keinen Termin mehr: Das ist unverständlich und unwürdig! Das Verfahren ist änderbar.

Hören wir auf, Menschen wie Zirkustiere einzusperren: Draht drum, Wachleute rein und kein Außenkontakt – gesehen in einem Beitrag aus Bayern. Eingesperrt über Jahre, gehindert am Gespräch über den Zaun der Asylunterkunft! Nach alledem ist der Deutschkurs eine sehr gute Investition: Wer doch wieder ausreisen muss, nimmt sein Wissen mit. So spricht alle Welt deutsch! Dies einfach als Ergänzung zu den Goethe-Instituten.

Warum nur legen CSU und jetzt auch die CDU so viel Wert auf eine Nähe zur Fremdenfeindlichkeit? Was soll die Hetze? Die "Georg-Elser-Initiative Bremen" hat 2009 die Ausstellung mit Begleitprogramm "Was damals Recht war" veranstaltet. Es gab viele Vorträge und Ausstellungsstücke. Der Film "Liebe deinen Feind" ist eine passende Ergänzung, siehe 535. Bremer Montagsdemonstration. Damals waren diese Fakten noch nicht bekannt. Die Nachkriegsgeschichte muss neu gedacht werden!

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen, Weicheinstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Zwei Richtungen im Umgang mit den Flüchtlingen



Am Wochenende kamen über 20.000 Flüchtlinge in München an. Sie wurden von zahllosen ehrenamtlichen Helfern trotz schwieriger Umstände herzlich empfangen und professionell versorgt. Das Willkommen unter der Bevölkerung war so überwältigend, dass Kanzlerin Merkel ihr wochenlanges Schweigen brechen musste, um sich nicht zu isolieren. Gestern kam die radikale Kehrtwende, und das wahre Gesicht der Bundesregierung zeigte sich: Sie macht die Grenzen dicht.

Bayerns CSU-Ministerpräsident Seehofer stellt sich an die Spitze der menschenverachtenden Scharfmacherei gegen Flüchtlinge. Dazu gehört die Einladung an den ungarischen Ministerpräsidenten Orbàn. Mit ihm, der die gesamte Grenze zu Serbien mit Panzerdraht und einem hohen Zaun abriegeln ließ, will Seehofer eine "gemeinsame Lösung des Flüchtlingsproblems" suchen. Bilder aus Ungarn gehen um die Welt, wie Polizisten wahllos Lebensmittel und Wasserflaschen in eine Menge von Flüchtlingen werfen: "Wie bei einer Tierfütterung", kommentierte ein "Tagesschau"-Sprecher fassungslos.

Seehofers hetzerische Äußerung, man bekomme "den Stöpsel nicht mehr auf die Flasche", liefert faschistischen Organisationen und rassistischen Bewegungen wie "Pegida" geistige Munition für das Abfackeln von Flüchtlingsheimen. Es war ein sehr wichtiges Zeichen, dass der antifaschistische Protest am letzten Samstag den geplanten Aufmarsch der Nazis in Hamburg und in Bremen verhindern konnte. Diese kleine Minderheit steht im Gegensatz zu einer in dieser Form bisherigen unbekannten Willkommenskultur in Deutschland.

In den letzten Tagen und Wochen haben Hunderttausende Menschen ihre Solidarität mit den Flüchtlingen gezeigt. Mit Spenden aller Art, nachbarschaftlicher Hilfe, mit kleinen und großen Gesten werden die Flüchtlinge auch hier in Bremen willkommen geheißen. Diese humanitäre Hilfe kann die schlimmste Not lindern, aber die Fluchtursachen nicht beseitigen. Wir erleben heute die mit über 60 Millionen Menschen größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Ursachen für die Flucht werden weitgehend ausgeblendet. Das ist kein Zufall: In Afrika haben subventionierte Lebensmittel der EU die einheimischen Märkte ruiniert, und jetzt kauft China im großen Stil ganze Ländereien auf. Die Kriege der USA und ihrer Verbündeten in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen haben diese Länder völlig zerrüttet. Die Hälfte aller Flüchtlinge kommt aus ihnen, 80 Prozent davon bleiben in der umliegenden Region. Im Libanon kommt ein Flüchtling auf drei Einheimische, in Deutschland ist es einer auf 100.

Als das viertreichste Land der Welt hat die Bundesrepublik eine große Verantwortung. Für uns sollte selbstverständlich sein, dass Menschen, die Opfer geworden sind, hier menschenwürdig aufgenommen werden. Aber das Motiv kann nicht nur Mitgefühl sein. Wer in die Flüchtlingsheime geht oder am Samstag hier auf dem Marktplatz bei der Solidarität mit dem Wiederaufbau in Kobanê Flüchtlinge kennengelernt hat, spürt auch, dass diese Menschen eine Bereicherung für uns sind, mit ihrem Lebensmut, ihren Erfahrungen, ihrer Kultur, ihrer Energie und ihren Fähigkeiten.

Sie brauchen sofort die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen und eine Ausbildung und Arbeit zu bekommen. Die Willkommenskultur ist die eine Seite, die andere ist dazu beizutragen und alles dafür zu tun, lebenswerte Verhältnisse in den jeweiligen Ländern zu schaffen, damit die Menschen nicht mehr fliehen müssen, sondern zurückkehren können. Deshalb werden alle Montagsdemonstrationen in Deutschland heute auch an die Befreiung von Kobanê erinnern.

Vor einem Jahr hatten faschistische IS-Banden die kurdische Stadt überfallen und zerstört, wurden aber nach 134 Tagen heldenhaften Kampfes besiegt. Inzwischen wird diese Stadt von der Bevölkerung wieder aufgebaut. Bereits 35.000 Flüchtlinge konnten trotz katastrophaler Bedingungen wieder zurückkehren. Sie bekommen beim Aufbau die Unterstützung internationaler Solidaritätsbrigaden. Nach wie vor verweigert jedoch die türkische Regierung einen humanitären Korridor, um Helfer, Baumaterial, Lebensmittel und medizinische Versorgung nach Kobanê zu bringen.

Deshalb haben weitere 140 Menschen am Samstag eine Petition zur Schaffung eines "humanitären Korridors" unterschrieben, in Deutschland haben wir die 20.000er-Marke "geknackt". Das internationale Solidaritätsfest am kommenden Samstag wird den Wiederaufbau in Kobanê in den Mittelpunkt stellen und alle Spenden für den Aufbau eines Gesundheitszentrums zur Verfügung stellen. Wir laden euch alle herzlich ein!

Harald Braun

Einladung zum Solidaritätsfest für den kurdischen Freiheitskampf



In den Räumen des Vereins "Birati" in der Friedrich-Ebert-Straße 20 findet am Samstag, dem 19. September 2015, zwischen 16 und 22 Uhr ein internationales Solidaritätsfest für den Wiederaufbau in Kobanê statt.

Die türkische AKP-Regierung führt Krieg gegen das kurdische Volk: Wohngebiete werden bombardiert, Frauen und Kinder ermor-

det, türkische Demokraten und Revolutionäre brutal unterdrückt. Über1.000 kurdische, alevitische und linke Aktivist(inn)en wurden bisher verhaftet, der faschistische "Islamische Staat" dagegen unterstützt. All das stößt weltweit auf breite Empörung und fordert die internationale Solidarität heraus.

Das Solidaritätsfest soll klare Zeichen setzen: Schluss mit den Kriegshandlungen des türkischen Regimes gegen den kurdischen Befreiungskampf! Schluss mit der Unterstützung der Aggression der türkischen Regierung durch Bundesregierung, EU und Nato! Der Kampf gegen die faschistische Barbarei des IS ist eine weltweite Aufgabe! Aufhebung des PKK-Verbots!

Rojava ist ein großes Vorbild für ein Zusammenleben ohne Ausbeutung und Unterdrückung: Es steht für Freiheit und Demokratie, friedliches Zusammenleben

aller Volksgruppen, gleiche Rechte von Frauen und Männern, Umweltschutz und die Lösung der sozialen Probleme.

Der Wiederaufbau von Kobanê braucht unsere Unterstützung. Die internationalen Brigaden der "Internationalen Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen" bauen zurzeit gemeinsam mit der kurdischen Bevölkerung in Kobanê ein Gesundheits-und Sozialzentrum auf. Die ersten Brigadisten und Brigadistinnen sind zurück und können von diesem begeisternden Projekt "live" berichten.

Wir möchten mit euch feiern, mit Musik, Tanz, vielfältiger Kultur, Infoständen und internationalem Buffet. Weitere Beiträge sind erwünscht. Der Eintritt ist frei, es wird um Spenden gebeten. Die Einnahmen dieses Festes kommen dem Wiederaufbau in Kobanê zugute. Wer Fragen hat oder Mitveranstalter werden möchte, wende sich bitte an mlpd.bremen(at)web.de.

Unterstützerkreis "Öffnet die Grenzen – Kobanê muss leben!", MLPD und "Rebell" Bremen

Ist das nun ein linker Wahlsieg: Alexis Tsipras vom Volk als Ministerpräsident Griechenlands bestätigt ("Spiegel-Online")

Fünf Euro mehr sind "zu hoch": Die sogenannte Erhöhung des Regelsatzes um 1,25 Prozent reicht nicht einmal aus, die Preissteigerungen für die Waren auszugleichen, die von Hartz betroffene Personen zum Lebensunterhalt benötigen ("BAG Hartz IV")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

537. Bremer Montagsdemo am 21. 09. 2015

Die Sanktionen im SGB II sind verfassungswidrig

1. Am Sonntag wurde auf "3sat" die "Gegendarstellung" von Max Uthoff ausgestrahlt, sehr sehens- und hörenswert. Es war kein Lacher möglich. Treffsicher landeten die Tatsachen im Ohr. Besonders gefallen hat mir die Aufdröselung der öffentlichen Meinung zu den Langzeitarbeitslosen und wie diese entstanden ist. Angesprochen wurden auch weitere Themen: Gelder an Griechenland zur Schuldentilgung



bei den deutschen Banken, dann hat das Geld wenigstens einmal die Sonne gesehen. Ein Krebsgeschwür bricht durch, weil das Gesundheitssystem in Griechenland teilweise abgeschafft wurde. Zum Freihandelsabkommen gab es natürlich nichts Positives, denn Uthoff lügt nicht. Riester und Konsorten mit den vollen Taschen: Wer immer das Gleiche sagt, hat recht?

Sofort folgte Christoph Sieber "Hoffnungslos optimistisch". Hier war lachen möglich, aber es blieb auch im Halse stecken. Er rüttelt auf: Die Armut ist gewollt! Diesen Dienstag geht "Die Anstalt" wieder auf Sendung, um 22:15 Uhr im ZDF. Die "Heute-Show" kündigt an: "Im Windschatten der großen Weltgeschehen gehen die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP ungehindert weiter. Oliver Welke informiert über den aktuellen Stand – und der ist alles andere als erfreulich." Zu sehen ist auch Herr Gabriel. Er sagt zu, dass es keine Geheimverhandlungen geben wird. Herr Gabriel hat seine Zusage nicht gehalten. Warum lässt er sich dies gefallen?

Am 10. Oktober 2015 wird in Berlin Kopf gezeigt: TTIP in die Tonne! Aber auch Ceta und Tisa! Ceta sei ausverhandelt und wird nicht wieder aufgeschnürt, sagt die EU. Über Tisa äußert sich die EU gar nicht erst. Ich bin sicher, am 11. Oktober ist die EU anderer Meinung. Wer nach Berlin will, wird bei der Mitfahrbörse fündig. Wer noch wankelmütig ist, schaut sich am besten den Bericht der ARD über das Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko an, siehe auch 522. Bremer Montagsdemonstration.

2. Die Griechen haben gewählt. Für die Regierungsbildung drücke ich die Daumen. Ich hoffe, dass Europa diesen Wählerwillen akzeptiert und für die Griechen eine sozialverträglichere Lösung gefunden wird. Natürlich wissen EU und IWF, was sie den Griechen zumuten: In dem Film "Die Spur der Troika" wird deutlich, dass der Wirtschaftsabschwung bewusst verursacht wurde!

Die Krise in **Griechenland** hat europaweit die Zinsen sinken lassen. Die Geldpolitik der EZB und der Investitionsprogramme der EU haben diese niedrigen Zinsen verfestigt. Geld ist für 0,05 Prozent erhältlich, nur leider nicht für Griechenland! Die US-Notenbank setzt ihre Niedrigzinspolitik fort. "Verwunderung über die Fed-Entscheidung", titelt der "Weser-Kurier". IWF-Chefin Lagarde hält eine Zinserhöhung Anfang 2016 für wünschenswert. Der IWF solle unverändert vier Prozent für seine Kredite verlangen und somit die Zinssenkungen nicht weitergeben.

Auch die EU verdient an den Krediten für Griechenland, Bremen nicht zu vergessen. Ohne die gesunkenen Zinsen entspräche der Bremer Haushalt bereits in den Vorjahren nicht den Vorstellungen des Stabilitätsrats. In der Sanierungsberichterstattung steht nichts von den Versäumnissen, der Übervorteilung der Schüler und den sozialen Schulden insgesamt! Im Herbst 2015 sollen neue Ziele vereinbart werden. Nach meiner Meinung kann das nur die Aufhebung der Schuldenbremse sein.

Die "Schwarze Null" des Bundes ist ebenfalls mit Hilfe der Übervorteilung Griechenlands entstanden – wobei es nach den Rahmenbedingungen der Bilanzen eine "Rote Null" war: Bei einer "Schwarzen Null" sind alle Risiken berücksichtigt, bei einer "Roten Null" nicht. Bei dieser (angeblich) "Schwarzen Null" wurden die Risiken nur verdrängt, nicht beziffert. Inzwischen wird aus der "Roten Null" eine blutige Null.

In den Flüchtlingslagern an der syrischen Grenze werden die Menschen von UN Hilfsorganisationen versorgt. Diese Hilfsorganisatoren können die Menschen nicht mehr ernähren. Ihnen fehlt das Geld. Auf dem Papier haben sie noch Geld, die Zahlungszusagen wurden aber bisher nicht eingehalten. So machen sich die Menschen auf den Weg nach Europa. Deutschland könnte dies ändern!

3. Die Weltgesundheitsorganisation warnt: Glyphosat verursacht wahrscheinlich Krebs. Jetzt muss Agrarminister Christian Schmidt dafür sorgen, dass die EU den Unkrautvernichter von Monsanto verbietet. Doch bisher weigert er sich, unserer Gesundheit Vorrang vor den Interessen Monsantos einzuräumen. Ein Teilerfolg ist die Verschiebung der Genehmigungsentscheidung um ein halbes Jahr. Wer mit dem Aufruf zur Unterzeichnung nichts anfangen kann, lese bitte die 532. Bremer Montagsdemonstration.

Das "Umweltinstitut München" schreibt, erste Stichproben-Untersuchungen gäben Anlass zur Sorge: Das gefährliche Ackergift Glyphosat finde sich inzwischen fast überall, in Gewässern und Lebensmitteln, in menschlichem Urin und sogar in der Muttermilch. Gesucht werden Teilnehmer(innen) für eine Flächen-

studie über die Belastung mit Glyphosat. Die Grundwasserwerte stimmen nicht mehr. Fegen auch Sie dieses Gift vom Teller!

"Radio Bremen" meldet: "Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) forderte eine Verschärfung des Pflanzenschutzgesetzes und attackierte seinen Kollegen im Bundesamt: Christian Schmidt (CSU) verhindere durch agrarfreundliche Ausnahmen einen Schutz des Grund- und Trinkwassers. Eine Ausnahmegenehmigung für das Herbizit Glyphosat hob Meyer sofort auf."

4. In Bremen fehlen bezahlbare **Wohnungen**. Das ist leider nichts Neues: Bereits 2013, bei einer Veranstaltung der "Arbeitnehmerkammer", wurde der Bausenator darauf angesprochen, ziemlich zum Schluss der Veranstaltung. Seine Reaktion lautete sinngemäß: "Ich habe keine Überlassungsanzeige vorliegen. Ich gehe somit davon aus, dass alles in Ordnung ist." Inzwischen haben wir das Jahr 2015 und den Ansturm der Neubürger. Was macht der Bausenator? Er will abwarten! Es wird Zeit zum Handeln. Bauanträge und Planungen sind keine Steine. Hoffentlich kommt er nunmehr in die Pötte! Den "Autofreien Stadtraum" hat er nicht mehr absagen können. Die Belustigung hat circa 100.000 Euro gekostet. Dies war lange geplant, angesichts der angespannten Haushaltslage!

Bremen spart bei den Menschen mit wenig Geld. Die Mietobergrenzen oder Mietrichtwerte sind total überholt. Wer als Leistungsbezieher seine Miete und Nebenkosten nicht voll erstattet bekommt, kann sich wehren. Wie dies geht? Einfach herkommen zur Montagsdemonstration, wir gehen mit! Wer im Leistungsbezug ist und umziehen möchte, muss einen triftigen Grund für den Umzug haben, oder er erhält keine umzugsbedingten Kosten erstattet. Es muss ein Grund sein, der auch Menschen ohne Leistungsbezug zum Umzug veranlassen würde. Die Umzugskosten müssen vor dem Umzug beantragt werden. Außerdem gibt es noch die Regelung, dass die neue Wohnung nicht teurer als die alte sein darf.

Wer auf Wohnungssuche geht, sollte dies dokumentieren. Wer endlich eine Wohnung gefunden hat, sollte sich von den Mietrichtwerten nicht erschrecken lassen, sondern mit dem Vermieter vereinbaren, dass er die Wohnung reserviert, und mit dem Mietvertrag oder einem Mietangebot zum Amt gehen. Die Sachbearbeiter(innen) können die Mietobergrenzen aushebeln und auch höhere Mieten bewilligen. Als Argument die Dokumentation über die Wohnungssuche anführen.

Wenn die Sachbearbeitung die neue Wohnung nicht bewilligt, kann die Hilfe des Sozialgerichts beantragt werden. Die Rechtsantragsstelle ist bis 12 Uhr erreichbar. Die Hilfe und das Eilverfahren sind für den Hilfebedürftigen kostenlos. Den Vermieter informieren und bei der Rechtsantragsstelle sagen, wie lange der Vermieter noch abwartet. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Die Mietobergrenzen stehen in der "Verwaltungsanweisung Wohnen". Auf Seite 11 heißt es: "Die Feststellung der konkreten Angemessenheit obliegt der Sachbearbeitung. Sie entscheidet, ob im Einzelfall die Richtwerte als angemessene Kosten der Unterkunft zugrunde gelegt werden, oder aber davon abweichend ei-

ne höhere angemessene Miete anzuerkennen ist." Wer aus einer Notlage in die jetzige Wohnung gezogen ist, kann gegen diese Regelung argumentieren und gegebenenfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, möglichst mit einem Wohnungsangebot im Schlepptau. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Wie sehr die Mieten in Bremen steigen und wie rar Wohnungen sind, geht aus dem "Statistischen Jahresbericht 2015" der "Arbeitnehmerkammer Bremen" hervor (ab Seite 28): "Die teils massiven Steigerungen sind ein deutlicher Hinweis für die Notwendigkeit der zügigen Umsetzung der sogenannten Mietpreisbremse (Rechtsverordnung zur Dämpfung des Mietanstiegs). Sie verhindert bei neu abgeschlossenen Mietverträgen einen Preissprung von über zehn Prozent gegenüber ortsüblichen Vergleichsmieten." Dieser Appell der "Arbeitnehmerkammer" stammt vom Juli. Der Bausenator will die ortsübliche Vergleichsmiete wahrscheinlich erst Mitte Oktober bestimmen, also errechnen oder festlegen – ob gerichtsfest, bleibt ungewiss.

5. Die **Sanktionen** im SGB II sind verfassungswidrig: Mit dieser Einschätzung schließt sich das Sozialgericht Dresden dem Vorlagebeschluss des Sozialgerichtes Gotha vom 26. Mai 2015 (Aktenzeichen S15 AS 5157/14) an. Die 50 Seiten des Vorlagebeschlusses sind lesenswert. Wer eine Sanktion angedroht bekommt, sollte bereits vor dem Ausfüllen des Fragebogens zu einer Beratungsstelle gehen, um die Sanktionierung zu verhindern.

Wer einen noch durch Widerspruch erreichbaren Sanktionsbescheid hat, sollte diesen Widerspruch einlegen und dazu eine Beratungsstelle aufsuchen. Für alle anderen Sanktionsbescheide ab 1. Januar 2014 können bis zum Jahresende Überprüfungsanträge gestellt werden, für jede Sanktion einen. Sie müssen begründet werden, zum Beispiel mit dem eventuell noch nicht entschiedenen Vorlagebeschluss oder auch durch die eigenen Besonderheiten. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen, Weicheinstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Jeder Satz eine Tat: Viele glauben, dass das Beleidigen, Beschimpfen und Bedrohen von Menschen unter Meinungsfreiheit falle ("Spiegel-Online")

Mit Humor gegen den Shitstorm: Berliner Verkehrsbetriebe wehren sich gegen nervige Kundenbeschwerden ("Tagesspiegel")

Folgenschwere Sparpolitik: Damit 77 Euro mehr Gewinn pro Volkswagen gemacht werden konnten, hat die Regierung die Manipulation von Diesel-Abgaswerten auf Kosten der öffentlichen Gesundheit gedeckt – doch auf diese Weise vernichteten gierige Manager 30 Milliarden Euro an Börsenwert ("Spiegel-Online")

Stoff für eine "Neiddebatte": Bund verspricht 670 Euro "Grundeinkommen" für Flüchtlinge – nur wird es der Länderbürokratie ausgezahlt *("Spiegel-Online")*

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

538. Bremer Montagsdemo am 28. 09. 2015

Wann werden Jobcenter für die von ihnen verursachten Schäden zur Rechenschaft gezogen?



1. Eine alleinerziehende Hartz-IV-Bezieherin, die mit ihren fünf Kindern in Visselhövede wohnt, stockte die schmale finanzielle Unterstützung durch Wareneinräumen in der Filiale einer großen Drogerie-Kette auf. Als im vergangenen Jahr eine dicke Nebenkostennachforderung von der Deutschen Annington – einer der größten deutschen Immobiliengesellschaften, die jetzt Vonovia heißt – ins Haus flatterte, legte sie gegen den Betrag von 1.320 Euro für 2013 sofort Widerspruch ein. Das Jobcenter Rotenburg prüfte

die Nebenkostenabrechnung ganze eineinhalb Jahre lang, um letztlich doch zu zahlen.

Jeder kann sich leicht vorstellen, dass die Deutsche Annington natürlich keine 18 Monate auf ihr Geld warten wollte und einen Anwalt engagierte, der selbstverständlich auch nicht umsonst arbeitet. Weil Cornelia Rose fürchtete, aus der Wohnung geworfen zu werden oder plötzlich ohne Strom, Heizung und warmes Wasser dazustehen, schaltete sie zwischendurch das Jugendamt ein. Für die 52-Jährige sieht es so aus, dass die Intervention des Jugendamts beim Jobcenter schließlich eine Zahlung der Nebenkostenabrechnung bewirkt habe. Doch in der Zwischenzeit hatten sich auch noch die Anwaltskosten in Höhe von 481,72 Euro angesammelt, die sie nun zahlen soll, obwohl sie diese Kosten nicht verursacht hat.

Ganz davon abgesehen, sei sie dazu trotz ihres Minijobs nicht in der Lage. Wenn Cornelia bis zum 5. Oktober 2015 die geforderte Summe nicht zahlt, müsse sie am 14. des Monats beim Amtsgericht Rotenburg erscheinen und eine Vermögensauskunft abgeben. Wenn sie diesen Termin nicht wahrnimmt oder sich weigert, ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen, könne auf Antrag des Gläubigers, in diesem Fall der Deutschen Annington, Haftbefehl erlassen werden. Schade, dass es so weit kommen "musste". Tatsächlich muss niemand 18 Monate lang

auf die Beantwortung seines Antrages auf Kostenübernahme warten, wie mir ein Bekannter erzählte.

Wenn ein solcher Antrag beim Jobcenter nach sechs Monaten immer noch nicht entschieden sei, könne beim Sozialgericht eine Untätigkeitsklage erhoben werden, um die Behörde zur Bearbeitung des Antrages zu verpflichten. Allerdings hätte schon unmittelbar nach Antragstellung bei der Behörde ein Eilantrag beim Sozialgericht gestellt werden können, weil in diesem Fall schließlich Eile geboten sei, damit keine Mietrückstände auflaufen. So weit hätte es deshalb hier nicht zu kommen brauchen, wenn der fünffachen Mutter kompetenter Rat erteilt worden wäre.

Wie schon berichtet, könne der Gläubiger aus zivilrechtlicher Sicht die Schulden für die Anwaltskosten des Vermieters eintreiben. Mein Bekannter hält es für unklug, die eidesstattliche Versicherung nicht abgeben zu wollen und stattdessen in Beugehaft zu gehen, da dies nichts Vorübergehendes sei: Sie "säße" so lange, bis sie "gebeugt" worden sei und die "Eidesstattliche" unterzeichnet. Nach Abgabe derselben blieben zivilrechtlich die nicht von ihr, sondern durch die Folge der langen Bearbeitungszeit der Behörde verursachten Schulden plus Verzinsung übrig.

Mir wurde mitgeteilt, dass sich hier zwei Möglichkeiten ergäben: Erstens die Amtshaftungsklage in erster Instanz beim Landgericht, wo allerdings Anwaltszwang sowie Prozess- und Anwaltskostenrisiko bestünden. Zweitens könne ein Antrag auf Kostenübernahme der Mietschulden (hier der Anwaltskosten des Vermieters) beim Jobcenter beantragt werden. Bei Nichtübernahme müsse dann Widerspruch eingelegt und anschließend Klage beim Sozialgericht eingereicht werden. Für mich ist es ein völliges Unding, dass Hartz-IV-Bezieher offenbar juristisch geschult sein müssen, um zu ihrem Recht zu kommen! An Zufälle glaube ich nicht. Wieso werden eigentlich keine Jobcenter beziehungsweise deren Sachbearbeiter in Haftung genommen?

2. Die Messlatte für Hartz-IV-Bezieher ist hoch. Sie müssen wahrlich immense Ansprüche der Jobcenter erfüllen, beispielsweise beinahe jeden Job annehmen, jeden Termin einhalten, auch wenn sie krank sind, und sie dürfen nur mit Genehmigung den Wohnort für ein paar Tage verlassen. Wer die teilweise offenkundig verfassungswidrigen Regeln verletzt, muss mit massiven Geldstrafen in Form von Sanktionen rechnen. Wenn jedoch Verbindlichkeiten vonseiten der Behörde erwartet werden, sieht die Welt gleich ganz anders aus. Es wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen.

Das Sozialgericht Dresden wartet schon seit Monaten auf angeforderte Unterlagen, doch das Jobcenter rührt sich nicht. Der Sozialrichterin Isabelle Rau platzte nun der Kragen, und sie schrieb als letzte Warnung, dass "bei allem Verständnis für Ihre angespannte **Personalsituation** ein derartiger Umgang mit dem Gericht nicht angemessen" sei. Seit Mai schon sollte die Hartz-IV-Behörde wichti-

ge Akten und eine Stellungnahme übersenden, doch die Damen und Herren dort kommen einfach nicht zu Potte.

Die Richterin ärgert sich, weil auch der Kläger auf eine wichtige Entscheidung wartete und das Verhalten des Jobcenters bei Gericht einen vermeidbaren zusätzlichen Aufwand verursachte. Das Gericht fordert die Behörde nun auf, ihre personelle Situation zu prüfen. Das Jobcenter behauptete allen Ernstes, es handele sich um einen Einzelfall, und die Widerspruchsstelle sei zusätzlich aufgestockt worden. Natürlich ist auch die Erde eine Scheibe, wie wir alle wissen. Wenn ich meine Nase in die Luft halte, dann riecht das für mich nach System! Wann endlich werden Jobcenter sanktioniert und für die von ihnen verursachten Schäden zur Rechenschaft gezogen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Ohne Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen laufen die Arbeitnehmer in eine Sackgasse

1. An den Fakten der Recherche-Sendungen kommt niemand vorbei. Die Arbeit der Journalisten und Kabarettisten ist erste Sahne! "Die Anstalt" hat diesmal die Fluchtgründe be- und die Schuldigen genannt. Wir sind es! So ganz nebenbei kam auch die "Blutige Null" ins Gespräch. Wolfgang Schäuble lässt Kürzungen prüfen, um die Null zu halten! Das ZDF hat auch Hintergrundinformationen zur Sendung mit Faktencheck veröffentlicht:



"Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der 'Anstalt' verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern, und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig." Meine Meinung dazu: Ein klares Ja!

"Extra 3"mit dem "Irrsinn der Woche" zeigte Christian Ehring in Hochform! Die Sendung durchleuchtete den VW-Skandal unter verschiedenen Gesichtspunkten.

Bei "Quer" bot Christoph Süß Sachverstand querbeet, es fehlten weder der Flüchtlingsstrom noch VW (wobei letzteres nicht in der Inhaltsangabe enthalten ist).

Ein Beitrag hieß "Grenzwertig: Wie viel Obergrenze verträgt das Asylrecht?": "Während Helferkreise und Behörden jeden Tag mit größter Energie versuchen, den Flüchtlingsstrom auf das Land zu verteilen und den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten, verschärft sich die Rhetorik der Politik. Nach der kurzen Phase der offenen Grenze lädt die CSU den ungarischen Stacheldraht-Verleger Viktor Orban zur Klausur, das Wort der Woche ist "Obergrenze". Abschottung und Kontingent-Ideen beherrschen die politische Tagesordnung. "Quer" fragt: Fühlen sich Bürger und Helfer tatsächlich schon am Anschlag? Und ist eine Obergrenze für die Flüchtlingsaufnahme überhaupt mit dem Grundrecht auf Asyl vereinbar?"

Meine Meinung: Einige Politiker könnten inzwischen ehrenhalber in die NPD aufgenommen werden! Sie sollten wechseln! Die "Heute-Show" darf nicht fehlen. Die Politik und VW bekommen auch hier etwas auf die Ohren. VW wurde in den vorstehenden Sendungen für schuldig befunden. Aktuell versuchen einige Medien mit dem Verweis auf andere Hersteller den Skandal kleinzureden. Bisher steht nur fest: Alle haben gewusst, dass die Abgastests wirklichkeitsfremd sind. Warum hat VW zusätzlich eine Betrugsschleife eingebaut?

Ist Martin Winterkorn zurückgetreten? Oder ist der Rücktritt noch nicht vollzogen? Es ist ja etwas verworren. Ein normaler Arbeitnehmer hätte längst seine fristlose Kündigung erhalten. Abfindung? Pustekuchen. Ankündigungen, klar! Herr Winterkorn hat unstrittig seinen Rücktritt angeboten. Dies hat den Aufsichtsrat erfreut. Allerdings möchte Winterkorn in der VW-Holding weitermachen. Ein reuiger Sünder sieht anders aus! Der Aufsichtsrat hat das Rücktrittsangebot versilbert. Ob sie sich einig geworden sind? Zumindest dürfte durch die Abfindung jedweder Regressanspruch erschlagen worden sein. VW wird mit jedem Zaudern des Herrn Winterkorn ein weiteres Büschel Federn verlieren!

2. Weiter geht es mit den Flüchtlingen, den Ursachen der Flucht, der Talfahrt des Milchpreises. Fangen wir in Europa an: "Ackerland wird weltweit rar – auch in Europa. Aktiengesellschaften, börsennotierte Fonds und branchenfremde Unternehmen investieren zunehmend in Land. Die kleinen Bauern können gegen diese Marktmacht kaum mehr bestehen. Die Folge: Das Land befindet sich zunehmend in der Hand einiger weniger. Ackerland ist das neue Gold der Kapitalmärkte, und zwar in ganz Europa.

Rumänien ist für internationale Investoren besonders attraktiv. Zwar gab es schon während des Sozialismus riesige Agrarstrukturen, doch seit der Öffnung des Ostens kaufen sich immer mehr ausländische Investoren ein. Ganze Regionen wurden zu Agrarlandschaften mit gigantischen Flächen, die nach der Ernte wie braune und verlassene Wüsten aussehen. Kritiker bezeichnen diese Entwicklung schlicht als "Landraub", Investoren dagegen argumentieren mit der Schaffung von Arbeitsplätzen."

Die großen Flächen werden anders bewirtschaftet, insbesondere die Kleinbauern verlieren ihren Broterwerb. In Rumänien waren es viel kleine Flächen. Zahlreiche Familien wurden so entwurzelt. Zwar wurden die Bauern ausgezahlt, aber die neuen Betriebe brauchen nicht so viele Bauern, denn im Großen wird leistungsstarke Technik eingesetzt. Die Milchpreise sind ein Ergebnis davon, allerdings auch die Monokultur und damit eine wesentliche Umweltzerstörung. Die Bauern sind heimatlos.

"Titel, Thesen, Temperamente" hat unter anderem über den Landraub berichtet: "Staaten wie China und Indien, multinationale Energie- und Rohstoffkonzerne, Banken, Fonds und reiche Privatanleger investieren in Grund und Boden. Bevorzugt dort, wo er billig ist, die Eigentumsverhältnisse unübersichtlich sind, die Korruption blüht und zivilgesellschaftliche Strukturen fehlen: in Afrika, Asien, Südamerika oder Osteuropa. Und nicht selten machen die neuen Landlords ausgerechnet in jenen Ländern Jagd auf die Äcker, in denen die Bevölkerung hungert wie in Äthiopien, im Sudan oder in Kenia.

Es sind EU-Programme, mit deren Hilfe unter anderem riesige Zuckerrohrund Palmöl-Plantagen entstehen – angebaut für Lebensmittel, Biosprit und Kosmetikprodukte in Europa. Die europäische Energiepolitik heizt die Nachfrage nach Boden zusätzlich an, und die Weltbank wirkt mit ihrer Kreditvergabe als Brandbeschleuniger. Nicht zuletzt aber ist es unsere Gier, die den Ausverkauf der Erde in Gang gesetzt hat."

In Kambodscha setzt sich ein Mönch für die Kleinbauern ein. Die neuen Besitzer brennen alles nieder. Die Bauern müssen zusehen, wie ihre Hütten, Bauernhöfe und alles andere vernichtet werden. "Hast du dich gewehrt?", fragt der Mönch eine Bäuerin. "Nein, ich habe mich nicht getraut!" Der Mönch hat mit seinem Einsatz Erfolg gehabt. Der Dokumentarfilm "Landraub" kommt in die Kinos.

Die erwerbslosen Menschen haben keine Zukunftsperspektive mehr. Wer kann, kommt zu uns! Diese Wanderung steht uns noch bevor. Dabei geht es auch anders: Die Kleinbauern unterstützen. Die Menschen können sich von der Landwirtschaft ernähren. Auch dies zeigt der Film. Die Frage Mensch oder Maschine, Kleinbetrieb mit viel Handarbeit oder möglichst vollautomatische Produktion – dies ist eine Weichenstellung in vielen Bereichen unseres Lebens!

Mir ist jeder Neubürger willkommen! Wenn sie bleiben, haben wir keine Sorgen mehr mit der Altersstruktur oder dem Nachfragerückgang entsprechend der schrumpfenden Bevölkerung. Der Weg dahin ist steinig und weit, aber er lohnt sich. "Wir haben viele freie Stellen", sagt der Vizekanzler. Ob es tatsächlich tragfähige Arbeitsplätze sind, von denen mensch leben kann, sei dahingestellt. Die Bundesagentur für Arbeit hat diese jedenfalls ungeprüft in die Jobbörse gelassen.

3. Das "Internet der Dinge" hat Eigendynamik entwickelt: Nun bestellt der Kühlschrank, was fehlt – salopp gesagt. Die Maschinen korrespondieren betriebsübergreifend miteinander, ohne menschliche Mitwirkung. Das Schadstofffreischaltungsprogramm in den Volkswagen zeigt negativ die Stärken der Software. Diese Software verändert sich selbständig durch Erfahrung, bis die Maschinen "mehr wissen" als der Mensch. "Industrie 4.0" ist das Schlagwort für die Automatisierung der Industrie.

Im Hamburger Hafen läuft ein Probebetrieb. Demnach sind eventuell rund 60 Prozent der jetzt vorhandenen **Arbeitsplätze** verzichtbar. Ich war in Bremerhaven. Vom Bus aus konnten wir verfolgen, wie ein Schiff entladen wurde. Gearbeitet wurde mit drei Brücken, es gab Containertransporte und Einweiser. Bei "Industrie 4.0" ist das Personal verschwunden: Die Brücken, die Containertransporter fahren allein, ohne Qualitätsverlust. Der Gewinnsprung ist gewaltig! Wie viel dieser Wertschöpfung erhält die Gesellschaft?

Nur die Lascher auf dem Schiff bleiben übrig. Sie lösen manuell Sicherheitsverbindungen der Container. Wie lange noch? Die ankommenden Lkw werden bereits bei der Abfahrt vom Auftraggeber erfasst und mit genauen Zeit- und Zielvorgaben ins Hafengebiet gelotst, noch mit Fahrer – wir sind ja auch erst bei "Version 4.0"! Selbst in der Zentrale ist kein zusätzliches Personal nötig, denn die Software kann ohne menschliches Eingreifen die Steuerung vornehmen. Nicht nur der Hafenarbeiter wird selten. Nach einer Studie der Bundesarbeitsministerin ist mit der Automatisierung jeder achte Arbeitsplatz in den nächsten zehn bis 20 Jahren gefährdet.

Damit ist bewiesen, dass die Arbeitsplätze rar werden! Frau Nahles sieht es so: "Gute Arbeit verlangt, das Emanzipations- und Humanisierungspotenzial der neuen Technologien auch zu nutzen", so die Ministerin. "Es gilt, zukunftsweisende Modelle zu entwickeln, welche die ureigenen Fähigkeiten der Menschen – Kreativität und Urteilskraft – mit den technologischen Möglichkeiten von Maschinen und Algorithmen sinnvoll kombinieren." Wie genau? Ohne Arbeitszeitverkürzung und ohne Grundeinkommen laufen die Arbeitnehmer(innen) in eine Sackgasse. Natürlich müssen die Löhne und Gehälter wieder schneller steigen. Die Lebensleistung muss bei der Rentenberechnung wieder mit der alten Formel bewertet werden. Es gibt viel zu tun. Heute!

4. Die Jobcenter sind eine Behörde. Sie verpflichten sich, einen Teil der Leistungsansprüche der Erwerbslosen nicht auszuzahlen. Wie dies geht? Durch Sanktionen und Leistungsverweigerung. Elisabeth hat zwei Fehlleistungen eines Jobcenters thematisiert. Hinzu kommen der Verlust von eingehenden Unterlagen oder die Löschung der Lebensleistung im Lebenslauf des Erwerbslosen. Getrickst wird weisungsgerecht.

Dienstaufsichtsbeschwerden sind erfolglos, weil die Mitarbeiter gemäß Anweisung gehandelt oder unterlassen haben. Die Jobcenter hatten mal viel Papier liegen, unerledigte Widersprüche. Frank-Jürgen Weise erhielt die Anweisung, diesen Berg schnell abzuarbeiten. Eingeführt wurde die quotierte Ablehnung der Widersprüche: 30 Prozent konnten anerkannt werden, und ihnen wurde abgeholfen, doch 70 Prozent waren abzulehnen, egal was darin stand. So schrumpfte der Berg.

Wer mit einer solchen Ablehnung Klage einreichte, wurde teilweise sofort klaglos gestellt, erhielt sein Geld, und die Sache war erledigt. Heute ist Herr Weise wieder für einen Berg von Papier zuständig: Er soll die vorliegenden Asylanträge abarbeiten und trotz des Andrangs auf dem Laufenden bleiben. Herr Wiese ist ein Manager, stellt der Innenminister fest, er schafft es! Hoffentlich mit legalen Mitteln und nicht wie bei den Erwerbslosen mit quotierten Formbriefen!

Bremen hat seit vielen Monaten keinen funktionierenden Wohnungsmarkt mehr. Wer als Leistungsbezieher immer noch die Kosten der Unterkunft – also Miete, Heizung und Nebenkosten – nicht voll erstattet bekommt, kann handeln, wie bei der 535. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Ich höre oft: "Ich habe dafür unterschrieben, ich muss diesen Mietanteil selbst zahlen." Auf Nachfrage erfahre ich das Übliche: Vor Anmietung der Wohnung musste die Behörde zustimmen. "Wenn ich nicht den Eigenanteil unterschrieben hätte, dann hätte die Behörde mir diese Wohnung nicht genehmigt." Dies ist eine Nötigung, die Unterschrift damit nicht verbindlich. Die Zusage lässt sich einfach widerrufen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

5. Die "Blutige Null" wird nutzlos, wenn die Großkonzerne nicht endlich alle steuerehrlich werden. Der Bundeshaushalt verschweigt einfach zu viele notwendige Ausgaben. Wann beendet Luxemburg diesen Betrug an der Gesellschaft? Das "Europamagazin" hat dazu festgestellt: "Am Donnerstag sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor dem Luxleaks-Ausschuss aus. In der kommenden Woche folgen Wolfgang Schäuble und seine Amtskollegen aus Frankreich, Spanien und Italien. Der Ausschuss soll die Luxemburg-Leaks-Affäre aufarbeiten und das Problem der Steuervermeidung behandeln.

Während der Ausschuss versucht, Licht in die Affäre zu bringen, sitzen in den Beratergremien der Kommission genau die Player, die schon beim Skandal tragende Rollen spielten. Ausgerechnet Vertreter von luxemburgischen Banken und der Beraterfirma PricewaterhouseCoopers sollen nun neue gerechtere Steuermodelle für die EU entwickeln." In dem Film erklärt ein etwas anderer Juncker, er habe damit nichts zu tun – eine leider sehenswerte Frechheit. Die Reporter(innen) dürfen nicht einmal die ankommenden Teilnehmer der Beratungsrunde filmen. Wahrscheinlicher Grund sind ihre zu bekannten Gesichter, bekannt als Mitarbeiter(innen) der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften!

6. "Der Staat gegen Fritz Bauer" heißt ein Beitrag in "Titel, Thesen Temperamente". Ein Staatsanwalt will die Verbrechen von Auschwitz vor Gericht bringen, doch die Rahmenbedingungen sind gegen ihn. "Strukturhandlungen" der Amerikaner haben Personenschutz für Nazis gegen Wissen und Erpressbarkeit eingetauscht. Dies wird in dem Film gut herausgearbeitet. Die neuesten Funde im Archiv der Amerikaner haben dies untermauert, bitte dazu die Seite zur 535. Bremer Montagsdemonstration lesen und den Film "Dienstbereit" ansehen! Herr Bauer hat den Chef von Interpol, einen Nazi mit Amerikas Gnaden, vom Aufenthalt

Eichmanns informiert. Herr Bauer ahnte nichts davon, von der Nazi-Dominanz im Bundesnachrichtendienst auch nicht. Ein aufrüttelnder Film.

Wenn ich dies alles so sacken lasse, merke ich: Mein Weltbild hat sich in den letzten elf Jahren total geändert. Ich verstehe die Welt jetzt anders, aber ich möchte sie so nicht lassen. Dies waren nun viele Informationen über Entscheidungen, Weicheinstellungen, die sozial betrachtet anders sein müssten. Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen, auch bei der **Demo gegen TTIP** am **10. Oktober 2015** in **Berlin**: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

539. Bremer Montagsdemo am 05. 10. 2015

Mit den Sanktionen wird das Sozialrecht als Strafrecht missbraucht



25 Jahre Deutsche Einheit – deren Bilanz kann sich laut unserer Bundesregierung sehen lassen. Deutschland habe große Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gemacht, die Wirtschaftsleistung in den neuen Ländern sich mehr als verdoppelt. Die Zahl der Arbeitslosen sei auf ein Rekordtief gesunken. Neben der guten Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sei auch die Haushaltskonsolidierung weiter vorangeschritten und der Schuldenstand der

neuen Länder sogar deutlich niedriger als in westdeutschen Vergleichsländern wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland oder Schleswig-Holstein.

Nein, in diese unkritische Lobhudelei mag ich so gar nicht mit einstimmen! Mir gefällt, dass die Mauer "gefallen" ist und der Unrechtsstaat DDR, der die Menschen bespitzelte und nicht ausreisen ließ, wie sie wollten, – ja, was eigentlich? – abgeschafft, annektiert, einverleibt wurde. Eine echte Vereinigung konnte wohl kaum entstehen, indem die ostdeutschen Länder den westdeutschen Ländern "angegliedert" wurden. Leider vermochte auch niemand ein einst so viel gepriesenes Schlaraffenland zu betreten, in dem es zwar Bananen in Hülle und Fülle gab, aber von der besagten Freiheit für alle leider jede Spur fehlte.

Bei der gefeierten Selbstbeweihräucherung der Deutschen Einheit können alle volkswirtschaftlichen Erfolgsmeldungen nicht über die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft hinwegtäuschen, für die die Sozialpolitik der Bundesregierung verantwortlich ist. Trotz guter Konjunktur und wachsender Erwerbstätigkeit insgesamt können am tatsächlich wachsenden Wohlstand leider immer weniger Menschen teilhaben. Beständig werden mehr von ihnen ausgegrenzt: 15,5 Prozent müssen mittlerweile unter der Armutsgrenze vegetieren. Inzwischen verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit oberhalb der Millionengrenze, wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer.

Während die Mauer aus Stein Stück für Stück abgetragen wurde, wuchs eine neue Grenze heran, die von Rot-Grün und den etablierten Parteien insgesamt als neue Armut, auch Hartz IV genannt, systematisch herangezüchtet wurde. Mehr als sieben Billionen Euro Privatvermögen in Deutschland stehen den Dumpinglöhnern, den Hartz-IV-Beziehern, der wachsenden Altersarmut, den überschuldeten Erwachsenen gegenüber, von denen im Schnitt jeder über 32.600 Euro Schulden hat. Insbesondere Langzeitarbeitslose, Kinder in einkommensschwachen Familien und arme ältere Menschen gehören zu den großen Verlierern dieser Art von Politik, die auf eine angemessene Besteuerung sehr hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften verzichtet.

Obwohl unsere Verfassung, unser Grundgesetz als wirklich erhaltenswerter Glücksfall zu sehen ist, gibt es immer wieder Bestrebungen, sie abzuschaffen. Im Moment will Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) die Zuwanderung begrenzen und in diesem Zusammenhang auch das Grundrecht auf Asyl antasten. Es ist offenkundig, wie sehr das Elend der zu uns geflüchteten Menschen dazu missbraucht werden soll, weiteren Sozialabbau als unumgänglich zu erklären.

Bei der Frage, inwieweit Ausbeutung mit der Würde des Menschen vereinbar ist, wird gerne übersehen, dass für Erwerbslose fundamentale Grundrechte missachtet werden. Schließlich müssen Erwerbslose nahezu jede Beschäftigung annehmen. Ihnen werden vielfach Tätigkeiten zugewiesen, die unbezahlt sind. Dies widerspricht der im Grundgesetz verankerten freien Berufswahl und erinnert stark an Zwangsarbeit. Die Bundesrepublik wurde bereits vom UN- Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aufgefordert, "die Menschenrechte in die Umsetzung des Armutsbekämpfungsprogramms einzubeziehen".

In der DDR konnten die Menschen wegen der Mauer, die als "antikapitalistischer Schutzwall" euphemisiert wurde, nicht reisen. Heute können die Menschen theoretisch verreisen, Urlaub machen, so viel sie wollen, wenn ihr Portemonnaie denn gefüllt ist, sie es sich finanziell und "sozial" leisten können, sie also nicht zu den ausgegrenzten, stigmatisierten Menschen zweiter Klasse im Land gehören, den Langzeitarbeitslosen, denen Begriffe wie "abgehängtes Prekariat" oder "bildungsferne Schichten" aufgedrückt werden. Hartz- IV-Bezieher sind auch zur Ortsanwesenheit verpflichtet. Diese Regelung kann nur für maximal 21 Tage pro Jahr ausgesetzt werden, sofern die Ortsabwesenheit zuvor beim Jobcenter angezeigt und genehmigt wird.

Leider gibt es immer wieder Gerichte, die Eingliederungsvereinbarung samt Pflicht zur Ortsanwesenheit als gesetzeskonform bewerten. Nicht erst dann, wenn das Sozialrecht mit Sanktionen als Strafrecht missbraucht wird, ist das Existenzminimum bei Hartz IV nicht gesichert! Während mit der größten Selbstverständlichkeit fundamentale Grundrechte dreist missachtet werden, wird das menschenverachtende Hartz IV von den Regierenden als Reform gefeiert, um sogenannten Faulpelzen das Dasein schwer zu machen: Mit Hartz IV soll kein Leben in Ruhe möglich sein.

Der Ökonom Philip Kovce kritisiert, wer fördern wolle, dürfe gerade nicht strafen. Wir hätten uns "von den unsäglichen Sanktionen zu verabschieden, die scheinbar Faulenzer bessern sollen, tatsächlich jedoch Freie knechten und Flei-

ßigen drohen, die sich den oftmals unsinnigen Forderungen der Jobcenter widersetzen". Er sagte, dass das Ende der Hartz-IV-Sanktionen der Beginn einer sozialliberalen Gesellschaft wäre, das "Vorspiel eines steuerfinanzierten bedingungslosen Grundeinkommens" und ein wichtiger Schritt, unsere Demokratie lupenreiner zu machen.

Grundgesetz, Freiheit, Einheit sind also nicht für alle zu haben, die in Deutschland leben und nun 25 Jahre Deutsche Einheit feiern sollen. Mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen wird ein Versuch unternommen, die Maschen des Sozialstaates immer größer werden zu lassen und den ehemaligen, eigentlich im Grundgesetz verankerten Sozialstaat, von einem Welfare- zum Workfare-Staat zu "wandeln", besser: zu zwingen, indem die Menschlichkeit der Profitmaximierung untergeordnet werden soll.

Angeblich sollte "nur" der Arbeitsmarkt grundlegend reformiert werden, um die öffentlichen Kassen zu entlasten, was mehr als fehlgeschlagen ist. Hartz IV machte Schluss mit Prinzipien des Sozialstaates, zu denen die Sicherung des Lebensstandards sowie Bestands-, Berufs- und Qualifikationsschutz zählen. Das ist nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Wie lange dauert es noch, bis dies endlich auch von höchstrichterlicher Stelle nicht nur angeprangert, sondern verboten wird? Es wird Zeit, die leeren öffentlichen Kassen mit den Geldern der Millionäre, der Milliardäre zu füllen, die sich aus allem immer so schön raushalten dürfen, weil Privateigentum ja geschützt ist. Dass Eigentum auch verpflichtet, scheint ganz bewusst "in Vergessenheit" geraten zu sollen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

Aufruf an die Vernünftigen

Pegidisten und Bregisten,
Euch benutzen doch Faschisten!
Und in diesen freiem Land
Braucht man manchmal auch Verstand,
Um die Dinge recht zu sehen,
Menschenrechte zu verstehen.
Wenn sie Menschen hier verfolgen,
Hat es schlimme, schlimme Folgen –
Es ist dann kein freies Land.
Mensch, benutz doch den Verstand!

Das habe ich im Jahr 2014 geschrieben, und jetzt will ich wieder aufrufen: Liebe Menschen, benutzt doch den Verstand! Viele kennen den Namen Alexander Solschenizyn, den Autor des Buches "Archipel Gulag". Solschenizyn war nicht nur

ein Kritiker der Stalin-Diktatur, sondern auch ein Denker und Philosoph, und hat noch 1993 gesagt:

"Es müssen viele ethische Forderungen, die wir gegenüber einzelnen Menschen erheben – Ehrlichkeit statt Niedertracht und Betrug, Großmut und Güte statt Gier und Bosheit –, in erheblichen Ausmaß auch gegenüber der Politik der Staaten, Regierungen, Parlamenten und Parteien erhoben werden. Wenn aber die Politik nicht auf ethischen Prinzipien aufbaut, dann hat die Menschheit überhaupt keine Zukunft mehr. In den Geschäftsbeziehungen herrscht eiskaltes Berechnen, das sogar zur allgemein akzeptierten Verhaltensnorm geworden ist.

Es gilt als unverzeihlicher Fehler, seinem Konkurrenten oder Opponenten irgendwo nachzugeben, wenn man ihm in Stellung, Stärke oder Reichtum überlegen ist. Für jedes Ereignis, jede Handlung, jede Absicht gilt als entscheidender Maßstab der juristische. Wir müssen noch froh darüber sein, dass dieser Juristenhypnose die solide menschliche Natur Widerstand leisten, sich nicht bis hin zu geistiger Lähmung und Gleichgültigkeit gegenüber fremdem Unglück einschläfern lässt. So gibt es viele Menschen im Westen, denen es gut geht und die bereitwillig auf fernen Schmerz und fremdes Leid reagieren, Dinge und Geld opfern, oft mit persönlichen Einsatz."

Und ich rufe viele Menschen in diesem Land zur Vernunft: Lasst euch nicht manipulieren! Hört auf, im Internet und in den Medien Nachrichten in Form von Videos oder Fotos zu verbreiten, die Hass und Angst vor den Flüchtlingen verbreiten. Vor einem guten Leben läuft man nicht weg. Die Menschen fliehen von Krieg, von Hunger und Hoffnungslosigkeit. Viele aus diesem Land waren auch schon mal auf der Flucht oder einfach neu in einem fremden Land und wissen, wie schwer es ist, ein Fremdling zu sein und sich nicht verstanden zu fühlen.

Es ist auch die Politik der heutigen Regierung: Sie braucht den Unmut und die Angst der Menschen, um die allgemeine Freiheit und die Menschenrechte zu begrenzen. So lassen sich das totale Abhören und die Bespitzelungen rechtfertigen. Unter dem Vorwand der Sicherheit kommt jetzt der freie Datenaustausch von Polizei und Behörden. Von Datenschutz und Privatsphäre der einzelnen Personen ist schon keine Rede mehr, und das bedeutet, dass die Würde der Menschen nicht geachtet wird. Es wird alles dafür getan, dass die Menschen einverstanden sind, für kleines Geld jede Arbeit zu machen – dazu gehören auch Bespitzelung, Hass verbreiten oder provozieren.

Vergesst nicht, wie schnell es in der Ukraine ging! Wie schnell war gerechter Unmut von Menschen in Hass und Angst vor allem Russischen umgewandelt. Die Menschen waren und sind auch jetzt einfach manipuliert. Manche glauben jetzt, dass Russland während des Zweiten Weltkrieges die Ukraine erobert habe. So werden die Fakten verdreht, denn Russland hat die Ukraine und auch Europa von den Faschisten befreit. Darum denkt nach: Wer kann solche Lügen verbreiten? Darum rufen alle vernünftigen Menschen: Gebt dem Hass keine Nahrung und prüft jede Nachricht aus Medien und Internet, und wenn ihr da den Hass auch gegen einzelne Menschen sieht – verbreitet das nicht!

Die Fakten sind manchmal übertrieben, verlogen oder verdreht. Die Flüchtlinge sind traumatisiert und leben jetzt in unwürdigen Verhältnissen. Natürlich kommen Emotionen und Aggressionen raus, aber das kann man auch viel in einheimischen Familien, Kneipen und Schulen sehen. Wir sind doch alle nur Menschen, keine Roboter, wie sich manche Politiker wünschen. Nun sind wir wieder in einer solchen Lage, wo die Faschisten zu Macht kommen können. Doch den Dritten Weltkrieg mit modernen Vernichtungswaffen überlebt keiner. Dann hat die Menschheit keine Zukunft mehr.

Valentina Schneider

Gegen die nutzlosen Freihandelsabkommen demonstrieren!



Ich wollte diese Woche auf der Bremer Montagsdemo alle Verbesserungen durch die Freihandelsabkommen thematisieren. Ich habe im Vorfeld um Unterstützung gebeten – und erhalten. Auf der Montagsdemo habe ich die Anwesenden gefragt: "Welche Vorteile bringen die Freihandelsabkommen?" Es war ein schwieriges Unterfangen.

"Die Reichsten werden reicher", "es ist ein Abkommen zur Stärkung der Konzerne", "ein Vorteil für wenige!" – das haben wir als Nachteil gewertet. "Technische Normen anpassen" – das geht auch einfacher. "Zölle abbauen" – es gibt nur in geringem Umfang Zölle. Wir haben keine Vorteile, keinen Grund für ein Abkommen, dass in alle Lebensbereiche eingreift, benennen können.

Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung hat nun entschieden, ihre diesjährige Herbstdemonstration, die ursprünglich für den 3. Oktober geplant war, als Teil der bundesweiten Großdemonstration "Stopp TTIP/Ceta!" am 10. Oktober 2015 in Berlin durchzuführen. Die Koordinierungsgruppe schreibt: "Wir wollen die Kräfte im Kampf gegen TTIP/Ceta und den Abbau sozialer, ökologischer und politischer Rechte bündeln. Die Montagsdemos aus ganz Deutschland werden dazu einen gemeinsamen kämpferischen Block auf der Großdemonstration durchführen, der die Vielfalt der Anliegen der Montagsdemobewegung als "Tag des Widerstands" zum Ausdruck bringt. Natürlich werden wir unsere Offenen Mikrofone und unsere schönen Transparente mitbringen." Die Busse der Montagsdemos sind bei der Mitfahrbörse veröffentlicht worden. In Bremen fahren die

Busse ab ZOB um 6:30 Uhr los. Treffen ist um 6:10 Uhr am Breitenweg unter der Hochstraße.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten! Nächsten Montag sind wir um 17:30 Uhr wieder auf dem Marktplatz, danach zweimal auf dem Hanseatenhof.

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

"Mega-Demo": Wenn 150.000 bis 250.000 Menschen gegen TTIP demonstrieren, kann das doch nur an Pegida liegen ("Stern")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

540. Bremer Montagsdemo am 12. 10. 2015

Wir werden uns unsere Rechte nicht nehmen lassen!



Vergangenen Samstag nahm auch die Bremer Montagsdemo an der Großdemonstration in Berlin unter dem Motto "Stoppt TTIP, Ceta, Tisa & Co." teil, zu der ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, den Grünen, der "Linken", Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie Globalisierungskritikern aufgerufen hatten. Wir trafen uns bereits um 6:10 Uhr am ZOB Breitenweg unter der Hochstraße, um zusammen in einem der Busse fahren zu können, und pünktlich um 6:30 Uhr ging es dann los. Nach fünf

Stunden Fahrt erreichten wir Berlin. Schon der Blick aus dem Fenster verhieß uns, im warmen Sonnenschein durch die Stadt laufen zu können. In Berlin verquirlten sich die zahlreichen Busse aus allen Richtungen mit dem normalen Wochenendverkehr zu einem unüberschaubaren Chaos.

Der Fußmarsch zum Hauptbahnhof und das Bad in der Sonne waren Balsam für unsere steif gewordenen Glieder. Leider bekamen wir von der gemeinsamen Auftaktkundgebung von Montagsdemos und Mitstreitern nichts mehr mit, sondern hörten eher ein durchdringendes Tongewirr aus Lautsprecherfetzen, Trillerpfeifen, Fantröten und Trommeln. Unvorstellbare Menschenmassen strömten aus allen Richtungen, und es wurde unglaublich voll, schrill, bunt und dichtgedrängt. Fahnen und Transparente wurden hochgehalten, einige Kinder saßen bei ihren Eltern auf den Schultern und schwenkten Fähnchen. Ich hörte interessiert zu, wie ein junger Mann in bayerischer Trachtenlederhose und wollenen Stulpen einem etwa vierjährigen Blondschopf auf Englisch erklärte, warum und wogegen wir hier auf die Straße gingen.

Von den Plakaten, Transparenten und Fahnen gingen eindeutige Losungen aus, zum Beispiel: "Gesundheit vor Profit – Nein zu TTIP"; "Lokale Wertschätzung statt globale Gewinnmaximierung"; "Montag ist Widerstandstag gegen die Hartz-Gesetze und den ganzen Sozialabbau – Stilllegung aller Atomkraftwerke, sofort und weltweit – Macht mit: Nur wer kämpft, kann gewinnen! Initiative Bremer Montagsdemo"; "TTIP macht schlank" (darunter räkelt sich ein Skelett in Sei-

tenlage); TTIP, das sich als trojanisches Pferd in Europa einschmuggeln will und "Nee bedankt", "Non merci" und "No gracie" zu gehören bekommt (was ich eigentlich viel zu nett und höflich finde); "Lohndumping, vergiftetes Trinkwasser, explodierende Mieten, Schattenjustiz der Konzerne: unsere Zukunft mit TTIP, Ceta und Tisa" sagt klar, was wir zu Recht befürchten.

Weiter: "Bremen bleibt TTIP-frei", "Topografie des Terrorkonsums Internationaler Profitgier"; "Demokratie duldet keine Geheimverhandlung"; "Du bist verdächtig – TTIP"; "Nach Berlin mit dem Bus – zur Hölle mit TTIP"; "kik – Kapitalismus is Kacke"; "TTIP ist gut für alle – es sei denn, du bist kein Millionär"; "Stoppt TTIP, denn es gefährdet unsere sozialen und demokratischen Rechte, unsere Umweltstandards, schützt nur den Profit der Konzerne" (Verdi-SeniorInnen, München); "TTIP heißt Friede, Freude, Eierkuchen für das Kapital" ("Die Linke"), mit einem Bild von Angela Merkel und Sigmar Gabriel, die darauf einander sehr zugewandt sind); "Eure Suppe kauf ich nicht" (aufgemalt ist eine Katze, deren Kopf aus einem Sack hervorguckt, auf dem TTIP und Ceta steht); "TTIP bedroht Arbeitsschutz, Sozialsystem und Umweltschutz"; "Ab in die Tonne mit TTIP, Ceta und Tisa". Die Texte und plakativen Aussagen sprechen in aller Deutlichkeit für sich und auch für uns!

An mehreren Orten säumten unglaublich viele pinkfarbene Dixi-Klos in langer Reihe den Straßenrand und erweckten den Anschein einer "einseitigen Allee". Uns war spürbar bewusst, dass wir traumhaft viele auf der Straße sein mussten, konnten aber so mittendrin keinen Überblick darüber gewinnen, wie viele in etwa. Wir jubelten, als wir hörten, dass wir schier unglaubliche 250.000 Menschen waren, die gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada protestierten und damit wohl die bisher größte Demo gegen TTIP in Europa. Was die Redner sagten, konnten wir erst verstehen, als wir ganz in die Nähe der Rednerbühne vor der Siegessäule angekommen waren. Wir hörten, dass das Ende der Demo noch nicht einmal habe losgehen können, als wir schon an der Siegessäule angekommen waren.

Die Organisatoren erklärten, die Demonstration sende eine klare Botschaft aus, dass wir unsere Demokratie gegen TTIP und Ceta verteidigen und für gerechten Handel auf die Straße gehen. Die Verhandlungen zu TTIP auf Grundlage des jetzigen Mandates müssten gestoppt werden, der vorliegende Ceta-Vertrag dürfe so nicht ratifiziert werden. Nein, wir wollen keine Wirtschaftsdiktatur! "Chlorhühnchen" nahm ich zwar auch am Rande wahr, doch ging es eher um den Abbau von Demokratie, indem hier plötzlich nicht demokratisch Gewählten das Zepter in die Hand gegeben werden soll. Viele befürchten einen Abbau von sozialen, gesundheitlichen bis ökologischen Errungenschaften, die wir uns bestimmt nicht für die Profitmaximierung einer weniger wegnehmen und darüber geheimniskrämerisch im Verborgenen bestimmen und lenken lassen wollen! Ein sozialer Ausgleich, umweltgerechtes Wirtschaften und kulturelle Vielfalt könnten nur mit einem fairen Welthandel durchgesetzt werden.

Ich wunderte mich darüber, dass unsere Route ganz anders verlief als bei sonstigen Demos, nämlich durch eher unbelebte Straßen, vom Hauptbahnhof am Reichstagsgebäude vorbei bis zur Siegessäule und an wunderschön getöntem Laub der herbstlich geschmückten Bäume entlang. Erst später las ich, dass die Demonstrationsroute nach Angaben der Polizei wegen der vielen Teilnehmer habe geändert werden müssen und die S-Bahnen den Hauptbahnhof, wo die Demonstration begonnen hatte, wegen Überfüllung zeitweise nicht anfahren konnten. Mir fiel angenehm auf, dass diametral entgegengesetzt zur unglaublich angestiegenen Menge der Demonstranten die Zahl der Polizisten erheblich abgenommen zu haben schien. Anstelle eines sonst oft martialisch anmutenden Erscheinungsbildes als Robocops sah ich nur normal und entspannt wirkende Polizisten an den Straßenecken stehen oder uns begleiten.



Ich finde es großartig, dass gegen derart undemokratische, unmoralische, unsoziale Vorhaben unserer Politiker so viele Menschen auf die Straße gingen wie schon lange nicht mehr. Ja, der 10. Oktober 2015 war "ein großer Tag für die Demokratie"! Der äußerst bedenkliche Satz der heutigen Bundeskanzlerin Angela Merkel "Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale

Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit" hat sich in mein Gedächtnis eingegraben. Es ist erstaunlich – und auch wieder nicht –, dass sie diesen Satz vom 16. Juni 2005 bis heute noch nicht einmal erläutern musste. Wenn immer mehr von unseren Politikern die Demokratie zu anstrengend geworden ist, weil sie diese viel lieber den Bedürfnissen der Wirtschaft unterordnen möchten, um sich mit ihr gemeinsam daran zu bereichern, dann ist dies eine Politik, die sich gegen das eigene Volk richtet. Ich wünsche mir, dass der Funke überspringt und immer mehr Menschen in diesem Land begreifen, wie menschenverachtend diese neoliberale Politik ist, die nicht in unserem Interesse liegt, und dass es richtig ist, dagegen auf die Straße zu gehen, damit wir uns unsere Rechte nicht nehmen lassen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Nur mit Widerwillen wird über erfolgreichen breiten Protest berichtet

Dass einfach "zu viele" Menschen gekommen sind, ist natürlich der schönste Grund, wenn eine Demonstration nicht ganz so durchgeführt werden konnte wie geplant, die Route geändert werden musste und manche Montagsdemonstranten ihren Block nicht rechtzeitig erreichten, weil Hauptbahnhof und Innenstadt total verstopft waren. Es gab auch noch weitere glückliche Umstände: die Zurückhaltung der Polizei, die Aufwertung durch einen professionellen Karnevalswagenbauer aus Köln, den stabilen Sonnenschein, der für gute Laune und prächtige Bilder sorgte.

Den Medien war anzumerken, dass sie nur mit Widerwillen über diese erfolgreiche Protestveranstaltung eines breiten Bündnisses berichtet haben. Schon am Sonntag musste nach entsprechenden Meldungen gezielt gesucht werden. "Bild.de" hat es am Samstag fertiggebracht, die seit Jahren größte Demonstration in Deutschland auf der Startseite komplett totzuschweigen. Nur im Berliner Lokalteil gab es ein Berichtlein darüber, das erst nach Mitternacht in einem Kästchen weit unten auf der Homepage verlinkt wurde. Wir sollten uns bitte mehr für



Jürgen "Normal" Klopps Kampfeinsatz im "Schlammpfuhl" begeistern als für eine gerechte Welthandelsordnung.

Lieber schreiben die Medien über 9.000 Pegida-Leute in Dresden als über eine Viertelmillion TTIP-Gegner in Berlin. Beide Gruppen in einen Topf gerührt und damit jegliche Kapitalismuskritik und den Protest auf der Straße schlechthin unter

Naziverdacht gestellt zu haben, war "Spiegel Online" nach entsetzten Leserreaktionen im Forum dann offenbar doch so peinlich, dass wenige Stunden später eine akzeptable Widerrede veröffentlicht wurde, die die Redaktion auch prominenter platzierte als den vorangehenden Hetzkommentar, demzufolge "die Kampagne gegen den Freihandel wie auf dem braunen Mist gewachsen" sei.



Die MLPD hat es zur Erwähnung in einem "Zeit"-Artikel gebracht: "Längst nicht alle, die in der Hauptstadt auf die Straße gehen, formulieren ihre Bedenken gegen TTIP so klar wie [BNN-Geschäftsführerin] Röder. "Kapitalistische Weltrevolution stoppen", dröhnt es aus Lautsprechern über die Köpfe der Leute hinweg. Auf einem Banner fordert die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands "Freiheit für Kurdistan"." Letztere Forderung hat durch den (Staats?-)Terroranschlag auf eine Friedenskundgebung in Ankara sogar eine traurige tagespolitische Aktualität, und natürlich hängt bei globaler Betrachtung jede Fehlentwicklung irgendwie mit dem Kapitalismus zusammen, aber wahrgenommen wird diese Auffassung, wie beim "Zeit"-Autor spürbar ist, als völlige thematische Beliebigkeit.

In dieser Vielfalt offenbar ziemlich untergegangen ist allerdings das Montagsdemo-Kernanliegen "Weg mit Hartz IV". Nicht einmal den "Rote-Fahne-News" war es noch eine Erwähnung wert – dabei hat die Montagsdemobewegung für den Protest gegen TTIP ihre traditionelle Herbstdemonstration geopfert. Sogar der Redebeitrag ihres Sprechers auf der Hauptbühne wurde von den Veranstaltern kurzfristig wieder abgesagt. Das war freilich nach den Erfahrungen des Jahres 2004, als "Attac", PDS und DGB den Protest gegen Hartz IV auf der Straße nach ein paar Wochen beenden wollten, keine große Überraschung mehr.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch "Die Linke"

250.000 Menschen gegen TTIP auf der Straße

In Berlin hat am 10. Oktober 2015 die seit Jahren größte Protestdemonstration mit 250.000 Menschen stattgefunden. Ein bisher einmaliges, breites Bündnis aus verschiedenen Umweltorganisationen, der Gewerkschaftsbasis, Menschenrechtsgruppen, Frauenorganisationen, sozialen Bewegungen und linken Parteien war entstanden. Hervorstechend waren in diesem breiten Widerstand die große Beteiligung und der Einfallsreichtum junger Menschen. Auch die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung beteiligte sich aktiv, und wir als Bremer Gruppe waren mit dabei.

Lautstark, kämpferisch und bunt wurde der Abbruch der Verhandlungen über die Freihandelsabkommen TTIP, Ceta, Tisa und Konsorten gefordert. Einen großen Anteil hatte die massive Kritik an der kapitalistischen Profitlogik, denn mit den Freihandelsabkommen sollen alle Lebensbereiche und die Natur schrankenlos und noch intensiver vom internationalen Finanzkapital ausgebeutet werden.

So gehört zu den Grundsätzen der Freihandelsabkommen, dass "alle nationalen Regelungen



zum Schutz von Arbeiter(inne)n und Arbeitsplätzen, Mindestlöhne, Umweltschutzgesetze, nationale Menschenrechtsbestimmungen, Verbraucherschutzregelungen die Realisierung der Gewinnerwartungen nicht behindern dürfen".

Weiterhin sollen alle noch "nicht privatisierten Staatsunternehmen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden", sie dürfen also soziale und ökologische Bedürfnisse der Bevölkerung gar nicht berücksichtigen. Das zielt darauf ab, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge weltweit durchzusetzen – ein gigantisches Geschäft im Umfang von vielen Hundert Milliarden Euro.

Während für das internationale Finanzkapital alle Grenzen beseitigt werden, werden um die kapitalistischen Länder herum immer höhere Zäune gezogen und die militärische Abwehr ausgebaut, um Flüchtlinge abzuhalten, denen die Lebens-

grundlagen durch Kriege, Armut, Verfolgung oder Umweltkatastrophen entzogen werden.

Vertreter des SPD-Kurses für ein "faires" Freihandelsabkommen bekamen den Unmut der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer zu spüren. So wurde Gesine Schwan, die sich für kleine Nachbesserungen aussprach, kräftig ausgepfiffen. Stopp TTIP – Schluss mit den Verhandlungen!

Wie gewohnt wurde von der Mainstream-Presse die Zahl der Teilnehmer massiv heruntergerechnet ("einige Zehntausend") und die Großdemonstration nur als Randmeldung ("Weser-Kurier") oder gar nicht erwähnt ("Bild"). Besonders skandalös war die Berichterstattung in "Spiegel Online", die dreist behauptete, rechte Drahtzieher hätten die Führung der Demonstration inne.

Auf großen Protest stieß auch die Haltung der EU-Kommission. Sie hatte die Annahme der 3,26 Millionen Unterschriften gegen TTIP mit der hanebüchenen Begründung abgelehnt, dass Bürgerinitiativen nur für eine Sache Unterschriften sammeln dürften und nicht gegen eine politische Angelegenheit.

Alle diese Reaktionen zeigen, wie groß die Angst vor dem großen Widerstand der Bevölkerung und wie groß die Defensive der TTIP-Verfechter ist. Deshalb waren sich viele Demonstranten einig, dass nach dieser hervorragenden Demonstration der aktive Widerstand weiter verstärkt werden muss.

Harald Braun

12. Herbstdemo auf der bundesweiten Großdemonstration gegen TTIP und Ceta

Am letzten Samstag, dem 10. Oktober 2015, demonstrierten 250.000 Menschen in Berlin kämpferisch, unüberseh- und -hörbar, fröhlich und sehr ideenreich gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, Ceta und Konsorten. Kurz vor Beginn der Kundgebung und Demo war kein Durchkommen mehr zum Hauptbahnhof möglich. Es kamen viel mehr als erwartet, vor allem junge Menschen. Insbeson-



dere wurde gegen die umweltpolitischen Auswirkungen der Politik der Freihandelsabkommen protestiert. Für viele Demonstranten war klar, dass man den Kapitalismus ins Visier nehmen muss, wenn man TTIP und Ceta zu Fall bringen will –

die meisten Redner auf der Hauptbühne versuchten allerdings das Kunststück, genau das zu vermeiden.

Alle Umwelt-, Ernährungs-, Sicherheits- und Arbeitschutzbestimmungen, die von unseren Vätern und Großvätern und natürlich auch Müttern und Großmüttern zumeist hart erkämpft wurden, stehen mit TTIP zur Disposition, mehr als 600.000 Arbeitsplätze in Europa auf der Abschlussliste. Die bundesweite Montagsdemonstrationsbewegung war selbstverständlich mit dabei. Wir haben unsere ursprünglich für den 3. Oktober 2015 geplante Herbstdemonstration gegen die Regierung mit der bundesweiten Großdemonstration zusammengelegt, um die Kräfte gegen den Abbau ökonomischer, ökologischer und demokratischer Rechte zu bündeln und uns mit anderen sozialen Bewegungen zu verbinden. Diese Entscheidung hat sich als richtig erwiesen.



Unser gemeinsamer Block der Montagsdemos mit dem Offenen Mikrofon auf dem Lkw kam super an und wurde rege genutzt. Eingestimmt haben wir uns mit einer Auftaktkundgebung vor dem Hauptbahnhof. Dort sprachen unter anderem Brigitte Gebauer vom "Frauenverband Courage", Peter Weispfenning vom Zentralkomitee der MLPD, Nick Brauns vom "Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin", der Jugendverband "Rebell" und eine Vertreterin vom "Demokratischen Gesellschaftszentrum der Kurd(inn)en in Deutschland".

Die Sprecher der bundesweiten Montagsdemo, Fred Schirrmacher und Ulja Serway, stellten in ihrem Redebeitrag auch den Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die Freihandelsabkommen und der Flüchtlingspolitik der EU und Bundesregierung her: "Während von Flüchtlingen verlangt wird, da zu bleiben, wo sie sind, und wenn sie dann doch kommen, sich gefälligst den herrschenden Gesetzen zu unterwerfen, gilt das für die Riesenkonzerne nicht. Sie fallen in ihrer

Gier nach Mega-Profiten überall ein, sollen sich nicht an die in den jeweiligen Ländern geltenden Regelungen halten müssen. Nein zu TTIP und Ceta!"

Große Freude und Jubel brandeten auf, als sich unser Lkw in unseren Block einfädeln konnten, nachdem die Veranstalter und Ordner ihn erst ganz am Schluss einsortieren wollten, obwohl unser Block weiter vorne lief – ob aus bürokratischen Abläufen oder politisch gewollt, sei dahingestellt. Doch wir bestanden darauf, und siehe da, es war dann auch problemlos möglich. Leider schafften es viele Montagsdemos wegen der großen Menschenmassen nicht zum gemeinsamen Block der bundesweiten Montagsdemo. Schade, aber gleichzeitig war die bundesweite Montagsdemo dadurch mit weiteren zehn kleinen Blocks im Demonstrationszug vertreten.

Unser Informationsstand bei der Abschlusskundgebung wurde gut besucht. Viele erkundigten sich, ob es in ihrer Stadt eine Montagsdemo gibt. Alles in allem war es ein sehr erfolgreicher Tag. Viele Demonstranten sagten, wir kommen wieder, denn das war sicherlich nur ein Anfang! Wir brauchen Ausdauer, genauso wie wir es im Kampf gegen die Hartz-Gesetze schon gelernt und bewiesen haben. Aber wir müssen stärker werden und viele neue Mitkämpfer gewinnen. Die Koordinierungsgruppe freut sich über eure Meinungen und Berichte und Fotos für die Homepage.

Pressemitteilung von Fred Schirrmacher und Ulja Serway (Koordinierungsgruppe Bundesweite Montagsdemonstration)

Mit ihren Änderungen beim Asylrecht plant die Regierung einen Verfassungsbruch



1. Die Demonstration in Berlin für die Verhinderung der Freihandelsabkommen war ein Riesenerfolg! In den Zeitungen ist davon wenig zu lesen. Am Tag danach stand im "Weser-Kurier" ein Artikel, ohne dass die Erfahrungen mit den bisherigen Freihandelsabkommen einbezogen wurden. "Über 100.000 Menschen" ist richtig, aber näher dran sind "über 200.000 Menschen" – oder einfach treffend 250.000

Menschen. Auch die anderen Ausführungen sind nicht falsch. Damit steht der "Weser-Kurier" aber nicht allein da. Durch die Freihandelsabkommen werden die Reichsten noch reicher! Einfach so – natürlich zulasten der Armen!

Die Reichsten werden sich wehren. Lügen, Hetze und Verleumdung werden zunehmen. Nicht verunsichern lassen! Wenn die Verhandlungspartner der Freihandelsabkommen nichts zu verbergen haben, warum sind dann die Unterlagen geheim? So geheim, dass nicht einmal die Abgeordneten sie Unterlagen einsehen können? Am Verhandlungstisch sitzen die Vertreter der Großkonzerne. Die "Verbraucherzentrale" und andere Interessenvertreter der Verbraucher sind nicht zugelassen. Die Großen schnipseln die Klauseln so zusammen, wie sie vorteilhaft für ihre Interessen sind. Dies gilt auch für die Vertreter der USA.

Eine erfreuliche Meldung: "Der Europäische Gerichtshof hat die "Safe-Harbor"-Regelung zum Datenaustausch zwischen den USA und der EU gekippt. In den USA sei der Datenschutz nicht ausreichend". Dieses Urteil hat Auswirkung auf die Freihandelsabkommen, weil mit ihnen der Datentransfer sprunghaft ansteigt. Damit landen auch alle Produktionsdaten, die über Datenverbindungen in die USA laufen, bei der NSA. Die US-Regierung ist damit einverstanden, die Datensammelwut der NSA wird sogar aktiv unterstützt. Hinzu kommt, dass die NSA im Verdacht steht, Wirtschaftsdaten gezielt an US-Firmen weiterzugeben. Die NSA ist auch beauftragt, in wichtigen Unternehmen Trojaner zu installieren. Diese Anweisung besteht auch für die "befreundeten" Staaten. In Deutschland werden zum Beispiel die Elektrizitätswerke entsprechend unterwandert.

Auf unseren Seiten stehen viele Details über die Wirkung der Freihandelsabkommen, einfach mal nachlesen! Es gibt bereits ein Freihandelsabkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada. Es hat bereits gewirkt, und zwar erbärmlich – nachzulesen auf der Seite zur 522. Bremer Montagsdemonstration. Die Stimmung der Großdemo in Berlin ist im Beitrag von Elisabeth zu spüren, die "Vertuschung des Erfolgs" durch die Medien dem Beitrag von Gerolf zu entnehmen.

2. Eine große Chance für Europa sind die Neubürger: Die "Überalterung" hat sich bei einer gelungenen Integration erledigt. Ungetrübt von politischer Einfärbung hat "Heute" in der Nacht zum 10. Oktober 2015 unter der Überschrift "Schutz bei uns" Kinderbilder gezeigt und eingeblendet, was diese Kinder gesehen und erlebt haben – kurz, prägnant und einschneidend, auch die Worte über die Politiker.

Am Wochenende war zu hören, dass das BKA die Streitigkeiten in den Unterkünften auf die Überbelegung zurückführt. Terroristen werden dort nicht vermutet, aber die Überbelegung ist drastisch. Eine Flüchtlingsunterkunft in Braunschweig wurde für 750 Menschen erstellt. Vor einigen Wochen waren dort bereits 2.000 Flüchtlinge untergebracht, inzwischen leben dort 4.000 Menschen! Werden die Neubürger über die Probleme informiert, oder scheitert es an der Sprache? Werden sie einquartiert ohne Informationen?

Neubürger hätten "schwarz" gearbeitet, ihnen drohe eine saftige Strafe, war in den Nachrichten zu hören. Der Sachverhalt: An einer Tankstelle wurden Neubürger zum Autowaschen "angestellt". Als sie den Arbeitgeber um einen höheren Lohn baten, hieß es: "Wenn ihr die Arbeit nicht mehr wollt, hört einfach auf. Ich

suche mir neue Leute!" Die Neubürger baten um Unterstützung. Sie wurde über "Schwarzarbeit" und die Folgen für sie "aufgeklärt". In der Meldung war nichts von einer Bestrafung des Tankstellenbesitzers zu hören. In Deutschland haftet jedoch der Arbeitgeber für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Er muss die Sozialversicherung et cetera nachzahlen und mit einer Bestrafung rechnen. Bereits die Strafandrohung gegenüber den Neubürgern ist unmöglich und unhaltbar!

Derweil berät die Bundesregierung Änderungen zum Asylanspruch. Auf circa 190 Seiten stehen die Änderungen, Lieferant ist Bayern. Vergünstigungen für Asylbewerber: keine. Das Grundgesetz wird verletzt, wenn diese geplanten Regelungen Gesetz werden. Was ist die Regierung wert, wenn vorsätzlich unsere Verfassung nicht beachtet wird?

"Panorama" hatte am 8. Oktober 2015 die üble Nachrede gegenüber den Neubürgern als Thema. In der gleichen Sendung wird über das Entstehen von Gerüchten und falschen Behauptungen berichtet. Diesmal ist Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Quelle. Auch der Rest der Sendung ist sehenswert!

Thomas de Maizière ist der Minister, der allen "gefährdeten" Ortskräften der Bundeswehr in Afghanistan eine Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zugesagt hat. Er hat seine Zusage nicht gehalten! Einige wurden als "ungefährdet" eingestuft. Begründung? Unwissenheit des Entscheiders! Teilweise konnten diese Menschen fliehen. In Deutschland angekommen, erhofften sie sich Unterstützung vom einstigen Dienstherrn. Erfolglos! "Frontal 21" hat dies thematisiert: "Afghanische Helfer von Deutschland im Stich gelassen".

In Berlin gibt es jeden Tag auf Neue einen Ansturm auf die Registrierungsstelle. Die Mitarbeiter(innen) schaffen etwas über 300 Anträge täglich, aber circa 1.000 neue Flüchtlinge kommen täglich hinzu. In einer Sendung wurde der Behördenchef mit dem Video der Tumulte und Verletzungen vor seiner Behörde konfrontiert. "Wir werden mit der Polizei reden", war seine Antwort. Auf dem Video waren verletze Menschen und umgestürzte Absperrgitter zu sehen. Für die Menschen ist die Registrierung überlebenswichtig, sonst erhalten sie keinerlei Leistungen. Inzwischen haben einige Betroffene Klage per Eilantrag erhoben: Sie haben wochenlang versucht, einen Termin zu ergattern.

Berlin will eine zweite Erstantrageinrichtung erstellen. Dies ist bereits länger geplant. Geplant ist auch, die Polizei zu entlasten: "Sie müssen in den Polizeiabschnitten keine Strafanzeigen wegen illegalen Grenzübertritts mehr schreiben. Stattdessen sollen Staatsanwälte diese Fragen direkt in der Registrierungsstelle in der Kruppstraße entscheiden." Die Entlastung besteht nur vordergründig, insgesamt wird die Verwaltung noch stärker belastet. Warum diese lange Verwaltungsunfähigkeit, warum diese Tätigkeit der Staatsanwälte? Allein aus den Medienberichten geht hervor, dass eine Registrierung unmöglich ist.

3. Arbeit ist knapp, pardon: *bezahlte* Arbeit ist knapp. Sie reicht nicht für alle. Die Arbeitgeber, unterstützt von der Führungsetage der Bundesagentur für Arbeit und den Politikern, beklagen den "Fachkräftemangel". "3sat" hat ihn hinterfragt und

festgestellt: Es gibt nur einen kleinen Bereich, in dem Fachkräfte fehlen, nämlich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Die Bundesagentur für Arbeit sieht dies aufgrund der Nachforschungsergebnisse ebenso und ergänzt, es gebe auch im Pflegebereich einen Fachkräftemangel. Der DGB hat eigene Untersuchungen vorgenommen und ebenfalls nur einen punktuellen Fachkräftemangel festgestellt. Am 30. Oktober 2015 wird um 20:15 Uhr auf "3sat" dieses Thema neu aufgemischt!

Mein Fazit: Der "Fachkräftemangel" ist genauso wie die Zahl der offenen Stellen eine Geschichte in Tradition des Barons von Münchhausen! Dieses Thema beherrscht schon seit Jahren die Diskussion – länger als eine Ausbildung zur Fachkraft dauert! Der DGB hat eine Untersuchung aus dem Jahr 2011 im Netz stehen. Aktuell tadelt er die Arbeitgeber, weil sie nachweislich zu wenige Ausbildungsplätze schaffen und Hauptschülern zwei von drei Plätzen verwehrt bleiben.

4. Die "Jugendberufsagentur" soll dafür sorgen, dass niemand "verlorengeht". Das ist aus meiner Sicht eine Drohung. Bereits in den Schulen erhalten die Jugendlichen Datenschutzhinweise und Einwilligungserklärungen. Diese werden über die Lehrer verteilt und von ihnen wieder eingesammelt. Eigentlich ist die Unterschriftsleistung freiwillig. Die Jugendlichen verzichten ohne entsprechende Aufklärung auf ihr Recht. Die Sachbearbeiter können sogar per unangemeldetem Hausbesuch die Jugendlichen aufsuchen, wenn diese Erklärungen unverändert unterschrieben wurden.

Die Daten der Jugendlichen wandern von der Schule über die Senatorin für Bildung zu den Jobcentern und zurück. Falls jemand "verloren" geht, soll dies unter Einschaltung der Polizei geklärt werden! Dies als "Jugendförderung" auszugeben, ist ein starkes Stück. Wer bereits eine solche Einwilligungserklärung unterschrieben hat, kann seine Unterschrift widerrufen. Es ist zudem möglich, die Erklärung zu ändern: einfach den Hausbesuch sowie die telefonische Nachfrage streichen. Auch dies gilt für bereits abgegebene Erklärungen. Wer damit Schwierigkeiten hat: Wir gehen mit! "Die Linke" hat es auf den Punkt gebracht: Mist!

5. "Bremer Wirtschaft legt kräftig zu", titelte der Weser Kurier am 25. September 2015. Es sei der drittgrößte Zuwachs bundesweit. Gemeint ist das erste Halbjahr 2015. Die "Arbeitnehmerkammer" stellt hierzu fest: "Insgesamt ist der **Arbeitsmarkt** im Land Bremen von einem Wachstum atypischer Beschäftigung mit hohem prekärem Potenzial charakterisiert, während das Normalarbeitsverhältnis immer mehr an Bedeutung verliert."

Wer beim "Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe" nachschlägt, findet auch die tatsächlichen Zahlen. Die Bundesagentur für Arbeit errechnet für den Monat Juli 2015 eine Steigerung der Erwerbslosigkeit.

6. Maschinen werden immer aufdringlicher und intelligenter. Das "Internet der Dinge" habe ich bei der 538. Montagsdemonstration angesprochen. Die Maschinen kommen, sie können selbst Arbeitsgänge übernehmen, die "Feinfühligkeit" erfordern, zum Beispiel Pflegekräfte entlasten oder ersetzen. Roboter können servieren, "Gespräche" führen, Personen begleiten und wiedererkennen.

"ZDF Info" informiert in einer Serie über den "Aufstieg der Roboter". Sie werden viele Menschen entlasten, aber es verlieren auch viele Menschen ihre Arbeit. Die Politik versteckt sich hinter Hirngespinsten, redet von "offenen Stellen" und hält den "Fachkräftemangel" als "Mohrrübe für den Esel" hoch. Es fehlt die Idee für die Reduzierung der angebotenen Arbeitskraft. Wohin ein Überangebot führt, ist am deutlichsten in den Nähfabriken zu sehen. Zum Weg aus der Sackgasse siehe 538. Bremer Montagsdemonstration.

Intelligente Maschinen sind auch in der Landwirtschaft kein Unding. Eine Sendung zeigte den "glücklichen Bauern": Er sieht alles auf dem Bildschirm, und fast alles läuft ohne ihn. Der Mähdrescher fährt allein übers Feld. Er informiert den Trecker, wenn der Tank geleert werden muss und wo die Übergabe erfolgt. Jede Maschine informiert die Werkstatt, wenn eine Wartung fällig ist oder ein Verschleißteil ausgetauscht werden muss, natürlich mit Ursache und Artikelnummer. Die Kühe werden automatisch gefüttert, Milchmenge, Körpertemperatur und Gewicht gemessen.

Die Daten werden für verschieden Planungen genutzt und zielgerichtet aufbereitet. Die Felder werden per Drohne überwacht. Die Auswertungen zeigen Wasserbedarf, Reifegrad und Sortenreinheit – alles, was der Bauer schon immer wissen wollte, auch als Vorhersage. Wenn es Regen geben soll – die Drohne rechnet es ein. Auch für den voraussichtlichen Erntetermin berücksichtigt die Drohne die Wettervorhersagen.

Für diesen Sprung in die Hochtechnologie müssen die Gesetze zum Schutz der Umwelt angepasst werden. Auch die traditionellen Bauern müssen lebensfähig bleiben. In Afrika und Asien verdrängen Agrarfabriken die kleinen Landwirte. Wir wollen die Flüchtlingsursachen beseitigen? Hier ist ein Ansatzpunkt – allerdings auch vor der eigenen Haustür: Die Milchpreissenkung ist eine aktuelle Auswirkung!

7. Ex-Vorstandsvorsitzender Martin Winterkorn kann nicht loslassen. Er hat seinen Abschied nur angeboten, hängt aber an seinen Ämtern. Dies ist für VW entsetzlich. Wenn der Konzern ihm das Wissen um den Abgasbetrug nachweist, kann VW Herrn Winterkorn entlassen und Schadenersatz einfordern, allerdings zahlt dann die Manager-Versicherung nicht. Nur wenn er unwissend war, leistet sie bis zur Deckungshöhe.

Der neue Vorstandsvorsitzende hat gesprochen und die erforderlichen Nachbesserungen bei den Abgasreinigungssystemen für Januar 2016 angekündigt. Damit hat Matthias Müller bereits verloren, denn die Behörden werden diese Zeitspanne nicht akzeptieren. Inzwischen soll die Produktion normal weiterlaufen. Be-

deutet dies, VW produziert weiterhin Dieselautos mit Betrugstechnik? Der Ausweg: Der Betriebsrat möchte die Möglichkeit der Kurzarbeit auch für die Leiharbeitnehmer(innen). Dazu wäre eine Gesetzesänderung nötig. Die Einstellung der Leiharbeiter ist die einfache Lösung, und sie ist vorzuziehen, zumal sie nebenbei die Stellung des Betriebsrats stärken würde. Ich drücke den Arbeitnehmer(inne)n von Volkswagen die Daumen!

8. In Bremen erhalten längst nicht alle ALG-II-Leistungsbezieher die Kosten der Unterkunft, also die Miete, zu 100 Prozent erstattet. Gegenwehr ist möglich! Der Wohnungsmarkt in Bremen ist seit Langem nicht mehr aufnahmefähig. In der Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung steht auf Seite 11: "Die Feststellung der konkreten Angemessenheit obliegt der Sachbearbeitung. Sie entscheidet, ob im Einzelfall die Richtwerte als angemessene Kosten der Unterkunft zugrunde gelegt werden oder aber davon abweichend eine höhere angemessene Miete anzuerkennen ist." Wer einen Eigenanteil zur Miete zahlt, sollte dies ändern! Wie das geht? Wir gehen mit!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 19. Oktober 2015 wegen des Freimarktes ab 17:30 Uhr auf dem Hanseatenhof statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

541. Bremer Montagsdemo am 19. 10. 2015

Sollen die Flüchtlinge jetzt für Neuverschuldung verantwortlich sein?



1. Nach Ansicht des Freiburger Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen sind die deutschen Sozialversicherungssysteme auf die Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen nicht vorbereitet. Weil wir in Deutschland schon jetzt Hunderttausende unqualifizierte Arbeitslose hätten, zu denen jetzt noch eineinhalb Millionen Menschen dazukämen, von denen siebzig Prozent ebenfalls unqualifiziert seien, müssten wir mit massiven Steuererhöhungen rechnen. Der Ökonom bezwei-

felt, dass die Mehrzahl der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert werden könne, und rechnet deswegen eher mit einer Integration in die sozialen Sicherungssysteme.

Auch Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow schlägt angesichts der Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise höhere Steuern vor, allerdings denkt er dabei eher "an einen höheren Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen, an eine Vermögensteuer für sehr große Geldvermögen und an eine Erbschaftsteuer, die diesen Namen verdient". Er sagte, viele Menschen machten sich angesichts des Zustroms Hunderttausender Flüchtlinge Sorgen, für diese Krise genauso zur Kasse gebeten zu werden wie für die Bankenkrise. Der "Linken"-Politiker hält zur Bewältigung der Flüchtlingskrise die Erhöhung der Bundeszuschüsse an die Länder für dringend nötig.

Ramelow forderte, dass die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung zu je fünfzig Prozent von den Bundesländern und vom Bund getragen werden, um den Spielraum für eine gelungene Integration organisieren zu können. Sollen jetzt die Flüchtlinge neben dem zu erwartenden Abbau im sozialen Bereich, neben den mangelnden günstigen Wohnungen auch noch für eine Neuaufnahme von Schulden verantwortlich gemacht werden?

2. Nach einem "kurzen Sommer der Utopie, in dem nicht nur Zehntausende Freiwillige den Flüchtlingen zur Seite sprangen, sondern sogar linkes, humanitäres Engagement in niemals erwartetem Einklang mit dem Handeln der Bundesregierung stand, fand die CDU wieder zu sich selbst", kommentiert die "Tageszeitung". Jetzt peitsche die Union munter die härteste **Asylrechtsverschärfung** seit den 1990er Jahren durch und scheue nicht einmal davor zurück, ein Land wie das Kosovo, in dem die Bundeswehr stehe, weil da sonst alles drunter und drüber ginge, als sicheren Herkunftsstaat zu definieren. SPD und Grüne mischen dabei selbstverständlich fleißig mit.

Kein Schelm, wer Böses dabei denkt, wenn plötzlich Flüchtlingsmengen scheinbar mit offenen Armen aufgenommen werden! Da lässt sich doch nun mit ganz "plausiblen" Begründungen das Asylrecht drastisch verschärfen und von anderen Themen wie TTIP, Ceta und Tisa ebenso herzallerliebst ablenken wie vom US-Geheimdienst NSA, der nach Informationen der Enthüllungsplattform "Wikileaks" nicht nur Kanzlerin Angela Merkel, sondern weite Teile der Bundesregierung ausspähte. Die Überwachung reicht mindestens bis in die Neunzigerjahre zurück und läuft womöglich noch heute.

Winfried Wolf, Chefredakteur von "Lunapark 21", schreibt, dass wunderbarerweise auch das Thema Griechenland plötzlich aus Schlagzeilen und Talkrunden verschwand und die deutsche Kanzlerin selbst erklärte, das Flüchtlingsthema werde uns noch weit mehr beschäftigen. Dabei seien diese beiden Themen eng miteinander verflochten, da die Mehrheit der Menschen, die nach Europa fliehen, inzwischen über die Türkei, die Ägäis und Griechenland hierher gelange und nicht mehr über Nordafrika und Italien. Das Drama setzt sich, größtenteils von der Weltöffentlichkeit unbeachtet, in Griechenland fort.

3. Das Erwerbslosenbündnis "Auf Recht bestehen" kritisiert die Entscheidung der Bundesregierung scharf, die Regelsätze für Hartz-IV- und Grundsicherungsbezieher lediglich auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2008 fortzuschreiben, anstatt – wie es das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch in § 28 zwingend vorschreibe – den Regelbedarf ab 1. Januar 2016 anhand der Statistik für 2013 grundlegend neu zu berechnen. Allen Ernstes seien den Sozialleistungen für die Jahre 2011 bis 2015 noch die Einkommens- und Verbrauchsdaten aus dem Jahr 2008 zugrunde gelegt worden.

Längst ist die Bundesregierung in der Pflicht, den neuen Geldbetrag ermitteln zu lassen, um das Existenzminimum von Grundsicherungsberechtigten zu decken. Ebenso hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber dazu verpflichtet, die aktuelle Entwicklung der Strompreise zu verfolgen und gegebenenfalls den Stromkostenanteil in den Regelsätzen zu erhöhen. Damit dürfe nicht bis zur turnusgemäßen Anpassung der Regelsätze gewartet werden. Die Bundesregierung ignoriert ihr eigenes Gesetz und erdreistet sich, eine alberne "Erhöhung" der Regelsätze ab 2016 um popelige fünf Euro zu verkünden!

4. Rechtsanwalt Thomas Lange berichtet von einem unglaublichen Vorfall, wonach im Zuge des totalen Chaos bei den Sozialgerichten in Brandenburg durch die regelrechte Klageflut aufgrund der Ungerechtigkeiten bei Hartz IV offenbar jede Idee benötigt wird, um die Zahl der Klagen einzudämmen. Lange beschwert sich darüber, dass die Behörde sich schlichtweg denjenigen Richter am Sozialgericht gekauft habe, der in letzter Instanz über die Vergütung der Rechtsanwälte entscheide. Wenn ein Kostenrichter die finanziellen Interessen des Jobcenters vertrete, würden die Klagen von Anwälten, die Hartz-IV-Betroffene vertreten, uninteressant und die Kläger als Folge kaum noch Anwälte finden. Auf diese Weise würden Willkür und Unfähigkeit der Behörde zementiert und ein Rechtsschutz der Betroffenen eingeschränkt, ohne dies öffentlich zu publizieren.

Der Anwalt beschwert sich, dies sei zwar keineswegs legal, interessiere aber wohl niemanden, wenn es um die Finanzen eines Bundeslandes gehe. Brisant sei dabei, dass ein Richter im Rahmen seiner zahlreichen Tätigkeiten von dem Jobcenter bezahlt wird, das am meisten Klagen vor Gericht zu verbuchen habe. So gebe er mit Billigung des Präsidenten des Landessozialgerichtes den Mitarbeitern der Behörde Nachhilfeunterricht in Sachen Kostenrecht und kassierte hierfür stattliche Honorare von der Behörde. Wie willkürlich dürfe ein Richter noch agieren, wenn ihn das Jobcenter bezahle, bevor die Staatsanwaltschaft mal ihre Augenbinde abnehme? Es gibt offensichtlich ganz verschiedene Methoden, um Hartz-IV-Klagen einzuschränken und Transferleistungsbezieher noch rechtloser zu machen.

5. Weil Hartz IV die Arbeitslosigkeit nicht verringert, sondern nur versteckt und die Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft, errichtete die "Saarländische Armutskonferenz" am Weltarmutstag, dem 17. Oktober 2015, vor der "Europagalerie" in Saarbrücken eine "Mauer zwischen Arm und Reich". Die auf diese Weise versinnbildlichte skandalöse Spaltung erhält durch die aktuelle Flüchtlingssituation, durch Brandanschläge und offene Gewalt von Neonazis vor Flüchtlingsunterkünften zusätzliche Brisanz. Indem finanziell benachteiligte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, wird die demokratische Legitimation unserer Gesellschaft in ihrem Kern bedroht.

Traurig finde ich es, wenn bloß festgestellt wird, dass nur die Forderung nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose auf freiwilliger Basis zu tariflichen Bedingungen infrage komme, weil der erste Arbeitsmarkt selbst in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs das Integrationsproblem nicht löse. Wie sollen denn die Betroffenen als Akteure bei der Verteilung nicht vorhandener Arbeitsplätze für alle eingebunden werden? Es wird Zeit, endlich zu akzeptieren, dass es nicht vernünftig bezahlte Arbeitsplätze für alle gibt, und dass jene, die keinen abbekommen haben, dafür nicht permanent bestraft und zur Schnecke gemacht werden dürfen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Dem Hass keine Plattform: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen "Facebook"-Manager wegen Beihilfe zur Volksverhetzung ("Spiegel-Online")

Die Hetze gebiert den Mord: Anschlag gegen OB-Kandidatin in Köln gebietet hartes Vorgehen gegen faschistische Organisationen ("Rote Fahne News")

Grenzen begrenzen, Transit-Seehofer!

Hallo, Anderdenkende! Was für ein Dauergetöse mit den Flüchtlingen, ein Wollen und Abschotten, einfach beides: Erst die "gutmütige" und "gewissenhafte" Frau Merkel, was schon so aussah wie 68er-Moral, aber dann geht es ans Abgeben, na ja, Gebrauchtes abgeben, da freute sich doch jeder Bürger: Kostet ja nichts, mag er dann denken, jedenfalls eine große Mehrheit, wie im Kommerz: "Geiz ist geil" oder "Ich bin doch nicht blöd". Es ist schon schwierig, jemandem die Hand zu geben, den man nie gekannt hat und den wir nicht kennen. Das ist das eigentliche Problem, das dann auch "Pegida" mit rechts stark gemacht hat.

Ganz klar sehe ich: Der Staat muss die Religionen und ihre Unterschiede in eine Demokratie einführen und das auch den Asylanten erklären, nämlich zu schwören: Der Rechtsstaat steht über der Religion, sei es das Christentum oder der Islam. Die Religion ist, was an Asylanten befremdet und große Unsicherheit hervorruft. Man hat sozusagen zwei verschiedene Geldstücke, die mit einheitlicher Farbe überstrichen werden. Die Vorbereitung der Asylanten ist schon der Schlüssel zum Vertrauen, und die Verarbeitung ihrer Kriegsgeschichte könnte sie dann sogar zu Anders- und Neudenkern machen, zu Pazifisten gegen die Gesellschaft im Nahen Osten, wo es immer mehr Widerständler geben kann.

Der Schlüssel für freies Denken ist eine Aufklärung wie in den späten Sechzigern. Deutschland hat damit schon Größtes erreicht: dass politisch und gesellschaftlich Unwürdiges mit am besten erkannt wird. Jetzt wurde bei "Was nun, Herr Seehofer?" festzustellen versucht, dass "begrenzt" werden müsse, nur so sei "es zu schaffen". Die Tatsache wird den etablierten Politikern immer fremder, dass Menschenmassen nicht aufzuhalten sind, und sei der Zaun noch so hoch. Das geht nicht, wenn die Zurückgeschickten todgeweiht sind. In Wahrheit geht es wieder ums Abgeben, Bezahlen und Einwandernlassen. Es ist der bürgerliche Hinterkopf, der vornheraus nur sagt, was die Bürgermassen im Trend meinen, aber weiter das alte Vorurteil, die Unkenntnis und Angst hegt, "die" würden "uns" zu viel wegnehmen.

Das ist der Grund, warum auf "Begrenzung" gekommen wird. Dann sind zum Beispiel eine Million Menschen hier, und der Rest verrottet, was so schnell nicht aufzufallen scheint, oder stirbt schon vorher. Die ganzen Notmenschen in Sicher-

heit zu bringen, kann nie und nimmer unmöglich sein, bei dem korrupten Reichtum in Europa oder anderswo wie in Saudi-Arabien, wenn wir mal von Reichtum und Weltgerechtigkeit reden wollen. Wenn man Seehofers "Begrenzung" mit 2,5 Millionen deutschen Flüchtlingen konfrontiert, was würde der Mann wohl sagen: "Wir könnten natürlich zwei Millionen oder fünf oder 20 Millionen Menschen aufnehmen, ganz klar, das ist unbegrenzt möglich, weil Nahrungsmittel so unbegrenzt hier sind, dass schon 20 Millionen Tonnen im Müll landen".

Günni, der "Mann mit den großen Hut"

Progressive Visionen: Wie gefährlich ist der Tumor im Kopf des Papstes? ("Spiegel-Online")

Mit Tattoo-Tina vorm Traualtar: Doppel-Äff macht ein Schnäppchen fürs Leben ("Die Welt")

Die nächste Bremer Montagsdemo findet am 26. Oktober 2015 wegen des Freimarktes ab 17:30 Uhr auf dem Hanseatenhof statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

542. Bremer Montagsdemo am 26. 10. 2015

Wie passt der Entzug der Krankenversicherung zum "besonderen Schutzbedürfnis" Minderjähriger?



1. Der Asylkompromiss zwischen Bund und Ländern sieht vor, dass sich die Lebensumstände für viele geflüchtete Menschen nun schon acht Tage früher als ursprünglich geplant verschlechtern sollen. Das drastisch verschärfte **Asylrecht** gilt bereits seit dem 24. Oktober 2015 und bedroht Flüchtlinge mit unangekündigten Abschiebungen, längerer Isolation und einer schlechteren Gesundheitsversorgung. Für die Betroffenen, die gerade erst der Not und dem Schrecken in ihrem Heimatland entkommen sind, wird das

vermutlich eine Wiederholung bereits erlittener Traumata bedeuten.

Claudius Voigt von der "Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender" bemängelt, dass überfallartige Abschiebungen künftig Pflicht werden. Ich finde dies derart unmenschlich, dass mir Assoziationen zu Gestapo- und Stasimethoden hochkommen. Gundula Oerter von der Flüchtlingsinitiative sieht in dem neuen Asylrecht "eine Kampfansage an Schutzbedürftige". Wohl nicht nur der "Niedersächsische Flüchtlingsrat" hält die massivste Asylrechtsbeschneidung seit zwanzig Jahren für verfassungswidrig. Sie ist auch meiner Meinung nach nicht mit unserem Rechtsstaat vereinbar.

Der freie Publizist und Historiker Rudolf Walther schreibt in der "Tageszeitung vom 24. Oktober 2015 über ein "kastriertes Grundrecht": "Das deutsche Asylrecht galt einmal als das Leuchtfeuer der Verfassung. Nun wird es immer weiter wegsaniert. In Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes hieß es einst ganz schlicht: Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Der Artikel 16 zeige, welche Lehren die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1949 in ihrer Beratung der Verfassung aus der zwölfjährigen Nazidiktatur zogen. Das scheine "zu lange" her zu sein, wenn heute manche Politiker im "pragmatischen Humanismus" Obergrenzen für Asylbewerber einführen möchten.

Ähnlich wie bei den Erwerbslosen wurden auch für Flüchtlinge eigens Schimpfwörter wie "Scheinasylant" oder "Asylbetrüger" kreiert. Im Schulterschluss mit Boulevardmedien und konservativen Zeitungen wurde, so wie die rechtsradikale NPD hemmungslos eine Kampagne gegen Asylsuchende startete, munter "Asylmissbrauch" unterstellt. Ziel dieser Aktion war offenkundig, die SPD weichzuklopfen, um die für eine Änderung des Grundgesetzes nötige Zweidrittelmehrheit zu erreichen, was Anfang der Neunzigerjahre leider gelang. Statt die Fluchtursachen zu bekämpfen, deretwegen die Menschen aus ihren Ländern fliehen, werden nun augenscheinlich die Flüchtlinge selbst bekämpft!

Kriege fallen nicht vom Himmel. Wer beliefert denn die Kriegsgebiete mit Waffen? Obwohl in Syrien Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung waren, lieferten deutsche Rüstungsbetriebe immer wieder Kriegswaffen dorthin. Deutschland müsste diesen Waffenhandel verbieten, statt Albanien, Kosovo und Montenegro mit rosaroter Brille auf der Nase als weitere sogenannte "sichere Herkunftsländer" zu erfinden, in die dann die geflüchteten Menschen wieder abgeschoben werden sollen!

Spricht es, wenn das verschärfte Asylrecht – wie zuvor schon die Hartz-Gesetze – mit heißer Nadel gestrickt wird, nun eher für blinden Aktionismus oder für schon lange geplantes Handeln? Ist es eine Antwort auf die Vorwürfe gegen die Asylpolitik der Kanzlerin, ein "Befriedenwollen" von Pegida-Anhängern? Wird hier klammheimlich die "Gunst der Stunde" ausgenutzt, um "wegen der Asylantenflut" die Gesetze zu verschärfen oder schamlos weiteren Sozialabbau zu betreiben?

2. Wenn es Teenager in der Pubertät mit einem Kuddelmuddel aus großen Träumen, wenig Lebenserfahrung und ungewisser Zukunft schwer haben auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben, soll ihnen in Deutschland ein Jugendschutzgesetz zur Seite stehen. So dürfen sich Unterachtzehnjährige beispielsweise nicht in Spielhallen aufhalten, keinen hochprozentigen Alkohol trinken und nicht öffentlich rauchen. Alles für das Wohlergehen unserer Kinder? Pustekuchen, hier gilt offenbar zweierlei Maß, wenn sie Kinder von erwerbslosen Eltern sind: 15- bis 17-Jährige, die in Hartz-IV-Haushalten leben, können sich nicht auf ihr Alter berufen.

Sie dürfen von Jobcentern sogar auf härteste Weise bestraft werden, wenn sie deren Anordnungen nicht penibel befolgen. Sollten sie es in ihrem jugendlichen Leichtsinn wagen, Amtstermine zu "vergessen", ein Schulzeugnis zur Zensurenkontrolle nicht einzureichen, sich einen unentschuldigten Fehltag beim auferlegten Ein-Euro-Job zu leisten, dann kann dies schnell zum vollständigen Entzug der Existenzgrundlage führen. Nach Vorgabe des Zweiten Sozialgesetzbuchs werden Unterfünfundzwanzigjährige besonders streng bestraft. Jobcenter kürzen ihnen bereits bei der ersten "Pflichtverletzung" den Regelsatz um 100 Prozent.

Dies bedeutet, dass die Jobcenter ihnen für ein Vierteljahr nicht nur die kompletten Mittel für Nahrung, Körperpflege und soziale Teilhabe, sondern auch für Obdach und die Krankenversicherung streichen. Wie passt das mit dem Grundrecht auf Menschenwürde und dem "besonderen Schutzbedürfnis" Minderjähri-

ger zusammen? Andreas Schulz von dessen "Berliner Jugendhilfeabteilung" erläutert, dass gerade bei jungen Menschen, die viel mehr Unterstützungsbedarf haben, viel zu viel gefordert und zu drastisch bestraft wird.

Auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums unter Manuela Schwesig (SPD) steht, für die Bundesregierung habe der Schutz von Kindern und Jugendlichen "oberste Priorität", sie sollen in allen Lebensphasen und -situationen begleitet werden. Vom Streichen der Essensration wegen "mangelnder Mitwirkung" steht dort nichts. Praktischerweise fühlt sich das Ministerium auch gar nicht zuständig für diese "Rechtsfolgenpolitik" der Jobcenter.

3. Der Sozialverband VdK mahnt, es sei ein Indiz für Altersarmut, wenn in Deutschland Hunderttausende Senioren mit geringem Lohn arbeiten. Im März 2015 mussten bundesweit bereits knapp 904.000 ältere Menschen Minijobs übernehmen. Das sind deutlich mehr als 2003, als nur knapp 533.000 Überfünfundsechzigjährige geringfügig beschäftigt waren. Die Zahl der Minijobber in dieser Altersgruppe nahm über die Jahre stetig zu und ist ein deutlicher Hinweis auf wachsende Altersarmut.

VdK-Präsidentin Ulrike Mascher gab zu bedenken, dass sich die Neurenten durch das Absenken des Rentenniveaus seit Jahren im Sinkflug befinden, sodass immer mehr Rentner unter die Armutsschwelle rutschen. Die "Linken"-Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann betont, der weitaus überwiegende Teil der älteren Menschen arbeite nicht "zum Spaß und Zeitvertreib" weiter, sondern aus finanzieller Not. Ältere Menschen arbeiten ihrer Ansicht nach zunehmend über die gesetzliche Altersgrenze hinaus, "um der Armut zu entfliehen". Es läuft so viel falsch in diesem Land!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Abschrecken, Abschotten, Abschieben – Flüchtlingspolitik von EU und Regierung

In größter Eile wurde das reaktionäre Asylgesetz-Paket durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. Damit sind Abschiebungen im großen Stil zu erwarten. Dafür wurden bereits Flugzeuge gechartert und Flüge von verschiedenen deutschen Flughäfen aus organisiert. Laut dem Radiosender "RBB" sollen allein aus Berlin 9.000 Flüchtlinge abgeschoben werden. Hunderttausende Menschen, viele von ihnen traumatisiert, werden mit diesen Androhungen in Angst und Schrecken versetzt.



Originalton Altmaier: "Wir wollen bei den Abschiebungen besser und schneller werden." Es ist zutiefst zynisch, wenn Merkels oberster Koordinator die Abschiebung der Flüchtlinge auch noch als "Verbesserung" bezeichnet. Die Regierung betreibt ein Doppelspiel: Zuerst reagierte Frau Merkel auf die große Willkommenskultur in der Bevölkerung, indem sie sich als "Mutter der Flüchtlinge" aufspielte. Jetzt rückt die reaktionäre Politik in den Mittelpunkt. Faschistische Hetze von Ultrarechten findet

ungehindert Verbreitung bis zur besten "ARD"-Sendezeit bei Günter Jauch.

Bei der "Pegida"-Kundgebung in Dresden konnte der deutsch-türkische Autor Akif Pirinçci über eine halbe Stunde lang üble Volksverhetzung betreiben ("die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb"), ohne dass die Polizei einschritt. Die Volksverhetzung muss gestoppt, und die Verantwortlichen müssen hart bestraft werden! Alle faschistischen Organisationen und ihre Propaganda gehören sofort verboten!

Das Recht auf ein individuelles Anerkennungsverfahren wird mit dem neuen Gesetzespaket für zahllose Flüchtlinge abgeschafft. Asylanträge von Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern gelten von vornherein als "offensichtlich unbegründet". In sogenannten Transitzonen an den Grenzen sollen Flüchtlinge "ohne Bleibeperspektive" im Schnellverfahren registriert und abgeschoben werden.

Hinter dem Begriff "ohne Bleibeperspektive" verbirgt sich das reaktionäre Wesen der Flüchtlingspolitik von Bundesregierung und EU: Wer vor Armut, Krisen, Kriegen und Umweltkatastrophen fliehen muss (die Ursachen liegen maßgeblich in der Politik der Großmächte), wird wie Vieh in Flüchtlinge "erster und zweiter Klasse" eingeteilt und entsprechend behandelt. Nur die für die Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt qualifizierten Flüchtlinge werden "gern" genommen. Da lassen sich doch die Ausbildungskosten für Jugendliche in Deutschland schön einsparen!

Als "sicheres Herkunftsland" wird jetzt auch die Türkei ins Spiel gebracht. Frau Merkel hofierte den türkischen Staatspräsidenten Erdogan mit drei Milliarden Euro für den Ausbau der Flüchtlingscamps und stellte eine Wiederaufnahme der seit Jahren stockenden EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht. Keine Anerkennung der Türkei als "sicheres Herkunftsland"! Das ist unfassbar angesichts massiver Unterdrückung der demokratischen Opposition und des Krieges gegen das kurdische Volk.

Die Bundesregierung tut so, als müsse sie die beschleunigten Abschiebungen durchsetzen, weil die Kommunen und die Bevölkerung überfordert seien. Tatsache ist, dass die Bundesregierung noch viel mehr Lasten auf die Kommunen abwälzt, und dass sie Milliarden-Steuerüberschüsse nur zur Schuldentilgung einsetzen will. Hundertprozentige Übernahme aller Kosten für Flüchtlinge durch Bund

und Länder! Schluss mit dem Abbau sozialer und politischer Errungenschaften! Rücknahme der Aushebelung des Asylrechtes!

Harald Braun

Geschützt werden die Brandstifter: Zehn Tage nach dem faschistischen Mordanschlag auf die nun gewählte Bürgermeisterkandidatin richtet die Kölner Polizei ihre Wasserwerfer gegen linke Demonstranten ("Rote Fahne News")

Die Sorge um die Familie im Kriegsgebiet macht mehr als ungeduldig



1. Am Wochenende hat Deutschland die Verschärfungen im Asylrecht und damit die Missachtung des Grundgesetzes vorgezogen in Kraft gesetzt. Die Bundesrepublik besteht auf sicheren Außengrenzen: Jeder, der kommt, soll bereits dort registriert werden. Im Fernsehen wurden diese "Wartezimmer" gezeigt. Unmenschlich! Mit der Türkei als "sicherem Herkunftsland" verrät Deutschland seine Werte!

Die USA haben über Jahre Diktaturen unterstützt. Dabei war der Umgang mit dem eigenen Volk den USA egal. Wir sind auf diesem Weg.

Wie sehr die USA und wir die Unruhe im Nahen Osten verursacht haben, hat "Die Anstalt" thematisiert. Der Beitrag "Das Boot ist voll" ist einfach sehenswert! "Die Anstalt" entlarvt auch die Überschriften der Blätter mit den großen Buchstaben. Einige Abende später kam die Nachricht, dass die Versorgung der Menschen in den Flüchtlingslagern an den Grenzen Syriens noch immer nicht gesichert ist.

"Der Spiegel" meldet: "Sturz von Saddam Hussein: Blair entschuldigt sich für Fehler im Irakkrieg". Unter anderem für Fehler bei der Planung für die Zeit danach tut er es nicht. Diese Fehler werden heute "Islamischer Staat" genannt. Der Bund drückt sich nun um die Finanzierung der Integration der Neubürger. Die Gemeinden sind auch dadurch nicht handlungsfähig. Augenblicklich wird dies von den Freiwilligen überdeckt. Doch auch freiwillige Mitarbeiter(innen) wollen Informationen – daran hapert es erheblich.

In Bremen haben die Neubürger zwei Zufahrten zu den Unterkünften blockiert. Beide Male haben sie sich über die schleppende Registrierung beschwert. Die Polizei wird es weitergeben. Warum sind diese Menschen so ungeduldig? Erst nach der Registrierung können sie einen Asylantrag stellen, und erst nach der

positiven Entscheidung darüber können sie die Familienzusammenführung beantragen. Die Sorge um die Familie im Kriegsgebiet macht mehr als ungeduldig!

Auch die anderen bürokratischen Hürden sind zu hoch. Die Polizei war nur der Blitzableiter: "Wir geben Ihre Wünsche weiter". Dies hat sie getan. "Flüchtlinge verlieren die Geduld", titelte der "Weser-Kurier" am 23. Oktober 2015 und nannte aufgrund weiterer Protestaktionen Zahlen. Die Rückstände sind erschreckend. Gab es eine Antwort an die Neubürger?

Hat inzwischen die Leitung der Einrichtung die Neubürger in ihrer Einrichtung darüber informiert, wann mit der Erstaufnahme zu rechnen ist, wie lange das Asylverfahren aus heutiger Sicht dauert und wie die Terminierung in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland aussieht? Termine gibt es aktuell frühestens im Sommer 2016! Deutschland kann dies ändern und die Neubürger laufend über den aktuellen Stand informieren. Das beugt weiteren Streitigkeiten vor. Die Menschen müssen ernst genommen werden!

Derzeit schafft es Bremen nicht, das Taschengeld für die Neubürger termingerecht auszuzahlen. "Flüchtlinge müssen auf Taschengeld warten", meldete der "Weser-Kurier". Es wird um ein bis zwei Wochen Geduld gebeten. Eine weitere Blamage! Bremen schiebt nicht nur bei der Registrierung einen "Berg" vor sich her: Auch die Asylanträge stapeln sich. Wie sieht die Unterstützung der Antragsteller aus? Wie konnte es nur passieren, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits vor Monaten mit der Erledigung der Anträge erheblich in Verzug war?

Die Sachbearbeitung mit Papierakten haben "wir" doch "den Griechen" angekreidet! Den Bearbeitungsrückstand bei den Widersprüchen gegen ALG-II-Bescheide wurde durch Quotierung abgebaut: Einfach mal 70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen und nur 30 Prozent zu akzeptieren, hat diesen Papierberg kurzfristig abgeschmolzen. Wichtig ist, dass Frank-Jürgen Weise bei den Asylanträgen nicht ebenso verfährt.

Auch bei nur einprozentiger Erfolgschance muss der Einzelfall sorgfältig geprüft werden! Insbesondere Sinti und Roma haben keine sicheren Herkunftsländer. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sucht 1.000 neue Mitarbeiter(innen), jedoch keine Unterstützung für die Personalabteilung und keine IT-Fachleute, aber Auszubildende für den IT-Bereich.

2. Es geht diesmal nicht um die Beseitigung der Steuervergünstigungen für die Reeder Griechenlands. Frau Merkel war an der Küste, die deutschen Reeder werden entlastet: "Sie kündigte eine gesetzliche Neuregelung an, wonach die Reeder die Lohnsteuer der Beschäftigten unter deutscher Flagge künftig komplett einbehalten können. Zusätzlich sollen die Reeder von den Sozialversicherungsbeiträgen für ihre Beschäftigten entlastet werden. Im Gegenzug müssten sie aber stärker in die Ausbildung junger Seeleute investieren", so der "Weser-Kurier".

Die Zusage zur Ausbildung ist für die Reeder unverbindlich, die Schenkung der Lohnsteuer durch den Staat nicht. Die Reeder genießen weitere Steuerver-

günstigungen und erhalten obendrein jährlich wiederkehrende Subventionen – alles ohne Gegenleistung! Warum fordern Bundesregierung und EU von Griechenland eine Streichung der Steuervorteile für die griechischen Reeder? Sie könnten ja nach Deutschland umflaggen und so weiterhin Steuervorteile genießen und zusätzlich Subventionen beantragen!

Griechenland hat die 14 lukrativsten Flughäfen an Fraport "privatisiert". Dies war eine Auflage der Europäischen Union. Dagegen wurde in Griechenland Klage erhoben. Wenn die Kläger gewinnen, muss auch die EU dies akzeptieren – wie in Portugal.

3. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein Eingriff ins Private! Es wurden bereits einige Klagen gegen sie angekündigt. Wichtig ist, dass hierbei der "Untermieter" in der Vorratsdatenspeicherung nicht vergessen wird. Das Magazin "Zapp" befürchtet: "Vorratsdatenspeicherung gefährdet Journalismus". Mit dem Paragrafen zur Datenhehlerei könnte das geplante Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung nämlich zu einem "Anti-Whistleblower-Gesetz" werden. Damit ist der investigative Journalismus in Gefahr. Was hat die Bundesregierung zu verbergen?

Ich werde dabei an Edward Snowden und die durch ihn gewonnenen Erkenntnisse erinnert. Unglaubliches kam ans Tageslicht! Die Bundesregierungen haben uns alle über Jahre "hinter die Fichte" geführt. Aktuell sind die Erkenntnisse um die "Selektorenliste" und die Spionage des Bundesnachrichtendienstes bei den Verbündeten. "Abhören unter Freunden, das geht gar nicht": Wie muss man bei der NSA geschmunzelt haben! Wie stark muss die Ignoranz sein, um mit dem Wissen über die eigenen Abhörtätigkeiten einen solchen Satz auszusprechen?

Die Technik schreitet voran, alle Telefonate und andere Datentransfers in und aus Deutschland werden von der NSA kopiert, ausgewertet und gespeichert. Die Unterstützung durch den BND ist nicht mehr erforderlich. Die Bundesregierung lässt dies wissentlich zu! Eine Folge der eigenen Schandtaten? Bekanntgeworden ist bisher, dass die Bundesregierung Briefe zu "Paketen" erklärt hat, um alle Briefe zu kontrollieren, und alle über den Frankfurter Knoten geführten Telefonund Datenverbindungen zu "Auslandsverbindungen" erklärt hat. Der BND durfte auf diese Weise alles abhören und kopieren.

Etwas kleiner: Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht hat das "Celler Loch" angeordnet. Oder im ganz Kleinen: Bremen hat drei gesunde Eichen auf einem lukrativen Grundstück fällen lassen. Über den Grund herrscht Schweigen. Welcher Politiker hat wann was erfahren? Wann was gewusst? Die öffentlichrechtlichen Nachrichtenmagazine bringen jede Woche Ungereimtheiten auf die Mattscheibe. Dies alles soll nun unter der Decke bleiben? Geheimverträge sollen geheim, die Bürger unwissend bleiben? Ein Grund mehr, sich auf das Wahlrecht zu besinnen. Wählen gehen!

Wie sehr die USA gegen unsere Datenschutzansprüche handeln, hat kürzlich der Europäische Gerichtshof festgestellt und kurzerhand den Stopp dieser Datentransfers in die USA angeordnet. Deutsche Telefondaten und Datentransfers

sind von diesem Verbot leider nicht betroffen. Die USA setzen ihre 100-Prozent-Ausspähung in Deutschland fort. Sie haben die NSA ausdrücklich beauftragt, dies zu tun, und alle Versorgungseinrichtungen wie Strom, Gas, Telefon, Fernsehen oder Gesundheitswesen zu infiltrieren! Nach den Unterlagen Edward Snowdens wurde dies vor Jahren bereits zu 40 Prozent erfolgreich vollzogen! Außerdem lassen wir uns von den USA für die Tötung per Drohne missbrauchen. Ohne die Mitwirkung Deutschlands wäre dieser Drohnenkrieg nicht durchführbar.

Die Bundesregierung verrät unsere Wirtschaft an die NSA: In den Telefonanlagen ist bereits werksseitig eine Zugriffsmöglichkeit für Externe eingebaut. Wer den Code kennt, kann mithören, abhören, rausholen, eindringen! Durch die Öffnung des Datenbereichs der Produktion werden alle Betriebe noch anfälliger für Spionage und Sabotage. Gegenwehr ist möglich: Den Lieferanten um entsprechende Information bitten und ihn bei Weigerung auf die möglichen Schadenersatzklagen hinweisen. Dies wäre auch ein Grund für eine Investorenschutzklage vor einem Schiedsgericht: die Schädigung durch Nichtinformation.

4. Die Freihandelsabkommen müssen eingestampft werden, auch das mit Kanada! Die Welthandelsordnung kann Regelungen treffen, mit Überarbeitung, aber ohne Schiedsgerichte und besondere Klagegründe für Investoren. Eine "Story im Ersten" heißt: "Konzerne klagen, wir zahlen: Wie Schiedsgerichte den Rechtsstaat ausheben". Die Dokumentation wurde wie folgt angekündigt:

"Im Namen des Volkes urteilen sie nicht. Im Gegenteil: Sie tagen hinter verschlossenen Türen. Sie verurteilen Staaten zu Strafen in Milliardenhöhe. Konzerne verklagen mit ihrer Hilfe Regierungen, wenn sie ihre Geschäfte bedroht sehen. Und zahlen müssen wir." Dies zeigt eindrucksvoll, dass die Investorenschutzklauseln, die besonderen Klagegründe und die Schiedsgerichte ein Holzweg für die Demokratie sind. Ansehen und wirken lassen!

Was sind mögliche Auswirkungen dieser Entwicklung? Heute im Angebot: Anteilsscheine für die Prozessfinanzierung im Fall "Konzern Zügellos gegen die Bundesrepublik", Stückelung ab 500 Euro, im Fall des Obsiegens 100 Prozent Rendite plus entsprechendem Anteil an der Entschädigungszahlung, Streitwert: 300 Millionen Euro. Weiter im Angebot: 1.000 Euro Provision für jeden erfolgreichen Hinweis sofort plus 1.000 Euro in Anteilscheinen für die Klagefinanzierung: "Wer kennt einen Klagegrund für ein Schiedsgerichtsverfahren gegen Deutschland? Die Gestaltung machen wir."

Entsprechende Konzerne für alle Pläne stehen bereit. Auch deutsche Unternehmen können sich den Klagen anschließen. "Wie dies geht? Wir machen dies möglich!" Gesponnen? Nein. Das geht mit allen bestehenden Freihandelsabkommen! Gegen diese möglichen Belastungen durch Verfahrenskosten und Entschädigungszahlungen ist die Belastung durch die Neubürger gering.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich ma-

chen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Panikmache: Ob Wurst wirklich krebserregend ist, lässt sich durch die Metastudie der IARC überhaupt nicht sagen ("Nachdenkseiten")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

543. Bremer Montagsdemo am 02. 11. 2015

Erwerbslose hungern für die Miete



1. Die Neubürger sind eine Chance für Europa, wirtschaftlich eine glückliche Möglichkeit, ein Glücksgriff! Natürlich müssen wir in Vorlage treten: Es geht um die Zukunft. Noch ist die Tinte unter dem Asyl- Grundgesetzbruch nicht trocken, und schon werden die nächsten Verschlechterungen zum Thema. München könnte die Neubürger so empfangen: Alles ist vorbereitet, alles steht bereit! Vor den vereinbar-

ten Übergabepunkten stehen die Neubürger in Kälte und Regen. Das Unwohlsein, die Schwäche steht ihnen ins Gesicht geschrieben. Nur jede Stunde darf eine Gruppe von 50 Menschen nach Deutschland einreisen. Dadurch wird bei nur fünf Übergängen ein Rückstau produziert. Die Reaktion des bayrischen Innenministers zeigt: Diese Bilder sollen um die Welt gehen. Bilder, wie auf dem Münchner Hauptbahnhof entstanden sind, sollen verhindert werden.

Dies ist die Meinung der CSU als bayerischer Regierungspartei, nicht die Meinung der Mehrheit. Allerdings schafft die Politik mit problematischen Aussagen eine immer größere Skepsis. Mit der Abgrenzung wird auch im Binnenland scheinbar billigend Tod an der Grenze zu Deutschland eingeplant! Die Würde des Menschen auf der Flucht ist mehr als angekratzt. Sogar die Möglichkeit, Familienmitglieder nachzuholen, soll für zwei Jahre ausgesetzt werden. Dies ist ein weiterer Rechtsbruch. Die Familie im Kriegsgebiet konnte nur eine Flucht finanzieren. Erwarten wir von dem hier angekommen Familienvater Verständnis für diesen Plan?

2. Das Geld wird vom Bund als Druckmittel gegen die Bundesländer eingesetzt. Statt einer uneingeschränkten Zusage der Aufwandserstattung gibt es erhebliche Begrenzungen. Die Gemeinden müssen die Differenz tragen. Unter dem Diktat des Geldmangels leidet die Integration der Neubürger! Nordrhein-Westfalen hat nun weitere Steuerdaten angekauft, fünf Millionen Euro sollen sie gekostet haben. Nach kurzer Durchsicht wird mit erheblichem Ertrag gerechnet. Die ersten Steuerfahnder sind bereits unterwegs! In der Veröffentlichung des Finanzministeriums heißt es zum Nutzen der Aktion:

"Bundesweit haben sich seit Frühjahr 2010 etwa 120.000 Bürgerinnen und Bürger selbst angezeigt. Dabei sind bundesweit Mehreinnahmen von schätzungsweise vier bis fünf Milliarden Euro entstanden. Die Selbstanzeigen in Nordrhein-Westfalen mit Bezug zur Schweiz stiegen seit Frühjahr 2010 auf 22.300. Das Land hat mit dem Ankauf von Steuer-CDs und den dadurch ausgelösten Selbstanzeigen Mehreinnahmen von schätzungsweise rund zwei Milliarden Euro erreicht.

Diese Summe setzt sich zusammen aus rund 200 Millionen Euro Mehrsteuern aus der CD-Auswertung, etwa 50 Millionen Euro aus Geldauflagen auf der Grundlage des § 153a für Bewährungsauflagen, mehr als 600 Euro Verbandsgeldbußen sowie rund 1,2 Milliarden Euro durch Selbstanzeigen." Falls alle Bürger(innen) ihre Steuern nach den tatsächlichen Einkommen entrichten, haben wir keine Haushaltsprobleme mehr! Dazu gehört auch die Aufkündigung aller eingeräumten Sonderrechte durch die Regierung, siehe 542. Bremer Montagsdemonstration.

3. Haben wir einen Fachkräftemangel? "3Sat" hat genauer hingeschaut und findet im "Arbeitsmarktreport" das "Märchen vom Fachkräftemangel": "Ingenieurmangel! Ärztemangel! Zu wenig IT-Spezialisten!" und "Wenn wir nicht gegensteuern, geht es bergab mit Deutschland". Das sind alltägliche Schlagzeilen, mit denen Politik gemacht wird. Wirtschaftsverbände und Lobbyisten warnen vor dem Fachkräftemangel und dessen Folgen, fordern mehr politischen Einsatz und eine Öffnung des Arbeitsmarktes. Wie real ist der Fachkräftemangel wirklich?"

Dieser Beitrag zeigt, dass der "Fachkräftemangel" mit vielen Tricks errechnet wird und die Gehälter drückt. Die Bundesagentur für Arbeit ist williger Helfer. Der "Ingenieurmangel" beruht immer noch auf Hochrechnungen ohne entsprechende Datenbasis, der Multiplikator wurde aber von sieben auf fünf verringert. Bewerber "fehlen" bereits, wenn sich weniger als drei geeignete Menschen auf eine ausgeschriebene Stelle bewerben. Bereits dann heißt es, es gebe "keine geeigneten Bewerber". Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit werden als sehr flexibel gezeigt: Mit neuen Namen und Begriffen sehen sie ganz anders aus. Dann gibt es ohne Grund mal eben mehr als eine Million Köpfe Differenz. Sehenswert!

4. Nun muss sich die Landwirtschaft ändern. "Vergesst den Weltmarkt", titelt die "Süddeutsche Zeitung". Den Appell, die Bewirtschaftung der Höfe ohne Raubbau an der Natur vorzunehmen, kann ich voll unterstreichen. Darüber hinaus schafft und sichert der schonende Umgang mit der Natur Arbeitsplätze. Allerdings ist beim Konzept "Bauernhof 4.0" die Automatisierung auch durch GPS so hoch, dass die Familien die Arbeit allein stemmen.

Arbeitszeitverkürzung ist notwendig und möglich: "Sechs Stunden sind genug", meint die "Süddeutsche". In Schweden wird es umgesetzt – teils als Versuch, aber auch dauerhaft. Wie sehr die Elektronik sich einmischen kann, zeigt die ZDF-Serie "Aufstieg der Roboter" als Fortschritt zur Entlastung der Menschen: "In ganz Europa arbeiten Wissenschaftler an neuartigen Robotern, die uns schon heute oder in Zukunft das Leben erleichtern sollen."

Auf die aktuelle IAB-Studie "Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft" verweist der "Weser Kurier" mit der Überschrift "Digitaler Wandel bedroht Hilfskräfte". Der folgende Text betrachtet auch Facharbeiter als Hilfsarbeiter: "Dabei werden vor allem Beschäftigte, die heute Maschinen und Anlagen bedienen, betroffen sein." Facharbeiter, die mit Routinearbeiten beschäftigt sind, müssten frühzeitig für Aufgaben in der "Industrie 4.0" umgeschult werden. Trotz dieser Herausforderungen stehe Deutschland jedoch keineswegs vor einer Jobkrise.

Bereits in der Kurzfassung der IAB-Studie steht die Mahnung: "Die getroffenen Annahmen wirken zugunsten der ökonomischen Entwicklung. Das bedeutet aber auch, dass bei einer verzögerten oder gar verschleppten Umsetzung die Annahmen sich gegen den Wirtschaftsstandort Deutschlands wenden: Wir werden weniger exportieren und mehr "neue" Güter im Ausland nachfragen." Ich glaube nicht, dass bei "Industrie 4.0" insgesamt nur ein Arbeitsplatzverlust von 60,000 Vollarbeitsplätzen droht. Die IAB-Studie geht von den nächsten Jahren aus.

Heute werden Kassen ohne Kassierer (in) von den wenigen Kunden akzeptiert. Die Preisauszeichnung am Regal in digitaler Form spart Arbeitsstunden. Bestelle ich einige Male etwas im Lebensmittelladen, wird die Ware automatisch bestellt. Das Warenwirtschaftssystem wird um dieses Modul erweitert, der Computer übernimmt diese Tätigkeit. Mitarbeiterinnen, mit denen ich gesprochen habe, freuten sich nicht auf diese Änderung: Sie waren sich einig, dass es eine Stundenreduzierung geben wird.

Weitere Überschriften lauten: "Ein ausgezeichnetes Lager", "BLG bekommt für robotergestütztes Kommissionierungssystem den Deutschen Logistik-Preis", "Schwerpunkt des dreitägigen Kongresses ist die Digitalisierung vieler Arbeitsund Lebensbereiche. Eine Umfrage hat ergeben, dass 94 Prozent der Logistikunternehmen Chancen durch die Digitalisierung sehen."

5. Die Technik bedroht auch unsere Privatsphäre, aktuell über den Eingriff per Vorratsdatenspeicherung. Gleichzeitig soll dieses Gesetz "hoheitliche Missetäter" schützen, siehe 542. Bremer Montagsdemonstration. "N24" hat sich in der Reihe "USA Top Secret" mit der totalen **Überwachung** in den USA beschäftigt. Ein Stadtbezirk kann total im Blickfeld der Überwachungskameras stehen. Gesichtserkennung wird besser und auf Merkmale der Körpersprache ausgedehnt.

Drohnen werden kleiner und leistungsfähiger, selbst Insekten transportieren ferngesteuert Kameras und Mikrofone. Auch GPS-Chips werden immer kleiner: Eine biologisch abbaubare Version wurde in den USA zugelassen. Diese Chips können in Medikamenten verborgen verabreicht werden. Die unverletzliche Privatsphäre ist somit Vergangenheit!

Europa baut mit "Galileo" ein eigenes Ortungsprogramm per Satellit auf, weil die USA bereits ohne vorherige Information und mit erlebbaren Folgen GPS-Daten geändert und "verschoben" haben. Europa will sich mit dem eigenen System unabhängig machen. Vertrauen sieht anders aus!

Der "Weser-Kurier" schreibt über eine "Razzia wegen Schnüffel-Software": "Mit der Schadsoftware können unter anderem der Datenverkehr überwacht, Telefongespräche und Umgebungsgespräche heimlich abgehört sowie mit der Smartphone-Kamera heimlich Bildaufnahmen gefertigt werden. Außerdem könnten von dem infizierten Gerät Telefonate initiiert, SMS versandt, Daten eingesehen und verändert sowie der Standort des Smartphones lokalisiert werden. Die Schadsoftware sei insbesondere beim sogenannten Phishing im Online-Banking von erheblicher Bedeutung, da man mit ihr die mobilen TAN-Nummern der Banken abfischen könne." Die Technik macht es möglich, sie kommt verbotenerweise in den Handel.

6. Erwerbslose hungern für die Mietzahlung: Im Monat Juni haben sie sich über 300.000 Euro der laufenden Miete und Nebenkosten vom Munde abgespart. Dies geht aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hervor. Auf der 501. Bremer Montagsdemonstration wurde die Auswertung bei der Grundsicherung für Juni 2014 erwähnt. Am Ende der Tabelle 1 stehen unter "Einmalige Kosten für Unterkunft und Heizung" die Einmailzahlungen, zum Beispiel Nachzahlungen und Nebenkostenabrechnungen. Im Juni 2015 wurden 371.495 Euro bei den laufenden Kosten der Unterkunft (Miete, Nebenkosten, Heizung) nicht vom Jobcenter übernommen.

Die Eigenbeteiligung ergibt sich aus insgesamt 18.824.389 Euro tatsächlichen und 18.452.594 Euro anerkannten Kosten der Unterkunft. Die einmaligen Zahlungen betrugen 512.781 Euro. Aus den laufenden Zahlungen ergibt sich eine Aufschlüsselung der Unterzahlung für Miete (minus 249.414 Euro), Nebenkosten (minus 76.272 Euro) und Heizung (minus 46.110 Euro). Es liegt aber nicht jede Statistik zu jedem Zeitabschnitt vor. Wer einen Eigenanteil zur Miete zahlt, kann dies ändern, auch rückwirkend. Wie dies geht? Unterstützung bei einem der Beratungsvereine holen, auf unseren Seiten nachlesen und bei uns vorbeischauen!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Das Bremer Trinkwasser ist in Gefahr! Der "Trinkwasserverband Verden" fördert in seinem Wasserwerk Panzenberg in Verden-Scharnhorst Wasser aus dem eiszeitlichen Rinnensystem "Rotenburger Rinne" und deckt damit bis zu 30 Prozent des stadtbremischen Bedarfes. Doch in unmittelbarer Nähe wird Gas gefördert. Zum Einsatz kam dabei auch die Fracking-Technologie. Das dabei mit geförderte und mit Schwermetallen belastete Lagerstätten-

wasser wurde bis ins Jahr 2012 in nur 750 bis 1.100 Meter Tiefe verpresst. Aktuell droht eine Ausweitung des Frackings in der Region mit allen seinen Risiken! Kommen Sie deshalb zur Protestkundgebung am Samstag, dem 7. November 2015, um 11 Uhr auf den Marktplatz! Diese Veranstaltung zum Global Frackdown Day in Bremen ist ein wichtiger Fortschritt in der Zusammenarbeit der Umweltorganisationen vor Ort.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

544. Bremer Montagsdemo am 09. 11. 2015

Zu den alten Sonderstrafen kommen neue Rechtsverschärfungen

1. Eine aktuelle Studie der "Arbeitnehmerkammer" kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Mittelschicht innerhalb von zwölf Jahren um 14 Prozentpunkte – von 64 auf 50 Prozent – geschrumpft ist. Hauptgeschäftsführer Ingo Schierenbeck bezeichnet es als dramatisch, dass **Armut** und Abstieg keine Randphänomene mehr seien. Bundesweit driftet die Gesellschaft auseinander: Die Reichen werden immer reicher, aber nicht mehr, die Armen ärmer – und die Lücke dazwischen immer größer.



In Bremen kommt noch hinzu, dass es in der einkommensstarken Schicht lediglich einen Zuwachs um zwei Prozentpunkte gibt, die Menschen aus der Mittelschicht also eher in die einkommensschwache oder armutsgefährdete Schicht abrutschen als dass sie aufsteigen. Die "Arbeitnehmerkammer" sieht eine wesentliche Ursache für den Zerfall der Mittelschicht in der Höhe der Einkommen: Bei den kleinsten Haushaltseinkommen waren die Zuwächse am geringsten. Dass die Zahl der Einkommensschwachen im Gegensatz zu ihren Einkommen jedoch kaum anstieg, hängt auch damit zusammen, dass die Zahl der Teilzeitstellen um 49 Prozent anschwoll und das verarbeitende Gewerbe 14 Prozent der Stellen abbaute, im schlechter entlohnten Dienstleistungssektor hingegen die Anzahl der Arbeitsplätze um 13 Prozent zunahm, während sich gleichzeitig die Mittelschicht in diesem Bereich um 13 Prozent reduzierte.

Eine wichtige Säule der Gesellschaft bröselt. Ex-Kanzler Gerhard Schröder lobte sich und seine rot-grüne Koalition auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2005 dafür geradezu über den grünen Klee, mit der Einführung von Hartz IV einen der effektivsten Niedriglohnsektoren Europas geschaffen zu haben. Dies ist ihm mit einem widerlichen Volltreffer leider auch sehr nachhaltig gelungen und führte zusammen mit den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen zu der staatlich verordneten Armut in Deutschland. Peter Hanuschke kommentiert, dass funktionie-

rende Gesellschaften nach westlichen Werten von einer breiten Mittelschicht getragen werden und umso stabiler sind, je größer die Mitte ist.

Die "Arbeitnehmerkammer" in Bremen bezeichnet den Trend, dass Reiche bei gleichbleibender Anzahl immer reicher werden, als dramatisch. Menschen, die einen vernünftig bezahlten Vollzeitarbeitsplatz haben, finden sich am häufigsten in der Mittelschicht wieder. Interessant, aber keineswegs verwunderlich finde ich, dass sich hier mit 60 Prozent kinderlose Paarhaushalte als Mehrheit wiederfinden und Alleinerziehende mit 33 Prozent den niedrigsten Anteil stellen. Für Letztgenannte fehlen vor allem flexible Betreuungsangebote, die ein Arbeiten in Vollzeit überhaupt erst ermöglichen.

Den berechtigten, notwendigen Appell, dass sich dringend etwas ändern muss, haben wir schon so oft gehört! Doch es ändert sich nichts, weil die Politik es offenkundig nicht wirklich will. Gesellschaftliche Verantwortung scheint der Vergangenheit anzugehören, *en vogue* hingegen ist es, Reichtum und Profit zu privatisieren, aber Schulden zu vergesellschaften. Eigentum verpflichtet? Ja: offenbar zu immer hemmungsloserer Profitmaximierung.

2. Nun liegt der erwartete Referentenentwurf zur "Rechtsvereinfachung", sprich: zu den Rechtsverschärfungen im SGB II vor. Eigentlich sollten die Sanktionen entschärft, insbesondere die Diskriminierung junger Menschen unter 25 durch Sonderstrafen aufgehoben werden. Dank des Vetos von Horst Seehofer musste dieses Vorhaben aufgegeben werden. Glücklicherweise laufen bereits zahlreiche Verfassungsbeschwerden.

Entgegen dem deutlichen Hinweis des Bundessozialgerichts, dass es nicht möglich ist, die Energiepreise von morgen oder die Härte des nächsten Winters vorauszusehen, soll all dies nun prognostisch mit einer Angemessenheitsgrenze bei der Bruttowarmmiete festgeschrieben werden – eine ausgesprochen zynische Antwort auf die akute Wohnungsnot, die finanziell Schwächere zunehmend mehr ausschließt.

Die Sonderstrafe einer Absenkung der Wohnkosten auf die alte Miete bei "nicht erforderlichem Umzug", die im Spagat zwischen Mieterhöhungen und nicht dynamisierter und dauerhafter Absenkung in den Wohnungsverlust führt, bleibt nicht nur erhalten, sondern wird noch wasserdichter gemacht. Ein von vielen genutztes Schlupfloch, nach dem die Absenkung nur bei Anmietung einer angemessenen Wohnung griff, nicht aber, wenn zum Beispiel wenige Euro über der Angemessenheitsgrenze angemietet wurde, wird auch geschlossen.

Natürlich sollen auch die ohnehin schon schwer gebeutelten Alleinerziehenden nicht ungeschoren davon kommen: Getrennt lebende Eltern, die ihre Kinder mal bei der einen, mal bei dem anderen in einer "temporären Bedarfsgemeinschaft" (altmodisch: Familie) wohnen lassen wollen, müssen in Zukunft nachweisen, dass diese Aufteilung auch wirklich halbe-halbe erfolgt. Da dies in der Praxis aber sicherlich wegen der vorgegebenen Bindung an Kindergarten oder Schule kaum ausgewogen möglich ist, soll in Zukunft der Elternteil, der das gemeinsame

Kind weniger als 50 Prozent bei sich wohnen hat, nicht mehr berücksichtigt werden. Hier wird nicht nur wieder Geld gespart werden, sondern die Probleme von getrennt lebenden Elternteilen werden auf dem Rücken der Kinder erneut verschärft. Die Befürchtung, dass die "Rechtsvereinfachung" ein weiterer Schritt in der systematischen Entrechtung von Hartz-IV-Empfängern wird, scheint sich zu bestätigen.

3. Heute ist ein ganz besonderer Gedenktag: Vor 77 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, fanden die Pogrome der "Reichskristallnacht" statt, bei denen über 1.400 Synagogen sowie Tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe zerstört wurden. Ungefähr 30.000 Juden wurden am 10. November in Konzentrationslagern inhaftiert, Hunderte wurden ermordet oder starben an den Haftfolgen. Ich finde die Vorstellung unerträglich, dass 77 Jahre nach der "Reichspogromnacht", die den Beginn des Holocaust einläutete und der Erinnerung und Mahnung dienen sollte, wieder Hass und Menschenverachtung durch Deutschlands Straßen ziehen.

Nicht bloß heute gibt es "Pegida" und Konsorten an viel zu vielen Orten. Die Rechten fühlen sich stark und kriechen aus ihren Löchern und trauen sich laut zu rufen, was sie bisher wohl nur unter sich proklamierten. Mir wird bei diesem Erstarken angst und bange. Die Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt weiter zu, und vier Jahre nach der Zerschlagung des NSU steht die Bundesrepublik Deutschland vor einem Scherbenhaufen – doch der Verfassungsschutz tut nichts. Die deutschen Sicherheitsbehörden ließen sich bei der Fahndung nach den Mördern des "Nationalsozialistischen Untergrunds" bedauerlicherweise jahrelang vom Grundsatz "Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen" leiten.

Die staatliche Duldung ermöglichte den Terroristen des NSU eine in der Bundesrepublik Deutschland beispiellose Mordserie und ließ die Mörder unbehelligt im Untergrund leben. Viel zu oft werden rechtsextreme Straftaten verharmlost und bagatellisiert, scheint der Verfassungsschutz darin verklebt und verwoben zu sein. In diesem Jahr registrierten die Behörden bislang rund 600 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, von denen 543 rechtsextrem motiviert seien. Es scheint "normal" zu werden, dass inzwischen kein Tag ohne Nachrichten von Angriffen auf Flüchtlinge, auf Politiker, auf ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, auf Journalisten vergeht.

Wir müssen auf dem rechten Auge hellwach sein – und die Politiker auf der Regierungsbank auch! Aber wollen sie das? Ich frage mich manchmal, ob die bedauernswerten Flüchtlinge so chaotisch und fast wie ziellos in Deutschland verteilt werden, damit immer mehr Menschen nationalistisch gegen sie aufstehen und ihnen völlig zu Unrecht die Schuld für den ständig steigenden Wohnungsmangel, die längeren Schlangen bei den "Tafeln", die geringen Transferleistungen geben.

Offenbar sollen sich die finanziell Schwachen gegenseitig bekämpfen, um ihre Solidarität untereinander zu verhindern. Natürlich kann sich auch kein Politiker den nötigen Wohnraum aus den Rippen schneiden, den die Flüchtlinge berechtig-

terweise brauchen. Sie kamen plötzlich; die vielen neuen Armen in Deutschland durch dessen neoliberale Politik hingegen überhaupt nicht. Ich halte es kaum für einen Zufall, dass die Flüchtlinge sicherlich nicht in den Stadtteilen der Begüterten einer Stadt untergebracht werden, dass deren Turnhallen auch weiterhin den Handballspielen vorbehalten bleiben und nicht zur Notunterkunft werden.

Es seien fast nur Männer, die hierzulande die "Neue Rechte" bilden, schreibt die "Tageszeitung". "Pegida" sei ihnen eine Genugtuung, deren Theorie von den "Unverbildeten" auf die Straße getragen werde, als Beginn einer "Volksbewegung". "Pegida" sei nur der erste Schritt, der zweite solle als offener Widerstand folgen, als Anfachen einer "konservativen Revolution". Die Radikalisierung ist gewollt: Es reiche nicht mehr aus, die Wut herauszubrüllen, in spätestens zehn Jahren müsse die Macht in Deutschland übernommen werden. Bundeswehrsoldaten werden aufgerufen, Merkel den Befehl zu verweigern, die Grenzstationen zu besetzen. Die AfD-Kundgebungen seien eine "Stadteroberungsstrategie", die den Anti-Asyl-Widerstand "spürbar, physisch, jenseits der Eintrittsspielregeln der etablierten Politik" mache. Bei dieser "Erneuerungsbewegung" der "Neuen Rechten" läuft mir eine Gänsehaut nach der nächsten über den Rücken.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

"Rechtsvereinfachung" heißt die Benachteiligung durch Sonderrecht



1. Die Neubürger kommen weiterhin, denn die Kriegshandlungen gehen heftig weiter. Über ein Flüchtlingslager im Nordirak hat "Monitor" am 6. November 2015 berichtet: "Manchmal wäre es gar nicht so schwer, Menschen von der Flucht abzuhalten. Zum Beispiel in den Flüchtlingslagern im Nordirak, wo man mit wenig Geld viel erreichen könnte... Auf einem Handyvideo sieht man, dass die Uno-Zelte

den Sandstürmen und dem nahenden Winter nicht gewachsen sind... Sie beklagt sich über die Qualität des Wassers im Camp. Das ist die aktuelle Wasserqualität hier."

Es sieht nicht gut aus: Die Gelder der UN reichen aktuell nicht einmal für die Versorgung mit Lebensmitteln, von winterfesten Unterkünften ist nur zu träumen. Die Staaten haben die zugesagten Gelder teilweise noch immer nicht überwiesen. Deutschland ist ebenfalls säumig! Die Neubürger wollen keine Probleme bereiten, sie wollen sich einfach nicht umbringen lassen oder verhungern. Niemand nimmt

diese Strapazen ohne Lebensangst auf sich. Es kommen Menschen aus Not und Angst um ihr Leben!

Wie sehr die Verwaltung in Deutschland "quietscht", lässt der Bericht im "Weser-Kurier" vom 8. November 2015 erahnen: "Die Politik lässt Verwaltung und Helfer allein". Berichtet wurde von nicht registrierten Flüchtlingen, die per Anweisung an den Landeseinrichtungen Niedersachsens vorbei auf die Gemeinden umverteilt wurden. Anfänglich waren es 4.000, inzwischen sind es 14.000 Menschen geworden. Die Kommunen haben noch immer keine finanzielle Sicherheit: Die entsprechende Verwaltungsanweisung liegt auf Eis! Andere Berichte zeigen, dass Unterlagen bei der Verlegung von Neubürgern nicht "mitgeliefert" wurden: Die Ärztin muss telefonisch nachfragen. Außerdem fehlen in dieser Unterkunft Arzneimittel gegen Grippe.

Wie gut ist da die klare Positionierung der EKD: "Ratsvorsitzender findet deutliche Worte in Bremen". Und noch etwas Positives: Die Neubürger werden jetzt mit Bussen über die Innbrücke gefahren. Das hat lange gedauert, ist jetzt aber gut gelöst. "Frontal 21" hat nachgeschaut und am 3. November 2015 treffend getitelt: "Union der Egoisten – Scheitert die EU-Flüchtlingspolitik?"

Europa wird nicht an der Anzahl der Flüchtlinge zerbrechen – die Gestaltung des Fluchtwegs, die Weigerung zur Solidarität und letztlich weitere Zäune und Abschottungen verraten die Werte Europas! "Monitor" hat am 5. November 2015 getitelt: "Deutschland überfordert? Was kostet die Integration?" Feststellung: Es klappt! Es ist anstrengend, aber machbar. Die nochmals steigenden Steuereinnahmen vereinfachen dies.

Die von der Regierung angeordneten Verschlechterungen für Neubürger entsprechen fast den Vorschlägen. Werden bereits weitere Verschlechterungen für Asylsuchende besprochen? "Sichere Herkunftsländer", befristete Bewilligungen und kein Familiennachzug sind die durch eine "Falschmeldung" des Innenministers trotz Dementi im Gespräch – einfach total daneben!

Auf "Phönix" hat am 6. November 2015 Günter Burghardt von "Pro Asyl" darauf hingewiesen, dass bei einer solchen Änderung die Familien geschlossen fliehen werden, und gemeinsam in die Boote steigen. Es werden noch mehr Menschen im Mittelmeer ertrinken, und die Schleuser werden noch reicher!

"Arte" berichtet unter dem Titel "Amnesty' klagt Syrien an": "Sophie Nivelle-Cardinale und Etienne Huver haben während anderthalb Jahren recherchiert, wie der syrische Staat systematisch Bürger verschleppt. Ihr Film "Vermisst! Syriens geheime Kriegswaffe" zeigt die grausamen Methoden eines durchdachten Todesapparats, wo Willkür, Grausamkeit und Folter an der Tagesordnung sind." Bedrückende Feststellungen! Sicherheit sieht anders aus.

2. "Datenschutz-Abkommen: EU appelliert an USA" stand im "Weser-Kurier". Das "Safe-Harbor"-Abkommen müsse neu belebt werden. Das ist eigentlich Sache der US-Behörden, wenn die Daten tatsächlich sicher sind und geschützt werden! So kann es weitergehen, die Daten sind das "Gold der Neuzeit". Die im Artikel

genannte Behinderung von Unternehmen ist die Hintergehung der eigenen Nutzer. Die einzelvertragliche Regelung ist ehrlicher und weiterhin möglich! Dazu gehört allerdings auch eine Aufklärung über die Art der Auswertung. Vertrauen zum Schutz vor der Datensammelwut der NSA ist immer noch unmöglich.

Die "Tagesschau" hat am 6. November 2015 über das Papier von NSA-Sondergutachter Kurt Graulich berichtet: "Kritik an NSA-Abschlussgutachten: Untersuchungsausschuss hört Graulich an". Damit dürfte ein weiteres Kapitel im Überwachungskrimi eröffnet sein!

"Quer" hat derweil über die Vor- und Nachteile der "intelligenten Verbrauchszähler" berichtet. Der Datenübermittlung können die Bürger zustimmen. Die EU will den Zwang! Im Film "Stirb langsam 4.0" wird die Vernetzung, der Online-Zugang zu Informationen und Schaltungen genutzt. Ein "alter" Film von 2007 – die "Neuzeit" ist noch erdrückender!

3. "Bremer Wirtschaft legt deutlich zu – Drittgrößter Zuwachs bundesweit", meldete der "Weser-Kurier" am 25. September 2015 über das erste Halbjahr 2015. Am 30. Oktober titelte das Blatt "Bremen fällt am **Arbeitsmarkt** zurück" und schrieb: "In allen anderen Bundesländern bessert sich die Lage. Niedersachsen erreicht beste Bilanz seit über 20 Jahren". Berichtet wurde über den Monat Oktober. Am 4. November heißt es: "Mittelschicht schrumpft", "Studie der 'Arbeitnehmerkammer Bremen': Sozialer Abstieg betrifft immer mehr Menschen, Risiko für Familien". "Die Menschen aus der Mittelschicht rutschen eher in die einkommensschwache oder armutsgefährdete Schicht ab als dass sie aufsteigen." Die Jahre 2000 bis 2012 wurden berücksichtigt.

Zusammenfassung: Bremens Wirtschaft legt kräftig zu, und trotzdem kommt dabei keine Entlastung des Arbeitsmarkts zustande. Dabei ist Bremen fünftgrößter Industriestandort in Deutschland. In einem Artikel der "Wirtschaftswoche" kommt Rudolf Hickel zu Wort: "Die Beschäftigungsstruktur mit viel Leiharbeit und prekärer Beschäftigung bleibe trotzdem schlechter als in vergleichbaren Städten. 'Das Grundproblem ist, dass Bremen fiskalisch völlig abgehängt ist', sagt Hickel. Gemessen an seiner Wirtschaftskraft treibe das Land zu wenig Steuern ein." Dies sind auch Feststellungen der "Arbeitnehmerkammer Bremen".

Den Steuerkraftverlust in Deutschland durch die Steuervereinbarungen mit Luxemburg hat "Quer" auf zehn Milliarden Euro jährlich taxiert! Friedhelm Hengsbach hat in seinem Vortrag "Hartz IV – Ein Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten" auch thematisiert, dass die Unternehmen ihre Mitarbeiter(innen) nicht angemessen an der Wertschöpfung beteiligen.

4. Nun wird Hartz IV wieder grundlegend geändert. "Rechtsvereinfachung" ist die Überschrift, Verschärfung und Benachteiligung durch **Sonderrecht** sind der Inhalt. Sozialrechtsexperte Harald Thomé schreibt in seinem Newsletter: "Mit dem Gesetzestext soll nicht das Recht vereinfacht, sondern an einer Vielzahl von kleinen Stellschrauben massiv verschärft werden – sei es nun die Streichung der Ar-

beitsmittelpauschale, ein Aushebeln einer Reihe von BSG-Urteilen, beim Überbrückungsgeld, bezüglich der temporären Bedarfsgemeinschaft, der Anrechnung von Nachzahlungen aus einem laufenden Anspruch oder zur Anrechnung von Bafög, BAB, ABG und vieles mehr.

Die Feinheiten sieht man auf dem ersten Blick gar nicht. Diese sind auch nicht aus der Gesetzesbegründung ersichtlich, man findet sie erst, wenn man sich richtig tief mit den Dingen auseinandersetzt. Es sind meiner Meinung nach offen verfassungswidrige Gesetzesänderungen enthalten. Im Referentenentwurf stecken eine Reihe von heftigen Schweinereien drin, die so einfach nicht durchkommen dürfen! Ich möchte alle Mitlesenden bitten, sich gegen diesen Gesetzesentwurf zu stemmen und ihn nicht durchzuwinken!"

Beim § 21 SGB II bewirken die Änderungen des "Rechtsvereinfachungsgesetzes", dass bestimmte Leistungen gemäß § 33 SGB IX, etwa die Berufsvorbereitung einschließlich einer wegen der Behinderung erforderlichen Grundausbildung und die berufliche Ausbildung, auch soweit die Leistungen in einem zeitlich nicht überwiegenden Abschnitt schulisch durchgeführt werden, nicht mehr als Mehrbedarfe im ALG II bezahlt werden. Ein klares Beispiel für die geplanten Leistungskürzungen, also keine "Rechtsvereinfachung", sondern eine plumpe Kürzung, und das ausgerechnet für Behinderte!

Die ursprünglich im Referentenentwurf vorgesehene Streichung des Alleinerziehungszuschlags ist nicht mehr enthalten. Die Fraktion "Die Linke" hatte dies thematisiert. Alleinerziehende sind meistens weiblich und arm. Darauf nimmt die Wohnungsbaugesellschaft in Berlin keine Rücksicht, obwohl sie dem Senat gehört: Auch Alleinerziehende werden mit Zwangsräumung bedroht. Sollten damit eigene Versäumnisse überlagert werden? "Frontal 21" hat darüber berichtet: "Alleinerziehende in Wohnungsnot – Mit Kind im Obdachlosenheim". Die Mutter hat eine neue Wohnung gefunden – aber bisher wohnte die Oma nebenan.

5. Wer als Leistungsempfänger in Bremen einen Eigenanteil zu Miete, Nebenkosten und Heizung trägt, sollte sich davon befreien. Bitte nicht auf eine Änderung durch den Senat hoffen und warten! Wie dies geht? Mit den Unterlagen zu einer Beratungsstelle gehen. Der Senat hat diese Leistungskürzungen für Erwerbslose und andere Leistungsempfänger in der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion "Die Linke" aufgedröselt. Der Senat weiß somit, dass diese Leistungsempfänger(innen) zu wenig Sozialleistungen erhalten.

Der Wohnungsmarkt in Bremen bietet keine Wohnungen unterhalb der Mietpreisrichtlinien. Schon lange bevor die Neubürger sich kurzfristiger eine eigene Wohnung suchen durften, war das entsprechende Mietangebot zusammengebrochen. Sollen nun alle Betroffenen klagen? Einfacher wäre ein Einlenken der Senatorin für Soziales, denn nach der Antwort des Senats wären dies rund 3.000 Klagen – dabei erscheint die Zahl der betroffenen Bedarfsgemeinschaften unlogisch gering. Wie dies alles geht? Für Rückfragen einfach vorbeikommen, wir gehen mit! Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

EU "boykottiert Israels Früchte": Die korrekte Herkunftsbezeichnung für Orangen und Tomaten mit dem "Gelben Stern" und der Judenverfolgung im "Dritten Reich" zu vergleichen, ist also keine Holocaust-Verharmlosung? ("Spiegel")

"Don't frack my Mother"



Dieses Lied über "Mutter Erde", vorgetragen von Mitsängern der "Bremer Chorwerkstatt", war einer der Höhepunkte auf der Kundgebung zum "Global Frackdown Day" am 7. November 2015 in Bremen, veranstaltet vom "Bremer Umweltbündnis gegen Fracking", zu dem sich an diesem Tag "Greenpeace", "Robin Wood", BUND und die "Umweltgewerkschaft" zusammengefunden hatten.

Bei freundlichem und mildem Wetter und einem Angebot aus Infomaterial, Redebeiträgen, einem Offenen Mikrofon sowie Kaffee, Tee und Kuchen, bei dem man es sich auch

bequem machen konnte, kamen dank einer sehr breiten Einladung im Vorfeld viele interessierte Menschen, und auch bei den touristischen Gruppen fand unsere Kundgebung Beifall.

Viele Menschen wollten gegen Fracking unterschreiben; wir hatten am Ende gar nicht genügend Listen dabei. Auch für die sonst vielleicht unterschiedlich orientierten Bündnisteilnehmer(innen) war es ein wichtiger Schritt, von dem neue Aufgaben und Ziele entwickelt werden können.

Jobst Roselius



Transparente der "Umweltgewerkschaft" und des "Bremer Umweltbündnisses gegen Fracking" am 7. November 2015



Sänger der "Bremer Chorwerkstatt" singen "Don't frack my Mother"



Gespräche und Unterschreiben gegen Fracking Fotos: Jobst Roselius

VW ist nur die Spitze des Eisbergs



In einem Offenen Brief an das Bundeskanzleramt decken die Umwelt- und Verkehrs verbände BUND, NABU, "Greenpeace", "Deutsche Umwelthilfe" und der "Verkehrsclub Deutschland" auf, dass VW nur die "Spitze des Eisbergs" ist und alle Autokonzerne "systematisch Umweltvorgaben umgangen und damit Verbraucher betrogen haben. Zahlreiche Messungen bei Fahrzeugen ganz verschiedener Hersteller zeigen, dass im Realbetrieb selbst bei modernen Diesel-PKW die Stickoxid-Grenzwerte um

bis zu einem 15-Fachen überschritten werden. Auch bei Benzinfahrzeugen wurden erhebliche Überschreitungen von den Grenzwerten nachgewiesen."

Dass diese Betrügereien trotz der Konkurrenzschlacht unter den Autokonzernen sieben Jahre lang nicht aufgeflogen sind, ist nur dadurch zu erklären, dass alle Konzerne manipulieren und dies gegenseitig gedeckt wurde. Mit der Aufdeckung des Betrugs scheitert auch die Lüge vom angeblich neutralen Staat. Die Bundesregierung hatte den Autokonzernen erlaubt, die Abgasmessungen in konzerneigenen Labors vorzunehmen. So konnten alle Hersteller ihre Autos "grün waschen".

Die VW-Bosse prahlten in ihrer Umwelt-Lügen-Kampagne: "Clean Diesel – das ist unsere Antwort auf die Fragen der Zeit". 18 Millionen Euro wurden allein 2010 in den USA in eine Werbekampagne zur Einführung des Golf TDI gepumpt. Diese Umweltverbrecher wussten genau, dass der massive Ausstoß der Stickoxide und des Feinstaubs die Gesundheit ruiniert und das Klima schädigt. Herzinfarkte, Schlaganfälle, Asthma, Lungenkrebs, Depressionen – alle diese Auswirkungen nehmen die Kapitalisten bewusst in Kauf.

Laut Bundesumweltamt gibt es allein in Deutschland jährlich 47.000 vorzeitige Todesfälle aufgrund der Feinstaubbelastung. Bis zu einer Million Tonnen mehr Stickoxide stießen die elf Millionen manipulierten Fahrzeuge seither aus. Kaltblütig wurde der Tod von Tausenden in Kauf genommen – nur damit der Maximalprofit stimmt. Busse und LKWs stoßen trotz ihres höheren Gewichts deutlich weniger Stickoxide aus als die meisten Diesel-PKWs. Die Konzerne müssten nur die dort angewendete Abgasreinigungstechnik konsequent in die PKWs einbauen, doch das ist ihnen zu teuer.

Wer jetzt geglaubt hatte, dass aus diesem Skandal bei den Autokonzernen und den Regierungen Konsequenzen gezogen werden, wird bitter enttäuscht. Die "lückenlose Aufklärung" wird torpediert und das System mit "kleinen Feigenblättern" weiter betrieben. Die EU hat auf Druck der Sozialdemokraten und der Unionsparteien einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des VW-Skandals abgelehnt. Die EU hat zwar beschlossen, die Abgastests in Zukunft auf der Straße durchzuführen, doch dafür wurden die Grenzwerte um 110 Prozent erhöht! Auf Druck der Bundesregierung dürfen die Autos bis 2019 jetzt sogar 168 Milligramm Stickoxid pro Kilometer ausstoßen statt der bisherigen 80 Milligramm. Der Kommentar von Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der "Deutschen Umwelthilfe", bringt es auf den Punkt: "Die Autoindustrie führt der Bundesregierung regelrecht die Hand bei neuen Gesetzen und Verordnungen".

Welche Lehren können wir daraus ziehen? Als Erstes muss das Betrugssystem restlos aufgeklärt werden und das Verursacherprinzip gelten: Verantwortliche bestrafen und ihr Vermögen belangen! Durch den gemeinsamen Kampf muss die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Steuerzahler und Kommunen verhindert werden! Wir brauchen eine möglichst schnelle Umstellung auf ein Verkehrssystem ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe und mit ausgebauten und kostenlosen Nahverkehr. Und wir müssen das kapitalistische Übel an der Wurzel packen und eine Gesellschaft erkämpfen, in dem der Mensch und die Natur im Mittelpunkt stehen.

Harald Braun

Ausgepafft: Eine Woche Heldengedenken für einen Suchtkranken ("Die Zeit")



www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

545. Bremer Montagsdemo am 16. 11. 2015

Bremen baut für Finanzschwache – Holzrahmenhütten neben der Schnellstraße?



1. Die Wirtschaftsweisen fühlen sich offenbar neuerdings als besorgte Gutmenschen, die sich besonders um das Wohlergehen von Flüchtlingen bemühen, beziehungsweise um die Frage, wie diese wohl am besten einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bekommen könnten. So fordern sie "angesichts der Flüchtlingskrise" in einem umstrittenen Vorstoß Ausnahmen vom Mindestlohn, weil dieser für viele Zuwanderer eine "hohe Eintrittsbarriere" sei. Die weisen Männer der Wirtschaft gehen davon

aus, dass es für Migranten eine große Hilfe beim Jobeinstieg bedeute, wenn unter anderem Praktika für mindestens zwölf Monate vom Mindestlohn ausgenommen würden oder extra für sie eine Staffelung nach dem Alter geschaffen werden könnte.

Merkwürdig, in meinen Augen sieht das eher nach einer hervorragenden Möglichkeit aus, den ohnehin lächerlich geringen Mindestlohn weiter auszuhöhlen, um das Portemonnaie der Unternehmer noch optimierter aufzufüllen. Vielleicht ließe sich ein solcher Vorstoß auch auf andere Gruppen ausweiten. Der Mindestlohn stellt wohl kaum für die Flüchtlinge eine hohe Eintrittsbarriere dar, sondern für die Profitmaximierung vieler Unternehmer. Da miaut doch der Wolf im Schafspelz! Wir ahnten es ja gleich, dass die Not der zu uns geflüchteten Menschen dazu benutzt würde – wenigstens versuchsweise –, dem Sozialabbau Tür und Tor kilometerweit zu öffnen.

2. Der rot-grüne Senat in Bremen will die Zahl der neu gebauten Wohnungen von bisher 1.400 im Jahr auf über 3.000 Einheiten mehr als verdoppeln. Außerdem seien weitere 3.000 Wohneinheiten als Übergangslösung vorgesehen und sollen bereits im nächsten halben Jahr in Containerdörfern und als einfache Holzrahmenbauten entstehen. Damit wollen die beiden Regierungsparteien auf die ho-

he Zahl von Flüchtlingen, die nach Bremen kommen, aber auch auf den Mangel an günstigem Wohnraum in der Hansestadt reagieren. Bausenator Lohse wurde noch konkreter und betonte, dass die neuen Wohnungen kein Sonderprogramm nur für Flüchtlinge sein sollen, sondern eines, das sich an alle Menschen wendet, die auf preiswertes Wohnen angewiesen sind, zum Beispiel viele Rentner, Alleinerziehende, Studierende und eben auch Flüchtlinge. Erwerbslose nicht?

Rot-Grün denke dabei auch an Erleichterungen für Investoren, verändertes Baurecht und weitere Flächen. Der Bausenator wolle für sein Projekt Investoren mit einer neuen Art der Förderung gewinnen. Wenn Unternehmen von den Hilfen der Stadt profitieren wollen, müssen sie sich bisher verpflichten, zu 25 Prozent Sozialwohnungen zu bauen. Weil nun ein wesentlich höherer Anteil solcher Wohnungen angestrebt wird, soll nicht mehr nur eine unprofitable Miete von 6,50 Euro pro Quadratmeter gezahlt werden, sondern mit etwa acht Euro gerechnet werden können. Lohse hebt hervor, dass sich Bremen wandeln müsse, um den Herausforderungen beim Wohnungsbau gerecht zu werden. Dafür müssten wir "aus der Komfortzone raus": Durch Änderungen im Baurecht brauche nicht mehr streng zwischen Gewerbe- und Wohngebiet unterschieden zu werden, auch sei das Bauen entlang von Verkehrsachsen in Zukunft einfacher zu handhaben. Es gebe ausreichend Flächen.

Statt sich um die immer größer werdende Armut und die damit benötigten Sozialwohnungen angemessen zu kümmern, plante die Bürgerschaft vor 15 Jahren lieber die lukrative Überseestadt als bedeutendstes Projekt der Stadtentwicklung und beschloss einen Masterplan für das 300 Hektar große Gebiet, in dem Hunderte von Wohnungen – meist im hochpreisigen Segment – gebaut wurden. Bremen, die wachsende Stadt, wo für eine Minderheit Luxus in den besten Lagen gebaut wird und für eine stetig zunehmende finanziell arme Bevölkerung fast kein freier Wohnraum mehr zu finden ist! Verstehe ich die Einsparvorhaben richtig, dass für finanziell Schwächere die Errungenschaften eines normalen, menschlicheren Wohnungsbaus außer Acht gelassen werden können, sie also ruhig in Containerdörfern oder in einfachen Holzrahmenbauten, auch mitten im sonstigen Gewerbegebiet oder entlang von Verkehrsachsen wie Hauptstraßen, Autobahnen oder Gleisstrecken wohnen dürfen?

Wen kümmert es, dass das Wohnen an Hauptverkehrsstraßen durch Feinstaub und Lärm krank macht, das Wohnen in Gewerbegebieten lebensgefährlich sein kann? Was macht es schon, dass vor etwas über einem Jahr mitten in einem Wohngebiet eine Chemiefabrik in die Luft flog, ein Mann schwer verletzt wurde, angrenzende Häuser teils einsturzgefährdet sind? Das sind doch bloß Kollateralschäden! So könnte Bremen sich vielleicht auch weiterhin einen Mietspiegel sparen, können die Kosten der Unterkunft für Erwerbslose mit ALG II und Rentner dauerhaft, für Studenten und Alleinerziehende, für Flüchtlinge temporär massiv eingespart werden. Eine ganz wunderbare Idee, die Ausgrenzung durch Segregation noch weiter auszubauen, zu zementieren!

3. Die Welt guckt nach den Attentaten voller Entsetzen auf Paris, und nicht bloß in sozialen Netzwerken verschärft die rechte Szene Deutschlands den Ton. AfD und "Pegida" lehnen sich weit raus und attackieren die Flüchtlingspolitik. Ich befürchte, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis auch Deutschland vom Terror heimgesucht wird – aber keineswegs weil ich annähme, dass die "Asylantenlawine" den Terror ins Land brächte, sondern weil die Rechten jetzt noch ungenierter aus ihren Löchern kriechen.

In meinen Augen verbindet das ganze rechte *Gesocks*, die Terroristen und den (Hitler-) Faschismus vor allem eines: Terror, Schrecken, Gewaltherrschaft, Tod, Unterdrückung anders denkender Demokraten. Das ist eine braune Soße, von gleicher Machart. Horror! In einer Einheit mit dem IS, der keine Religion wirklich leben, sondern genauso unterdrücken will, und den anderen Faschisten von "Pegida", AfD und wie sie alle heißen, treffen die Terrorattacken von Paris auf eine ohnehin schon aufgeheizte Flüchtlingsdebatte und eine asylfeindliche Bewegung im Land.

Ich kann es nicht nachvollziehen, wieso eine Partei wie die AfD erfolgreich Umfrageprozente aus ihrer Ablehnung der Flüchtlingspolitik ziehen kann. Bundeschefin Frauke Petry will die Sicherheitslage Deutschlands "schonungslos auf den Prüfstand" stellen. Der Thüringer AfD-Chef Björn Höcke hingegen will keine Betroffenheitsbekundungen mehr hören, sondern Taten sehen. Nach Höcke seien die "regierenden Politiker", die "als Mitläufer, willige Vollstrecker oder Vordenker" Deutschland "der Auflösung preisgeben", schnell als Schuldige gefunden.

Es sind Formulierungen, die kaum noch von der NPD zu unterscheiden seien. Deren Landeschef Frank Franz verlautbarte, die Anschläge von Paris seien der "Preis für die Traumtänzerei der "Refugees-Welcome"-Politik". Die "politische Elite Europas" setze "unsere Völker vorsätzlich unabsehbaren Gefahren" aus. Es geht auch noch martialischer: Das Schlachten habe endgültig begonnen, es gehe nicht mehr darum, welche Gesellschaft die freiere sei, "sondern welche überlebt".

Aber vergessen wir nicht, dass es überall Terroranschläge auf der Welt gibt, die wir nicht so hautnah miterleben! Ich denke auch an die Tausenden von Menschen, die auf ihrem Weg nach Europa auf dem Meer umkommen. Ich denke an die verhungernden Kinder, obwohl es genug zu essen für alle gibt, an die flüchtenden Menschen, in deren Land Krieg herrscht, mit dem sie nichts zu tun haben, unsere Länder hingegen schon, weil sie die Waffen dorthin liefern.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) - siehe auch "Die Linke"

Zu feiern ist die Übergabe des Gesundheitszentrums in Kobanê, das von ICOR-Brigaden in nur einem halben Jahr errichtet wurde. Montagsdemo-Moderator Wolfgang Lange war einer der Brigadisten aus Bremen und berichtet zusammen mit anderen von seinen tiefen Eindrücken. Im Mittelpunkt steht eine Filmvorführung über den Bau des Gesundheitszentrums und die Übergabefeierlichkeiten. Die Ver-

"Zappenduster soll's nicht mehr werden"



1. Betroffenheit und Mitgefühl für die Angehörigen der Opfer in Paris! Mir sind alle Neubürger willkommen – sie fliehen vor genau diesem Terror! Die Regierungen der EU haben noch immer keinen ungefährlichen Zugang nach Europa geschaffen. Was die Bundesregierung geschafft hat, ist die Verschärfung des Asylrechts, in vielen Details, mit immer neuen Übertreibungen. Was die Bundes-

regierung geschafft hat, ist die Lieferung von Waffen nochmals zu steigern: Algerien erhält eine Panzerfabrik, Katar Panzer! Betroffenheit und Mitgefühl weichen der Gewöhnung. Die Anschläge in Paris haben auch dies wieder bewusst gemacht!

Das Dubliner Übereinkommen zur Prüfung von Asylanträgen soll wieder angewandt werden. Auch Syrer sollen in das EU-Land zurückgeführt werden, das sie zuerst betreten haben, mit Ausnahme von Griechenland. Dieses Verfahren wurde zur Zeit des Andrangs über den Münchener Hauptbahnhof für alle Neubürger ausgesetzt. Die Menschen können sich wehren, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weist auf seiner Internetseite darauf hin. Erfolgt dieser Hinweis auch im persönlichen Gespräch? Teilweise finden außer bei der Registrierung bereits keine Gespräche mehr statt.

Im Artikel "Niedersachsen will Flüchtlinge schneller registrieren" im "Weser-Kurier" vom 13. November 2015 steht unter anderem. "Nach aktuellem Recht zieht jeder Grenzübertritt strafrechtliche Ermittlungen wegen unerlaubter Einreise nach sich, die Verfahren gegen Flüchtlinge werden aber in aller Regel eingestellt." Diese Ermittlungen führen demnach dazu, dass für die Registrierung der Neubürger nicht genügend Personal vorhanden ist. Wie fühlt sich ein Neubürger, der soeben seine Registrierung erhalten hat und umgehend eine Strafanzeige erhält? Warum kann Bürokratie nicht kurzfristig angepasst werden?

In Berlin wurden die Ermittlungen von der Polizei auf die Staatsanwaltschaft übertragen, siehe 540. Bremer Montagsdemonstration. Auch dort wurden diese nutzlosen Strafanzeigen als Verhinderung einer zeitnahen Registrierung genannt. Im Artikel "200 neue Beamte – Niedersachsen verstärkt Flüchtlingsregistrierung" werden diese Strafanzeigen erwähnt, nicht aber in der Umlandausgabe

des "Weser-Kuriers" vom gleichen Tag. Nachzulesen sind aber die Auswirkungen: zwei Monate ohne Registrierung!

2. Der Alltag geht weiter. Am 15. November 2015 vom WDR die Sendung "Fässer ohne Boden – Was uns der Atommüll wirklich kostet" ausgestrahlt. Eine Ernüchterung für Menschen, die glauben, dass die amtierenden und verantwortlichen Politiker wirkliche Probleme lösen können und wollen. Die Bundesregierung reklamiert bei der EU zu Recht die fehlende Solidarität in der Asylfrage. Die gleichen Politiker finden rund um den Atommüll keine solidarische Lösung! –

"Ab Januar gibt es ohne Steuernummer keine Auszahlung", meldet "Die Welt". Für die Zahlung muss die steuerliche Identifikationsnummer des Bundesamtes für Finanzen angegeben werden. Falls diese Steuernummer der Kindergeldkasse nicht vorliegt, führt dies aber nicht zur Zahlungseinstellung. Das Amt erinnert an die Angabe. – Fahrtzeit ist Arbeitszeit, wenn die Fahrt zu ständig wechselnden Einsatzorten geht. Dies hat nun auch der Europäische Gerichtshof entschieden (Aktenzeichen C266/14 vom 10. September 2015). –

Notare, Rechtsanwälte und Architekten rechnen nach Gebührensätzen ab. Sie brauchen überhaupt nicht über die Kosten zu reden, sie beraten einfach. Die Rechnungslegung erfolgt nach Gebührensatz. Kann es jetzt anders sein, zum Beispiel für Erstberatung beim Anwalt? Das Kammergericht Berlin hat im Einzelfall anders entschieden (Aktenzeichen 9W 103/14): "Im Rahmen der sogenannten planenden Beratung als selbständiger Betreuungstätigkeit nach § 24 BNotO kann der Notar verpflichtet sein, über die Kosten der ins Auge gefassten Beurkundungen zu informieren. Wissen die Beteiligten nicht einmal, ob eine Beurkundung (hier: eines gemeinsamen Testaments) für sie zweckmäßig ist, ist das Ansinnen des Notars im Rahmen der planenden Beratung, ihnen einen – kostenpflichtigen – Entwurf zukommen zu lassen, amtspflichtwidrig im Sinne des § 19 Absatz 1 Satz 1 BNotO, wenn er die Beteiligten nicht über die dafür entstehenden Kosten informiert hat." Das Paar muss nicht zahlen! –

"Immobilienkredite: So kommen Sie aus teuren Kreditverträgen raus", schreibt "Test". Aber nur noch bis Ende 2015! Es geht um die in den Jahren 2002 bis 2010 vereinbarten Baukredite. Die Befristung ist eine Gefälligkeit der Politik gegenüber den Banken. Durch diese gesetzliche Einschränkung können die Rückstellungen erheblich schrumpfen.

3. Der "Weser-Kurier" meldet: "Mehr Spielraum bei Energiesperren". Berichtet wird über den "Runden Tisch" zum Thema Versorgungsunterbrechungen. Die Politik hat damals gedrängt, es aber der SWB überlassen, als Veranstalter aufzutreten. Leider geht dieser Artikel nicht auf die "Vorgeschichte" ein, nachzulesen bei der 495. Bremer Montagsdemonstration. Die Presseerklärung auf der SWB-Seite lautet "Zappenduster soll's nicht mehr werden" und lässt Hoffnung aufkommen. Es wird eine kostenlose Info-Hotline 0800-8765 430 genannt.

Verlinkt wird auf "SOS Stromsperre" mit sehr ausführlichen Information. Allerdings wird wenig zu den Widrigkeiten der Behördenreaktion gesagt. Dies steht – hier bezogen auf Wasser, aber übertragbar auf die Energieträger – verständlicher im "Flyer gegen die Wassersperren". Nehmen wir doch die Überschrift "Zappenduster soll's nicht mehr werden" als Zusage!

"Es muss niemand wegen Armut ohne Strom sein", sagt Andrea Klähn, Mitarbeiterin der Senatorin für Soziales laut "Weser-Kurier". Dennoch wurde bis Ende September 2015im Bundesland Bremen 5.805 Mal der "Saft" abgestellt, geschätzt bis Jahresende bei weiteren 1.935 Haushalten. Warum haben die bisherigen Beschlüsse des "Runden Tisches" die vielen Versorgungsunterbrechungen nicht verhindert? Genannt werden zutreffende Fakten. Es ist alles in Kundenhand. Vom persönlichen Gespräch mit der SWB, dem persönlichen Kontakt spätestens vor der Unterbrechung steht hier nichts mehr. Er war ja bereits damals Wunschdenken!

Die SWB wird weiterhin abstellen, wofür nicht gezahlt wurde. Ein Fortschritt: Oftmals wurde die leichter durchzuführende Unterbrechung gewählt. Für die Kunden "eine Anregung, die Zahlungen genau zu bestimmen", sagt Iris Klauck von der SWB. Zwischen zwei und drei Millionen Euro verliere das Unternehmen jedes Jahr wegen Energiesperren. Bei einem Konzernumsatz von rund 1,5 Milliarden Euro im vergangenen Jahr." Leider ohne jeden Beleg: Im Geschäftsbericht 2014 sind diese Verluste nicht ersichtlich.

"Die SWB verliert durch jede nicht erfolgte Versorgungsunterbrechung", dies habe ich auf der 496. Bremer Montagsdemonstration begründet. Damals hat die SWB mindestens 180,52 Euro pro Versorgungsunterbrechung erlöst. Dies sind bei 7.740 Energieunterbrechungen 1.397.224,80 Euro Bruttoertrag für die SWB! Die aktuellen Kosten für die Versorgungsunterbrechung stehen nicht auf den Seiten von SWB und "Wesernetz".

Bei knapp 1,4 Millionen Euro Sondererlös dürfte sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kosten ein satter Überschuss ergeben! Genug für einen Härtefallfonds? In den Berichten zum "Runden Tisch" ist zu keiner Zeit ein Forderungsausfall erwähnt. Die Kundenforderungen der SWB werden durch Jobcenter und Sozialamt bis auf wenige Ausnahmen aufgefangen und abgedeckt. Das normale Handelsrisiko ist damit beseitigt.

In der Vergangenheit ging es oftmals um den Zeitfaktor, bis die Ämter reagiert haben und die üblichen sinnlosen Wege zur SWB wunschgemäß gemacht wurden. Jetzt ist die Reaktionsmöglichkeit noch enger. Dies wird hoffentlich durch das Formular aufgefangen. Gleichzeitig muss das Jobcenter kundenfreundlicher reagieren, die SWB den Außendienst zeitnaher leisten und die Buchhaltung damit korrektere Zahlen liefern. Die Fraktion "Die Linke" in der Bremischen Bürgerschaft hat am 22. Oktober 2015 eine Kleine Anfrage zum Thema Energiesperren gestellt.

4. "Vermieterbescheinigung ab November 2015 wieder Pflicht", meldet der SWR. Das hatten wir alles schon. Neu ist, dass der Vermieter die Unterschrift nicht verweigern kann. Wer einem anderen eine Wohnanschrift anbietet, ohne dass dieser dort tatsächlich einzieht oder einziehen will, muss nun mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro rechnen. Ist dies der Grund für die Wiederbelebung des Bürokratiemonsters? Als Begründung habe ich gehört, dass besonders Eltern ihre Kinder fiktiv anmelden, um eine bestimmte Schule besuchen zu können. Rechtfertigt das diesen Verwaltungsaufwand? —

Bremen baut wieder Sozialwohnungen – für reichere Arme? "Weil mit dem neuen Paket ein wesentlich höherer Anteil solcher Wohnungen angestrebt wird und dies für die Investoren bei den üblichen 6,50 Euro pro Quadratmeter wenig profitabel wäre, dürfen sie nach Angaben des Senators mit einer Miete von rund acht Euro pro Quadratmeter rechnen. Entschieden wurde darüber aber noch nicht", so der "Weser-Kurier". Die erwogene Preisgestaltung ist ein weiterer Fakt, der die Mietrichtwerte als zu niedrig bestätigt! Die Preise beinhalten eine einfachere Bauausführung. Diese Sozialwohnungen können Menschen mit Sozialleistungen nur mit vorheriger Zustimmung der Leistungsbehörde mieten. –

Bei den Fakten zur Armut zählen auch die Kosten für den Eigenanteil an der Miete. Diese Kürzungen sind durch die Freie Hansestadt Bremen zu vertreten. Die Mietobergrenze, Richtwert genannt, ist zu niedrig. Die Ausnahmemöglichkeiten werden von den Sachbearbeitern kaum genutzt. Der Sachverhalt und die Kürzungsbeträge sind dem Senat bekannt, siehe 543. Bremer Montagsdemonstration. Wann erfolgt die Reaktion des Senats?

Eine weitere Kürzung der ohnehin mageren Regelsätze erfolgt durch die Sanktionen. Leider will die Bundesregierung an der Sanktionspraxis nicht nur festhalten, sondern noch weitere Gründe für Leistungskürzungen einführen. Die meisten Sanktionen sind nicht einmal gerichtsfest. In Bremen scheint es bei den Sanktionen feste Zielvorgaben für die Sachbearbeiter des Jobcenters zu geben. Die Zielverfehlung der "Joboffensive" soll wohl durch die Steigerung der Sanktionen aufgefangen werden. Normale Arbeitsvermittlung hat inzwischen Seltenheitswert. Das Paradoxe: Die Personalkosten der "Joboffensive" werden teilweise aus dem Haushaltstitel "Kosten der Unterkunft" bezahlt.

Wer eine Sanktion erhalten hat oder als Leistungsbezieher einen Eigenanteil zur Miete trägt, kann sich wehren. Mit einem Antrag auf Überprüfung geht dies auch ein Jahr rückwirkend, somit ab 1. Januar 2014. Dies geht für alle Entscheidungen der Jobcenter. Im Antrag auf Überprüfung muss begründet werden, warum die bisherige Entscheidung falsch war. Das Jobcenter kann bei dieser Überprüfung auch eigene Fehler zulasten der Leistungsberechtigten korrigieren.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Die Sozialrichter wollen nur noch Aktenberge abtragen: "Wird der Bewilligungszeitraum auf ein Jahr erstreckt, greift der Rechtsmittelausschluss bereits bei einem Streit um (höhere) Leistungen von monatlich 62,51 Euro nicht mehr" ("Deutscher Richterbund")

Wenn es schon keinen Terror gibt: Dann sprengen die Staatsorgane eine Bombenattrappe ("Die Welt")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

546. Bremer Montagsdemo am 23. 11. 2015

Ganz allein in der Segregation fühlen sich finanziell schwächere Menschen nun mal am wohlsten!

1. Dass Bremen in einer Ausbildungskrise steckt, sollte eigentlich bei der zweiten "Armutskonferenz" zum Thema gemacht werden. Die musste dann aber wegen einer Sturmwarnung und der damit verbundenen Unterbringung evakuierter Flüchtlinge im Konferenzgebäude kurzfristig ausfallen. Ein Bündnis aus 15 Organisationen hatte zum Thema "Alle Jugendlichen befähigen" eingeladen. Schwerpunkt der Konferenz sollte die Armut unter Jugendlichen sein, die sich auf dem Weg in den Beruf und der Suche nach einem Ausbildungsplatz befinden.



Thomas Schwarzer von der "Arbeitnehmerkammer" berichtete im Vorfeld, dass in Bremen fast jede(r) dritte Jugendliche keinen Ausbildungsplatz findet und inzwischen 12.000 junge Bremer(innen) auf Sozialleistungen angewiesen sind. Miriam Strunge, ausbildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, fordert, der Senat müsse darauf hinwirken, dass mehr Ausbildungsplätze geschaffen und dazu die Betriebe in die Pflicht genommen werden. Die "Jugendberufsagentur", die ja bei Lichte besehen seit Frühling junge Bremer(innen) unterstützen soll, steht in der Kritik: Es wäre sicher nie verkehrt, die Beratung dort auch mit sozialen Kompetenzen abzudecken.

Ich stimme mit der "Linken" überein, dass es eine völlig falsche Herangehensweise ist, den Mangel an Ausbildungsplätzen auf die Jugendlichen und ihre Selbstverantwortlichkeit zu übertragen. Durch Beratung der "Jugendberufsagentur" werden Ausbildungsplätze schließlich ebenso wenig geschaffen wie Arbeitsplätze durch ständige Vorladungen beim Jobcenter. Euphemisierende Schlagworte der "Jugendberatungsagentur" wie "Ausbildungsplatzgarantie" schaffen nun einmal keine Arbeitsplätze! Hier ist sinnstiftendes Handeln gefragt und keine Schleife und Ehrenrunde, nur damit die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz weiterhin mög-

lichst nicht in dem Maße in der Statistik auftauchen, wie sie tatsächlich vorhanden sind.

- 2. Laut einer aktuellen DGB-Analyse sind viele Minijobber qualifizierte Fachkräfte und eben nicht gering qualifizierte Ungelernte, wie gern erzählt wird. Es handelt sich keineswegs um Arbeitsverhältnisse, bei denen Ungelernte, gering Qualifizierte oder Hilfsarbeitskräfte tätig sind, nein: 51 Prozent der Minijobberinnen und -jobber haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen Studienabschluss, was ein enormes, ungenutztes Fachkräftepotenzial offenbart. Untersucht wurden vor allem solche Personen, für die der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit ist, was bei 3,1 Millionen Beschäftigten zwischen 25 und 64 Jahren der Fall ist. Ja, noch nie gab es so viele Jobs, von denen keiner leben kann!
- 3. In Oyten-Bassen erwirtschaftet das erste "Sozialkaufhaus" im Landkreis Verden bereits kleine Gewinne. Weil dies für den Kreisverband der "Arbeiterwohlfahrt" bereits ein Erfolgsprojekt darstellt, soll Anfang Dezember flugs ein weiteres "Sozialkaufhaus" in der Stadt Verden eröffnen. Für wenig Geld sollen hier vor allem Kleidung, aber auch Geschirr, Spielsachen, CDs und Bücher zu erwerben sein. Der herzallerliebste Clou an der Sache ist, dass es gegen Vorlage des Hartz-IV-Bescheides oder des Asylbewerberausweises 50 Prozent Rabatt geben wird.

Selbstredend wird sich dadurch niemand beschämt und stigmatisiert fühlen müssen! Es kann ja nur einen Gewinn bedeuten, wenn Hartz-IV-Bezieher und Asylbewerber neben eigens auf sie zugeschnittenen Gesetzen nun eben auch eigene Kaufhäuser, eigene "Tafeln" und demnächst auch eigene Containerdörfer und einfache Holzrahmenbauten mitten in Gewerbegebieten, oder entlang von Verkehrsachsen als extra für sie konzipiert begreifen dürfen. Ganz privat und nur für sich allein in der Segregation fühlen sich finanziell schwächere Menschen nun mal am wohlsten!

Dann brauchen sie sich nicht mehr mit den vom Leben verwöhnten Wohlstandsbürgern zu vergleichen, und die besser Betuchten müssen nicht mehr pikiert das Näschen rümpfen und vornehm hüsteln: "Eure Armut kotzt mich an!" Oh nein, nicht die Ausgegrenzten, weil finanziell Ärmsten sind hier die sozial Schwachen: Unter sozialer Schwäche, also mangelnder Sozialkompetenz, leiden bei uns solche neoliberalen Politiker, die sich derartige Ausgrenzung, staatlich gewollte Verarmung in Form von Dumpinglöhnen, Magerrenten und Hartz IV ausgedacht haben.

4. Die Politik- und Sozialwissenschaftler Ulrich Schneider, Christoph Butterwegge, Friedhelm Hengsbach, Rudolf Martens und Stefan Sell warnen vor der Verharmlosung der Armut in Deutschland. Butterwegge versteht ihr Buch als eine Antwort auf die Reaktionen, die der "Armutsbericht" des "Paritätischen Wohlfahrtsverbandes" im Februar dieses Jahres hervorrief. Weil diesem Bericht zufolge in Deutsch-

land 15,5 Prozent der Bevölkerung oder 12,5 Millionen Menschen arm sind, wurde ihm von verschiedenen Medien kampagnenartig "Armutsschwindel" oder "Aufschneiderei" vorgeworfen. Bei der Debatte gehe es um die Frage, ob man zwischen sogenannter absoluter und relativer Armut unterscheiden könne, und wer in Deutschland "tatsächlich" als arm einzustufen sei.

Ein absoluter Armutsbegriff, der die Verhältnisse in einem Entwicklungsland als Maßstab anlege, sei aber überhaupt nicht geeignet, die Armut in einem wohlhabenden Land wie Deutschland zu erfassen. Weil der Arme bei uns von Wohlstand umgeben ist und so ständig seine **Ausgrenzung** vor Augen geführt bekommt, könne Armut in einem reichen Land sehr viel erniedrigender und deprimierender sein als in einem armen Land. Butterwegge sagte, dass die Armut in Deutschland zwar nicht zu vergleichen mit jener in einem Entwicklungsland, wo Menschen verhungerten, doch müsse ein Kind aus einem Hartz-IV-Haushalt schon viel erdulden.

Es gebe nur eine sehr geringe Sensibilität in der Gesellschaft, diese mit Ausgrenzung verbundene Armut als genauso problematisch anzusehen. Butterwegge kritisiert, dass hinter den Angriffen auf den relativen Armutsbegriff das Interesse stehe, die krasse Ungleichverteilung des Reichtums in Deutschland zu verschleiern. Er fordert, dass sich die Politik an den Bedürfnissen der sozial Benachteiligten ausrichten müsse, statt auf die sozial Bessergestellten zu gucken, um eine immer stärkere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Ja, ein ausreichender Mindestlohn könnte helfen, aber mit den vorgeschlagenen zehn Euro bleibt er doch noch immer viel zu niedrig, kaum mehr ein Tropfen auf den heißen Stein: Bereits im Juni 2014 meinte der Hauptgeschäftsführer des "Paritätischen Wohlfahrtverbands", Ulrich Schneider, dass für eine ausreichende Rente eine Stundenentlohnung von deutlich über 13 Euro notwendig sei. Außerdem müssen Hartz-IV-Bezieher neben Ausgrenzung und Armut auch unter ständiger Existenzangst durch Drangsalierung, Entrechtung und Sanktionierung so mancher Sachbearbeiter in den Jobcentern leiden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Mit dem "Schlampensternchen" die Männerwelt verändern?

Wann immer mir jemand die Muttersprache verhunzen will, regt sich in meiner Seele bildungsbürgerlich-konservativer Widerspruch – zuletzt im Frühjahr bei den Bürgerschaftswahlzetteln in Deppendeutsch. Jetzt wollen die Grünen laut Parteitagsbeschluss unserer Sprache per "Gender-Star" die Dominanz des Männlichen austreiben. Ein untaugliches Mittel, wie mir scheint, denn die Beugung der Haupt-

wörter im Deutschen funktioniert nicht so, dass einem männlichen Wortstamm bei Bedarf einfach nur eine weibliche Endung drangepoppt wird. Etwas komplizierter ist die Sache schon, es gibt nämlich auch männliche Wortendungen.



Zum Beispiel lautet die männliche Form in der Mehrzahl nicht etwa "die Ärzt" und im Wemfall keineswegs "von den Lehrer", wie es mit Schreibungen wie "die Ärzt*innen" oder "von den LehrerInnen" (mit "Binnenpimmel") nahegelegt wird. Auch die Varianten mit Schräg- oder Unterstrich können keine sprachliche Klarheit herstellen – das leistet allein die Schreibung mit Klammern. Nur sie lässt erkennen, welche Buchstaben für die eine Form gebraucht werden und für die andere wegfallen, also: "die Ärzt(inn)e(n)" und "von den Lehrer(inne)n".

Unschön? Aha. Wer sich über sprachliche Feinheiten wie den Unterschied der grammatischen Geschlechter keine großen Gedanken machen will, wer sich erst recht nicht die Mühe gibt, ausdrücklich beide Formen zu nennen, ist mit ein wenig schlampiger Sprachkosmetik wie dem hübschen "Gendersternchen" natürlich gut bedient. Wer darüber hinaus die auf solche Weise betriebene systematische Verstümmelung der männlichen Formen gar für "ausgleichende Gerechtigkeit" hält, erfreut sich aber an einer Ersatzhandlung: An der real weiterhin bestehenden Benachteiligung der Frauen etwa bei Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf ändern Sprachmanipulationen noch lange nichts.

Schreibweisen, die die Aussprache unklar lassen, erschweren jedoch Schulkindern und Migrant(inn)en das Deutschlernen. Und dass beim Betrachten des somit bildungsfeindlichen "Schlampensternchens" nun auch an "Transgender-Personen" gedacht werde, ist reines Wunschdenken. Das leisten "geschlechtslose" Hauptwortbildungen wie "Demonstrierende" besser, schöner und auch hörbarer – dafür müssen Schreibende und Sprechende freilich ein bisschen mehr nachdenken. Gedankenlosigkeit ist es, mit der die Diskriminierung beginnt: Schön, dass die Grünen mal darüber geredet haben! Was hat eigentlich "Mutti" in der Zwischenzeit getan?

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) - siehe auch "Scharf links"

"Man kann dies als kulturbürgerliche Marotte betrachten oder als Spielwiese von Leuten, die sonst keine anderen Probleme haben, was bei der Mehrzahl der Grünen-Anhänger sicher zutreffen dürfte. Man kann den Genderbegriff und die damit verbundenen Diskurse aber auch als ein neues Instrument der Repression sehen, um vom entscheidenden gesellschaftlichen Antagonismus, dem zwischen Arm und Reich, in der öffentlichen Diskussion abzulenken oder diese zu unterdrücken." ("Nachdenkseiten")

Jugendliche, die sich der Entmündigung in Jobcentern entziehen, werden zur Fahndung ausgeschrieben

1. Wer zieht freiwillig in den Krieg? Soldaten? Selbst freiwillig dienende Soldaten ziehen nur in den Krieg, um Frieden zu schaffen! Dieses Märchen wird noch immer erzählt und geglaubt. Bereits 2007 sollten über 50 Prozent der Kriege sollten eigentlich Frieden schaffen, so ein Vortrag im Rahmen der Ausstellung "Was damals Recht war". Eine Waffe in der Hand und einfach so losballern, das fasziniert viele. Die (vorgetäuschte) Freundschaft und der Halt in einer Gruppe haben dort Erfolg, wo Hoffnungslosigkeit und auch noch Enttäuschung beziehungsweise im fortgeschritten Fall Wut herrschen. Dabei kann der sogenannte Islamische Staat "nachhelfen".

Die Neubürger können teilweise nicht einmal bis zu uns durchwandern. Die Staaten an der Balkanroute sortieren aus, wer eventuell von Deutschland nicht akzeptiert wird. Sie lassen diese Menschen nicht weiterwandern. Die bereits durchquerten Staaten blockieren den Rückweg. Eine unmenschliche Situation, diesmal wirklich von Deutschland verursacht! Das Grundgesetz wurde für die Hintergehung der



Neubürger bereits gebrochen. Nun verlieren wir die Würde vollständig! Junge Menschen haben nun in Bremen eine "Blockade gegen Grenzen" errichtet. Die Demonstration hat zum Nachdenken angeregt: "Jedem, der aus seiner Heimat fliehe, muss Schutz gewährt werden!" Dem ist nichts hinzuzufügen.

2. Die massive Polizeigewalt gegen "Stuttgart-21"-Gegner wird gerichtlich weiter aufgearbeitet. Warum verhält sich die Polizei eigentlich so aggressiv gegen Demonstranten, in Stuttgart, in Hamburg, in Frankfurt? Ganz einfach: Die Politik befiehlt, und die Polizei muss folgen! Bei "Stuttgart 21" haben sich die befehlenden Politiker und auch die Polizeiführung verpieselt. Der Einsatzleiter wurde allein gelassen und hat die Befehle umgesetzt. Die Alternative hätte die Entfernung aus dem Dienstverhältnis bedeutet!

Heute müssen die Polizist(inn)en den Kopf für die Terrorbekämpfung hinhalten. Wirksame schusssichere Westen werden nunmehr für die Polizei in Bremen angeschafft. Heute muss die Polizei die von der Politik erwirkten Abschiebungen umsetzen, ohne Vorankündigung, nachts: wachmachen, anziehen, mitnehmen und ab ins Flugzeug! Dabei ist bereits heute klar, dass dies das Grundgesetz mit

Füßen tritt. Der Polizist ist hilflos gegenüber dem Unrecht, wenn er weiterhin Polizist sein will.

"Was damals Recht war" zeigte im Nachhinein solche politisch gewollten Gewaltaktionen. Bürgermeister Jens Böhrnsen stellte in seiner Eröffnungsrede fest: "Nicht alles, was im Gesetz stand, war Recht!" Wollen und sollen wir wirklich diesen Weg weitergehen? Wer als Polizist Unterstützung braucht, kann sie bei "Amnesty International" erhalten (Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte, Pannierstraße 58, 12047 Berlin, info(at)amnesty-polizei.de).

3. Demnächst wird die Polizei verstärkt **Jugendliche** suchen. Auftraggeber sind die Jobcenter im Rahmen der "Jugendberufsagenturen". Jugendliche, die sich der Entmündigung in den Jobcentern entziehen, gibt es bereits heute. Künftig werden sie zur Fahndung ausgeschrieben. Basis ist die Datenschutzerklärung, die von den Jugendlichen unterschrieben werden soll. Auch Sie kennen Menschen, die perspektivlos leben müssen, oder? Vom Hörensagen, in anderen Ländern? Nein, hier vor Ort! ALG II, gepaart mit der Behandlung in den Ämtern, ist sicher so ein Faktor. Sich nichts leisten können, und kein Ende ist abzusehen.

"Wir brauchen Auszubildende und Facharbeiter", klingt es aus den Medien. Und du? Die Behandlung vor dem amtlichen Schreibtisch klingt so: "Natürlich haben wir keinen Ausbildungsplatz für dich. Denk mal nach, was hast du falsch gemacht?" Sauerfahren, erschrecken, sanktionieren, und schon ist er weg – genauso gut wie in Arbeit vermittelt! Wer als Erwerbsloser diese Tortur übersteht, hat eine gefestigte Persönlichkeit oder Halt und Unterstützung in einer Gemeinschaft, von Freunden. Wer dies nicht aushalten möchte, kann vorbeugen: Nicht allein zum Amt zu gehen, erspart manchen Ärger.

Nichts vor Ort zu unterschreiben, erspart ebenfalls Ärger. Die "Eingliederungsvereinbarung" und auch jede andere "Vereinbarung" kann mitgenommen werden und in Ruhe überdacht werden, mindestens für eine Woche, zur Erfüllung von externen Terminen allerdings auch kürzer, zum Beispiel für Bewerbungen. Im Zweifelsfall mit der Unterlage eine Beratungsstelle aufsuchen ("AGAB", "Solidarische Hilfe"). Wer in einer "Maßnahme" steckt, kann sich dafür freigeben lassen. Und dran denken: Freundschaften pflegen! Auch Gespräche verbinden.

4. "Zappenduster soll's nicht mehr werden", hat der "Runde Tisch Energiesperren" beschlossen. Einige Tage danach war ein Mensch im Jobcenter, in der Hand eine Energierechnung und kein Geld: "Ich brauche Hilfe". Das Jobcenter hat eine kurzfristige Entscheidung abgelehnt: "Für Ihren ALG-II-Antrag haben Sie Anfang Dezember einen Termin, um die Unterlagen vorzulegen. Erst wenn dies entschieden ist, können wir uns um die Energiekosten kümmern." So wurde sinngemäß der Mensch abgewiesen. Die Anfang Dezember fällige Miete kann er ebenfalls nicht zahlen. Das Jobcenter hat falsch gehandelt: Bereits bei der Antragstellung

ist, wenn der Betreffende zu wenig Geld hat, eine Abschlagszahlung zu leisten. Eine falsche Handlung in Serie! Folgen für die Sachbearbeiterin? Keine.

Sozialrechtsexperte Harald Thomé schreibt, es gebe "so viele Stromsperren wie nie zuvor, davon ein nicht ganz unerheblicher Anteil von SGB-II-/SGB-XII-Haushalten". Das Bundesverfassungsgericht mahne "zu Recht Änderungen bei der Haushaltsenergie an (23. Juli 2014, Aktenzeichen 1 BvL 10/12). Der Gesetzgeber ignoriert das, setzt seine Rechtsverschärfungs- und Aushungerstrategie im SGB II fort und lässt die Mahnungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem aktuellen Entwurf zur Änderung des SGB II unberücksichtigt." "Tacheles" hat seine Forderungen zur Vermeidung von Energiesperren Ende 2014 formuliert.

5. Zum 1. Januar 2016 wird ein neues Wohngeldgesetz in Kraft treten, circa 870.000 Haushalte profitieren davon. Das IAB hat die Auswirkungen aufgelistet und schon mal gerechnet: "Die Wohngeldreform würde kurzfristig zu einem Rückgang der Haushalte mit SGB-II-Bezug um 16.000 Haushalte führen. Rund 24.000 Haushalte würden aus der Grundsicherung nach SGB XII in das Wohngeld wechseln." Die Tabelle der Mietstufen 2016 und die neuen Mietobergrenzen haben auch Ausstrahlung auf die Mietrichtwerte für Leistungsberechtigte in ALG II oder Grundsicherung. Die Wohngelderhöhung sollte bereits zum 1. April 2015 erfolgen – Fortsetzung folgt.

Bremen installiert die "Mietpreisbremse" statt zum 1. Juni jetzt ab 1. Dezember 2015: "Dort dürfen Vermieter bei Neuvermietungen künftig nur noch Preise verlangen, die höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zwischen den Jahren 2010 und 2015 stiegen die Mietpreise im Median um 24 Prozent, wie eine Untersuchung von 'Immowelt' zeigt. Während sie vor fünf Jahren noch bei 5,90 Euro pro Quadratmeter lagen, müssen Mieter aktuell 7,30 Euro zahlen."

Der Bausenator schreibt in seiner Pressemeldung: "Die Mietpreise in Bremen sind in den vergangenen Jahren besonders für die Versorgung von Haushalten mit geringeren Einkommen stark angestiegen. Dem haben wir nun einen Riegel vorgeschoben." Bei "Haufe" ist nachzulesen, dass Bremen bereits 2014 die Kappungsgrenze auf 15 Prozent reduziert hat.

Zurück zur "Mietpreisbremse": Basis für eine geringere Mieterhöhung ist die "ortsübliche Vergleichsmiete". Doch wie hoch ist sie in Bremen, wie wurde sie bestimmt? Bremen hat keinen Mietspiegel! § 558 BGB bestimmt in Absatz 2: "Die ortsübliche Vergleichsmiete wird gebildet aus den üblichen Entgelten, die in der Gemeinde oder einer vergleichbaren Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage einschließlich der energetischen Ausstattung und Beschaffenheit in den letzten vier Jahren vereinbart oder, von Erhöhungen nach § 560 abgesehen, geändert worden sind. Ausgenommen ist Wohnraum, bei dem die Miethöhe durch Gesetz oder im Zusammenhang mit einer Förderzusage festgelegt worden ist." Fortsetzung folgt!

6. Das "Umweltinstitut" hat folgenden Verdacht: "Offenbar werden Bevölkerung und Behörden von Monsanto seit Jahrzehnten hinters Licht geführt: Wie kürzlich bekannt wurde, soll der Agrarmulti seit 40 Jahren um die krebserzeugende Wirkung seines Bestsellers "Roundup" und dessen Wirkstoff Glyphosat gewusst haben. Diese und weitere Anschuldigungen erhebt eine Studie amerikanischer Wissenschaftler. Sie werteten darin bisher unter Verschluss gehaltene Daten von Monsanto aus den 1970er und 80er Jahren aus. Aus der Veröffentlichung geht hervor, dass Monsanto seine eigenen Studien zu Glyphosat verfälscht hat. Laut den Autoren hat der Konzern gezielt signifikante Hinweise auf Tumore vertuscht. Wenn das stimmt, dann hat Glyphosat seine Erstzulassung auf der Basis von verfälschten Studien erhalten. Die Autoren der Studie werfen Monsanto deshalb Betrug vor."

Glyphosat war Thema in "Quer" am 19. November 2015 (gegen Ende), auch auf unseren Seiten steht Unfassbares über Glyphosat. Dieser Giftstoff hat es bis in die Muttermilch geschafft und natürlich auch in alle anderen Ecken des Körpers! Wer noch immer Zweifel hat, sollte sich die Seite zur 532. Bremer Montagsdemonstration ansehen.

7. Diese Woche beeindruckt der Film "Citizenfour": "Als Edward Snowden seine erste verschlüsselte E-Mail unter dem Namen "Citizenfour" im Januar 2013 an Laura Poitras schickt, arbeitet die Regisseurin bereits an einem Film über die Praxis der Massenüberwachung, dem dritten Teil ihrer Trilogie über die USA nach 9/11. Snowden hatte Poitras nicht zuletzt deshalb als Kontaktperson gewählt, weil sie seit Jahren selbst eine Zielperson der Geheimdienste war, die bei der Einreise oder Ausreise in den USA regelmäßig aufgehalten und verhört wurde." Gezeigt werden Details der unbegrenzten und ungezügelten Datensammelwut der NSA, erläutert von Edward Snowden anhand seiner Unterlagen.

Die Veröffentlichungen beginnen: In Brasilien erläutert ein Mitstreiter die Unterlagen und die Absicht, lückenlos alle Daten zu stehlen, egal in welcher Form. Erläutert wird auch die Auswirkung dieser umfassenden Datensammlung. Mit den Daten wird der Mensch gläsern: Sein Tagesablauf ist nachvollziehbar, seine Gewohnheiten, seine Beziehungen, seine Reaktion auf Ereignisse. Firmendaten werden auch gezielt zur Förderung der amerikanischen Wirtschaft eingesetzt. Die Auswertung kann nach beliebigen Kriterien und Suchbegriffen erfolgen, aktuell oder bei Bedarf.

Wer Zugriff auf diese Daten hat, kann dessen Eigentümer gezielt "behandeln". Inzwischen wissen wir vieles davon durch die inzwischen erfolgten Veröffentlichungen. Dieser Film gewinnt durch den Menschen Snowden. Er hat meine Hochachtung! Das Ansehen der USA als Staat dagegen tendiert gegen Null. Die Menschen in Amerika habe eine solche Plage nicht verdient. Bitte unbedingt ansehen!

Auch wer ein Freihandelsabkommen mir den USA oder die Hightech-Strategie "Industrie 4.0" gut findet, muss diesen Film sehen, ebenso die Dokumentation

über die unakzeptablen Freihandelsabkommen der USA mit Mexiko und Kanada, siehe 522. Bremer Montagsdemonstration (Abschnitt 4). Heute wird jeder elektronisch verfügbare Datensatz von der NSA geraubt, auch wenn dieser Datensatz das Unternehmen oder die Behörde gar nicht verlassen hat.

Die Bundesregierung verwendet verschlüsselnde Telefone. Das bringt die NSA jedes Mal zum Schmunzeln, denn auch solche Daten werden gestohlen und entschlüsselt. Die Bundesregierung muss über den eigenen Schatten springen, uns gemäß Grundgesetz vor diesem Datenklau schützen und ihre Unterstützung dafür einstellen! Dieses Datenvolumen, die Fakten, das Wissen können jederzeit missbraucht werden. Ein Gegenmittel? Durch die Nutzung des Wahlrechts ist die Demokratie zu retten! Einfach andere Politiker wählen!

Es eilt, denn schon vor Jahren waren über 40 Prozent der Energieunternehmen, der gesamten Infrastruktur von der NSA unterwandert, mit "Schläfern" infiziert, die IT-Netze sowieso! Wenn die NSA will, gehen in Europa die Lichter aus, die Wasserversorgung bricht zusammen, öffentliche Verkehrsmittel liegen danieder. Demnächst erfolgt auch noch der Zugriff auf die Bordelektronik der Kraftfahrzeuge. Bisherige Gegenwehr: Europa macht sich unabhängig vom GPS System.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Unterschiede zwischen ISIS und IS

Seit Menschen auf dem Planeten Erde existieren, gab es wahrscheinlich schon immer einige Irrsinnige darunter, die ihre Mitmenschen aus welchen Gründen auch immer umgebracht haben. Es gab zu allen Zeiten und gibt sie noch heute: Massenmörder wie Pol Pot, Josef Stalin, Adolf Hitler, Rudolf Heß, Osama Bin Laden, die ich pauschal zum Beispiel als Irrsinnige bezeichnen würde. Momentan macht ein neuer Irrsinniger Spinner (IS) namens Abu Bakr al-Baghdadi auf sich aufmerksam. Er ist Führer einer Bande Irrsinniger Sadisten (IS), die ursprünglich

hauptsächlich den Irak und Syrien terrorisiert haben. Deshalb ist es nur logisch, sie "ISIS" zu nennen. So nannten sie sich auch selbst.

Nachdem sie mit ihrem Terror einige Zerstörungserfolge im Irak und Syrien hatten, wurde der Irren-Führer größenwahnsinnig. Er verkündete am 29. Juni 2014 in Mossul (Irak) seinen Anspruch als Stellvertreter Gottes und auf ein weltweites Kalifat. Das nannte er "Islamischer Staat". Fast alle Medien der Welt folgten sogleich dem Wunsch des Irrsinnigen und nennen die Terrorbande bis heute ebenfalls brav "Islamischer Staat". Nach meiner Meinung erkennen sie so mit ihrem gedankenlosen Nachgeschwätz den Anspruch eines Irrsinnigen auf Weltherrschaft an.



Es gibt nur noch ein einziges deutsches Massenblatt, das "ISIS" schreibt, und den Journalisten und Nahost-Kenner Bruno Schirra mit seinem Buch "ISIS". Manchmal sagt ein etwas bewussterer Schwätzer "der sogenannte IS". Ich bleibe bei meinem ursprünglichen, passenden Ausdruck: Irrsinnige Sadisten aus Irak und Syrien. Doch machen wir uns nichts vor. Leider gab und gibt es überall auf der Welt auch "Irrsinnige Schwächlinge" (IS), die ballern und bomben nicht erst, seit es der neue Irre aus dem Irak verkündet. So ist der Anspruch auf Internationalität von IS doch erfüllt, wenn ein richtiger Ausdruck dafür verwendet wird, der dann aber, um Missverständnisse zu vermeiden, voll ausgesprochen werden sollte.

Zum Gebrauch auf der Straße könnte "Irrsinnige Saukerle" (IS) gesagt werden. Aber das wäre eine Beleidigung für das weibliche Hausschwein. Mit "Irrsinnige Schlachter" wäre eventuell eine Berufsgruppe diskriminiert. Besser vielleicht "Irrsinnige Scheißer". Das würde aber in einer Talksendung sicher nicht so gern ausgesprochen. Es dürfte endlich allgemein bekannt sein, dass IS weder etwas mit Islam zu tun noch mit einer Staatsform. Deshalb fordere ich heute öffentlich alle Journalisten, Moderatoren, Korrespondenten, Nachrichtensprecher und vor allem Sie, liebe Mitbürger, dazu auf, niemals mehr "Islamischer Staat" zu sagen, wenn Sie eine der beschriebenen Terrorgruppen meinen. Doch woher sollen das die Irren wissen, wenn die vermeintlich "Normalen" auch so oft irres Zeug reden.

Helmut Minkus (parteilos)

Totalitäres Königreich Arabien

Alle wissen, was in Paris geschehen ist, aber es gibt auch ein Davor und Danach. Vor hundert Jahren gab es in Nordafrika noch gar nicht so viele Menschen, nicht mal ein Zehntel so viele wie heute. Im ganzen Westen blühten verschiedene For-

men der Wirtschaft, doch in Afghanistan herrschte regelrecht Steinzeit – alter, unveränderter Islam, mit Burka und keinerlei Rechtsstaatlichkeit, denn die Religion ist gesetzt. Diese Länder lebten hauptsächlich vom Handel, und die Vorstellung von industriellem Management war und ist mit dieser Kultur nicht vereinbar.

Gerade in den Emiraten der fünf Clan-Königsgesellschaften wird fast ausschließlich Handel und riesige Ausbeutung mit Gewinn betrieben. Das hat sogar zur völligen Abschottung von Arm und Reich geführt. Mich erschaudert es immer wieder, wenn antiquierte Kulturen mit moderner Industrie-Hightech zusammenkommen, die dort gar nicht gebaut werden kann. Dort lebt alte Unmenschlichkeit im Modernen weiter. Alle westlichen Staaten leben dabei mit und mucksen immer noch nicht. Arbeiter aus aller Welt werden dort ausgebeutet. Damit ist zu sehen, dass die Arbeitswelt weltweit völlig entmachtet ist.

In Europa tut man so, als ob mit den Gewerkschaften ein Gegengewicht da wäre. In Saudi-Arabien ist der einzelne Mensch einfach nichts wert, er ist ja immer neu zu ersetzen, und das endlos. Diese alte Religion dort ist nachweislich ein Faschismus, man kann sie tatsächlich mit dem Faschismus der NSDAP vergleichen. Zur Machterweiterung scheuen die Könige auch nicht vor der Förderung des ISIS zurück. Jeder Tote ist dem saudi-arabischen Herrscherhaus egal, und der Westen hat letztlich den Terror mitfinanziert, weil er weiter mit diesen Despoten Gewinne machen will.

Daher kommt tatsächlich ein großer Teil der Grausamkeit und des Elends in Syrien. Man kann sich denken, was zu tun ist, um den Terror zu stoppen: den Handel mit jenen stoppen, die den Terror mit Waffen unterstützen. Alle westlichen Staaten müssten Katar und die Emirate jetzt lahmlegen: kein Geld, keine Macht mehr für antidemokratische Religionsunrechtsstaaten – und dazu die 600 Panzer schnell zurückholen, für Frankreich im eigenen Land. Da könnte man die Panzer wohl hinstellen. Landesverteidigung, wo Demokratie ist, darüber kann man reden.

Günni, der "Mann mit dem großen Hut"

Chefs der Autokonzerne für jährlich Zehntausend Todesfälle durch Dieselabgase mitverantwortlich

Herzlich willkommen zur 546. Montagsdemo auf dem Hanseatenhof! In vier Wochen, nach der 550. Montagsdemo hier am 21. Dezember 2015, machen wir eine Weihnachtsfeier im "Jugendfreizeitheim Buntentor", Geschwornenweg 11a. Gefragt und willkommen sind uns noch viele kulturelle, politische, literarische, kulinarische und auch einfach arbeitsmäßige Beiträge wie Ausschank und Schmuck.

Montag ist Widerstandstag: gegen die unsozialen Hartz-Gesetze, gegen den Anstieg der Armut zugunsten weniger Reicher!



In Bremen lebt über ein Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze! Das hängt ganz stark mit den Hartz-Gesetzen zusammen, dem bisher größten Angriff auf die Lebenslage der Bevölkerung: Der Billiglohnsektor wurde riesig, es kam die Armut per Gesetz mit vielen Schikanen – und der Architekt und Namensgeber davon, Peter Hartz, Ex-Arbeitsdirektor bei VW, überführt der Bestechung und Untreue, der Bordellreisen nach Brasilien mit

dem Betriebsrat zu dessen Bestechung organisierte und unternahm, wurde nur zu Bewährungsstrafe verurteilt. Wir werden hier stehen, bis die Hartz-Gesetze vom Tisch sind und ihr Namensgeber seiner gerechten Strafe zugeführt ist!

Widerstandstag heißt auch, gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen einzutreten, denn für Profit gehen die Konzerne und ihre Chefs über Leichen. So sagte der Geschäftsführer der "Deutschen Umwelthilfe", Jürgen Rech, anlässlich der Eröffnung der "Automobilausstellung" in Frankfurt völlig richtig: "Herr Zetsche, Herr Winterkorn und Herr Krüger sind als Chefs von Daimler, Volkswagen und BMW für jährlich Zehntausend vorzeitige Todesfälle durch Dieselabgase persönlich mitverantwortlich. Um wenige Hundert Euro mehr Profit pro Fahrzeug zu machen, verbauen sie minderwertige Katalysatoren, die auf der Straße bis zu 25 Mal höhere Schadstoffmengen emittieren als erlaubt."

Martin Winterkorn ist inzwischen weg vom Fenster, aber nicht von den "Fressnäpfen". Noch nie hat ein Konzernchef eine derart hohe Abfindung bekommen und kann sich über eine derart extreme "Rente" freuen! Jetzt kam heraus: Unter seiner Führung hat VW seit 2009 allen Diesel-"Dreiliter"-Autos bewusst manipulierende Software eingebaut, mit der Folge einer 40-fachen Überschreitung der Grenzwerte für Stickoxide! Diese Schadstoffe erhöhen dramatisch das Risiko für Herz- und Kreislaufkrankheiten sowie Schlaganfälle; sie führen zu Schwindel, Kopfschmerzen, Husten und Augenbeschwerden.

Die Gase tragen zur Entstehung von Feinstaub und Ozon bei. Die Partikel sind so klein, dass sie ins Blut gelangen und Krebs auslösen können. In Deutschland sterben jährlich etwa 35.000 Menschen an Feinstaub, so das Magazin "Nature"; weltweit sind es 3,3 Millionen. Angela Merkel klagte 2010 bei ihrem Staatsbesuch in den USA dem kalifornischen Gouverneur "Terminator" Schwarzenegger: "Kalifornien mit seinen sehr strengen Stickoxid-Grenzwerten schadet den deutschen Autoherstellern". Die EU-Kommission weiß seit 2011 von den Betrugsmanövern bei VW, Audi und Porsche. Ein Mitarbeiter, der das nicht mehr aushielt, informierte dann die US-Behörden.

Es ist also nicht so, dass die Zerstörung der Lebensgrundlagen eine Laune der Natur wäre. Hier sind Menschen am Werk, die bewusst skrupellos und verbrecherisch handeln! Am 29. November 2015, also kommenden Sonntag, beginnt in

Paris der Weltklimagipfel. Er dauert bis zum 11. Dezember. Für den 29. November und den 12. Dezember sind jeweils Großdemonstrationen in Paris angemeldet. Zehntausende Umweltschützer aus aller Welt wollen hier für einen wirksamen Schutz von Natur und Umwelt und gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen demonstrieren. Weltweit war der Oktober der wärmste Oktober seit 1880! Die französische Regierung hat nun den nach den Attentaten verhängten Ausnahmezustand bis Februar verlängert und damit alle Demonstrationen verboten. Das ist nichts anderes als ein weiterer Abbau demokratischer Rechte und ein Schritt hin zur Faschisierung des Staatsapparats!

Wolfgang Schäuble sprang auch gleich auf diesen Zug auf und forderte, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu erlauben, was ja vom Grundgesetz verboten ist. Wir werden uns jedenfalls nicht von Demonstrationen abhalten lassen! Auch hier in Bremen gibt es zum Weltklimagipfel am Sonntag, dem 29. November 2015, um 15:30 Uhr eine Demonstration ab Goetheplatz, in Oldenburg am Umweltkampftag, dem 5. Dezember 2015, eine Kundgebung. Am Mittwoch, dem 25. November 2015, beginnt hier in Bremen um 17 Uhr bei den "Schweinen" in der Sögestraße eine Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Wolfgang Lange (MLPD)

"Nolympia": Hamburger(innen) ersparen sich den Größenwahn ("Spiegel")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

547. Bremer Montagsdemo am 30. 11. 2015

"Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge"

1. Am Sonntag war der erste Advent, begann also die Jahreszeit, in der die Christenheit sich auf das Fest der Geburt Jesu, Weihnachten, vorbereitet. Die Christen gedenken der Geburt Jesu und feiern sie als Menschwerdung Gottes. Zugleich soll der Advent daran erinnern, dass Christen das zweite Kommen Jesu erwarten. –

Heute leiden immer mehr Erwerbslose unter akutem Geldmangel. Sie frieren in kalten Wohnungen, haben kein Geld für warme Mahlzeiten und Ablagen voller unbeglichener Rechnungen, weil am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist. Dass so der Alltag von immer mehr Hartz-IV-Bezieher(inne)n in Deutschland aussieht, geht aus einer aktuellen Anfrage an das Statistische Bundesamt durch Sabine Zimmermann (MdB, "Die Linke") hervor. So hatte 2014 jede(r) dritte Erwerbslose (34,6



Prozent) aufgrund von akutem Geldmangel Probleme, mindestens jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich zu nehmen. Die Zahl der Betroffenen stieg um rund 48.000 auf 1,07 Millionen.

Jede(r) Fünfte hat Probleme, die Miete zu zahlen oder Rechnungen für Strom und Gas zu begleichen. Hier stieg die Zahl der Betroffenen von 62.000 auf 590.000 an. Wegen fehlender Gelder war es 18,4 Prozent der erwerbslosen Transferleistungsbezieher(inne)n nicht möglich, die Wohnung ausreichend zu heizen. Aufgrund der erheblichen finanziellen Nöte seien die Lebensbedingungen deutlich eingeschränkt. Während in Deutschland 2014 rund 31 Prozent der Erwerbslosen betroffen waren, liegt der Anteil dieser Betroffenen im europäischen Vergleich mit 26,2 Prozent etwas niedriger als in Deutschland.

Laut Zimmermann könnte eine schnelle Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf mindestens 500 Euro je Monat helfen, das Problem einzudämmen. Die Arbeitsmarktpolitikerin bemängelte, dass die Absicherung im Fall von Erwerbslosigkeit immer brüchiger und schwächer werde. Sie hält das "Kleinrechnen des Existenzminimums" für einen Skandal.

Vergessen wir nicht, dass der Namensgeber der unsäglichen Arbeitsmarktreform Hartz IV, Peter Hartz, ursprünglich an einen **Eckregelsatz** von 511 Euro dachte! Über die Höhe des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes habe laut dem verurteilten Ex-VW-Manager 2002 noch "großes Einvernehmen" geherrscht. Doch heute, 13 Jahre nach dieser Berechnung, sind die Regelleistungen nicht annähernd so hoch, wie damals angeblich berechnet wurde.

2. Was sich anhört wie eine Anekdote aus Absurdistan, ist traurige Realität im Hartz-IV-Land: Weil dann die Wohnung nach der Bemessungsgrenze des Jobcenters zu groß sei, dürfe Klaus Leichsenring seinen Balkon nicht betreten – obwohl er schon seit 61 Jahren in eben dieser Wohnung wohne. Der Balkon wurde allerdings erst vor Kurzem an die 55 Quadratmeter große Dreizimmerwohnung angebaut. Der Betroffene kann es nicht fassen, wie übel ihm mitgespielt wird, seit er nach langjähriger Berufstätigkeit wegen einer Herzerkrankung in Hartz IV abrutschte.

Als Herzkranker fände Herr Leichsenring es schön, einen Balkon zu haben. Doch weil er diesen Vorzug nicht kennt, könne er ihn auch nicht vermissen. Mit dem Balkon kostet die Wohnung 30 Euro im Monat mehr – 30 Euro, die ihm nun fehlen. Aber das Jobcenter zahlt partout nur 357 Euro und keinen Cent mehr. Deshalb erfand die Hausverwaltung einen merkwürdigen "Kompromiss", machte augenscheinlich mit dem Jobcenter gemeinsame Sache: Allen Ernstes wurde keine Balkontür eingebaut, damit das Verbot nicht missachtet werden könne.

Wenn er auch nur eine Getränkekiste durch das Fenster reichen und auf dem Balkon aufbewahren sollte, drohe ihm eine Abmahnung. Widerlich finde ich es, wie übereifrig da wohl mehrere Seiten haarklein darauf pochen, dass das, was als Recht gilt, penibel genau eingehalten wird. Ich empfinde dies als Blockwartmentalität! Auch kann ich mir nicht vorstellen, dass es hier keine Möglichkeit geben soll, sich zu wehren. Wie viel mehr würde es das Jobcenter kosten, wenn der betroffene Mieter umziehen müsste?

3. Der "Linken"-Fraktionschef Dietmar Bartsch eröffnete am 25. November 2015 die Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2016. Mit Blick auf die Anschläge in Paris sagte er, unsere Antworten auf den Kampf der Barbarei gegen die Menschlichkeit seien mehr Offenheit und Demokratie, mehr Leben und Freiheit. In Bezug auf Deutschland kritisierte er, den wirtschaftlichen und politischen Eliten sei der "Wertekompass" abhandengekommen, und stellte einmal ganz wunderbar klar, dass die teuersten Flüchtlinge in Deutschland die Steuerflüchtlinge sind!

Während er die Verantwortung für die Flüchtlinge betonte, überraschte er mit einem Zitat aus dem Matthäus-Evangelium: "Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen". Ich freute mich, weil er die CDU so offensichtlich an die Bedeutung des "C" in ihrem Parteinamenskürzel erinnern wollte. Ein Politiker der Linkspartei zitiert sicherlich nicht ohne Hintergedanken die Bibel.

Augenscheinlich wollte Bartsch die humanitäre Verantwortung Deutschlands für die Mammutaufgabe der Aufnahme und Unterbringung von einer Million Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland kamen, unterstreichen. Stattdessen diskutieren politisch Verantwortliche über "Obergrenzen" für Flüchtlinge, obwohl Notleidende doch nicht einfach abgewiesen werden können. Zeitgemäß übersetzt bedeuten die Bibelzitate für Bartsch: "Wir schaffen das. Die Herausforderungen sind lösbar." Doch sei der Großen Koalition leider eben diese Haltung abhandengekommen.

Dem Fraktionsvorsitzenden von "Bündnis 90/Die Grünen", Anton Hofreiter, platzte in dieser Debatte offenbar der Kragen, als er Bezug auf die internen Auseinandersetzungen in der Union über die Flüchtlingspolitik nahm. Er verlangte: "Reißen Sie sich zusammen, hören Sie auf mit dem Theater!" Ja, ich dachte auch schon so oft, dass uns hier Theater vorgespielt wird, obwohl die Damen und Herren sehr genau wissen, wohin sie uns zu steuern gedenken. Mir schwant nichts Gutes.

4. Weil ich den Kommentar von Anja Reschke zum Gedenktag nach 70 Jahren Auschwitz vom 27. Januar 2015 so großartig und passend finde, habe ich mir die Mühe gemacht, den gesprochenen Beitrag des NDR mitzuschreiben:

"Auschwitz, Holocaust, ich kann's nicht mehr hören; es muss doch mal Schluss sein!' Diese Sätze hört man wieder oft zurzeit. Sie kommen immer dann, wenn das Gedenken wieder in den Vordergrund rückt. Die Mehrheit der Deutschen möchte die Geschichte der Judenverfolgung hinter sich lassen, sagt eine Studie der 'Bertelsmann-Stiftung'. 58 Prozent wollen sogar einen Schlussstrich ziehen. Ich hab gestern die Dokumentation von Kameraleuten der alliierten Truppen gesehen, die gefilmt haben, als die Konzentrationslager befreit wurden, die kamen, als die Schornsteine der Krematorien noch rauchten, die über Berge von Leichen gestiegen sind. Bilder von Skeletten, mit ein bisschen Haut darüber, offene Münder, verdrehte Gliedmaßen.

Heute sind diese Kameraleute von damals Männer von über 90 Jahren. Als sie erzählt haben, haben sie angefangen zu weinen. Keiner von ihnen kann einen Schlussstrich ziehen, genauso wenig wie die Opfer, die überlebt haben. Es gibt nicht mehr viele von ihnen, aber noch sind sie da. Und ihnen schmettern wir entgegen: "Es muss doch mal Schluss sein?" Ausgerechnet wir? Es gibt keinen Schlussstrich in der Geschichte, in keiner. Klar, lieber erinnern wir uns an Karl den Großen, Bismarck oder die Wiedervereinigung. Aber Auschwitz ist nun mal passiert. Wieso sollten wir ausgerechnet das Kapitel der Judenverfolgung hinter uns lassen?

Dieser Teil unserer Geschichte ist in seiner Abartigkeit so einzigartig, dass er gar nicht vergessen werden kann. Ich bin dritte Generation; ich war nicht dabei, und trotzdem habe ich mich geschämt, als ich wieder diese Bilder gesehen habe. Weil es zu meiner Identität als Deutscher gehört, ob ich will oder nicht. Nach diesem Film konnte ich nicht schlafen; also habe ich umgeschaltet. Und was sehe

ich? "Pegida'-Demonstranten in Dresden, die sich aufregen über die vielen Ausländer in Deutschland. Ganz ehrlich, da ist mir dann wirklich schlecht geworden."

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Wir nehmen die mutwillige Zerstörung unseres Planeten nicht hin



Gemeinsam aufstehen gegen die drohende Klimaund Umweltkatastrophe – das ist das Gebot der Stunde! Deshalb haben wir am Sonntag in Bremen demonstriert, als ein Teil der weltweiten Proteste in über 150 Ländern zur Rettung des Klimas. Die Folgen der Zerstörung von natürlicher Umwelt und Weltklima werden immer dramatischer. Der Klimaforscher James Hansen und weitere 17 Forscher schlagen Alarm: "Die Eisschilde schmelzen zehnmal schneller als bisher angenommen. Der Mee-

resspiegel wird in den nächsten 50 Jahren um mehrere Meter ansteigen."

Bisher hat es 20 Klimagipfel gegeben, doch die Kohlendioxid-Emissionen sind seither global um 60 Prozent gestiegen und beschleunigen sich Jahr für Jahr. Die zunehmende Erderwärmung bedroht die Existenzgrundlagen der Menschheit und die Artenvielfalt. Konzerne, Banken und Regierungen wissen das ganz genau. Sie halten aber aus Profitgründen an der Verbrennung fossiler Energieträger fest und treiben die Ausbeutung von Mensch und Natur auf die Spitze.

Trotz aller Warnungen vor den verheerenden Folgen des Fracking drängen Exxon Mobile, Shell, BASF, Siemens und Konsorten mit Macht auf die Ausweitung in Deutschland und in der EU. Dadurch ist auch das Bremer Trinkwasser in Gefahr! Die Menschheit braucht kein "unkonventionelles Gas" und erst recht keinen Krieg um Öl und Gas! Wir brauchen einen raschen Ausbau und die vollständige Umstellung auf regenerative Energien. Das ist heute längst möglich. Eine Studie der Stanford University errechnete: "Investitionen von sieben Prozent des Weltsozialprodukts pro Jahr in erneuerbare Energien reichen aus, um die Energieversorgung weltweit bis 2030 umzustellen".

Aber dieser Weg wird von der "Weltklimakonferenz" in Paris nicht eingeschlagen. Dort sollen wir wieder mit "freiwilligen Selbstverpflichtungen" abgespeist werden. Sie liegen vor und würden nach offiziellen Angaben die Erderwärmung um drei Grad erhöhen. Das ist eine Katastrophe! Selbst das angestrebte Zwei-Grad-Ziel setzt die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen aufs Spiel. Die Menschen von 22 der 50 größten Küstenstädte der Welt würden zur Flucht gezwun-

gen. Trotzdem soll es den Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger frühestens 2100 geben.

Wir wollen mit den internationalen Demonstrationen heute und in den nächsten zwei Wochen unmissverständlich deutlich machen, dass wir die mutwillige Zerstörung unseres Planeten nicht mehr hinnehmen. Deshalb lassen wir uns das Recht auf Widerstand nicht nehmen! Die Demonstrationsverbote in Paris stoßen bei der französischen Bevölkerung auf Kritik. Auch "Attac Frankreich" hält am Demonstrationsaufruf fest. In einem Brief der Umweltgewerkschaft an Präsident Hollande heißt es: "Wir sehen überhaupt nicht ein, dass mit dem sogenannten Antiterrorkampf die demokratischen Rechte beschnitten werden. Deshalb muss das Demonstrationsverbot in Paris sofort zurückgenommen werden!" Es geht ums Ganze: Es geht darum, ob die Menschheit auf Dauer weiter existieren kann. Die Weichen werden jetzt gestellt.

Deshalb fordern wir: Sofortiges und verbindliches internationales Klimaschutzabkommen zur drastischen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung von fossiler Verbrennung zu erneuerbaren Energien! Verbot von Fracking weltweit! Sofortiger Stopp der Abholzung der Regenwälder! Verbot der Müllverbrennung – für Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfproduktion! Sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke weltweit! Arbeitsplätze und Umweltschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Für die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze für Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft! Wir setzen uns ein für eine weltumspannende Kooperation und Koordinierung des aktiven Umweltschutzes zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dafür sollten wir dauerhaft zusammenarbeiten. Nur durch unseren gemeinsamen Widerstand können wir die Erde vor dem Kollaps retten!

Harald Braun ("Umweltgewerkschaft")

Politische Erpressung: Der Düngemittelhersteller "Kali und Salz" will noch mehr Abfälle in Werra und Weser einleiten ("Tageszeitung")

Das Jobcenter löscht die Biografien der Erwerbslosen

1. "Die Story im Ersten" berichtet im Rahmen der Serie "Der niederträchtige Krieg" darüber, "wie Frauen im US-Militär vergewaltigt werden": "Stell dich nicht so an. Frauen sind hier nur dazu da, um gevögelt zu werden.' Mit diesen Worten wurde Ariana Klay an ihrem ersten Tag bei einer Elite-Einheit des US-Militärs von ihrem Vorgesetzten begrüßt. Nur wenige Wochen später wurde die junge Soldatin von ihrem Chef und einem Kollegen brutal vergewaltigt. Danach drohte ihr Befehlsha-

ber, wenn sie die Tat anzeige, lasse er sie umbringen. Trotzdem fand Ariana Klay den Mut, Anzeige zu erstatten – und wurde bitter enttäuscht."

Berichtet wird über die Vorgänge, die Empfindungen der Frauen, die Nachwirkungen und die Verhinderung von Bestrafung. Ein Ex-General stellt fest: Wer als Kommandeur einen Vergewaltigter in seiner Einheit hat, hat einen Karriereknick. Die Prüfung der Beschuldigungen, des Sachverhalts und Tathergangs sowie die Anklage liegen in der Hand der Armee. Die Zahl der Vergewaltigungen in den



US-Streitkräften und die Zahl der verurteilten Männer sprechen für sich. Um Vergewaltigungen zu vermeiden, gibt es verschiedene Filme. Alle unterstellen der Frau eine Mitschuld: "Frag sie noch mal, wenn sie nüchtern ist." An die Frauen gerichtet, heißt es zum Beispiel: "Geh nachts nicht allein über das Gelände, nimm dir einen Kameraden mit". Ein beklemmender Film. Ich glaube nicht, dass dies ein Spiegelbild der US-Gesellschaft ist.

Nun zu den "geheimen **Kommandoaktionen** der USA": "Mit der Dokumentation 'Schmutzige Kriege' führt Autor Jeremiade Scahill in eine völlig unbekannte Welt von geheimen Kriegseinsätzen der USA in Afghanistan, Jemen, Somalia und weiteren Gebieten". Die Regierung der USA – genauer: Präsident Obama – befiehlt die Tötung von Menschen. Dies ohne Gerichtsurteil, sogar ohne Anhörung dieser Menschen. Die Todesliste hat einen ungeahnten Umfang! Die Sondereinsatzkommandos der USA stürmen nachts Häuser und töten, ohne überhaupt zu wissen, wen sie vor sich haben.

Der Journalist entdeckt auf der Tötungsliste den Namen eines US-Bürgers. Er sucht die Familie auf und hört: "Unser Sohn hat nichts getan. Er hat die USA kritisiert – mit Worten, mehr nicht." Der Mordauftrag wird durchgeführt. Der Präsident der USA tötet einen Bürger seines Landes ohne Gerichtsurteil, ohne Anhörung, und kurz danach auch noch den 15-jährigen Sohn, ebenfalls US-Bürger. Der Sohn war nicht einmal politisch aktiv. Er wurde scheinbar vorsorglich ermordet! Der US- Präsident persönlich hat per Telefon die Entlassung des Journalisten aus dem Gefängnis verhindert. Dieser hat die beiden Morde per Drohne an den Amerikanern öffentlich gemacht. Obama hat ihn als Gefahr für die USA gebrandmarkt, und so wurde er nicht entlassen. Beweise und Nachfragen gab es nicht.

"Wir töten jeden lebend gefangenen Ausländer noch auf dem Schlachtfeld", sagt der Anführer einer zu den US-Kräften übergelaufenen Rebellengruppe. Diese Aussage ist schockierend, doch dabei wird klar: Die Brutalität liegt im Einsatzbefehl des US-Präsidenten! Dies nennt sich "Antiterroreinsatz" und wird in über 40 Ländern praktiziert, ohne Kriegserklärung. Geschaffen wird so ein Klima von ohnmächtiger Wut auf die USA. Jeder Anschlag, jeder Drohnennflug bringt dem IS weitere Unterstützung. Wie sehr die Beschuldigungen der USA von der Wirk-

lichkeit abweichen können, ist am Menschen Murat Kurnaz nachzuempfinden. Er wurde von den USA "nur" gefoltert.

Über die US-Bürger und die amerikanische Gesellschaft habe ich viel Freundliches gehört. Über die Widerstände, die Demonstrationen und die Aktionen gegen die US-Regierung wird in unseren Medien sehr wenig berichtet. Diese Regierung hat nun die NSA beauftragt, alle Datensätze der gesamten Welt zu stehlen. Die NSA arbeitet mit Hochdruck an einem Bilderkennungsprogramm, um Namen und Personen mit Bildern zu ergänzen. Eine der NSA verbundene Firma hat in Bremen die Umstellung auf die neuen Personalausweise und andere Verwaltungsprogramme geschrieben und betreut. Daten soll dieser Dienstleister nicht erhalten haben. War es ein Probelauf? Die NSA ist beauftragt, weltweit alle Infrastruktureinrichtungen mit Schadprogrammen zu infiltrieren, als "Schläfer".

Die USA haben Erfahrungen mit dem Einsatz von Computerchips und Trojanern als Waffe: "Mit Reagans Machtantritt ändert sich die Strategie der USA im Kalten Krieg grundlegend: Angriff statt Verteidigung. Sein geheimes "Komitee für Täuschungsoperationen", dessen Existenz in dieser Dokumentation zum ersten Mal von Zeitzeugen bestätigt wird, plante brillante und perfide Geheimdienstoperationen – gegen die Sowjets, aber auch gegen die Entspannungspolitik. Es ist neben der Aufrüstung eines der wichtigsten Instrumente im Kampf gegen die Sowjetunion. Gasleitungen werden mit eingeschleusten Computerchips und Trojanern sabotiert. Das Ziel: Verunsicherung und Demütigung bei gleichzeitiger Demonstration von Stärke und technischer Überlegenheit. Diese Aktionen bringen die Welt an den Rand des Atomkrieges."

Die Aufrüstung war gigantisch, sie umfasste allein 15 Flugzeugträger. Viele Manöver mit Scheinangriffen auf die Landesgrenzen der UdSSR folgten. Kurz davor wurde kehrt gemacht. Die UdSSR sah ihre Unterlegenheit und nur eine Möglichkeit: sofort mit Atombomben reagieren. Nach alledem habe ich kein Vertrauen mehr zu dieser US- Regierung. Herr Obama sollte seinen Friedensnobelpreis schleunigst zurückgeben! Ein Vertragspartner muss vertrauenswürdig sein!

Nun war Sigmar Gabriel in Bremen – im "Weser-Stadion". Den "Juso"-Kongress hat er nicht besucht: "Die 'Juso'-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann war auf dem Kongress auf Konfrontationskurs zu Gabriel unter anderem in der Flüchtlingspolitik gegangen und hatte dafür Unterstützung des Parteinachwuchses erhalten. Der 'SV Werder Bremen' veröffentlichte am Samstag auf 'Twitter' ein Foto, das Gabriel im Stadion zeigt. Der zum linken Flügel der SPD gehörende Bürgermeister Carsten Sieling hält auch in seiner Funktion als Regierungschef des Bundeslandes Bremen am Nein zu den geplanten Freihandelsabkommen TTIP und Ceta in jetziger Form fest." Ich hoffe, Herr Sieling wird sein Nein beibehalten und durchsetzen. In der jetzigen Form ist mir aber zu schwammig – bei dem Vertrag(spartner)!

2. In der Sendung "Die Anstalt" vom 17. November 2015 ging es um "betreutes Morden". Es war erschreckend, wie nah jeweils ein V-Mann bei jedem Mord

der NSU zugegen war. Die Akten dieser V-Leute wurden zeitnah zum Prozessbeginn geschreddert. Der verantwortliche Verfassungsschutzmitarbeiter wurde inzwischen ins Bundeskanzleramt versetzt und ist dort zuständig für die Koordinierung des Verfassungsschutzes. Pfui Teufel!

Der Selbstmord im Wohnmobil ist zweifelhaft: Auf den Waffen befanden sich keine Fingerabdrücke, die "Selbstmörder" trugen aber keine Handschuhe. Die Hülsen der abgefeuerten Patronen waren ausgeworfen, die Tatwaffen wurden nach den Schüssen also erneut durchgeladen, die "Selbstmörder" waren nach den Schüssen aber sofort tot. Der Wagen wurde angesteckt, die "Selbstmörder" hatten aber keine Rauchgase in der Lunge.

Gezeigt wurden die nahe Umgebung des NSU, die V-Leute und die Finanzierungsquelle. Bedrückend waren aber die Zahl der ermordeten Menschen und die Aufklärungsquote! Deutlicher kann Behördenversagen nicht dokumentiert werden. Der Bundesanwalt im **NSU-Prozess** zeigte bisher keinerlei Neigung zur Aufklärung. Er arbeitet nach den Weisungen der Bundesregierung. Hatte die Bundeskanzlerin den Hinterbliebenen nicht die vollständige Aufklärung versprochen? Ein klarer Wortbruch!

3. Wir benötigen eine Verknappung der angebotenen Arbeitskraft! Bereits seit Jahren ist die Arbeitszeitverkürzung überfällig, für die Professor Heinz Bontrup plädiert. Inzwischen nimmt auch die 30-Stunden-Woche nicht genug Arbeitskraftvolumen vom Markt. Das Grundeinkommen muss umgesetzt werden, damit die Arbeit lebenswert bleibt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird!

Die Zeit rennt: Der technische Fortschritt macht die Computer zu "Kollegen". Der MDR hat über Roboter-Forschung in Japan berichtet, unter dem Titel: "Noch Maschine oder schon Mensch?" Erforscht wird die Steuerung der Roboter durch Gedanken, ohne Kabel. Heute helfen die Roboter, morgen bauen die Roboter Roboter – und wir Menschen? Der MDR bringt auch eine Serie über die Automatisierung, mit anderen Gewichtungen.

Der "Weser-Kurier" hat auf der Titelseite berichtet: "Viele Arbeitslose trotz Industrie". Auf Seite 9 hieß es: "Die Arbeitslosenzahlen werden steigen. Arbeitsagenturleiter zur Vermittlung von Flüchtlingen und warum in Bremen so viele Menschen keinen Job haben." Die genannten Argumente liefern aber keine Antwort auf die Frage, warum die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter es nicht schaffen, den Erwerbslosen entsprechende Arbeitsangebote zu unterbreiten. Ein Grund ist, dass das Jobcenter die Biografien der Erwerbslosen nicht mehr greifbar hat. Es wurde viel gelöscht und verändert, um die Voraussetzungen für einen Ein-Euro-Job darzustellen. Es wurde auch aus reinem Frust gelöscht und verändert: Wer nur einen kurzfristigen Vertrag hat, erfährt, dass es keine Verlängerung gibt.

Auch weisungsgebunden wird die Biographie missachtet: "Sie haben zwar die Ausbildung, aber Ihr Wissen ist veraltet!" Mit dieser Feststellung wird nicht aufgefrischt und erneuert: Löschen ist einfacher. Weiterbildung? Auch frisch

Erwerbslose müssen sich informieren. Im Personalwesen, im Steuerrecht stehen jeweils zum Jahreswechsel Änderungen an. Das Wissen der Neuarbeitslosen zu aktualisieren, wird nicht unterstützt. Das Jobcenter in Bremen hat mit der "Joboffensive" personelle Verstärkung erhalten, doch deren Ziel wurde zu über 70 Prozent verfehlt. Dennoch hat die "Joboffensive" Geld gespart: Die Bestrafung per Sanktion hat zugenommen.

Das Arbeitsangebot in Bremen schrumpft durch folgende Entscheidungen: "Beim Bremer Schokoladenhersteller Hachez werden 99 Stellen gestrichen. Aktuell arbeiten dort 360 Menschen. Auf einer Mitarbeiterversammlung haben sie nun von dem Stellenabbau erfahren." "Die Großwäscherei CWS Boco Welker zieht ihre Produktion aus Burgdamm ab. Nach Unternehmensangaben wird der Standort nach Bad Oldesloe in Schleswig-Holstein verlagert. In Bremen-Nord gehen dadurch voraussichtlich 100 Jobs verloren."

Ein Faktor fehlt mir bei der Entscheidung über das geplante "Offshore-Terminal Bremerhaven": Welcher Verkaufserlös kann dafür erzielt werden? Eine abwegige Frage? Der Schwerguthafen ist ja nicht einmal gebaut. Griechenland muss seine Häfen verkaufen, das ist eine Auflage der EU. Für Bremen ist wohl unstrittig klar, dass ohne Altschuldenregelung die "Schuldenbremse" nicht eingehalten werden kann. Die mögliche Folge: Wie in Griechenland wird fremdbestimmtes Handeln erzwungen!

Bremen hat in der Vergangenheit in Arbeitsplätze investiert, aber die daraus resultierenden Lohn- und Einkommensteuern an die Wohnorte im Unland verloren. Die Hansestadt verliert inzwischen erhebliche Unternehmenssteuern durch die Nutzung legaler steuermindernder Möglichkeiten und durch die Änderung der Unternehmensstrukturen wie der Verlagerung des Geschäftssitzes. Professor Rudolf Hickel sagte ganz beiläufig, Bremen gelinge es nicht, ausreichende Steuereinnahmen zu generieren. Eine Entscheidung für das "Offshore-Terminal" ohne auskömmliche Regelung für die Altschulden ist unverantwortlich. –

Derweil ist die "Weltklimakonferenz" gut angelaufen. Es gibt viele gute Vorsätze. Bereits im Vorfeld hat Großbritannien erklärt: "Wir steigen aus der Kohle aus!" Eine gute Entscheidung, aber die Lücke soll mit weiteren Atomkraftwerken geschlossen werden. Der Ausbau der Atomkraft ist eine gefährliche Sackgasse: Nicht ein Land hat für seine atomaren Abfälle ein sicheres Endlager! –

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Wie kann der "Islamische Staat" bekämpft werden?

Bevor Sie, meine Damen und Herren, mit dem Versuch beginnen, sich eventuell eine Antwort abzuringen, könnte ich zum Beispiel antworten: Das sollten wir lieber den Experten überlassen. Doch mit derartigem Biertisch-Geschwätz kann niemand etwas anfangen, denn die Frage ist genauso unsinnig wie die Antwort. Es gibt keinen "Islamischen Staat", also kann er auch nicht bekämpft werden. Die "Experten" der Welt diskutieren darüber seit Langem und in allen Medien.



Judith Rakers hat es am Sonntag sogar wieder in der "Tagesschau" gesagt, ohne "Gänsefüßchen" und ohne "der sogenannte", also einen völlig falschen Ausdruck verwendet, um einen "Irrsinnigen Sadistenhaufen" zu benennen, der hauptsächlich im Irak und in Syrien haust: ISIS. Es werden dort sogar Bomben geworfen, um ihn mit Gewalt zu bekämpfen. Doch das ist kein "Islamischer Staat", auf den sie geworfen werden, und weltweiter Irrsinn kann nicht nur mit Krieg bekämpft werden.

Auch wir haben die Pflicht und die Verantwortung, hier unseren persönlichen Beitrag zu leisten. Wir alle können betroffen sein. Eine 100-prozentige Sicherheit vor weltweit operierenden "Irrsinnigen Spinnern" (IS) ist nicht machbar. Doch ich sehe aussichtsreiche Möglichkeiten, ihnen weitgehend das Handwerk zu legen beziehungsweise Bedingungen zu schaffen, dass sie gar nicht erst entstehen können. Wenn es schon zugelassen wurde wie im Irak und in Syrien, dass sich solche Haufen (ISIS) bilden konnten, sollten sie zunächst auch richtig benannt werden. Je heftiger etwas abgelehnt wird, umso schneller wird es verschwinden.

Wir dürfen nicht jedes Geschwätz kritiklos ohne zu hinterfragen akzeptieren. Das beginnt mit einem falsch angewendeten oder falsch verstandenen Wort. Es ist im harmlosen Fall eine Verschleierung und führt über bewusst herbeigeführte Verwirrungen bis zur legalisierten Volksverdummung durch Werbung und Propaganda. Hierdurch wurden wir seit Jahrzehnten zu Konsumtrotteln der Medien und Wirtschaftskriminellen gemacht und haben es kaum gemerkt. Es ist also Zeit für uns alle, endlich aufzuwachen.

Wir sollten in solch wichtigen Dingen alle Experten sein und versuchen zu durchschauen, wie und von wem wir betrogen und ausgenutzt werden. Bekämp-

fen können wir jeden Tag aufs Neue zunächst die Leichtgläubigkeit und Intoleranz in uns selbst. Versuchen wir gute Kontakte zu schaffen, besonders zu unseren ausländischen oder fremden Wohnungsnachbarn. Wissen Sie, wer in den Häusern um Sie herum oder in Ihren angrenzenden Wohnungen lebt? Meine Überzeugung ist: Wenn jeder seine Nachbarn kennt beziehungsweise ein gutes Verhältnis zu ihnen hätte, gäbe es kaum noch Orte auf der Welt, wo sich "Irrsinnige Schurken" sicher verstecken könnten.

Helmut Minkus (parteilos)

"Die mutlosen Deutschen" haben "Olympia nicht verdient": So ähnlich sprach auch Hitler im Angesicht der Niederlage ("Spiegel-Online", "Die Welt")

Lauter gescheiterte Militärinterventionen: Und nun beschließt die Regierung eiligst einen Bundeswehreinsatz in Syrien ohne UN-Mandat ("Nachdenkseiten")

"Agenda 2018": Um ihre Renditen zu sichern, feuern die Unternehmer-Journalisten vom "Spiegel" ihre neu eingestellten Kollegen ("Nachdenkseiten")

Vier Jahre vertrödelt: Die Ergebnisse der "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013" führen aufgrund von "Sonderauswertungen" erst 2017 zur Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes ("Süddeutsche Zeitung")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

548. Bremer Montagsdemo am 07. 12. 2015

Eine Billion nicht erhobene Steuern zugunsten multinationaler Konzerne

1. "Belgien will Steuern nicht zurück", meldet die "Süddeutsche". Es geht um bis zu 700 Millionen Euro. Das Land hat Großkonzernen Steuersparmöglichkeiten geboten. Die EU hat diese als unrechtmäßig verworfen und Belgien zur Rückforderung aufgerufen, bisher erfolglos.



"Neue Enthüllungen über Steuervorteile für Großkonzerne erschüttern die Glaubwürdigkeit von Ell Kommissionenräsident Junek

digkeit von EU-Kommissionspräsident Juncker und Eurogruppen-Chef Dijsselbloem", so der "Spiegel" – hat doch Herr Juncker jede Verantwortung für und jedes Wissen um die Steuervermeidung verneint. Der Artikel "Juncker tritt Flucht nach vorn an" erscheint jetzt in ganz anderem Licht.

Weitere Überschriften lauten "Kleinstaaten blockieren Regeln gegen Steuerflucht", "Grüne werfen Schulz Vertrauensbruch vor", "EU will Blockadehaltung von Steueroasen brechen". Im "Spiegel" vom 13. November 2015 wird der durch die Steuerschlupflöcher angerichtete Schaden, die Steuerverkürzung allein in der EU, auf eine Billion Euro jährlich geschätzt!

Herr Schäuble ist bestens über die Steuervermeidung informiert. Wenn Luxemburg und Holland nicht einlenken, erwägt Herr Schäuble, die gleichen Steuervermeidungsmöglichkeiten in Deutschland anzubieten. Pfui Teufel! Deutschland hat aktuell leider auch gegen das Ausweisen der Konzerngewinne nach
Entstehungsländern gestimmt. Hans Eichel hatte dies als Forderung in die EUSteuerdiskussion getragen. Diese legalen Steuervermeidungsmöglichkeiten wirken sich auch auf den Haushalt der Freien Hansestadt Bremen aus! Hinzu kommt
der Steuerbetrug. Bremen kann als fünftgrößter Industriestandort in Deutschland
keine abkömmlichen Steuereinnahmen generieren. Einfach ein Unding!

2. Das Bundessozialgericht hat der Kürzungspolitik gegenüber Unionsbürgern einen Riegel vorgeschoben: Falls deren Leistungsanträge abgelehnt wurden, können sie ebenfalls noch rückwirkend zum 1. Januar 2014 Leistungen beantragen.

Auch dieser Antrag muss nachweislich bis zum Jahresende 2015 beim Amt sein. Auch bisher unterbleibende Anträge können aktuell gestellt werden: Gestellte Anträge können umgedeutet werden. "Mal ein echt cooles Urteil", meint Sozialrechtsexperte Harald Thomé. Bitte weiterverbreiten! Die Sache eilt, denn am 1. Januar 2016 ist jeder Anspruch um bis zu zwölf Monate geschrumpft.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Die Gedanken sind frei

In letzter Zeit wird uns immer mehr Angst eingejagt. Die Menschen haben Angst vor Räubern und Betrügern, vor Einbrechern, vor Ausländern und Flüchtlingen, vor dem Terror und den Terroristen. Unsere Welt ist ungerecht: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Das wissen wir alle schon lange, und jeder versucht, sich in dieser Welt zurechtzufinden oder anzupassen. Einige Menschen versuchen, zu Geld und Reichtum durch Schwarzarbeit und Betrug zu kommen. Andere versuchen, sich dieser Gesellschaft anzupassen – das bedeutet zu schweigen, sich selbst und sein Gewissen zu unterdrücken. Das hält nicht jeder auf Dauer aus!

Darum gibt es so viele psychische Kranke und Amokläufer in den sogenannten reichen Ländern. Weil so viel Ungerechtes in der Welt ist, gibt es stets Menschen, die auf ihre Weise versuchen, dagegen zu protestieren. Manchmal ist es ein "erweiterter Suizid", wenn ein Mensch sterben will und andere in den Tod mitnimmt, weil er glaubt, sie seien schuld an seiner Lage. Das gab es immer wieder in der Geschichte der Menschheit und wird es weiterhin geben, solange Ungerechtigkeit und Unterdrückung existieren.

Wie viele andere Menschen habe ich Zweifel daran, ob die letzten Anschläge in den USA und in Frankreich wirklich "Terror" waren. Waren es etwa "Widerstandsversuche" einzelner psychisch überforderter Personen? Das lateinische Wort "Terror" bedeutet Schrecken, Schreckensherrschaft, gewaltsames Handeln. Als "Terrorismus" bezeichnet man die planmäßige Anwendung von Terror zum Erreichen politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und militärischer Ziele.

Den islamischen Terror will ich nicht rechtfertigen, ich bin gegen jede Gewalt in jeder Form. Aber denken wir nach: Wer verbreitet hier in diesem Land Angst? Wer verbreitet falsche Aussagen und manipulierte Videos gegen Ausländer und

Flüchtlinge im Netz und in den Medien? Im Frühjahr hatten wir sogar hier in Bremen eine Terrorwarnung, für die es bis jetzt keine vernünftige Begründung gibt. In Braunschweig und Hannover geschah Ähnliches. Hier wird Angst verbreitet!

Weil die Menschen Angst haben, gibt es auch keine großen Proteste gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien. Deutschland mischt sich wieder in einen Krieg ein, und das wird von der Bevölkerung einfach so hingenommen, weil die Menschen schon nicht mehr klar denken können aus Angst vor Terroranschlägen. Liebe Menschen und Politiker, denkt doch nach: Wer erreicht hier seine politischen und militärischen Ziele durch Angstverbreitung und Angstherrschaft?

Dieser "Islamische Staat" ist nur durch Unterstützung mit Waffen und Geld von manchen Geheimdiensten entstanden, um die Menschen in der Welt in Angst zu halten, während eigene politische und militärische Ziele verfolgt werden. Warum bekommen die radikalen Islamisten so viel Unterstützung von den einfachen jungen Menschen, die in den USA oder Europa aufgewachsen sind? Weil sie die Ungerechtigkeit und Verlogenheit der Politik in diesen Ländern sehen. Die Politiker schreien viel über Menschenrechtsverletzungen im Irak, in Iran, Syrien, China oder Russland, aber hierzulande werden Menschenrechte bereits durch die Hartz-Gesetze mit Füßen getreten. Wie viel wurde darüber schon berichtet! Aber bis jetzt hat es nichts geändert.

Hier in diesem Land konnte eine Organisation mehr als zehn Jahre ungestraft Terrorakte ausüben, doch die Aufdeckung der Wahrheit bei der Gerichtsverhandlungen wird mit allen Mitteln verhindert, schon seit vier Jahren. Im Mai haben wir den Bericht über einen Bundespolizisten gehört, der Flüchtlinge misshandelt und Fotos davon an seine Freunde geschickt hat. Er hatte keine Angst, aufzufliegen und bestraft zu werden, selbst wenn er seinem Vorgesetzten diese Bilder schickte. Das kann also kein Einzellfall bei der Bundespolizei sein! Warum wird darüber nicht weiter berichtet? Den Namen des Polizisten, er ist doch ein Verbrecher, möchten wir gern wissen, und was in diesem Fall unternommen wurde. Liebe Politiker, hört auf, Angst über Terroristen in anderen Ländern zu verbreiten! Versucht die Gerechtigkeit und Wahrheit im eigenen Land zu erreichen!

Valentina Schneider (parteilos)

Zeit für eine Zwischenbilanz der 21. "Weltklimakonferenz"

Seit einer Woche findet mit einem gigantischen Aufwand die 21. "Weltklimakonferenz" in Paris statt. Es wurden bereits große Reden von den Regierungschefs der Großmächte gehalten, die der Weltbevölkerung weismachen sollen, dass die Rettung des Klimas bei ihnen in guten Händen ist. Inzwischen haben Tausende

Umweltbeamte aus der ganzen Welt eine Woche lang an einer Klimavereinbarung gearbeitet. Sonntagabend wurde mit großem Stolz der Weltöffentlichkeit das Ergebnis präsentiert: "Die Blaue Mappe (so nennt sich das Kunstwerk) ist nur 20 Seiten dick – das freut uns. Sie enthält aber über 939 Kontroversen, auf die jetzt die Politik eine Antwort finden muss", so die "Tagesschau" am 6. Dezember 2015.



Über die inhaltlichen Differenzen ist Stillschweigen vereinbart. Sicher ist aber, dass es keine tiefgreifenden Sofortmaßnahmen geben wird, die fossile Verbrennung noch Jahrzehnte weitergeht und unserem Planeten der Kollaps droht. Bisher hat es 20 Klimagipfel gegeben, doch die Kohlendioxid-Emissionen sind seither global um 60 Prozent gestiegen und beschleunigen sich Jahr für Jahr. Die zunehmende Erderwärmung bedroht die Existenzgrundlagen der Menschheit und die Artenvielfalt.

Konzerne, Banken und Regierungen wissen das ganz genau. Sie halten aber aus Profitgründen an der Verbrennung fossiler Energieträger fest und treiben die Ausbeutung von Mensch und Natur auf die Spitze. Die Folgen der Zerstörung von natürlicher Umwelt und Weltklima werden immer dramatischer. Das Feilschen um das Zwei-Grad-Ziel ist nur ein Trick, um den wachsenden Ängsten und dem wachsenden Widerstand auf der Welt einen Beruhigungsköder hinzuwerfen. Solange keine radikale Wende eingeleitet wird, lässt sich die Erwärmung nicht aufhalten.

"Schon heute ist es fast ein Grad wärmer als zu Beginn der Industrialisierung, weitere 0,5 Grad haben wir bereits durch die in den letzten 30 Jahren ausgestoßenen Treibhausgase vorprogrammiert, und ein halbes Grad wird noch dazukommen, wenn die Ozeane die aufgenommene Wärme wieder an die Atmosphäre abgeben", so die Klimaforscher Schellnhuber und Latif laut "Frankfurter Rundschau" und "Tageszeitung" vom 28. November 2015.

Jetzt melden sich die Reichsten der Reichen zu Wort: Die Chefs von Amazon, Facebook, SAP, HP, sogar Shell und Eon stehen auf der "Retter"-Liste. Ihre Botschaft: Die Klimakatastrophe lässt sich nur auf amerikanische Art lösen – Ärmel hochkrempeln und ein Big Business daraus machen. Bill Gates ist ein besonderer Umweltverbrecher: Er setzt allen Ernstes auf Kernfusion und die Entwicklung von Mini-Atomkraftwerken. In jeden Garten ein AKW! Dazu fordert er die Verdoppelung öffentlicher Fördergelder. Obama unterstützt diese Initiative und nennt das Ganze "Green New Deal". Wir müssen die Rettung unserer "Mutter Erde" selbst in die Hand nehmen und einen breiten, weltweiten Widerstand aufbauen!

Der "Global Climate March" ist ein wichtiger Fortschritt. Er hat bereits zu Beginn der "Weltklimakonferenz" den Rekord für die größte Klima-Mobilisierung aller Zeiten gebrochen, und das trotz des Verbots der Großdemonstration in Paris! Von São Paulo bis Sydney haben über 785.000 Menschen mit über 2.300 Protestaktionen in 175 Ländern die Erde "zum Beben" gebracht. Trotz Dauerregen und Sturm haben 500 Menschen auch in Bremen lautstark ihre Stimme erhoben. Dar-

unter waren viele Jugendliche, die Samba-Gruppe "Rhythm of Resistance", zwei Straßensänger und sachkundige Redner(innen) auf den Kundgebungen und am Offenen Mikrofon. Die "Klimademo" hat es sogar in die Lokalpresse und das Lokalfernsehen geschafft.

Harald Braun ("Umweltgewerkschaft")

Der "Klimagipfel" kann tödlich sein – oder Leben retten

Das Ziel eines "Klimagipfels" ist es zum Beispiel, Rahmenbedingungen, Gesetze und Motivationen für alle Menschen zu schaffen, um den weltweiten Kohlendioxid-Ausstoß zu verringern. Wir protestieren hier heute auch deswegen, weil nach unserer Meinung noch keine vernünftigen Ergebnisse dabei herausgekommen sind. Das hängt gerade bei diesem Thema jedoch nicht nur von Gesetzen, Politikern, Lobbyisten und Konzernen ab: Um Kohlendioxid zu vermeiden, kann jeder Mensch leicht selbst etwas tun.

Es ergibt keinen Sinn, darauf zu warten, bis klimafreundliche Autos hergestellt oder Kohlekraftwerke abgestellt werden. Wir alle können daran mitarbeiten und müssen uns verstärkt unserer Macht als kritische Konsumenten bewusst werden. Nicht Politiker und Konzerne sollen bestimmen, was wir wollen – wir selbst müssen es lautstark verkünden, so wie heute!



Eines der dürftigen Ergebnisse der bisher 20 "Klimagipfel" war es, die Autohersteller per Gesetz zu verdonnern, von ihren Autos die Kohlendioxid-Emissionen pro Kilometer anzugeben, um dem umweltbewussten Autokäufer eine einfache Vergleichsmöglichkeit zu gegeben. Doch welchen Autofahrer interessiert das wirklich? Ich bezweifle sehr stark, dass es für die meisten Käufer ein wichtiges Entscheidungskriterium ist. Das sehe ich jeden Tag auf Deutschlands Straßen.

Was Autohersteller aus solchen kaum erfüllbaren "Gesetzen" machen können, sehen wir am Beispiel VW. Manipuliert werden kann alles. Je komplexer die Ermittlung eine Angabe ist, umso schwieriger ist es, sie zu prüfen beziehungsweise eine Manipulation zu entdecken. Eine bessere Angabe beruht darauf, wie viel Kohlendioxid bei der Verbrennung von einem Liter Treibstoff entsteht. Diese einfache Rechnung basiert auf Naturgesetzen, die niemand manipulieren kann.

Ich nenne Ihnen hier einen Richtwert, dann können Sie schon den größten Teil Ihrer persönlichen Klimabilanz einfach selbst bestimmen: Bei der Verbrennung von einem Liter Benzin, Heizöl oder Flugzeugbenzin werden circa drei Kilogramm Kohlendioxid erzeugt. Rechnen Sie also aus, wie viel Tonnen Kohlendioxid Sie selbst pro Jahr erzeugen, nur durch Heizen und Autofahren!

Es wäre noch einfacher, wenn statt der Autohersteller alle Tankstellen beziehungsweise die petrochemische Industrie per Gesetz dazu verpflichtet würden, auf ihre Tankrechnungen zu schreiben: "Bei der Verbrennung dieser Treibstoffmenge haben Sie mit so und so viel Kilogramm Kohlendioxid aktiv zum Klimawandel beigetragen". Zum Beispiel erzeuge ich mit einer Tankfüllung von 40 Litern 120 Kilogramm Kohlendioxid.

Die Aussage wäre ähnlich einfach wie beim Kauf von Zigaretten. Da ist es tatsächlich dem Gesetzgeber gelungen, auf die Packungen drucken zu lassen: "Rauchen kann tödlich sein". Das könnte übrigens auch bei Autos gemacht werden, denn Autofahren kann ebenfalls tödlich sein. Warum wird es nicht gemacht? Die Auto- und petrochemische Industrie ist wohl doch etwas mächtiger als die Tabakindustrie.

Solche einfachen Botschaften wie auf der Zigarettenschachtel scheinen bei einigen Menschen aber tatsächlich etwas zu bewirken. Sie müssen nur an der richtigen Stelle deutlich genannt werden. Welche Konsequenzen wir dann daraus ziehen, ist unsere persönliche Entscheidung. Dazu brauchen wir keine Gesetze, keine Politiker und keine unsinnige Werbung. Ihre Kaufentscheidungen treffen Sie selbst. Ob es um Zigaretten, Nahrungsmittel oder Klimakiller geht, ist im Prinzip das Gleiche. Wir alle sind am Klimawandel beteiligt. Wir alle können etwas dagegen tun.

Helmut Minkus (parteilos)

Ich meine, dass in dieser Argumentation ein Denkfehler vorliegt: Man kann natürlich ausrechnen, wie viel Kilogramm Kohlendioxid in einem Liter Treibstoff "drinstecken" (beziehungsweise bei Verbrennung erzeugt werden). Man kann aber nicht ausrechnen, wie viel Feinstaub, Ozon und Stickoxid in einem Liter Diesel "drinstecken" – das hängt von der Filtertechnik ab, doch die entsprechenden Anlagen hat Volkswagen in betrügerischer Absicht im Fahrbetrieb ausgeschaltet.

Es gibt sehr wohl umweltbewusste Autokäufer(innen), die sich von den Herstellerangaben haben blenden und beruhigen lassen. Deshalb sind hier Gesetzgeber und Behörden gefordert, die Grenzwerte zu senken und ihre Einhaltung zu überwachen. Das wird – auch durch Verengung auf den Schadstoff Kohlendioxid – in dieser Argumentation aber vernebelt und "die Obrigkeit" somit aus ihrer Verantwortung entlassen.

Ich habe grundsätzlich Schwierigkeiten mit dem Standpunkt, in dieser oder jener Sache könne man "selbst etwas tun", zum Beispiel einen Flüchtling aufnehmen. Solche an die Bürger(innen) gerichteten Forderungen dienen immer da-

zu, den einzelnen Menschen zu beschämen und zum Schweigen zu bringen. So zu argumentieren, ist gerade nicht kämpferisch, sondern staatstragend und ändert nichts an den zerstörerischen Verhältnissen.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Wasserwerfer und Tränengas in Leipzig: "Extreme Gewalttäter haben sich das Deckmäntelchen des Antifaschismus übergeworfen" ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

549. Bremer Montagsdemo am 14. 12. 2015

Leiharbeit ist nicht Teil der Lösung, sondern des Problems

1. Erwerbslosen-Verbände und Hartz-IV-Betroffene kritisieren schon eine ganze Weile, welch ein schier unglaublich lukratives Geschäft sich da zwischen den Jobcentern und der Zeitarbeitsbranche entwickelt hat, das für diese beiden Seiten zu einer prächtigen Win-win-Situation auf Kosten der Erwerbslosen avanciert ist, die davon ja eigentlich profitieren sollten. Wenn Hartz-IV-Bezieher nicht absolut jede Arbeit annehmen, in die das Jobcenter sie hineinpressen will, dann stehen ihnen Sanktionen bevor, die ihre Existenz empfindlich bedrohen.



Ob sie es nun wollen oder nicht, ob es sie weiterbringt oder nicht, ob die Arbeit ihren Fähigkeiten entspricht oder nicht: Arbeitssuchende werden mit Sanktionsandrohungen in die Fänge von Zeitarbeitsfirmen gedrängt, die dafür meistens auch noch Fördergelder bis zur Hälfte eines normalen Arbeitslohns erhalten können. Obwohl diese Zuschüsse in Wirklichkeit dem Zweck dienen sollten, Vermittlungshemmnisse abzubauen, werden die meisten der so "beglückten" Erwerbslosen nach ein paar Wochen oder Monaten wieder arbeitslos und müssen erneut Hartz IV beantragen – wenn sie nicht ohnehin die ganze Zeit aufstocken mussten.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums wurden allein 2014 über 100.000 Erwerbslose an Zeitarbeitsfirmen vermittelt. Der Anteil der Erwerbslosen, die in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt wurden und sich dann bei einer Leiharbeitsfirma wiederfanden, liegt bei etwa 35 Prozent. Wer weiß, dass der Anteil der regulär Beschäftigten an allen Arbeitnehmern in Deutschland gerade einmal bei 2,5 Prozent liegt, den lässt diese deutliche Auffälligkeit hellhörig werden. Die Hartz-Gesetze scheinen der wie ein Pilz aus dem Boden geschossenen Leiharbeitsbranche wie auf den Leib geschneidert zu sein, so herzallerliebst wonniglich profitiert sie davon.

Schließlich müssen die Betroffenen zu weitaus geringeren Löhnen als branchenüblich arbeiten und werden dann oftmals bereits nach kurzer Zeit wieder entlassen, je nach Auslastung des entleihenden Unternehmens. Allein im zweiten Halbjahr 2013 wurden rund 500.000 Leiharbeitsverhältnisse neu geschlossen, jedoch auch 547.000 im gleichen Zeitraum wieder beendet. Somit zeigt sich supersonnenklar, dass die Leiharbeit nicht etwa ein Teil der Lösung, sondern eben des Problems ist. Diese Form der modernen Ausbeutung kann nur zur dauerhaften Erwerbslosigkeit mit Unterbrechungen führen.

Selbstredend ist den Jobcentern diese Problematik durchaus bekannt – doch was wird nicht alles für die kurzfristigen Erfolge der euphemistischen Statistikauswertungen kreiert und veranstaltet! Wegen der kräftig ausgeschütteten Eingliederungszuschüsse erhalten die Zeitarbeitsunternehmen für die Ausbeutung und die Kurzzeitbeschäftigung satte Gelder. Die Prüfer des Bundesrechnungshofes stellten fest, dass allein drei Leiharbeitsfirmen, bei denen zusammen etwa 120.000 Leiharbeiter angestellt waren, in den Jahren 2013 und 2014 fast 9,7 Millionen Euro aus der EGZ-Förderung erhielten. Hier werden unrechtmäßig einzelne Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler subventioniert!

2. Eigentlich bekommen Hartz-IV-Bezieher 399 Euro Pseudogrundsicherung, um davon das kinkerlitzig kleinste, minimalste Minimum ihres aberwitzig winzigen heruntergerechneten Lebensunterhalts bestreiten können zu sollen – doch uneigentlich müssen sie davon oft auch einen Anteil an ihren Miet- und Heizkosten zahlen, obwohl am Ende des Geldes ohnehin noch ganz viel Monat übrig ist. Nach einer Datenübersicht der Bundesagentur für Arbeit mussten die Bedarfsgemeinschaften im vergangenen Jahr rund 620 Millionen Euro aus ihren Regelleistungen für die Unterbringung beisteuern, was rund vier Prozent der Wohnkosten entspricht.

Damit fehlen einem Hartz-IV-Haushalt im Schnitt rund 16,50 Euro im Monat beziehungsweise 197 Euro im Jahr für anderweitige Ausgaben. Sabine Zimmermann, Vize-Chefin der Linksfraktion im Bundestag, kritisiert, dass dies praktisch zulasten der Mittel ginge, die eigentlich der Sicherung des Lebensunterhalts der Betroffenen dienen sollen. Wie viel von den 399 Euro monatlich auch für die Wohnkosten herangezogen werden müssen, ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt und reicht von 125 Euro jährlich in Bremen bis zu ausufernden 285 Euro in Rheinland-Pfalz.

Die Bundesagentur für Arbeit unterscheidet bei ihrer statistischen Erfassung zwischen den *tatsächlichen* und den *anerkannten* Kosten für Unterkunft und Heizung, die sich an den örtlichen Richtlinien orientieren, die im Einzelfall niedriger als die tatsächlichen Wohnkosten sind. Weil die Kommunen selbst festlegen dürfen, was im Einzelfall "angemessen" ist, spare die öffentliche Hand offenkundig durch zu niedrige Angemessenheitsgrenzen auf Kosten der Betroffenen, beanstandet Sabine Zimmermann. Sie nimmt Anstoß daran, dass sich Hartz-IV- Bezieher beispielsweise beim Essen oder in ihrer Mobilität einschränken müssen, um nicht Mietschulden anzuhäufen und perspektivisch aus der Wohnung zu fliegen. Die Vize-Chefin der Linksfraktion fordert, dass der Bund das Recht auf Wohnen gewährleisten müsse.

3. Arbeitsministerin Nahles geht neuerdings erstaunlicherweise davon aus, dass im nächsten Jahr 35 Prozent der Schutzsuchenden, die dann erstmals Hartz IV bekommen, den Sprung aus der staatlichen Grundsicherung schaffen und folglich einen Job finden oder in irgendeiner Form selbst für sich sorgen können. Bislang warnte Frau Nahles stets vor "zu viel Optimismus" und ging noch im September davon aus, dass nicht einmal jeder Zehnte direkt in Arbeit oder Ausbildung kommen könne, weil nach einer Studie des "Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" in der Vergangenheit lediglich acht Prozent der Flüchtlinge im ersten Jahr eine Beschäftigung gefunden hätten.

Ein Modellprojekt der Bundesagentur für Arbeit, bei dem in neun Städten 1.000 ausgesuchte Flüchtlinge besonders gefördert wurden, lieferte ähnliche Ergebnisse. Die Nürnberger Bundesagentur geht nach eigenen Angaben davon aus, dass sich 2016 etwa zwölf Prozent der geduldeten oder anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integrieren ließen. Da erscheint die vom Ministerium angegebene Abgangsquote aus Hartz IV von 35 Prozent weitaus höher. Darunter könnten auch Personen sein, die das Land verlassen, anfangen zu studieren oder etwa "reich heiraten".

Hier sprechen wohl nicht nur die Grünen von Schönfärberei. Ja, wenn jetzt alle Reichen eine(n) Arme(n) heiraten würden, dann könnte sich das Problem von Hartz IV doch in Luft auflösen! Gegenwärtig bliebe bloß noch die Frage nach der Definition von "reich" im Raume stehen. Möglicherweise könnten demnächst sogar Verstorbene als "erfolgreich vermittelt" gelten. Vielleicht werden auch bald die Kosten für Flirtbörsen von den Jobcentern übernommen? Überhaupt sehe ich da ganz neue Aufgaben auf die Arbeits-, äh: Partnervermittlung an Reiche zukommen!

Wird hier ein ganz neuer Markt wie ein Stern geboren, tut sich ein noch nie dagewesener, nigelnagelneuer, unkonventioneller Jobmotor auf, mit dem in der Eingliederungsvereinbarung festgetackerten Ziel, durch das Eingehen eines Eheverhältnisses zur Reduzierung und Loslösung aus der Hilfebedürftigkeit maßgeblich beizutragen? Selbstredend muss dann auch der oder die sanktioniert werden können, wer sich seiner entsprechenden Mitwirkungspflicht durch die Anbahnung von mindestens sechs Ehebemühungen pro Monat widersetzen sollte. Hach, was wird nicht alles unternommen, um die Welt, um die Bedeutung der erfolgreichen Wie-auch-immer-Vermittlung in Arbeit und raus aus der Statistik ein wenig hübscher erstrahlen zu lassen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Gescheiterte Partei: In die klaffende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit passt sogar Sigmar Gabriel ("Spiegel-Online")

Eine Farce: Das Weltklimaabkommen ("Rote Fahne News")

Zum Kommentar "Gegen den politischen Missbrauch des Islam" vom 26. November:

Faschistische Bestie

Die Entstehung des IS hat nichts mit dem Islam zu tun. Die Terrororganisation wurde bewusst durch die USA, Türkei, Saudi-Arabien und Katar gefördert und finanziert, einerseits zur Destabilisierung des syrischen Assad-Regimes und andererseits, um gegen Befreiungsbewegungen eingesetzt zu werden. Die tragende Rolle im IS spielen frühere Geheimdienstoffiziere von Saddam Hussein. Das islamische Mäntelchen dient nur der Verschleierung und um entwurzelte junge Menschen um sich zu scharen.

Der IS ist eine faschistische Bestie, die sich gegen alle Völker und dabei besonders gegen jegliche Freiheitsbestrebung, Demokratie und Frauenrechte richtet. Deswegen zielt ihr Hass besonders gegen die kurdische Bevölkerung in Nordsyrien, die mit Rojava eine wirklich demokratische Selbstverwaltung geschaffen haben, in der alle Ethnien, Religionen und Geschlechter gleichberechtigt und in Freiheit leben. Steins Theorie, dass der Islam, wenn auch missbraucht, die Triebfeder der Faschisten ist, könnte genauso gegen das Christentum oder Judentum gewandt werden.

Heißt es doch im Alten Testament: "So tötet nun alles, was männlich ist unter den Kindern, und alle Frauen, die nicht mehr Jungfrauen sind; aber alle Mädchen, die unberührt sind, die lasst für euch leben." (4. Mose 31).

Im Namen des Christentums sind die grausamsten Verbrechen begangen worden, wurden ganze Völker ausgerottet, gefoltert, verbrannt, gemordet. Religionskriege waren das dennoch nicht. In Wahrheit ging es nie um Religion, sondern diente diese nur als Begleitmusik zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen.

WOLFGANG LANGE, BREMEN

Leserbrief im "Weser-Kurier" vom 7. Dezember 2015



Liebe Aktive/Mitstreiter, Kolleginnen und Kollegen, Arbeitende und Arbeitslose,

der Widerstand gegen Hartz IV geht auch nach der 550. Montagsdemo weiter. Wir streiten gegen Sanktionierungen/Schikanierungen/Vorurteile und gegen Arbeitslosigkeit sowie gegen Armut v. a. Kinderarmut, Neonazismus, für Umweltschutz, Solidarität und eine lebenswerte Zukunft!

V i. S. d. P.: Initiative Bremer Montagsdemo hier vertreten durch Wolfgang Lange http://www.bremer-montagsdemo.de

Bremen verweigerte Erwerbslosen im August über 300.000 Euro Miete

1. Zum Jahreswechsel wird das Wohngeld verändert – überwiegend erhöht. Die Änderungen hat Sozialrechtsexperte Harald Thomé zusammengefasst. Der Bundesrat kündigt sie wie folgt an: "Das Gesetz erhöht ab Januar 2016 das Wohngeld für Haushalte mit geringem Einkommen und passt den Mietzuschuss an die Entwicklung der Einkommen und Wohnkosten in den vergangenen Jahren an. Letzt-



mals erfolgte eine Erhöhung im Jahr 2009. Durch die Novelle soll das Wohngeld für einen Zweipersonenhaushalt auf durchschnittlich 186 Euro im Monat steigen. Insgesamt können mehr als 866.000 Haushalte von der Reform profitieren."

Eine starke Ankündigung! Veröffentlicht wurde bisher die Tabelle der Mietpreisstufen. Die Beschlussvorlage für den Bundesrat wurde so verabschiedet, jedoch mit Fehlerkorrektur für die Mietstufe im Rhein-Neckar-Kreis. Bremen behält Mietstufe IV, Bremerhaven III. Diese Wohngeldänderung wurde mit zwischenzeitlichen Mietsteigerungen von 29 Prozent begründet. Nachzulesen sind die Änderungen in der Bundestagsdrucksache 18/4897 (neu).

Auf Seite 65 steht: "Auch die Zahl der Wohngeldhaushalte, die die Höchstbeträge für Miete und Belastung überschreiten, ist von 2009 bis 2012 von 25 Prozent auf 31 Prozent gestiegen. Die Höchstbeträge legen fest, bis zu welcher Höhe die Miete oder Belastung zuschussfähig ist." Auf Seite 66 steht die prozentuale Erhöhung der Mietobergrenzen ab 1. Januar 2016 unter Punkt b): "Eine regional gestaffelte Anhebung der Miethöchstbeträge zur Anpassung an die regional differenzierte Mietenentwicklung".

Dort geht es um "Höchstbeträge für Miete und Belastung, das heißt die Beträge, bis zu denen die Bruttokaltmiete beziehungsweise die Belastung bei Eigentümern bei der Wohngeldberechnung berücksichtigt wird". Die Anhebung der Bemessungsgrundlage für Bremen mit der Mietstufe IV beträgt plus 21 Prozent, für Bremerhaven mit der Mietstufe III plus 18 Prozent auf die Höchstbeträge für Miete und Belastung – allerdings wurden die neuen Tabellen (gemäß Seite 84) bisher nicht veröffentlicht. Diese Erhöhung ist für Bremen weiterhin eine Deckelung der Bemessungsgrundlage.

Beim Wohngeld gibt es noch weitere Änderungen bei Stichtagen und Berechnungsbestimmungen sowie erhöhte Einkommensgrenzen. Daher können die Tabellen und Ausführungsbestimmungen noch Überraschungen bergen. Eine solche Überraschung kann die Änderung für Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften sein. Am 13. Dezember 2015 hat der "Weser-Kurier" auf Seite 10 getitelt: "Wohn-

geldreform tritt in Kraft" Dort steht zur Umsetzung: Alle Bescheide die zum 31. Januar 2016 oder danach enden, werden automatisch angepasst. Hierfür gibt es einen neuen Bescheid. Falls keine Erhöhung eintritt, wird auch kein neuer Bescheid erlassen. Wessen Antrag noch nicht beschieden wurde, erhält den Bescheid ab 1. Januar 2016 nach neuem Recht.

Der bremische Bausenator hat bisher noch keine Unterlagen und Tabellen zur Rechtsänderung ab 1. Januar 2016 veröffentlicht. Er verweist auf den Bund. Das Bundesgesetz wurde im September 2015 verabschiedet. Der Datenabgleich wird mit dieser Änderung noch umfangreicher. Der Senator bittet bereits für die letzten Änderungen im Wohngeldgesetz um Geduld: "Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, die neue Software sowie der Datenabgleich erfordern einen erheblichen Arbeitsaufwand. Die Mitarbeiter des Wohngeldreferats sind sehr bemüht, die Bearbeitungszeiten so kurz wie möglich zu halten. Wir bedanken uns sehr für Ihr Verständnis und Ihre Geduld!"

Wessen Wohngeldantrag bisher abgelehnt wurde, kann einen neuen Anlauf nehmen. Die Stadt Köln sagt für Neuanträge bis zum 30. Januar 2016 die rückwirkende Anerkenntnis ab 1. Januar 2016 zu. Es wird eine "Wanderung" von ALG II ins Wohngeld erwartet. Darauf wird sicher das Jobcenter hinweisen – hoffentlich fair! Alle vier Jahre gibt es übrigens einen neuen "Wohngeld- und Mietenbericht" der Bundesregierung.

2. Die Freie Hansestadt hat jetzt eine "Mietpreisbremse" installiert. Sie greift bei Neuvermietungen, zur Ausgrenzung der Bestandsmieten durch die Kappungsgrenze siehe 546. Bremer Montagsdemonstration. Wer jedoch eine neue Wohnung sucht hat, in Bremen kaum eine Wahl. Die "Mietpreisbremse" hat den Schönheitsfehler, dass sie nicht bei jeder Neuvermietung greif, weil der ortsübliche Mietpreis nicht amtlich festgestellt wurde. Der Pressesprecher des Senators für Bau und Umwelt sagt dazu, für Durchschnittspreise könnten Immobilienportale als Maßstab dienen. Alternativ könne man drei vergleichbare Wohnungen benennen oder einen Sachverständigen hinzuziehen, der den Preis ermittelt.

Derzeit stellt der Bausenator Material für eine "Mietpreisbremse" zusammen. Das Gesetz tritt am 1. Juni 2016 in Kraft. Der Termin 1. Juni 2015 wurde nicht gehalten. Am Sachverhalt hat sich aber nichts geändert. Für den Artikel des "Weser-Reports" hat Laura Bohlmann "etwa 7,50 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche" als Auskunft zu dieser Frage erhalten. Im Rahmen der Mietbegrenzungsverordnung wurde der Deputation für Bau und Umwelt die Lage des Wohnungsmarktes in Bremen erläutert.

In der Tagesordnung wird bei Punkt 12c ein Dokument zur "Mietpreisbremse" verlinkt, in dem oben auf Seite 12 steht: "Darüber hinaus ist festzustellen, dass die ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen so gut wie keine Leerstände zu verzeichnen haben. Sie liegen zum Beispiel bei der "Gewoba" mit ihren 31.000 Wohnungen in der Stadtgemeinde Bremen ausweislich ihres Geschäftsberichts seit 2009 mit weiter sinkender Tendenz bei unter einem Prozent. Diese Werte lie-

gen deutlich unterhalb der notwendigen Umzugsreserve, die bei etwa vier Prozent liegt. Daraus ergibt sich, dass die Quote der leer stehenden Wohnungen eine Mangellage am Wohnungsmarkt belegt." Allein durch diesen kleinen Absatz wird klar: Umziehen in Bremen ist ein Lotteriespiel.

Ab Seite 6 der Verordnung wird ab Position 2.5 die Mietpreisentwicklung in Bremen kommentiert. Auf Seite 15 steht unter Punkt c) das Ergebnis zur Mietenentwicklung: "Die Auswertung der vorhandenen Daten zeigt, dass die Mieten in der Stadtgemeinde Bremen seit dem Jahr 2006 erheblich angestiegen sind. Auffällig ist, dass insbesondere die Mieten von Wohnungen in einfacher bis mittlerer Wohnlage beziehungsweise Wohnungen mit einfachem bis mittlerem Wohnstandard seit 2010 überdurchschnittlich stark angestiegen sind, nachdem sie vorher eher moderat gestiegen waren. Gerade diese Wohnungen sind für die Wohnraumversorgung von Haushalten mit geringeren Einkommen von besonderer Bedeutung. Es ist also so, dass der besonders starke Mietenanstieg im unteren bis mittleren Marktsegment diesen Personenkreis besonders stark belastet." Das Lesen des gesamten Dokuments lohnt sich!

3. Bremen verweigerte den Erwerbslosen im Monat August 2015 über 300.000 Euro bei der Erstattung ihrer Kosten der Unterkunft. Mit etwas abweichenden Beträgen geht das Monat für Monat so (siehe Tabelle 4 auf Seite 7), verursacht durch die falschen Mietrichtwerte. Sie sind einfach zu niedrig! Klar wird dies auch durch die Begründungen zu Wohngeldänderung und Mietpreisbremse. Die Verwaltungsanweisung sieht zwar die Möglichkeit einer Anerkenntnis höherer Kosten der Unterkunft vor, aber die strikten internen Vorgaben für die Sachbearbeitung verhindern dies in der Praxis. Der "Erfolg" ist in der Statistik nachlesbar. Die 87-seitige Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung ab 1. Janaur 2014 enthält die umfassenden Änderungen zu den Kosten der Unterkunft, allerdings noch immer ohne Aktualisierung.

Wer als Leistungsbezieher einen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft zahlt, kann dies rückwirkend ab 1. Januar 2014 ändern: Einfach noch in diesem Jahr einen Antrag auf Überprüfung der Bescheide mit den zu niedrigen Kosten der Unterkunft stellen, mit der Begründung, die anerkannte Miete sei zu gering. Bitte auch schildern, wenn es gar nicht einfach war, diese "zu teure" Wohnung anzumieten, und einen eventuellen Schufa-Eintrag angeben: "Die Wohngeldänderung zum 1. Januar 2016 und die Begründung zur Mietpreisbremse zeigen, dass meine Miete angemessen ist und bereits am 1. Januar 2014 (oder dem Datum des Einzugs bezeihungsweise der Erhöhung) angemessen war."

Dies reicht zur Begründung. Für den Überprüfungsantrag erfolgt ein Bescheid. Wenn dieser noch Kürzungen enthält, kann er mit Widerspruch innerhalb der Frist belegt werden. Das Jobcenter oder der Leistungsträger muss dann nochmals prüfen. Der Widerspruchsbescheid ist mit Klage anfechtbar. Wichtig ist, dass auch alle zwischenzeitlichen Bescheide mit zu niedrigen Kosten der Unterkunft mit Widerspruch belegt werden. Wer einen größeren Eigenanteil zur Miete trägt und ak-

tuelle Geldnot hat, kann beim Sozialgericht ein Eilverfahren beantragen. Bei der Formulierung hilft die Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts.

Wer unsicher ist, sollte einen Beratungsverein aufsuchen oder einfach vorbeikommen. Der Antrag auf Überprüfung muss bis Jahresende beweisbar beim Jobcenter oder Leistungsträger eingegangen sein. Er kann ohne Begründung gestellt weden: "Die Begründung reiche ich nach". Dann aber nichts wie ran! Diesen Überprüfungsantrag kann auch stellen, wer sich schriftlich zur Differenzzahlung verpflichtet hat. Wenn diese Verpflichtung Voraussetzung für die Genehmigung der Miete im Jobcenter war, so handelt es sich um eine Notsituation. Diese Unterschrift ist daher nicht verpflichtend.

Wer nun glaubt, der Verwaltungsanweisung ab 1. Januar 2014 lägen aktuelle Zahlen und Erhebungen zugrunde, irrt sich. Die Information der Deputation für Soziales belegt das Gegenteil. Auf der Tagesordnung vom 31. Oktober 2013 steht die Vorlage 134/13 zu den Kosten der Unterkunft. Sie beschreibt die Festsetzung der Mietrichtwerte ab 1. Januar 2014. Auf Seite 2 steht, dass die Zahlen dafür bereits im Jahr 2010 erhoben wurden:

"Die Gerichte bemängeln, dass Bremen überhaupt keine Ermittlungen vorgenommen und den Versuch der Erstellung eines schlüssigen Konzepts unternommen habe. Vor diesem Hintergrund erkennen die Gerichte nicht einmal mehr die
Tabellenwerte nach dem Wohngeldgesetz als angemessene Richtwerte für die
Kosten der Unterkunft an, sondern vertreten die Auffassung, dass im Falle eines
fehlenden schlüssigen Konzepts die tatsächlichen Unterkunftskosten als angemessen anzuerkennen sind."

2013 wurden Angebotsmieten erhoben, und mit den Werten aus dem Jahr 2010 führte dies zu den neuen Mietrichtwerten. Damit ist klar: Dies sind keine aktuellen und belastbarenn Werte. Die Veröffentlichung insgesamt sagt zu wenig zu den Annahmen und Abgrenzungen und erfüllt damit nicht die Voraussetzung des Bundesverwaltungsgerichts für Verwaltungsanweisungen mit Außenwirkung (Aktenzeichen 5.CN1.03).

Das Sozialgericht Bayreuth hat dies BVerwG-Urteil aus dem Jahr 2004 für seine Entscheidung zu den Kosten der Unterkunft (Aktenzeichen S4A S102/15) herangezogen (Seiten 9 und 10). Bremen macht weiterhin keine Anstalten, stimmige Mietobergrenzen festzustellen – und spare zulasten der Leistungsberechtigten allein im SGB II über 300.000 Euro im Monat August 2015. Die Unterdeckung bei Sozialhilfe und Grundsicherung sowie im Asylbewerberleistungsgesetz werden in keiner Statistik erfasst. Gegenwehr ist möglich! Macht euch ran: Antrag auf Überprüfung noch in diesem Jahr!

4. Was gibt es sonst noch im SGB II? Was kostet die Erwerbslosen weiterhin viel Geld? Die Bestrafung per Sanktion! Dazu informieren wir auf der 550. Bremer Montagsdemonstration. Anschließend wird gefeiert! Noch eine Kleinigkeit von Sozialrechtler Harald Thomé "Der Europäische Gerichtshof kam mit Aktenzeichen C-316/13 vom 26. März 2015, zu dem Schluss, dass der Arbeitnehmerbegriff

der Richtlinie 2003/88/EG jede echte weisungsgebundene und vergütete Tätigkeit umfasse und durch nationale Rechtsordnungen nicht unterschiedlich ausgelegt werden dürfe.

Der Kläger könne zwar aus der Grundrechtecharta sowie der Richtlinie keinen direkten Rechtsanspruch ableiten, gegebenenfalls jedoch einen Schadensersatzanspruch. Das Urteil wird Auswirkungen auf deutsche Werkstätten für behinderte Menschen haben, aber auch auf durch die Jobcenter vermittelte Arbeitsgelegenheiten." Damit ist klar: Jeder Ein-Euro-Job ist ein Arbeitsverhältnis, jeder Null-Euro-Job mit Aufwandsentschädigung ebenfalls. Sollte jemandem noch ein Dritter Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitlose einfallen: Es ist ein Arbeitsverhältnis!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Blanko-Unterschrift für Herstellerangaben: Wird aus dem Abgas-Skandal auch ein TÜV-Skandal? ("Spiegel-Online")

Zwanzig Prozent für neue Linkspartei: Spanier(innen) verpassen den Etablierten einen Denkzettel ("Spiegel-Online")

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

550. Bremer Montagsdemo am 21. 12. 2015

Morgen, Kinder, wird's nichts geben

1. Das bundesweite Erwerbslosenbündnis "Auf Recht bestehen" kritisiert den Gesetzentwurf, mit dem das Hartz-IV-Gesetz angeblich vereinfacht werden soll, als Mogelpackung, weil der Entwurf eine Vielzahl "völlig inakzeptabler Verschlechterungen" enthalte. Das Bündnis kritisiert, dass sich der Gesetzentwurf in weiten Teilen ausschließlich nach den Interessen der Jobcenter und des Bundesministeriums für Arbeit richte. Helga Röller von der "Bundesarbeitsgemeinschaft prekäre Lebenslagen" erläutert, Hartz IV solle für die Jobcenter einfacher zu handhaben sein. Das geschehe jedoch zulasten der Leistungsberechtigten, deren Rechte eingeschränkt und deren individuelle Leistungsansprüche weiter beschnitten werden sollen.

So soll demnächst beispielsweise eine separate Einzelfallprüfung der Heizkosten nicht mehr verpflichtend sein. Stattdessen dürfen dann die Kommunen eine Obergrenze für die Warmmiete festlegen. Damit würden Hartz-IV-Beziehern keine hohen Heizkosten mehr erstattet werden, die besonderen Umständen wie etwa einer schlechten Wärmedämmung geschuldet sind. Der Bedarf von Kindern, die abwechselnd bei ihren getrennt lebenden Elternteilen wohnen, wird künftig noch weniger gedeckt sein als heute: Während Elternteile, bei denen sich das Kind über die Hälfte der Zeit aufhält, schlechter gestellt werden, sollen die Elternteile, bei denen ein Kind weniger als ein Drittel der Zeit verbringt, überhaupt gar keinen Teil vom Regelsatz mehr bekommen.

Da einige Absetz- und Freibeträge eingeschränkt oder ganz gestrichen werden sollen, würde vorhandenes Einkommen verschärft angerechnet und der Hartz-IV-Zahlbetrag sinken. Auch sollen Jobcenter künftig Kostenersatz für bezogene Leistungen fordern können, wenn Personen unterstellt wird, sie würden "vorsätzlich oder grob fahrlässig" nicht genug tun, um ihren Leistungsanspruch zu beenden oder zu verringern. Mit einer solchen von subjektiven Entscheidungskriterien abhängigen Strafregelung kann der Rechtsanspruch auf existenzsichernde Leistungen unterlaufen werden, da diese ständig unter dem Vorbehalt der Rückforderung stehen. Der Willkür werden Tür und Tor kilometerweit geöffnet!

Wenn den Fallmanagern so viel eigenmächtige Beliebigkeit und Macht bei dieser Art von sanktionierten Entscheidungen gegeben wird, sollen vermutlich die Möglichkeiten für einen klar formulierten Widerspruch gegen ein vages Anspruchs-Herumeiern verunmöglicht werden. Dabei durften die Fallmanager ja

schon existenziell bedrohlich sanktionieren, wenn etwa Eingliederungsvereinbarungen nicht erfüllt wurden. Martin Künkler von der "Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen" fordert, dass die Bundesregierung statt weiter zu kürzen und immer neue Strafen einzuführen, endlich ihre Hausaufgaben machen und die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzen solle, die sich dann günstig auf die Leistungsansprüche auswirken würden.

Wie wäre es mal damit, die tatsächlichen Stromkosten in die Höhe des Regelsatzes mit einzuflechten, da die Energiekosten beständig in die Höhe galoppieren? Zudem müssten die besonders harten Sanktionen für Unterfünfundzwanzigjährige dringend entschärft werden, weil diese Gruppe bereits bei der ersten Pflichtverletzung die Regelleistungen komplett gestrichen bekommt. Da diese Sätze schon die absolute Untergrenze sind, von der sich angeblich das Existenzminimum bestreiten, sogar sichern lasse, ist es vollkommen unverhältnismäßig, dass Jobcenter weiterhin jegliche Leistungen zum Lebensunterhalt einstellen dürfen, wodurch viele Hilfebezieher erst recht aus der Bahn geworfen werden!



2. Während beim Bäcker Brot und beim Gemüsehändler Gemüse gekauft werden kann, sind Arbeitsagenturen und Jobcenter an der direkten Vermittlung von Erwerbslosen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur selten beteiligt. Im letzten Jahr wurde laut einer Auswertung der Bundesagentur für Arbeit deutschlandweit lediglich jeder siebte Wechsel aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung von Behörden vermittelt. In allen übrigen Fällen führte entgegen den allgemeinen Vorur-

teilen eher die Eigeninitiative der Erwerbslosen zum Erfolg. Offenbar wollte ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit dies nicht auf seiner Behörde sitzen lassen und verwies darauf, dass **Vermittlungen** nur einen Teil der Integrationsarbeit darstellen und in vielen Fällen auch eine Qualifizierungsmaßnahme zum Job-Erfolg beigetragen haben könnte.

Viele Erwerbslose mussten es leider schon am eigenen Leibe ertragen, dass die Agenturen oft nur Leiharbeitsstellen anbieten. Darum liegt der Anteil der Erwerbslosen, die in einen sozialversicherungspflichtigen Job vermittelt wurden und sich dann bei einer Leiharbeitsfirma wiederfanden, bei etwa 35 Prozent. Wer weiß, dass fast jeder zweite Job kein Normalarbeitsverhältnis ist, den lässt diese deutliche Auffälligkeit hellhörig werden. Karl Brenke vom "Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung" kritisiert die Effizienz der behördlichen Arbeitsvermittlung und findet, dass die Arbeitslosen bei der Jobsuche am allerwenigsten die Bundesagentur brauchen. Arbeitslose kämen vor allem über persönliche Kontakte zu ihren neuen Arbeitgebern, gefolgt von Anzeigen in Zeitungen und im Internet. Die Vermittler der Arbeitsagenturen rangierten erst an dritter Stelle.

3. Obwohl es doch aus jeder noch so kleinen Ecke permanent erschallen muss, dass sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf einem Rekordtief befinde, haben viele ältere Menschen davon selbst in Zeiten des vermeintlichen Aufschwungs nichts: Immer mehr ältere Menschen ohne Arbeit seien auf Hartz IV angewiesen. Aus der Beantwortung einer Anfrage der stellvertretenden "Linken"-Fraktionschefin Sabine Zimmermann an die Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass zwischen 2010 und 2014 die Zahl der 55-Jährigen und Älteren mit Hartz IV im Jahresdurchschnitt kontinuierlich um 24 Prozent auf 318.000 angestiegen sei. Im laufenden Jahr setze sich diese Entwicklung fort: Die Zahl der älteren arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher sei im Vergleich zum Vorjahr von rund 315.000 auf 321.000 emporgeschnellt.

Dabei seien in dieser Zahlenangabe nicht die rund 163.000 Hartz-IV-Bezieher über 58 Jahre mit enthalten, denen ein Jahr lang keine Arbeit angeboten wurde, weil diese wie alle Erkrankten und sich in einer Maßnahme Befindenden zwecks Euphemisierung der Arbeitslosenstatistik praktischerweise gar nicht erst mitgezählt werden. Mit Hilfe dieser Zahlenjongliererei sei die Anzahl der erwerbslosen Hartz-IV-Bezieher seit 2010 um gut neun Prozent auf rund 1,97 Millionen im vergangenen Jahr zurückgegangen. Leider habe bei den Arbeitgebern kein Umdenken stattgefunden, auch Älteren verstärkt eine Chance zu geben. Wie schon lange vorausgesagt, nimmt auf diese Weise auch die ausweglose Altersarmut immer weiter zu.

4. Die Wochen vor Weihnachten sind für Hartz-IV-Bezieher meist eine schwierige Zeit: Es fehlt Geld für Geschenke, und selbst ein Weihnachtsbaum bleibt unerschwinglich. Weil diese Kosten im Hartz- IV-Regelsatz nicht vorgesehen sind, wird besonders für Kinder die ohnehin ständig zu ertragende armutsbedingte Ausgrenzung ganz besonders schlimm. Wie sollen die Kinder von Hartz IV beziehenden Eltern denn auch verstehen, dass der liebe gute Weihnachtsmann, von dem alle reden, nicht auch zu ihnen kommt und dass sich von ihrem Wunschzettel wohl kaum etwas bis nichts erfüllen kann? Gerade in der Weihnachtszeit werden Konsumwünsche geweckt, die aber vom zu niedrigen Hartz-IV-Regelsatz nicht zu bezahlen sind.

Selbst eine Bastelaktion in der Schule, zu der alle etwas mitbringen sollen, kann die Haushaltskasse überfordern, sodass viele Kinder an diesem Tag lieber "krank" zu Hause bleiben. Schließlich wird das schmale Portemonnaie ja schon durch Ausgaben für Winterbekleidung und -schuhe zusätzlich belastet, weswegen Geschenke nicht selten vom Munde abgespart werden müssten. Vor Einführung der menschenverachtenden Agenda 2010 gab es die Möglichkeit, zu besonderen Anlässen wie Weihnachten, dem muslimischen Opfer- und dem jüdischen Lichterfest beantragen zu können.

Bis 2011 war eine Pauschale für den Weihnachtsbaum und den Adventskranz im Regelsatz enthalten, wurde dann jedoch zusammen mit dem Betrag für Schnittblumen gestrichen. Weihnachten wird so alljährlich für die Eltern von rund 1,5 Millionen Kindern, die auf Hartz IV angewiesen sind, eine große emotionale und finanzielle Belastung. Meiner Meinung nach gehört zu einem würdigen Leben in Deutschland, auch mal ein Fest mitfeiern zu können, um nicht beständig von der gesellschaftlichen Teilnahme ausgegrenzt zu werden! Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle ließe sich dieses Problem wunderbar lösen.

Die Weihnachtszeit ist auch ein Gradmesser dafür, wie aufmerksam Menschen sind: Wird nur für arme Kinder in fernen Ländern gesammelt, oder haben Gemeinden und Verbände auch ihre Umgebung im Blick? Wird überhaupt wahrgenommen, dass es jenseits von der in Deutschland angeblich nur "relativ" existierenden Armut auch hierzulande echte Armut mit Hunger, kalten und dunklen Wohnungen mit abgestelltem Strom und Wasser gibt, ein Ausgeschlossensein eben, weil der Regelsatz überhaupt nicht ausreicht, um das Existenzminimum zu decken? Wer Menschen, die mit Hartz IV vegetieren müssen, etwas schenken möchte, hat allerdings einiges zu beachten, damit es ihnen nicht angerechnet, das heißt vom knappen Geld wieder weggenommen wird: Geldüberweisungen sind nicht möglich, aber auch der Gegenwert größerer Sachgeschenke müsste ans Amt zurückgezahlt werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch "Die Linke"

Morgen, Kinder, wird's nichts geben! Nur wer hat, kriegt noch geschenkt. Mutter schenkte euch das Leben. Das genügt, wenn man's bedenkt. Einmal kommt auch eure Zeit. Morgen ist's noch nicht so weit.

Doch ihr dürft nicht traurig werden, Reiche haben Armut gern. Gänsebraten macht Beschwerden, Puppen sind nicht mehr modern. Morgen kommt der Weihnachtsmann. Allerdings nur nebenan.

Lauft ein bisschen durch die Straßen!
Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
Christentum, vom Turm geblasen,
macht die kleinsten Kinder klug.
Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
Ohne Christbaum geht es auch.

Tannengrün mit Osrambirnen – Lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!

Reißt die Bretter von den Stirnen, Denn im Ofen fehlt's an Holz! Stille Nacht und heil'ge Nacht -Weint, wenn's geht, nicht! Sondern lacht!

Morgen, Kinder, wird's nichts geben! Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld! Morgen, Kinder, lernt fürs Leben! Gott ist nicht allein dran schuld. Gottes Güte reicht so weit... Ach, du liebe Weihnachtszeit!

Erich Kästner

Aufruf!

Überprüfungsanträge nach § 44 SGB X sind in diesem Jahr noch für die Zeit ab 1. Januar 2014 möglich! Schenkt euch selbst "Gegenwehr" zu Weihnachten: Den Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft sparen, abgelehnte Anträge wieder aufleben lassen, Kürzungen durch Sanktionen zurückholen und alles, was euch verwehrt wurde! Zeigt, dass ihr lebt!



Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage "Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind am 4. Januar 2016 wieder da und gespannt auf eure Meinung und Erfahrung! Darum

Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder ("Die Linke")

Am 21. Dezember 2015 findet auf dem Hanseatenhof unsere 550. Montagsdemo statt – und im Anschluss daran unsere Weihnachtsfeier im Jugendfreizeitheim Buntentor, Geschwornenweg 11a. Alle sind herzlich eingeladen!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns jeden Montag um 17:30 Uhr in Bremens guter Stube, am Roland auf dem Marktplatz. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die Empörung über die asozialen Gesetze der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln das Gemeinwohl mit Füßen getreten wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt "Stuttgart 21", im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: Hans-Dieter Binder ("Die Linke"), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de; Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de - 17:30 Uhr am Marktplatz

Hartz IV betrifft uns ALLE!

Ich bin doch nicht arbeitslos! Was habe ich denn mit Hartz IV zu tun? Dieses Thema wird im Alltag meist erfolgreich verdrängt. Trotzdem sind wir fast alle, Män-

ner wie Frauen, von den Hartz-Gesetzen betroffen: Arbeitnehmende und Erwerbslose, aber auch Rentenbeziehende, Selbständige, Jugendliche und Kinder.

Hartz IV betrifft ARBEITNEHMENDE

Möchten Sie für Niedriglohn arbeiten? Die Verdienstmöglichkeiten der Arbeitnehmenden haben sich mit Freigabe der Zeit- und Leiharbeit sehr verschlechtert. Arbeitssuchende finden oft nur noch dort und zu Niedriglohn Anstellung. Eine Abwärtsspirale sorgt für sinkende Löhne und

höheren Druck auf Erwerbslose, solch eine Beschäftigung anzunehmen. Leiharbeitende sind arm trotz Arbeit: Sie verdienen kaum mehr als die Hälfte der Stammbelegschaft. Arbeitnehmende schrecken vor Lohnforderungen zurück: Die meisten sind nur Monate von Hartz IV entfernt.

Hartz IV betrifft SELBSTÄNDIGE

Laufen die Geschäfte gut bei sinkenden Einkommen? Durch die Reformen der Agenda 2010 wurden einige wenige sehr reich, während mit der Massenkaufkraft auch die Umsätze der Selbständigen dahinschmolzen. Die Exportindustrie profitiert bis zur nächsten Wahl von den niedrigen Löhnen, doch die Mittelschicht schwindet, Innenstädte veröden, immer mehr Betriebe machen die Pforten dicht.

Hartz IV betrifft RENTENBEZIEHENDE

Werden Sie im Alter mit Ihrer Rente auskommen? Schon heute brauchen viele, deren Rente unterhalb des Hartz-IV-Niveaus liegt, ergänzende staatliche Unterstützung, können davon aber kaum leben. Für Arzneimittel muss zugezahlt werden; steigende Mieten, Strom- und Heizkosten verschärfen die soziale Lage. Fallende Arbeitseinkommen ließen auch die Renten fallen, Ausbildungs- und Studienjahre verloren ihre Anerkennung, Anwartschaften wurden stetig abgesenkt. Die Mehrheit der künftigen Renten muss auf Grundsicherungsniveau aufgestockt werden oder liegt nur noch knapp darüber.

Jede Woche – 17:30 Uhr – Marktplatz www.Bremer-Montagsdemo.de



Hartz IV betrifft ERWERBSLOSE

Reichen Ihnen 399 Euro im Monat zum Leben? Seit Hartz IV werden Arbeitslose nicht mehr motiviert, sondern in nervenzehrende Existenzkämpfe getrieben. Außer dem viel zu niedrigen Regelsatz, außer Scham und Einsamkeit erwarten sie noch der mögliche Zwangsumzug und die Zwangsarbeit gegen bloße Aufwandsentschädigung in Ein-Euro-Jobs. Weiterbil-

dung und Förderung? Das gibt es nicht mehr! Hartz IV ist zur trostlosen Sackgasse geworden, aus der nur sehr wenige dauerhaft herausfinden. Über ALG-II-Beziehende werden jährlich mehr als eine Million Sanktionen verhängt. Die perfide staatliche Abschreckung wirkt: Laut IAB verzichten 43 Prozent der Berechtigten "freiwillig" auf jede staatliche Hilfe.

Kommt alle zur MONTAGSDEMO!

Deutschland besitzt kein funktionierendes soziales Netz mehr. Der Staat hat aber den Verfassungsauftrag, es zu knüpfen! In Bremen ist laut Senatsbericht mittlerweile schon knapp jede(r) Vierte arm. So darf es nicht bleiben! Ob Arbeitslose (durch Hartz IV), Arbeitnehmende (durch Hartz I mit Zeit- und Leiharbeit), Ren-

tenbeziehende (durch Grundsicherung auf Hartz-IV-Niveau) oder Selbständige (durch geringere Massenkaufkraft infolge der neoliberalen Sparpolitik): Wir alle sind von den Hartz-Gesetzen betroffen! Wer sich darüber genauso empört wie wir, ist jeden Montag herzlich zur Teilnahme an unserer Demonstration eingeladen.

Weg mit Hartz IV, Leiharbeit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit! Verlässliche, ausreichende Staatshilfe!

Die Verursacher der Hartz-Misere – CDU, SPD, FDP und Grüne – braucht mensch nicht mehr zu wählen. Kinder, Frauen, Alte, Alleinerziehende, Behinderte und Eingewanderte werden besonders benachteiligt. Die meisten erkennen ihre schlechte Lage, aber aktiven persönlichen Widerstand mit tatkräftigem Einsatz für eine bessere Zukunft leistet nur eine Minderheit. Wir führen gute Gespräche und helfen einander bei Problemen mit den Behörden! Aus Zusehenden werden zu Sehende, aus Zuhörenden werden zu Hörende:

Jede Woche – 17:30 Uhr – Marktplatz www.Bremer-Montagsdemo.de



überparteilich, unabhängig, öffentlich